

Max Bonacker
Goebbels' Mann beim Radio

**Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte
für Zeitgeschichte
Band 94**

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin
herausgegeben von
Karl Dietrich Bracher Hans-Peter Schwarz
Horst Möller

Redaktion:
Johannes Hürter und Jürgen Zarusky

Goebbels' Mann beim Radio

Der NS-Propagandist Hans Fritzsche
(1900–1953)

Von
Max Bonacker

R. Oldenbourg Verlag München 2007

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

© 2007 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung:

Thomas Rein, München und Daniel von Johnson, Hamburg

Bildnachweis:

Umschlagabbildung und S. 203: Privatarchiv des Autors

S. 11, 217, 228 und 249: Nachlaß Fritzsche, BAK

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Druck und Bindung: Erdl Druck Medien GmbH & Co. KG,
83308 Trostberg

ISBN: 978-3-486-58193-5

ISSN 0506-9408

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	9
I. Der journalistische und politische Werdegang Hans Fritzsches bis zum Zweiten Weltkrieg	15
1. Die Zeit der Weimarer Republik	15
1.1 Jungkonservatismus und Konservative Revolution	15
1.2 Im Hugenberg-Konzern	21
1.3 Der Leiter des Rundfunk-Nachrichtendienstes	26
2. Karriere im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda	34
2.1 Nachrichtenpolitik im Rundfunk: Der Drahtlose Dienst	34
2.2 Nachrichtenagenturen	37
2.3 Die Abteilung „Deutsche Presse“	39
II. Der Rundfunkkommentator im Kriege	63
1. „Es spricht Hans Fritzsche“ – Die „Politische Zeitungs- und Rundfunkschau“ Hans Fritzsches als Instrument der Propagandalenkung	63
1.1 Stellenwert im Rundfunkprogramm	63
1.2 Die „öffentliche Person“ Hans Fritzsche	78
1.3 Hans Fritzsches Kommentare in der zeitgenössischen Rezeption	91
2. Inhaltliche Aspekte der Rundfunkkommentare Hans Fritzsches	107
2.1 Stil und rhetorische Elemente	107
2.2 Zentrale Themen der Kommentare	117
III. Höhepunkt und Ende einer Medienkarriere	143
1. Hans Fritzsches Tätigkeit als Rundfunkorganisator	143
1.1 Fronteinsatz und Ernennung zum „Leiter Rundfunk“	143
1.2 Hans Fritzsche als Programmverantwortlicher – der Leiter der „Abteilung Rundfunk“	151
1.3 Der Rundfunk im letzten Kriegsjahr – Senden bis zum Schluß	189
2. Hans Fritzsche in der Nachkriegszeit und frühen Bundesrepublik	216
2.1 Als Angeklagter vor dem Internationalen Militärtribunal	216
2.2 Spruchkammerverfahren und Arbeitslager	230
2.3 Eine unvollendete Berufslaufbahn	251
Schluß	259
Zeittafel	267

Abkürzungsverzeichnis 269

Quellen- und Literaturverzeichnis 273

Personenregister 287

Vorwort

Hans Fritzsche ist heute sicherlich der unbekannteste und war schon seinerzeit der unbedeutendste Angeklagte im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß.

Unzweifelhaft füllte der Propagandist und Rundfunkkommentator dort eine Rolle aus, die angesichts seiner tatsächlichen Position im NS-Mediensystem mindestens eine Nummer zu groß war. So trat er auch im Prozeß nicht sonderlich hervor, und sein Freispruch beruhte nicht zuletzt auf der Ratlosigkeit, vor der seine Richter standen, weil ihnen für den wichtigen Bereich der NS-Propaganda als Angeklagter kein Mitglied der Machtelite zur Verfügung stand, sondern lediglich ein bedeutender, aber weisungsgebundener Funktionär des Propagandaapparates. „Biographienunwürdig“ indes ist Fritzsche keineswegs, zumal in einer Forschungssituation, in der immer mehr das „Vollzugspersonal“ des NS-Regimes in den Fokus rückt, das für dessen Funktionieren von ausschlaggebender Bedeutung war. Es hat also durchaus seinen Reiz, die Entwicklung, Karriere und persönliche Verantwortung eines Mannes nachzuvollziehen, der wie so viele andere leitende Ministerialbeamte den Auftrag hatte, die andernorts getroffenen Entscheidungen im Tagesgeschäft umzusetzen. Als Rundfunkkommentator tat er dies während des ganzen Krieges, indem er einem Millionenpublikum die offizielle Sichtweise vermittelte und so zu einer weithin bekannten Persönlichkeit wurde. Eine Untersuchung über Hans Fritzsche ist daher ebenso eine Studie über die Vorstellungswelt, den Charakter und das Handeln eines NS-Propagandisten wie über Aspekte des Alltags in der nationalsozialistischen Herrschaft.

Da diese Arbeit neben meiner eigentlichen Berufstätigkeit entstand, war es um so wichtiger, daß das jahrelange Sammeln, Forschen und Reflektieren nicht in Zurückgezogenheit stattfinden mußte, sondern ich Gelegenheit hatte, mit meinen Lehrern, Fachkollegen und Freunden das Thema im konstruktiven Dialog zu entwickeln. Ohne ihnen die Verantwortung für das Ergebnis aufbürden zu wollen, möchte ich ihnen hierfür danken. Zunächst danke ich meinem akademischen Lehrer, Herrn Prof. Dr. Axel Schildt, für seine Teilhabe und seine sofortige Bereitschaft, diese Arbeit in ihrer ursprünglichen Form als Dissertation an der Universität Hamburg zu betreuen. Auch meinem Zweitgutachter, Herrn Dr. Rainer Hering als Dozenten an der Universität Hamburg, bin ich für seine genaue und fruchtbare Auseinandersetzung mit dem Text dankbar.

Am Anfang dieser Arbeit stand jedoch die Ermunterung von Dr. Ansgar Diller, seinerzeit am Deutschen Rundfunkarchiv in Frankfurt a. M., das Wagnis einer biographischen Abhandlung über Hans Fritzsche einzugehen. Die von ihm und seinen Mitarbeitern gegebenen Hinweise und verfügbar gemachten Materialien waren die ersten wichtigen Schritte auf dem jahrelangen Weg zu diesem Buch, und die Teilnahme an den Examenskolloquien des Studienkreises der Historischen Kommission der ARD ebenso wie später an den von Prof. Dr. Schildt veranstalteten Oberseminaren gab mir in der Vorstellung und Diskussion meines Projekts wesentliche Anregungen.

Ich danke außerdem den Archiven und Institutionen, die ich für diese Arbeit intensiv genutzt habe, und deren Mitarbeiter es möglich machten, in der oft knapp bemessenen Zeit fast alle meine Wünsche zu erfüllen. Vor allem denke ich hierbei an das Bundesarchiv in Berlin und Koblenz, das Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg, das Institut für Zeitge-

schichte sowie das Staatsarchiv in München, die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und an das Hauptstaatsarchiv Württemberg in Stuttgart. Der Rudolf und Erika Koch-Stiftung danke ich für ein Reisestipendium, mit dem ich einige Archiv-Rundreisen bestreiten konnte.

Ganz besonders danke ich den Kollegen und Freunden, die mir als Gesprächspartner, Wegbegleiter, Gastgeber und Korrektoren die Freude am Formulieren und Forschen erhalten und der Arbeit wertvolle Impulse gegeben haben. Hier möchte ich vor allen anderen Dr. Lars Amenda, Tino Jacobs, Andreas Rautenberg und Dagmar Richter aus Hamburg, sowie Dirk Klapperich aus Berlin nennen.

Und ganz zum Schluß danke ich meinem Sohn Magnus für sein Verständnis und freue mich, daß ihm meine Aktenwälzerei das Interesse an der Geschichte nicht verdorben, sondern vielleicht sogar ein bißchen befördert hat.

Hamburg, im November 2006

Max Bonacker

Einleitung

Das von einer Vielzahl von Rundfunk- und Fernsehproduktionen erzeugte „Hörbild“ des Nationalsozialismus besteht vor allem aus fanatisiertem Stakkato und entmenschem Gebrüll, und erinnert in Klang und Metaphorik an Hitler, Goebbels und den metallischen Ton der Wochenschauansager. Doch wer sich die Rundfunkkommentare jener Zeit im Tonarchiv vergegenwärtigt, dem begegnet eine andere Stimme, keine mechanisch punktierende, pathetisch dröhnende oder überfallartig brüllende, sondern eine fast unbekümmerte, manchmal bemüht zynische Stimme. Unverkennbar gehört sie einem Menschen, der sich auf Formulierungskunst und Ironie versteht und keineswegs einen exaltierten oder enthemmten Eindruck hinterläßt. So also wurde im NS-Rundfunk zur besten Sendezeit Propaganda gemacht? Widerspruch nicht schon dieses zivile Timbre dem extremistischen Charakter der NS-Ideologie?

Doch es war gerade die Normalität, der scheinbare Fortbestand des Zivilen, der garantierte, daß sich die deutsche Bevölkerung in ihrem schichtenübergreifenden Bedürfnis nach Behaglichkeit und bürgerlicher Sekurität einem weltanschaulichen Programm unterwarf, dessen Konsequenz der permanente Krieg war, sowohl im Innern wie nach außen. Dies wurde nicht nur durch die möglichst lange Aufrechterhaltung einer „friedensmäßigen“ Versorgung erreicht, sondern auch durch die im Medienbereich vorherrschende scheinbare Harmlosigkeit. Hierfür an maßgeblicher Stelle verantwortlich war ein Medienfunktionär, der vielen Deutschen als eine der wenigen echten Rundfunkpersönlichkeiten des NS-Regimes in Erinnerung blieb. Die Rede ist von Hans Fritzsche, dem wichtigsten deutschen Rundfunkkommentator des Zweiten Weltkrieges.

Er selbst hielt nach dem Kriege seine Erinnerungen zweimal in Buchform fest. In „Hier spricht Hans Fritzsche“¹ aus dem Jahr 1948 rechtfertigte er seine im Nationalsozialismus ausgeübten Funktionen, und in „Das Schwert auf der Waage“ schilderte er 1953 den Nürnberger Prozeß aus der Sicht eines Angeklagten. Die Persönlichkeit des Autors läßt sich aus diesen Publikationen genauso gut oder schlecht erschließen wie aus dem dienstlichen Aktenmaterial, das vor allem von seiner Tätigkeit als Leiter der Rundfunkabteilung im Reichspropagandaministerium (RMVP) ein konturenreiches Bild gibt. Fritzsche, und das dürfte dem Selbstentwurf einer „politischen“ Biographie bei vielen seiner Zeitgenossen entsprechen, sah sich nicht als Individuum, sondern als Sprecher und Stellvertreter, in jedem Fall aber immer als eine „öffentliche Person“.

Es wäre sicher zu einfach, dieses Bedürfnis nach einem Verschwinden im Politischen mit einer inneren Leere zu erklären, wie es die US-Psychologen Miale und Selzer in bezug auf Fritzsche taten.² Jedoch bleibt es schwierig, einen Zugang zu dieser Person zu finden. Ihre biographische Darstellung konzentriert sich darauf, Fritzsche aus seinem jeweiligen institutionellen Umfeld, sei es die Nachrichtenagentur des Rundfunks, der „Drahtlose Dienst“, seien es die Presse- und die Rundfunkabteilung im RMVP oder seien es die gegen ihn ge-

¹ Unter diesem Titel wurde das Buch zuerst 1948 in der Schweiz veröffentlicht. In Deutschland erschien es 1949 unter dem Titel „Es sprach Hans Fritzsche“.

² Miale/Selzer, The Nuremberg Mind.

fürten Prozesse, heraus zu schildern. Dabei soll seine Person nie zurücktreten, wird aber immer in die Geschichte von Institutionen, letztlich in die deutsche Geschichte selbst eingebettet bleiben.

Hieraus leitet sich ein weitgehend chronologischer Aufbau dieser Untersuchung ab, der nur dann durchbrochen wird, wenn es um die Bedeutung seiner Kommentatorenrolle geht, um die Rezeption und um die Inhalte seiner Rundfunkkommentare.

Der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß 1945/46 widmete sich der Untersuchung von Fritzsches Schuld und Verantwortung nur am Rande. Immerhin blieb er auf diese Weise, nachdem er eher zufällig in den illustren Kreis der Angeklagten geraten war, einer breiten nationalen und internationalen Öffentlichkeit noch nach dem Ende seiner Rundfunkkarriere im Gedächtnis. Auch in den darauffolgenden Jahren, bis zu seinem Tod im September 1953, verschwand Fritzsche nie gänzlich aus dem öffentlichen Raum, in dem er seine natürliche Wirkungsstätte sah. Allerdings waren weder seine politischen noch seine literarischen Bemühungen so erfolgreich, daß sie eine Fortsetzung seiner bisherigen Tätigkeiten in gewandelter Form ermöglicht hätten. Wäre ihm genug Zeit verblieben, seine berufliche und private Sozialisation in der Bundesrepublik abzuschließen, hätte sich Fritzsche mit einem Leben als Werbefachmann abfinden müssen. Was seine eigene Bewältigung der Vergangenheit angeht, soll nachgezeichnet werden, wie wenig Fritzsche willens und imstande war, sich von seiner früheren Tätigkeit zu distanzieren.

Mit der Herangehensweise, eine Biographie aus den einzelnen Wirkungsbereichen bzw. aus den hierfür überlieferten Aktenbeständen zu entwickeln, stellt sich die Quellenfrage vor allem als ein Problem der Auswahl. Dies ergibt sich auch aus dem Umstand, daß ein nennenswerter persönlicher Nachlaß Fritzsches nicht existiert, seine Arbeit aber in einer unüberschaubaren Menge von Dokumenten zur Organisation, Lenkung und Rezeption von Presse und Rundfunk Spuren hinterließ.

Bei einigen Beständen konnte die Suche demnach nur in Form von Auszügen und Stichproben erfolgen. So wurden für die Untersuchung von Fritzsches Tätigkeit als Leiter der Pressekonferenzen im RMVP Darstellungen und bereits veröffentlichte Auszüge aus den Mitschriften zu diesen Konferenzen benutzt.³ Für den Zeitraum 1941/1942 wurden jedoch die originalen Mitschriften herangezogen und durch einen kleineren, bislang nicht von der Forschung beachteten Mitschriftenbestand ergänzt.⁴

Bei der zunächst naheliegenden Ergänzung des amtlichen Dokumentenmaterials durch persönliche Schilderungen fällt auf, mit welcher Zurückhaltung die seinerzeit aktiven Publizisten ihre eigene Biographie behandelt haben. Die vorhandenen autobiographischen Arbeiten und Skizzen, so zum Beispiel des Chefredakteurs der *Deutschen Allgemeinen Zeitung*, Karl Silex, oder des Referenten des Reichspressechefs, Werner Stephan, sind bemüht, die eigene Arbeit im „Dritten Reich“ möglichst unverdächtig erscheinen zu lassen.⁵ Darüber geht aber auch jede tiefere Einsicht in die journalistische Praxis dieser Jahre verloren, und der alltägliche Arbeitsprozeß verschwindet hinter Anekdoten. Nachlässe sind aus diesem Umfeld nur wenige zugänglich, weswegen das von dem aus Münster stammenden Journali-

³ Sängers, Politik der Täuschungen; J. Hagemann, Presselenkung; W. Hagemann, Publizistik; Bohse, Kriegsbegeisterung; Schwarzenbeck, Pressopolitik; Sywottek, Mobilmachung; sowie die Edition der NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit.

⁴ Bundesarchiv Koblenz (BAK): Sammlungen Brammer (Zsg. 101), Sängers (Zsg. 102) und Oberheimann (Zsg. 109). Dazu Mitschriften des Büros Alfred Gerigk, Spruchkammerakten Fritzsche im Staatsarchiv München (StAM).

⁵ Silex, Kommentar; Stephan, Acht Jahrzehnte.

*Hans Fritzsche in Nürnberg,
Oktober 1946, Zeitung lesend*



sten Wantzen geführte Kriegstagebuch beanspruchen kann, eines der wenigen detaillierten und verwertbaren Zeugnisse journalistischer Arbeit aus diesen Jahren zu sein.⁶

In einer völlig anderen Weise gilt dies auch für die Tagebücher von Joseph Goebbels, die gerade in ihren kurzen und summarischen Bezügen zur Alltagswelt des Propagandaministeriums wertvolle Rückschlüsse auf Ereignisse ermöglichen, die anderswo nicht dokumentiert worden sind. Sie wurden für diese Darstellung komplett durchgearbeitet, ebenso wie die in Druckform erhältlichen Protokolle der Ministerkonferenzen der Jahre 1939 bis 1943. Auf diesen Konferenzen bestimmte Goebbels täglich mit seinen Abteilungsleitern den propagandistischen Kurs, soweit es in seiner Macht lag.⁷ Für die fehlenden Zeiträume konnte ich wichtige Ergänzungen nutzen, zum einen in Form von Kopien aus dem Moskauer Sonderarchiv,⁸ die mir dankenswerterweise im Deutschen Rundfunkarchiv, Standort Frankfurt, zur Verfügung gestellt wurden, zum anderen in Form einer Reihe von Exzerpten, die sich im Bestand NS 18 der Reichspropagandaleitung der NSDAP im Bundesarchiv Berlin befinden.

Für den Zuständigkeitsbereich von Fritzsche ist der Bestand der Rundfunkabteilung im RMVP besonders ergiebig, deren Leitung er im Herbst 1942 übernahm. So ist ein Teil seiner Handakten erhalten geblieben und konnte aus anderen Aktenteilen des Propaganda-

⁶ Wantzen, *Das Leben im Krieg*.

⁷ Boelcke (Hrsg.), *Kriegspropaganda*, sowie ders. (Hrsg.), *Wollt Ihr den totalen Krieg*.

⁸ Dieses Sonderarchiv (SAM) ist Bestandteil des Russischen Staatlichen Militärarchivs und war in den 1990er Jahren als „Zentrum zur Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen“ der Forschung zugänglich. Dort befinden sich die bis Anfang 1945 weitgehend vollständigen Protokolle.

ministeriums sowie aus Gegenüberlieferungen anderer Institutionen ergänzt werden.⁹ Insbesondere wurden diejenigen Aktenbestände des RMVP weitgehend vollständig durchgearbeitet, die bis 1990 in den Archiven der DDR verwahrt und in den vorliegenden Darstellungen zur Rundfunk- und Mediengeschichte noch nicht ausgewertet worden sind. Einen atmosphärisch besonders dichten Eindruck vermitteln Tonmitschnitte, die von den Arbeitsbesprechungen der Rundfunkabteilung unter der Leitung Fritzsches erhalten geblieben sind, und die für diese Biographie erstmals systematisch ausgewertet wurden.¹⁰

Damit läßt sich zugleich an den eingangs erwähnten Quellenbestand anknüpfen: die als Tondokument konservierten Sendungen bzw. Sendungsfragmente aus der Zeit, in der Fritzsche maßgeblich für die Gestaltung des Rundfunkprogramms verantwortlich war. Einige von Fritzsches Kommentaren existieren nur als Tondokument, ebenso einige seiner Vorträge, die er oft im Rahmen von Kundgebungen der NSDAP vor zahlreichem Publikum hielt, womit er seine Stellung als Rundfunkpersönlichkeit festigte.¹¹

Eine Analyse dieser Kommentare und Vorträge nach Stil, Aufbau, Thematik und Rezeption war möglich, weil aus verschiedenen Provenienzen für die Jahre 1939 bis 1945 insgesamt ungefähr 250 Sendungen der „Politischen Zeitungs- und Rundfunkschau“ von Hans Fritzsche zusammengetragen werden konnten.¹²

Für die Rezeption seiner Kommentare ist die an ihn gerichtete Hörerpost, die Fritzsche teilweise in seinen Handakten aufbewahrt hatte, ebenso ausgewertet worden wie die große Zahl der Stimmungsberichte, welche die Partei- und staatlichen Institutionen, allen voran die Reichspropagandaämter und der Sicherheitsdienst der SS (SD) während des Krieges gesammelt haben. Herangezogen wurden zudem die Abhörberichte über den ausländischen Rundfunk. Diese Berichte enthalten wichtige Hinweise auf deutsche Rundfunksendungen, die in anderer Form nicht überliefert sind, sowie auf einzelne Kommentare Fritzsches, soweit diese von den abgehörten Auslandssendern aufgegriffen wurden.

Ungewohnt persönlich tritt Fritzsche in den Briefen auf, die er während der Zeit des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses aus dem Gerichtsgefängnis an seine erste Frau Karin schrieb.¹³ Gerade weil diese Briefe erkennen lassen, wie sich ihr Autor um eine neue Sicherheit, um eine neue Selbstdefinition bemühte und darin von den Antworten seiner Frau bestärkt wurde, vermitteln sie gleichzeitig wichtige persönliche Eindrücke und runden das Bild der eigentlichen politischen Biographie Fritzsches ab.

Sehr reichhaltig sind die im Staatsarchiv München aufbewahrten Unterlagen seines Spruchkammer- und Berufungsverfahrens. Diese Verfahren können, rechnet man den Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß dazu, als ein in drei Stufen durchgeführter Versuch verstanden werden, sich der Person Hans Fritzsche, vor allem ihrer publizistischen und politischen Bedeutung zu nähern und ihre Verantwortung zu bewerten. Dem jeweiligen Ablauf der Verhandlung ist daher in der Darstellung angemessen Raum gegeben worden. Der Münchner Bestand enthält auch aussagekräftige Dokumente zur Zeit Fritzsches im Arbeitslager.

⁹ Bundesarchiv Berlin (BA), Bestand R 55 (RMVP), sowie unter anderem ebd., Bestand NS 18 (Reichspropagandaleitung), R 58 (Reichssicherheitshauptamt) und R 56 I (Reichskulturkammer).

¹⁰ Vgl. hierzu das Feature im Deutschlandfunk von Hartwig, „Zunächst die Tagesparole“.

¹¹ Tondokumente zum allergrößten Teil im Deutschen Rundfunkarchiv (DRA).

¹² Bei einer Gesamtmenge von hochgeschätzt 850 Kommentaren für die Zeit zwischen August 1939 und dem April 1945 wären dies 30%, also nach Einschätzung des Autors ein hinreichend repräsentativer Teil.

¹³ BAK N 1355 (Hans Fritzsche).

Seine letzten Lebensjahre in Freiheit konnten punktuell ausgeleuchtet werden. In zwei Buchveröffentlichungen 1948 und 1953 versuchte Fritzsche, seinen apologetischen Standpunkt einer „schweigenden Mehrheit“ zu empfehlen. Neben seiner Tätigkeit als Werbeleiter pflegte er politische Kontakte, die aber unverbindlich blieben und zudem schlecht dokumentiert sind.

Über Hans Fritzsche liegt lediglich eine unveröffentlichte Magisterarbeit von Michael Groth aus dem Jahr 1980 vor. Diese Arbeit bot als erste Orientierung zur Person wertvolle Ansätze.¹⁴ Der Autor konnte sich allerdings weder mit den umfangreichen Materialien auseinandersetzen, die nach der Vereinigung beider deutscher Staaten aus den Archiven der DDR zugänglich wurden, noch hat er den erwähnten Münchner Bestand ausgewertet.

Nicht jede Station der Karriere Hans Fritzsches kann aus einem gesättigten Quellenbestand heraus dargestellt werden. Jedoch scheint sein politischer Werdegang wichtig und interessant genug, um den Versuch zu wagen, auch ohne einen nennenswerten Nachlaß aus einer ganzen Sammlung von Mosaiksteinen ein möglichst differenziertes Bild dieses NS-Medienvertreters erstehen zu lassen. Dabei war immer wieder das prekäre Verhältnis von Wahrheit und Selbstdarstellung, Faktizität und Selbstentwurf herauszuarbeiten. Die Untersuchung der Rolle Fritzsches als nationalsozialistischer Medienpolitiker und „Goebbels' Mann beim Radio“ führt im übrigen auf ein Forschungsfeld, das weiterer intensiver Bearbeitung harret.

¹⁴ Groth, Hans Fritzsche.

I. Der journalistische und politische Werdegang Hans Fritzsches bis zum Zweiten Weltkrieg

1. Die Zeit der Weimarer Republik

1.1 Jungkonservatismus und Konservative Revolution

Es liegt nicht nur im Fehlen eines privaten Nachlasses begründet, daß die persönliche Entwicklung von Hans Fritzsche in Kindheit und Jugend vollständig und unwiderruflich im Dunkeln verbleibt. Eine Zeit, in der sich die „politische“ Biographie als der einzig angemessene Lebensentwurf anbot, ging am psychologischen Feinschliff des Individuationsprozesses vorbei, und weder in Äußerungen noch in Aufzeichnungen Fritzsches gibt es Hinweise auf sein Leben „vor der Politik“.

Hans Fritzsche, am 21. April 1900 in Bochum geboren, war das zweite Kind einer Familie des gehobenen Beamtenstandes.¹ Die Stellung seines Vaters als Postdirektor brachte einige Ortswechsel mit sich, so daß Fritzsche seine Schulzeit in Dresden und Leipzig verbrachte. Eine Mitschülerin erinnerte sich später, auf der gemeinsamen Fahrt von Delitzsch nach Leipzig habe man öfter Meinungen über Bücher ausgetauscht, und vermutlich interessierte sich Fritzsche schon damals für eine Tätigkeit im schriftstellerischen Bereich.²

Als Unterprimaner fühlte er sich jedoch durch den größeren Bruder, der bereits Soldat geworden war, herausgefordert und meldete sich im Frühjahr 1918 freiwillig. Zwischen April und Oktober 1918 diente er bei der 6. Kavallerie-Schützendivision und war nach eigenen Angaben mit dieser Einheit in Flandern eingesetzt. Schon hier stellt sich ein erster Zweifel an den von Fritzsche selbst gegebenen Informationen ein, denn in der Regel kamen Unterprimaner, die sich im April 1918 als Kriegsfreiwillige meldeten, gar nicht mehr an die Front. Gerade aber, weil Fritzsche sein „unmilitärisches“ Auftreten zu kompensieren hatte, beharrte er später auf seinem Status als Frontkämpfer.³

Am Leipziger „König-Albert-Gymnasium“ machte Fritzsche dann 1919 sein Abitur. Noch als Primaner suchte er Anschluß an die Leipziger Kommunisten und las Marx, Engels und Lassalle. Fritzsche ließ sich zunächst beeindruckt vom „gradlinigen Radikalismus, mit dem die kommunistische Partei eine neue Ordnung suchte“. Unter dem Eindruck des Kapp-Putsches 1920, und stärker noch des mitteldeutschen Aufstandes 1921 unter Max Hölz schwanden jedoch seine sozialistischen Sympathien dahin.⁴

In seinen 1948 veröffentlichten Erinnerungen unter dem Titel „Hier spricht Hans Fritzsche“ ließ er diese Episode aus und gab vor, erst durch die notwendig gewordene Abwehr des Kommunismus aus seinem Werdegang herausgerissen worden zu sein. „Erst als ich im

¹ „Mein Vater ist der Postdirektor Fritzsche aus Bochum“; Antwort Fritzsches auf Hörerzusage vom 7. 10. 1941, BA R 55/1372, Bl. 61.

² Hörerbrief vom 10. 7. 1941, BA R 55/1376, Bl. 79.

³ Wildt, *Generation*, S. 563; Fragebogen zur Aufnahme in Arbeitslager Regensburg, 1. 3. 1947, StAM SpK 475, Heft XXV.

⁴ Fritzsche, „Mein Eintritt in die NSDAP“, Ausarbeitung für Spruchkammerverfahren, StAM SpK 477, Heft I; Schadewaldt, „Hans Fritzsche – Ein Porträt“ (Typoskript vom Februar 1943), BA R 55/532, Bl. 2 ff.; *Berliner Morgenpost* vom 5. 1. 1941, BA R 55/539, Bl. 52 f.

Laufe des mitteldeutschen Aufstandes mit ansah, wie eine verhetzte Menschenmenge einen ehrwürdigen Greis lynchte, der sich wirklich nicht das geringste hatte zuschulden kommen lassen, wandte ich mich von der Vergangenheit, an die mich berufliche Neigung band, zur Gegenwart, die an Pflichten gemahnte. Ich glaubte, nun selbst in das geöffnete Tor der Hölle entfesselter menschlicher Leidenschaften geblickt zu haben. Das war der Augenblick, in dem ich beschlossen hatte, es verriegeln zu helfen.“⁵

Die bürgerliche Nachkriegsjugend machte sich eine solche politische Interpretation des eigenen Lebens zu eigen, wie auch nicht untypisch war, daß Fritzsche in Greifswald gleichzeitig Neuere Geschichte studierte und dort seine ersten publizistischen Versuche unternahm.⁶ Seit Beginn seiner Studentenzeit bewegte er sich in völkischen Kreisen und war damit ein typischer Vertreter der „Zuhausegebliebenen“, die ihren Mangel an Kriegserlebnissen durch einen um so entschiedeneren völkischen Nationalismus kompensieren wollten.⁷

Aus seiner Selbstdarstellung geht implizit auch hervor, daß er sich nicht wie viele andere Studenten an den Studentenwehren oder Freikorps beteiligte, sondern scheinbar unbeirrt sein Studium fortsetzte. Deutlich zeigt sich hier bereits ein Verhaltensmuster Fritzsches: von einer Gegenkultur zur bürgerlichen Gesellschaft hielt er sich fern und zog es vor, Teil des antirepublikanischen *mainstream* zu sein. Die ersten Semester verbrachte er an der Universität Greifswald, die sich in den Revolutionsmonaten eindeutig zur alten Ordnung bekannt hatte.⁸ Auch fanden dort – wie an vielen anderen großen und kleineren Universitäten im Deutschen Reich – antisemitische Übergriffe und Manifestationen statt.⁹ Ebenso trat Greifswald gemeinsam mit der Universität Königsberg darin hervor, daß beider Studentenschaften offen den Kapp-Putsch begrüßten.¹⁰

Fritzsche wurde zunächst Mitglied der „Vereine Deutscher Studenten“ („Kyffhäuserverband“ – VDSt), einer 1881 gegründeten nationalistischen und antisemitischen Gruppe schlagender Studentenverbände, die bereits 1882 einen „Arierparagraphen“ eingeführt und sich vor dem Ersten Weltkrieg den Alldeutschen angenähert hatte. Sie blieb auch nach 1918 in ihrem Wahlspruch „Mit Gott für Kaiser und Reich“ offiziell kaisertreu.¹¹ Dies galt jedoch mehr als Zeugnis dafür, wie sehr man die herrschende Staatsform ablehnte, während in der internen Diskussion die Staatsform Deutschlands gegenüber dem „Fundament

⁵ Springer, Schwert, S. 263. Während der Schwerpunkt der Kämpfe im Industriegebiet des Mansfeldes lag, brachen am 25. 3. 1921 neue Unruhen in der Umgebung Leipzigs aus, auch in Delitzsch, wo Fritzsches Eltern wohnten und wo er Augenzeuge geworden sein könnte. Angress, Kampfzeit, S. 184–204, hier bes. S. 195.

⁶ Herbert, Best, S. 42. Der spätere Pressefunktionär Helmut Sündermann stellte fest, für ihn sei es 1930 selbstverständlich gewesen, außer Geschichte auch Zeitungswissenschaft zu studieren. „Der dem Erlebnis der Zeit so eng wie kein anderer verbundene Beruf des Journalisten war mit dem Einsetzen des politischen Denkens mein lebhaft angestrebtes Ziel geworden.“ Ders., Hier stehe ich, S. 30.

⁷ BA R 55/532, Bl. 2ff.; Jarausch, Studenten, S. 114. Eine vergleichbare Beunruhigung durch den Umsturz teilt sich in den Kindheits- und Jugenderinnerungen des (elf Jahre jüngeren) Helmut Sündermann mit; die damalige Zeit taucht hier nur als Not und Verunsicherung auf; vom kommenden System wird erwartet, daß es eine neue Ordnung an die Stelle der alten, ausgehöhlten monarchischen setze. Vgl. Sündermann, Hier stehe ich, S. 18ff.

⁸ Vgl. hierzu Bleuel/Klünert, Studenten, S. 52 und 155, sowie J. Schwarz, Studenten, S. 220.

⁹ J. Schwarz, Studenten, S. 220.

¹⁰ J. Schwarz, Studenten, S. 222 und 224.

¹¹ Fritzsche, „Mein Eintritt in die NSDAP“, StAM SpK 477, Heft I. Vgl. Jarausch, Studenten, S. 86f. und 100f.

unserer nationalen Weltanschauung“ in den Hintergrund trat.¹² An die Stelle einer mit dem Schutz deutschen Volkstums offenbar überforderten Monarchie sollte ein völkisch ausgerichteter Staat treten, dessen „demokratische“ oder „sozialistische“ Struktur nur das „deutsche Volk“ einbeziehen sollte, nicht die „rassefremden“ Elemente.¹³

Durch die VDSt dürften sich für Fritzsche schon in Greifswald, wo er an der Zeitung des Studentenwerks mitarbeitete, Kontakte zum „Hochschulring Deutscher Art“ ergeben haben. Diese in Berlin im Juni 1919 gegründete Organisation breitete sich von dort auf die übrigen Universitäten aus, bis sich aus dem Zusammenschluß von 19 regionalen Verbänden im Juli 1920 der Deutsche Hochschulring (DHR) konstituierte. Seine Gründung erfolgte in einer Atmosphäre deutlicher Rechtsorientierung der Studenten, die sich in zunehmenden antisemitischen Ausschreitungen äußerte und die sich vom antisemitischen Charakter des DHR aufgefangen wissen konnte. Der DHR verstand sich als Gegenbewegung zu republikanischen Einflüssen innerhalb der Universität und als völkische Sammelbewegung, deren überparteiliches Ziel neben diffusen sozialistischen Elementen die Schaffung einer rassistisch homogenen Volksgemeinschaft war, und die damit die Rassenfrage zum Kern ihres Zusammenhalts machte.

Die „moderateren“ Elemente des DHR verstanden sich jedoch nicht als „Rasseantisemiten“, wie es bei den VDSt Überzeugung war, sondern vertraten eher einen „geistigen Antisemitismus“, für den der „Rasseantisemit“ gleichbedeutend mit dem „Radauantisemiten“ war.¹⁴ Fritzsche, der diese subtile Unterscheidung noch Jahrzehnte später vor Kriegsverbrechertribunal und Spruchkammer als Teil seiner Entlastungsstrategie verwenden sollte, übersiedelte 1921 nach Berlin, wo er offenbar in den völkisch-studentischen Kreisen kein Unbekannter war. Als er dort schnell Mitglied des Hochschulrings wurde, trug man ihm vergeblich den Vorsitz an. In diesem Umfeld lernte er außerdem seine spätere Frau Karin kennen, eine angehende Zahnärztin, die er 1925 heiratete.¹⁵

Innerhalb der deutschen Studentenschaft dehnte der DHR seinen Einfluß weiter aus, bis er schließlich zwei Drittel aller in der „Deutschen Studentenschaft“, dem Dachverband der preußischen Studentenschaften erfaßten Studenten repräsentierte. Bei seinem Zusammenschluß 1920 gab sich der DHR nicht nur das Ziel, eine „deutsche“ Hochschulpolitik durchzusetzen, sondern forderte über die eigentlichen studentischen Belange hinaus von seinen Mitgliedern deren Einwirkung auf die Presse „in deutsch-völkischer Richtung“ und die Mitarbeit „im Dienste von nationalen und sozialen Bewegungen“.¹⁶ Eigene Schulungswochen, deren Dozenten und Teilnehmer eng mit dem völkisch-nationalen Lager und den Kreisen der „Konservativen Revolution“, vor allem dem Berliner „Juni-Club“ verbunden waren, vertieften die national-völkische Ideologie und leiteten zur praktischen Umsetzung der Ziele des DHR an.¹⁷ Durch seine Verbindung zu diesem Club geriet Fritzsche schon bald in die Lage, diese Zielvorgaben auf seine Weise zu erfüllen, da sich dort für seine Zukunft wichtige Kontakte ergeben sollten.

In Berlin selbst erzwang es die räumliche Nähe geradezu, daß Fritzsche mit ihm in Berührung kam. Dessen Sitz in der Motzstraße 22 (Berlin-Wilmersdorf) beherbergte schließlich

¹² Akademische Blätter (VDSt), 1. 12. 1918, zit. nach J. Schwarz, Studenten, S. 99, sowie zu den folgenden Ausführungen ebd., S. 122ff.

¹³ Vgl. J. Schwarz, Studenten, S. 129.

¹⁴ Kater, Studentenschaft, S. 22; J. Schwarz, Studenten, S. 170f.

¹⁵ Berliner Morgenpost vom 5. 1. 1941, BA R 55/530, Bl. 52f.

¹⁶ Wingolfblätter, März 1921, zit. nach J. Schwarz, Studenten, S. 173.

¹⁷ Vgl. J. Schwarz, Studenten, S. 335.

ebenso die „Vereine deutscher Studenten (VDSt)“ wie den „Deutschen Hochschulring“ und damit zwei Organisationen, deren Mitglied Fritzsche war und die im weiteren Sinne zur „Ring“-Bewegung gehörten.¹⁸

Der Juni-Club selbst verdankte seinen Gründungsimpuls der im Juni 1919 erfolgten Unterzeichnung des Versailler Vertrages. Sein Name verwies auf das Kernziel, die dadurch geschaffene Nachkriegsordnung umzustürzen. Obwohl die Kontakte des hier geschaffenen Netzwerks weit über den rechten Rand in die Mitte des Weimarer Parteienspektrums reichten, vereinte eine antiparlamentarische Grundhaltung seine Mitglieder und die gesamte „Ring“-Bewegung.¹⁹

Neben dem als Organisator hervortretenden Heinrich von Gleichen war vor allem Arthur Moeller van den Bruck deren tragende Figur. Von Erscheinung und intellektuellem Habitus her ein Kunsttheoretiker, war er im Ersten Weltkrieg Mitglied der vom AA unabhängigen Propagandastelle des Generalstabes, der „Militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes“ (MAA) gewesen und hatte hier an der propagandistischen Bearbeitung der neutralen Staaten mitgearbeitet.²⁰ Diese Tätigkeit im Dienste der Kriegspropaganda wirkte sich nicht nur auf Moellers eigenen Stil der politischen Publizistik aus, sondern prägte auch das publizistische Auftreten des Juni-Clubs.

Nach dem verlorenen Krieg verfolgte Moeller van den Bruck die Absicht, eine umfassende politisch-gesellschaftliche Konzeption vorzulegen, um Deutschland eine ihm „gemäße“ Staatsform zu verschaffen. Diese sollte sich zwar in einem Volkswillen legitimiert sehen. Aber ebenso wie Fritzsche später gern auf die „demokratische Legitimierung“ des NS-Regimes verwies, räumte Moeller nur derjenigen Form von Demokratie eine Daseinsberechtigung ein, die vom Volk aus für die Nation das war, „was früher die Monarchie für das Volk gewesen ist: geführte Demokratie“.²¹ Seine Vorstellungen, unter anderem in seiner bekanntesten Schrift „Das Dritte Reich“ dargelegt, kreisten immer wieder um den in der Nachkriegszeit so zugkräftigen Begriff des „Sozialismus“.

Als jüngstes historisches Vorbild diente hierfür der sogenannte Kriegssozialismus während des Ersten Weltkrieges, in dem sich eine deutsche, in ihrem Rückgriff auf traditionelle Vorstellungen einer „geordneten Gemeinschaft“ konservative Form des Sozialismus verwirklicht zu haben schien. Moeller van den Bruck bezeichnete den Sozialismus als einen Sammelnamen, „der vorläufig für die neuen Probleme allein zur Verfügung steht, die der Krieg in Bewegung gebracht hat“.²² Die sogenannten Ideen von 1914 standen im Hintergrund all dieser vagen Sozialismusbezüge, und diesen blieb der bereits damals bestehende Widerspruch erhalten, daß über dieser „Gemeinschaft“ eine autoritäre Herrscherkaste walten konnte und sollte.

Dieser Sozialismus war in erster Linie ein Staats-Sozialismus, mit dem der Zusammenbruch der bürgerlich-privatkapitalistischen Gesellschaft im Kriege abgeschlossen und diese durch eine gemeinwirtschaftlich-korporative Form abgelöst werden sollte. Moeller entledigte sich des leidigen Klassengegensatzes, indem er an die Stelle der „unterdrückten Klassen“ die „unterdrückten Völker“ setzte²³ – auch dies in Anlehnung an kriegssozialistische

¹⁸ Holzbach, System Hugenberg, S. 158.

¹⁹ Breuer, Anatomie, S. 51 und 191.

²⁰ Petzold, Wegbereiter, S. 93.

²¹ Moeller van den Bruck, Das Dritte Reich, S. 199.

²² Moeller van den Bruck, Die Sozialisierung der Außenpolitik (März 1919), zit. nach Klemperer, Bewegungen, S. 89.

²³ Moeller van den Bruck, Das Dritte Reich, S. 147.

Thesen. Vor diesem Hintergrund spielten sich dann die Kontakte ab, welche zwischen diesen antimodernen „Sozialisten“ und den dialektischen Materialisten aus der kommunistischen Bewegung geknüpft wurden.

Nicht nur die äußerst unscharfe Definition von Sozialismus bot für diese Kontakte scheinbar eine Grundlage. Auch die außenpolitischen Vorstellungen Moellers setzten in ihrem antiwestlichen Affekt eine politische Verständigung mit Rußland voraus, damit Deutschland wieder eine Großmachtposition einnehmen und sich weit in den europäischen Ost-raum ausdehnen konnte. Moeller van den Bruck ging dabei von der Vergänglichkeit des sozialistischen Staatsaufbaus in der UdSSR aus bzw. konnte sich auch einen modifizierten Sowjetstaat als Bündnispartner vorstellen, um gemeinsam den Raum Osteuropas unter sich aufzuteilen.²⁴ Diese Ostkonzeption, die Rußland das Recht auf eine weltpolitische Rolle einräumte, hob sich deutlich ab von der rassistisch motivierten Ostkonzeption Hitlers, der im „Osten“ einen Raum sah, welcher der minderwertigen Rasse der Russen entwunden und von ihnen entsiedelt werden müsse.

Von den moderateren Ostkonzepten des Juni-Clubs blieb Fritzsche auch in der Folge nicht völlig unberührt, was sich noch als schwaches Echo in seiner publizistischen Tätigkeit nach 1939 in der kurzen Ära des Hitler-Stalin Pakts aufspüren läßt. Moeller van den Bruck und Ernst Graf Reventlow hatten sich öffentlich mit der sogenannten Schlageter-Rede des Kominternfunktionärs Karl Radek vom 21. Juni 1923 auseinandergesetzt. Mit der Betonung der gemeinsamen Gegnerschaft zur Versailler Nachkriegsordnung hatte dieser während der Ruhrbesetzung versucht, nationalistische und proto-faschistische Kreise für die KPD zu gewinnen.²⁵ Fritzsche bewegte sich zu dieser Zeit schon auf eine wichtige Station seiner publizistischen Karriere zu, den Hugenberg-Konzern, wofür seine Tätigkeit im Umfeld des Juni-Clubs wichtige Voraussetzungen und die nötigen Kontakte erbracht hatte.

Zunächst ist hier die Mitarbeit an den „Preußischen Jahrbüchern“ zu nennen, deren Redaktion 1920 von dem Juni-Club-Mitglied Walther Schotte übernommen wurde. Als Herausgeber veränderte Schotte zwar nicht den wissenschaftlich-historischen Ton der Zeitschrift, gab ihr aber in seinen Leitartikeln deutliche ideologische Akzente aus dem Arsenal der „Konservativen Revolution“.²⁶ Offenbar versuchte Schotte auch durch Personalentscheidungen den Charakter der „Jahrbücher“ zu beeinflussen, und Fritzsche profitierte davon, indem er in die Redaktion aufgenommen wurde.

Außerdem arbeitete Fritzsche für kurze Zeit als studentischer Dozent im Rahmen des „Politischen Kollegs“. Das Politische Kolleg wurde am 1. November 1920 mit der Absicht gegründet, eine Schulungsstätte für nationale Politik und damit eine Konkurrenz zur republikanisch geprägten „Deutschen Hochschule für Politik“ zu schaffen, die im WS 1920/21 den Lehrbetrieb aufnahm. Der Lehrbetrieb des „Politischen Kollegs“ begann allerdings erst im Oktober 1921 mit „national-politischen Lehrkursen“, die von Martin Spahn abgehalten und gemäß entsprechenden Vereinbarungen von den Mitgliedern des Deutschen Hochschulrings aufgesucht wurden.²⁷ Zum 1. November 1922 wurde der Lehrbetrieb im Spandauer Johannesstift zu einem allgemeinen Vorlesungsbetrieb im Rahmen

²⁴ „Die außenpolitische Entscheidung“, *Das Gewissen* 1 (1920), Nr. 35.

²⁵ Vgl. Angress, *Kampfzeit*, S. 366–368. Zur Entgegnung vgl. u.a. die 1923 erschienene Broschüre „Schlageter. Eine Auseinandersetzung“, in der Radek und Paul Frölich von der KPD auf Graf Ernst Reventlow und Moeller van den Bruck trafen. Reventlow und Moeller erteilten dem Bündnisangebot mehr oder weniger direkt eine Absage.

²⁶ Schwierskott, Moeller van den Bruck, S. 67.

²⁷ Holzbach, *System Hugenberg*, S. 159f. und 163; J. Schwarz, *Studenten*, S. 324f.

einer „Hochschule für nationale Politik“ erweitert, und Fritzsche tauchte im ersten Vorlesungsverzeichnis als Dozent auf.²⁸ Auch als Redakteur bei der „Telegraphen-Union“ machte er noch bei den Diskussionsabenden in der Motzstraße auf sich aufmerksam.²⁹

Vom „Politischen Kolleg“ führte eine wichtige Verbindungslinie zu Alfred Hugenberg, der dem Juni-Club in seiner Eigenschaft als führender Vertreter der „Wirtschaftsvereinigung zur Förderung der geistigen Wiederaufbaukräfte“ weitere Finanzquellen verschaffte.³⁰ Hugenberg hing in dieser Zeit noch Vorstellungen an, die seiner ursprünglichen „kathedersozialistischen“ Prägung entstammten und gegen den Sozialismus nicht nur eine bürgerliche Einheitsfront zusammenbringen, sondern auch anpassungswillige Teile der Arbeiterschaft durch die Bildung von Eigentum an die Interessen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung binden wollten.³¹

Er suchte nach einer neuen intellektuellen und politischen Elite, die die ideologische Grundlage schaffen könne für ein antidemokratisches System, das keine Rückkehr zur monarchistischen Vorkriegsgesellschaft bedeuten würde, und die „Ring“-Bewegung schien ihm dafür ein erfolgversprechendes Terrain zu sein. So beteiligte er sich maßgeblich am Aufbau des „Politischen Kollegs“, vor allem über Mittelsmänner wie die Professoren Martin Spahn und Friedrich Brunstäd, die direkt von ihm finanziert wurden. Auch der Deutsche Hochschulring wurde von Hugenberg und anderen Geldgebern zu dieser Zeit subventioniert.³² In den Kreisen des „Juni-Club“ verkehrten zahlreiche Deutschnationale. Einige Mitarbeiter machten im Umfeld Hugenbergs politische Karriere, so Hans-Erdmann von Lind-einer-Wildau als Hauptgeschäftsführer der DNVP oder Gottfried Reinhold Treviranus.³³

Daher kann zwischen dem „Juni-Club“ bzw. der Ring-Bewegung und den „alten“ Kräften in der DNVP und im Netzwerk der reaktionären Rechten kein markanter Gegensatz konstruiert werden; die sogenannten Jungen gehörten zu demselben Umfeld, in welchem die DNVP und weitere monarchistische und reaktionäre Gruppen auf das Ende der demokratischen Republik hofften. Hugenberg allerdings entfremdete sich zunehmend der Ring-Bewegung. Schon 1924 stellte er seine Zahlungen für die Zeitschrift *Das Gewissen* wegen persönlicher Differenzen mit von Gleichen ein und zog sich in den folgenden Jahren immer mehr von der „Motz-Straßen-Politik“ zurück.³⁴ Für Fritzsche jedoch machte sich die Verbindung zwischen Hugenberg und der Motzstraße bezahlt. Er trat 1923 in den von Hugenberg aufgebauten Medienkonzern als Redakteur der Nachrichtenagentur „Telegraphen-Union“ ein, und um seine Stellung politisch zu unterfüttern, für kurze Zeit in die DNVP.

Zugleich gab er sein Studium auf, ohne einen Abschluß erreicht zu haben, auch wenn er 1941 der *Berliner Morgenpost* in einem Interview mitteilte, er habe seine fertige Doktorarbeit über die „Öffentliche Meinung in Frankreich während des Weltkrieges“ nie veröffentlicht. Ganz sicher lag es nicht in Fritzsches Absicht, eine der in der Nachkriegszeit so häufigen „verkrachten Existenzen“³⁵ ohne abgeschlossene Ausbildung zu werden. Ebenso wenig aber konnten die damaligen Lebensbedingungen der Studenten wie der fertigen Akademiker

²⁸ Petzold, Wegbereiter, S. 123ff.

²⁹ Vgl. Stephan, Acht Jahrzehnte, S. 143.

³⁰ Petzold, Wegbereiter, S. 102ff.; Leopold, Hugenberg, S. 12.

³¹ Vgl. Holzbach, System Hugenberg, S. 100f.

³² Holzbach, System Hugenberg, S. 129ff., 155ff. und 163.

³³ Holzbach, System Hugenberg, S. 131ff.

³⁴ Holzbach, System Hugenberg, S. 208f.

³⁵ Vgl. Studnitz, Seitensprünge, S. 76: „Der Journalismus wehrte sich damals nicht gegen den Vorwurf, der Beruf der verkrachten Existenzen zu sein. Ganz im Gegenteil brachten gescheiterte Lebenskünst-

dazu angetan sein, der Aussicht auf Arbeitslosigkeit nach abgeschlossenem Studium den Vorzug gegenüber einer ausbaufähigen Stellung in einem Pressekonzern zu geben.³⁶

Das Studium neben einem ausgeübten Beruf wurde aber durch den 1922 erfolgten Beschluß der Rektorenkonferenz unmöglich gemacht, Studenten nur noch eine Nebentätigkeit von maximal vier Stunden am Tag zu gestatten.³⁷ Welche berufliche Tätigkeit Fritzsche vor dem Eintritt in den Hugenberg-Konzern neben dem Studium ausgeübt hatte, ist nicht ganz klar; er selbst sprach 1950 davon, daß er circa 30 Jahre zuvor bereits auf dem Gebiet der Wirtschaftswerbung tätig gewesen sei.³⁸ Da Fritzsches Vater von seinem Beamtengehalt keine ausreichende Unterstützung leisten konnte³⁹ und außerdem der größere Bruder ebenfalls in dieser Zeit sein Arztstudium abgeschlossen haben dürfte, gab es für ihn mehrere Gründe, sich in die Gruppe „abgebrochener Akademiker“ unter den Journalisten einzureihen.⁴⁰

1.2 Im Hugenberg-Konzern

Die Anstellung Fritzsches bei der „Telegraphen-Union GmbH“ (TU) fiel in eine Phase personeller Veränderungen. Zwar war diese 1913 gegründete Agentur bereits während des Ersten Weltkrieges unter den wirtschaftlichen Einfluß Hugenburgs geraten, der in dieser Zeit die Grundlagen seines Medienimperiums schuf, und seit 1919 befand sich die Mehrheit ihrer Anteile im Besitz der von ihm kontrollierten „Westend-Verlag GmbH“.⁴¹ Zu dieser Zeit war Hugenberg aber noch bestrebt gewesen, aus DVP und DNVP einen bürgerlichen Block gegen die als „sozialistisch“ aufgefaßte Weimarer Staatsordnung zu schaffen. Die wichtigen Funktionen innerhalb der TU wurden, ebenso wie bei den übrigen Bestandteilen des von Hugenberg organisierten Medienkonzerns, nicht ausschließlich an Parteigänger der DNVP vergeben, sondern auch an DVP-Mitglieder oder Parteilose, was auch damit zu tun hatte, daß wichtige Bestandteile an der journalistischen Substanz der TU durch die ab 1919 durchgeführte Übernahme des unabhängigen Dammert-Nachrichtenbüros sowie weiterer kleinerer Agenturen hinzugekommen waren.⁴²

Als Hugenberg diesen Kurs revidierte, um sich stärker von den anderen bürgerlichen Parteien abzugrenzen, schieden im Laufe des Jahres 1924 leitende Mitarbeiter aus der TU aus, die keine bedingungslosen DNVP-Parteigänger waren, und zogen politisch ähnlich unabhängige Redakteure nach sich, welche ihren Austritt öffentlich mit der Rechtslastig-

ler für den Zeitungsberuf häufig die besten Voraussetzungen mit. Sie verfügten über Lebenserfahrung und Urteilskraft, Eigenschaften, die so vielen Journalisten heute abgehen.“

³⁶ Nach Jarausch, Studenten, S. 142f., lebte schätzungsweise die Hälfte der Studenten während der Hyperinflation 1923 unter dem Existenzminimum; auch Mitte der 1920er Jahre dürfte noch ein Drittel hiervon gelebt haben müssen.

³⁷ Jarausch, Studenten, S. 144.

³⁸ Fritzsche an Hauptkammer Nürnberg, 16. 11. 1950, StAM SpK 475, Heft XXV.

³⁹ Vgl. die vom Statistischen Reichsamt Anfang 1923 herausgegebene Denkschrift über Deutschlands Wirtschaftslage: „Ein höherer Beamter z. B. kann von seinem Monatsgehalt keinen Sohn auf die Universität schicken. Da aber trotzdem der Drang zur Erhaltung der sozialen Stellung gerade in diesen Schichten sehr groß ist, haben wir ein Studententum, das sich zum überwiegenden Teil seine Unterhaltsmittel durch Nebenarbeit selbst verdient.“ Zit. nach J. Schwarz, Studenten, S. 67.

⁴⁰ 53% der in den 20er und 30er Jahren tätigen Journalisten hatten eine Universität besucht, weniger als die Hälfte davon einen Abschluß gemacht. Kohlmann-Viand, NS-Pressepolitik, S. 15.

⁴¹ Neitemeier, Telegraphen-Union, S. 88 und 102f.; Honigmann, Kapitalverbrechen, S. 181.

⁴² Vgl. Holzbach, System Hugenberg, S. 94f.

keit und der parteiichen Nachrichtenauswahl der Agentur begründeten.⁴³ Auch Josef Räuscher, der Chefredakteur der TU-„Auslandsbriefe“, eines Auslandsartikeldienstes für deutsche Zeitungen ohne eigene Korrespondenten, verließ die TU. Einige Jahre später wurde er Leiter des „Drahtlosen Dienstes“, des Nachrichtendienstes für die deutschen Rundfunkgesellschaften. Jetzt übernahm Hans Fritzsche seinen Posten – nicht zum letzten Mal, wie sich noch zeigen sollte.⁴⁴

Fritzsche war neben diesem Tätigkeitsschwerpunkt auch als innenpolitischer „Leitartikler“ tätig; nach eigenen Angaben schrieb er für mehrere Inlandsdienste der TU „fast täglich einen Leitartikel“, meistens über außenpolitische Fragen und häufig gegen den Versailler Vertrag. Diese Artikel, so Fritzsche, seien von einem breiten Spektrum der Presse, von Zentrum bis NSDAP übernommen worden, zum größten Teil jedoch durch die sogenannten Generalanzeiger, einer rechtsbürgerlichen Gruppe von Zeitungen.⁴⁵ Als Verfasser blieb Fritzsche jedoch ebenso anonym wie die übrigen Mitarbeiter der verschiedenen Korrespondenzen unter dem Dach der TU. Auch dürfte Fritzsche in diesen Jahren kaum eine besondere Bindung an die Person Hugenberg entwickelt haben – allgemein war in der DNVP-Presse der Umstand verbreitet, daß den Herren an der Spitze ihr Redaktionsstab ausgesprochen gleichgültig war.⁴⁶

Dies mußte um so mehr der Fall sein, als Fritzsche zwar in eine profilierte Position gelangt war, jedoch als Person in einem Heer von Kollegen verschwand. In ihrer Spitzenzeit beschäftigte die TU 80 bis 90 Redakteure, 2500 Mitarbeiter, außerdem 250 Inlandskorrespondenten und unterhielt 30 Zweigstellen in Deutschland und der Welt, wobei der Schwerpunkt auf dem Balkan sowie Ost- und Mitteleuropa lag.⁴⁷ Über 1600 und damit fast die Hälfte aller in Deutschland erscheinenden Zeitungen sowie der „Drahtlose Dienst“, der Nachrichtendienst des Rundfunks, nutzten den rechtskonservativ-antirepublikanisch ausgerichteten Dienst der TU. Diese Agentur war vor allem für die Provinzpresse von Bedeutung, und viele dieser Blätter wurden außerdem noch von der ebenfalls Hugenberg-kontrollierten Agentur Wipro (Wirtschaftsstelle für die Provinzpresse) beliefert.⁴⁸ Telegraphen-Union, Pressestelle der DNVP und Hugenberg selbst arbeiteten regelmäßig zusammen.

Trotz aller Bemühungen, die TU als „überparteilich“ erscheinen zu lassen,⁴⁹ war ihre Tätigkeit von Hugenberg politischer Haltung bestimmt. Ob die Mitarbeiter, darunter auch Fritzsche, diese Politik im Arbeitsalltag als Vorgabe umzusetzen hatten, oder dies aus eige-

⁴³ Neitemeier, Telegraphen-Union, S. 127; Stöber, Nation, S. 96.

⁴⁴ Fritzsche, E. E., 7. 1. 1946, IMT, Bd. XXXII, S. 306.

⁴⁵ IMT, Bd. XXXII, S. 306.

⁴⁶ Vgl. u. a. Kaupert, Tagespresse, S. 250, Anm. 93. Georg Honigmann dürfte Hugenberg Intentionen zutreffend eingeschätzt haben, wenn er ihn vor allem dadurch motiviert sah, über die Medien „politische Macht und politischen Einfluß zu gewinnen“, und er kein inneres Verhältnis zum Journalismus hatte. Honigmann, Kapitalverbrechen, S. 148. Die Leitartikel waren in der Generalanzeiger-Presse nicht namentlich gekennzeichnet. Hinsichtlich der Artikel von Fritzsche konnte sich Fritz Sänger nur daran erinnern, sie hie und da gesehen zu haben, so z. B. in der *Essener-National-Zeitung*. Schreiben Sänger an Hauptkläger Spruchkammer Nürnberg vom 16. 12. 1946, StAM SpK 475, Heft XVII. Als Zeitungen, in denen seine Artikel abgedruckt wurden, erwähnte Fritzsche selbst den *Hannoverschen Kurier*, die *Leipziger Neuesten Nachrichten*, die *Münchner Neuesten Nachrichten* sowie die *Schlesische Zeitung*; Fritzsche, Aussage vom 5. 12. 1946, StAM SpK 475, Heft XXVII.

⁴⁷ Uzulis, Nachrichtenagenturen, S. 54; Neitemeier, Telegraphen-Union, S. 127f.

⁴⁸ Vgl. Holzbach, System Hugenberg, S. 282; Räuscher, Rundfunknachricht, S. 68; Leopold, Hugenberg, S. 14 und 39; Koszyk, Deutsche Presse, S. 229.

⁴⁹ Vgl. zum Beispiel das Schreiben des Chefredakteurs Rütgen an Brüning vom 26. 11. 1931, BA R 43 I/2528, Bl. 18.

ner Überzeugung taten, war ab einer gewissen Beschäftigungsdauer wahrscheinlich nebensächlich. Auch Fritzsche dürfte kaum unbeeinflusst geblieben sein, wenngleich er seine Mitgliedschaft in der DNVP nach kurzer Zeit bereits wieder aufkündigte.⁵⁰ Im Hugenberg-Konzern konnte sich seine antidemokratische Haltung anreichern. Dort eignete er sich Techniken der Informationsverarbeitung an, die sowohl größtmögliche Breite der Quellen und ihre effiziente Aufarbeitung garantierten, als auch die „weltanschauliche“ Bearbeitung von Fakten professionalisierten. An einigen Kernelementen Hugenbergischer Politik läßt sich nachvollziehen, mit welcher ideologischen Ausstattung Fritzsche in den NS-Medienapparat eintreten sollte.

Hugenberg popularisierte seine persönliche Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und des Parteiensystems durch die von ihm beherrschten Massenmedien. Nach seiner im Herbst 1928 erfolgten Wahl zum Vorsitzenden der DNVP strebte er jedoch nach einer breiten gesellschaftlichen Basis, um auf diese Weise das parlamentarische System durch den Griff nach der Exekutive auszuschalten.⁵¹ Das Modell des italienischen Faschismus wurde daher in den wichtigen Blättern des Hugenberg-Konzerns wohlwollend behandelt.⁵² Auf deutsche Verhältnisse bezogen, warf dies alsbald die Frage nach dem Verhältnis zur NSDAP auf.

Deren Antisemitismus stellte insoweit keine Belastung dar, als daß er ein wichtiger Bestandteil auch der deutschkonservativen Traditionspflege war. An die fast wortgleichen Formulierungen des 1892 von den damaligen Deutschkonservativen verabschiedeten „Tivoli-Programms“ anknüpfend, wendete sich das im Juni 1920 verabschiedete Parteiprogramm der DNVP gegen die „immer verhängnisvoller hervortretende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit“.⁵³ Die Initiative gegen den „Young-Plan“, der eine abschließende Regelung der deutschen Reparationszahlungen vorsah, wurde von Hugenberg dazu genutzt, unter Einbeziehung der NSDAP einen massenwirksamen rechten Block zu schaffen.⁵⁴

Die von ihm kontrollierte Presse absolvierte in den Jahren 1929 bis 1931 so erfolgreich die ihr gestellte Aufgabe, die NSDAP als antimarxistische Kraft zu etablieren, daß nach der Septemberwahl 1930 deren Erfolg als Sieg über den Marxismus gepriesen wurde, obwohl die DNVP bei dieser Wahl eine Niederlage erlitten hatte. Selbst der Direktor des hauseigenen Scherl-Verlages, Ludwig Klitzsch, mußte konstatieren, daß die Hugenberg-Presse 1930/31 besonders freundschaftlich auf die NSDAP einging und in ihrem Enthusiasmus die Grenzen politischer Vernunft verließ.⁵⁵

1931, nach der Harzburger Tagung, erhellte sich jedoch, wie die NSDAP ihren Führungsanspruch innerhalb des rechtsradikalen Lagers auf Kosten der DNVP und Hugenberg zu

⁵⁰ Groth, Hans Fritzsche, S. 12. In seiner eidesstattlichen Erklärung vom 7. 1. 1946 sagte Fritzsche aus, er sei ca. 1923 „nach kaum halbjähriger Mitgliedschaft“ aus der DNVP ausgeschieden; IMT, Bd. XXXII, S. 305. Ähnlich in seiner Ausarbeitung „Mein Eintritt in die NSDAP“ für das Spruchkammerverfahren, wo er seine Mitgliedschaft aber in die Zeit vor seiner Mitgliedschaft im „Juni-Club“ verlegte. StAM SpK 477, Heft I.

⁵¹ Vgl. Holzbach, System Hugenberg, S. 239 und 255; Leopold, Hugenberg, S. 42.

⁵² Vor allem der *Tag* popularisierte seit 1927/28 nicht nur den italienischen Faschismus, sondern räumte auch dem gesamten rechten Spektrum inklusive der NSDAP Raum zur Selbstdarstellung ein; vgl. Wernecke/Heller, Führer, S. 130 und 146. Währenddessen hielt der *Berliner Lokal-Anzeiger* bis 1931 einen eher distanzierten Kurs zur NSDAP bei, vgl. Schmaling, Berliner Lokal-Anzeiger, S. 108.

⁵³ Zit. nach Wernecke/Heller, Führer, S. 215.

⁵⁴ Vgl. Leopold, Hugenberg, S. 58.

⁵⁵ Klitzsch an Wegener, 10. 2. 1931, zit. nach Leopold, Hugenberg, S. 86.

manifestieren gedachte. Teil ihrer Strategie war, bestehende rechte Organisationen zu unterwandern und schließlich deren Leitung in die eigenen Hände zu bekommen. Am Beispiel des „Reichsverbands Deutscher Rundfunkhörer“ (RDR) konnte Fritzsche dies als Vorstandsmitglied selbst miterleben.

Der „Reichsverband Deutscher Rundfunkhörer“ war auf Initiative von DNVP und Stahlhelm am 12. August 1930 von Journalisten aus dem Hugenberg-Umfeld gegründet worden.⁵⁶ Ausschlaggebend hierfür waren die Erfahrungen des Volksbegehrens gegen den „Young-Plan“ gewesen, wo der Rundfunk den regierungsamtlichen Stellungnahmen gegen dieses Volksbegehren offengestanden hatte bzw. durch Auflagesendungen offen gehalten wurde. Die Betreiber des Volksbegehrens waren dagegen mit ihrem Ansinnen gescheitert, ihre Meinung im Rundfunk darlegen zu können, da ihre Vorträge keine „amtlichen Kundgebungen“ seien, sondern „parteiagitorischen“ Charakter hätten und daher im Rundfunk verboten seien.⁵⁷

Wesentlichen Anteil an dieser Gründungsinitiative hatte der „Stahlhelm“ in Gestalt seiner Mitglieder Alfred Walter Kames und des Freiherrn Grote. Im Vereinsregister des Amtsgerichtes Berlin-Charlottenburg wurde ein dreiköpfiger Vorstand eingetragen, bestehend aus dem 1. Vorsitzenden Kames, dem 2. Vorsitzenden Goetz Otto Stoffregen und Hans Fritzsche als Schatzmeister. Nach eigenem Bekunden verfolgte diese Organisation als Ziele den Kampf gegen die „marxistischen“ Hörerorganisationen sowie den Kampf um die Mitbestimmung im Rundfunk.⁵⁸ Die NSDAP hatte an seiner Gründung keinen entscheidenden Anteil; einziges Parteimitglied im RDR war Willi Bischoff. Fritzsche wurde für den Posten des Chefredakteurs der Verbandszeitschrift bei den häufigen Umbesetzungen kein einziges Mal berücksichtigt, trat allerdings als wichtiges Vorstandsmitglied nach außen hin auf.⁵⁹

Von den Sendegesellschaften und der Reichsrundfunkgesellschaft (RRG) wurde der RDR bald als Gesprächspartner akzeptiert.⁶⁰ Am 30. November 1930 übertrug – dank der Einflußnahme des Rundfunkreferenten im Reichsinnenministerium (RIM), Erich Scholz – die „Deutsche Welle“ von einer RDR-Kundgebung „Für den deutschen Rundfunk“ im Preussischen Herrenhaus unter anderem die Rede des Vorstandsmitgliedes Köhn, in der sich dezidiert antisemitische Stereotype in die Kritik an einer „intellektualistisch“ geprägten Kultur mischten.⁶¹ Doch auch mit diesem Zugeständnis ließ sich der RDR nicht davon abbringen, die Umbesetzung der Überwachungsausschüsse des Rundfunks zu fordern, um deren angebliche marxistische Ausrichtung zu beenden und Politikerreden „parteipolitischen Inhalts“, lies: Reden demokratischer Politiker, zu unterbinden. Da dies nicht gelang,

⁵⁶ Cebulla, Rundfunkpolitik, S. 101.

⁵⁷ Programmgeschichte, Bd. I, S. 534.

⁵⁸ Vgl. Cebulla, Rundfunk-Revolutionen, S. 79f.

⁵⁹ Ein an den Reichsinnenminister Wirth gerichtetes Schreiben vom 6. 3. 1931, in welchem zum wiederholten Mal das Rederecht für einen Vertreter der „nationalen Opposition“ im Rundfunk gefordert wird, trägt die Unterschriften von Kames und Fritzsche. BA R 55/1272, Bl. 186.

⁶⁰ Dreßler-Andress stellte 1975 fest, der RDR sei gleich nach seiner Gründung mit der RRG „ein freundliches Übereinkommen gegenseitiger Verständigungen“ eingegangen. Ders., Darstellung zum Beginn des Fernsehens in Deutschland, Anlage 3 (1975), IFZ F-104.

⁶¹ Geprägt sei der Rundfunk vom „fremden“ Geist der Zivilisation, „im tiefsten Grunde ohne jede Bindung, zu allem bereit schöpferisch wie das Massenmenschentum, dem er entstammt“, „seine Wortführer wurden jene Plebejer aus den östlichen Ghettos, an deren Wiege zwar meist ein mangelhaftes Deutsch gesprochen wurde, die aber von den deutschen Kulturgütern so viel verstanden, daß sie ein gutgehendes Geschäft daraus machten.“ Zit. nach Cebulla, Rundfunk-Revolutionen, S. 91.

beantragte der RDR wiederholt und offenbar erfolglos, einen Vertreter der „nationalen Opposition“ auf Rundfunkvorträge des Regierungslagers antworten zu lassen.⁶²

Das Verhältnis zwischen Staat und RDR wurde distanzierter, als die NSDAP ihre Rolle im Vorstand herauskehrte und nach der Bildung der „Harzburger Front“ im Oktober 1931 massiv in den RDR drängte. Ihre Übernahmeoffensive trat die NSDAP sowohl in der Verbandszentrale an, als auch in denjenigen Landesverbänden, wo NSDAP-Sympathisanten vorherrschten. Als Kampfparole wurde dem Vorstandsvorstand vorgeworfen, er sei zu passiv und zeige keine Bereitschaft dazu, „den RDR zu einem aktiven Kampfverband zu machen“.⁶³

Mit dem weiteren Aufstieg der NSDAP verschärfte sich der Konflikt zwischen DNVP und NSDAP, und am RDR konnten diese Auseinandersetzungen nicht vorübergehen. Die neue, gegen den vermeintlich opportunistischen Vorstand gerichtete Verbandsgruppe der Nationalsozialisten im RDR gab ab November 1931 ihre eigene Zeitschrift „Deutsch der Rundfunk“ heraus und verstärkte ihre Bemühungen, den RDR nationalsozialistisch zu unterwandern, nicht zuletzt durch eine offenbar verstärkte Mitgliederwerbung in den eigenen Reihen.⁶⁴ Der angegriffene Vorstand versuchte seinerseits, gegen den wachsenden NS-Einfluß vorzugehen. Fritzsche erklärte später, er habe einen NS-Geschäftsführer aus dessen Stellung entfernt, weil dieser „im Interesse und Auftrag seiner Partei laufend Urkundenfälschungen beging“.⁶⁵

Damit war es am 19. Dezember 1931 vorbei. An diesem Tag fand eine Generalversammlung statt, auf der die NSDAP, die vor allem durch den Straßer-Flügel der Partei repräsentiert wurde, die Führung dieser Organisation übernahm. Aufgrund der geänderten Geschäftsordnung wurde der Vorstand auf sechs, weitgehend neue Mitglieder erweitert. Nur ein bisheriges Mitglied, das NSDAP-Mitglied Goetz Stoffregen, konnte als Chefredakteur der Verbandszeitschrift im Vorstand verbleiben. Auch Fritzsche war als Schatzmeister dem NS-Flügel geopfert worden, der dem bisherigen Vorstand seinerseits Veruntreuung von Vereinsgeldern vorgeworfen hatte.⁶⁶

In dem verbleibenden knappen Jahr bis zur Machtübergabe an die NSDAP unternahm es Hugenberg mit seinem Konzern, sich im Interesse der DNVP von der Hitler-Partei abzugrenzen. Allerdings schienen wichtige Fraktionen innerhalb seines eigenen Medienapparats bereits das Geschäft der NSDAP zu besorgen. Vor allem der „Tag“ tat sich dabei ähnlich hervor, wie er ab 1927 den italienischen Faschismus in Deutschland popularisiert hatte. Die Spaltung zwischen NSDAP-Gegnern und Befürwortern ging durch die einzelnen Glieder

⁶² Ebd., S. 96. Vgl. u. a. Anträge des RDR vom 13. 2. und 6. 3. 1931, BA R 55/1272, Bl. 186 und 197; Beschwerde wegen parteiischer Auswahl von Redeausschnitten aus dem Reichstag, BA R 55/1277, Bl. 59.

⁶³ Leiter RDR-Landessendergruppe Sachsen, Schreiben vom 10. 10. 1931, BA NS 26/1178, Bl. 74. Vgl. dazu Diller, Rundfunkpolitik, S. 33, sowie als Beispiel für die in den NS-Medien verstärkte Popularisierung des RDR: „Rundfunkskandal in Berlin“, *Völkischer Beobachter* vom 12. 11. 1931. Heinz von Fehrentheil kommentierte dies nachträglich 1934: „Von einer Totalität des Anspruchs, von einer Eroberung des Rundfunks war keine Rede. Man beschränkte sich auf das Streben, ‚auch‘ berücksichtigt zu werden, um vor dem Mikrophon dann und wann einmal zu Worte zu kommen [...]“. „Rundfunk im Aufbruch“, S. 11.

⁶⁴ Ein Polizeibericht aus Münster über eine kulturpolitische Tagung der NSDAP am 20. 2. 1932 im dortigen „Schützenhof“ erwähnte den Vortrag des Parteigenossen Kordt über den RDR, mit dem er die Anwesenden bat, sich diesem Verband anzuschließen. Vgl. Kuropka (Hrsg.), *Meldungen*, S. 88.

⁶⁵ Fritzsche, „Meine Stellung bei Dr. Goebbels“, schriftliche Ausarbeitung für Spruchkammer-Verfahren, StAM SpK 477, Heft I. Der hierbei von Fritzsche angegebene Name „Weiß“ würde jedoch nur auf ein der DNVP angehörendes Vorstandsmitglied passen.

⁶⁶ Cebulla, *Rundfunk-Revolutionen*, S. 85

des Medienkonzerns. Während zum Beispiel ein Chefredakteur der TU bei Brüning anti-chambrierte und diesem die Dienste der TU anbot, unterstützte die laufende Berichterstat-tung der TU die NS-Bewegung.⁶⁷

Fritzsche selbst machte sich als TU-Redakteur nach dem von SA-Leuten gemeinschaftlich verübten Mord an einem Kommunisten im schlesischen Potempa angeblich bei den Natio-nalsozialisten und bei Goebbels persönlich unbeliebt.⁶⁸ Nach dem Kriege gab Fritzsche an, er habe Goebbels um 1928 kennengelernt.⁶⁹ Bis 1931 habe er in seiner Propagandatätigkeit die NSDAP mit freundlichen Kommentaren bedacht und dadurch das Interesse von Goeb-bels auf sich gezogen, der „mehrfach schmeichelnde Bemerkungen über Form und Inhalt meiner Arbeiten [machte], die ich als Mitarbeiter vieler nationaler Zeitungen und Zeit-schriften schrieb, unter denen sich auch reaktionäre befanden“.⁷⁰ Viel interessanter wurde Fritzsche für die kommenden Machthaber durch eine Position, die er im Herbst 1932 er-langte: den Chefredakteursposten bei der Nachrichtenagentur des deutschen Rundfunks, dem „Drahtlosen Dienst“.

1.3 Der Leiter des Rundfunk-Nachrichtendienstes

Die privatwirtschaftliche Organisationsform des Rundfunks in der Weimarer Republik stand in einem seltsamen Kontrast zur staatlichen Überwachung dieses Mediums im RIM. Die jeder Sendegesellschaft beigeordneten Überwachungsausschüsse sahen es als ihre wichtigste Aufgabe an, eine Politisierung des Rundfunks zu vermeiden. Um diese staatliche Aufsicht in einem sensiblen Bereich des Rundfunkprogramms zu gewährleisten, wurde mit Erlass des Reichsinnenministers vom 24. Juli 1926 verfügt, daß die Drahtlose Dienst AG (Dradag) alle Rundfunkgesellschaften mit den als politisch eingestuften Nachrichten ver-sorgen sollte.⁷¹

Die Gesellschaften konnten frei aus den fünfmal täglich per Funk übermittelten und durch telefonische Eilmeldungen ergänzten Sendungen der Dradag auswählen, durften jedoch keine eigenen Meldungen politischer Natur hinzufügen.⁷² Die Dradag arbeitete un-ter dem Gebot „strenger Überparteilichkeit“, von dessen Wahrung in Auswahl sowohl des Nachrichtenmaterials als auch des Personals 1926 Reichsinnenminister Külz seine Zu-stimmung zu ihrer Einrichtung abhängig gemacht hatte. Die zweite wichtige Bedingung des RIM aber kennzeichnete die Spannung, unter der diese Überparteilichkeit von Beginn

⁶⁷ Vgl. Pfeifer, Hitlerbild, S. 165, Wernecke/Heller, Führer, S. 178, sowie Ritgen an Brüning, Schreiben vom 26. 11. 1931, BA R 43 I/2528, Bl. 18.

⁶⁸ Der Artikel konnte nicht aufgefunden werden. Allgemein scheint die rechtsbürgerliche Presse diese Mordtat stark verharmlost zu haben. So bekundete die DAZ am 24. 8. 1932 ihr „volles Verständnis“ da-für, daß Hitler nach der Verurteilung der Mörder diesen seine rückhaltlose Solidarität aussprach. Zit. nach Pfeifer, Hitlerbild, S. 45. In der Hugenberg-Presse enthielt man sich offenbar weiterer Stellung-nahmen, z. B. zum gefällten Urteil; Leopold, Hugenberg, S. 120.

⁶⁹ Fritzsche, „Meine Stellung bei Dr. Goebbels“, StAM SpK 477, Heft I. Anlaß dafür war einer der „Cer-cles“, die Frau v. Dirksen im Hotel „Kaiserhof“ abhielt und auf denen sie die NSDAP in der gehobenen Gesellschaft etablieren wollte.

⁷⁰ Fritzsche, E. E., 7. 1. 1946, IMT, Bd. XXXII, S. 307. Wesentlich abgeschwächter in „Meine Stellung bei Dr. Goebbels“, StAM SpK 477, Heft I.

⁷¹ Programmgeschichte, Bd. 1, S. 115.

⁷² Vgl. Rundfunk im Aufbruch, S. 101ff., Programmgeschichte, S. 433, Räuscher, Rundfunknachricht, S. 69, sowie „Richtlinien für den Nachrichten- und Vortragsdienst“, abgedruckt in Dussel/Lersch (Hrsg.), Quellen, S. 65f.

an stehen würde: „Die Redaktion der Nachrichtenstelle hat sich bei der Ausübung ihrer Tätigkeit in enger Fühlungnahme mit der Pressestelle der Reichsregierung zu halten.“⁷³

In den wenigen Jahren politischer und wirtschaftlicher Stabilität, die der Weimarer Republik gegeben waren, konzentrierte sich die staatliche Lenkung darauf, dem Rundfunk die gewünschte Politikferne zu erhalten. Schließlich forderte es bereits den Widerstand des antirepublikanischen Lagers heraus, sich politisch neutral, aber auf dem Boden der Verfassung zu betätigen. Jede Einflußnahme der Regierung als einer demokratischen Institution war dem rechten Lager suspekt, und eine „strenge Überparteilichkeit“ in seinem Sinne bedeutete in letzter Konsequenz die Selbstaufgabe der Demokratie.⁷⁴

Carl Severing, der 1928 Reichsinnenminister wurde, setzte gegen die bisherige Praxis auf eine stärkere, aktive Nutzung des Rundfunks. So nahm er im Herbst 1929 die Kampagne für ein Volksbegehren gegen den Young-Plan zum Anlaß, den Rundfunk in den Dienst der Regierung zu stellen. In Form von Auftragsendungen der Reichsregierung hielten er und andere Mitglieder des Kabinetts „Aufklärungsvorträge“ gegen das Volksbegehren. Durch Auftragsmeldungen hatte auch die Dradag in ihren Nachrichtensendungen den regierungsamtlichen Standpunkt zu vermitteln – und da diese Meldungen zwingend ausgestrahlt werden mußten, gab es für die Sendegesellschaften auch keine Auswahlmöglichkeit.⁷⁵

Obwohl diese Praxis erhebliche Irritationen hervorrief und nachhaltig den Anspruch des Rundfunks auf parteipolitische Neutralität beschädigte, verstärkten sich die staatlichen Bemühungen weiter, den Rundfunk vermehrt zur Selbstdarstellung der Regierung zu nutzen. Hierbei verstärkten sich zwei Entwicklungen wechselseitig: der Rundfunk wuchs allmählich zum Massenmedium heran, während sich die wirtschaftliche und politische Krise immer weiter zuspitzte und die Lenkungscompetenz des Staates herausforderte, bis sogar Notverordnungen auf diesem Wege „veröffentlicht“ wurden.⁷⁶

Als mit der Ernennung Heinrich Brüning zum Reichskanzler die Zeit der Präsidialkabinette begann, konnte es daher nicht erstaunen, wenn jetzt die Einflußnahme des Staates forciert und eine grundsätzliche Neuordnung des Rundfunksystems in Angriff genommen wurde. Ministerialrat Erich Scholz, seit 1925 Aufsichtsratsvorsitzender der Dradag und Vorsitzender des Politischen Überwachungsausschusses im RIM, verbürgte für diese Entwicklung die personelle Kontinuität und hatte sich spätestens 1929 mit seinem Eintritt in die DNVP hinreichend als Rechtskonservativer profiliert.⁷⁷

Ihm gegenüber stand auf Seiten der Dradag seit 1926 ihr Chefredakteur Josef Räuscher. Auch dieser, seinerzeit 1926 von Preußen gegen die „politisch rechtsstehenden Mitglieder“ des Überwachungsausschusses vorgeschlagen und durchgesetzt,⁷⁸ verkörperte in seiner Person Kontinuität, hier allerdings die Kontinuität einer um Objektivität bemühten Unparteilichkeit. Oft genug mußte er die Nüchternheit des von ihm geprägten Nachrichtenstils

⁷³ Zit. nach Bausch, Rundfunk, S. 77.

⁷⁴ Schon die Übertragung amtlicher Reden zu den Feiertagen der Republik wurde als „parteipolitische Kundgebung“ regelmäßig durch Anträge angegriffen; vgl. Bausch, Rundfunk, S. 120 und 125.

⁷⁵ Der Bericht der Deutschen Welle GmbH für das Jahr 1929 weist sieben diesbezügliche „Auftragsvorträge“ im Oktober 1929 aus; vgl. Rolfes, Deutsche Welle, S. 259f., und Programmgeschichte, Bd. 1, S. 531ff.

⁷⁶ Am 30. 9. 1931 wurde eine Notverordnung des Reichspräsidenten über das Ruhrkohleabkommen über den Rundfunk verkündet und erhielt damit Gesetzeskraft. 1932 wurden eigene „Richtlinien für die Verkündung von Notverordnungen durch den Rundfunk“ erlassen. Vgl. Bausch, Rundfunk, S. 172.

⁷⁷ Lerg, Rundfunkpolitik, S. 439.

⁷⁸ Goslar an Zinn, Schreiben vom 15. 6. 1926, StAHH 135-1, sowie Bausch, Rundfunk, S. 78.

verteidigen und von der Berichterstattung einer Presse absetzen, die zum größten Teil Partei- und Meinungspresse war.

An seine Hörer richtete Räuscher wiederholt die Aufforderung, sich zu dem gebotenen Informationsmaterial ein selbständiges Urteil zu bilden.⁷⁹ In diesem Sinne stellte er auch die Sendung zusammen, die als einzige, schüchterne Annäherung an eine Kommentierung des politischen Geschehens im Nachrichtendienst des Weimarer Rundfunks bezeichnet werden kann. Unter anderem Namen und in anderer Form begründete sie später den eigentlichen Ruhm seines Nachfolgers Hans Fritzsche; als „Presseumschau des Drahtlosen Dienstes“ wurde sie erstmals am 1. November 1928 gesendet.⁸⁰

Die „Presseumschau“ wurde einmal wöchentlich ausgestrahlt⁸¹ und firmierte ab Februar 1930 unter dem Titel „Politische Zeitungsschau“. Bei der Auswahl der Pressestimmen versuchte Räuscher, die Stellungnahme aller politischen Kräfte wiederzugeben, wobei außer den stets mit ihrer parteipolitischen Ausrichtung gekennzeichneten Zeitungen auch Presse- und Parteiinformationsdienste zitiert wurden. Gewissermaßen als Ausgleich in der Mitte schloß die jeweilige Zeitungsschau mit der „Germania“ oder einem anderen Zentrumsblatt. Auf diese Weise brachte Räuscher, der als linker Zentrumsmann galt, diskret seine eigene politische Überzeugung in die Zusammenstellung ein.

Vielen Zeitgenossen galt die Sendung bis zuletzt als „linkslastig“, wiewohl sie sich redlich bemühte, die Verschiebungen im Meinungsspektrum der Republik abzubilden. Aber allein schon die Wiedergabe von Gegensätzen erschien im Geiste „nationaler Erneuerung“ als unerwünscht, so daß Räuscher wiederholt in seiner Sendung zu kritischen Äußerungen seitens der Hörer und der Presse Stellung nehmen mußte.⁸² Seine seltenen persönlichen Bemerkungen zum Beispiel nach dem Tode Briands im März 1932⁸³ waren stets zurückhaltend, aber dennoch nicht angetan, eine aufgeheizte antidemokratische Rechte zufriedenzustellen zu können.

Bereits Ende 1930 fühlte sich Räuscher verpflichtet, in eigener Sache beim Reichskanzler zu intervenieren.⁸⁴ Auch versuchte er, den politischen Wandel elastisch nachzuvollziehen und signalisierte wiederholt seine Bereitschaft, sich einem stärkeren Einfluß der Reichsregierung nicht entgegenzustemmen.⁸⁵ Diese wollte die Dradag jedoch vollständig der staat-

⁷⁹ Räuscher, Rundfunknachricht, S. 69. In seinem Rechenschaftsbericht für das Geschäftsjahr 1929/30 erwähnt dieser Pressekritiken an dem „farblo[n]e Durchsagen unserer Nachrichten“; Ergänzungsbericht Räuscher zum Geschäftsbericht des Dradag-Vorstandes 1929/30, S. 11, BA R 78/27. Die Hörer forderte Räuscher u. a. in der „Politischen Zeitungsschau“ (PZ) vom 7. 1. 1932 und 14. 3. 1932 zum „selbständigen Urteil“ auf; HStAW E 130b 2706 bzw. 2707.

⁸⁰ Durchschriften der „Presse-“ bzw. „Zeitungsschau“ sind fast vollständig im Hauptstaatsarchiv Württemberg erhalten geblieben; HStAW E 130b 2701-2707. Nur wenige enthalten, jeweils am Anfang oder zum Ende der Sendung, einige frei formulierte Anmerkungen, so am 26. 5. 1932 über die am Vortag im Preußischen Landtag geschehenen Krawalle; ebd., E 130b 2707.

⁸¹ Übernommen wurde sie von der Berliner „Funkstunde“, der Deutschen Welle, dem Ostmarken-Rundfunk Königsberg sowie zeitweilig von der Breslauer Sendegesellschaft. Vgl. Ergänzungsbericht Räuscher zum Geschäftsbericht der Dradag für 1929/30, S. 12. BA R 78/27, sowie die Typoskripte der „Zeitungsschauen“, passim. Einzig die „Sonder-Presse-Umschau“ nach dem Tode von Reichskanzler Stresemann wurde von allen deutschen Sendern übernommen.

⁸² Vgl. Politische Zeitungsschau vom 4. 1. 1932, HStAW E 130b 2706.

⁸³ Politische Zeitungsschau vom 8. 3. 1932, HStAW E 130b 2707.

⁸⁴ Vgl. hierfür die Vorlage von zwei schriftlichen Stellungnahmen hoher Funktionsträger, deren Bestätigung einer „guten Wirkung“ der Zeitungsschau vom Reichskanzler gewürdigt worden sei. Reichskanzleramt, Schreiben vom 31. 1. 1931, BA R 43 I/2001, Bl. 23f.

⁸⁵ Schreiben Räuscher an Pünder, 18. 4. 1931, BA R 43 II/2001, Bl. 59.

lichen Kontrolle unterstellen, weswegen Räuscher bereits im April 1932 beabsichtigte, seine Stellung aufzugeben. Als seine Absicht scheiterte, Chefredakteur der *Kölnischen Volkszeitung* zu werden, blieb er aber vorerst auf seinem Posten.⁸⁶ Unmittelbar nach dem Regierungsantritt von Papens wurde es deutlich, daß sein weiteres Verbleiben nicht mehr im politischen Trend lag.⁸⁷

Für die Umgestaltung des Rundfunks wurden die am 27. Juli 1932 verabschiedeten „Leitsätze zur Neuregelung des Rundfunks“ maßgeblich. Noch blieb unklar, von welchen personellen Konsequenzen deren Umsetzung begleitet werden würde. Die „Politische Zeitungsschau“ wurde durch Verfügung von Scholz aber nach ihrer 198. Sendung am 29. Juli 1932 eingestellt.⁸⁸ Obwohl die Kündigung noch auf sich warten ließ, stellte Räuscher seinen Posten zur Verfügung, weil dank der „Leitsätze“ eine selbständige Gestaltung der Chefredaktion nicht mehr möglich war. Am 12. September 1932 wurde sein Rücktritt dann bekanntgegeben.⁸⁹

Zum 1. Oktober 1932 wurde die Dradag zugunsten der neu gegründeten, der RRG unterstellten Dienststelle „Drahtloser Dienst“ (DD) aufgelöst. Dieser zentrale Nachrichtendienst aller deutschen Rundfunksender wurde fortan vom Rundfunkkommissar des Reichsinnenministers überwacht.⁹⁰ Leiter der neuen Dienststelle „Drahtloser Dienst“ wurde Walther Beumelburg, der auf der Pressekonferenz vom 29. September 1932 beteuerte, für den Nachrichtendienst werde hinsichtlich Form, Gestaltung und „strengster Überparteilichkeit“ die von Räuscher entwickelte Linie bestimmend bleiben.⁹¹ Ohne eigene Erfahrung im Nachrichtendienst glaubte Beumelburg zunächst, diese Aufgaben an seine Mitarbeiter delegieren zu können.

Bald wurde mit dem TU-Redakteur Fritzsche der dringend erforderliche und gleichzeitig politisch zuverlässige Nachrichtenfachmann angeworben, der auf den freigewordenen Chefredakteurposten nachrückte. 1946 erinnerte sich Fritzsche, ungefähr im August 1932 sei der Direktor der TU Otto Mejer an ihn herangetreten mit der Frage, ob er die Leitung der Dradag übernehmen wolle. Mejer sei von einem Mitglied der Papen-Regierung gebeten worden, ihn freizugeben, „weil der bisherige Chefredakteur [...] politisch nicht tragbar sei“. Er habe jedoch gezögert, diesen Posten anzunehmen und ihn zunächst abgelehnt.

Daraufhin habe ihn Räuscher, den er seit langem gekannt habe und der in der TU als Chefredakteur der *Auslandsbriefe* sein Vorgänger gewesen war, selbst aufgesucht und ihm zugeraten, den Posten zu übernehmen. Er, Räuscher, wollte ihn einige Monate einarbeiten und bat im Gegenzug Fritzsche um Unterstützung für seinen Wunsch, einen Posten als deutscher Korrespondent im Ausland zu finden. Tatsächlich trat Räuscher zum 1. Novem-

⁸⁶ Pünder (Reichskanzlei) an Groener, 21. 4. 1932, BA R 43 I/2001, Bl. 135.

⁸⁷ Räuscher an Pukass (Reichskanzlei), 11. 6. 1932, BA R 43 I/2001, Bl. 147ff.; Schreiben Räuscher an Scholz vom 13. 6. 1932, BA R 78/27, o. Pg.; „Dr. Räuscher zurückgetreten“, *Vossische Zeitung* vom 12. 9. 1932 (HStAW E 131/175).

⁸⁸ Pohle, *Rundfunk*, S. 85; Bausch, *Rundfunk*, S. 135.

⁸⁹ Vgl. „Huh! Huh! Rundfunk-Schreckgespenster Marx und Bebel“, *Vorwärts*, Nr. 395 vom 17. 8. 1932; „Nachrichtenabbau in der Funkstunde“, *Vossische Zeitung*, 4. 9. 1932, und „Dr. Räuscher zurückgetreten“, ebd., 12. 9. 1932.

⁹⁰ In den Geschäftsanweisungen für die Rundfunkkommissare des Reichs wird als Aufgabe des Rundfunkkommissars bezeichnet, „den Programm- und Nachrichtendienst hinsichtlich der Einhaltung der erlassenen Richtlinien zu überwachen und jegliche staatsfeindlichen oder staatsgefährdenden Einflüsse aus den Programmen fernzuhalten“. Zit. nach Pohle, *Rundfunk*, S. 129 – zu überwachen, wohlge-merkt, durch einen Rundfunkkommissar Scholz, dessen NSDAP-Mitgliedschaft bereits bekannt war.

⁹¹ Pressekonferenz vom 29. 9. 1932, Auszüge des Referats von Beumelburg, BA R 78/6, Bl. 61.

ber 1932 in das *Berliner Tageblatt* ein, wo er im April 1933 übergangsweise Leiter des Ressorts Außenpolitik wurde, bevor er bis zur Einstellung des Blattes 1939 als Korrespondent in Paris arbeitete.⁹² Aber daran dürfte Fritzsche angebliche Vermittlungstätigkeit kaum Anteil gehabt haben – bereits im Mai 1932 hatte das *Berliner Tageblatt* Räuscher den Posten des Ressortleiters angeboten, damals erfolglos.⁹³

Ein weiteres Mal erhielt Fritzsche eine neue Aufgabe, weil sich aus politischen Motiven ein weitgehender personeller Wechsel vollzog. Die durch den Rundfunkkommissar Scholz herangezogenen neuen Mitarbeiter rekrutierten sich alle aus dem Umfeld von DNVP und „Herrenclub“. ⁹⁴ Fritzsche schloß seinen Vertrag beim DD mit der Option ab, nach Ablauf eines Jahres zur TU zurückkehren zu können. Das entsprach der ursprünglichen Absicht des Verwaltungsrates, den Posten nur kommissarisch zu besetzen. Am Mitarbeiterstab des DD nahm Fritzsche nur wenige Veränderungen vor.⁹⁵

Die Nachrichtengebung veränderte sich aber sehr deutlich und sehr schnell. Fast ebenso schnell zeigte sich, daß neben Fritzsche für Beumelburg kein eigentlicher Aufgabenbereich mehr übrigblieb. Auch die RRG und Rundfunkkommissar Scholz erkannten dies an, indem sie sich direkt mit Fritzsche absprachen und Scholz diesen direkt mit der Durchführung von Regierungssendungen unter Umgehung von Beumelburg beauftragte, noch bevor dessen Kündigung durch den RIM bestätigt worden war.⁹⁶

Beumelburg versuchte dabei, dem Drahtlosen Dienst einen Rest von Unabhängigkeit gegenüber der Reichsregierung zu bewahren, wurde aber mit Unterstützung von Fritzsche übergangen. Dessen Vorschlag, einen angeblich objektiven Rückblick über die Opposition gegen die Regierungspolitik vorzutragen, scheiterte zwar an der Ablehnung der meisten Rundfunkgesellschaften, nachdem diese Fritzsches Manuskript vorgelegt bekommen hatten,⁹⁷ wurde aber durch die Intervention des Reichskanzlers von Papen gegen Beumelburg durchgesetzt.

Beumelburg warf daraufhin Fritzsche vor, über ihn hinweg mit der Regierung verhandelt und die Selbständigkeit des Drahtlosen Dienstes gefährdet zu haben.⁹⁸ Ihm schien nicht aufzufallen, daß Fritzsche womöglich seinen Vortrag schon als Auftragsarbeit verfaßt hatte und sich damit gegenüber Beumelburg profilieren wollte.

Kurze Zeit darauf erklärte Scholz seinen bereits seit Anfang Oktober erwarteten Rücktritt.⁹⁹ Sein Nachfolger, Gustav Krukenberg, schlug seinerseits vor, Fritzsche die Gesamtleitung des „Drahtlosen Dienstes“ zu übergeben. Beumelburg verblieben nur noch repräsen-

⁹² Vgl. Feder, Heute sprach ich mit (Einträge vom 6.10. und 14.12.1932); Boveri, Wir lügen alle, S.83f.

⁹³ Durchschrift des Schreibens von Räuscher an den Dradag-Aufsichtsrat vom 26.5.1932 mit Vermerk des württembergischen Vertreters im Reichsrat vom 27.5.1932, HStAW E 130b 2700.

⁹⁴ Programmgeschichte, Bd. 1, S.334. Es verwundert daher nicht, daß diese Personalentscheidungen im „nationalen“ Lager ein zustimmendes Echo fanden, vgl. u.a. Cebulla, Rundfunk-Revolutionen, S.127.

⁹⁵ Fritzsche, E.E., 7.1.1946, IMT, Bd.XXXII, S.307: „keine Veränderungen“; dagegen erwähnt der Bericht des Liquidatoren der Dradag AG für 1932/33 zwei Entlassungen, darunter die des Stellvertreters von Chefredakteur Räuscher, BA R 55/549, Bl.19f.

⁹⁶ Notiz Krukenberg für Dr. Magnus vom 5.12.1932, BA R 78/28, Bl.2ff.; Aktenvermerk Leberke, ebd., Bl.68, sowie Krawitz, Drahtloser Dienst, S.231f.

⁹⁷ Vermerk Beumelburg vom 3.11.1932, BA R 78/1269.

⁹⁸ Vermerk Beumelburg vom 3.11.1932, BA R 78/1269.

⁹⁹ Krawitz, Drahtloser Dienst, S.231, sowie „Der gescheiterte Rundfunk-Diktator“, *Vossische Zeitung* vom 23.11.1932.

tative Funktionen, wofür er allerdings mit der Leitung der neugeschaffenen Nachrichtenabteilung der RRG entschädigt wurde.¹⁰⁰

Zuvor jedoch trug Fritzsche am 29. November 1932 zum ersten Mal seine eigene Version der „Politischen Zeitungsschau“ vor.¹⁰¹ Diese Sendung seines Vorgängers hatte eigentlich durch sporadische Einzelberichte ersetzt werden sollen, aber Fritzsche berief sich – zum ersten Mal in seiner Karriere – auf das Hörerecho; die Hörer seien mit dem Ersatz für die Zeitungsschau nicht zufrieden. Beumelburg unterstützte Fritzsches Antrag, einmal wöchentlich die Zeitungsschau über die „Deutsche Welle“ vorzutragen, mit dem Argument, es sei politisch unzweckmäßig, die Hörer durch ein Übermaß an Meinungspluralität zu verwirren.¹⁰²

Obwohl Fritzsche erklärte, alle politischen Kräfte der Republik berücksichtigen zu wollen, waren seine „Politischen Zeitungsschauen“ so eindeutig nationalistisch-konservativ eingefärbt, daß einige Sender die Kommentare wiederholt aus „politischen Gründen“ nicht übernahmen.¹⁰³ Bereits die erste Sendung vom 29. November 1932 wies diese Tendenz durch die Anzahl der Zitate aus: Drei von 14 waren der NSDAP zuzuordnen, fünf dem rechtsbürgerlichen Lager, zwei dem Zentrum, eins der DVP, dagegen lediglich zwei demokratische und ein SPD-Zitat.¹⁰⁴ Auch der übrige Nachrichtendienst des Drahtlosen Dienstes entwickelte sich im Sinne der Präsidialkabinette. So beklagte die „Gewerkschaftszeitung“, das Organ des ADGB, im November 1932: „Die jetzt vermittelten Tagesnachrichten übergehen wichtige Ereignisse, sind einseitig, verteidigen in selbstgerecht überheblichem Ton Regierungsmaßnahmen und muten zuweilen an wie einst die zurechtfrisierten Nachrichten der Obersten Heeresleitung. [...] Wir können nicht umhin, die Warnung auszusprechen, Tagesnachrichten künftig mit größter Vorsicht aufzunehmen.“¹⁰⁵

Fritzsche fühlte sich aufgerufen, dieser Kritik mit einem Brief an die Redaktion der Gewerkschaftszeitung zu antworten und kleidete sein „ehrliche[s] Bestreben, einen unparteiischen und sauberen Nachrichtendienst zur Befriedigung der Bedürfnisse des gesamten Volkes herauszugeben“, zum einen in die Bitte, ihm durch „aufbauende Kritik“ dabei zu helfen, zum anderen in den unverhohlenen Verdacht, die Gewerkschaftszeitung selbst sei betriebsblind.¹⁰⁶ Ungefähr zur gleichen Zeit offenbarte Fritzsche seine eigentliche Auffassung im „Rundfunk-Jahrbuch 1933“, wo er dafür plädierte, bei aller gebotenen Unparteilichkeit doch eine sinnvolle Tendenz in die Auswahl des Nachrichtenmaterials zu bringen.¹⁰⁷

Dieses Verständnis von Nachrichtenpolitik qualifizierte ihn auch nach der Machtaneignung der NSDAP weiter für seinen Posten. Die propagandistische Vermengung von Information und Tendenz hatte er bereits im Hugenberg-Konzern kennengelernt. Einige Jahre später schilderte er sein Verständnis von Information so: „[Der Nachrichtendienst] erweckt nicht den Anschein einer blutleeren Objektivität, die ja doch nur das Feigenblatt einer getarnten Existenz ist, sondern er erklärt ehrlich: das ist die Auffassung des nationalsozialisti-

¹⁰⁰ Diller, Rundfunkpolitik, S. 74.

¹⁰¹ Fritzsche, E. E., 7. I. 1946, IMT, Bd. XXXII, S. 307. Das Manuskript der ersten Sendung wurde den Rundfunkgesellschaften von der RRG mit einem Rundschreiben vom 1. 12. 1932 (vgl. HStAW E 131 225) zur Einsichtnahme überreicht, offenbar um den Ausstrahlungsbereich der PZ durch weitere Sendegesellschaften zu erweitern.

¹⁰² Schreiben Beumelburg an Krukenberg und Dr. Magnus vom 25. 11. 1932, BA R 78/1269.

¹⁰³ Gassert, Fritzsche, S. 9.

¹⁰⁴ Manuskript der PZ vom 29. 11. 1932, HStAW E 131/225.

¹⁰⁵ „Die Situation im Rundfunk“, *Gewerkschaftszeitung*, Nr. 45 vom 5. 11. 1932.

¹⁰⁶ Fritzsche, Schreiben an die Schriftleitung der *Gewerkschaftszeitung* vom 8. 11. 1932, BA R 78/1269.

¹⁰⁷ Fritzsche, „Papierkorb oder Rundfunk?“, *Rundfunk-Jahrbuch 1933*, S. 48–50.

schen Deutschlands von den Hintergründen, vom Wesen oder von der wahren Bedeutung dieser oder jener Sache.“¹⁰⁸

Man hat sich Hans Fritzsche zunächst jedoch nicht als einen überzeugten Nationalsozialisten vorzustellen. Gerade der „Juni-Club“ hatte ihn darin beeinflusst, an der NS-Bewegung nicht deren Ziele zu kritisieren, sondern deren Absicht, das „Zeitalter der Masse“ mit einer Massenbewegung zu zerschlagen. In seiner Vernehmung vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg sagte Fritzsche später: „Ich lehnte den rauhen Radikalismus der Methoden der Partei ab. Dieser [...] widersprach der Praxis meines ganzen Lebens und meinem persönlichen Stil.“¹⁰⁹

Die Republik vor der Machtergreifung der NSDAP zu schützen, wäre Fritzsche und seinen Kollegen aber nicht in den Sinn gekommen; auch wurde die demokratische Presse in ihren Kreisen nicht von dem Vorwurf ausgenommen, das Geschäft der Feinde Deutschlands zu besorgen.¹¹⁰ Was diese Presse an Freiheit unter einem Reichskanzler Hitler verlor, konnte jemanden wie Fritzsche nicht wirklich beunruhigen. Doch am Abend des 30. Januar 1933 erhielt er nach eigener Darstellung Besuch von den Rundfunkbeauftragten der NSDAP, Horst Dressler-André und Heinz Sadila-Mantau, die ihm verdeutlichten, daß der Reichspropagandaleiter Goebbels sich noch sehr unangenehm an Fritzsches Potempa-Stellungnahme erinnerte.¹¹¹

Aber Goebbels verfolgte die Strategie, wichtige Funktionsträger des staatlichen Kommunikationsapparates in ihren Stellungen zu belassen, auch wenn deren politische Überzeugung nicht mit denen der NSDAP übereinstimmte. So erhielt auch Fritzsche das Angebot, seinen Posten als „Hauptschriftleiter“ des DD zu behalten. Als Bedingung wurde ihm nach seiner eigenen Aussage gestellt, alle Juden und Nichtparteimitglieder durch NSDAP-Mitglieder zu ersetzen. Wie er selbst 1946 anführte, verließen die jüdischen Mitarbeiter innerhalb kurzer Zeit den DD, „denn das Verlangen der Partei blieb nicht geheim“.¹¹² Außer Sadila-Mantau als Stellvertreter akzeptierte er nach eigener Darstellung keine weiteren Umbesetzungen. Jedoch wurden wichtige Positionen bald vornehmlich von Parteimitgliedern eingenommen, und Fritzsches Nachkriegsdarstellung erweist sich einmal mehr als „bearbeitet“.¹¹³

Goebbels informierte Fritzsche Anfang April 1933 von seiner Absicht, den „Drahtlosen Dienst“ aus der RRG herauszunehmen und zum 1. Mai in das RMVP einzugliedern. Nun erfolgte auch der überfällige Eintritt Fritzsches in die NSDAP, nachdem dieser angeblich noch Ende April nach dem Abschluß der Neuorganisation des Drahtlosen Dienstes darum gebeten hatte, in die „Telegraphen-Union“ zurückzukehren oder als freier Schriftsteller arbeiten zu dürfen.¹¹⁴

¹⁰⁸ Fritzsche, *Bodenständiger Rundfunknachrichtendienst* (1937), Schluß des Artikels abgedruckt bei Dussel/Lersch (Hrsg.), *Quellen*, S. 125.

¹⁰⁹ Fritzsche, Aussage vom 26. 6. 1946, IMT, Bd. XVII, S. 153.

¹¹⁰ Der *Berliner Lokal-Anzeiger* schrieb am 3. 6. 1932: „Sooft wir es nun erlebt haben, so bleibt dieses ekelhafte Zusammenspiel deutschsprachiger, in Deutschland erscheinender Blätter mit den haßerfülltesten Feinden Deutschlands so widerwärtig und politisch so verbrecherisch wie am ersten Tag“; zit. nach Schmalting, *Berliner Lokal-Anzeiger*, S. 96.

¹¹¹ Dreßler-Andress bestritt dies, denn er sei am 30. 1. 1933 bei der Reichsleitung in München tätig gewesen. Interview Oktober 1966, IFZ F-104, S. 3.

¹¹² Fritzsche, E. E., 7. 1. 1946, IMT, Bd. XXXII, S. 308.

¹¹³ Vgl. den Geschäftsverteilungsplan des RMVP vom 1. 10. 1933, BA R 43 II/1149, Bl. 131.

¹¹⁴ „Mein Eintritt in die NSDAP“, schriftliche Ausarbeitung Fritzsches für Spruchkammerverfahren, StAM SpK 477, Heft I. Hier bemühte er sich, seinen Parteieintritt als Überzeugungssache zu charakterisieren, um dem Vorwurf des Opportunismus zu begegnen.

Ein Grund für dieses Schwanken war finanzieller Natur, denn als Beamter im RMVP hätte er statt der bisherigen RM 1 500 monatlich nur noch knapp die Hälfte verdient. Goebbels sicherte sich Fritzsches weitere Mitwirkung aber, indem er ihm die Neuorganisation der kleineren Nachrichtenagenturen wie „Transocean“, „Europapress“ und „Eildienst“ als zusätzliche Aufgabe anbot. Außerdem konnte Fritzsche in den folgenden Jahren nebenbei 300–500 RM monatlich aus Honoraren für seine Rundfunk-Tätigkeit sowie für Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften erzielen.¹¹⁵

Noch wichtiger war vermutlich, daß die Bedeutung des Rundfunknachrichtenwesens im NS-Rundfunk ausgebaut wurde. Galt dieses in den Programmen der einzelnen Sendegesellschaften bis dahin eher als Zusatzinformation zur Presseberichterstattung, gehörte es jetzt zur Selbstdarstellung des NS-Staates nach innen und nach außen. Ein derartiger Posten bot für Fritzsche interessante Perspektiven und Arbeitsfelder.

Die tägliche Redaktionsarbeit lief zunächst weiter wie bisher. Von einigen „überfallartigen“ Interventionen zugunsten bestimmter Parteienachrichten abgesehen, ließ man Fritzsche in Ruhe. Er gab mindestens einmal pro Woche seine „Politische Zeitungsschau“ und unterstützte in seinen Kommentaren die neue Regierung. Bereits am Tag nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler hatte er jedes kritische Wort aus den wiedergegebenen Pressestellen herausgelassen und beispielsweise die Kritik aus der rechtsbürgerlichen *Deutschen Allgemeinen Zeitung* (DAZ) unterschlagen.¹¹⁶ Schon länger der Partei angehörende Funktionäre waren mit der Eingliederung von Leuten wie Fritzsche aber alles andere als zufrieden und warfen gerade diesen vor, trotz ihrer bislang geübten Reserve sich in den NS-Staat geradezu „geflüchtet“ zu haben.¹¹⁷

Seine Parteinahme für die NSDAP begründete Fritzsche kontinuierlich damit, daß Hitlers Regierungsantritt nach den Präsidialkabinetten „die Rückkehr zu dem fundamentalsten Grundsatz der Demokratie“, der Volksherrschaft bedeutet habe.¹¹⁸ Während ein Teil der antirepublikanischen Rechten das Führerprinzip mit einer aristokratischen Auslese kombiniert und daher die letzten Präsidialkabinette unterstützt hatte, war Fritzsche jetzt offenbar aus dem bisherigen deutschnationalen Umfeld seiner Arbeitgeber herausgetreten und zu den Vorstellungen einer „völkischen Demokratie“ zurückgekehrt, die ihn während der Studienzeit im DHR geprägt hatten.

Dieser Überzeugung blieb Fritzsche treu. Auf Äußerungen des US-Präsidenten Roosevelt, in denen dieser demokratische Prinzipien hervorkehrte, erwiderte er in einem seiner Kommentare, eben nach den Spielregeln der Demokratie habe Hitler seinerzeit die Macht ergriffen, als er die absolute Mehrheit des Volkes hinter sich gehabt habe. „Die Deutschen hatten eine so unerfreuliche Erfahrung mit der Freiheit des Individuums gemacht, daß sie sich entschlossen hatten, alle Entscheidungen, die die Freiheit der Gemeinschaft erobern und sichern sollten, in die Hände des Führers zu legen.“¹¹⁹

¹¹⁵ IMT, Bd. XXXII, S. 309 und 315.

¹¹⁶ IMT, Bd. XXXII, S. 308, und „Autoritäre Objektivität“, *Vorwärts*, Nr. 54 vom 1. 2. 1933.

¹¹⁷ Vgl. Sündermanns auf die früheren politischen Gegner gemünzten Satz: „Als wir uns gerade rüsteten, um uns nach dem politischen Siege nun geistig mit ihnen zu messen, entdeckten wir, daß sie bereits die Fahne gewechselt und in unseren Reihen Zuflucht gefunden hatten.“ Ders., Hier stehe ich, S. 63.

¹¹⁸ Hier spricht Hans Fritzsche, S. 152ff.

¹¹⁹ Hans Fritzsche, Kommentar vom 8. 5. 1941, Rückübersetzung aus englischer Mitschrift des BBC Monitoring Service (BBC-MS), IfZ MA-1563, Doc. PS-3064. Ähnlich drückte es der Marburger Juraprofessor Heinrich Herrfahdt aus: „Das deutsche Volk ist sich einig darüber, daß es wegen seiner Uneinigkeit einen Führer braucht.“ Zit. nach Fraenkel, Doppelstaat, S. 254.

Über seinen eigenen Arbeitsbereich sollte Fritzsche noch im März 1943 behaupten, im NS-Staat stelle die Propaganda dem Volke seine Interessen täglich neu zur Diskussion und erfülle daher den Anspruch des Wortes Demokratie als Volksherrschaft im eigentlichen Sinne.¹²⁰ Mittels solcher propagandistischer Leitlinien verwirklichte der NS-Staat die politische Integration seiner Bürger.

Obwohl es nach dem Krieg nahegelegen hätte, sich als weisungsgebunden von der Verantwortung für das eigene Tun zu entlasten, betonte Fritzsche geradezu seine Eigenschaft als Gestaltender im Propagandaapparat. Ebenso wie er für seine Kommentare im Kriege geltend machte, daß Goebbels ihm bei deren Formulierung weitgehend freie Hand ließ, scheinen auch die „Politischen Zeitungsschauen“ der Vorkriegszeit von ihm selbständig erstellt worden zu sein. Ein zeitgenössischer Kommentator betonte jedenfalls, daß Fritzsche für jedes Wort die Verantwortung trüge.¹²¹

Damit erschöpfen sich jedoch die Elemente von Selbstbestimmung, welche das berufliche Dasein von Hans Fritzsche ausmachen sollten. Sein persönlicher Beitrag zum NS-System, ganz gleich, in welcher Eigenschaft er tätig war, paßte genau in das Konzept seines Vorgesetzten Goebbels: in der Form flexibel und abwechslungsreich, im Inhalt völlig abhängig von den Weisungen und ideologischen Vorgaben der Staatsführung. Abgesehen von der unschwer auszumachenden Eitelkeit, die Fritzsche eigen war, scheint ihm entgangen zu sein, wie sehr er selbst gesteuert wurde.

2. Karriere im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda

2.1 Nachrichtenpolitik im Rundfunk: Der Drahtlose Dienst

Während die meisten verantwortlichen Mitarbeiter des sogenannten Systemrundfunks entlassen wurden, und auch der erste Leiter der Rundfunkabteilung im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP), Gustav Krukenberg, schon im Juli 1933 durch die NS-Funktionäre Hadamovsky und Dreßler-Andress abgelöst wurde, blieb Fritzsche Chefredakteur bzw. „Hauptschriftleiter“ des Drahtlosen Dienstes (DD) bis zum Sommer 1938, eine Position, in die ihn schon das Papen-Kabinett gebracht hatte. Bald schon konnte er sich als ein Veteran der Übergangszeit fühlen.¹²²

Fritzsche ließ keine Möglichkeit ungenutzt, seinen eigenen Arbeitsbereich auszudehnen und erweiterte scheinbar unbegrenzt sein Arbeitspensum. Dabei war seine Hauptaufgabe umfassend genug. Als Hauptschriftleiter hatte er den gesamten geschäftlichen, personellen und technischen Bereich unter sich. Die von Räuscher „geerbte“ Zeitungsschau festigte seine Position als Rundfunkpersönlichkeit, so daß er zu wichtigen Anlässen wie zum Beispiel der Besetzung des entmilitarisierten Rheinlands 1936 mit einem gesondert ausgestrahlten Einzelkommentar offiziös Stellung nahm.¹²³

¹²⁰ Hans Fritzsche, Kommentar vom 13. 3. 1943, BA R 55/524, Bl. 99. Noch entschiedener formulierte er es im Kommentar vom 25. 9. 1943: In der „völlig freien Diskussion des deutschen Volkes über seine Hoffnungen, seine Sorgen und seine Befürchtungen im Zusammenhang mit dem Krieg“ käme eine so einheitliche Weltanschauung heraus, daß der Gegner dahinter immer wieder einen Maulkorb vermutete. BA R 55/525, Bl. 119.

¹²¹ Sadila-Mantau, Nachrichtendienst, S. 105.

¹²² Pohle, Rundfunk, S. 173f.; Diller, Führer der Sender, S. 242f.

¹²³ Gassert, Fritzsche, S. 12.

Fritzsche arbeitete kontinuierlich daran, die Stellung des DD als exklusive Nachrichtenagentur für den gesamten Rundfunk zu behaupten und andere Vermittlungsstränge zu kappen. Seine Abteilung gehörte seit Mai 1933 zur Abteilung IV (Deutsche Presse) des Propagandaministeriums. Goebbels erklärte später, diese Anbindung an das RMVP sei in der Aufbauphase des Nationalsozialismus notwendig gewesen, um so den DD ideologisch und organisatorisch ausrichten zu können.¹²⁴ Fritzsches Tätigkeit spielte sich daher keineswegs in einem neutral-professionellen Rahmen ab. Dies wurde deutlich im Umgang mit den ausländischen Massenmedien.

Bereits zum 1. Mai 1933 hatte man Fritzsche mit der Leitung des Fremdsprachennachrichtendienstes im „Deutschen Kurzwellensender“ beauftragt, dessen Programm am 1. April 1933 zunächst mit Sendungen für Nordamerika aufgenommen worden war und anfänglich zwei, 1936 schon 22 tägliche Nachrichtendienste umfaßte.¹²⁵ Diese Nachrichtendienste sollten außer positiven Meldungen über Deutschland vor allem auch die Wirkung negativer ausländischer Berichte neutralisieren – das Stichwort der „Lügenabwehr“ trat hier ebenso hervor wie in den Inlandsnachrichten des DD und Fritzsches eigenen Kommentaren. Sein Stellvertreter Sadila-Mantau erläuterte dazu 1934, die deutschen Nachrichtendienste der französischen, luxemburgischen, sowjetischen und tschechischen Sender würden aufgenommen, sofort an den DD weitergeleitet und im nächsten Nachrichtendienst beantwortet.¹²⁶

Darüber hinaus befürwortete es Fritzsche, Druck auf die gegnerischen Sender auszuüben. So forderte er auf einer Intendantenkonferenz vom Juli 1933, auf die deutschsprachigen Sendungen des Senders Straßburg mit Nachrichten zu reagieren, deren Tendenz für Frankreich unangenehm war.¹²⁷ Außerdem beteiligte er sich an Versuchen, den im Deutschen Reich viel gehörten Sender Radio Luxemburg unter Druck zu setzen. Bereits seit 1933 wollte Deutschland erzwingen, daß Radio Luxemburg Nachrichten über deutsche Themen nur noch vom DD bezog bzw. daß dieser gegen gekaufte Werbezeit über den Luxemburger Sender deutsche Nachrichtendienste ausstrahlen dürfte. Fritzsche beschuldigte den Sender, Deutschland gegenüber eine „unfreundliche Haltung“ einzunehmen, was gleichbedeutend damit war, daß der Sender Nachrichten über Deutschland brachte, welche nicht vom Deutschen Nachrichtenbüro (DNB) autorisiert, sondern hauptsächlich von den britischen und französischen Nachrichtenagenturen bezogen worden waren.¹²⁸ Fritzsche selbst erwähnte später nur, er habe 1935 bei der Direktion von Radio Luxemburg interveniert, damit mehr deutschfreundliche Nachrichten gesendet werden.¹²⁹

Seine eigene Arbeit charakterisierte er 1937 als „Abwehr“ und behauptete: „Der Rundfunk, dieses moderne Wunder, ist im politischen Bezirk bestenfalls eine Verteidigungswaffe

¹²⁴ Entwurf eines Schreibens von Goebbels an Dietrich, August 1943, BA R 55/1254, Bl. 6; Diller, Rundfunkpolitik, S. 105.

¹²⁵ Vgl. Huth, Radio, S. 118, und Geschäftsverteilungsplan RMVP vom 10. 2. 1936, BA R 55/1317. Mit Errichtung der Auslandsdirektion der RRG 1941 übernahm die dazugehörige „Nachrichten- und Informationsabteilung“ den Nachrichtendienst für das Ausland. Wortschlacht, S. 42.

¹²⁶ Rundfunk im Aufbruch, S. 105f.

¹²⁷ Diller, Rundfunkpolitik, S. 106.

¹²⁸ Diller, Rundfunkpolitik, S. 275ff.; Boelcke, Macht, S. 42. Der Lagebericht des Regierungspräsidenten Osnabrück vom 10. 9. 1934 erwähnt die von Radio Luxemburg gebrachte „Nachricht über eine erhebliche Verstärkung der Garnison Osnabrück und die hiermit zusammenhängenden Neubauten“; Gestapo Hannover, S. 90. Ähnliche Nachrichten verbreitete auch der französische Sender Straßburg; vgl. Lagebericht vom 4. 12. 1934, ebd., S. 124.

¹²⁹ Hier spricht Hans Fritzsche, S. 158.

für den, der verleumdet wird. Aber es ist [...] keine Angriffswaffe. Wird es als solche mißbraucht, so schlägt es den eigenen Herrn.“¹³⁰ Aber abgesehen davon, daß sich der NS-Rundfunk zu keinem Zeitpunkt damit begnügte, lediglich ausländische Darstellungen deutscher Verhältnisse zu neutralisieren, sollte sich dieses Medium in den Händen des NS-Staates sehr bald zu einer echten „Angriffswaffe“ entwickeln. Die Legitimität der Ziele dieses Staates wurde von Fritzsche nicht in Frage gestellt. Er selbst verwies nachträglich, sowohl vor der Spruchkammer 1947 als auch in seinen Erinnerungen, auf die sogenannte Röhmer-Revolution als den Punkt, wo er seinen wachgewordenen Zweifeln nicht weiter nachgegangen sei.

Wenn Fritzsche selbst noch im Juni 1934 die vielfältigen Rechtsbrüche und den offenen terroristischen Charakter des Systems verdrängt haben sollte, wurde seine Fähigkeit hierzu in dieser gegen die systeminterne Opposition gerichteten Mordaktion weit überschritten. Nachdem Goebbels am 29. Juni 1934 von der bevorstehenden Aktion erfahren hatte,¹³¹ wurden am Nachmittag die Angehörigen des RMVP ins Amt gerufen, wo man ihnen mitteilte, daß eine „Aktion durchzuführen“ sei, die es eventuell erfordern würde, die ganze Nacht zu arbeiten.¹³² Die Ungewißheit, worum es ging, wurde durch die telefonische Einberufung einer Pressekonferenz beendet, die Fritzsche leitete und auf der Göring die angebliche Verschwörung der SA enthüllte.¹³³ Der genaue Ablauf der Ereignisse der folgenden Tage, denen auch ehemalige Mitstreiter Fritzsches aus dem Lager der Konservativen Revolution wie Edgar Jung zum Opfer fielen, wurde mehrere Tage selbst vor Instanzen des Regimes verborgen gehalten.¹³⁴ Intensive Verbreitung von Gerüchten und das verstärkte Nutzen ausländischer Informationsquellen waren die Folge.

Als die ersten – unvollständig bleibenden – Verlautbarungen über den Verlauf dieser Aktion erfolgten, stellte Fritzsche sich lediglich die Frage, ob den Exekutionen auch ein ordnungsgemäßes Verfahren vorausgegangen sei. Nach seiner Darstellung erschien Goebbels am 1. Juli in seinem Dienstzimmer mit der Meldung über die Erschießung Röhmers, auf einer Visitenkarte von Hitler geschrieben. Fritzsche vermaßte bei der Meldung das Wort „standrechtlich“, bestand darauf, es einzusetzen, und gab sie mit dieser Ergänzung weiter. Kurze Zeit später mußte er sie jedoch auf Goebbels' wütende Intervention wieder zurückziehen. Mit den weiteren offiziellen Erklärungen gab Fritzsche sich dann zufrieden und hielt sich nicht weiter mit der Frage auf, ob die Regierung bewußt und vorsätzlich gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen hatte. Nach dem Krieg stellte er dazu fest: „Damals stand ich im Tor zur Erkenntnis und ging nicht hindurch.“¹³⁵

Fritzsche selbst gab 1947 als Begründung dafür an, in der Öffentlichkeit sei der 30. Juni 1934 für eine Bereinigung dessen gehalten worden, was an „Unkorrektheiten“ in den KZ vorgekommen sei.¹³⁶ Das mag aus heutiger Sicht perfide klingen, entspricht jedoch dem Bild, das sich aus zeitgenössischen Lageberichten ergibt. Für kurze Zeit wurde die Aktion

¹³⁰ Fritzsche, Grenzen des Rundfunknachrichtendienstes, S. 155f.

¹³¹ Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs (Eintrag vom 7. 7. 1934), S. 33.

¹³² Dreßler-Andress, Interview 1966, S. 8, IfZ F-104.

¹³³ So die Darstellung bei Sündermann, Hier stehe ich, S. 72, und Fritzsche, „Meine Stellung bei Dr. Goebbels“, StAM SpK 477, Heft I.

¹³⁴ So beschwerte sich die Stapo Hannover noch am 4. 7. 1934 in ihrem Lagebericht, sie habe vom Berliner Gestapo bis zu diesem Tage keinerlei Nachrichten erhalten und sich aus abgehörten Funkgesprächen ein Bild der Lage verschaffen müssen. Gestapo Hannover, S. 168.

¹³⁵ Fritzsche, Aussage SKV vom 28. 1. 1947, Ausführungen des öffentlichen Klägers Serwe im Berufungsverfahren, 23. 9. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI. Hier spricht Hans Fritzsche, S. 167.

¹³⁶ Zeugenaussage Fritzsche im Verfahren gegen Herbert Klemm (RJM), 15. 7. 1947, Auszug aus Protokoll, StAM SpK 476, Heft XVIII.

vor allem als Schlag gegen die Selbstjustiz übenden Teile der SA gewertet, und die Morde an Vertretern des konservativen Deutschland, als diese schließlich teilweise bekannt wurden, offenbar angstvoll ausgeblendet.¹³⁷ Einer Aussage aus Fritzsches Spruchkammerverfahren zufolge hat er noch mehrere Jahre davon gesprochen, daß etwaige Greuel „Revolutionserscheinungen“ seien, die sich irgendwann in einem neuen Rechtsstaat erledigen würden.¹³⁸ Wahrscheinlicher aber ist, daß Fritzsche sich schon mit dem Regime abgefunden hatte und irgendwann aufhörte, dessen Rechtsbrüche auch nur zu registrieren.

Ein weiteres Beispiel nationalsozialistischer Nachrichtenlenkung erlebte Fritzsche schon vier Wochen später, beim Putsch der Nationalsozialisten in Österreich. Wie er nach dem Kriege schilderte, habe er am Mittag des 25. Juli 1934 die Nachrichten, welche von den Aufständischen über den Sender Wien verbreitet worden waren, „unter Zitat und Vorbehalt“ im DD ausgegeben. Dann habe ihn Goebbels aufgefordert, „Meldungen über Ausdehnung und Erfolge des Aufstandes zu verbreiten, die der sogenannte Nazi-Landesleiter von Österreich, Habicht, anbot. Ich lehnte dies ab, da ich dessen Meldungen als falsch und übertrieben erkannt hatte. Daraufhin enthub mich Dr. G. meines Amtes und setzte Habicht als den Verantwortlichen für die Rundfunknachrichten ein. Er gab Meldungen über die deutschen Sender, die die österreichische Aufstandsbewegung fördern sollten. Als der Putsch am Abend gescheitert war, wurde ich aus meiner Wohnung geholt und übernahm wieder mein Amt.“¹³⁹

Nach der vom damaligen DNB-Aufsichtsratsvorsitzenden gegebenen Darstellung mußten in der fraglichen Zeit alle Wiener DNB-Meldungen vor Ausgabe dem Büro Heß im Braunen Haus in München zugeleitet werden, wo sie der erwähnte Theo Habicht bearbeitete. Erst ab ein Uhr morgens des 26. Juli wurde wieder die Reichspressestelle in Berlin für die Berichterstattung aus Wien zuständig.¹⁴⁰

Fritzsches oben zitierte Aussage trifft insoweit zu, als nach zeitgenössischen Angaben die erste als falsch erkennbare DNB-Meldung um 14.15 Uhr erfolgte. Des Amtes enthoben war Fritzsche wohl ebensowenig wie die Reichspressestelle, aber für einen halben Tag von der Berichterstattung aus Wien entbunden. Um so schneller reagierte dann der Rundfunk, als Habicht seines Postens als österreichischer NSDAP-Landesinspekteur enthoben wurde. Er verbreitete diese Meldung eine Stunde, bevor sie das DNB erhielt.¹⁴¹

2.2 Nachrichtenagenturen

Zehn Jahre bereits hatte sich Hans Fritzsche als Nachrichtenfachmann und als Redakteur profilieren können. An der Spitze des DD stehend, konnte er jetzt die bestehenden kleineren Nachrichtenagenturen im Rahmen des zur Presseabteilung gehörenden Referates „Nachrichtenwesen“ reorganisieren. Diese Neuordnung vollzog sich zum 1. Januar 1934 durch die Vereinigung der beiden größten Agenturen WTB (Wolffsches Telegraphen-Bureau) und TU (Telegraphen-Union) zum „Deutschen Nachrichtenbüro“ (DNB). Trotz

¹³⁷ Vgl. Lagebericht Stapo Hannover vom 4. 7. 1934, der von „allergrößter Begeisterung“ spricht. „Es kann ruhig gesagt werden, daß auf der Bevölkerung in der letzten Zeit ein Druck lag und daß diese Aktion ein befreiendes Aufatmen gebracht hat.“ Gestapo Hannover, S. 167f.

¹³⁸ Mair, Aussage SKV vom 29. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

¹³⁹ Fritzsche, E. E., 7. 1. 1946, IMT, Bd. XXXII, S. 317.

¹⁴⁰ Mejer an Reichspresseschef Funk, 27. 7. 1934, BAK Kl. Erw. 302-1, Bl. 43f.

¹⁴¹ Rede des österreichischen Bundeskommissars Adam, DNB Wien, 26. 7. 1934, BAK Kl. Erw. 302-1, Bl. 45ff., und Mejer an Funk, 27. 7. 1934, ebd., Bl. 43.

seiner privatwirtschaftlichen Fassade befand sich das DNB vollständig im Besitz des Reiches.¹⁴²

Nach außen Mitarbeiter einer unabhängigen Nachrichtenagentur, mußten sich die Angestellten des DNB in ihren Arbeitsverträgen verpflichten, das Eingriffsrecht des RMVP in die Belange der Agentur anzuerkennen. Für den Fall der Übernahme der DNB-Angestellten in das Beamtenverhältnis, also die offizielle „Verstaatlichung“ von DNB, wurden zu Beginn des Zweiten Weltkrieges Rang- und Gehaltsklassen festgelegt, was auf eine für die nächste Zeit geplante staatliche Übernahme schließen läßt.¹⁴³

Neben dieser neuen Großagentur existierte eine ganze Reihe von zum Teil spezialisierten, kleineren Agenturen. Einige, wie vor allem die sich auf den europäischen Nachrichtenmarkt konzentrierende „Europapress“, waren durchaus erfolgreich in ihrem Bemühen, sich im Ausland als vielschichtiger und weniger offiziös zu profilieren als das DNB, das überall als Verlautbarungsorgan der Regierung angesehen wurde.¹⁴⁴

Die Agentur „Transocean“ war 1915 als Nachrichtendienst für ausländische Kunden gegründet worden und schnell in die völlige Abhängigkeit von der Regierung, insbesondere des Auswärtigen Amtes geraten. Im letzten Drittel der Weimarer Republik gewann sie stark an Glaubwürdigkeit im Ausland zurück und konnte sich von dem Image einer Regierungsagentur lösen, indem sie sich unter Leitung ihres Chefredakteurs Wilhelm Schwedler auf eine tatsachenorientierte Berichterstattung ohne „tendenzpolitischen Anstrich“ konzentrierte. Schwedler versuchte, diesen Kurs auch nach der Machtergreifung mit Hinweis auf die Auslandswirkung beizubehalten.¹⁴⁵

Nach seinem Tod 1936 besetzte Fritzsche den Posten des Chefredakteurs mit dem bisherigen NS-Auslandsfunktionär Friedrich von Homeyer. Unter dessen Leitung geriet die TO in einem Maße in propagandistisches Fahrwasser, daß zuweilen selbst die Kollegen der „Europapress“ die Übernahme von TO-Meldungen mit der Bemerkung verweigerten, die Diktion dieser Agentur sei zu propagandistisch.¹⁴⁶ Als Ausgleich hierfür bot die TO jedoch Meldungen, die in den innerdeutschen Nachrichtendiensten entweder gar nicht oder wesentlich später erschienen. Ebenso war es eine der Aufgaben dieser Agentur, im Ausland Meldungen zu platzieren, von denen sich die deutsche Führung offiziell distanzieren konnte.¹⁴⁷

Man kann die TO, die weiterhin informelle Kontakte zum AA pflegte, als Beispiel für die Zielsetzungen betrachten, die sich mit der Reorganisation der kleineren Agenturen verbanden. „Um jeden Preis“, so Fritzsche 1946, galt es, den Anteil positiver deutscher Nachrichten in der Auslandspresse zu erhöhen. Seine hierauf gerichteten Anstrengungen beschränkten sich jedoch nicht auf personelle Veränderungen. Bei seinen Aktivitäten 1936/37 legte Fritzsche großen Wert darauf, die Aktualität der Agenturen zu verbessern.

Dies war zum einen durch die schnellere Freigabe von Nachrichtenmaterial für das Ausland zu erreichen. Zum anderen ließ Fritzsche verstärkt moderne Nachrichtentechnik in-

¹⁴² Ncitemcier, *Telegraphen-Union*, S. 133f.; Reitz, *Nachrichtenbüro*, S. 214.

¹⁴³ Uzulis, *Nachrichtenagenturen*, S. 235 und 246; Reitz, *Nachrichtenbüro*, S. 218.

¹⁴⁴ Margret Boveri, zwischen 1933 und 1939 Redakteurin des *Berliner Tageblatts*, schrieb 1965: „Europapress, damals noch mit Sitz in Genf, berichtete zutreffend über das Denken und die Absichten der am Völkerbund vertretenen Mächte.“ Dies., *Wir lügen alle*, S. 311. Zu „Europapress“ vgl. Uzulis, *Nachrichtenagenturen*, S. 94ff., und Klee, *Transocean*, S. 169ff.

¹⁴⁵ Klee, *Transocean*, S. 167ff.; Uzulis, *Nachrichtenagenturen*, S. 61ff.

¹⁴⁶ Vgl. Brauweiler (RMVP), Bericht vom 20.4.1941, BA R 55/826, Bl. 28, sowie Fritzsche, E. E., 7.1.1946, IMT, Bd. XXXII, S. 313.

¹⁴⁷ Höhne, *Report*, S. 106f.

stallieren. Hierzu zählte der Fernschreiber ebenso wie der ab 1937 beim DNB eingesetzte „Hellschreiber“. Dieser ermöglichte durch die Zerlegung von Schriftzeichen in ein Raster die drahtlose und verschlüsselte Nachrichtenübermittlung. Die wichtigste Aufgabe war allerdings, die Agenturen in ihren thematischen Schwerpunkten und der jeweiligen regionalen Ausrichtung klar voneinander abzugrenzen. Damit sollten sie auf dem Weltnachrichtenmarkt konkurrenzfähig bleiben bzw. werden, anstatt sich wie bisher untereinander Konkurrenz zu machen.¹⁴⁸

Aus den Aufsichtsgremien der Agenturen scheint sich Fritzsche herausgehalten zu haben. Lediglich bei der „Eildienst GmbH“ war er Mitglied des neunköpfigen, vorwiegend aus Ministerialbürokraten zusammengesetzten Aufsichtsrats. Die „Eildienst GmbH“ war 1920 als „Wirtschaftsrundspruchdienst“ gegründet worden und stellte damals einen direkten Vorläufer des Rundfunks dar, weil sie ihre Nachrichten über Funk verbreitete.¹⁴⁹ Als Lieferant für Wirtschaftsnachrichten blieb die „Eildienst GmbH“ eng mit der RRG verbunden, und Fritzsches Aufsichtsratsposten dürfte eher mit seiner Rundfunktätigkeit zusammengehangen haben als mit der von ihm durchgeführten Reorganisation.

Diese zahlte sich für seine Laufbahn aus. Im Frühjahr 1937 erreichte Goebbels beim Reichsfinanzminister die Ernennung von sechs weiteren Oberregierungsräten, um verdiente Mitarbeiter für die bisher geleisteten Dienste belohnen zu können. Fritzsche war einer der Auserwählten und vollzog nun den überfälligen Schritt vom Angestellten- in das Beamtenverhältnis.¹⁵⁰ Sein Sonderauftrag, den er 1946 in seiner vor dem Nürnberger Militärgerichtshof gegebenen Darstellung diskret – und wahrheitswidrig – an den Beginn seiner Arbeit im RMVP verschob, um sein Verharren im NS-Medienapparat zu rechtfertigen, gab der Tätigkeit Fritzsches im DD weitere Impulse.¹⁵¹

Gleichzeitig empfahl sich Fritzsche für weitere, noch anspruchsvollere Aufgaben. Die Rivalität zwischen dem Reichspressechef Dietrich und Propagandaminister Goebbels verschaffte ihm 1938 die Möglichkeit, in das Zentrum der Presselenkung im NS-Staat zu gelangen. Ihm konnte nicht verborgen geblieben sein, wie kompliziert in den fünf Jahren seit der NS-Machtaneignung die Situation der Presse geworden war. Um die Rahmenbedingungen seiner zukünftigen Arbeit zu kennen, mußte er mit den maßgebenden Institutionen, den Formalien und Inhalten der Presselenkung sowie mit der Lage der Journalisten vertraut sein. Sie sollen daher in gebotener Kürze dargestellt werden.

2.3 Die Abteilung „Deutsche Presse“

Die Lage der Presse im NS-Medienkonzept

Nach einer kurzen Übergangszeit, in der sich das NS-Regime und seine Institutionen etablierten, sah sich die Presse nicht nur einem neuen Regierungsorgan, dem RMVP, gegenüber. Auch ihre bislang von direkter Einwirkung des Staates freie Arbeit wurde nun durch

¹⁴⁸ Fritzsche, E. E., 7.1.1946, IMT, Bd. XXXII, S. 313f.

¹⁴⁹ Verzeichnis der Aufsichtsratsmitglieder vom 11.11.1942, BA R 55/542, Bl. 157ff.; Bausch, Rundfunk, S. 13f.

¹⁵⁰ Goebbels, Tagebücher I, Bd. 4, S. 55 (Eintrag vom 17.3.1937); Fritzsche, E. E., 7.1.1946, IMT, Bd. XXXII, S. 309.

¹⁵¹ So behielt er auch nach seinem Wechsel zur Presseabteilung den Sprachendienst des Drahtlosen Dienstes in seiner Zuständigkeit, bis ihm Goebbels Ende 1939 diese Abteilung wegen erkennbarer Überlastung abnehmen ließ.

eben dieses RMVP ausgewertet, kontrolliert und weitgehend gelenkt. Das Propagandaministerium war allerdings bei weitem nicht die einzige staatliche Institution, die sich mit Bitten, Weisungen und Auflagemeldungen an die Presse wendete. Außer den staatlichen Organen hielten sich auch die der NSDAP auf Reichs- und Gauebene für befugt, Einfluß auf die Presse zu nehmen. Dies geschah zusätzlich zu der ohnehin in der Pressekonferenz, durch die Gaupresseämter der NSDAP und die Landesstellen (später: Reichspropagandaämter) des RMVP ausgeübten Beeinflussung der Presse.

Die neue Position des Staates ließ sich besonders gut an der Neugestaltung der „Pressekonferenz bei der Reichsregierung“ erkennen, die sich im Ersten Weltkrieg als eine von der Presse selbst durchgeführte Veranstaltung etabliert hatte. Sie bot dreimal in der Woche unter Leitung eines Journalisten den Regierungsvertretern und Referenten der Presseabteilung der Reichsregierung Gelegenheit, Mitteilungen, Wünsche und Kritik an die Presse zu richten.¹⁵² Umgekehrt ließ die Presse durch ihre Konferenz übermitteln, wenn die Stellungnahme eines offiziellen Vertreters zu bestimmten aktuellen Fragen gewünscht wurde.¹⁵³

Ergänzt wurde diese halböffentliche Veranstaltung durch den im Februar 1919 eingeführten „Presseempfang“, der ebenfalls dreimal in der Woche stattfand und dessen Leitung dem jeweiligen Pressechef der Reichsregierung oder dem Inlandsreferenten der Presseabteilung oblag.¹⁵⁴ Mit dem 1. Juli 1933 wurden diese beiden Veranstaltungen, die im Sprachgebrauch gemeinsam als „Pressekonferenzen“ bezeichnet worden waren und den gleichen Spielregeln unterlegen hatten, zusammengefaßt und durch die neue Pressekonferenz „der Reichsregierung“ ersetzt. Von jetzt ab gab es eine strenge Zugangskontrolle für Journalisten, die sich durch Eintrittsausweis legitimieren und in eine Anwesenheitsliste eintragen mußten.¹⁵⁵ Die Zulassung der „Schriftleiter“ aus den Berliner Redaktionen der überregionalen Tageszeitungen wurde von der Genehmigung des Reichspressechefs abhängig gemacht.

Außerdem wurde das bisher maßgebliche Auswärtige Amt (AA) von der Presselenkung zurückgedrängt. Der Pressechef der Reichsregierung bzw. „Reichspressechef“ ressortierte zwar bereits vor 1933 beim Reichskanzleramt. Seine Abteilung gehörte bis dahin jedoch zum Etatbereich des AA, was 1933 beendet wurde.¹⁵⁶ Die bisherige Presseabteilung der Reichsregierung, analog zum Geschäftsverteilungsplan des AA in eine Inlands- und verschiedene Auslandsabteilungen gegliedert, wurde jetzt ersetzt durch die „Abteilung Deutsche Presse“ (Abteilung IV) im RMVP. Deren Leiter führte jetzt die Pressekonferenz durch. Unter dem Außenminister von Neurath hielt sich das AA sehr zurück und trat gegenüber dem RMVP eher als Bittsteller auf, was sich mit dem Wechsel zu Ribbentrop allerdings schnell änderte.¹⁵⁷

Auf der täglich um 12 Uhr beginnenden, knapp halbstündigen¹⁵⁸ Pressekonferenz selbst, an der 100 bis 150 Zeitungs- und Korrespondenzenvertreter teilnahmen, kamen nach dem Leiter der Abteilung Deutsche Presse zunächst der Vertreter der Presseabteilung des AA

¹⁵² Kaupert, Tagespresse, S. 182.

¹⁵³ Vgl. Feder, Heute sprach ich mit, S. 237 (Eintrag vom 18. 1. 1930): „Als Presse-Konferenz Auskunft über unseren [d. h.: Berliner Tageblatt] Kasten mit Angriffen gegen Reichsbank verlangte, wandte sich Katzenberger an Reichsbank und teilte mit, Presse-Konferenz wünsche, daß einer der Direktoren vor ihr erscheine.“

¹⁵⁴ Bauer, Pressepolitik, S. 53.

¹⁵⁵ Kohlmann-Viand, NS-Pressepolitik, S. 26f.

¹⁵⁶ Kaupert, Tagespresse, S. 180f.

¹⁵⁷ Vgl. hierzu Goebbels, Tagebücher I, Bd. 5, S. 173, 189 und 194 (Einträge vom 23. 2. sowie vom 5. und 8. 3. 1938).

¹⁵⁸ Margret Boveri erwähnt, daß etwa um 12.30 Uhr der Vertreter des *Berliner Tageblatts* in die Redaktion zurückkehrte und die Sprachregelung diktierte. Dies., Wir lügen alle, S. 313.

sowie mit Kriegsbeginn der Vertreter des OKW zu Wort. Danach brachten die jeweils anwesenden Vertreter anderer Reichsministerien ihre Weisungen und Wünsche vor, bis der Vertreter der Reichspressestelle der NSDAP als letzter sprach. Bei gewichtigen Angelegenheiten nahm der Reichspressechef selbst an der Pressekonferenz teil.¹⁵⁹ Goebbels tauchte selten auf diesen Konferenzen auf; nur mitunter erläuterte er in streng vertraulichen Besprechungen vor den Chefredakteuren der wichtigen deutschen Blätter aktuelle Propagandafragen; im März 1938 gab er auf der Konferenz die neuesten Beschlüsse zum Einmarsch in Österreich bekannt.¹⁶⁰

Bis zum Beginn des Krieges war eine tägliche Konferenz die Regel. Danach bürgerte sich die Praxis einer 12-Uhr- und einer 19-Uhr-Konferenz ein. Zu außerplanmäßigen Konferenzen spätabends, nachts oder frühmorgens wurden die Teilnehmer telefonisch einberufen.¹⁶¹ Die Hauptkonferenzen wurden ab 1937 unregelmäßig durch eine vorher stattfindende sogenannte Glossenkonferenz ergänzt, an der eine ausgewählte Gruppe von Kommentatoren großer Blätter teilnehmen durfte. So konnte in einem „offenen“ Rahmen die Kommentierung gewünschter Themen lanciert werden.¹⁶²

Im Anschluß an die Durchgabe der einzelnen Weisungen bestand die Möglichkeit, Fragen an die anwesenden Regierungs- und Parteivertreter zu stellen, wobei es sich durchaus um „bestellte Fragen“ handeln konnte.¹⁶³ Diese Möglichkeit wich immer mehr der reinen Weisungsausgabe, während sich gleichzeitig der weisungsfreie Raum immer mehr verringerte. Angewiesen wurde zunächst, welche Ereignisse aufgegriffen werden konnten oder sollten. Die weiteren Vorgaben machten nicht bei der gewünschten Tendenz der jeweiligen Darstellung Halt, denn zumeist wurden die verwendbaren Quellen gleich mit vorgeschrieben bzw. die Auswertung bestimmter Quellen verboten. Eine eigene Recherche über das vom DNB zur allgemeinen Verwendung bereitgestellte Material hinaus war daher praktisch unmöglich. Die freie Nutzung des Rundfunknachrichtendienstes durfte ebenfalls nicht erfolgen, obwohl es häufiger Anlaß dazu gab, an diese prinzipielle Weisung zu erinnern.¹⁶⁴

Damit alle Zeitungen die auf der Pressekonferenz festgelegte Ausrichtung umsetzten, wurden aus dem amtlichen Protokoll der Pressekonferenz die „Vertraulichen Informationen“ (VI) erstellt, an die Reichspropagandaämter (RPÄ) weitergeleitet und von diesen an die Hauptschriftleiter der einzelnen Zeitungen geschickt. Die Korrespondenten der bei der Konferenz anwesenden Blätter waren gehalten, ihre Informationen nicht auf eigene Initiative telegrafisch, telefonisch oder mit offenem Brief ihrer Heimatredaktion zukommen zu las-

¹⁵⁹ Affidavit K. Brammer, 22. 10. 1947, IfZ MA-1563/33, Doc. NG-3070. Zum Beispiel erschien Dietrich dort am 6. 4. 1941 anläßlich des auf Jugoslawien erfolgten Angriffs; Notizen von Gerigk, 6. 4. 1941, StAM SpK 475, Heft XXIII.

¹⁶⁰ Vgl. Michels, *Ideologie*, S. 256; NS-Pressenanweisungen, Bd. 6/I, S. 257 und 263.

¹⁶¹ Wulf, *Presse und Funk*, S. 79.

¹⁶² NS-Pressenanweisungen, Bd. 6/I, S. 17. Als Beispiel u. a. Pressekonferenz vom 31. 1. 1938, ebd., S. 107.

¹⁶³ Kausch, Brief vom 21. 11. 1963, zit. nach Wulf, *Presse und Funk*, S. 87.

¹⁶⁴ Das DNB stellte somit informationstechnisch eine Vorauswahl dar. Vgl. Reitz, *Nachrichtenbüro*, S. 226. Als Beispiel für eine „eigenmächtige“ Handlung vgl. das Tagebuch des Redakteurs Wantzen, der am 20. 5. 1940 schrieb: „Ich hatte gerade die Besetzung Antwerpens noch aus einer Sondermeldung des Rundfunks genommen und die Zeitung noch einmal neu aufgemacht.“ Wantzen, *Leben im Krieg*, S. 89. Für den Auslandsrundfunk galt umgekehrt, daß deutsche Pressemeldungen nur übernommen werden konnten, wenn sie im DD bzw. der NIZ (Nachrichten-Informations-Zentrale, eine Einrichtung des Auslandsrundfunks) erfaßt worden waren. Bergmeier/Lotz, *Airwaves*, S. 29.

sen.¹⁶⁵ Es wurde viel rhetorische Energie aufgewendet, um die Journalisten als Geheimnisträger einzuschüchtern. Da während des Krieges der OKW-Bericht oft nicht rechtzeitig zur Pressekonferenz vorlag, wurden dort bereits anhand des Entwurfs Kommentaranweisungen erteilt. Goebbels führte dies als einen weiteren Beleg für die Vertraulichkeit dieser Konferenz an und erklärte, ein Schriftleiter, der diese Vertraulichkeit bräche, würde seinen Kopf verlieren.¹⁶⁶

Goebbels hatte wie viele hohe NS-Funktionäre einen Hang dazu, Gebote und Kritik mit allgemeinen Todesdrohungen zu würzen. Nach dem Krieg bezogen sich auch im Journalismus die meisten seiner Vertreter auf eine ständig vorhandene existentielle Bedrohung, um Vorwürfe wegen ihres Handelns im Nationalsozialismus abzuwehren. Tatsächlich war journalistische Arbeit unmöglich, wenn man den vom NS-Regime erhobenen Anforderungen nicht entsprach, denn jeder Journalist mußte dafür in die Berufsliste des „Reichsverbands der deutschen Presse“ (RDP) aufgenommen sein. Hierfür waren politische Gutachten seitens der NSDAP und der Gestapo (ab März 1941 vom zuständigen SD-Abschnitt) vorzulegen.¹⁶⁷

Insbesondere aus den Anfangsjahren des NS-Staates sind einige Beispiele für die Anwendung von Strafmaßnahmen bekannt, deren Konsequenzen vom Ausschluß aus der Pressekonferenz und der Streichung aus der Berufsliste reichten bis zur Verurteilung zu lebenslangem Zuchthaus wegen Geheimnisverrat in einem besonders gelagerten Fall.¹⁶⁸ Auch Fritzsche regte 1940 auf Anweisung von Goebbels in seiner Eigenschaft als Leiter der Abteilung Inlandspresse die Eröffnung eines Berufsgerichtsverfahrens an, mit dem Ziel der Streichung eines Journalisten aus der Berufsliste, welcher in einem Sportbericht Differenzen zwischen Deutschen und Österreichern angedeutet hatte.¹⁶⁹

Solche Eingriffe wurden selten in den täglichen Pressekonferenzen behandelt, während dagegen Verwarnungen einzelner Zeitungen zum täglichen Geschäft gehörten. Und obwohl im Krieg Verstöße gegen die vom RMVP durchgeführte Presselenkung in beschleunigten Verfahren, sogenannten Kriegsnotstandsachen verfolgt werden konnten, schloß zum Beispiel im Zeitraum zwischen Juni 1941 und Mai 1942 von insgesamt 21 Verfahren nur eines mit der Löschung des betreffenden Journalisten von der Berufsliste ab.¹⁷⁰ Wichtiger als die tatsächliche Ausführung von Sanktionen war also die mit ihrer Drohung geschaffene Atmosphäre latenter Unsicherheit, in der es ratsam schien, die vielen Weisungen möglichst bruchlos in der täglichen Arbeit umzusetzen.

Gerade der solcherart reglementierten Presse wurde häufig und schon seit 1933 in unregelmäßigen Abständen von regimeinternen Kreisen vorgeworfen, zu eintönig zu sein und ihre Freiräume nicht zu nutzen. Auf diese Weise konnte sich zum Beispiel Goebbels als

¹⁶⁵ So wurde auf der Pressekonferenz vom 28. 3. 1941 aus gegebenem Anlaß aufgegriffen, daß ein Anwesender seine Schriftleitungen über die Ereignisse in Jugoslawien und die eventuellen Folgen telegraphisch verständigt hatte. „Das wird nicht ohne Folgen für den Betreffenden bleiben.“ Mitschrift von Gerigk, StAM SpK 475, Heft XXIII. In der Praxis dürfte sich an der telefonischen Übermittlung gerade für die kleineren und entlegenen Blätter nicht viel geändert haben. Vgl. Preuschoff, Journalist, S. 48.

¹⁶⁶ Ministerkonferenz vom 9. 6. 1940, Boelcke (Hrsg.), Kriegspropaganda, S. 383.

¹⁶⁷ Hausjell, Journalisten, S. 47f. und 50.

¹⁶⁸ Kohlmann-Viand, NS-Pressepolitik, S. 120; Boveri, Wir lügen alle, S. 548ff. und 557.

¹⁶⁹ Vgl. Ministerkonferenz vom 12. 6. 1940, Boelcke (Hrsg.), Kriegspropaganda, S. 387. Fritzsche führte in seinem Antrag vom 15. 6. 1940 dazu weiter aus: „Im Augenblick des Existenzkampfes des großdeutschen Reiches haben Leute, die bewußt Deutschland in Gegensatz zu Österreich stellen, keine Daseinsberechtigung mehr in der deutschen Presse.“ Zit. nach Hausjell, Journalisten, S. 108.

¹⁷⁰ Bericht des Vorsitzenden des Bezirksgerichts der Presse (Berlin), wo alle diese Verfahren behandelt werden mußten, über „Ein Jahr Kriegsnotstandsverfahren“, zit. bei Hausjell, Journalisten, S. 92, nach BAK R 103/46.

„großzügig“ darstellen und suggerierte, die Gestaltung der Presse hänge davon ab, wie aktiv die beteiligten Journalisten ihrem Auftrag entsprachen.¹⁷¹

Die Wirklichkeit blieb jedoch durch ein Übermaß an Weisungen und Richtlinien bestimmt. Sicher trug die dadurch geschaffene Einförmigkeit der Presse dazu bei, daß zehntausende Leser ihre Zeitungsabonnements kündigten. Allein 1934 sank die Gesamtauflage der deutschen Zeitungen von 20,3 auf 18,7 Millionen Exemplare. Erst mit Kriegsbeginn wuchsen die Auflagezahlen wieder.¹⁷²

Schwerer wog jedoch, daß sich bereits zu Beginn der NS-Herrschaft in der Bevölkerung der Eindruck verfestigte, die Presse werde zensiert, die Berichterstattung sei lückenhaft und verschweige alles, was dem NS-Staat und seinen Institutionen abträglich sein konnte. Verbote taten ein Übriges, um auf den eigentlichen Urheber dieses Mangels, den staatlichen Repressionsapparat zu verweisen.¹⁷³ Unter solchen Bedingungen büßte der Beruf des Journalisten seine frühere Anziehungskraft vor allem auf die Absolventen der Universitäten und allgemein auf die Intelligenz ein.¹⁷⁴ Gerade der politische Bereich wurde so mit Direktiven befrachtet, daß dessen Betreuung – von den führenden Blättern abgesehen – weder besondere Anforderungen stellte noch individuelle Entfaltung ermöglichte.¹⁷⁵

Reichspressechef Dietrich und Fritzsches Eintritt in die Abteilung Deutsche Presse

Als Pressechef der Reichsregierung garantierte Walther Funk in seiner zurückhaltenden Amtsführung eine reibungsarme Zusammenarbeit mit dem RMVP, wenn Goebbels ihm auch gelegentlich sein reaktionäres Umfeld vorwarf. Ende 1937 übernahm Funk das Reichswirtschaftsministerium, und sein Nachfolger beeilte sich, den eigenen Machtanspruch zu dokumentieren, noch bevor er offiziell seinen Posten, der nunmehr in „Reichspressechef“ umbenannt wurde, angetreten hatte.

Otto Dietrich, seit 1931 der Pressechef der NSDAP und in dieser Funktion bereits Träger des Titels „Reichspressechef“, erklärte gegenüber der Presse, er wolle sich dafür einsetzen, „daß das Durcheinander der Einwirkungsversuche verschiedenster Stellen auf die deutsche Presse aufhört. Das Monopol hierfür hat ausschließlich die Presseabteilung der Reichsregierung. Er selber möchte allmählich das System der befehlsmäßigen Anweisungen abbauen und an ihre Stelle die sachliche und überzeugende Unterrichtung setzen.“¹⁷⁶ Vor der Pressekonferenz machte er im Februar 1938 seinen Anspruch geltend, die Leitung der Pressepolitik sowohl in der Partei als auch im Staat auszuüben und die Pressestelle der Reichsregierung „zum Grossen Generalstab der deutschen Pressepolitik“ auszubauen.¹⁷⁷ In der „Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP“ hatte Dietrich gelernt, die vielen voneinander unabhängigen Parteiverlage unter Kontrolle zu bringen.¹⁷⁸

¹⁷¹ Vgl. die Bewertung durch den niederländischen Journalisten Noordewier in dessen Bericht vom 24. 2. 1934; abgedruckt in Stoop (Hrsg.), Geheimberichte, S. 99f.

¹⁷² Frei/Schmitz, Journalismus, S. 36f.

¹⁷³ Vgl. die Lageberichte des hannoverschen Regierungspräsidenten vom 4. 12. 1934 und 4. 2. 1935, den Lagebericht der Stapostelle Hannover vom 18. 8. 1935; Gestapo Hannover, S. 283, 312 und 410; sowie Lagebericht Oberpräsident Sachsen vom 4. 3. 1936, Lageberichte Sachsen, S. 441.

¹⁷⁴ Vgl. O. Hale, Presse, S. 243.

¹⁷⁵ Vgl. Preuschoff, Journalist, S. 46.

¹⁷⁶ Informationsbericht vom 16. 12. 1937, zit. bei J. Hagemann, Presselenkung, S. 307.

¹⁷⁷ Dietrich, Einführungsansprache vom 4. 2. 1938, zit. nach NS-Pressenanweisungen, Bd. 6/I, S. 128.

¹⁷⁸ Vgl. Kaupert, Tagespresse, S. 127f.

Als er 1931 Leiter dieser Stelle geworden war, ressortierte diese noch bei der Reichsorganisationsleitung der NSDAP und damit bei Goebbels' damaligem Rivalen Gregor Straßer. Aus dieser Zeit rührte die latente Aversion Goebbels' gegen Dietrich her, da sich Straßer ebenso wie Alfred Rosenberg vehement für eine argumentative Ausrichtung der NS-Presse eingesetzt und versucht hatte, sich mit einer zentralisierten Lenkung der parteieigenen Presse gegen die von Goebbels favorisierte „Kampfpresse“ durchzusetzen.¹⁷⁹

Wenn solche alten Lagergegensätze auch einige Tragweite behalten konnten, speiste sich der schnell entstehende Konflikt zwischen Dietrich und Goebbels hauptsächlich aus Dietrichs erfolgreichem Ausbau seiner Stellung. Fritzsche sagte 1946 dazu aus: „In einer langsam beginnenden, aber planvoll durchgeführten Arbeit nahm er das gesamte Pressewesen in die Hand. In ihm erreichte er schließlich eine solche Unabhängigkeit, daß auch Dr. Goebbels jeder direkte Verkehr mit der Presse untersagt war und daß auch dessen Weisungen oder Wünsche nur durch Dr. Dietrich an die Zeitungen gelangen konnten.“¹⁸⁰

Dietrich konnte sich dabei auf seinen seit 1931 bestehenden direkten Draht zu Hitler berufen, so daß seine Anordnungen im RMVP „als vom Führer veranlaßt“ betrachtet wurden.¹⁸¹ Dies war bedeutsam, weil Hitler sich vorbehielt, durch eine direkte Einflußnahme auf wenige zentrale Entscheidungsträger des Presseapparates auch plötzliche Kurswechsel vornehmen zu können.¹⁸² Das allgemein bekannte Prinzip Hitlers, keinen wichtigen Bereich des NS-Systems ohne innere Spannungen zu belassen, verbürgte seine Stellung als letzte Instanz. Andererseits konnte sich Hitler gerade hinter den Divergenzen innerhalb der Propagandagestaltung verbergen, so daß seine Person nie mit ihr identifiziert wurde. Ihm wurde allerdings nicht bewußt, wie er selbst in seinen Entscheidungen von „ein paar Mann“ durch die Auswahl des ihm vorgelegten „Führermaterials“ beeinflusst wurde. Sie wurde von Dietrich vorgenommen, in dessen Abwesenheit sein Stabsleiter Sündermann das einlaufende DNB-Material bearbeitete.¹⁸³

Nach seiner Ernennung arbeitete der neue Reichspressechef zunächst auf Umwegen an der Neutralisierung der Wirkung des bisherigen Leiters der Abteilung Deutsche Presse im RMVP, Alfred-Ingemar Berndt. Zunächst wurde auf Dietrichs Initiative gegen den Widerstand von Berndt zum 1. März 1938 aus der Abteilung IV eine Auslandspresseabteilung ausgegliedert, an deren Spitze sein bisheriger Sachbearbeiter für Auslandspressefragen, Dr.

¹⁷⁹ Sösemann, Propaganda, S. 122, und Paul, Aufstand, S. 182f.

¹⁸⁰ Fritzsche, E. E., 28.9.1946, IFZ MA-1563/2, Doc. NG-172. Fritzsche bezog sich hier auf den Inhalt eines Führerbefehls vom 23.8.1942, welcher die Kompetenzen von Goebbels und Dietrich voneinander abgrenzen sollte. Vgl. Kohlmann-Viand, NS-Pressepolitik, S. 71f.

¹⁸¹ Schwarzenbeck, Pressepolitik, S. 95 nach einer Aufzeichnung vom 7.4.1938. Bei allen wichtigen Aktionen befand sich Dietrich, und oft auch sein Stabsleiter Sündermann, im Troß der Begleitung Hitlers, ob nun beim Einmarsch in Österreich, der Münchner Konferenz oder bei Hitlers Fahrt nach Prag auf den Hradschin; vgl. Sündermann, Hier stehe ich, S. 108ff., 131ff. und S. 136ff. Im Prozeß gegen Dietrich sagte Fritzsche aus, Hitlers Weisungen und Wünsche seien ihm jahrelang direkt von Dietrich übermittelt worden. Er habe sich ihm gegenüber dargestellt als jemand, der genauestens über Hitlers Pläne und Absichten informiert war; zit. nach Hardy, Secret Weapon, S. 227.

¹⁸² „Wenn ich Lorenz rufe und ihm in einigen Sätzen meine Einstellung gebe, so findet man das morgen um ein Uhr in jedem deutschen Blatt“, und, bezogen auf Amann, Lorenz und Dietrich: „Ich bin stolz darauf, daß es mit diesen paar Mann mir möglich ist, auch einmal – wie es am 22. Juni 1941 geschah – das Steuer um 180 Grad herumzuwerfen. Das macht uns kein Land nach.“ Gespräch vom 22.2.1942, Picker, Tischgespräche, S. 181.

¹⁸³ Heinz Lorenz, E. E., 17.12.1947, IFZ MA-1563, Doc. NG-4331. Andere dienstliche Kanäle mußten demgegenüber einen umständlichen und zeitraubenden Weg einschlagen, um Informationen zu übermitteln.

Karl Bömer, berufen wurde.¹⁸⁴ Unter Leitung Bömers fand nun täglich die „Auslandspressekonferenz“ im RMVP statt, an der bis zu 150 ausländische Korrespondenten teilnahmen.¹⁸⁵ Werner Stephan, von Dietrich später als sein „ruhender Pol“ innerhalb der Presseabteilung der Reichsregierung bezeichnet, wurde auf Vorschlag von Goebbels Dietrichs persönlicher Referent und zum Ministerialrat befördert.¹⁸⁶ Somit konnte Stephan, bislang stellvertretender Leiter der Abteilung IV, seinem bisherigen Vorgesetzten Berndt Weisungen erteilen. Sein Nachfolger als stellvertretender Leiter wurde Hans Fritzsche.

Es ist nicht dokumentiert, was für diese Wahl den Ausschlag gab. Goebbels jedenfalls, den Fritzsche bis 1938 nach eigener Aussage höchstens zweimal im Jahr sah,¹⁸⁷ wurde erst während der Sudetenkrise auf ihn aufmerksam, obwohl Fritzsche bereits unmittelbar nach dem Einmarsch in Österreich die dortige Pressevertretung zur Vorbereitung der Wahlen ausübte.¹⁸⁸ Offenbar sollte Fritzsche ausgleichend wirken zu dem machtbewußten, mitunter brachialen Auftreten Berndts. Nur so schien es möglich, Berndt trotz der dauernden Angriffe Dietrichs auf seinem Posten zu halten, denn dort wollte Goebbels ihn haben. Für die kommenden außenpolitischen Aktionen benötigte er einen energischen, überzeugungs-festen Propagandisten als Pressedirigenten.¹⁸⁹

Nach dem kampflos erreichten Anschluß Österreichs begann im Mai 1938 die Auseinandersetzung mit der CSR, der bislang schärfste außenpolitische Konflikt des NS-Staates. Bis Mitte Mai wurde auf der Pressekonferenz noch davor gewarnt, Zwischenfälle in der CSR groß aufzumachen.¹⁹⁰ Diese Vorsicht war jedoch Teil einer langfristig angelegten Strategie, die seit Oktober 1937 zwischen Zurückhaltung und propagandistischer Offensive wechselte, bis im September 1938 der politische Teil der Zeitungen fast ausschließlich von der Sudetenkrise beansprucht wurde.¹⁹¹

Als Sprecher auf den Pressekonferenzen nahm Fritzsche nun an den propagandistischen Vorbereitungen teil, die in erheblichem Maße dazu beitrugen, die Eskalation dieses Konflikts bis zur akuten und von Hitler bewußt provozierten Kriegsgefahr voranzutreiben. Sichtbar war er in eine Desinformationskampagne integriert, die das Vertrauen in die deutsche Nachrichtenpolitik langfristig zerstörte. Sie arbeitete bewußt mit Meldungen, die lange Zeit gesammelt worden waren, um nun als Block herausgegeben zu werden, sowie mit verfälschten oder schlicht erfundenen Nachrichten. Vor allem der Rundfunknachrichtendienst trug die verdrehte deutsche Darstellung in eine Welt, wo sie durch bloßen Augenschein als falsch widerlegt werden konnte. So hat selbst die sudetendeutsche Führung auf diploma-

¹⁸⁴ Vgl. Nachrichtenblatt des RMVP, Nr. 5/1939, 9. 4. 1939, BA R 55/20617, Bl. 84; Goebbels, Tagebücher I, Bd. 5, S. 137 (Eintrag vom 5. 2. 1938) und 158 (Eintrag vom 16. 2. 1938); Anweisung vom 26. 2. 1938, NS-Presseanweisungen, Bd. 6/I, S. 208.

¹⁸⁵ Boelcke (Hrsg.), Kriegspropaganda, S. 70. Zur vorherigen unregelmäßigen Praxis vgl. Bauer, Organisation, S. 56, und Lochner, Unexpected, S. 129ff. Letzterer bemerkte, ab 1934 hätten unregelmäßige Zusammenkünfte, sogenannte Bierabende stattgefunden, an denen führende NS-Vertreter teilnahmen. Vgl. ebd., S. 223f., 226 und 251f.

¹⁸⁶ Goebbels, Tagebücher I, Bd. 5, S. 45 (Eintrag vom 10. 12. 1937).

¹⁸⁷ IMT, Bd. XVII, S. 160.

¹⁸⁸ Pressekonferenz vom 19. 3. 1938, NS-Presseanweisungen, Bd. 6/I, S. 291.

¹⁸⁹ Vgl. Goebbels, Tagebücher I, Bd. 4, S. 203 (Eintrag vom 30. 6. 1937), bzw. Bd. 5, S. 269: „Dr. Dietrich will Berndt wegbeißen. Ich halte ihn. Berndt bittet mich um Entlassung. Ich schlage das ab.“ (Eintrag vom 23. 4. 1938).

¹⁹⁰ Vgl. Pressekonferenzen vom 7. 5. und 13. 5. 1938, NS-Presseanweisungen, Bd. 6/I, S. 450 und 467.

¹⁹¹ Die Meldungen zu diesem Thema nahmen z. B. im *Völkischen Beobachter* im September 1938 zwischen 90 und 98% des politischen Teils ein. Schwarzenbeck, Pressepolitik, S. 356.

tischem Wege, „wir möchten doch etwas tun, damit der deutsche Rundfunk etwas mehr der tatsächlichen Lage im Lande gerecht wird“.¹⁹²

Die in Deutschland zum Teil noch frei erhältlichen ausländischen Zeitungen trugen dazu bei, auch zahlreichen deutschen Lesern gerade aus den meinungsführenden Schichten das Maß der offiziell vorgenommenen propagandistischen Manipulation vor Augen zu führen.¹⁹³ Fritzsche schob hierfür die Verantwortung auf seinen Vorgesetzten Berndt. „Jedesmal während einer Konferenz oder Besprechung [...] wurden der Presse mit der Weisung sensationellster Aufmachung Berichte über Unterdrückung oder Entrechtung von Sudetendeutschen zugeleitet, sowie Meldungen über aktuelle Zwischenfälle. Diese letzteren waren ein sehr heikles Kapitel. Sie wurden von Berndt persönlich gemacht und dem deutschen Nachrichtenbüro gegeben.“¹⁹⁴ Sicher hatte dieser weniger Scheu als Fritzsche davor, die Presse mit bearbeitetem Material propagandistisch zu instrumentalisieren.

Die tägliche Ausrichtung der Presse wurde allerdings von beiden vorgenommen, und eine konsequente Rollenverteilung ist den Presseanweisungen nicht zu entnehmen. Fritzsche war direkt in die taktische Führung des deutschen Nachrichtenapparates einbezogen und begleitete Goebbels während dessen Besuch auf dem Obersalzberg vom 17. bis zum 20. September 1938 ebenso wie Berndt, Staatssekretär Gutterer und der Leiter der Abteilung Rundfunk, Hadamovsky. Hier wurde Goebbels endgültig auf Fritzsche als „brauchbarer Arbeiter“ aufmerksam, den er sich merken müsse.¹⁹⁵

Doch auch wenn der Frieden fürs erste erhalten blieb, hatte das Ansehen der deutschen Nachrichtenpolitik doch irreparablen Schaden genommen. Den Außenstehenden war diese Politik ohne erkennbare Brüche und stilistische Unterschiede entgegengetreten; im inneren Kreis der Presselenkung hatte Berndt zu offen den propagandistischen Charakter der NS-Nachrichtengebung vorgeführt. „Im übrigen hatte Berndt mit seinen zwar erfolgreichen, aber doch sehr primitiven exerziermäßigen Befehlen an die deutsche Presse das Vertrauen der deutschen Schriftleiter verloren.“¹⁹⁶ Doch nicht nur das Vertrauen der Schriftleiter hatte gelitten; auch die Resonanz der deutschen Presse in der Bevölkerung verschlechterte sich sehr, und das nicht nur auf Grund der Sudetenkrise.

Diese Krise lieferte jedoch einen Grund, um die vom Reichspressechef anhaltend betriebene Ablösung Berndts durchzuführen. Berndt erfreute sich zwar weiterhin der Unterstützung durch Goebbels. Dies kann nicht erstaunen, da beide gemeinsam die Fortführung der laufenden Kampagne ausarbeiteten. Nach der Sudetenkrise sollte Berndt aber auf einen anderen Posten versetzt werden, damit die Reibereien zwischen ihm und Dietrich ein Ende hatten und „Ruhe im Laden“ herrschen konnte.¹⁹⁷

¹⁹² Deutscher Geschäftsträger Prag, 20. 9. 1938, ADAP Serie D, Bd. 2, Nr. 545. Längere Mitschnitte von Rundfunknachrichten aus diesem Zeitraum sind mit Ausnahme einer sechsminütigen Nachrichtensendung vom 14. 9. 1938 nicht erhalten. Diese enthält hauptsächlich Krisennachrichten aus der CSR, die auf eine dortige allgemeine Zersetzung hindeuten. DRA.

¹⁹³ Vgl. Schwarzenbeck, Pressepolitik, S. 584 für das ausländische Echo.

¹⁹⁴ Fritzsche, E. E., 7. 1. 1946, IMT, Bd. XXXII, S. 319.

¹⁹⁵ Goebbels, Tagebücher I, Bd. 6, S. 98 und 100 (Einträge vom 18. und 19. 9. 1938); Fritzsche, Aussage SKV vom 28. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

¹⁹⁶ Fritzsche, E. E., 7. 1. 1946, IMT, Bd. XXXII, S. 319.

¹⁹⁷ Zitat nach Goebbels, Tagebücher I, Bd. 6, S. 153 (Eintrag vom 20. 10. 1938). Vgl. ebd., S. 102 (Eintrag vom 21. 9. 1938: „Unsere Presse arbeitet großartig. Berndt hält sie auf Trab“); außerdem S. 104, 110 und 117 sowie S. 135 (Eintrag vom 8. 10. 1938).

Fritzsche, der vor kurzem Goebbels so positiv aufgefallen war, schien jetzt der geeignete Mann, um an die Stelle von Holzfällermethoden Energie und Takt zu setzen, wie es Dietrich bei seiner Einführung Fritzsches als Leiter auf der Pressekonferenz vom 12. Januar 1939 formulierte.¹⁹⁸ Goebbels strich dagegen die im zurückliegenden Jahr erworbenen Verdienste Fritzsches heraus, der „insbesondere seine schwierigen und verantwortungsvollen Aufgaben hinsichtlich des Einsatzes des gesamten Nachrichtendienstes während der langen Zeit der politischen Hochspannung in vorbildlicher Weise erfüllt“ habe.¹⁹⁹

Seine neue Position war mit einer erneuten Beförderung verbunden, die nicht nur die Wertschätzung des Ministers dokumentierte und Fritzsche darüber „glücklich und dankbar“ sein ließ, sondern auch eine der freien Planstellen besetzte, die dem RMVP sonst im nächsten Etat entzogen worden wären.²⁰⁰ Später hatte Fritzsche natürlich jede Veranlassung, sein Verhältnis zu Goebbels als möglichst neutral darzustellen. Er mußte jedoch selbst zugeben, daß dieser ihn wegen seiner Vielseitigkeit schätzte und er durchaus als sein Vertrauensmann gelten konnte. Wenn Goebbels auch wiederholt gegen Fritzsches „bürgerliche Empfindlichkeiten“ polemisierte, schätzte er doch gerade dessen Takt und attestierte ihm, er setze „sich überall leicht und mit Eleganz durch. Ein sehr wertvoller Mitarbeiter.“²⁰¹

Es braucht daher nicht zu verwundern, daß Fritzsche nicht Dietrichs Wunschkandidat war, wie dieser ihm im persönlichen Gespräch bedeutete. Berndt sei von ihm zu unabhängig und nur im Sinne von Dr. Goebbels vorgegangen, nun wolle er selbst allein die Führung der Presse in der Hand haben.²⁰² Unstreitig hätten andere Personen diese Funktion übernehmen können, die Dietrichs Wünschen besser entsprochen hätten und trotzdem wie Fritzsche einen Rest bürgerlicher Verlässlichkeit ausstrahlten, so zum Beispiel Dietrichs eigener Referent Werner Stephan.²⁰³ Aber gegen Stephan sprach weniger seine frühere Nähe zur DDP, sondern wiederum seine jetzige Nähe zu Dietrich.²⁰⁴ Der gesuchte Kandidat durfte eben kein reiner Parteigänger Dietrichs sein, sondern mußte zwischen diesem und Goebbels eine gewisse Neutralität wahren können.

Fritzsche wurde genau diese Fähigkeit unterstellt, weswegen er ein Kompromißkandidat war. Andererseits sollte er auf diskrete Weise dafür sorgen, Goebbels' Einfluß gegen den von Dietrich zu behaupten, ohne ihn dabei zu sehr herauszustellen.²⁰⁵ Nach seiner eigenen Aussage kam es durchaus vor, daß er Wünsche des Ministers als die eigenen ausgab, um deren Durchführung nicht zu gefährden.²⁰⁶ Deutlich registrierte er das Bestreben des

¹⁹⁸ Sänger, Politik, S. 275. Vgl. Aussage Stephans im Prozeß gegen Dietrich 1948, zit. bei Uzulis, Nachrichtenagenturen, S. 246.

¹⁹⁹ Goebbels, Schreiben an RIM und RFM vom 12. 11. 1938, BA R 43 II/1150c, Bl. 13f.

²⁰⁰ Goebbels, Tagebücher I, Bd. 6, S. 172 und 242 (Einträge vom 4. 11. 1938 und 29. 1. 1939). Unter dem 20. 1. 1939 notierte Goebbels nach dem Antrittstermin Fritzsches, dieser werde „seine Sache gut machen“. Ebd., S. 233.

²⁰¹ Goebbels, Tagebücher I, Bd. 8, S. 417 (Eintrag vom 14. 11. 1940); IMT, Bd. XVII, S. 224.

²⁰² Fritzsche, E. E., 21. 11. 1947, IfZ MA-1563/38, Doc. NG-3704.

²⁰³ Vgl. Brammer, Informationsbericht vom 16. 12. 1937, zit. nach J. Hagemann, Presselenkung, S. 307. Stephan war seit 1929 Referent in der Presseabteilung der Reichsregierung gewesen.

²⁰⁴ Reitz, Nachrichtenbüro, S. 235. Schmidt (AA) bezeichnete ihn nach dem Krieg als politisch einflusslosen, rein bürokratischen Funktionsträger. Dagegen betonte Scharping, wie bedeutsam Stephans langjährige Erfahrung für Dietrichs eigene Position war. IfZ ZS-1491, S. 35, und Scharping, E. E., 11. 12. 1947, ebd., ZS-1410. In Abwesenheit Dietrichs und Sündermanns leitete Stephan die Tagesparolenkonferenz; Befragung Fritzsche vom 7. 8. 1947 (Summary), IfZ ZS-625.

²⁰⁵ Ministerkonferenz vom 21. 3. 1940, Boelcke (Hrsg.), Kriegspropaganda, S. 301.

²⁰⁶ Fritzsche, E. E., 28. 9. 1946, IfZ MA-1563/2, Doc. NG-172.

Reichspressechefs, nicht nur die eigene Stellung im Sinne der NSDAP gegenüber den staatlichen Instanzen auszubauen, sondern insgesamt NSDAP-Funktionäre an maßgeblicher Stelle in den Medienapparat einzusetzen. Davon legte nicht nur die Teilnahme des NS-Pressstellenleiters auf den Pressekonferenzen Zeugnis ab; auch die Gaupresseämter wurden gegenüber den Reichspropagandaämtern gestärkt.²⁰⁷

Dietrich ließ auch sonst keinen Zweifel daran, daß er jede seinen Interessen zuwiderlaufende Postenbesetzung angreifen werde. So benutzte er einen kleinen Vorfall dazu, langfristig die Ablösung von Fritzsches Stellvertreter Braeckow zu erreichen, und hatte damit nach einigen Monaten Erfolg.²⁰⁸ Recht bald danach wurde Fritzsche selbst von Dietrich angegriffen, vor allem wegen seiner herausgehobenen Position als Rundfunkkommentator. Außerdem intensivierte Dietrich seine Bemühungen, die Presse vollständig zu kontrollieren, wobei ihm Fritzsche im Weg war.²⁰⁹ Es blieb diesem nichts übrig, als sich tagtäglich zwischen den Interessen des Propagandaministers und denen des Reichspressechefs zu behaupten. Das erforderte erhebliches taktisches Geschick.

Das Tagesgeschäft der Presselenkung

Wie Fritzsche den ihm anvertrauten Posten ausfüllte, läßt sich vor allem aus den umfangreichen Materialien erschließen, in denen die auf den Pressekonferenzen erteilten Weisungen und Empfehlungen dokumentiert sind, und zwar sowohl als verbindlich formulierte Anweisungen an die Redaktionen als auch durch informelle Mitschriften über Konferenzen und weitere Besprechungen. Sie wurden von einigen Journalisten trotz ausdrücklichem, bei Zuwiderhandlung mit schweren Strafen belegten Verbots gesammelt, überdauerten so das Ende des NS-Staates und belegen, wie Fritzsche täglich vor die Presse trat, um sie auszurichten und zu „orchestrieren“, wie es sein Minister als Zielvorstellung formuliert hatte. Auf der Pressekonferenz sah er sich vielen Journalisten gegenüber, die genau wie er in der bürgerlichen Presse der Weimarer Zeit gearbeitet und darüber hinaus an den Pressekonferenzen vor 1933 teilgenommen hatten.

Wie die früheren Pressechefs konnte auch Fritzsche voraussetzen, daß seine Zuhörerschaft imstande war, Untertöne herauszuhören, auch wenn sie diese nicht mehr im eigenen Sinne verwerten konnte. Selbst in einer von Weisungen geprägten Presselandschaft verbürgten am ehesten persönliches Geschick und wechselseitiger beruflicher Respekt, daß die Presse in einem systemkonformen Sinne „funktionierte“, ohne dabei restlos ihre Konturen einzubüßen. Gerade diese Konturen aber sollten die offizielle Darstellung stützen, im Deutschen Reich werde die Pressefreiheit gewahrt im Sinne einer „Freiheit der geordneten Presse“, die man positiv gegen die „uneingeschränkte“ Pressefreiheit in der Weimarer Republik abgrenzte.²¹⁰

²⁰⁷ Fritzsche, E. E., 19. 11. 1947, IfZ MA-1563/38, Doc. NG-3705. Dazu führte Fritzsche aus, daß die Gaupresseämter ihre Reichstagungen abhalten konnten, während dies für die Reichspropagandaämter erschwert und schließlich ganz verhindert wurde.

²⁰⁸ Stephan, E. E., 20. 11. 1947, IfZ NG-3706. Goebbels, Tagebücher I, Bd. 7, S. 328, 330 und 333 (Einträge vom 29. 2., 3. und 5. 3. 1940), sowie Bd. 8, S. 68 (Eintrag vom 23. 4. 1940).

²⁰⁹ Jedoch geriet auch Stabsleiter Amann mit Fritzsche aneinander, der ihm gegenüber zu selbstbewußt auftrat. Goebbels, Tagebücher I, Bd. 7, S. 175, 191, 195f. und 205 (Einträge vom 29. 10., 12., 15. und 22. 11. 1939).

²¹⁰ So stellte das Reichsgericht in einem Urteil vom 28. 4. 1936 fest, dem in einem Heimtückeverfahren Angeklagten hätten nur dann heimtückische Angriffe auf die Regierung zur Last gelegt werden kön-

Fritzsche konnte diese Rolle sehr gut ausfüllen, auf jeden Fall besser als sein Vorgänger Berndt. Er achtete darauf, möglichst viele Stimmen und Klangfarben zu bewahren und in das Arrangement einzubauen. Vor diesem Hintergrund handelte er konsequent, wenn er versuchte, den ehemals bürgerlichen Zeitungen weitgehend ihre Existenz zu erhalten, vor allem die wichtigsten Titel wie die *Frankfurter Zeitung*, die *DAZ* oder die *BBZ*.²¹¹ Aber offenbarte er damit eine fühlbare Distanz zur NS-Ideologie, ließ sein Verhalten einen inneren Vorbehalt erkennen gegenüber den täglichen Zumutungen der Presselenkung?

Da war zunächst einmal die von ihm später herausgestellte Tatsache, daß er als einer von wenigen höheren Beamten des RMVP bis 1940 im Zivilanzug auf der Konferenz erschien.²¹² Erst nachdem er als Standartenführer in das NSKK aufgenommen worden war – Fritzsche war ein begeisterter Autofahrer, der sich bis Kriegsende das Privileg erhielt, einen eigenen Wagen halten und selbst fahren zu dürfen²¹³ –, trat er in Uniform auf. Darin mochte er immer noch wie ein Zivilist wirken, war es doch bei den höheren Chargen des RMVP eigentlich üblich, einen Dienstgrad in der SS zu bekleiden. Angeblich wurde ihm ein solcher 1940 vom ständigen Vertreter der SS auf der Pressekonferenz Radke angetragen, der Chef des Amts Presse im Persönlichen Stab des Reichsführers SS war.²¹⁴ Wahrscheinlicher aber ist umgekehrt, daß Fritzsche erfolglos versuchte, in die SS aufgenommen zu werden.²¹⁵

Fritzsche richtete als erfahrener Journalist seine Arbeit ebenso an den Erfordernissen der Professionalität aus wie an den propagandistischen Vorgaben. Dabei hob er gern die eigene Bedeutung hervor. Die täglichen Weisungen gab er aus, ohne ihren Autor kenntlich zu machen, und hinterließ bei den anwesenden Journalisten den Eindruck, sie seien durchweg vom Reichspressechef Dietrich veranlaßt. Um so stärker fiel es dann auf, wenn er Weisungen dadurch besonderen Nachdruck zu verleihen suchte, daß er sie als Anordnungen des Ministers kennzeichnete. Damit belegte er seinen direkten Draht zu Goebbels und nahm außerdem auch für sich selbst in Anspruch, mit Autorität auftreten zu können. Seinen Stellenwert als hoher Pressefunktionär betonte es zum Beispiel, wenn er am 28. Februar 1940 in Wiesbaden die erste „Kriegstagung der Deutschen Presse“ eröffnen durfte.²¹⁶ Auch reiste er im Juli 1941 ins Führerhauptquartier und führte dort – ob von Goebbels direkt beauftragt, ist nicht zu ermitteln – mit allen wichtigen Entscheidungsträgern Gespräche über den bisherigen Verlauf der Operationen. Nach seiner Rückkehr teilte er in der Pressekonferenz allerdings nur das mit, was dort ohnehin bekannt war.²¹⁷

nen, wenn seine Behauptung, in Drittem Reich gäbe es keine Pressefreiheit, sich auf die „Freiheit der geordneten Presse“ bezogen hätte und nicht, wie im zu entscheidenden Falle, die „Pressefreiheit des Weimarer Systems“. Wiedergegeben bei Fraenkel, Doppelstaat, S. 153.

²¹¹ Kausch an Sänger, Brief vom 21. 1. 1947, BAK N 1261/100.

²¹² Fritzsche, „Zugehörigkeit zum NSKK“, Ausarbeitung für SpK, StAM SpK 477, Heft I.

²¹³ Der Widerruf seiner Fahrgenehmigung aufgrund einer vom Polizeipräsidenten der Stadt Berlin ergangenen allgemeinen Verfügung wurde durch Intervention des RMVP abgewehrt; BA R 55/20084, Bl. 4, und BA R 55/536, Bl. 33. Auch gegen das von Goebbels über seine Mitarbeiter verhängte Verbot, ihr Auto selbst zu fahren, ging Fritzsche erfolgreich vor; BA R 55/536, Bl. 290.

²¹⁴ Scharping, E. E., 17. 5. 1946, IMT, Bd. XL, S. 174.

²¹⁵ Hierzu vgl. Kapitel III. 1.1.

²¹⁶ *Deutschland im Kampf*, Februarlieferung 1940, S. 71. 1940 wurde Fritzsche außerdem in den Präsidialrat der Reichspressekammer aufgenommen. Vgl. Wulf, Presse und Funk, S. 105. Die nächste, im November 1940 in Berlin von Reichspressechef Dietrich durchgeführte Kriegsarbeitstagung der Presse sah Fritzsche allerdings im zweiten Glied: neben vielen prominenten Rednern sprachen er und Karl Bömer über ihr jeweiliges Arbeitsgebiet. Vgl. *Deutschland im Kampf*, Novemberlieferung 1940, S. 97.

²¹⁷ Vgl. Mitschrift von Gerigk, 23. 7. 1941 (Abend), StAM SpK 475, Heft XXIII; Goebbels, Tagebücher II, Bd. 1, S. 119 (Eintrag vom 24. 7. 1941).

Den Journalisten gegenüber betonte Fritzsche wiederholt seine Führungsaufgaben. So ließ er sich zur Frage von Mitteilungen seitens der Reichsministerien vernehmen: „Direkt verboten wird jede Aktion, die ohne mein Wissen von einer anderen Behörde unternommen wird. Sei es, daß es sich um Verteilung von Material handelt, um Erteilung eines Auftrags, Ausgabe einer Weisung oder Bitte um Erwähnung dieser oder jener Dinge. [...] Es liegt im eigenen Interesse der Schriftleiter, die Fühlung mit der Presseabteilung zu suchen. Man wird sie nicht hindern bei der Entfaltung eigener Arbeit, wird sie vielmehr fördern und vor Pannen schützen, die beiden Teilen peinlich sein müssen.“²¹⁸

Was tat aber der Leiter der Presseabteilung, um die Presse vor den Folgen solcher Pannen zu schützen? Fritz Sängers, seinerzeit Teilnehmer an der Reichspressekonferenz, stellte 1946 fest: „Ich kann bestätigen, daß Fritzsche sich bemüht hat, Zeitungen zu ermuntern, selbständige Arbeit zu leisten, indem er etwa sagte: Schreiben Sie doch was Sie wollen, machen Sie es nur geschickt, nehmen Sie es nicht auf die erste Seite, nehmen Sie eine neutrale Überschrift, dann wird schon nichts passieren. Wenn jedoch eine übergeordnete Stelle einen solchen freien Beitrag aufgriff, hat Fritzsche nicht zuverlässig Hilfestellung geleistet.“²¹⁹

Später berief er sich wie viele andere NS-Funktionäre auf Fälle, in denen er sich für Zeitungen oder einzelne ihrer Redakteure eingesetzt hatte, um diese vor einer drohenden Strafe oder der Vernichtung ihrer beruflichen Existenz zu bewahren.²²⁰ Aber anders, als er glauben machen wollte, hatte er sich in solchen Situationen immer bedeckt gehalten. Nur solange seine eigene Stellung nicht gefährdet war, setzte er sich persönlich ein. Drohte ihm eine Konfrontation, gab Fritzsche sich geschlagen. „Über den typischen NS-Journalismus war er, wie uns aus manchen Äußerungen bekannt ist, durchaus nicht glücklich. Wenn ihn aber Goebbels ans NS-Portepée faßte, verhielt er sich doch meist kautschukartig. Seine oft richtige gegensätzliche Meinung wurde durch Eitelkeit und den Trieb nach Machtausdehnung getrübt und erschien dann vor der Öffentlichkeit als klare Ausführung erhaltener Befehle.“²²¹

Fritzsche zog diskrete Kontakte und Fühlungen vor, wo es ihm leichter fiel, Angelegenheiten gleichsam in der „3. Person“ als neutraler Mittelsmann zu behandeln. Als der Chefredakteur von *DAS REICH*, Eugen Mündler, vom Stab des Reichsleiters der Deutschen Presse angegriffen wurde, übermittelte er Fritzsche seine Kündigungsabsicht zur vertraulichen Information, „da Sie einen so kameradschaftlichen Anteil an meinem ‚Fall‘ nahmen“.²²² Mündler allerdings war ohnehin ein Mann des RMVP, und die von Goebbels beab-

²¹⁸ Pressekonferenz vom 3. 6. 1939, zit. bei J. Hagemann, Presselenkung, S. 64.

²¹⁹ Fritz Sängers, Antwortschreiben an Hauptkläger der Spruchkammer Nürnberg, 16. 12. 1946, BAK N 1261/100. Sängers griff Fritzsche nicht zuletzt deswegen so eindeutig an, weil er selbst lange Zeit im Presseapparat des NS-Staates mitwirkte und sich auf diese Weise von der eigenen Vergangenheit absetzen wollte.

²²⁰ August Christ, E. E., 1. 12. 1946, mit der markanten Feststellung, er habe keine Veranlassung, wider besseres Wissen einem Naziaktivisten zu helfen, müsse diesen Sachverhalt auf Bitte von Fritzsches Verteidiger jedoch bekunden. StAM SpK 475, Heft XXIV. Ähnliches berichtete der ehemalige Chefredakteur der *Pommerschen Zeitung*: Fritzsche habe das durch andere Zeitungen eingesandte Belastungsmaterial gegen sein Blatt auf sich beruhen lassen, aber ihn ermahnt, das Schicksal nicht herauszufordern und sich vor der Reichspressestelle der NSDAP zu hüten. 1943 sei dann vom RMVP beantragt worden, ihn von der Schriftleiterliste streichen zu lassen. Roland Buschmann, E. E., 11. 9. 1947, StAM SpK 475, Heft XXIV.

²²¹ Kausch an Sängers, Brief vom 21. 1. 1947, BAK N 1261/100.

²²² Mündler an Fritzsche, 8. 1. 1943, BA R 55/535, Bl. 39. Stabsleiter Rienhardt und Sparing aus dem „Verwaltungsamt des Reichsleiters für die Presse der NSDAP“ hatten als wesentliche Initiatoren von *DAS REICH* an Mündler auszusetzen, daß dieser zu willfährig die Direktiven des RMVP umsetzen würde.

sichtigte Neubesetzung des Postens mit dem profilierten und eigenständigen NS-Journalisten Hans Schwarz van Berk stellte für Fritzsche nicht unbedingt eine begrüßenswerte Entwicklung dar. Insoweit hatte er sachliche Gründe, Mündler zu unterstützen, der dennoch kurze Zeit später durch Rudolf Sparing abgelöst wurde.²²³

Im persönlichen Verkehr grenzte sich Fritzsche vom „bürgerlichen“ Lager ab und suchte besonders die Nähe der „alten Kämpfer“ unter den Journalisten. Gleichzeitig mied er den Kontakt zu Personen, die auch nur im Verdacht standen, eine kritische Einstellung zum NS-Staat zu haben.²²⁴ Ein solches Verhalten ist als Selbstschutz durchaus nachvollziehbar und verweist nicht zwingend auf eine ideologische Ausrichtung Fritzsches. Es erklärt aber zusätzlich, warum er in den persönlichen Zeugnissen der Nachkriegszeit zumeist recht kritisch dargestellt wird und nach Kriegsende keinen Anschluß an „bürgerliche“ Journalisten und Kreise mehr fand. Ihm fehlten hierfür die der Karriere im Nationalsozialismus geopferten persönlichen Kontakte.

Um direkt in die Gestaltung der Presselandschaft einzugreifen, nutzte Fritzsche in der Pressekonferenz auch die Übermittlung der Weisungen. Diese lassen sich grob in zwei Typen unterteilen: der erste, oft wörtlich ausformulierte, war als Befehl aufzufassen, von dem es keine Ausnahme geben konnte. Hierzu gehörten auch die Verbote, bestimmte Meldungen aufzugreifen oder einzelne Themen anzusprechen. Fritzsche hielt von einer offen auftretenden Zensurpraxis nichts und ließ die Neigung dazu erkennen, den Journalisten bei der Auswahl ihres Materials größere Freiräume zuzugestehen.²²⁵

Doch sah er sich oft veranlaßt, in komplizierten Erörterungen auf der Pressekonferenz die Journalisten zur Selbstzensur zu ermuntern, weil der Schein der Zensurfreiheit aufrechtzuerhalten war.²²⁶ Ihr Fingerspitzengefühl war auch deswegen gefragt, weil das vom DNB angelieferte Nachrichtenmaterial lediglich einer Nachzensur unterworfen wurde. Diese führte regelmäßig zu der Anweisung, daß bestimmte DNB-Meldungen nicht verwendet werden sollten, wofür es aber im Einzelfall zu spät sein konnte.²²⁷

²²³ Hans-Dieter Müller, Porträt einer Deutschen Wochenzeitung, in: Facsimile Querschnitt durch *DAS REICH*, S. 11.

²²⁴ Aussage [Telegramm] Alfred Gerigk im BV Fritzsche. Abdruck im *Tagesspiegel* vom 29.10.1947 („Epilog zu Fritzsche“). Ausschnitt in BAK N 1261/100.

²²⁵ Als das OKW anregte, den abgefangenen Bericht eines US-Korrespondenten mit kritischen Äußerungen zur deutschen Informationspolitik zu veröffentlichen, um „diese heimtückische Art der Berichterstattung eines angeblich neutralen Ausländers“ bloßzustellen, notierte Fritzsche zu diesem Vorschlag lapidar: „Geht nicht, da keine tatsächliche Veröffentlichung erfolgte! Wir können entweder zensurieren oder kritisieren. Nicht beides!“ OKW/WPr. an Gutterer (RMVP), 24.10.1939, mit Vermerk Fritzsches vom 30.10., BA-MA RW 4/284, Bl. 62. Der Bericht des US-Korrespondenten vom 19.10.1939 ebd., Bl. 57ff.

²²⁶ Bereits 1938, anläßlich der probeweisen Einführung der Pressezensur nach der Sudetenkrise, hatte Fritzsche hervorgehoben, daß die Zensurpraxis davon abhängig sei, wie gut es den Journalisten selbst gelänge, in ihrer Arbeit die nötige Vorsicht walten zu lassen. „Die Zensur soll unter anderem auch ergeben, ob fünf Jahre Nationalsozialismus ihren Einfluß schon soweit ausgeübt hätten, daß man im Ernstfall auf eine Zensur über jede einzelne Kleinigkeit verzichten könne. Wenn also die Berichte, die der Zensurstelle vorgelegt werden, so gut seien, daß die Zensurbehörde praktisch gar nichts zu tun habe, dann hoffe man, eine Grundlage dafür zu schaffen, daß gegebenenfalls die Zensur nicht alles zu erfassen brauche.“ Pressekonferenz vom 4.10.1938, zit. nach Schwarzenbeck, *Pressepolitik*, S. 403. Während der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei hieß es in einer Pressekonferenz vom 16.3.1939, da einige Blätter den nötigen außenpolitischen Instinkt hätten vermissen lassen, seien die Berliner Abendzeitungen bis auf weiteres der Vorzensur unterworfen. Hardy, *Secret Weapon*, S. 116.

²²⁷ Vgl. Uzulis, *Nachrichtentagungen*, S. 301.

So erläuterte Fritzsche einmal, warum selbst eine als offiziell geltende Quelle wie das DNB nicht blind übernommen werden könne: „DNB wird sich zu verantworten haben. Das berechtigt aber noch nicht zur Übernahme, obwohl – ich muß das immer wieder feststellen – eine über DNB herausgegebene Nachricht natürlich frei ist, denn auf irgendetwas muß man sich verlassen können. Wenn es sich aber um einen so krassen Widerspruch zu einer hier gegebenen Anweisung handelt, dann ruft man eben bei DNB oder in der Presseabteilung an. Auch bei DNB kann ein Fehler passieren – er soll es nicht –, und wenn er passiert, wird er strenger geahndet, als bei einer Zeitung, weil die Folgen eines Fehlers bei DNB sehr viel schlimmer sind.“²²⁸

Fritzsche führte wiederholt aus, daß, wenn die Presse zur Selbstzensur nicht bereit oder imstande sei, er Mittel anwenden müsse, die ihm selbst nicht angenehm seien. Im Krieg behauptete er wiederholt, er könne die Zensur für alle Zeitungen wieder einführen lassen, denn schließlich habe er zu Kriegsbeginn die Verantwortung dafür übernommen, daß die großen deutschen Zeitungen die politische Zensur selbst vornehmen, und könne daher von jeder Zeitung die notwendige politische Rücksichtnahme erwarten.²²⁹ Ganz deutlich wird hier die Selbststilisierung Fritzsches zu einem Mann, der sich zwar väterlich um das Wohl der Zeitungen bemühe, dem aber auch die Möglichkeit gegeben sei, aus eigener Initiative zu strafen. „Wenn irgendwo etwas schief gehe, [...] so sei er verantwortlich. Deshalb werde er mit allen Mitteln die Disziplin wiederherstellen. Als erstes werde er die vertraulichen EP[Europapress]-Berichte verbieten. Ferner wird, wenn die Verhältnisse sich nicht bessern, den betr. Schriftleitungen alles Informationsmaterial entzogen.“²³⁰

Der zweite Typ von Weisungen bezog sich auf diejenigen Themen, welche in der deutschen Presse aufgegriffen werden sollten, ohne daß für deren Behandlung eine feste oder gar wörtliche Vorgabe mitgeliefert wurde. Die einzelnen Blätter hatten zumindest den Eindruck zu erwecken, als seien ihre Kommentare das Ergebnis eigenständiger redaktioneller Arbeit. So erläuterte Fritzsche 1938, man brauche sich nicht an amtliche Kommentaranweisungen zu halten, „wenn man nur im allgemeinen den Ton treffe, der beabsichtigt sei. Gerade eine selbständige Kommentierung könne und werde wertvoll sein.“²³¹

Zu einer DNB-Notiz über US-Präsident Roosevelt führte er im August 1939 aus, die Meldung werde nicht über den allgemein auswertbaren DNB-Dienst, sondern nur an einige ausgewählte Zeitungen gegeben. „Hier breite sich ein Feld für gute Kommentatoren aus, die aber Eigeninitiative entwickeln müßten in der Auffindung entsprechenden Materials. Es sei dann nötig, etwaige Kommentare miteinander zu besprechen. [...] Das Ministerium werde eine besondere Stelle einrichten, mit der sich die Kommentatoren dann unterhalten könnten.“²³² Da jedoch auch die sogenannte Eigeninitiative nur als Engführung der einzelnen Stimmen vorstellbar war, konnte sie schnell zu unangenehmen Rügen führen, und

²²⁸ Protokoll der Pressekonferenz vom 27.3.1942, Nr.90/42, BA R 55/20898, Bl.2. In der Ministerkonferenz vom 4.5.1940 hatte Goebbels Fritzsche die Anweisung erteilt, die Presse müsse geschützt werden, wenn sie fehlerhafte DNB-Meldungen verwende. „Die Zeitungen müßten sich darauf verlassen können, daß alles, was ihnen einmal freigegeben sei, keine Unannehmlichkeiten für sie im Gefolge haben könnte.“ Boelcke (Hrsg.), *Kriegspropaganda*, S.340.

²²⁹ Pressekonferenz vom 23.4.1941, zit. bei W. Hagemann, *Publizistik*, S.56, sowie Pressekonferenz vom 19.10.1942, IfZ MA-1341/8, Bl.123.

²³⁰ Pressekonferenz vom 22.4.1941, Mitschrift von Gerigk, StAM SpK 475, Heft XXIII.

²³¹ Glossenkonferenz vom 5.8.1938, zit. nach J. Hagemann, *Presselenkung*, S.251.

²³² Pressekonferenz vom 25.8.1939, zit. ebd., S.63.

Fritzsche drohte dann, in Zukunft könnten vorformulierte Kommentare wieder die Regel sein.²³³

Es überrascht daher kaum, daß sich die Presse aus der aktiven Mitwirkung verabschiedete und passiv-mechanisch die Anweisungen des RMVP umsetzte. Fritzsche sah sich mit dem Problem konfrontiert, daß die solcherart konditionierten Journalisten nicht mehr willens und imstande waren, Meldungen im gewünschten Sinne zu Glossen in einem ironisch-polemischen Tonfall auszubauen oder anhand der gebotenen Anregungen jeweils eigene Schwerpunkte zu setzen.²³⁴ In seiner Kritik an der Presse weigerte er sich aber, den Zusammenhang zwischen ihrer Arbeitssituation und der monierten, stilistischen Eintönigkeit ihrer Erzeugnisse nachzuvollziehen.

Allerdings nutzte er seine berufliche Erfahrung, um die immer problematischere Steuerung in der Pressekonferenz durch andere, flexiblere Arbeitsmittel zu ergänzen. Sowohl bei der TU als auch beim DD hatten regelmäßige Redaktionskonferenzen zum Alltag Fritzsches gehört. Es lag daher nahe, daß er seine Leitungsaufgabe nicht nur als hierarchische Befehlsausgabe verstand. Die Unterrichtung eines kleinen Kreises – und damit ein begrenzter Dialog – kam seinem Verständnis von Führung entgegen. Im Zeichen einer auf Krieg zusteuernenden Eskalation waren Vorbereitungen zu treffen für den kommenden Ernstfall, und eine im Sinne der NS-Aggressionspolitik effektive Abstimmung der Presse erwies sich dafür als noch notwendiger als bisher.

Im August 1939 legte Fritzsche daher die „Nachbörse“, vorher eine von Fall zu Fall sich ergebende Versammlung einiger Journalisten um Fritzsche und andere auf der Pressekonferenz anwesende Regierungsvertreter, als ständige Einrichtung fest. Sie fand im sogenannten Zimmer 24 des RMVP statt, wo alle neuen Meldungen, Gerüchte, Anfragen, Vorschläge und Rückfragen bei einer 24 Stunden am Tag besetzten Arbeitsgruppe aus vier Referenten einliefen und bearbeitet wurden.²³⁵ „Fritzsche versuchte hier, durch einen etwas freieren Ton die ängstliche Zurückhaltung zu überwinden, die in der Hauptkonferenz nur ganz selten einmal eine Frage entstehen ließ. In der Nachkonferenz kam es später häufiger zu einem politischen Frage- und Antwortspiel.“²³⁶

Auf dieser „Nachbörse“ wurden die Journalisten 10 bis 20 Minuten lang persönlich und differenzierter, aber auf jeden Fall im Sinne der offiziellen Propaganda von Fritzsche selbst und Dr. Paul Schmidt, dem Leiter der Presseabteilung des AA, informiert. Auch nahm Sündermann, der Stabsleiter des Reichspressechefs häufiger an ihnen teil. Es konnte vorkommen, daß Fritzsche während der Nachbörse telefonisch über spezielle Weisungen Dietrichs

²³³ Abendkonferenz vom 11.2.1940, zit. ebd., S. 80.

²³⁴ „Fritzsche wird in den nächsten Tagen verschiedene Hauptschriftleiter zusammenrufen, um mit ihnen diese Frage grundsätzlich zu klären. Zunächst gilt die Bitte, daß derartige Themen nicht mehr behandelt werden, wenn sie nicht wirklich gekonnt verarbeitet werden können.“ Nach dem Überfall auf die Sowjetunion verband Fritzsche mit der Aufforderung, den in Europa aufkommenden antibolschewistischen Wind zum „Sturm“ zu steigern, die Hoffnung, „daß dieser Augenblick Schriftleiter findet, die dieser historischen Augenblicke würdig sind“. Mitschriften von Gerigk vom 16.5.1941 und 27.6.1941, StAM SpK 475, Heft XXIII, und SpK 476, Heft XX. Vgl. außerdem seine Ausführungen vom 6.3.1940, „es würden doch zu viele seiner Anregungen von allen Zeitungen gebracht und beachtet“. Zit. bei J. Hagemann, Presselenkung, S. 55.

²³⁵ Vgl. Nachrichtenblatt des RMVP, Nr. 23/1939, BA R 55/20617, Bl. 244; Fritzsche, E. E., 7.1.1946, IMT, Bd. XXXII, S. 312; Scharping, E. E., 11.12.1947, IfZ ZS-1410.

²³⁶ Sänger an den Hauptkläger der Spruchkammer Nürnberg, Schreiben vom 16.12.1946, BAK N 1261/100.

informiert wurde.²³⁷ Mitschriften waren hier nicht erlaubt, und eine direkte Veröffentlichung dieses Materials kam überhaupt nicht in Frage, was angesichts der dort gemachten Ausführungen nicht weiter verwundern kann.²³⁸ Um den vertraulichen Charakter dieser Besprechungen zu wahren, wehrte sich Fritzsche gegen Versuche des SD, die dort gegebenen Informationen durch seinen Vertreter protokollieren zu lassen oder weitere Informanten einzuschleusen.²³⁹

Fritzsche strich den inoffiziellen Charakter dieser Zusammenkunft schon durch seine Ankündigung in der Pressekonferenz heraus, „daß diese Zusammenkunft nicht als Konferenz, insbesondere nicht als in Permanenz tagende Konferenz, sondern als Abendunterhaltung betrachtet werden möchte“.²⁴⁰ Dennoch gehörte die „Nachbörse“ zu den offiziellen Instrumenten der Presselenkung, wie Fritzsche selbst in einem Interview andeutete, ohne diese Einrichtung zu erwähnen: „Die Presseabteilung der Reichsregierung will die Presse also nur beraten, und zwar nicht durch Erlasse, sondern durch tägliche persönliche Fühlungnahme mit den einzelnen verantwortlichen Schriftleitern. Und diese Fühlungnahme, das ist meine Aufgabe.“²⁴¹

Als Konkurrenzveranstaltung versammelte im AA der dortige Leiter der Abteilung Deutsche Presse ab August 1940 in der „Mittwochrunde“ 15 bis 20 ausgewählte Außenpolitik-Redakteure um sich. Informelle Kreise gehörten zur Feinsteuerung der Presse und wurden gleichzeitig als Instrument des Machtkampfes genutzt, in dem AA und RMVP um den bestimmenden Einfluß auf die Medien rangen. Den Redakteuren gab dies die Möglichkeit, divergierende Bewertungen zu hören und unterschiedliche Informationen zu bekommen.²⁴²

Die Vertraulichkeit solcher Zirkel war durch die Weise bedingt, wie sich in ihnen die Mechanik der Informationslenkung offenbarte. Im Stilmittel der bewußten Indiskretion machte man auf der „Nachbörse“ die versammelten Journalisten zu Mitwissern, denen die Strategien der Meinungsmanipulation und Desinformation offen dargelegt wurden.²⁴³ In der von Fritzsches Nachfolger weitergeführten „Nachbörse“²⁴⁴ herrschte eine zynische Grundeinstellung gegenüber der Wahrheit, die die beteiligten Journalisten mit Hintergrundinformationen versorgte und sie zugleich zu Komplizen des Propagandasystems machte.

²³⁷ Sängers, E. E., 16. 10. 1947, IfZ MA-1563, Doc. NG-3143 (Sänger spricht hier sowohl von „Sonderkonferenzen“ als auch von der „Nachbörse“; meint hier vielleicht aber zwei verschiedene Dinge).

²³⁸ So verbreitete sich z. B. der Vertreter des AA über seine Bemühungen, den Krieg gegen Jugoslawien endlich ausbrechen zu lassen. Fritz Sängers, Brief an Frank Sommer, 23. 10. 1972, BAK N 1261/106.

²³⁹ Der Vertreter der SS auf der Pressekonferenz, Radke, protokollierte die offiziellen Konferenzen und versuchte, dies auch auf der Nachbörse gegen das Verbot Fritzsches durchzusetzen. Vgl. Aussagen Gustav Döring und Fritz Sängers im SKV Fritzsche, StAM SpK 475, Heft XXVI; Scharping, Aussage im BV Fritzsche, 23. 9. 1947, ebd.

²⁴⁰ „Sonderpressekonferenz“ vom 24. 8. 1939, NS-Presseanweisungen, Bd. 7/II, S. 864.

²⁴¹ *Berliner Morgenpost* vom 5. 1. 1941, BA R 55/530, Bl. 52.

²⁴² Vgl. Longerich, *Propagandisten*, S. 286f. und 314f. Die Mittwochrunde existierte bis April 1945; ständige Teilnehmer waren Redakteure der größten überregionalen Zeitungen, Mitglieder der Presseabteilung des AA und die Spitzen der Transocean.

²⁴³ Sängers, *Politik*, S. 29f.; Scharping, E. E., 17. 5. 1946, IMT, Bd. XL, S. 174.

²⁴⁴ Kohlmann-Viand, *NS-Pressepolitik*, S. 74f.; Sündermann, *Hier stehe ich*, S. 267 (Tagebuch: 10. 6. 1944).

Krieg an allen Fronten

Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß wurde Fritzsche, genau wie alle übrigen Angeklagten, beschuldigt, an einer auf die Herbeiführung eines Angriffskrieges gerichteten Verschwörung teilgenommen zu haben. Dagegen ließ sich leicht einwenden, daß er zu keinem Zeitpunkt in die Vorbereitung militärischer Aktionen eingebunden war, denn dazu nahm er eine zu unbedeutende Stellung im NS-Apparat ein. Schwerer zu entkräften war die Annahme, Fritzsche habe genug Informationen bekommen, um sich schon früh ein umfassendes Bild über die Absichten und langfristigen Ziele des Regimes machen zu können.

Der Angeklagte versuchte, seine analytische Intelligenz herunterzuspielen und sich ahnungslos zu geben. Die politischen und militärischen Aktionen hätten nur der Verteidigung des Deutschen Reiches gegolten, behauptete er in allen seinen Nachkriegsäußerungen.²⁴⁵ Man könnte glauben, Hans Fritzsche sei Opfer der eigenen Propaganda geworden. Dabei hörte er im September 1938 im Gefolge seines Ministers auf dem Obersalzberg selbst aus dem Munde Hitlers, er führe lieber jetzt als später Krieg gegen England, wenn dieses unbedingt Krieg gegen Deutschland führen wolle.²⁴⁶

Die Kriegsabsichten des „Führers“ konnte Fritzsche zweifellos erkennen. Dennoch berief er sich nach dem Kriege darauf, daß er in allen außenpolitischen Krisensituationen vor allem von Goebbels vor vollendete Tatsachen gestellt worden sei. Man habe ihn nur wenige Stunden vor der allgemeinen Bevölkerung vom Beginn neuer militärischer Aktionen informiert.²⁴⁷ Aber war diese Information überhaupt noch bedeutsam, wenn man sich selbst Monate hindurch an der propagandistischen Vorbereitung dieser Aktionen beteiligt hatte?

Mit der Besetzung der verstümmelten Tschechoslowakei offenbarte Hitler, daß seine Absichten über die Revision des Versailler Vertrages hinausgingen. Einige Wochen vorher erhielt Fritzsche Weisung, die Aufmerksamkeit der Presse auf die Unabhängigkeitsbestrebungen der Slowakei sowie auf die „antideutsche“ Koalitionspolitik der Prager Regierung zu lenken.²⁴⁸ Nach monatelangem Stillschweigen über die CSR mußte eine solche Anordnung hellhörig machen, auch wenn die deutsche Führung zu diesem Zeitpunkt noch auf einen inneren Zerfall der CSR setzte. Als dieser nicht wie gewünscht erfolgte, setzte Hitler am 10. März 1939 Goebbels und dieser dann alle wichtigen RMVP-Funktionäre einschließlich Fritzsche vom bevorstehenden deutschen Einmarsch in Kenntnis.²⁴⁹

Fritzsche kam dem erteilten Auftrag nach, die nötige „Alarmstimmung“ vorzubereiten. Um sich gegenüber der Presse von seinem Vorgänger Berndt abzusetzen, legte er Wert auf die Feststellung, die hierbei verwendeten Informationen seien zwar tendenziös, aber nicht frei erfunden. Interessant ist dabei, daß noch ein halbes Jahr nach der Sudetenkrise die an der Informationspolitik der Regierung geübte Kritik so präsent gewesen sein muß, daß sich Fritzsche dazu veranlaßt sah, in der Pressekonferenz zu versichern, es sei nichts „gemanaged worden“.²⁵⁰ Offenbar sah er jedoch kein Problem in dem Vorgehen, Nachrichten monatelang zu horten und dann in einem propagandistisch günstigen Moment ohne erkennbaren

²⁴⁵ Hier spricht Hans Fritzsche, S. 174f.; Vernehmung vom 26. 6. 1946, IMT, Bd. XVII, S. 162. Weiteres hierzu in Kapitel III. 2.1.

²⁴⁶ Fritzsche, Aussage SKV vom 28. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

²⁴⁷ IMT, Bd. XVII, S. 234.

²⁴⁸ IMT, Bd. XXXII, S. 319f.

²⁴⁹ Goebbels, Tagebücher I, Bd. 6, S. 279f. (Eintrag vom 11. 3. 1939).

²⁵⁰ Pressekonferenz vom 15. 3. 1939, zit. bei Sywotek, Mobilmachung, S. 338; Fritzsche, E. E., 7. 1. 1946, IMT, Bd. XXXII, S. 319f.

Zeitbezug zu veröffentlichen.²⁵¹ In der Sache und in der Form unterschied sich die Presse unter Fritzsche nicht wirklich von der unter Berndt vorgegebenen Tendenz, so daß Goebbels voll Behagen in sein Tagebuch schrieb: „Unsere Presse randaliert wie im September.“²⁵²

Auch als sich im März 1939 in einer plötzlichen Propagandakampagne eine Krise mit Polen ankündigte, war Fritzsche „auf der Höhe der Zeit“. Er selbst gab 1947 zu, allerdings erst als Zeuge in einem ihn nicht betreffenden Verfahren, daß auf den Besprechungen vor der offiziellen Pressekonferenz die Möglichkeit eines deutschen Angriffs auf Polen diskutiert wurde, den die „Propagandawaffe“ vorzubereiten hatte.²⁵³

Während in den letzten Augusttagen die antipolnische Hetze weiter intensiviert und gegen jede Abweichung in der Presse von Fritzsche durchgesetzt wurde,²⁵⁴ hellte der Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes die Stimmung der Bevölkerung auf. Fritzsche äußerte am 30. August erfreut, damit sei der Krieg mit den Westmächten vermieden, und glaubte der ihm noch am Abend des 2. September von Goebbels, Dietrich und dem AA gegebenen Versicherung, daß es keinen Krieg geben werde, obwohl er behauptete, Goebbels im Sommer 1939 mehrfach mit Zusammenstellungen aus ausländischem Nachrichtenmaterial vor einem Kriegseintritt der Westmächte gewarnt zu haben.²⁵⁵ Am frühen Morgen des folgenden Tages wurde er durch einen Telefonanruf aus dem Bett geholt und in das RMVP bestellt. Dort traf er Goebbels vor einem bereits eingeschalteten Mikrofon an und bemerkte erst beim Lesen des von diesem überreichten Manuskripts, daß es sich dabei um Hitlers Aufrufe zum Kriegseintritt Englands und Frankreichs handelte. Als er das Mikrofon verließ, traf er auf eine Schar Pressevertreter, die durch seine Nachricht alarmiert worden waren und für die er ohne Vorbereitung die erste Pressekonferenz des Zweiten Weltkrieges abhalten mußte. Ohne Informationen oder Anweisungen „beschränkte ich mich darauf, den anwesenden und aufs tiefste bestürzten Journalisten einige Worte des Trostes, des Mutes und des Gottvertrauens zu sagen“ – dies wohlgerne am dritten Tag des deutschen Überfalls auf Polen.²⁵⁶

Der Ausbruch des Krieges bedeutete für ihn jedoch nicht nur, daß die bisherige Arbeit als „kriegswichtige“ Tätigkeit anspruchsvoller wurde und sich der Erwartungsdruck von allen Seiten erhöhte. Als Rundfunk-Kommentator erfuhr Fritzsche jetzt einen Bedeutungszuwachs, der ihn zu einer zentralen Stimme der deutschen Propaganda machte. Auch die Arbeit im RMVP veränderte sich erheblich. Unmittelbar vor Kriegsbeginn war Goebbels bereits mehrere Male auf der Pressekonferenz erschienen²⁵⁷ und hatte begonnen, mit einem kleinen Kreis aus engsten Mitarbeitern tägliche Besprechungen durchzuführen. Aus diesen ging im Oktober 1939 die sogenannte Ministerkonferenz als feste Einrichtung hervor.

²⁵¹ In bezug auf die Pressekampagne gegen Polen rechtfertigte Fritzsche dieses Vorgehen in einem Vortrag vor der Sommerhochschule Semmering bei Wien im August 1940 so: „Man wußte auch vorher, was dort den Deutschen geschah, doch war es eine Forderung der Disziplin, nicht davon zu sprechen. Erst als Polen ablehnte, mußte man diesen Staat zeigen, so wie er war.“ StAM SpK 477, Heft IV, S. 15.

²⁵² Goebbels, Tagebücher I, Bd. 6, S. 286 (Eintrag vom 15. 3. 1939).

²⁵³ Befragung Fritzsche (Summary), 7. 8. 1947, IfZ ZS-625.

²⁵⁴ Anti-Polenkampagne geht kräftig weiter. Es fällt zwar schwer, das fortzusetzen und ist denkbar unpopulär. Aber es ist aus außenpolitischen Gründen notwendig.“ Tagebücher I, Bd. 7, S. 84.

²⁵⁵ Sänger, Aussage SKV vom 28. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI; Fritzsche, E.E., 7. 1. 1946, IMT, Bd. XXXII, S. 322; Hier spricht Hans Fritzsche, S. 197.

²⁵⁶ IMT, Bd. XXXII, S. 322. Die reguläre Pressekonferenz einige Stunden später wurde dann von Goebbels besucht; Goebbels, Tagebücher I, Bd. 7, S. 92.

²⁵⁷ Vgl. Goebbels, Tagebücher I, Bd. 7, S. 78ff. (Einträge für den 27., 29. und 30. 8. 1939 – also jeweils einen Tag zuvor).

Sie diene dem Minister dazu, eine Vielzahl schriftlicher Weisungen durch die direkte mündliche Ansprache und die Fixierung im Konferenzprotokoll zu ersetzen. Auch Fritzsche ließ sich gelegentlich Protokolle anfertigen²⁵⁸ und gab seine Weisungen an die Presse anhand der Notizen, die er sich auf der Ministerkonferenz gemacht hatte.²⁵⁹ Als „11-Uhr-Konferenz“ im Konferenzsaal des RMVP, direkt neben dem Arbeitszimmer von Goebbels, war sie zeitlich so plazierte, daß die auf ihr gegebenen Weisungen der nachfolgenden Pressekonzferenz bzw. „Hauptkonferenz“ übermittelt werden konnten. Die Zahl der Teilnehmer, anfänglich etwa 20, erhöhte sich bis auf 50 und umfaßte zwar nicht alle Abteilungsleiter des RMVP, dafür aber zusätzlich hohe Funktionsträger von Rundfunk, Film und Presse, die Vertreter der Gauleitung Berlin, der RPL, der NSDAP/AO etc.²⁶⁰

Grundlage der von Goebbels auf seiner Konferenz gegebenen Propagandaanweisungen bildeten das vollständige Material des DNB sowie das Nachrichtenmaterial aus Abhörberichten der gegnerischen Sender.²⁶¹ Ein Zeitzeuge schilderte den typischen Verlauf dieser Konferenzen so: „Seine [Goebbels'] Darlegungen waren so erschöpfend, daß die Abteilungsleiter häufig zu den Besprechungen kamen, ohne vorher auch nur eine Zeile gelesen zu haben. Der Minister stellte keine Zwischenfragen, er hielt Monologe und diene ihnen so zugleich als Referent. Übereifrig, drängte er sie in völlige Passivität. Immer seltener war er bereit, propagandistische Vorschläge entgegenzunehmen. Seine tägliche Schlußfrage, ob noch jemand etwas vorzubringen habe, erstarrte zu einer leeren Formel.“²⁶² Diese monologische Form rührte besonders daher, daß Goebbels oft scharf auf eigenständige Beiträge der Teilnehmer reagierte, vor allem, wenn darin eine Kritik an der Propagandaführung zu erkennen war. Lebhaftige Diskussionen gab es zwar sehr häufig, allerdings meistens dann, wenn Goebbels noch nicht oder nicht mehr anwesend war. In der Konferenz selbst scheint sich in der Regel nur Fritzsche Einwendungen erlaubt zu haben.²⁶³

Wenn ihn wichtige Termine oder Reisen an der Teilnahme hinderten, was öfter vorkam, überließ Goebbels die Leitung der Konferenz seinem jeweiligen Staatssekretär. Bei Abwesenheit des Staatssekretärs hatte dann Fritzsche die Aufgabe, die Konferenz durchzuführen, meistens nach telefonischen Instruktionen des Ministers.²⁶⁴ Er tat dies, wenn das aus den erhaltenen Protokollen entstehende Bild zutrifft, indem er sich auf die Übermittlung

²⁵⁸ Boelcke (Hrsg.), *Kriegspropaganda*, S. 26ff. Vor Beginn der Konferenz teilte Goebbels jeweils einigen der Teilnehmer die ihr Aufgabengebiet betreffenden schriftlichen Vorgänge zu.

²⁵⁹ Säger, E. E., 16. 10. 1947, IfZ MA-1563, Doc. NG-3143.

²⁶⁰ Kohlmann-Viand, *NS-Pressepolitik*, S. 69, und Aussage Moritz v. Schirmeister, IMT, Bd. XVII, S. 261.

²⁶¹ Uzulis, *Nachrichtenagenturen*, S. 208, sowie Aussage v. Schirmeister, IMT, Bd. XVII, S. 260.

²⁶² Stephan, *Goebbels*, S. 104.

²⁶³ Vgl. die von einem Teilnehmer, Eduard-Roderich Dietze, im April 1946 geschriebene Darstellung; zit. in Bergmeier/Lotz, *Airwaves*, S. 28. Auch Wolfgang Diewerge erklärte 1955, in der Ministerkonferenz sei es immer Fritzsche gewesen, der opponiert habe; IfZ ZS-593. Allerdings erwähnt Goebbels im Mai 1943, in der Ministerkonferenz habe der Vertreter des OKW erklärt, das Volk glaube der deutschen Nachrichtenpolitik nichts mehr, was von ihm zurückgewiesen worden sei. Goebbels, *Tagebücher II*, Bd. 8, S. 339.

²⁶⁴ Ab 1943 hielt Fritzsche ungefähr einmal in der Woche die Konferenz auf der Grundlage eines telefonisch übermittelten Manuskripts ab, das wortwörtlich als Anweisungen des Ministers in der Konferenz verlesen wurde und nach seiner Aussage einige Male ausblieb, wenn Goebbels von Berlin abwesend war und ihn die neuen Meldungen nicht mehr rechtzeitig erreichten. „In diesen Fällen hat Herr Fritzsche die Dinge zur Diskussion gestellt; Für und Wider gegeneinander abgewogen, und dann eine Anweisung auf eigene Faust gegeben; das wurde schriftlich festgehalten; der Minister las es nachher und hat es dann gebilligt oder auch abgeändert.“ Aussage v. Schirmeister, IMT, Bd. XVII, S. 261; Fritzsche, E. E., 7. 1. 1946, ebd., Bd. XXXII, S. 328.

von Informationen und gewünschten Tendenzen konzentrierte, ohne sich allzu sehr als Statthalter von Goebbels aufzuspielen.²⁶⁵ Da Fritzsche in leitender Funktion in den gesamten Tagesablauf der Medienlenkung einbezogen war, von der Ministerkonferenz über alle Abstimmungssitzungen bis zur Abendpressekonferenz, bot es sich an, ihm des öfteren die Leitung der Ministerkonferenz zu übertragen.

War diese beendet, verblieb in der Regel noch eine halbe Stunde – zwischen 11.30 und 12.00 Uhr – bis zum Beginn der Pressekonferenz. In dieser Zeit fand in Fritzsches Dienstzimmer die „Abstimmungskonferenz“ statt, auf der es ihm täglich abgefordert wurde, die Anordnungen von Goebbels mit den vom Reichspressechef übermittelten Instruktionen und den Wünschen anderer Ressorts, vornehmlich des AA in Einklang zu bringen und für die nachfolgende Konferenz in verbindliche Weisungen umzuarbeiten.

Mit dieser Aufgabenstellung geriet Fritzsche zwar von allen beteiligten Seiten unter Druck, konnte aber auch direkten Einfluß auf die Tendenz der Presse nehmen und Goebbels' Interessen gegen Dietrich durchsetzen. Goebbels und Fritzsche legten oft im Zwiegespräch die Ausrichtung der Presse fest, auch wenn Fritzsche später angab, bereits ab Mitte 1939 an die wörtlichen Vorgaben des Reichspressechefs gebunden gewesen zu sein.²⁶⁶ Tatsächlich bot ihm seine Brückenstellung zwischen Minister-, Abstimmungs- und Pressekonferenz genug Möglichkeiten, um durch freihändige Kommentierung Einfluß zu nehmen.

Mit der Zeit erhöhte sich jedoch der Druck auf Fritzsche. Dietrich strebte eine verbindliche Fixierung seiner zumeist aus dem Führerhauptquartier (FHQ) erteilten Weisungen an, weil es immer schwerer wurde, zwischen den um die Medienlenkung kämpfenden Ministerien AA und RMVP zu vermitteln.²⁶⁷ Solche Unstimmigkeiten könnten zu einer „Kritik zwischen den Zeilen“ ausgenutzt werden.²⁶⁸

Mit Wirkung vom 1. November 1940 wurde daher die „Tagesparole des Reichspressechefs“ eingeführt. Um die Differenzen zwischen den beiden Ministerien auszuräumen, erfolge jetzt im Vorwege der Pressekonferenz eine verbindliche Fixierung der wichtigsten Sprachregelungen, lautete die Begründung.²⁶⁹ Die Beteiligten trafen sich jetzt, meistens unter der Leitung seines Stellvertreters Sündermann, im Dienstzimmer Dietrichs, wo die Tagesparole entwickelt wurde.²⁷⁰ Zwar wurde Goebbels vor Beginn der Presse- bzw. Hauptkonferenz informiert und konnte noch abweichende Wünsche äußern. Auch war es möglich, einen Punkt bis zur endgültigen Klärung zurückzustellen, während die Pressekonferenz bereits lief.²⁷¹

²⁶⁵ Zum Beispiel Ministerkonferenzen vom 5. 6. 1940 und 5. 5. 1941, Boelcke (Hrsg.), *Kriegspropaganda*, S. 377 und 719ff.

²⁶⁶ IMT, Bd. XXXII, S. 315. Fritzsche gab in Nürnberg zu Protokoll, er habe außerhalb der Ministerkonferenz einmal wöchentlich mit Goebbels Rücksprache gehalten. IMT, Bd. XVII, S. 160. Goebbels notiert am 7. 4. 1940: „Mit Fritzsche [sic!] die Sonntagspresse festgelegt.“ *Tagebücher I*, Bd. 8, S. 39.

²⁶⁷ Kausch schrieb 1964: „Aus den Antworten der Regierungs- und Parteivertreter war häufig zu ersehen, daß einzelne Punkte der ‚Tagesparolen‘ nur nach heftigen Disputen zwischen den Spitzen des Propagandaministeriums, des Büros des Reichspressechefs, des Auswärtigen Amts zustande gekommen sein konnten. Die Auseinandersetzungen zwischen Promi und dem Amt Ribbentrops waren sehr oft das Tagesgespräch der bei der Reichspressekonferenz zugelassenen deutschen Journalisten, erst recht bei den ausländischen Korrespondenten [...]“. Brief vom 21. 11. 1964, zit. nach Wulf, *Presse und Funk*, S. 87. Allerdings unterschied sich Fritzsche insoweit von seinem Vorgänger Berndt, als daß er zwischen AA und RMVP vermittelte, wo Berndt nur brüskiert hatte. Paul Karl Schmidt, *Vernehmung* vom 28. 10. 1947, IfZ ZS-1491, S. 24.

²⁶⁸ Faust/Reinkensmeier, *Kommunikationskontrolle*, S. 231. Ähnlich Seegers, *Hör zu*, S. 114.

²⁶⁹ J. Hagemann, *Presselenkung*, S. 64.

²⁷⁰ Stephan, E. E., 20. 11. 1947, IfZ MA-1563/38, Doc. NG-3706.

²⁷¹ Fritzsche, E. E., 21. 11. 1947, IfZ MA-1563/38, Doc. NG-3704.

Jedem war aber klar, daß sich Dietrich mit dieser neuen Einrichtung durchgesetzt hatte, was bedeutete, daß viel stärker als bisher die Lenkung der Presse nach einer zentralen, ausformulierten Vorgabe erfolgen würde. Nach außen hin vertrat Fritzsche zunächst den Standpunkt, die Einführung der Tagesparole diene zur Stärkung seiner eigenen Stellung gerade gegenüber dem AA.²⁷² Nach ihrer Ankündigung auf der Pressekonferenz vom 31. Oktober 1940 wurde er jedoch vom Leiter der AA-Presseabteilung Schmidt zur Rede gestellt und auf die durch Führerbefehl abgesicherte Richtlinienkompetenz des AA für die gesamte Auslandspropaganda verwiesen.²⁷³

Fritzsche deutete an, diese Anordnung könne auf indirektem Wege umgangen werden, aber Schmidt lehnte solche „Schiebungen“ ab. Daraufhin schilderte Fritzsche Schmidt zufolge „unter endlosen Beteuerungen seiner peinlichen Situation und unter kaum zu ertragendem, ständigen geistigem Verrat an seinem eigenen Chef [Dietrich]“ die durch diese Anweisung entstandenen Schwierigkeiten auch für den internen Betrieb des RMVP. Fritzsche habe erklärt, er müsse den „strikten Befehl“ Dietrichs durchführen, und könne, falls Schmidt bei seiner Haltung bleibe, ihm ab sofort nicht mehr das Wort auf der Pressekonferenz erteilen.²⁷⁴ Diese Konfrontation wurde aufgelöst, indem das AA an der Tagesparolenkonferenz beteiligt wurde. Aber auch Fritzsches eigene Arbeit litt unter dem wachsenden Druck von Seiten des Reichspressechefs, und die Einführung der Tagesparole hatte seine Position geschwächt.

Nun hatte Fritzsche auch vorher keinesfalls in einem konfliktfreien Klima arbeiten können. Vor allem Goebbels erhob wiederholt den Vorwurf, er übe sein Amt nur halbherzig aus, was häufig in denjenigen Kriegphasen der Fall war, in denen die Medien nur wenig Informationsmaterial zur Verfügung gestellt bekamen. Fritzsche zeigte sich wenig begabt darin, die Presse zu allgemeiner Polemik und Hetze anzuhalten und die hinreichend bekannten Leitthemen der NS-Propaganda zu variieren.²⁷⁵ Am häufigsten bemängelte Goebbels, Fritzsche habe den „Wert der Wiederholung in der Propaganda“ noch nicht begriffen. Mit der Feststellung, er sei ihm „manchmal etwas zu literarisch“, umschrieb Goebbels Fritzsches offenkundige Unlust, die Presse zu einer breit angelegten Hetze zu zwingen. Da er nach Überzeugung seines Ministers der Presse gegenüber „zu weich und zu kulant“ war, spielte Goebbels im Februar 1940 mit dem Gedanken, Fritzsche einen entschlosseneren Propagandisten an die Seite zu stellen und gab ihm erst nach mehrmaliger heftiger Kritik noch einmal die Chance, sich selbst als Presselenker zu bewähren.²⁷⁶

Erneut rügte er nach Beginn der Westoffensive die Kraftlosigkeit und „lahme Polemik“ der deutschen Presse, wegen der sich Fritzsche scharfe Vorwürfe anhören mußte. Die Presse, so Goebbels, solle nicht immer auf Anregungen aus dem RMVP warten, sondern

²⁷² Auch Goebbels beschönigte seinen Machtverlust, wenn er hervorhob, daß Fritzsche auf der Pressekonferenz nun allein vortrage und das AA sich unterordnen müsse. Tagebücher I, Bd. 8, S. 399 und 404 (Einträge vom 1. und 4. 11. 1940).

²⁷³ „Auf dem Gebiet der außenpolitischen Propaganda [...] erteilt die allgemeinen Richtlinien und Anweisungen der Reichsaußenminister, insoweit ich mich nicht veranlaßt sehe, persönliche Anordnungen zu treffen. Der gesamte Propaganda-Apparat des Reichspropagandaministeriums steht der praktischen Durchführung dieser Anweisungen zur Verfügung.“ Befehl Hitlers vom 8. 9. 1939, ADAP Serie D, Bd. VIII, Nr. 31.

²⁷⁴ Schmidt an Ribbentrop, 31. 10. 1940, zit. bei Longerich, Propagandisten, S. 312f.

²⁷⁵ Goebbels, Tagebücher I, Bd. 7, S. 203, 205 und 218 (Einträge vom 21. und 22. 11. sowie 3. 12. 1939); Ministerkonferenz vom 12. 1. 1940, Boelcke (Hrsg.), Kriegspropaganda, S. 263.

²⁷⁶ Goebbels, Tagebücher I, Bd. 7, S. 255 (Eintrag vom 3. 1. 1940), 306 und 308 (Einträge vom 12. und 13. 2. 1940); Ministerkonferenz vom 20. 11. 39, Boelcke (Hrsg.), Kriegspropaganda, S. 229.

selbst Initiative ergreifen. Aber Fritzsche blieb in dieser Hinsicht wieder hinter den Erwartungen zurück. Auch im Oktober 1940 sollte Polemik das entstandene Informationsloch stopfen, als die Invasion Englands auf unbestimmte Zeit von der Tagesordnung genommen wurde. Goebbels notierte: „Fritsche [!] sieht das nicht ganz ein, aber ich kriege ihn schon dazu.“²⁷⁷

Bis zur Einführung der Tagesparole spielte sich diese Auseinandersetzung nur zwischen Goebbels und Fritzsche ab. Danach jedoch griff auch noch Dietrich ein und verschärfte mit seinen starren Vorgaben das Grundproblem der in der Presse herrschenden „Langeweile“. Fritzsche sperrte sich gegen den Führungsstil Dietrichs und seines Vertreters Sündermann, der wie sein Chef „journalistische Arbeit nach Diktat“ verlangte.²⁷⁸ Daß Fritzsche trotzdem von Goebbels persönlich verantwortlich gemacht wurde, entging selbst den Teilnehmern an der Pressekonferenz nicht mehr, wie sich einem Bericht vom 10. Februar 1941 entnehmen läßt: „Die Pressekonferenz war heute reichlich wirr, das lag daran, daß wohl die höchste Stelle des Reiches und auch der Propagandaminister sich ihren Herren gegenüber äußerst unzufrieden gezeigt hatten wegen der Langweiligkeit der deutschen Presse. Die Sache hatte dann noch ein Nachspiel in kleinerem Kreise bei Fritzsche. Wir haben das Prop-Min sehr energisch darauf aufmerksam gemacht, daß keine wirkungsvolle Polemik getrieben werden kann, wenn alle wichtigen Tatbestände auf die zweite Seite verbannt werden. [...] Augenblicklich ist eben jede Nachricht unerwünscht und lediglich die primitive Propaganda groß herauszustellen mit den verschiedensten Argumenten [...]“.²⁷⁹

Goebbels jedoch zeigte sich unwillig, die Richtlinienkompetenz von Dietrich als die eigentliche Ursache des Problems anzuerkennen. Als Fritzsche ihm bei der im obigen Bericht angedeuteten Standpauke entgegnete, der Presse würden von Sündermann und Dietrich Schulaufsätze aufgegeben, entgegnete er ihm nur, das gehe ihn nichts an, und kaschierte damit seine eigene Schwäche.²⁸⁰ So blieb es Fritzsche überlassen, die Konsequenzen im Tagesgeschäft auszuhalten.

In der Pressekonferenz deutete er jetzt häufiger an, daß er die Einwendungen der Pressevertreter nachvollziehen könne, mitunter sogar teile, ihm aber selbst von vorgesetzter Stelle immer größere Schwierigkeiten gemacht würden, die er versuche, nicht an die Presse weiterzugeben. „Zuweilen werde ihm [...] versichert, daß die Schriftleiter sich bedrückt fühlen über die Weisungen, die sie erhielten und über die Art der Zurechtweisung. Er habe nur zwei Möglichkeiten: Den Holzhammer oder die Zurechtweisung. Er ziehe das letztere vor. Die Stürme, die er entfessele, seien nur ein Abglanz von denen, die sich vorher und nicht in diesem Saale ereigneten.“²⁸¹

Dem Reichspressechef indes erschien sein Einfluß auf die Presselenkung noch immer nicht hinreichend abgesichert, auch wenn seit der Ablösung von Fritzsches Stellvertreter

²⁷⁷ Goebbels, Tagebücher I, Bd. 8, S. 114 und 391 (Einträge vom 15. 5. und 25. 10. 1940); Ministerkonferenz vom 16. 5. 1940, Boelcke (Hrsg.), Kriegspropaganda, S. 352.

²⁷⁸ Scharping, E. E., 11. 12. 1947, IfZ ZS-1410; Lorenz, E. E., 11. 12. 1947, IfZ MA-1563, Doc. NG-4331; Stephan, E. E., 20. 11. 1947, ebd., Doc. NG-3706.

²⁷⁹ BAK Zsg. 101 (Brammer), zit. nach Steinert, Hitlers Krieg, S. 184.

²⁸⁰ Goebbels, Tagebücher I, Bd. 9, S. 136ff und 142 (Einträge vom 11., 12. und 14. 2. 1941). Letztlich warf er Fritzsche vor, daß dieser die Situation nicht beschönigte. „Fritsche [sic!] hat für die aktive Anfeuerung in Ruhepausen kein Talent. [...] Auf der Pressekonferenz wird den Journalisten keine Initiative vermittelt. Da heißt es nur: verboten, gesperrt, unerwünscht.“ Ebd., Bd. 9, S. 134f. (Eintrag vom 10. 2. 1941).

²⁸¹ Pressekonferenz vom 20. 3. 1942, zit. nach J. Hagemann, Presselenkung, S. 111, Anm. 450. Vgl. Abendkonferenz vom 26. 11. 1941, zit. ebd., S. 21.

Braeckow im August 1940 dessen Nachfolger Fischer in direktem Kontakt mit Dietrich stand und eine Verfügung Hitlers vom 23. August 1942 zur Sicherung der Zusammenarbeit zwischen Minister und Reichspressechef dessen Stellung ein weiteres Mal bestätigte.²⁸²

Dietrich betrieb darum die Ablösung des von seiner Arbeit immer mehr entnervten Fritzsche, der sich schließlich im April 1942 zum Fronteinsatz verabschiedete. In seiner hervorgehobenen Position konnte er es sich nicht leisten, über die ganze Kriegsdauer dem eigentlichen Kampfgeschehen fernzubleiben, und viele seiner Kollegen und Kontrahenten hatten bereits einen oder mehrere Fronteinsätze hinter sich. Er hoffte außerdem, für einige Zeit den zermürenden Auseinandersetzungen im RMVP entkommen zu können. Denn Goebbels hatte ihm keinerlei Unterstützung gewährt, weil er in dieser Zeit ein erträgliches Arbeitsverhältnis zu Dietrich pflegen wollte, um sich besser gegenüber dem AA aufstellen zu können.²⁸³ An einer anderen Front befand sich Fritzsche bereits seit drei Jahren an hervorgehobener Position im Einsatz. Im „Ätherkrieg“ hatte er die Stellung des wichtigsten deutschen Rundfunkkommentators errungen, und es ist daher für die Beurteilung der Rolle Fritzsches wichtig, sich nunmehr seinen Kommentaren zuzuwenden.

²⁸² Kohlmann-Viand, NS-Pressepolitik, S. 71f. Goebbels bemühte sich dagegen in seinem Tagebuch, den Eindruck zu vermitteln, als habe Hitler mit einem „Machtwort“ seine, Goebbels', Position bestätigt und gestärkt. Tagebücher II, Bd. 5, S. 399 (Eintrag vom 25. 8. 1942).

²⁸³ Vgl. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 2, S. 475 (Eintrag vom 11. 12. 1941) und S. 531f. (Eintrag vom 18. 12. 1941).

II. Der Rundfunkkommentator im Kriege

1. „Es spricht Hans Fritzsche“ – Die „Politische Zeitungs- und Rundfunkschau“ Hans Fritzsches als Instrument der Propagandalenkung

1.1 Stellenwert im Rundfunkprogramm

„Der Krieg ist da, es ist jetzt meine Aufgabe, das widerstrebende deutsche Volk sacht über die Schwelle des Krieges zu führen.“

(Hans Fritzsche)¹

Vor Ausbruch des Krieges genoß die „Politische Zeitungsschau“ (PZ) bereits eine gewisse Prominenz.² Ein Vermerk des RMVP vom März 1937 strich die durch eine Fülle von in- und ausländischen Zuschriften nachgewiesene Resonanz der Vorträge Fritzsches heraus und betonte, mit seiner wöchentlichen Zeitungsschau wehre er geschickt die ausländische Propaganda ab.³ Fritzsche war eine bekannte Rundfunkstimme – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Seinen Plan einer neuen Sendereihe zur Auseinandersetzung mit der ausländischen Propaganda ließ Goebbels Ende 1936 zurückstellen, während er im Januar 1937 ein ähnliches Projekt des Hauptschriftleiters der Berliner NS-Zeitung *Angriff*, Hans Schwarz van Berk, befürwortete. Dieser wollte hauptsächlich innenpolitische Themen und Gerüchte in Vorträgen, Interviews und Kurzszenen aufgreifen, legte aber Wert darauf, seine Arbeit „aus dem üblichen Instanzenweg des Rundfunkhauses herauszulassen“.⁴

Einen Verweis auf Fritzsches Rundfunkarbeit unterließ er dabei, aber dieser erfuhr wegen der dazu benötigten ausländischen Materialien über das RMVP von der Initiative. Reichsintendant Glasmeier lehnte das Konkurrenzprodukt allerdings ab und verzichtete auf die Lieferung weiterer „politischer Rundfunkgespräche“ durch Schwarz van Berk.⁵

Zu besonderen Anlässen trug Fritzsche wie sein Vorgänger „Extraausgaben“ der PZ vor. Ansonsten blieb es beim wöchentlichen Turnus. Unmittelbar vor Kriegsausbruch, am 29. August 1939 erweiterte er diese Sendung dann zur „Politischen Zeitungs- und Rundfunkschau“ (PZUR),⁶ und mit Kriegsbeginn begann der Aufstieg Fritzsches zum wichtigsten

¹ Wiedergabe einer Äußerung aus den ersten Tagen des Krieges; Sänger, Aussage SKV vom 28. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

² So wurde die am Dienstag vom Deutschlandsender ausgestrahlte Politische Zeitungsschau (PZ) von den meisten anderen Reichssendern übernommen; Dussel, Hörfunk, S. 193.

³ Berndt an Goebbels, 20. 3. 1937, BA R 55/225, Bl. 67.

⁴ Schwarz van Berk an Goebbels, Schreiben vom 23. 1. 1937 und 30. 1. 1937, letzteres mit Paraphie „einverstanden Dr. G.“ und Vermerk „Fritsch. ist telef. Unterrichtet“, 6. 2. 1937, BA R 55/225.

⁵ Berndt an Goebbels, 20. 3. 1937, Glasmeier an Schwarz van Berk, 7. 5. 1937; BA R 55/225. 1939 beabsichtigte Goebbels dann, Schwarz van Berk als Leiter eines reformierten und ausgebauten „Drahtlosen Dienstes“ einzusetzen. Goebbels, Tagebücher I, Bd. 7, S. 32 (Eintrag vom 4. 7. 1939).

⁶ Datierung u. a. bei: RSHA, Amt III A 5 an SD-Leitabschnitt Dresden, 28. 2. 1941, BA R 58/1088, Bl. 85. Der in „Krieg den Kriegshetzern“, S. 18ff., abgedruckte Kommentar vom 29. 8. 1939 beginnt mit dem Satz: „In den letzten acht Tagen hat sich das politische Gesicht Europas verändert.“ Der Kommentar ist außerdem als Tondokument erhalten. (DRA)

deutschen Rundfunkkommentator, der von einem Großteil der deutschen Bevölkerung sofort an der Stimme erkannt wurde und mit seiner Sendung in den ersten Kriegsmonaten angeblich die größte in- und ausländische Hörerschaft überhaupt anzog.⁷ „Ich darf hinzufügen, daß es mir sogar bekannt ist, daß an entlegenen Frontabschnitten – zum Beispiel bei deutschen Kolonien im Auslande – meine Rundfunkansprachen als politischer Kompaß genommen wurden“⁸, schmeichelte sich Fritzsche noch in Nürnberg 1946.

Mit Beginn des Krieges verlor die PZUR endgültig ihren einstigen Charakter einer Preseschau. Fritzsche nutzte nunmehr – in den ersten Kriegswochen täglich – die Gelegenheit zu ausgiebigen Kommentierungen.⁹ „Seine Rundfunk-Tätigkeit entsprach durchaus seiner Eitelkeit, die Stimme hören zu lassen. [...] Es entsprach seinen Intentionen von persönlicher Machtentfaltung, diese Vortragsstunde zu einem Instrument der Propaganda und seines persönlichen Publikumserfolges zu machen.“¹⁰

Vor allem Fritz Sänger arbeitete 1947 mit seiner Aussage in Fritzsches Spruchkammerverfahren dieses Leitmotiv von Fritzsches Tätigkeit heraus.¹¹ Und gute Arbeit im Sinne des Regimes zahlte sich aus – kaum ein Jahr nach der letzten stand Fritzsche mit drei anderen Pressefunktionären des RMVP im Herbst 1939 erneut zur Beförderung an.¹² Mit großer Gewissenhaftigkeit arbeitete er deshalb an seinen Kommentaren, ebenso wie er Sorge dafür trug, daß sie und mit ihnen die eigene Person einen optimalen Bekanntheitsgrad erlangten und möglichst genau auf ihre Hörerschaft abgestimmt waren.

So erhielten Hörer in den ersten Kriegsjahren auf Anfrage die Texte seiner Kommentare als Schulungs- und Informationsmaterial zugeschickt. Ab 1941 wurde dies, auch auf Anfrage von lokalen Parteiinstanzen, nur noch in Einzelfällen praktiziert.¹³ Es konnte dabei aller-

⁷ *The Times* vom 9. 12. 1939, „The Oracle Of Hamburg“, ZA IfZ. Auch war Fritzsche besonders bei den Überseedutschen beliebt. Vgl. Gassert, Fritzsche, S. 17, sowie Zuschriften von Auslandsdeutschen in Fritzsches Hörerpost, BA R 55/1372, Bl. 7 und 69, sowie BA R 55/1375, Bl. 141.

⁸ Vernehmung vom 28. 6. 1946, IMT, Bd. XVII, S. 229. Die PZ wurde spätestens seit 1937 jeden zweiten Mittwoch für alle Zonen des deutschen Kurzwellenrundfunks gesendet. Vgl. Morgen die ganze Welt, S. 54ff.

⁹ In den wenigen erhaltenen Typoskripten der PZ vor Kriegsausbruch nahm Fritzsches eigene Kommentierung noch 1/3 des Gesamttextes ein, die restlichen 2/3 wurden locker zwischen längerem Zitat und Eigenkommentar vermischt. In einem Rückblick der *Frankfurter Zeitung* heißt es darum, erst mit Kriegsausbruch habe sie die nun gebotene Aufgabe einer „aktiven Polemik“ aufgenommen. „Zeitungsschau im Kriege“, *FZ*, Nr. 40 vom 23. 1. 1940.

¹⁰ Kausch an Sänger, Schreiben vom 21. 1. 1947, BAK N 1261/100.

¹¹ Sänger, Aussage SKV vom 28. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI. In einer Meldung der Nachrichtenagentur DPD wird Sänger mit den Worten zitiert, Fritzsche sei von einem „fast maßlosen Ehrgeiz“ und einer „gewaltigen Intelligenz“ regiert worden, ohne einen „festen und ihn sicher leitenden Charakter“ zu besitzen. Diese Äußerungen befinden sich nicht im Protokoll der Verhandlung, aber Sänger als Leiter der Agentur DPD dürfte diese komprimierte Version seiner Aussage autorisiert haben. DPD-Meldung vom 28. 1. 1947 siehe BAK N 1261/100.

¹² Goebbels, Tagebücher I, Bd. 7, S. 176 (Eintrag vom 31. 10. 1939). Die Angelegenheit verzögerte sich aber um fast ein weiteres Jahr, in dem Fritzsche und Bömer ihre Wünsche nicht zurückhielten. Ebd., Bd. 8, S. 228 und 274 (Einträge vom 20. 7. und 16. 8. 1940).

¹³ Vgl. Anfrage der NSDAP-Kreisleitung Schweinfurt vom 16. 4. 1941 mit dem Vorschlag, Fritzsches Vorträge laufend den Kreisleitungen als Rednermaterial zu übermitteln, sowie Fritzsches Antwortschreiben vom 18. 8. 1941, BA R 55/1378, Bl. 12f. Außerdem Hörerzuschriften vom 6. 8. 1941 und 2. 12. 1941, BA R 55/1372, Bl. 101, und BA R 55/1374, Bl. 8. Einem Hörer schrieb Fritzsche am 10. 9. 1941: „Ich habe auf Ihren Wunsch veranlaßt, daß Ihnen die Zeitungsschau noch einmal vier Wochen lang zugesandt wird [...]“. BA R 55/1374, Bl. 14. Der letzte Beleg hierfür datiert vom März 1945, BA R 55/532, Bl. 418.

dings vorkommen, daß der Text einer Sendung nicht zur Vervielfältigung freigegeben wurde.¹⁴ Zweimal wurden Fritzsches Kommentare in Buchform herausgegeben, was angesichts der herrschenden Papierknappheit ihren Stellenwert unterstrich. Das erste Buch erschien Anfang 1940 unter dem Titel „Krieg den Kriegshetzern“ und dokumentierte mit geringfügigen redaktionellen Bearbeitungen die Kommentare der ersten Kriegswochen. Das zweite Buch „Zeugen gegen England“ erschien im Herbst 1941 und montierte ohne chronologischen Bezug längere Passagen aus Kommentaren zu einem Porträt des britischen Gegners, sortiert nach thematischen Schwerpunkten und dargestellten Personen. Ein drittes Buch mit einer weiteren Auswahl von „Zeitungs- und Rundfunkschauen“ war 1941 in der Planung, ist aber nicht erschienen.¹⁵

Fritzsches Beliebtheit in den ersten Jahren des Krieges führte dazu, daß die Hörergemeinde protestierte, wenn einer der drei pro Woche gesendeten Vorträge einmal ausfallen sollte. Um dies zu vermeiden, gab Fritzsche auf Reisen seine Rundfunkschau mitunter im Studio eines anderen Reichssenders.¹⁶ Nach dem Beginn der Westoffensive wurde angeregt, ob die PZUR angesichts der sich überstürzenden Ereignisse nicht wieder täglich ausgestrahlt werden könne, obwohl Fritzsche sie bereits außer der Reihe, also häufiger als dreimal wöchentlich gab. Als sie im Juni 1940 einige Zeit ausfiel, wurden sogleich Mutmaßungen über die Gründe angestellt und nach der „freudig begrüßt[en]“ Wiederaufnahme angeregt, einen künftigen Ausfall mit einer kurzen Begründung anzukündigen.¹⁷

Fritzsche verabschiedete sich am 14. April 1942 vorläufig von seinen Hörern zum Fronteinsatz. Die starke Beachtung seines Vortrags belegte, daß er einen Stammhörerkreis besaß, der seine Abwesenheit sehr bedauerte. Gerüchte kursierten, daß sein Abschied nicht ganz freiwillig erfolgt sei.¹⁸ Der freiwerdende Sendeplatz sollte nach den Vorstellungen der Abteilung Rundfunk mit Vorträgen besetzt werden, „die jede Imitation der Fritzsche-Vorträge vermeiden sollen, zugleich aber interessante Themen aus Arbeitsgebieten bringen, die bisher wegen des Mangels an Sendezeiten zurücktreten mußten“. Dafür sollten Publizisten und bekannte Persönlichkeiten herangezogen werden; schließlich übernahm der erfahrene Journalist Dr. Fritz Theil diese Aufgabe.¹⁹

Doch bereits am 28. April 1942 war Fritzsche überraschend wieder im Radio zu hören, und seine Polemik hatte nach Hörerreaktionen in der „Ruhepause“ an Frische und Durchschlagskraft gewonnen.²⁰ Ende Mai gab Fritzsche einen weiteren, auf Schallplatte aufgezeichneten Bericht von der Ostfront.²¹ Der SD Troppau führte zu seinen Berichten an: „Es

¹⁴ Ein vom Vorzimmer Fritzsches an die Abt. Schnelldienst gerichteter Vermerk vom 30. 9. 1941 ordnete an, daß die Zeitungsschau vom 27. 9. 1941 nicht herausgegeben wurde. Die Vervielfältigung sei bereits im Schreibzimmer gestoppt worden. BA R 55/1378, Bl. 105. Fritzsche hatte in dieser Sendung „angebliche Namen“ deutscher Kriegsgefangener genannt, die vom Moskauer Rundfunk bekanntgegeben worden seien, und in der Zwischenzeit anonym von einem der Angehörigen die Richtigkeit der Moskauer Informationen bestätigt bekommen. Vgl. Kapitel II. 1. 2.

¹⁵ Vgl. Fritzsche, Antwortbrief an Hörer vom 12. 9. 1941, BA R 55/1380, Bl. 75.

¹⁶ Vgl. BA R 55/1369, Bl. 152, und BA R 55/1370, Bl. 116.

¹⁷ MadR vom 16. 5., 20. 5. und 17. 6. 1940, S. 1141, 1154 und 1263.

¹⁸ MadR vom 20. 4. und 23. 4. 1942, S. 3643 und 3663f. Fritzsche sollte vor allem aus diesem Grund so schnell wie möglich wieder im Rundfunk sprechen, „damit allen Gerüchten über seinen Weggang die Spitze abgebrochen“ wurde. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 4, S. 194 (Eintrag vom 28. 4. 1942).

¹⁹ Schaudinn an Goebbels, 25. 4. 1942, DRA/Sonderarchiv Moskau (SAM) RMVP 108. Ebenso Diewerge auf der Rundfunkkonferenz vom 22. 4. 1942, BA R 55/695, Bl. 136.

²⁰ MadR vom 7. 5. 1942, S. 3711.

²¹ SD Troppau, Bericht vom 3. 6. 1942, BA R 58/961, Bl. 83.

wäre sehr wünschenswert, wenn derartige Aufnahmen von Fritzsche [!] öfter zu hören seien, am liebsten jedoch, wenn Fritzsche seine normale Rundfunktätigkeit wieder aufnehmen würde.“ Das Hauptamt Rundfunk der RPL ermittelte aus den Berichten der Gaupropagandaämter für Juni 1942: „Der Ausfall der politischen Zeitungs- und Rundfunkschau von Hans Fritzsche wird allseitig sehr bedauert.“²² Die Gauleitung Westfalen-Nord hielt fest: „Die bekannte frische und positive Art des Rundfunkredners war von einer wirklich ermutigenden Art für alle verzagten Gemüter.“²³

Für das Sonderprogramm des Rundfunks zum ersten Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion sollte Fritzsche den Schlußvortrag halten. Da die Telefonleitungen meistens gestört waren und er seinen Vortrag nur vor Ort – in Charkow – aufzeichnen konnte, wurde Ersatz verpflichtet, der dann aber nicht nötig war. Gleich zweimal, am 20. und 22. Juni sprach Fritzsche, dessen Vorträge auf großes Interesse stießen.²⁴ Seine Kriegsberichte wurden auch von denen geschätzt, die sich früher an seinem Stil gestört hatten.²⁵

Ende Oktober 1942, ungefähr sechs Wochen nach seiner Rückkehr von der Front nahm Fritzsche dann die PZUR wieder auf, kurz bevor er zum Leiter der Abteilung Rundfunk im RMVP berufen wurde.²⁶ Zunächst griff er auf den vor der Pause eingespielten Turnus von zwei bis drei Vorträgen in der Woche zurück. Im Lauf der beiden letzten Kriegsjahre beschränkte sich Fritzsche aber auf eine wöchentliche Sendung, denn das Hörerinteresse an seinen Ausführungen war dramatisch gesunken.

Währenddessen wurden die Kommentare weiter international verbreitet, zum einen durch den Deutschen Kurzwellensender nach Übersee, zum anderen durch die Europasender in ganz Europa.²⁷ Zum ersten Mal seit Kriegsausbruch übernahm noch im Januar 1945 der schweizerische Drahtfunk Fritzsches Kommentare neben den Nachrichten, Lageberichten und den verlesenen Goebbels-Artikeln.²⁸ Bis zum 28. April 1945 strahlte sie der „Großdeutsche Rundfunk“ aus, bevor er seinen Betrieb ein oder zwei Tage später endgültig stellte.

Das Vorbild der politischen Kommentare im deutschen Rundfunk war der klassische politische Leitartikel der überregionalen Zeitungen. Jetzt wurde das aktuelle Rollenmodell jedoch von Goebbels' umfangreicher Leitartikelproduktion bestimmt, besonders von den ab Sommer 1940 in der neuen Prestigezeitung *DAS REICH* veröffentlichten Artikeln. Damit wurde oft den übrigen Kommentatoren das Feld einer von ihnen auszugestaltenden Kampagne abgesteckt. Diese Artikel wurden nach der Veröffentlichung im *REICH* regelmäßig im Rundfunk, mitunter von Fritzsche, verlesen.²⁹ Diese mediale Parallelführung entsprach aber eigentlich nicht der beabsichtigten Wirkungsweise politischer Rundfunkpropaganda.

²² SD Troppau, Bericht vom 3. 6. 1942, BA R 58/961, Bl. 83, sowie RPL, Hauptamt Rundfunk, Bericht über im Monat Juni 1942 aus den Gauen eingegangene Programmebeobachtungen vom 9. 7. 1942, BA NS 18/310, Bl. 136; Ministervorlage Tießler (RPL) vom 1. 7. 1942, BA NS 18/24, o. Pg.

²³ Gauleitung Westfalen-Nord, Bericht vom 23. 6. 1942, BA NS 18/24.

²⁴ Schaudinn an Goebbels, 18. 6. 1942, DRA/SAM RMVP 108; MadR vom 25. 6. und 2. 7. 1942, S. 3874 und 3897.

²⁵ MadR vom 16. 7. 1942, S. 3953. Der Bericht vom 15. 8. 1942 hinterließ bei den Hörern einen „besonderen Eindruck“; MadR vom 20. 8. 1942, S. 4108.

²⁶ In seinem Bericht für den 30. 10.–2. 11. 1942 erwähnt der SD Frankfurt/Main Fritzsches ersten Vortrag nach der Pause, in welchem er einen Überblick über das Geschehen der letzten sechs Monate gegeben habe. BA R 58/967, Bl. 42.

²⁷ Vgl. Häuschen an Fritzsche, 20. 3. 1944, BA R 55/526, Bl. 315.

²⁸ Rundfunkkonferenz vom 10. 1. 1945, BA R 55/556, Bl. 134 und 137.

²⁹ Vgl. Sington/Weidenfeld, Experiment, S. 166ff.

Es war die vorrangige Aufgabe des Rundfunks als des „schnellebigeren“ Mediums, seine Zuhörer mit einer kontinuierlichen Inszenierung von Propaganda zu umgeben. Schon lange offenbarten die meisten Leitartikel in den Zeitungen gerade beim zweiten oder dritten Lesen ihren ausschließlich propagandistischen Charakter. Demgegenüber wirkte die persönliche Ansprache durch Rundfunk-Kommentatoren, die den Hörern schon lange bekannt waren, direkter – weniger im einzelnen Vortrag, als vielmehr in der Kontinuität. Der eigentliche Informationsgehalt war beim politischen Kommentar zweitrangig. Er sollte keine wirkliche Auswertung von Nachrichtenmaterial bieten, sondern beeinflussen, indem er diesen Anschein erweckte.³⁰

Dem erfolgreichen Rundfunkkommentator gelang die Massenwirkung, indem von ihm nicht die Masse als solche angesprochen wurde, sondern scheinbar jeder einzelne Hörer für sich. Dieses „Zwiesgespräch“ kultivierte besonders Hans Fritzsche in seinen Kommentaren, die er oft mit der ein persönliches Verhältnis schaffenden Floskel „Als wir uns letztesmal unterhielten ...“ begann. Ähnlichkeiten mit der früher sogenannten Plauderei am Rundfunk erschöpften sich allerdings in den ersten paar Absätzen seiner Sendungen, deren Lenkungsfunction eine absichtslose Plauderei ebenso ausschlossen wie den tatsächlich freigesprochenen politischen Kommentar, der von dem US-amerikanischen Rundfunkjournalisten Hans von Kaltenborn entwickelt und im allgemeinen angelsächsischen Sprachgebrauch nach ihm „to kaltenborn“ benannt wurde.³¹

Wahrscheinlich hat dessen Popularität und die der anderen amerikanischen Kommentatoren wie Raymond Gram Swing, Elmer Davis oder William Shirer auch Fritzsche dazu veranlaßt, dem Duktus seiner Sendungen einen aktuellen und informellen Anstrich zu geben. Da seine Arbeitsbedingungen aber nicht mit denen seiner amerikanischen Kollegen zu vergleichen waren, konnte es sich hier nur um äußerliche Ähnlichkeiten handeln. Für seine Hörerschaft wurden jedoch die informativen Elemente seines Vortrags immer wichtiger, je diffuser ihr Bild über die tatsächliche Kriegslage wurde. Der Vortragende selbst verlor demgegenüber an Bedeutung.

Dies gilt jedoch vor allem für die letzten Kriegsjahre, als die sich verschärfenden Bedingungen des Kriegsalltags das Rundfunkhören erschwerten und oft keine bewußte Auswahl aus dem Programm mehr getroffen wurde, sondern man Rundfunk hörte, wenn es die Umstände zuließen. In den Jahren davor hatte es dagegen durchaus eine, auf die jeweils Vortragenden bezogene individuelle Wertschätzung gegeben.

Für diesen Zusammenhang ist eine Reihe von Berichten aufschlußreich, in denen der SD auf Anforderung des RMVP im Sommer 1940 Hörerstimmen zur Sendung „Betrachtungen zur politischen Lage“ sammelte. An dieser Sendung wurde kritisiert, sie habe sich von der objektiven Analyse wegbegeben zu einer tendenziösen, polemischen Grundhaltung. So etwas böte bereits die PZUR, die aber durch Fritzsches persönlichen Stil geprägt werde. Er wirke gerade durch seine Erkennbarkeit „in propagandistischer Hinsicht auf die Masse autoritär“, während die „Betrachtungen“ anonym blieben und die Sendung nur als mäßiger Ersatz für die PZUR angenommen werde. Das ist auch deswegen interessant, weil die „Betrachtungen“ vom DD verantwortet wurden und sich Fritzsche an ihrer Formulierung beteiligte.³²

³⁰ Dies galt auch für die Radiokommentatoren auf alliierter Seite, wenngleich unter völlig anderen Voraussetzungen. Vgl. für England hierzu Wittek, Ätherkrieg, S. 115ff.

³¹ E. K. Fischer, Rundfunk, S. 59.

³² Vgl. SD München, Bericht vom 20. 10. 1941, BA R 58/1090, Bl. 56. Der SD München war in Rundfunkangelegenheiten wegen persönlicher Querverbindungen gut informiert.

Im Krieg traten militärische Kommentatoren neben ihre zivilen Kollegen. Unter den Titeln „Die heutige Seekriegsführung“, „Unsere Luftwaffe“ und „Unser Heer“ waren ab Frühjahr 1940 alle drei Waffengattungen der Wehrmacht mit jeweils einem militärischen Sachverständigen im Rundfunkprogramm vertreten.³³ Aus einer historisch gewachsenen Wertschätzung des Militärs wurde der militärischen Berichterstattung und Kommentierung ein großes Vertrauen eingeräumt. Unabhängig voneinander wurden die meisten militärischen Sprecher wegen ihres Realitätssinns und ihrer Sachlichkeit gelobt, was sich schon durch den stärker der politischen Propaganda verpflichteten Stil der zivilen Kommentatoren erklärt.

Besonderer Beliebtheit erfreuten sich in den ersten Kriegsjahren die Vorträge von Konteradmiral Friedrich Lützow, dem auch von gegnerischer Seite attestiert wurde, seine Kommentare ausgewogen und ohne propagandistische Kniffe darzubieten. Dies gelang ihm offenbar, weil er aus einer imperialistisch-wilhelminischen Geisteshaltung zumeist versuchte, den tagespolitischen Ereignissen durch die Erörterung historischer und geopolitischer Perspektiven der Seekriegsführung zu entkommen.³⁴ Seine Vorträge waren darum auch kein regelmäßiger Bestandteil des Programms. Aber gerade seine weitere Perspektive und die damit verbundene Anschaulichkeit machte ihn bei den Hörern beliebt, die auch die Wiederaufnahme seiner Vorträge wünschten.³⁵

Generalleutnant des Heeres Kurt Dittmar wurde zum bekanntesten und wirkungsvollsten Militärkommentator überhaupt. Dittmar, der im Frühjahr 1942 seine Tätigkeit beim Rundfunk begann, kam den geänderten Anforderungen der zweiten Kriegshälfte mit einer geschickten Strategie entgegen. In seinen Vorträgen sprach er die aktuellen Probleme und Gefahren an, aber immer in geringerem Umfang als die erfolversprechenden Perspektiven, die Dittmar in scheinbar objektiver Würdigung der militärisch-politischen Gesamtlage entwarf.

Unstreitig waren die militärischen Vorträge Teil eines propagandistischen Gesamtkonzepts.³⁶ Auch Fritzches Vorträge erfüllten einen bestimmten Auftrag, der sowohl ihren Duktus als auch ihren Inhalt vorgab.

Unter dem Sammelbegriff der „gegnerischen Propaganda“ fanden sich alle Informationskanäle wieder, die nicht von Deutschland beeinflusst und kontrolliert werden konnten. Es war gleichgültig, ob die Zeitung eines neutralen Landes versuchte, die Verhältnisse im NS-Regime objektiv zu schildern oder ob der Rundfunksender eines benachbarten Staates deutschsprachige Sendungen ausstrahlte, deren Tendenz gegen den NS-Staat gerichtet war. Für den Nationalsozialismus stellten unkontrollierte Informationen immer die eigene Auslegung der innen- und außenpolitischen Lage des Deutschen Reiches in Frage.

Wo Pluralität gleichgesetzt wurde mit Zerfall und Niederlage, mußte der Auseinandersetzung mit den Medien des Auslands große Bedeutung eingeräumt werden. Bis zum Kriege hatte die deutsche Nachrichtenpolitik zu gewärtigen, daß es Teilen der Bevölkerung mög-

³³ Vgl. Schreiben OKW/WPr. (Murawski) an Rundfunk-Kommandostelle RMVP, 25.4.1940, BA-MA, RW 4/285, Bl. 411.

³⁴ Vgl. die Bewertungen von Kris/Speier, *Radio Propaganda*, S. 75f. („Lützow is certainly the most dignified liar on the German radio [...]“), und Sington/Weidenfeld, *Experiment*, S. 159.

³⁵ SD Reichenberg, Bericht vom 6.8.1940, BA R 58/1088, Bl. 67f.

³⁶ So leitete Karl Scharping seinen Kommentar vom 15.2.1943 mit den Worten ein: „Vor einer 3/4 Stunde hörten Sie den Vortrag von General Dittmar über den Raum als Waffe.“ BA R 55/520, Bl. 50. An anderer Stelle notierte er im Typoskript „Hinweis auf Fritzsche“; BA R 55/520, Bl. 68. Fritzsche selbst wies am Ende seines Kommentars vom 25.1.1940 auf einen anderen Vortrag am Folgetage hin, „der sicher Ihr Interesse verdient“. BA R 55/1369, Bl. 73.

lich war, die ihr bewußt gelassenen Informationslücken über ausländische Zeitungen und Rundfunkprogramme zu schließen. Bereits die Ereignisse des Jahres 1934 hatten dazu laufend Veranlassung gegeben,³⁷ und obwohl nach dem NS-Putsch in Österreich und der Röhm-Mordaktion das Interesse an Informationen aus dem Ausland wieder etwas zurückging – den *status quo ante* erreichte es nie mehr. Der Informationsbezug aus dem Ausland hatte sich etabliert; daran änderte auch die wütende Reaktion des Regimes auf die angebliche „Lügenpropaganda“ des Auslands nichts.³⁸

Die offizielle Nachrichtenvermittlung stand immer vor dem Dilemma, daß ihre Stellungnahmen zu ausländischen Meldungen zusätzlich auf deren Inhalt aufmerksam machten und sich die deutsche Propaganda damit das Gesetz ihres Handelns durch den Gegner vorschreiben ließ. Dennoch erwartete der durchschnittliche Hörer die deutsche Antwort auf ausländische Rundfunkberichte, um bei sich selbst keine Zweifel an der Position des eigenen Landes aufkommen zu lassen.³⁹ Die rückwirkend zum 3. September 1939 erlassene „Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“ markierte zu Kriegsbeginn das staatlich verordnete Ende dieses aufgezwungenen Dialogs. Das Verbot, ausländische Rundfunksendungen abzuhören, stellte einen Kompromiß dar zwischen der von Goebbels favorisierten Todesstrafe für ausländischen Rundfunkempfang sowie einem eventuellen Einzug aller Rundfunkgeräte und einem – unrealistischen – Abhörverbot nur für eindeutig politische Sendungen und Sender des Auslands.⁴⁰ Eine Antwort war jetzt in erster Linie dem Ausland zu erteilen, aber unausgesprochen mußte sie auch dem heimlichen Hörer von Auslandssendern gegeben werden.

Hierin bestand eine der wichtigsten Aufgaben der PZUR. Schnell wurde Fritzsches Sendung die einzige, in der Beschuldigungen des Auslands erwähnt und „richtiggestellt“ werden sollten.⁴¹ Immer wieder wies Fritzsche auf die angeblichen Vorteile des Rundfunkverbots hin, welches dem Hörer das langweilige Abhören der englischen Lügen und der Regie-

³⁷ So stellt es u. a. ein Lagebericht des Regierungspräsidenten von Osnabrück am 10. 8. 1934 dar, der außerdem davon spricht, das Gerüchte „durch ausländische Sender in das Volk hineingeschleudert“ werden, vor allem bezüglich der bei der Röhm-Aktion Ermordeten, wie der Regierungspräsident von Hannover in seinem Bericht vom 9. 8. 1934 feststellt. Gestapo Osnabrück, S. 77f.; Gestapo Hannover, S. 190. Nach dem NS-Putsch 1934 in Wien stellte der Aufsichtsratsvorsitzende des DNB, Mejer, fest: „Bei der deutschen Leserschaft hat sich die bedrohliche Tendenz in den letzten Wochen wesentlich verstärkt, zur Befriedigung ihres Wissensdurstes auf ausländische Zeitungen und den ausländischen Rundfunk zurückzugreifen.“ Mejer an Reichspressechef Funk, 27. 7. 1934, BAK Kl. Erw. 302-1, Bl. 43f.

³⁸ Vgl. die von Goebbels am 10. Juli 1934 im Rundfunk gehaltene Rede „Der 30. Juni im Spiegel des Auslands“; abgedruckt in Goebbels, Reden 1932–1945, Bd. 1, S. 156ff.

³⁹ Lagebericht der NSDAP-Gauleitung Westfalen-Nord für Januar 1939, zit. bei Kuropka (Hrsg.), Meldungen, S. 188.

⁴⁰ Gürtner (Justizminister) an RMVP, 1. 9. 1939, BA R 43 II/639, Bl. 116; Auszug aus Niederschrift der Sitzung des Ministerrats vom 1. 9. 1939, ebd., Bl. 117; Vermerk vom 2. 9. 1939, ebd., S. 120; ungezeichneter Vorschlag zur Ersten Durchführungsverordnung vom 2. 9. 1939 sowie Entwurf der Verordnung mit einer Notiz aus dem OKW: „War nicht im Entwurf und wird vom WNV abgelehnt. WNV III. 2/9“, BA-MA, RW 4/284, Bl. 373 und 375. Vgl. Goebbels, Tagebücher I, Bd. 7, S. 90, 92 und 94 (Einträge vom 3.–5. 9. 1939). Der von Goebbels vorgelegte Entwurf wurde von der FZ und dem VB als beschlossene Verordnung abgedruckt, weswegen die vorgenommenen Änderungen nicht mehr in den Zeitungen publiziert wurden, sondern nur dem Reichsgesetzblatt vom 7. 9. 1939 zu entnehmen waren. Allgemein dazu Hensle, Rundfunkverbrechen, S. 27ff.

⁴¹ Vgl. Kommentar vom 9. 1. 1940, BA R 55/1369, Bl. 168. Fritzsche selbst wählte in seiner Verteidigungsrede vor der Nürnberger Spruchkammer den Begriff „Dialektiker des Dritten Reiches“. Entwurf der Verteidigungsrede, vermutlich vom 29. 11. 1946, BAK N 1355/13, Bl. 5. Um ihre herausgehobene Position zu rechtfertigen, hatte sich die PZUR auch thematisch grundsätzlich von den übrigen politi-

rung das mühsame Geschäft der täglichen Richtigstellung dieser Lügen erspare.⁴² Die PZUR suggerierte dem Hörer, ihm entgehe keine wichtige ausländische Nachricht, und zumindest in den ersten Kriegsjahren baute sie weitgehend auf den gegnerischen Nachrichten auf. Als einer der wenigen Mitarbeiter im RMVP besaß Fritzsche eine Berechtigung zum Abhören ausländischer Sender.⁴³

Aufmerksamen Beobachtern entging jedoch nicht, daß Fritzsches Auswahl keineswegs dem selbstgesetzten Anspruch an Exklusivität genügte. Ebenso wie die Presse aus den Stimmen des Auslands nur diejenigen Beiträge oder Teile von Beiträgen verwendete, die in das jeweilige gewünschte Bild paßten, wählte auch er sehr subjektiv aus den verfügbaren Quellen aus.⁴⁴ In der Zeit militärischer Erfolge konnten solche Manipulationen von den Tatsachen, die so überwältigend für die Sache Deutschlands zu sprechen schienen, verdeckt werden. Auch konnte sich Fritzsche in der ersten Kriegsphase über die angebliche Inhaltsleere der gegnerischen Propaganda mokieren⁴⁵ und so dem deutschen Hörer den Verzicht auf den Auslandsrundfunk zu erleichtern suchen.

In seinen Kommentaren mußte er aber berücksichtigen, daß zahlreiche Hörer „feindliche“ Sender und deren Nachrichten kannten. Auch wenn sich über die gesamte Dauer des Krieges gesehen das Abhören von ausländischen Sendern immer weiter verbreitete, verlief diese Entwicklung nicht geradlinig. War ein bemerkenswerter Anstieg festzuhalten, reagierten die Massenmedien auf Initiative von Goebbels mit der Veröffentlichung harter Urteile wegen „Rundfunkverbrechen“. Eine inflationäre Verhängung solcher Urteile hätte aber die angestrebte Wirkung vereitelt und statt dessen illustriert, wie wenig es der Staatsführung gelang, das Abhören ausländischer Sender einzudämmen.⁴⁶

Fritzsche zog seine eigenen Folgerungen daraus, daß ein Teil seiner Hörer von den Nachrichtendienstern ausländischer Sender erreicht wurde. Auf einer Pressekonferenz im September 1941 riet er zur Abwehr des „uns im Winter sicher äußerst unbequem“ werden des Abhörens, die Hörer ein weiteres Mal auf die bisherigen Falschmeldungen des Feindes hinzuweisen.⁴⁷ Als Beispiel führte er zwei Tage später in der PZUR an, die vom Gegner

schen Wortsendungen des jeweiligen Tages abzugrenzen. Ministerkonferenz vom 7.8.1940, Boelcke (Hrsg.), Kriegspionage, S. 449.

⁴² Fritzsche, Kommentar vom 6.12.1939, zit. bei Briggs, War Of Words, S. 183, nach BBC Monitoring Service (BBC-MS). Auch sein Kommentar vom 23.9.1941 behandelte dieses Thema; BA R 55/729, Bl. 69, und kritischer Hörerbrief dazu vom 1.10.1941, BA R 55/1382, Bl. 123.

⁴³ Berechtigungsschreiben vom 13.9.1939, BA R 55/20020, Bl. 44. Neben Fritzsche hatten die persönlichen Referenten von Goebbels ebenfalls eine Berechtigung, außerdem u.a. Dietrich, Berndt und Staatssekretär Gutterer.

⁴⁴ Sein BBC-Konterpart Sefton Delmer konnte ihm daher mit einiger Berechtigung vorwerfen, er knöbele „sich aus irgendeinem Lokalblättchen hinten fern in der Türkei so eine tolle Dummheit heraus“. BBC-Kommentar vom 5.8.1941, Abhörbericht Forschungsamt (FA), BA R 55/526, Bl. 26. Der Schriftleiter Wantzen beklagte am 7.5.1940 in seinem Tagebuch: „Man nimmt einige günstig klingende Sätze aus dem Zusammenhang [...] und man macht dem Volke vor, daß wir große und wachsende Sympathie in der Welt besäßen. Das genaue Gegenteil ist der Fall.“ Wantzen, Leben im Krieg, S. 69.

⁴⁵ „Wir sind in unseren politischen Betrachtungen sozusagen längst autark geworden. Unseretwegen könnten heute französische und englische Zeitungen überhaupt den Laden dicht machen und englische und französische Rundfunksender Feierabend läuten – wir würden es nicht mal merken.“ Fritzsche, PZUR vom 10.2.1940, BA R 55/1370, Bl. 149.

⁴⁶ Im Januar 1942 z. B. deutete die Gauleitung Mecklenburg an, es könne gegen das Abhören nicht wie gewünscht durchgegriffen werden, da die Gefängnisse nicht ausreichen würden. Schreiben an RPL, 13.1.1942, BA NS 18/315, o. Pg.

⁴⁷ SD-Auszug aus dem Protokoll der Abendpressekonferenz vom 21.9.1941, BA R 58/626, Bl. 106ff.

verbreiteten Falschmeldungen über die angeblichen deutschen Rückschläge in Rußland seien bewußt nicht dementiert worden, um diesen Gegner in Sicherheit zu wiegen.⁴⁸

Nach dem Krieg erklärte Fritzsche, gegen das Abhörverbot gewesen zu sein, denn so „blieb mein Gegner sozusagen im Halbschatten, ich durfte ihn nicht offiziell ansprechen, wußte aber auf der anderen Seite, daß eben doch viele meiner Hörer auch ihn gehört hatten“.⁴⁹ Seinen Sendungen merkte man das an. So hieß es in einem Bericht des SD-Abchnitts Münster über die PZUR vom 15. Mai 1943, es scheine, „als setze Fritzsche die Nachrichten aus dem Ausland als bekannt voraus. Zweckmäßiger wäre es daher, wenn er etwas mehr Nachrichtenmaterial, das ihm ja schließlich in ausreichendem Maße aus den ausländischen Nachrichtendiensten zur Verfügung stehe, in seine Vorträge einbauen würde.“⁵⁰

Zur gleichen Zeit befürwortete Fritzsche unter Verweis auf eine unlängst im Protektorat Böhmen und Mähren durchgeführte Aktion, auch im Deutschen Reich aus allen Radioempfängern den Kurzwellenteil auszubauen. Offenbar reagierte er damit abwehrend auf eine Initiative, den Rundfunkempfang generell auf Drahtfunk umzustellen, wogegen er technische Bedenken geltend machte. Die Parteikanzlei, das heißt Bormann, war jedoch gegen die Ausbauaktion, und Fritzsche schloß sich nach einiger Überlegung diesem Standpunkt an.⁵¹ Er behielt das Privileg, als einziger die gegnerische Rundfunktätigkeit aufgreifen und kommentieren zu können. Noch im April 1943 meldeten die vom SD zusammengestellten „Stimmen zum Rundfunk“: „Fritzsche sei der einzige, der Mitteilungen über ausländische Rundfunknachrichtendienste bringe, aber das sei zu wenig, um den ‚Informationshunger‘ zu befriedigen [...]“.⁵²

Als weiteren Auftrag hatte die PZUR kursierende Gerüchte aufzugreifen und als Feindpropaganda zurückzuweisen. Anfänglich gehörten auch Informationen über die von deutscher Seite verübten Kriegsgreuel zu diesem Themenkreis, die Fritzsche in einem Kommentar höhnisch als extra für die alliierte Kolonialbevölkerung erfundene „Greuelmärchen für die Goldküste“ bezeichnete.⁵³ Zuweilen gaben die ausländischen Nachrichten Fritzsche die Gelegenheit, Probleme aufzugreifen, die ansonsten tabu waren, wie etwa Spannungen im Verhältnis zwischen dem Altreich und der Bevölkerung der „Ostmark“, oder die Regelung der Zugehörigkeit Südtirols.⁵⁴

⁴⁸ Fritzsche, PZUR vom 23. 9. 1941, BA R 55/729, Bl. 69.

⁴⁹ Vernehmung vom 27. 6. 1946, IMT, Bd. XVII, S. 176.

⁵⁰ SD Münster, Bericht vom 19. 5. 1943, BA R 58/963, Bl. 82. Zumal er, wie der SD Koblenz am 26. 5. 1943 als Meinung wiedergab, „ja ständig zu Themen Stellung nehme, die auch im übrigen Nachrichtendienst hinlänglich erörtert würden“. Ebd., Bl. 77ff.

⁵¹ Notiz Tiebler (RPL) für Fritzsche, 1. 7. 1943, Tiebler, Notiz für Schäfer, 6. 7. und 10. 7. 1943; BA NS 18/316, Bl. 9, 11 und 61. Fritzsche hatte bereits Anfang April 1943 einen Bericht über die intensivierte angelsächsische Rundfunkpropaganda auf Kurzwelle mit der Anregung verbunden, ein generelles Abhörverbot für Kurzwellensendungen zu erlassen. Vgl. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 8, S. 62 (Eintrag vom 6. 4. 1943). Bormann erwirkte einen Führerentscheid, der jegliche Aktion zur Entfernung der Kurzwellenteile untersagte; Schreiben Fritzsche an Tiebler, BA NS 18/317, Bl. 5.

⁵² „Stimmen zum Rundfunk“, datiert 17. 4. 1942 [zu lesen: 1943], abgedruckt bei Wulf, Presse und Funk, S. 366ff.

⁵³ Fritzsche, PZUR vom 13. 2. 1940, BA R 55/1370, Bl. 144.

⁵⁴ Vgl. Fritzsche, PZUR vom 11. 1. 1940, BA R 55/1369, Bl. 155ff. Am 23. 1. 1940 griff Fritzsche zum wiederholten Mal das Thema Österreich auf und verwies auf die Behauptung der Westmächte, auch für die Freiheit Österreichs zu kämpfen; ebd., Bl. 77.

Mit einer deftigen Zurückweisung versehen, konnten auch die Mängel der Versorgung oder die angeblichen Vorteile der Parteigrößen im NS-Staat thematisiert werden.⁵⁵ In verdeckter Form griff Fritzsche sogar die Legende vom teppichbeißenden Hitler auf, wenn es ihm darum ging, angeblich von der englischen Presse gestreute Gerüchte über Zerwürfnisse innerhalb der deutschen Führung zu entkräften.⁵⁶ Ein anderes Beispiel für den Versuch, unangenehme Themen in Form einer Abwehr ausländischer Meldungen zu entschärfen, gibt die PZUR vom 31. Juli 1941. In ihr griff Fritzsche kurz die aktuellen Gerüchte über führende Persönlichkeiten und eine führerlose Luftwaffe auf, in der verdiente Männer – Udet dürfte gemeint gewesen sein, blieb aber ungenannt – selbst ihrem Leben ein Ende setzten. London schäume vor Wut, weil das Rundfunkverbot Deutschland „auch vor den vorübergehenden Auswirkungen solchen Unsinns“ schützt.⁵⁷

Gerüchte verbreiteten sich angesichts der selektiven Nachrichtenpolitik des NS-Staates schnell und weiträumig. Meist wurden sie von offizieller Seite totgeschwiegen, außer wenn sie ihrerseits die öffentliche Meinung zu bestimmen drohten. Dann konnte, so war selbst das „Schwarze Korps“ 1942 überzeugt, auch die bloße Herausstellung der eigenen positiven Lage keine überzeugende Gegenwirkung mehr entfalten, zumal sich immer wieder Gerüchte, zum Beispiel über bevorstehende Rationskürzungen, im nachhinein als zutreffend erwiesen.⁵⁸ Regelmäßig mußte die Propaganda daher offensiv gegen Gerüchte vorgehen.

Dies konnte auf die Weise geschehen, daß bestimmte Gerüchte in das feindliche Ausland lanciert, dort aufgegriffen und als „Reaktion“ in einer Kampagne als Lügenpropaganda des Feindes bloßgestellt werden konnten. Ein Beispiel bietet die von Fritzsche eingeleitete⁵⁹ Kampagne vom Januar 1942, in deren Mittelpunkt ausländische Meldungen standen, die angesichts der Winterkrise 1941/42 beim Angriff auf die Sowjetunion von heftigen inneren Spannungen in Deutschland sprachen. Am 16. Januar 1942 gab er in der PZUR einen Überblick über die angeblich vom Gegner verbreiteten Gerüchte: „Die BBC erklärte, daß deutsche Generäle den Umsturz planten. Der Sender Schenectady [New York] behauptet, sie würden einen geheimen Sender benutzen, um Propaganda gegen Hitler auszustrahlen. Reuter erklärt, sie würden eine Regierung bilden. Schenectady spricht davon, daß sich auf dem Wilhelmsplatz Maschinengewehre befinden und die Partei gegen die Wehrmacht kämpfe. Der *Daily Herald* bildet eine Karte mit den Hotels ab, wo die Maschinengewehre aufgestellt sind, und kennt sogar die Namen der an der Verschwörung beteiligten Generäle. Der *Daily Telegraph* behauptet, die deutschen Truppen zögen sich bis zur Oder zurück. Die BBC meldet, es habe in einem Kino einen Aufstand gegeben. Das New Yorker Radio spricht von 25 000 standrechtlich erschossenen Offizieren, während die BBC nur von 62 weiß.“⁶⁰

⁵⁵ In seinem Kommentar vom 13. 1. 1940 bat Fritzsche die französische Publizistik, von „so blödsinnigen“ Dingen wie der Zwangsabgabe von Bekleidung oder den Auslandskonten der NS-Spitze Abstand zu nehmen; BA R 55/1369, Bl. 146.

⁵⁶ Fritzsche, PZUR vom 25. 1. 1940, BA R 55/1369, Bl. 71.

⁵⁷ Fritzsche, PZUR vom 31. 7. 1941, BA R 55/729, Bl. 42.

⁵⁸ *Das Schwarze Korps*, Ausgabe vom 4. 6. 1942.

⁵⁹ Kommentare und Artikel anderer Autoren, u. a. von seinem Mitarbeiter in der Abteilung Deutsche Presse, Karl Scharping, schlossen sich an. Kris/Speier, *Radio Propaganda*, S. 96, verweisen vor allem auf Fritzsches Vorträge vom 13. und 16. 1. 1942. Hörerbriefe reagierten allerdings schon auf Äußerungen Fritzsches in Vorträgen vom 3. und 10. 1. 1942, wo dieser eine angebliche BBC-Meldung über die „Schlacht auf dem Anhalter Bahnhof“ kommentierte, bei der Soldaten das Feuer auf die Bevölkerung eröffnet hätten. Vgl. BA R 55/1379, Bl. 40 (Nachweis für 3. 1. 1942), sowie BA R 55/1372, Bl. 71 (Nachweis für 10. 1. 1942).

⁶⁰ Zit. bei Kris/Speier, *Radio Propaganda*, S. 96, aus dem Amerikanischen vom Autor übersetzt.

Die erhaltenen Meldungen der SD-Abschnitte zeigen allerdings, daß diese Kampagne zum Teil das Gegenteil des beabsichtigten Effekts erreichte, denn den solcherart publizierten Gerüchten wurde bei einigen Hörern nun erst recht ein wahrer Hintergrund zugebilligt. In der Meldung des SD-Abschnitts Thorn wurde ein Hörer zitiert, der „erst durch Fritzsche auf diese Gerüchte gestoßen wäre und gern mehr darüber erfahren wolle“.⁶¹

Wie sehr die Aufnahme und Widerlegung von Gerüchten zu einer der wichtigsten Aufgaben der PZUR geworden war, zeigte sich daran, daß ihr Ausbleiben während Fritzsches Fronteinsatz vor allem unter diesem Gesichtspunkt beklagt wurde. Später, als der Kampf gegen die Gerüchte als dem heimlichen Informationsmarkt im Deutschen Reich noch weiter intensiviert werden mußte, nahm Fritzsche fast in jedem Vortrag zu bestimmten Gerüchten Stellung, wie auch andere politische Rundfunksendungen regelmäßig darauf eingingen.⁶² Um so mehr hing sein Stellenwert davon ab, wie vielfältig die ihm für seine Arbeit zur Verfügung stehenden Quellen waren.

Fritzsche bezog die Informationen, die ihm den gewünschten Hintergrund zur offiziellen Nachrichtenpolitik verschafften, vor allem aus drei Quellen: aus der Berichterstattung des SD, aus den verschiedenen Abhördiensten sowie von hausinternen Informationsstellen, vor allem vom Hauptreferat „Schnelldienst“ im RMVP, das von ihm selbst im Sommer 1939 aufgebaut worden war und dessen zunächst sechs Mitarbeiter die Aufgabe hatten, die Richtigkeit von Auslandsmeldungen nachzuprüfen.⁶³

Das Material der ausländischen Rundfunksender bezog Fritzsche von den Abhördiensten, die sich nach 1939 als umfassende Informationsträger etablierten. Als der bedeutendste wird allgemein der nach seinem ursprünglichen Standort am Wannsee benannte „Seehaus-Dienst“ angesehen. Seine Gründung im Juli 1940 wurde vom Referenten der Rundfunkpolitischen Abteilung des AA, Kurt Alexander Mair, initiiert.⁶⁴ Bei wichtigen Nachrichten wurden die betreffenden Stellen vom Seehaus-Dienst unverzüglich informiert, und Goebbels verfügte im Juni 1941, daß ihm bei unvorhergesehenen schwerwiegenden Ereignissen das Abhörmaterial ohne jede Verzögerung direkt zuzuleiten sei.⁶⁵

Neben dem „Seehaus-Dienst“ sollten aufgrund einer Verfügung von Göring aus dem Dezember 1940 keine weiteren Abhördienste fortbestehen, und in der Literatur wird behauptet, spätestens 1941 hätten die meisten bisher existenten Dienste ihre Arbeit eingestellt.⁶⁶ Aber auf Initiative von Goebbels wurde diese Weisung zurückgezogen, und Abhördienste

⁶¹ SD Thorn, Meldung vom 19. 1. 1942, BA R 58/963, Bl. 29. Außerdem: SD Frankfurt/Main, 19. 1. 1942, ebenso SD Graz, 17. 1. 1942; BA R 58/963, Bl. 11f. und 15.

⁶² Vgl. Bericht der Gaulcitung Westfalen-Nord vom 23. 6. 1942 für Mai 1942, BA NS 18/24, o. Pg.; Scharping an Tießler (RPL), 30. 9. 1943, BA NS 18/209, o. Pg.; Tießler an Mathioszek, 19. 10. 1943, BA NS 18/335, Bl. 41.

⁶³ Boelcke (Hrsg.), *Kriegspropaganda*, S. 138.

⁶⁴ Longerich, *Propagandisten*, S. 177ff., sowie Uzulis, *Nachrichtenagenturen*, S. 179.

⁶⁵ Boelcke (Hrsg.), *Kriegspropaganda*, S. 45. Das vollständige Seehaus-Material umfaßte eine Tagesproduktion von 1 000–1 400 Seiten mit Rundfunksendungen in 35 bis 40 Sprachen. Goebbels widmete dem Seehaus-Dienst seine Aufmerksamkeit bereits ab Januar 1942 und bezeichnete ihn als „Zersetzungsbüro“ und „Mammut-Greuelnachrichtenkonzern“, dessen Verbreitung „so weit wie überhaupt nur möglich eingeschränkt werden muß“. Goebbels, *Tagebücher II*, Bd. 3, S. 192 und 195 (Einträge vom 26. und 27. 1. 1942). Als Reaktion darauf verringerte sich der Bezieherkreis von ursprünglich 88 Abnehmern im Frühjahr 1942 auf 13. Longerich, *Propagandisten*, S. 178ff.; Mair, *Protokoll* vom 18. 6. 1945, IfZ ZS-3048, Bl. 7f.

⁶⁶ Vgl. Uzulis, *Nachrichtenagenturen*, S. 237, und Reitz, *Nachrichtenbüro*, S. 180.

des AA, des DNB, der RRG sowie der Nachrichtenagentur „Transocean“ blieben bis mindestens 1943/44 aktiv.⁶⁷

Auch die Abhörtätigkeit des beim Reichsluftfahrtministerium tätigen „Forschungsamts“ (FA) wurde vom RMVP gegen die Versuche des „Seehaus-Dienstes“ verteidigt, dessen Tätigkeit zu beenden. Das hauseigene Referat „Erkundungsdienst“ argumentierte, die Berichte des FA seien zuverlässiger und schneller erhältlich. Insgesamt sei „die Zusammenarbeit weniger beschwerlich und fruchtbringender als die Verbindung mit Seehaus“.⁶⁸ Die Berichte des „Forschungsamts“ wurden im RMVP von diesem Referat den Leitern der Abteilungen Inlands- und Auslandsprelle (also Fritzsche und Bömer) sowie einigen Referatsleitern dieser Abteilung übermittelt.

Goebbels erhielt die Dokumente entweder über Fritzsche oder in besonders wichtigen Fällen vom Verbindungsmann des Forschungsamts selber.⁶⁹ Für das RMVP besonders wichtig waren die täglichen Lageberichte über Tendenzen und Mittel der gegen Deutschland gerichteten Propaganda.⁷⁰ Fritzsche wurde daher während der gesamten Kriegsdauer noch vor den meisten Ministern, Obersten Reichsbehörden und den Spitzen des Militärapparates über die ausländischen Nachrichten informiert.

Zur Erörterung innerer Probleme lag es nahe, gute Kontakte zum SD zu pflegen und von dort mit den neuesten Ergebnissen der „Lebensgebietforschung“ versorgt zu werden. Aufsehen erregte Fritzsche mit seinem Kommentar vom 30. Juli 1940, indem er sich einer Reihe innenpolitischer Themen annahm. Zur Vorbereitung hatte er vom SD Informationen darüber angefordert, welche aktuellen Themen in der Bevölkerung diskutiert würden. Durch Rundschreiben wurden am Tag nach der Sendung alle SD-Abschnitte aufgefordert, ihre Beobachtungen über die Wirkung der Sendung sofort als Fernschreiben zu übersenden.⁷¹

Hingegen dürften die vom SD herausgegebenen „Meldungen aus dem Reich“ Fritzsche nicht im Original übermittelt worden sein. Goebbels trug Auszüge daraus auf seinen Ministerkonferenzen vor und forderte zu Kritikpunkten des jeweiligen Berichts eine Stellungnahme des verantwortlichen Abteilungsleiters ein. An dieser Diskrepanz zwischen der Verteilung von Abhörmaterial und internen Stimmungsberichten wird klar, daß Fritzsche nicht zum Kreis der Entscheidungsträger im NS-Regime gehörte.

Demgegenüber erweckten sowohl seine Kommentare als auch sein Auftreten in der Öffentlichkeit den Eindruck, als sei er in die wesentlichen Entscheidungsprozesse involviert. Zu diesem Image gehörte auch, von sich selbst auf diskrete Weise das Bild eines unermüdeten Arbeiters zu vermitteln, der von morgens bis mitternachts in seinem Büro am Wilhelmsplatz tätig sei.⁷² Aufgrund seiner langjährigen Arbeit als Nachrichtenfachmann wußte er um den Wert von Exklusivmeldungen, und daher wertete er, wenn möglich, als erster

⁶⁷ Aufzählung von Stache, Abhörstellen für Rundfunk, 4. 3. 1942, BA R 55/1253, Bl. 398, und Aufzeichnung über Sitzung der Interradio AG vom 8. 2. 1943, abgedruckt bei Schnabel, Mikrofone, S. 215. Hinweis auf Abhörberichte des „Forschungsamts“ für März 1944 in BA R 58/367, Bl. 123. Berichte der Funkabhörstelle (FAST) der Presseabteilung des AA für Mai und Juni 1944 in BA R 901/73396.

⁶⁸ Stache (Erkundungsdienst) an Leiter Rundfunk, 5. 1. 1942, BA R 55/1253.

⁶⁹ Gellermann, Geheime Reichssache, S. 78 nach Aufzeichnungen des damaligen Leiters der Verbindungsstelle, Klaus v. Klitzing. Es ist allerdings nicht sicher, ob Goebbels auch das vollständige Material des Forschungsamts bekommen hat; vgl. ebd., S. 117.

⁷⁰ Gellermann, Geheime Reichssache, S. 67 und 72.

⁷¹ Rundschreiben RSHA, 31. 7. 1940, BA R 58/789, Bl. 2; dort im folgenden auch die Einzelberichte. Eine erste Zusammenfassung in MadR vom 1. 8. 1940, S. 1434.

⁷² „Wer gestern gegen Mitternacht sein Büro am Wilhelmsplatz in Berlin verließ ...“, leitete Fritzsche am 20. 4. 1940 seine Schilderung der Vorbereitungen zum Führergeburtstag ein. BA R 55/1371, Bl. 3.

wichtige Meldungen aus.⁷³ Auch trat er mehrere Male im Rundfunk als Sprecher wichtiger Proklamationen auf, so 1939 bei dem von Hitler verfaßten Abschlußbericht über den Polenfeldzug oder anlässlich des deutschen Angriffs im Westen am 10. Mai 1940.⁷⁴ Ebenso wurde er von seinem Fronteinsatz nach Berlin zurückbeordert, um einen Vortrag über die letzte Reichstagssitzung vom 26. April 1942 zu halten, auf der sich Hitler absolute Vollmachten über die Rechtsprechung erteilen ließ.⁷⁵

Häufig war es Fritzsches Aufgabe, zu wichtigen Ereignissen als erster im Rundfunk zu sprechen und die offizielle Interpretation des Geschehenen darzulegen. So erhielt er einen offiziellen Status, der ihm vor allem im Ausland Aufmerksamkeit für seine Sendungen verschaffte. Aus dieser Position heraus war es Fritzsche möglich, gerade über diejenigen Themen zu sprechen, zu denen das NS-Regime am liebsten geschwiegen hätte.

So verlief die im Herbst 1939 begonnene Euthanasieaktion, bei der zwischen 70 000 und 90 000 schwer geistesranke Patienten ermordet wurden, zwar zunächst ohne Aufsehen; im Sommer 1940 machten jedoch erste Stimmungsberichte auf eine wachsende Unruhe in dem Teil der Bevölkerung aufmerksam, der Angehörige in Heil- und Pflegeanstalten untergebracht hatte.⁷⁶ Zu Beginn des Jahres 1941 häuften sich dann in den offiziellen Stimmungsberichten Beobachtungen von starker Erregung und Befremden auch in den Bevölkerungsteilen, die keinen behinderten Angehörigen hatten.⁷⁷

In seinem – nicht erhaltenen – Kommentar vom 2. Januar 1941 griff Fritzsche nun das angeblich ausländische Gerücht auf, in Deutschland würden Arbeitsunfähige umgebracht. Hörerbriefe hielten ihm entgegen, in der Tat würden Tausende von Geisteskranken in den Anstalten getötet.⁷⁸ Auch sein Dienstherr Goebbels besprach die „notwendige Arbeit“ der Liquidierung von 100 000 Geisteskranken im Januar mit Philipp Bouhler, dem Organisator dieser Aktion.⁷⁹ In seiner Hörerpost gingen die Mitteilungen und Nachfragen zu dieser Aktion weiter bis in den Herbst 1941.⁸⁰

Auch nachdem Rudolf Heß seinen Flug nach England unternommen hatte, war Fritzsche als einer der ersten dazu beauftragt, diesen Vorgang zu kommentieren. Am 12. Mai 1941 hatte Goebbels noch verfügt, den Vorgang nur nachrichtlich wiederzugeben und neben dem offiziellen Kommuniqué, das von Verwirrung und Wahnvorstellungen sprach, keinen

Vgl. auch die Bewertung von Kris/Speier, *Radio Propaganda*, S. 71: „He always gave the impression of being in intimate touch with events and of having sometimes instigated them himself.“

⁷³ Dies konnte auch zu Mißverständnissen führen. Fritzsche wurde angegriffen, weil er in seiner PZUR vom 21. 6. 1941 höhere Versenkungszahlen der Kriegsmarine nannte, als in den OKW-Berichten bislang für die zurückliegenden Tage bekanntgegeben worden war. Dies sei, so entgegnete er denjenigen seiner Hörer, die ihn daraufhin anschrieben, „auf Grund von Meldungen geschehen, die mir an diesem Tage bereits bekannt, aber bis dahin noch nicht veröffentlicht waren“. Antwortschreiben Fritzsche vom 26. 7. 1941, BA R 55/1374, Bl. 129, ähnlich BA R 55/1377, Bl. 156

⁷⁴ Vgl. Goebbels, *Tagebücher I*, Bd. 7, S. 121 (Eintrag vom 24. 9. 1939), und ebd., Bd. 8, S. 106 (Eintrag vom 11. 5. 1940). Nachdem Goebbels die Memoranden an die belgische und holländische Regierung verlesen hatte, trug Fritzsche Verlautbarungen des OKW und des Reichsinnenministeriums vor. Briggs, *War of Words*, S. 200.

⁷⁵ BA R 55/527, Bl. 77f.

⁷⁶ Steinert, *Hitlers Krieg*, S. 154.

⁷⁷ Ebd., S. 157f.

⁷⁸ Vgl. Hörerbrief vom Januar 1941, der sich auf Fritzsches Kommentar vom 2. 1. 1941 bezieht und das Beispiel eines Angehörigen mitteilt; BA R 55/1382, Bl. 27, außerdem BA R 55/1383, Bl. 11 und 138, sowie Hörerbrief vom 11. 1. 1941, BA R 55/533, Bl. 31.

⁷⁹ Goebbels, *Tagebücher I*, Bd. 9, S. 119 (Eintrag vom 31. 1. 1941).

⁸⁰ Albrecht (RMVP) an Fritzsche, 9. 9. 1941, BA R 55/1376, Bl. 18f.

eigenen Kommentar zu geben. Am 13. Mai instruierte er die Leiter der Inlands- bzw. Auslandspresseabteilung, Fritzsche und Bömer.⁸¹ In der darauffolgenden Pressekonferenz erklärte Fritzsche dann, er wolle gegenüber den Anwesenden mit nichts zurückhalten, damit die Presse nicht zum Spielball von Gerüchten werde, und sprach von Heß' Wahn, den Engländern durch seine Mission klarzumachen, daß der Kampf für England aussichtslos sein müsse.⁸² Abends brachte er in der PZUR sinngemäß zum Ausdruck, daß es jeder Deutsche bedauere, einen Menschen wie Heß verloren zu haben⁸³ und deutete an, die Engländer fürchteten sich vor einem eingeschleppten trojanischen Pferd. Einzelheiten blieb Fritzsche seinen Hörern jedoch schuldig und behandelte in späteren Sendungen das Thema nicht mehr.⁸⁴ Vergeblich versuchte er in den folgenden Tagen, Goebbels zur Veröffentlichung zusätzlicher Fakten des Falles Heß zu bewegen.⁸⁵

Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 sollte eine Rundfunkrede von Goebbels die propagandistische Aufarbeitung dieses Ereignisses vorgeben. Entsprechend wurde sie allen Gauleitern und allen Leitern der Reichspropagandaämter für den 24. Juli angekündigt und vorgegeben, daß sich an diese Rede eine Welle von Treuekundgebungen anschließen sollte.⁸⁶ Goebbels hatte aber, vielleicht auch als Nachwirkung von Querelen um die Nachrichtenpolitik direkt nach dem Attentat,⁸⁷ Schwierigkeiten, die Hintergründe und den Ablauf des Attentats schlüssig zu erläutern und hielt daher seine Rede erst am 26. Juli. Der erste kurze Kommentar nach der offiziellen Meldung des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde von Fritzsche verfaßt und gegen 18.30 Uhr direkt nach der Meldung von ihm vorgelesen. Er versicherte, daß das Attentat mißglückt sei, und griff dann die These des gescheiterten „Feindauftrags“ auf, „aber die Leonoren-Ouvertüre, die der Rundfunk anschließend bringt, klingt wie Begräbnismusik“.⁸⁸

Hitler konzentrierte sich in seiner Rundfunkansprache um 1.00 Uhr morgens am 21. Juli darauf, daß diese Tat nur von einer Handvoll Männer verübt worden sei, einer „ganz kleine[n] Clique verräterischer, verbrecherisch dummer Offiziere“, die „jetzt unbarmher-

⁸¹ Goebbels, Tagebücher I, Bd. 9, S. 309 (Einträge vom 13. und 14. 5. 1941).

⁸² Mitschrift von Gerigk, 13. 5. 1941, StAM SpK 475, Heft XXIII.

⁸³ Nach der Wiedergabe in einem Hörerbrief, BA R 55/1383, Bl. 52. Vgl. ebenso BA R 55/1382, Bl. 34.

⁸⁴ MadR vom 19. 5. 1941, S. 2315. Vgl. Hörerbrief vom 19. 5. 1941, BA R 55/1383, Bl. 61. Fritzsche hielt sich damit offenbar genau an die Anweisungen aus der Ministerkonferenz, welche keinerlei Erörterung der gegnerischen Darstellung des Falles zuließen. Vgl. Boelcke (Hrsg.), *Kriegspropaganda*, S. 731 ff.

⁸⁵ Goebbels, Tagebücher I, Bd. 9, S. 316 (Eintrag vom 16. 5. 1941).

⁸⁶ Propaganda-Parole Nr. 68 vom 22. 7. 1944, BA R 55/614.

⁸⁷ Bereits um 13.00 Uhr soll aus dem FHQ an Goebbels der Auftrag von Hitler erteilt worden sein, sofort eine Meldung über das gescheiterte Attentat im Rundfunk auszustrahlen. In der von seinem damaligen Pressereferenten gegebenen Darstellung wies Goebbels dann sofort Fritzsche an, diese Meldung sorgfältig zu kommentieren und ihren Schockeffekt abzuschirmen. Angeblich mußte Hitler selbst mehrfach bei Goebbels veranlassen, daß der Rundfunk endlich diese Meldung durchgab. Dies geschah nach Angabe der BBC-Abhörabteilung um 18.28 Uhr in Form einer kurzen Sondermeldung. Bis 21 Uhr herrschte im RMVP noch Unsicherheit über die tatsächliche Lage. Vgl. Baird, *Home Propaganda*, S. 199; Sündermann, *Hier stehe ich*, S. 274 f.; Oven, *Mit Goebbels bis zum Ende*, Bd. II, S. 60 und 76; Irving, *Mastermind*, S. 839 und 842, sowie Meldung des Chefs der WNV im OKW vom 22. 7. 1944, Spiegelbild, S. 63, außerdem Steinert, *Hitlers Krieg*, S. 474, sowie Rundfunkmeldung vom 20. 7. 1944, DRA; Peter Hofmann, Stauffenberg und seine Brüder, Stuttgart 1992, S. 425 und 431 (für Zeitpunkt der Meldung).

⁸⁸ Sündermann, *Hier stehe ich*, S. 273 (Tagebuch vom 21. 7. 1944). Weitere Hinweise für den 20. 7. 1944 im Rundfunk bei Balfour, *Propaganda*, S. 385 und 497.

zig ausgerottet“ werde.⁸⁹ Ebenso legte die Tagesparole vom 21. Juli die Betonung auf das „verbrecherische Komplott [...] einer kleinen Clique“, bezichtigte aber die Kriegsgegner der Urheberchaft für das Attentat – ähnlich, wie es 1939 nach Georg Elzers Anschlag im Münchner Bürgerbräukeller der Fall gewesen war.⁹⁰

Kurz nach der Pressekonferenz gab Fritzsche um 13.15 Uhr im Rundfunk den täglichen „Bericht zur Lage“ und behauptete dort, die ganze Verschwörung habe lediglich aus zwei Generälen und drei Mitarbeitern bestanden. Allerdings verbarg sich in dieser Feststellung, die von der Bevölkerung mit berechtigtem Zweifel aufgenommen wurde, das Bemühen, die Wehrmacht aus der Verantwortung für das Attentat völlig herauszunehmen.⁹¹

In der PZUR vom 22. Juli 1944 versuchte Fritzsche, deutlicher zu werden. Zunächst führte er in ähnlicher Manier wie im Januar 1942 die in den gegnerischen Sendern aufgezeigten Dimensionen des Umsturzversuches als „Unsinn“ vor. Wieder behauptete Fritzsche wörtlich, ganze fünf Mann hätten die Verschwörung gemeinsam mit dem Feind ausgearbeitet. Aus heutiger Sicht drängt sich das Gefühl auf, diese Behauptung sollte durch den Kontext bewußt *ad absurdum* geführt werden. Denn wäre es bei einer so kleinen Zahl von Beteiligten angemessen, sie als „Sand in unserer Kriegsmaschine“ zu bezeichnen, der „nun gründlich ausgespült“ werde?⁹² Welche Wirkung hätten sie bislang haben sollen, und welcher Sand blieb noch auszuspülen, jetzt wo alle fünf bereits tot oder verhaftet waren? Und warum gab erst die Ernennung Himmlers zum Befehlshaber des Heimatheeres dem Soldaten an der Front Sicherheit, daß sich auch die Heimatfront „rücksichtslos und [...] mit ganzem Herzen“ einsetze, wenn der Umsturzversuch bereits nach wenigen Stunden erledigt und vorbei war?

Natürlich konnte Fritzsche in seinem Kommentar nur das paraphrasieren, was Hitler in seiner Rede vom 21. Juli als propagandistische Linie vorgegeben hatte. Aber es wird schon deutlich, wie er dabei den inneren Widerspruch weiter herausarbeitete. Am 8. August 1944 hatte er in der PZUR dann allerdings zuzugestehen, daß die „Bande“ leider wesentlich größer gewesen sei als ursprünglich vermutet. Nun werde sie aber beseitigt.⁹³ Zumindest in seiner Hörerkorrespondenz verwahrte sich Fritzsche dann aber gegen eine Verbindung der militärischen Rückschläge mit Sabotage durch die Verschwörer des 20. Juli und bezeichnete solche Erklärungsversuche als abenteuerlich und absurd.⁹⁴

Als dem Regime die positiven Ereignisse abhanden kamen, auf die Fritzsche mit exklusiven Vorabinformationen hinweisen konnte und mit denen er sich einen Teil seiner Reputation als Rundfunkkommentator erworben hatte, mußte er im wesentlichen das variieren,

⁸⁹ Zit. nach Domarus, Reden, Bd. II, S. 2127. Dagegen deutete Göring am 21. 7. 1944 im Rundfunk an, es sei ein Verrat wie seinerzeit in Italien im Entstehen gewesen. Vgl. dazu Berichte des Chefs des RSHA an Bormann vom 21. 7. 1944, in: Spiegelbild, S. 1, 3 und 5.

⁹⁰ Vgl. Baird, Home Propaganda, S. 203 nach Vertraulicher Information vom 21. 7. 1944.

⁹¹ Bericht zur Lage, 21. 7. 1944, StAM SpK 477, Heft III, S. 274. Der Bericht des RSHA an Bormann vom 24. 7. 1944 erwähnt diesen Vortrag, der ebenso wenig wie die nachfolgende Sendung des „Zeitspiegel“ oder die Berichterstattung in der Presse geeignet gewesen sei, den Nachrichten hunger der Bevölkerung zu stillen. „Man bezweifle vor allem, daß an dem Anschlag nur 2 Generale und wenige Mitarbeiter beteiligt gewesen seien.“ Spiegelbild, S. 9.

⁹² Fritzsche, PZUR vom 22. 7. 1944, StAM SpK 477, Heft III, S. 276f. Seine Äußerung paßte zu der verbreiteten Ansicht, insbesondere der Zusammenbruch an der mittleren Ostfront sei durch eine militärische Verschwörung bedingt gewesen. RSHA an Bormann, Berichte vom 21. 7. und 20. 8. 1944, Spiegelbild, S. 2, 7 und 277; Meldungen über die Entwicklung in der öffentlichen Meinungsbildung vom 28. 7. 1944, MadR, S. 6686.

⁹³ Nachweis bei Balfour, Propaganda, S. 389.

⁹⁴ Fritzsche an Wedekind, 21. 11. 1944, BA R 55/533, Bl. 325.

was ohnehin für alle Medien als Tendenz vorgegeben wurde. Er konnte daher seine Hörer schon lange nicht mehr zufriedenstellen, behielt aber bis zum Schluß gegenüber den anderen Rundfunkpersönlichkeiten einen besonderen Status.

1.2 Die „öffentliche Person“ Hans Fritzsche

Für seine Arbeit als führender politischer Rundfunkkommentator war Fritzsche durch seine langjährige Berufserfahrung im Nachrichtengeschäft ebenso qualifiziert wie durch seine beruflichen und persönlichen Querverbindungen zu Agenturen, zur Presse und zum Rundfunk. Wäre sein Posten jemals ernsthaft zur Bewerbung ausgeschrieben worden, hätte allerdings eine ganze Reihe von Kandidaten vergleichbare Empfehlungen vorweisen können.

Bei ihm trat jedoch hinzu, daß er eine persönliche Ausstrahlung besaß, die seiner Popularität zuträglich war. Seine freundliche Baritonstimme konnte in ironischen Passagen auch in die Tenorlage aufsteigen oder bei einem offiziösen bzw. stark ideologisch eingefärbten Inhalt einen metallischen Unterton bekommen. Sie war jedenfalls eine vorzügliche Radiostimme, weswegen Fritzsche auch gelegentlich Sprecheraufgaben zugewiesen bekam wie die An- und Absage von Hitler- oder Goebbelsreden.

Eine ganze Reihe von Berichten in der Presse, vor allem in der 1941 eingestellten Rundfunkpresse, sorgte dafür, daß Fritzsche seinen Hörern auch optisch bekannt wurde. Als schlanker, mit 1,91 m Körpergröße für damalige Verhältnisse hochgewachsener Mann mit gleichmäßigen, angenehmen Zügen machte er dabei nicht die schlechteste Figur. Mit Ausnahme eines kurzen Auftritts in einem 1944 herausgegebenen Kulturfilm über den deutschen Rundfunk war Fritzsche auf der Leinwand oder gar im rudimentären NS-Fernsehen nicht zu sehen. Regelmäßige Vorträge vor Publikum kamen jedoch nicht nur dem politischen Interesse seiner Hörer entgegen, sondern auch dem Bedürfnis seiner „Fangemeinde“, ihren Lieblingskommentator *in personam* erleben zu können.

Schon als Leiter des DD konnte sich Fritzsche einen gutbürgerlichen Lebensstil leisten. Mit einem geschätzten Jahresgehalt von 18000 RM allein aus seiner Tätigkeit im RMVP, zuzüglich Sonderzulagen, einem monatlichen Fixum als Honorar für die „Zeitungsschau“ bzw. PZUR und seinen Vortragshonoraren bewegte sich Fritzsche unter den Journalisten eindeutig an der Spitze der Einkommenspyramide.⁹⁵ Eine bescheidene, beamtentypische Lebenshaltung machte er sich jedenfalls nicht zu eigen, auch wenn sein Stellvertreter Karl Scharping 1946 im Nürnberger Prozeß dem ehemaligen Chef und dessen Frau ein stilles, zurückgezogenes Leben attestierte.⁹⁶

Dies scheint, wenn man der Aussage einer Berufskollegin der als Zahnärztin praktizierenden Ehefrau glauben möchte, sich ausschließlich auf Frau Fritzsche bezogen zu haben.

⁹⁵ Im Spruch der Berufungskammer wurde als Bemessungsgrundlage für die Geldbuße Fritzsches Einkommen wie folgt geschätzt: mtl. 1500 RM Beamtengehalt, 1500 RM Sonderzulage, 400 RM Einnahmen aus schriftstellerischer Tätigkeit = 40800 RM. Dazu kamen die Einkünfte aus der Zahnarztpraxis seiner Frau, welche diese nach dem Krieg auf jährlich 5000–8000 RM schätzte. Einer Mitteilung der Generalsteuereinspektion des Magistrats Groß-Berlin zufolge hat das Ehepaar Fritzsche 1943 ca. 55000 RM verdient. Spruch der Berufungskammer, 30.9.1947, Az. I/2398, BAK Zsg. 101/83, S. 7. Karin Fritzsche, Fragebogenantworten (Notizzettel), ca. April 1946, BAK N 1355/12. Magistrat von Groß-Berlin, Generalsteuereinspektion, Mitteilung vom 9.12.1946, StAM SpK 477, Heft I. Eine vom RDP 1937 zusammengestellte Statistik wies aus, daß von den 15000 Mitgliedern gerade 1,6% über 1000 RM mtl. verdienen. Vgl. Hausjell, Journalisten, S. 78 nach RDP-Haushaltsvoranschlag 1938, BAK R 103/146.

⁹⁶ IMT, Bd. XL, S. 177.

„Den Hausherrn traf man nie, da dieser bis in die Nacht hinein im Ministerium weilte oder andere Verpflichtungen zu haben meinte.“ Ebenso zahlte das Ministerium angeblich so schlecht, daß die Haushaltskasse vom Gehalt des Mannes nicht viel sah.⁹⁷ Dafür habe das Ehepaar Fritzsche, nach Aussage des ehemaligen Hausmeisters, mindestens einmal in der Woche eine größere Festlichkeit veranstaltet und dazu bekannte Persönlichkeiten von Bühne und Film eingeladen.⁹⁸ In gewisser Hinsicht imitierte Fritzsche darin seinen Dienstherrn Goebbels.

Aufwendige Veranstaltungen dieser Art dürften aber erst in der 1942 bezogenen Sechszimmer-Wohnung in Berlin-Steglitz zur Gewohnheit geworden sein, denn vorher bewohnte das Ehepaar mit seiner am 1. Februar 1938 geborenen Tochter Gisela eine Vier-Zimmer-Wohnung im gleichen Stadtteil.⁹⁹ 1942 hatten sich Fritzsches finanzielle Verhältnisse dann soweit entwickelt, daß er zusätzlich Wohneigentum erwerben konnte. Vor dem Magistrat Groß-Berlin waren nach dem Kriege zwei Rückerstattungsansprüche gegen Fritzsche wegen Grundstücken in Berlin anhängig, einer vermieteten Wohnung und eines Sommerhäuschens bei Wandlitz, beide vermutlich aus ehemaligem jüdischen Vermögen erworben. Wegen des zuerst erwähnten Objekts in Berlin-Steglitz hatte die gegen Frau Fritzsche erhobene Klage Erfolg, die angab, ihr Mann habe das Objekt 1942 zu ihrer finanziellen Absicherung erworben, bevor er „ins Feld zog“.¹⁰⁰

Fritzsche pflegte Hobbys und Gewohnheiten, die ihn als typischen Vertreter einer modernen Oberschicht nationalsozialistischer Prägung auswiesen: Seit 1929 hielt er sich seinen eigenen Wagen, war begeisterter Amateurfotograf, ging gern Bergsteigen oder auf die Jagd und wurde 1940 in offiziellem Auftrag sogar gemeinsam mit einem Kollegen Mitglied beim Berliner Golf-Club, um die dortige Mentalität zu erkunden. Als Bilderfreund erhielt er wertvolle Hinweise, wenn interessante Objekte aus jüdischem Besitz günstig zu ersteigern waren.¹⁰¹ Auch war Fritzsche noch im Krieg Gast des berühmten Spezialitätenrestaurants Horcher.¹⁰²

Die „öffentliche Person“ Fritzsches war für seine Zeitgenossen untrennbar mit seiner Rundfunkpräsenz verbunden. Er besaß in der Formulierung seiner Kommentare weitgehend freie Hand, da Goebbels darauf verzichtete, sich die Texte der PZUR vor der Ausstrahlung vorlegen zu lassen. Fritzsche hatte dafür auf Zuruf bestimmte Themen zu behandeln oder einzelne Quellen darin auszuwerten.¹⁰³ Alle Kommentare entstanden in mehreren Schritten: zunächst werteten seine Mitarbeiter das tägliche Nachrichtenmaterial aus und legten ihm daraus geeignete Meldungen vor. Im Zweifelsfall beauftragte Fritzsche das Referat „Schnelldienst“ damit, die Authentizität einer bestimmten Information zu prüfen. War eine Zusammenstellung nach seinen Wünschen und Vorgaben fertig, diktierte Fritzsche

⁹⁷ Erklärung Dr. Wolfram-Merkel vom 23. 4. 1947, BAK N 1355/12.

⁹⁸ Schreiben Polizeipräsident Berlin an Spruchkammer, o. D. (1946), StAM SpK 475, Heft XXVII.

⁹⁹ Klageschrift vor dem Landgericht Nürnberg-Fürth, 5. 8. 1947, BAK N 1355/11.

¹⁰⁰ Anfrage des Magistrats Groß-Berlin, Spruchkammer Berlin, Schreiben vom 4. 9. 1953; Karin Fritzsche an bayerisches Justizministerium, 2. 1. 1956, StAM SpK 475, Heft XXV bzw. XXVII.

¹⁰¹ Fritzsche an Naumann, 1. 4. 1944, BA R 55/536, Bl. 290; Fritzsche an Hörer, 15. 2. 1943, ebd., Bl. 50; Fritzsche an Naumann, 14. 5. 1943, BA R 55/535, Bl. 110; dito, 8. 10. 1941, BA R 55/1374, Bl. 198.

¹⁰² Vgl. Tagebucheintrag Kurt Dittmar vom 22. 12. 1942 über ein Essen bei Horcher, gemeinsam mit Quade, Schneider (TO) und dem Berlin-Korrespondenten der *Essener Nationalzeitung* Zit. nach Irving, *Mastermind*, S. 747.

¹⁰³ IMT, Bd. XXXII, S. 326, und Bd. XVII, S. 159. Beispiele für Anweisungen von Goebbels in der Ministerkonferenz vom 11. 12. 1939, 8. 5. 1940 und 9. 4. 1941, Boelcke (Hrsg.), *Kriegspropaganda*, S. 240, 343 und 670.

dann unter Zuhilfenahme des Materials, das mitunter schon in eine textliche Abfolge gebracht worden war, den fertigen Kommentar.¹⁰⁴

Dieses Diktat erfolgte kurze Zeit bevor die Sendung ausgestrahlt wurde. In den erhalten gebliebenen Typoskripten sind aber häufig noch handschriftliche Änderungen vorgenommen worden, was auf eine gewisse „Bedenkzeit“ zwischen Diktat und Vortrag hinweist. Ursache dieser kurzfristigen Änderungen waren oft neue Meldungen, die eine Anpassung des jeweiligen propagandistischen Ansatzes notwendig machten. Auch sollen häufig noch kurz vor der Sendung weitere Weisungen von Goebbels übermittelt worden sein, die er berücksichtigt sehen wollte.¹⁰⁵

War der Eingriff von oben also bis kurz vor der Ausstrahlung noch möglich, konnte Fritzsche doch einen durchgängigen, eigenen Stil entwickeln, der nicht nur einen „Wiedererkennungseffekt“ garantierte, sondern seine eigene Person zur Identifikation für breite Schichten, auch und gerade für die dem Nationalsozialismus neutral Gegenüberstehenden anbot.¹⁰⁶ Er bemühte sich erfolgreich, schon in seinen einleitenden Formulierungen den Hörern das Gefühl zu geben, als würden sie persönlich angesprochen und somit in jedes „wir“ mit einbezogen, das in seinen Kommentaren auftauchte.¹⁰⁷

Dieses Detail weist auf einen wesentlichen Unterschied zu den Kommentatoren des deutschen Dienstes der BBC hin. Sie gebrauchten häufig das Personalpronomen „ich“ oder das Possessivum „mein“ und kennzeichneten so den jeweiligen Kommentar als die Wiedergabe ihrer persönlichen Meinung. Die einzelnen BBC-Kommentatoren pflegten ihr individuelles Profil, mitunter auch durch Meinungsverschiedenheiten untereinander, die vorher sorgfältig konstruiert worden waren.¹⁰⁸

Ihre Individualität demonstrierten diese Kommentatoren auch, indem sie sich mit Fritzsches Kommentaren oft in Form einer an diesen persönlich gerichteten Entgegnung auseinandersetzten. Dies belegt zusätzlich, daß es gelungen war, Fritzsche als „Markenartikel“ zu etablieren, auch wenn er in ihren Kommentaren als Werkzeug seines Ministers dargestellt wurde. Unstreitig versuchte Fritzsche sich auch persönlich zu profilieren. Er tat dies allerdings immer mit dem Gestus des für eine Gemeinschaft Sprechenden. Die Vereinnahmung auch der eher indifferenten Teile der Bevölkerung versuchte er zu erreichen, indem er die NS-Ideologie eher indirekt wiedergab. Einige der erhaltenen Hörerbriefe lassen vermuten, daß es Fritzsche bei einem Teil seiner Hörer gelungen ist, das Bild eines vergleichsweise objektiven, unideologischen Betrachters zu vermitteln.¹⁰⁹ An seiner positiven Einstellung zur NSDAP konnte jedoch kein Zweifel bestehen.

Ein wichtiges Mittel, um für den Propagandisten als Person zu werben und mit ihm auch die Inhalte der Propaganda weiter zu popularisieren, waren Vorträge. Der strategische und flächendeckende Einsatz von Rednern gehörte seit jeher zum Kernbestand der NS-Propaganda-

¹⁰⁴ Mair, Aussage SKV vom 29. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

¹⁰⁵ Aussage Schirmeister, Protokoll vom 15. 9. 1947, StAM SpK 476, Heft XIX. In einigen Fällen ist es möglich, Typoskript und Tonaufzeichnung der ausgestrahlten Sendung zu vergleichen. Hieraus ergibt sich, daß die Änderungen dem späteren Wortlaut der Sendung entsprechen.

¹⁰⁶ Gassert, Fritzsche, S. 17f. Im *Hamburger Fremdenblatt* vom 22. 12. 1939 hieß es dazu bestätigend: „Wir kennen seine Art, die Dinge anzusehen und haben unsere Freude dran. Sie bestätigt unsere Gedanken, sie kräftigt unseren Willen.“ (ZA HWWA)

¹⁰⁷ Ein Hörerbrief vom 22. 10. 1941 nahm Bezug auf einen Vortrag Fritzsches in der Düsseldorfer Tonhalle, welchen er selbst als „Plauderei mit der großen Familie“ bezeichnete. BA R 55/1373, Bl. 23.

¹⁰⁸ Vgl. Wittek, Ätherkrieg, S. 143ff.

¹⁰⁹ Vgl. Hörerbrief vom 9. 9. 1943, BA R 55/534, Bl. 18.

methoden. Die persönliche Ansprache, so glaubte man, wirkte am direktesten auf die Bevölkerung und ermöglichte es, Informationen zu streuen und Richtlinien zu erteilen, ohne sie in den Medien für die Außenwelt festzuhalten. Etwas von alledem erfüllten auch Fritzsches Vorträge, mit denen er den Eindruck vermittelte, abseits der Aufmerksamkeit des Auslands böte sich hier die Gelegenheit, vertraulich über die wichtigsten Themen sprechen zu können.

Bis Herbst 1940 sprach Fritzsche jedoch kaum auf öffentlichen Veranstaltungen, sondern trug zumeist allgemeine Ausführungen zur deutschen Nachrichtenpolitik und Propaganda in Fachkreisen vor, so zum Beispiel im September 1938 auf einem Lehrgang für Presse- und Zensuroffiziere oder auf der Sommerhochschule Semmering im August 1940.¹¹⁰ Mit einem Vortrag in Wels im Oktober 1940, dessen gegen die angeblichen Terminsetzungen in der Kriegführung gerichteten Äußerungen in die SD-Berichterstattung gelangten, begann Fritzsche eine Reihe von Großveranstaltungen – interessanterweise hauptsächlich im besetzten und unbesetzten Ausland.¹¹¹

Die im Reich veranstalteten Vorträge wurden häufig als Mittelpunkt einer Großkundgebung der NSDAP gestaltet, wie im Februar 1942 in Bayreuth. Auf solchen Kundgebungen fand erst der „Fahnneneinmarsch“ statt, erhebende Lieder wurden gesungen, eine örtliche Parteigröße eröffnete die Kundgebung, und dann sprach Fritzsche.¹¹² Bei der Festlegung und Planung dieser Vorträge scheinen Fritzsche und das RMVP jedoch nicht immer mit den örtlichen Parteidienststellen zusammengearbeitet zu haben. So hielt er am 20. Februar 1942 vor dem politischen und wirtschaftlichen Führer- und Unterführerkorps der Firma Friedrich Krupp einen Vortrag, der ohne rechtzeitige Information der DAF oder der Kreisleitung erfolgte und dessen Termin in persönlicher Absprache zwischen Fritzsche und dem Vorstand der Firma Krupp zustande gekommen war.¹¹³

Nachdem er im November 1942 Leiter der Abteilung Rundfunk im RMVP geworden war und eine gewandelte Kriegslage die Anspruchshaltung seiner Hörer erhöht hatte, hielt sich Fritzsche zumeist von Großveranstaltungen zurück. Im Reich selbst bevorzugte er die Ansprache in kleinerem Rahmen, also vor Berufsverbänden, Parteiorganisationen oder vor Offizieren. Seine Reiseaktivitäten im Ausland schienen dagegen zuzunehmen. 1943 hielt er sich zweimal mehrere Tage im „Protektorat“ auf, bereiste im April und Mai desselben Jahres das besetzte Frankreich und besuchte im Herbst 1943 mit der Schweiz, Spanien und Portugal gleich drei neutrale Staaten. Ansprachen hielt er dort im Rahmen der auslandsdeutschen Organisationen und der deutschen Gesandtschaften, wobei im Oktober 1943 einige „plump“ und „ungeschickt“ in einigen deutschen Zeitungen wiedergegebene Passagen aus seiner Rede in Bern zu einer Kritik seitens der Berner Zeitung *Bund* führten. „Ich sehe allerdings keinen Anlass und keine Möglichkeit, in irgendeiner Form mit einer Replik zu antworten.“¹¹⁴

¹¹⁰ Programm des Lehrgangs, 29.8.1938, BA-MA RW 4/276; Abschrift eines Artikels „Presse und Propaganda im Kriege“, Wien 24.8.1940, StAM SpK 477, Heft IV, Bl. 15.

¹¹¹ MadR vom 31.10.1940, S.1718. Weitere Termine der nächsten Monate: Wien 10.11.1940; Prag 14.12.1940; Brünn 15.12.1940; Hamburg 20.1.1941; Bukarest 27.1.1941; Hermannstadt 30.1.1941 – nach zeitgenössischen Presseartikeln und Hinweisen in der Hörerpost zusammengestellt. Für einen Besuch in Ploesti stellte ihm der Direktor der dortigen Ölfirma seinen Wagen mit Fahrer zur Verfügung; vgl. BA R 55/535, Bl. 4.

¹¹² „Die Bayreuther lauschten gestern Hans Fritzsche“, *Bayerische Ostmark* vom 7.2.1942, ZA HZ.

¹¹³ Vgl. BA R 55/1211, Bl.195–198, und Artikel in der *Zeitschrift der Kruppischen Betriebsgemeinschaft* vom 1.3.1942, BA R 55/530, Bl. 107.

¹¹⁴ Fritzsche an den stellvertretenden Landesgruppenleiter Bern, Schreiben vom 27.10.1943, BA R 55/535, Bl. 169. Goebbels erwähnt in seinem Tagebuch am 16.11.1943 den ihm von Fritzsche gegebenen Bericht über dessen Reise nach Spanien und Portugal. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 10, S.300.

Seine neutralen Reiseziele steuerte Fritzsche womöglich nicht nur an, um bei der dortigen deutschen Kolonie die schwankende Siegesgewißheit zu stabilisieren. Es ist nicht auszuschließen, daß er bewußt Länder besuchte, deren politisches und wirtschaftliches Verhältnis zum Deutschen Reich sich zu verschlechtern drohte.¹¹⁵

Ende 1943 verstärkten die Alliierten den Druck auf die Türkei, ihre Neutralität aufzugeben und die wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland, vor allem dessen Belieferung mit kriegswichtigen Rohstoffen einzustellen. Fritzsche hielt sich zwischen dem 26. Januar und dem 7. Februar 1944 zwei Wochen in der Türkei auf. Offiziell hielt er anläßlich des elften Jahrestages der NS-Machtergreifung zwei Vorträge vor der Reichsdeutschen Kolonie in Istanbul und Ankara. In den Unterlagen des britischen Foreign Office findet außerdem ein Interview mit dem türkischen Außenminister Erwähnung. Nach seiner Rückkehr erstattete er Goebbels Bericht, vor allem über die Stellung des Botschafters von Papen und über den Wunsch der Türkei, neutral zu bleiben. Im April 1944 stellte die Türkei überraschend die Chromlieferungen an Deutschland ein.¹¹⁶

Zu dieser Zeit befand sich Fritzsche schon auf seiner nächsten Erkundungsreise, die ihn für zwei Wochen nach Schweden führte. Dort trat er am 20. April und am 1. Mai 1944 als Redner auf und erhielt hierfür „allgemeine Richtlinien über Durchführung Ihres Einsatzes und über den Inhalt Ihrer Rede“ von der Auslandsorganisation der NSDAP, die auch die Reise organisiert hatte.¹¹⁷ Dabei liegt die Frage nahe, was ein Spitzenfunktionär des RMVP, unmittelbar bevor ihm mit dem Unterhaltungsrundfunk ein weiteres Teilressort übertragen werden sollte, zwei volle Wochen in Schweden zu tun hatte. Möglicherweise sollte Fritzsche auch dieses Mal für Goebbels ein genaues Stimmungsbild einholen, zumal jener die Einführung eines neuen, zentral vom RMVP herausgegebenen Informationsdienstes plante und sich mehr Kompetenz auch für die Beurteilung außenpolitischer Zusammenhänge anmaßte. „Was hat Ribbentrop uns schon über die Außenpolitik zu sagen“, diktierte Goebbels im Mai 1944 verächtlich für sein Tagebuch.¹¹⁸

Von einem Besuch in Dänemark im November 1944 abgesehen, beschränkte Fritzsche seine Vortragstätigkeit dann bis Kriegsende auf das Reichsgebiet und war ein- bis zweimal im Monat mehrere Tage hierfür unterwegs.¹¹⁹ Nach dem Krieg behauptete Fritzsche, seine Vorträge seien realistischer gewesen als die Rundfunkbeiträge, weil er keine Rücksicht auf das mithörende Ausland hätte nehmen müssen.¹²⁰ Aus einigen erhalten gebliebenen Tonaufnahmen sowie aus einer Reihe von Presseartikeln läßt sich eine Vorstellung von Aufbau, Inhalt und Charakter dieser Vorträge entwickeln.

Fritzsches Behauptung trifft insoweit zu, als daß er hier einige Informationen und Gerüchte ansprach, die er noch nicht in der PZUR behandelt hatte, um seine ansonsten recht vorhersehbare Argumentationskette interessanter zu gestalten. An den Anfang stellte Fritzsche gern ein paar persönliche Bemerkungen, mit denen er Kontakt zu seinem Publikum aufnahm und sich in der ersten Zeit häufig dafür bedankte, auf diese Weise einmal sein

¹¹⁵ Vgl. Hachmeister, *Gegnerforscher*, S. 248.

¹¹⁶ BA R 55/536, Bl. 255; IMT, Bd. XVII, S. 208; Goebbels, *Tagebücher II*, Bd. 11, S. 259 (Eintrag vom 8. 2. 1944).

¹¹⁷ NSDAP (AO), Gau-Propagandaamt an Fritzsche, 18. 4. 1944, BA R 55/537, Bl. 48.

¹¹⁸ Zitat in: Goebbels, *Tagebücher II*, Bd. 12, S. 385 (Eintrag vom 19. 5. 1944). Für den Informationsdienst vgl. ebd., S. 233 und 247 (Einträge vom 4. und 7. 5. 1944).

¹¹⁹ Vgl. Aufstellung in einem Schreiben Karl Scharpings vom 16. 1. 1945, BA R 55/20010, Bl. 133f.

¹²⁰ Fritzsche, *Aussage SKV* vom 29. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

Publikum kennenzulernen, wo er sonst „in einer einsamen stillen Zelle sitze, und vor mir ein Stück Blech habe, das Mikrophon heißt und die Welt bedeuten soll“.¹²¹

Ein Vortrag, so Fritzsche 1940 in Wels, biete ihm auch die Möglichkeit, Dinge zu behandeln, „die man unmöglich im Rundfunk zur Sprache bringen kann, weil dort jedes Wort, das gesprochen wird, abgestellt sein muß auf die Tatsache, daß der Feind mithört“. In der Presseberichterstattung tauchten diese Dinge in der Regel dann auch nicht auf. Das betraf vor allem innerdeutsche Kritik oder ausländische Rundfunkmeldungen.¹²²

Ausländische Meldungen und Gerüchte benutzte Fritzsche zwar, um den vertraulichen Charakter seiner Vorträge zu unterstreichen, vermied dabei aber Themen, die zu kontrovers waren oder über die offiziell nicht berichtet werden sollte. An ihrer Stelle erging er sich dann über die Vielzahl von persönlichen Schmähungen, deren Objekt er seit Kriegsbeginn geworden sei und denen er auf Anraten seines Ministers nicht direkt entgegentreten dürfe. Von diesem Punkt konnte er dann zum Abhörverbot überleiten, das in vielen seiner Vorträge aufgegriffen wurde.

Allerdings veränderte sich dabei der Unterton. 1940 noch behauptete er, das Volk hätte ohne Gefahr mit allen feindlichen Meldungen konfrontiert werden können. Er bedauere, in seinen Kommentaren den gegnerischen Rundfunksprecher nicht direkt vorführen zu können. Im September 1941 ergänzte er bereits, mit dem Rundfunkverbot würde die Ausbreitung von „Bazillenträgern der britischen Agitation“ verhindert.¹²³ Später scheint er darauf verzichtet zu haben, die Gefährlosigkeit des gegnerischen Rundfunks zu erwähnen. Es paßte dann auch nicht mehr zu einer Verfolgungspraxis, die sich seit dem ersten 1941 wegen „Rundfunkverbrechen“ ausgesprochenen Todesurteil¹²⁴ immer weiter radikalisierte und damit die Wirksamkeit ausländischer Propaganda bestätigte.

Auch seine Bemerkungen zur innerdeutschen Kritik an der Propagandaführung fielen um so allgemeiner aus, je länger der Krieg andauerte. Bei seinem Vortrag in Wels griff er 1940 noch ziemlich unbekümmert Punkte auf, die er den „immer anonymen“ kritischen Zuschriften entnahm. Propaganda, so führte Fritzsche aus, sei eben keine Demagogie, Lüge oder Entstellung, wie ihr vorgeworfen werde, sondern die „Kunst, die Wahrheit richtig unter die Leute zu bringen“.¹²⁵ Hier gab er offen zu, man hätte „in der Propaganda gewisse Dinge allzu häufig wiederholt. Mir haben Leute gesagt – mein Gott, es hängt uns ja schon zum Halse raus. Nun sag’ doch nicht immer wieder dasselbe.“

Aber noch mehr erstaunt an diesem frühen Vortrag, daß er sogar auf die Frage einging, ob der Angriff auf Norwegen nur eine defensive Reaktion auf die englische Verminung norwegischer Gewässer gewesen sei. Man habe den Vorwurf geäußert, so Fritzsche, die Propaganda müsse lügen, denn die Landung deutscher Truppen in Narvik einen Tag nach der englischen Aktion bedeute, die Truppen seien bereits Tage vor der Verminung eingeschifft

¹²¹ Vortrag in Graz, 16. 8. 1941, DRA.

¹²² Bei seinem Frankfurter Vortrag vom 24. 9. 1941 sprach Fritzsche z. B. über die vom Gegner ausgestreuten Falschmeldungen über das Schicksal von Reichsmarschall Göring sowie über die angebliche Niederlage bei Smolensk. Vgl. „Es sprach Hans Fritzsche“, *Frankfurter Generalanzeiger* vom 26. 9. 1941, StAM SpK 476, Heft XXI.

¹²³ „Die Festung Europa“, *Frankfurter Zeitung*, Nr. 493 vom 27. 9. 1941.

¹²⁴ *Rundfunkarchiv*, Heft 10, 1941. Zit. nach Riedel, Rundfunk, S. 131.

¹²⁵ In der Presse wurde diese Aussage entschärft. Das *Kleine Volksblatt* (Wien) zitierte aus seinem zwei Wochen später gehaltenen Wiener Vortrag, Propaganda sei nicht „die Sache mit den Schlagworten“. *Kleines Volksblatt* vom 12. 11. 1940, BA R 55/530, Bl. 19.

worden. Kurz verwies er darauf, daß bereits frühere Vorkommnisse diese defensive Aktion notwendig gemacht hätten.

Bestimmte Feststellungen und Zitate gehörten schnell zum ständigen Inventar. Selten fehlte der Hinweis, daß der Vortragende einen privilegierten Zugang zu Informationen hatte, die von höchster Stelle autorisiert worden waren. Gern vermittelte er den Eindruck, mitunter Augen- und Ohrenzeuge wichtiger Begebenheiten zu sein. „Da lachte der Führer“, schilderte er 1941 in betulichem Tonfall Hitlers Reaktion auf eine englische Meldung und wiederholte zu diversen Gelegenheiten, was er 1938 auf dem Obersalzberg miterleben durfte.¹²⁶ Mit solchen Anekdoten und weiteren Hitlerzitaten gab er seinen Ausführungen gewissermaßen das höchste Gütesiegel. In den Jahren 1940 und 1941 kam kein Vortrag ohne die Mitteilung aus, allein Hitler lege die Termine des Kriegsgeschehens fest.¹²⁷ In Graz erklärte Fritzsche dazu 1941: „Der Führer löst alle Probleme. Wenn er gar nicht von einer Sache spricht, dann ist das immer schon verdächtig.“

Als das eigenmächtige Setzen von Terminen nicht mehr aktuell war, schloß er fast jeden seiner Vorträge mit einem Zitat, in dem sich Hitler als derjenige bezeichnete, der ein Stück vom Mantel der Schicksalsgöttin ergriffen habe.¹²⁸ Fritzsche schloß daran den Appell an das deutsche Volk an, seinen Führer in seiner Mission zu unterstützen. Dabei griff er auf rhetorische Stereotypen zurück. Sowohl im Oktober 1943 in Köln als auch im April 1944 in Danzig erklärte Fritzsche mit fast gleichen Wendungen, nun sei Deutschland im Begriff, die große Offensive des Feindes abzuwehren. „Dann wird ein neues Kapitel beginnen, es wird eine neue Seite aufgeschlagen, und diese Seite gehört uns!“¹²⁹

Zwei Dinge waren es, die offenbar das Interesse an seinen Vorträgen weiterhin aufrecht erhielten: eine Überzeugungskraft, die allein daher rührte, daß Fritzsche einen persönlichen, verbindlichen Gestus der Ansprache wählte, sowie die Tatsache, daß er die Probleme der jeweiligen Kriegslage kurz streifte. Im März 1942 schrieb ein Augenzeuge über Fritzsches Vortrag in Münster, er habe im Grunde „nichts neues“ gebracht, „aber wie er es machte und brachte, das war sehr nett und auch sympathisch, ruhig und ohne falsches Pathos, und darum auch überzeugend und aufrappelnd.“

Den bedeutsamsten Satz in seiner Rede habe die Zuhörerschaft kaum beachtet. In ihm zog er nachträglich das Resümee der Lage an der Ostfront im Dezember 1941: „Nach dem Maßstab alter Strategie standen im Osten die Dinge eigentlich hoffnungslos!“ Dann aber verwies er darauf, daß trotz aller scheinbaren Schwierigkeiten Deutschland fast den ganzen Kontinent besetzt halte. Die Propaganda habe die Aufgabe, dem ewig objektivierenden deutschen Volk den „Mut zur Unbedingtheit“, den „felsenfeste[n] Glauben an die eigene Sache“ zu vermitteln. „Neben dem Problem des Existenzkampfes seien alle anderen Probleme, auch die privaten oder bürgerlichen Rechtsbegriffe, nichtig. Opfer mit Vorbehalten

¹²⁶ So z. B. in den Vorträgen in Wels (1940), in Graz (1941) und bei dem Vortrag vor der Krupp-Belegschaft im Februar 1942. Für letzteren vgl. die Wiedergabe in BA R 55/530, Bl. 107.

¹²⁷ Wels (1940), Wien (1940), Hamburg (1941 – nach „Propaganda als Waffe“, *Hamburger Fremdenblatt* vom 21. I. 1941), Hermannstadt (1941 – BA R 55/530, Bl. 65), Berlin-Steglitz (1941 – StAM SpK 476, Heft XXI), Graz (1941). Vgl. auch seinen Aufsatz „Wie lange Krieg?“, in: *Die Aktion*, Kampfblatt für das Neue Europa, 2/1941, ZA IfZ.

¹²⁸ Zuletzt nachgewiesen bei seinem Vortrag im April 1944 in Stockholm. Vgl. „Der Deutsche in Schweden“, Mai 1944, Abschrift in StAM SpK 477, Heft IV.

¹²⁹ „Es spricht Hans Fritzsche“, *Der Beobachter* (Köln) vom 26. 10. 1943, BA R 55/530. Kopie dort allerdings unvollständig; vollständige Abschrift in StAM SpK 477, Heft IV. Dort auch Wiedergabe des Artikels über Danziger Rede. Datierung nach BA R 55/20011, Bl. 571.

helfen nichts, entweder ganz oder gar nicht opfern; denn mit Vorbehalten könne man nicht um sein Leben kämpfen. Der Karren des Reiches habe tief im Dreck gesteckt, der Führer habe ihn dann herausgezogen. Fahre nun dieser Karren einem einzelnen über Brust und Seele, dann wäre der ein schlechter Patriot, wenn er schreie. Er solle sich vielmehr freuen, daß es bergauf gehe.“¹³⁰

So drastisch mochte es die zeitgenössische Presse nicht wiedergeben, ebenso wie Fritzsches Ostfrontresümee nur in der Formulierung wiedergegeben wurde, daß die „Sicherung der Front im Osten“ schließlich erfolgt sei.¹³¹ Die Zeitung *Der Beobachter* gab Oktober 1943 aus Fritzsches Kölner Vortrag allerdings den Gedanken wieder, es dränge sich manchem die Frage auf, ob der deutsche Kampf überhaupt Aussicht auf Erfolg haben könne.¹³² Fritzsche verstand es, Zweifel und pessimistische Stimmungen angesichts der Kriegslage aufzugreifen, um dann die weiterhin bestehenden Handlungsmöglichkeiten Deutschlands um so farbiger darzubieten.

Insoweit dürfte seine Behauptung, er sei wiederholt wegen seiner Vorträge gerügt worden, eine Verfälschung darstellen. In einem der von ihm 1946 als Beispiel angeführten Fälle soll sich Außenminister Ribbentrop offiziell bei Hitler darüber beschwert haben, daß Fritzsche vor Offizieren der Berliner Garnison die deutsche Außenpolitik dafür kritisiert habe, daß sie sich nur auf die deutschen Waffen verlasse und unfähig sei, „rechtzeitig ein politisches Kriegsende herbeizuführen“.¹³³ Genau für diesen Vortrag, der Februar/März 1945 vor 3000 Offizieren und Beamten in Berlin gehalten wurde, ist die Schilderung eines Zeitzeugen überliefert. Fritzsche sprach sich demnach in seinem Vortrag leidenschaftlich für die Verteidigung Berlins bis zur letzten Patrone aus. Zum einen seien die in der Vorbereitung befindlichen Geheimwaffen Deutschlands große Chance, zum anderen sprächen alle Anzeichen dafür, daß sich die gegnerische Koalition entzweiten werde.¹³⁴ Damit befand sich Fritzsche nicht nur auf der allgemeinen Linie der Lagebeschreibung, sondern trug auch seinen Teil zur Durchhaltepropaganda in aussichtsloser Situation bei.

Die ausländischen Medien nahmen vor allem Fritzsches Rundfunktätigkeit wahr. Dabei wurde er mit einer Polemik konfrontiert, die direkt auf seine Person zielte. Dies war der Preis, den er für seinen Bekanntheitsgrad zahlte, denn er selbst inszenierte sich immer wieder offensiv als die personifizierte publizistische Abwehr der gegnerischen Propaganda. Zu Beginn des Krieges bezeichnete Fritzsche dieses negative Echo noch als Auszeichnung, die ihm „gar keinen Kummer“ bereite. Dies änderte sich später.¹³⁵ Fritzsches bekanntester Kontrahent auf englischer Seite war Sefton Delmer, der am 6. Juni 1941 sein Debüt als Gegenkommentator gab.¹³⁶

Die Entgegnung auf die PZUR von Fritzsche am Abend ihrer Ausstrahlung wurde im deutschsprachigen Programm der BBC schon Tage im voraus angekündigt.¹³⁷ Nach der Ent-

¹³⁰ Wantzen, *Leben im Krieg*, S. 757f. (8. 3. 1942).

¹³¹ „In der Gewißheit des Sieges“, *Recklinghauser Zeitung* vom 9. 3. 1942, StAM SpK 476, Heft XXI; „Das wechselnde Gesicht des Krieges“, *Völkischer Beobachter* vom 7. 3. 1942.

¹³² „Es spricht Hans Fritzsche“, *Der Beobachter* (Köln) vom 26. 10. 1943, StAM SpK 477, Heft IV.

¹³³ Schreiben Fritzsche vom 23. 9. 1946, StAM SpK 476, Heft XXI.

¹³⁴ Zuschrift eines Teilnehmers an Spruchkammer Nürnberg, 7. 12. 1946, StAM SpK 476, Heft XXI.

¹³⁵ „Hans Fritzsche – der Lügenabwehrkanonier“, *Warschauer Zeitung* vom 28. 1. 1940, BA NS 5/VI-17577. „Deutlich erinnere ich mich des Tages, an dem mir einst im Äther zum erstenmal die persönliche Gehässigkeit begegnete, die vor keinem Schwindel zurückschreckt“, schrieb Fritzsche etwas larmoyant in Springer, Schwert, S. 77.

¹³⁶ Delmer, *Die Deutschen und ich*, S. 469.

¹³⁷ Hörerbrief vom 20. 6. 1941, BA R 55/1382, Bl. 8.

gegnung Delmers gab die BBC dann die Sendezeiten durch, zu denen sich die deutschen Zuhörer die Wiederholung des Fritzsche-Vortrags im deutschen Rundfunk anhören konnten.¹³⁸ Aber Fritzsche nutzte den Umstand, daß sich gegnerische Kommentatoren in Presse und Rundfunk über ihn ausließen, auch selbst dazu aus, vor dem deutschen Publikum seinen Stellenwert zu unterstreichen – bzw. unterstreichen zu lassen. So warb die „Ostmarkzeitung“ am 6. Februar 1942 für die abendliche Ansprache von Fritzsche mit dem Hinweis, dieser genieße „bei unseren Gegnern entsprechendes Ansehen [...], das sich in den gehässigen Tiraden britischer und US-amerikanischer Presse- und Rundfunk-Kommentare äußert“.¹³⁹

Als Fritzsche Mitte April 1942 in einem Vortrag seinen Fronteinsatz ankündigte, spekulierte Delmer im deutschen Dienst der BBC, Goebbels habe Fritzsche zur Wehrmacht abgegeben, weil dessen Kommentare „in höheren Stellen“ Mißfallen erregt hatten. Aber das war vermutlich nur einer der vielen Versuche, den deutschen Hörern Brüche innerhalb ihrer führenden Schichten zu suggerieren. Der von der Sowjetunion betriebene „Deutsche Volkssender“ vermutete am 17. April 1942 als Grund für die Einberufung, Fritzsche sei unbrauchbar geworden, da seine Propaganda an der Wirklichkeit gescheitert sei.¹⁴⁰ Ausnahmsweise beantwortete Fritzsche diese Spekulationen direkt in seinem letzten Kommentar vor der „Frontpause“ am 28. April. Die englische Behauptung, daß es etwas ganz Neues sei, wenn Männer, die politische Arbeit leisteten, Soldaten werden, zeige mit äußerster Klarheit den Unterschied auf zwischen den zwei Weltanschauungen, die in diesem Kriege aufeinanderprallten. England habe das Kämpfen immer gern seinen Söldnern und Hilfstruppen überlassen.¹⁴¹

Sefton Delmer beabsichtigte zunächst, auch den abwesenden Fritzsche als Konterpart zu benutzen und gab seine Absicht bekannt, die PZUR an dessen Stelle „fortzuführen“, was aber nur für zwei Sendetermine belegt ist. Er verfolgte diese Idee nicht weiter, sondern beschränkte sich darauf, Fritzsches sporadische Frontberichte anzugreifen. Jener sei, so Delmer im Juli 1942, 150 km hinter der Front „dabei“ und erfände „in der Etappe dieselben Augenzeugenberichte, die ihm voriges Jahr soviel Kummer machten“.¹⁴² Dem Stil als angeblicher SA-Geheimsender entsprechend, beschimpfte der sowjetische Tarnsender „SA-Mann Weber“ zur gleichen Zeit Fritzsche als „korrupte Etappensau“. Er lüge die harte Wirklichkeit an der Front zurecht und mache so den Kampf der Frontsoldaten lächerlich, während er es sich im Pressewagen des FHQ mit einem Glas Krimwein gemütlich mache.¹⁴³

Auch wenn Fritzsches Rückkehr von der Front in ausländischen Kommentaren erwähnt wurde, nahm weder Sefton Delmer seine Antworten wieder auf, noch beschäftigte sich ein anderer Kommentator regelmäßig mit Fritzsche als Medienpersönlichkeit. Ein deutscher Bericht aus Schweden stellte im Februar 1943 fest, die deutsche Propaganda, „vor allem die Ausführungen des Ministerialdirektors Fritzsche“, werde in England nicht ernst genommen.¹⁴⁴ Dagegen hielt das Referat „Erkundungsdienst“ zur gleichen Zeit fest, gerade in der

¹³⁸ Abhörberichte vom 2. 12. 1941 und 16. 12. 1941, BA R 55/526, Bl. 153 und 158.

¹³⁹ Zeitungsausschnitt in StAM SpK 477, Heft IV.

¹⁴⁰ Abhörberichte Seehaus-Dienst vom 16. und 17. 4. 1942, Ergänzung „Schnelldienst“ vom 17. 4. 1942, Abhörspiegel „Die Einberufung von Herrn Ministerialrat Fritzsche“; alle BA R 55/527, Bl. 60ff. Vgl. auch Goebbels, Tagebücher II, Bd. 4, S. 128 und 134 (Einträge vom 19. und 20. 4. 1942).

¹⁴¹ Abhörbericht, wiedergegeben in Gombrich, Myth, S. 19.

¹⁴² Abhörbericht vom 18. 7. 1942, BA R 55/527, Bl. 115. Zu den beiden von Delmer gegebenen „PZUR“ vgl. Abhörberichte vom 17. 4. und 30. 4. 1942, ebd., Bl. 66f. bzw. 74ff.

¹⁴³ Abhörbericht vom 14. 7. 1942, BA R 55/527, Bl. 86–89 – im gleichen Stil auch eine Sendung von Anfang September 1942, Abhörbericht Seehaus-Dienst, ebd., Bl. 117ff.

¹⁴⁴ Luftattaché Dt. Gesandtschaft Stockholm an RLM, 13. 2. 1943, BA-MA RW 4/258, Bl. 185.

letzten Zeit setze sich der Gegner schnell und ausführlich mit den deutschen Kommentatoren auseinander, allen voran mit Fritzsche und Dittmar. Hintergrund war offenbar, daß sich die deutsche Propaganda in der zugespitzten Lage zum Eingeständnis kritischer Situationen bequemen mußte.¹⁴⁵

Fritzsche war für die alliierte Gegenpropaganda nur noch interessant, wenn seine Kommentare zusätzliche Informationen lieferten oder Rückschlüsse auf die offizielle Lagebeurteilung ermöglichten. Das hieß allerdings nicht, daß auf alliierter Seite seine Bedeutung für die Ausrichtung der deutschen Propaganda vernachlässigt wurde, im Gegenteil. In seinem Schlußwort vor der Nürnberger Spruchkammer erwähnte Fritzsche, im November 1943 hätte ihn Lindley Fraser in der BBC davor gewarnt, daß man ihn wegen seiner publizistischen Tätigkeit auf die Liste der Kriegsverbrecher setzen würde, wenn er sie nicht sofort einstellte.¹⁴⁶ Immerhin wurde bereits im Mai 1943 in einer Fragestunde des Deutschen Dienstes der BBC die Frage gestellt, ob Papen, Schacht und Fritzsche „sich auf der Kriegsverbrecherliste befinden, und wenn dieses nicht der Fall ist, warum?“ Als Antwort zu Fritzsche hieß es dort, es sei dem deutschen Volk vorbehalten, ihn für seine Lügereien zu bestrafen.¹⁴⁷ Juli 1944 kam Fraser in einem Kommentar auf dieses Thema zurück. Während er die „kleinen“ Propagandisten davor warnte, den Krieg durch ihre Lügen zu verlängern und sich um ihre Zukunft in Nachkriegsdeutschland zu bringen, schloß er Fritzsche kategorisch von einer solchen Zukunft aus, „wie immer er sich auch von jetzt an verhält“.¹⁴⁸

Diese Art von bleibender Aufmerksamkeit war nicht im Sinne Fritzsches, so sehr er auch zu Beginn des Krieges mit der Ablehnung durch den Feind kokettiert hatte. Großen Wert hingegen legte er auf seine Hörerpost. Seinen Mitarbeitern trug er auf, auch die Anliegen zu bearbeiten, für die der Rundfunk gar nicht zuständig war, denn er wünsche, „daß allen Volksgenossen, die sich auf Grund seiner bekannten Ansprachen an ihn richten, geholfen wird“.¹⁴⁹ Seine Popularität brachte es mit sich, daß er in allen denkbaren Angelegenheiten um Rat oder Hilfe gebeten wurde, bis hin zu Bitten von Arbeitnehmern, sich für eine Korrektur ihrer Urlaubsberechnungen einzusetzen, oder etwa bei Erbschaftsstreitigkeiten.¹⁵⁰ Mit ähnlichen Mitteln wie bei seinen dienstlichen Belangen versuchte er auch hier, diskret und ohne Gefährdung seiner eigenen Position tätig zu werden, um sein Ansehen bei den Hörern zu erhalten.

Dies konnte geschehen, indem er eine zusammenfassende Notiz über Kritik der Hörer an bestimmten Erscheinungen als allgemeine Information weitergab.¹⁵¹ Ebenso nutzte er seine Kontakte, um einzelne Beschwerden an geeignete Stellen zu übermitteln. So leitete er den Brief einer Hörerin, die seinen Ausführungen über das soziale Elend der Arbeiterschicht beim Gegner ihre eigene Lohnsituation entgegenhielt, an die Abteilung Propaganda mit der Frage weiter, „an wen man sich unter Vermeidung des bürokratischen Gestrüpps wenden muss, wenn man in diesem Falle helfen will“.¹⁵² Offenbar galt Fritzsche im NS-System als eine der wenigen Adressen, an welche man auch namentlich kleinere Beschwerden rich-

¹⁴⁵ Erkundungsdienst, Bericht vom 3.2.1943, BA R 55/1266, Bl. 210.

¹⁴⁶ Hier spricht Hans Fritzsche, S. 272.

¹⁴⁷ Abhörbericht vom 12.5.1943, BA R 55/528, Bl. 68ff.

¹⁴⁸ Fraser, Kommentar für den deutschen Dienst der BBC, 27.7.1944, BA R 55/522, Bl. 51f.

¹⁴⁹ Weinbrenner (RMVP), Antwort auf Hörerbrief vom 3.5.1943, BA R 55/532, Bl. 17.

¹⁵⁰ Hörerbrief vom 5.7.1944, BA R 55/532, Bl. 107, sowie für Erbschaftsfragen BA R 55/1379, Bl. 28, und BA R 55/1380, Bl. 7f.

¹⁵¹ Notiz Fritzsche für Gutterer, 18.1.1941, BA R 55/533, Bl. 30.

¹⁵² Vermerk Fritzsche für Leiter Pro, 27.6.1944, BA R 55/532, Bl. 101. Die betroffene Hörerin konnte sich dann vor Fritzsches Berufungsverhandlung 1947 damit revanchieren, daß sie Fritzsches erfolgrei-

ten konnte, ohne sofort mit staatlicher Repression rechnen zu müssen. Eine Hörerin aus Wien drückte es so aus: „Wenn ich gerade Ihnen und an Sie persönlich schreibe, dann deshalb, weil Sie eine der sympathischsten (!) Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sind, zu der man meines Erachtens Vertrauen haben und auch annehmen kann, dass an Sie gerichtete Briefe auch gelesen und beachtet werden“. ¹⁵³ Andere, keineswegs regimekritische, Beschwerden jedoch wurden anonym übermittelt wie zum Beispiel der Vorwurf, in den Arbeitervierteln Essens sei der Luftschutzbunkerbau vernachlässigt worden. ¹⁵⁴

Fritzsche sah in der Auseinandersetzung mit den Hörerzuschriften eine Möglichkeit, Unbehagen, Ängste und Unsicherheiten aus der Bevölkerung aufzufangen und damit die moralerhaltende Funktion seiner Vorträge zu unterstützen, wenn er sich auch in einem Brief dagegen verwahrte, als „Pfarrer“ verstanden zu werden. ¹⁵⁵ Mit einem kleinen Stoßseufzer vermerkte er zu einem weitergeleiteten Bittbrief gegenüber seinem Adressaten im OKW: „... es ist nun einmal so, daß viele Menschen ihr ganzes Vertrauen an Namen hängen, die sie oft gehört haben“. ¹⁵⁶

Einige Male erreichten ihn Briefe, die seine Hilfe in existentiellen Notlagen erbaten. So schrieb ein wegen „Wehrkraftzersetzung“ in Untersuchungshaft befindlicher Soldat an ihn in der vergeblichen Hoffnung, Fritzsche werde sich an ihn aus seinem Fronteinsatz erinnern und sich für ihn verwenden. ¹⁵⁷ Ein anderes Mal wendete sich der Verteidiger eines vor dem Sondergericht Angeklagten an Fritzsche mit der Bitte, dieser möge ihm bestätigen, daß er bestimmte Äußerungen des englischen Rundfunks in seinen eigenen Sendungen verwendet habe. ¹⁵⁸ Im Falle eines wegen „Rundfunkverbrechen“ von der Gestapo verhafteten Kaufmanns erklärte er sich im Juni 1943 dazu bereit, „nach Kenntnisnahme der Einzelheiten des Sachverhaltes mich gutachtlich zu äussern“. Von dieser Erklärung könne der Rechtsanwalt des Betroffenen Gebrauch machen. ¹⁵⁹

Das „ganze Vertrauen“, welches seine Hörer ihm entgegenbrachten, hatte jedoch einen doppelten Boden. So wurden Fritzsche häufig Denunziationen übermittelt. Da er davon auszugehen hatte, daß jedes ihm über den Dienstweg zugegangene Schreiben von mehreren Seiten zur Kenntnis genommen worden war, mußte er die darin enthaltenen Beschuldigungen weiterleiten. Denn es galt die Verpflichtung, Hinweise auf staatsfeindliche Betätigung oder vergleichbare Vergehen aufzugreifen, und es machte sich derjenige strafbar, welcher die Verfolgung solcher Hinweise vereitelte. ¹⁶⁰ So leitete Fritzsche Denunziationen weiter, die „vielleicht einer Prüfung wert“ waren. ¹⁶¹

chen Einsatz für eine sofortige Lohnerhöhung der Gießereiarbeiter in einem Schreiben bestätigte. Brief Martha Trode [Abschrift], 28.8.1947, BAK N 1355/2.

¹⁵³ Hörerbrief vom 5.2.1943, gerichtet an den „sehr geehrte[n] Parteigenosse[n] Fritzsche“, BA R 55/533, Bl. 87.

¹⁵⁴ Vgl. Schreiben des RPA Essen vom 12.5.1941, das auf Fritzsches Anfrage und Weiterleitung dieser Vorwürfe detailliert antwortete, BA R 55/1383, Bl. 72f.

¹⁵⁵ Fritzsche, Antwort auf Hörerbrief vom 3.10.1941, BA R 55/1378, Bl. 75.

¹⁵⁶ Fritzsche an Burchard, OKW/WPr., 24.7.1944, BA R 55/532, Bl. 138.

¹⁵⁷ Fritzsche konnte den Bittsteller lediglich an seinen damaligen Kommandeur, General Jaenecke, weiter verweisen. Antwortbrief Fritzsche vom 27.10.1943, BA R 55/535, Bl. 164.

¹⁵⁸ Brief vom 26.6.1941, BA R 55/1377, Bl. 60.

¹⁵⁹ Rohde an Fritzsche, 5.6.1943, und Antwort Fritzsche an Rohde, 9.6.1943, BA R 55/536, Bl. 173ff.

¹⁶⁰ Boveri, Wir lügen alle, S. 604, gibt den Fall eines Chefredakteurs wieder, welcher einen regimekritischen Brief in seinem Schreibtisch aufbewahrt hatte und deswegen von der Gestapo inhaftiert wurde. Nach § 139 RStGB war die Nichtanzeige von Hoch- und Landesverrat strafbar.

¹⁶¹ BA R 55/1382, Bl. 3.

Aus diesem Schema heraus fielen persönliche Beschimpfungen und Drohungen, die in einigen Fällen bis zur Morddrohung eskalierten.¹⁶² Fritzsche schaltete regelmäßig die Gestapo ein, der er erhaltene Briefe „zur Kenntnisnahme und evtl. weiteren Veranlassung“ weiterleitete.¹⁶³ Sein Ansprechpartner dort war ein Dr. Keller, den Fritzsche um die Identifizierung dieser anonymen Schreiber bat.¹⁶⁴ Ebenso leitete er anonyme oder namentlich gezeichnete Briefe weiter, wenn diese allgemein politisch motiviert waren und zur Ermittlungstätigkeit der Gestapo beitragen konnten,¹⁶⁵ und hatte offenbar keine Bedenken, damit die Lage auch ohnehin bedrohter Menschen zu verschlimmern.¹⁶⁶

Bei der Beantwortung seiner Zuschriften holte sich Fritzsche gerade in politisch sensiblen Angelegenheiten Unterstützung. Dies läßt sich vor allem anhand der häufigen Zuschriften nachvollziehen, welche die offizielle Kirchenpolitik kritisierten. Fritzsche war auf den wachsenden Unmut hierüber mehrfach in der PZUR mit der Feststellung eingegangen, in Deutschland sei die Freiheit des Glaubens nie angetastet worden.¹⁶⁷ Trotzdem erhofften einige Hörer, er werde dieser Kritik Verständnis entgegenbringen.¹⁶⁸ So stellte ihm die Abteilung Propaganda (Pro) des RMVP Entwürfe für entsprechende Antwortschreiben zur Verfügung und gab den Rahmen vor, in welchem sich Fritzsche bei der Beantwortung heikler Fragen bewegen konnte.¹⁶⁹ Eindeutig bevorzugte er es, den Zuschreibern zu antworten und nicht, wie wiederholt angeregt, eine Antwort als „nicht zweckmäßig“ zu unterlassen.¹⁷⁰ Darum übermittelte ihm sein Ansprechpartner in der Abteilung Pro dann auch den Entwurf einer Antwort, die die zugrundeliegenden Informationen nicht preisgeben mußte, und Fritzsche hielt sich weitgehend an die ihm übermittelten Entwürfe.¹⁷¹

¹⁶² Ein anonymes Hörer teilte Fritzsche am 4. 8. 1943 mit, „wenn ich mein eigenes Leben retten sollte, so ist meine Aufgabe, Sie als Generalstrolch und Volkslügner bei der ersten Gelegenheit, die sich ergeben wird, hinzustrecken“. BA R 55/533, Bl. 155.

¹⁶³ Leiter Rundfunk an Gestapo [Berlin], 5. 11. 1943, BA R 55/534, Bl. 51.

¹⁶⁴ Diese Feststellungen sind einer alliierten Karteikarte zu entnehmen, welche sich – anstelle der originalen Briefe – in der Korrespondenz Fritzsches befindet und z. B. auf einen dort nicht erhaltenen Brief Fritzsches an Keller vom 24. 3. 1941 verweist. BA R 55/1377, Bl. 40. Ein erhaltenes Anschreiben zu zwei anonymen Hörerbrieffen vom 28. 3. 1941 ist adressiert an die Gestapo, „z. Hd. Herrn R[egierungs]-R[at]. Keller“. „Zu dem einen möchte ich bemerken, daß er sich auch gegen den Führer richtet.“ BA R 55/1382, Bl. 90.

¹⁶⁵ Vgl. u. a. Anschreiben vom 9. 11. 1941: „Ich übersende in der Anlage zwei Gruppen von anonymen Briefen, die regelmäßig wiederkehren und trotz ihrer Primitivität vielleicht Hinweise auf feindliche Agitationszentralen geben können.“ BA R 55/1382, Bl. 2. Daneben konnten sogenannte Rundfunkverbrechen nur aufgrund des Strafantrags der Gestapo verfolgt werden, die daher für solche Anzeigen der natürliche Adressat war. Hensle, Rundfunkverbrechen, S. 256.

¹⁶⁶ „In der Anlage übersende ich den heute bei mir eingegangenen Brief eines Juden aus Brüssel und stelle Nachprüfung der Angelegenheit anheim.“ Schreiben vom 6. 2. 1942, BA R 55/1382, Bl. 57.

¹⁶⁷ Wiedergabe aus seinem Vortrag vom 14. 6. 1941 durch Hörerbrieff vom 19. 6. 1941, BA R 55/1377, Bl. 68; Hörerbrieff vom 10. 7. 1941 zur PZUR vom gleichen Tage, BA R 55/1381, Bl. 106.

¹⁶⁸ Überhaupt scheinen manche seiner Hörer sich der irrigen Hoffnung hingegeben zu haben, Fritzsche selbst sei nicht vom Nationalsozialismus überzeugt und könne seine Fähigkeiten einer Opposition gegen das Regime zur Verfügung stellen. Vgl. Hörerbrieff vom 13. 1. 1942, BA R 55/1382, Bl. 109.

¹⁶⁹ Albrecht an Fritzsche, 17. 9. 1941, BA R 55/1372, Bl. 3.

¹⁷⁰ Den von Albrecht in einem Vermerk vom 22. 7. 1941 formulierten Satz „Eine Antwort an den Einsender ist nicht zweckmäßig“ setzte Fritzsche fort mit „aber notwendig. Haben Sie Material? Wenn nein, zurück an Fritzsche. 25. 7.“ BA R 55/1372, Bl. 41.

¹⁷¹ Albrecht (Pro) an Fritzsche, 9. 9. 1941, BA R 55/1376, Bl. 18f., mit Entwurf, sowie Antwortschreiben Fritzsches vom 3. 10. 1941, BA R 55/1377, Bl. 67.

Eine sein Gespür besonders herausfordernde Situation ergab sich nach der Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad. Fritzsche hatte während seines Fronteinsatzes an ihrem Vormarsch teilgenommen und wurde jetzt persönlich angeschrieben mit der Bitte, Auskunft über den Verbleib von Angehörigen zu geben. Dabei bemühte er sich, in den Antwortschreiben so viele Informationen zu geben, wie es ihm möglich war, ohne die offizielle Propagandalinie zu kompromittieren, die den Eindruck vermittelte, die gesamte Armee sei untergegangen. So antwortete er der Frau eines vermißten Stalingradkämpfers: „Es sind zweifellos mehrere Tausend Angehörige der 6. Armee in bolschewistische Gefangenschaft geraten. Nach Lage der Dinge ist auch nicht anzunehmen, daß gerade diesen Gefangenen etwa ein so schreckliches Schicksal bereitet worden wäre, wie so früher einzelne[n] deutsche[n] Soldaten bereitet wurde, die in bolschewistische Gefangenschaft gerieten.“ Dabei erwähnte er, daß die Sowjets bereits behaupteten, eine Reihe hoher deutscher Offiziere lebend in ihre Hände bekommen zu haben, und sicherte der Briefschreiberin zu, er werde sich laufend über die bekanntwerdenden Namen unterrichten lassen und „beim Auftauchen des Namens Ihres Sohnes Ihnen sofort Nachricht geben“.¹⁷²

Vor seiner Antwort sicherte sich Fritzsche aber bei der Abteilung Propaganda ab, wie weit er jeweils gehen konnte. Bei einer Nachfrage einer Mutter, die sich auf die angebliche Bekanntgabe des Namens ihres Sohnes im Moskauer Rundfunk bezog, erhielt er von dort als Vorgabe, er könne die Namensnennung ohne Gewähr bestätigen.¹⁷³ Im Antwortschreiben bestätigte Fritzsche die Mitteilung nur kurz und fügte hinzu: „Ganz ungewiß dagegen ist es, ob die Nachricht stimmt. Es liegen leider sehr viele Beweise dafür vor, daß solche Angaben von feindlicher Seite gemacht wurden, auch wenn sie nicht zutrafen.“¹⁷⁴ Mit dieser Antwort gab Fritzsche den damaligen Erkenntnisstand systeminterner Nachforschungen wieder.

So teilte das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) im Mai 1943 mit, daß die in den sowjetischen Rundfunksendern und Flugblättern mitgeteilten Heimatanschriften durchweg richtig, aber auch das einzig Wahre an den jeweiligen Meldungen seien. „[Die] genannten Soldaten gelten entweder als vermißt, sind gefallen oder leisten heute noch an der Front oder in der Heimat Wehrdienst.“¹⁷⁵ Dabei war Fritzsche schon im November 1941 durch einen anonymen Brief darauf hingewiesen worden, daß er in einer PZUR die vom Moskauer Rundfunk durchgegebenen Namen von Kriegsgefangenen als falsch bezeichnet und dabei besonders einen herausgestellt habe, der laut Auskunft des Briefschreibers aber nachweislich existierte und sich tatsächlich in einem sowjetischen Lager befinde.¹⁷⁶ Diese Mitteilung war Fritzsche offenbar so peinlich, daß er darauf bestand, diese Sendung nicht für Interessenten schriftlich vervielfältigen zu lassen, wie es sonst regelmäßig geschah.¹⁷⁷

¹⁷² Schreiben Fritzsche vom 8. 2. 1943, BA R 55/536, Bl. 47f.

¹⁷³ Schreiben Fritzsche an Dreßler vom 17. 7. 1943, sowie Antwort Dreßlers vom 18. 7. 1943; BA R 55/536, Bl. 156 und 158.

¹⁷⁴ Schreiben Fritzsche an Schroeter vom 20. 7. 1943, BA R 55/536, Bl. 157.

¹⁷⁵ DRA/SAM RSHA 786, Bl. 219.

¹⁷⁶ Anonymer Brief aus Emden an Fritzsche, 6. 11. 1941, BA R 55/526, Bl. 132. Vor dem Spruchkammerverfahren gab sich die Verfasserin zu erkennen und teilte mit, Fritzsche habe in seiner PZUR vom 27. 9. 1941 ihre und die Existenz ihres Mannes abgeleugnet. Durch diese öffentliche Nennung sei sie vielen Schwierigkeiten ausgesetzt gewesen. StAM SpK 477, Heft XVII, Schreiben Helene Fehdler vom 15. 11. 1946.

¹⁷⁷ BA R 55/1378, Bl. 105 (Bezug PZUR vom 27. 9. 1941, die deswegen auch nicht als Dokument erhalten geblieben ist). Vgl. hierzu Kapitel II. 1.2.

1.3 Hans Fritzsches Kommentare in der zeitgenössischen Rezeption

Quellen der Rezeptionsermittlung

Auch im nationalsozialistischen Verständnis von Kommunikation dominierte das Führerprinzip: das Echo der Rezipienten sollte in erster Linie aus Akklamation bestehen. Eine Wechselwirkung zwischen Sender und Empfänger war in einem solchen Modell nicht vorgesehen. Doch sowohl die Stimmungsberichte im Deutschen Reich als auch die Ergebnisse der damaligen Kommunikationsforschung in den USA belegten, daß die Rezipienten das ihnen dargebotene Informationsmaterial nie einfach übernahmen, sondern es sich in einem Prozeß der Überprüfung immer nur schritt- und teilweise aneigneten.¹⁷⁸ Auf diesen Eigensinn der Rezipienten mußten sich auch die NS-Medien einstellen.

Im NS-Staat wurde Hörerforschung nur betrieben, um die Reaktion auf Umgestaltungen innerhalb des Rundfunkprogramms oder auf die Einführung neuer Sendeformate erfassen zu können. Denn dezidierte Kritik hatte sich die NS-Rundfunkführung bereits früh und nachdrücklich verboten und Zustimmung zum Programm zur Pflicht des Rundfunkhörer erklärt. Umfragen wurden seit Mitte der 1930er Jahre aus verschiedenen Gründen nicht mehr durchgeführt.¹⁷⁹ Eine zu deutliche Kritik an den publizistischen „Führungsmitteln“ konnte bereits unter das sogenannte Heimtücke-Gesetz fallen und als Verunglimpfung staatlicher Institutionen strafrechtlich verfolgt werden.¹⁸⁰ Unter solchen Umständen vermittelte die Hörerpost noch weniger ein repräsentatives Bild der Hörschaft, als dies ohnehin der Fall ist. Eine systematische und kontinuierliche Auswertung der Hörerpost wurde dann auch weder bei den Rundfunksendern noch beim RMVP vorgenommen.

Fritzsche beschäftigte sich und seine Mitarbeiter durchaus mit der eingehenden Hörerpost. Der Journalist Karl Brammer schilderte nach dem Kriege eine Begegnung mit ihm auf dem Berliner Wilhelmplatz im Januar 1944: „Fritzsche, der sich gern etwas jovial und jugendbewegt gab, war barhäuptig und trug zwei dicke Mappen.“ Auf Nachfrage Brammers zeigte er ihm deren Inhalt. Eine war angefüllt mit anerkennenden und lobhudehnden Briefen, die andere mit drohenden und negativen Zuschriften.¹⁸¹ Ausschlaggebend für die Auswertung dieser Post dürfte schon allein ihr Umfang gewesen sein, der nicht nur die Bekanntheit Fritzsches unterstrich, sondern das Erahnen gewisser „Trends“ in der Hörschaft ermöglichte.

Vor allem in den ersten Kriegsjahren muß Fritzsche enorm viele Zuschriften erhalten haben, mit allerdings ständig fallender Tendenz. In einem Artikel von November 1939 sprach der *Angriff* von 80 und mehr Briefen täglich, die Fritzsche erreichten. In einem Interview Ende 1939 sprach Fritzsche von bislang 15 000 eingetroffenen Briefen und legte seinem Gesprächspartner die Mappen des aktuellen Posteingangs vor. Im Oktober 1940 erklärte Fritzsche bei einem Vortrag, seit Kriegsbeginn 43 000 Briefe erhalten zu haben, aber im August 1941 bei einem anderen Vortrag war die Zahl lediglich auf 48 000 gestiegen – in 10 Monaten also ein Zuwachs von nur noch 5 000 Briefen.¹⁸² Gelegentlich übermittelte

¹⁷⁸ Vgl. Horten, Radio, S. 63f.

¹⁷⁹ 1937 erschien eine Münchner Dissertation von Hans Wipplinger, Rundfunkstatistik, die Hörerbefragungen u. a. der Gaupropagandastellen der NSDAP auswertete. Hinweis bei T. Bauer, Programmpresse, S. 213.

¹⁸⁰ Vgl. Fraenkel, Doppelstaat, S. 263f.

¹⁸¹ K. Brammer, „Begegnung“, Typoskript 1946, BAK Zsg. 101/83.

¹⁸² *Angriff* vom 5. 11. 1939, „Hans Fritzsche – der Lügenabwehrkanonier“, *Warschauer Zeitung* vom 28./29. 1. 1940, BA NS 5/VI – 17577; Vortrag in Wels vom 25. 10. 1940; Vortrag in Graz vom 16. 8. 1941.

er später als Leiter der Rundfunkabteilung Hörerstimmen in Auszügen den betreffenden Programmgruppen.¹⁸³

So boten sich letztlich nur die Informationen des Überwachungsapparates für eine verlässliche Auswertung an. Anlässlich wichtiger Programmveränderungen wurden Ermittlungswünsche an die Berichtersteller von Staats- und Parteiinstanzen weitergeleitet,¹⁸⁴ während man ihren Berichten ansonsten in erster Linie zu entnehmen suchte, wie sich die propagandistische Steuerung in der Praxis bewährte. Im wesentlichen wertete das RMVP die Berichte dreier Institutionen regelmäßig aus: die Tätigkeitsberichte der Reichspropagandaämter (RPÄ), die vom Hauptamt Rundfunk in der Reichspropagandaleitung (RPL) der NSDAP zusammengestellten Stimmen zum Rundfunk, sowie die SD-Abschnittsberichte und deren Zusammenfassung in den „Meldungen aus dem Reich“.

Die wöchentlichen Tätigkeitsberichte der Reichspropagandaämter informierten über die Propagandaarbeit in den einzelnen Gauen sowie über die herrschende Meinung und die Reaktionen in der Bevölkerung auf Propagandamaßnahmen. Das ihnen zugrundeliegende Material wurde von den einzelnen Reichspropagandaämtern gesammelt und in Berlin zu einem Bericht zusammengestellt.¹⁸⁵ Der Leiter der Abteilung Propaganda stellte aus diesem Tätigkeitsbericht zusammen mit den Informationen von Parteirednern und den SD-Berichten einen wöchentlichen Bericht für Goebbels zusammen.¹⁸⁶ Die Weiterleitung an die Verantwortlichen des Rundfunks geschah über den Minister selbst, von Fällen ausgenommen, wo Einzelmeldungen eines RPA direkt der Abteilung Rundfunk zugingen oder ihr zur Stellungnahme von anderen Referaten übermittelt wurden.

Mit dem Hauptamt Rundfunk in der RPL verfügte der Parteiapparat über eine Institution, die laufend über die Hörerreaktionen auf das Rundfunkprogramm berichtete. Die Berichte der RPL standen beim RMVP im Verdacht, der Einflußnahme auf das Programm zu dienen, und waren deshalb nicht sehr geschätzt.¹⁸⁷ Zu bestimmten Anlässen forderte das RMVP indes themenbezogene Stimmungsberichte zum Rundfunkprogramm vom Hauptamt Rundfunk der RPL an.¹⁸⁸ Anfang 1944 verwies der damalige Leiter des Hauptamts, Fischer, auf die größere Objektivität, die durch die wechselseitige Ergänzung von RPL- und SD-Berichten erreicht werden könne.¹⁸⁹

Am meisten verließen sich die Verantwortlichen im RMVP jedoch auf die Berichterstattung des SD. Dessen Chef Reinhard Heydrich wollte den SD zum zentralen Informationsdienst für alle Bereiche der Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik des NS-Staates ausbauen.¹⁹⁰ Die „Lebensgebietsforschung“ sollte dem SD im Machtgefüge des Systems eine bedeutende, alle übrigen Institutionen beeinflussende Stellung einbringen.

Für das Ansehen des SD im RMVP war es sicher auch bedeutsam, daß man generell gute Beziehungen zur SS pflegte. Anlässlich seiner bevorstehenden Ernennung zum Leiter der

¹⁸³ Nur nachgewiesen für November 1943, vgl. BA R 55/20018, Bl. 9–11.

¹⁸⁴ Vgl. Klingler, Rundfunkpolitik, S. 74.

¹⁸⁵ Allerdings konnte auch zu bestimmten Anlässen vom RMVP an die einzelnen RPÄ die Anforderung ergehen, einen tagesaktuellen Bericht einzureichen. Vgl. FS Abt. Pro (RMVP) an sämtliche RPÄ vom 1. 1. 1945, BA R 55/612, Bl. 15.

¹⁸⁶ Kohlmann-Viand, NS-Presspolitik, S. 83.

¹⁸⁷ Die Berichterstattung der RPL ist bis in die Endphase des Krieges durchgeführt worden. Klingler, Rundfunkpolitik, S. 241.

¹⁸⁸ Vgl. Schreiben Diewerge (Leiter Rundfunk) an Goebbels, 26. 3. 1942, DRA/SAM RMVP 56, Bl. 37.

¹⁸⁹ Leistungsbericht des Amts Sendewesen (NSDAP) für 1943 vom 18. 2. 1944, BA NS 26/1178, Bl. 139.

¹⁹⁰ Vermerk Heydrich vom 4. 4. 1939, BA R 58/826, Bl. 146, zit. nach Herbst, Totaler Krieg, S. 106.

Abteilung Propaganda erinnerte Standartenführer Berndt, bis zu diesem Zeitpunkt Leiter der Rundfunkabteilung, Himmler an seine unablässigen Bemühungen, die Zusammenarbeit zwischen RSHA und RMVP zu intensivieren und hielt fest, das RMVP sei von den Feststellungen des SD „in wesentlichem Umfange abhängig“.¹⁹¹ Zeitweilig nahm der Leiter der Personalabteilung, Dr. Erich Müller, als SS-Standartenführer die Aufgaben eines „Verbindungsführers“ zum RSHA wahr.¹⁹² Für viele leitende Funktionäre war es selbstverständlich, zusätzlich zu ihrer Position im RMVP einen SS-Rang zu bekleiden. Damit waren sie allerdings auch erste Wahl als Übermittler, sobald der SS-Apparat Wünsche und Forderungen an das RMVP richtete.

Durch Vermittlung der Gauleitung Berlin konnte ein SD-Vertreter unregelmäßig an den Ministerkonferenzen teilnehmen.¹⁹³ Regelmäßigere Informationen dürfte der SD allerdings von Goebbels' persönlichem Referenten erhalten haben, der zu den ehrenamtlichen Mitarbeitern des SD-Leitabschnitts Berlin zählte.¹⁹⁴ Der Leiter der Zentralabteilung II im SD-Hauptamt, Six, legte großen Wert auf die Präsenz des SD im Pressebereich, sowohl durch Publikationen der Mitarbeiter als auch durch ständigen Kontakt mit der Presse, regelmäßige Führungen der Presse durch das SD-Hauptamt und Vorträge über die SD-Gegnerpolitik.¹⁹⁵

Ebenso suchte der Leiter der RSHA-Gruppe III C (Kultur), Wilhelm Spengler, den Feststellungen des SD durch Fühlungnahme zusätzliches Gewicht zu verleihen.¹⁹⁶ Spenglers Mitarbeiter Walter von Kiepinski kümmerte sich seit Juni 1940 als Referent für Presse, Schrifttum und Rundfunk um den regelmäßigen Kontakt zum RMVP und dessen Rundfunkabteilung.¹⁹⁷ Bald bürgerte sich die Praxis ein, bei Veränderungen des Programms durch die SD-Abschnitte spezielle Berichte über die Reaktion des Publikums einzuholen.¹⁹⁸ Die Erkundungen des SD erreichten die Programmacher des Rundfunks in der Regel auf zwei Wegen. Der unmittelbare lief über Goebbels selbst. Waren in den Meldungen kritische Feststellungen zum Rundfunkprogramm enthalten, forderte er eine sofortige Stellungnahme an.¹⁹⁹

¹⁹¹ Berndt an Himmler, 11. 9. 1941, IfZ MA-290, Bl. 1446f. (Bestand Persönlicher Stab RFSS).

¹⁹² Müller war seit 1937 Leiter der Personalabteilung des RMVP und schied 1944 aus dem RMVP wegen Differenzen mit Goebbels und dessen Staatssekretär Naumann aus.

¹⁹³ H.J. Fischer, *Erinnerungen*, Teil I, S. 109. Nach dessen Angaben nahm der Leiter des SD-Leitabschnitts Berlin, Fritz Polte, diese Aufgabe lange Zeit wahr.

¹⁹⁴ H.J. Fischer, *Erinnerungen*, Teil I, S. 180.

¹⁹⁵ Hachmeister, *Gegnerforscher*, S. 190.

¹⁹⁶ Vgl. die Charakterisierung bei H.J. Fischer, *Erinnerungen*, Teil II, S. 2.

¹⁹⁷ Zu Walter von Kiepinski: 1937 Aufnahme in die Abteilung II des SD, Verbindungsmann zur NS-Presse, vor allem zum *Schwarzen Korps*. Herbst 1939 Teilnahme an einer Einsatzgruppe in Polen, danach bis Frühjahr 1940 Pressereferent beim Kommandeur der Sicherheitspolizei Warschau. Danach kam er in die Abt. III (Presse und Schrifttum). Aus einem Schreiben des RSHA vom 30. 1. 1944: „Seine Fähigkeiten sind allgemein bekannt und ganz besonders in den Dienststellen, mit denen er zusammenarbeitet, aufgefallen, sodaß ihm das Propagandaministerium eine Stelle anbot, die nach Rang und Gehalt weit über seiner Stelle im RSHA liegt.“ Auch wirkte er bei der unmittelbar nach dem Attentat gebildeten Sonderkommission des RSHA zum 20. Juli 1944 mit und verfaßte die für Kaltenbrunner bestimmten Sonderberichte. Vgl. Hachmeister, *Gegnerforscher*, S. 169, Wildt, *Generation*, S. 385 und 707, sowie H.J. Fischer, *Erinnerungen*, Teil II, S. 84.

¹⁹⁸ Eine solche anlaßbezogene Anforderung erfolgte z. B. am 12. 8. 1941, als die SD-Zentrale in Berlin von den einzelnen Abschnitten mit Fernschreiber Stellungnahmen zu der Erstsendung von „Eine halbe Stunde Kabarett“ anforderte. Vgl. SD Troppau, BA R 58/961, Bl. 142. Diese Praxis wurde regelmäßig nach wichtigen Ereignissen und Reden geübt. Hierzu vgl. H.J. Fischer, *Erinnerungen*, Teil I, S. 70f. und 96f.

¹⁹⁹ Beispiel MadR vom 7. 5. 1942, S. 3712. Stellungnahme von Diewerge (Leiter Rundfunk) an Goebbels, 14. 5. 1942, BA R 55/20640, Bl. 25ff. Weitere angeforderte Stellungnahmen siehe: Diewerge an Goebbels, 12. 12. 1941, DRA/SAM RMVP 56; Hinkel an Goebbels, 3. 10. 1942, BA R 55/1254, Bl. 89.

Um sich einen Überblick zu verschaffen, griffen die leitenden Mitarbeiter der Rundfunkabteilung des RMVP auf die „Stimmen zum Rundfunk“ in den SD-Berichten zurück, die die einzelnen SD-Abschnittsmeldungen zusammenfaßten und jeweils zum Monatsende, im Bedarfsfall aber auch innerhalb eines Tages erstellt wurden.²⁰⁰ Seit Anfang 1942 fanden im Zuge der Reorganisation der Rundfunkabteilung Programmkonferenzen statt. Auch hier wurden Beobachtungen aus den „Meldungen“ aufgegriffen und gelegentlich genutzt, um an die Referenten erteilte Anweisungen zu begründen.²⁰¹

Entsprechend seinem Bemühen, sich als Informationsdienst unentbehrlich zu machen, bot der SD an, die wechselseitige Kommunikation noch zu verbessern. An der Programmsitzung des Unterhaltungsrundfunks vom 13. Januar 1943 nahmen daher die Leiter der SD-Kulturabteilung sowie der Unterabteilung „Presse und Rundfunk“, Spengler und v. Kielpinski teil. Im kleineren Kreis besprach man Arbeitsmethoden und Abstimmungsmöglichkeiten, bevor sich die SD-Vertreter auf der Konferenz ein Bild davon machen konnten, wie ihr Material dort verarbeitet wurde. Zu der vom SD favorisierten und zunächst auch vereinbarten ständigen Teilnahme eines seiner Vertreter kam es jedoch nicht.²⁰²

Erkennbar strebte man im RMVP danach, sich bei aller guten Zusammenarbeit mit dem SD vor dessen Einflußnahme zu schützen, wie ja auch Fritzsche im Bereich der Presse versuchte, SD-Vertreter aus den vertraulichen Besprechungen der „Nachbörse“ zu entfernen. Deshalb wurden auch nicht alle Informationen zur Programmplanung an den SD weitergegeben. Statt des gewünschten Gesamtplans wurden ab Sommer 1942 nur Auszüge an das RSHA übermittelt, um Anregungen für die Programmbeobachtung zu geben.²⁰³ Im folgenden soll das Bild nachgezeichnet werden, das sich aus den vorgestellten Quellen der Hörerbeobachtung von der Rezeption der PZUR im Kriegsverlauf ergibt.

Entwicklung der Hörerrezeption

Im ersten Kriegsjahr erzielten die Rundfunkauftritte Hans Fritzsches ein bis dahin nicht dagewesenes Echo bei den Hörern. Im Januar 1940 dankte er in einem seiner Kommentare für Tausende von Zuschriften, Ratschlägen und Empfehlungen aus dem In- und Ausland.²⁰⁴ Es kann davon ausgegangen werden, daß der weit überwiegende Teil der Hörerpost zu dieser Zeit positiven Inhalts war. Mit der in ironischem Tonfall vorgetragenen und von unverwundlichem Vertrauen in die deutsche Überlegenheit geprägten PZUR sprach Fritzsche das erleichterte Gefühl seiner Hörer an, einen zunächst gefürchteten Krieg als Siegernation erleben zu dürfen.

²⁰⁰ Die einzelnen SD-Abschnitte hatten neben den allgemeinen Stimmungsberichten und aktuellen Anforderungen nur einmal monatlich pro Lebensgebiet einen Lagebericht an die Zentrale in Berlin zu senden; vgl. H. J. Fischer, *Erinnerungen*, Teil I, S. 72f.

²⁰¹ Beispielsweise in der Rundfunkkonferenz vom 3. 6. 1942, auf der Hinkel „einzelne Bemerkungen aus den SD-Berichten“ zur Kenntnis gibt. BA R 55/696, Bl. 2; Bezug auf MadR vom 28. 5. 1942, S. 3756. Vgl. auch Stellungnahme von Schaudinn, 13. 6. 1942 zu Ausführungen des SD-Berichts vom 11. 6. 1942, BA R 55/20640, Bl. 32ff. Weitere, spätere Erwähnungen in den Besprechungen vom 25. 3. 1943; BA R 55/20624, Bl. 14, vom 15. 4. 1943, BA R 55/696, Bl. 136, und vom 14. 5. 1943, BA R 55/696, Bl. 146.

²⁰² Protokolle Rundfunkkonferenz vom 6. 1. 1943 und 13. 1. 1943, BA R 55/20624, Bl. 1 und 4, sowie abweichende Version für den 13. 1. 1943, BA R 55/696, Bl. 107.

²⁰³ Vgl. Gengenbach (RSHA) an Hinkel, 4. 6. 1942, BA R 56 I/41, Bl. 8.

²⁰⁴ Fritzsche, PZUR vom 23. 1. 1940, BA R 55/1369, Bl. 78.

Doch auch Hörerkritik blieb nicht aus, so etwa in den Berichten, die der SD auf Anforderung im Sommer 1940 von seinen Abschnitten einholte, nachdem Fritzsche sich in einem Kommentar mit der innerdeutschen Stimmung auseinandergesetzt hatte. Seine unausgesetzte ironische Vortragsweise trug ihm den Vorwurf ein, er betreibe Propaganda in einem schnoddrigen Stil, welcher weder der Ernsthaftigkeit der Auseinandersetzung noch dem Gegner England angemessen sei. Zudem ziehe er Unwesentliches aus der englischen Presse heran, und seine Sendungen hätten das Publikum mit dazu erzogen, „die Endabrechnung mit England als eine Lappalie und England als eine Art Kartenhaus anzusehen, das beim leisesten Windstoß zusammenstürzt“.²⁰⁵

Gerade diese Form des Unernstes erfreute sich aber in Zeiten des ungetrübten Erfolges bei vielen Hörern großer Beliebtheit. Mit Fritzsches „volkstümlicher Sendung“, für deren Beliebtheit damals der Spruch kursierte: „Ich muß nach Hause, heute spricht der Fritzsche“, hörte die gegen England gerichtete Satire nicht auf, sondern setzte sich, von den Hörern begrüßt, in den Nachrichtensendungen fort. Glaubt man dem SD-Abschnitt Troppau, konnten sie nicht genug davon bekommen: „Der Satyre [sic!] über England könnte in den Nachrichten noch grösserer Raum gewidmet werden.“²⁰⁶ Das Bedürfnis, den englischen Gegner rhetorisch abgefertigt zu sehen, verstärkte sich mit der Erkenntnis, daß es offenkundig nicht gelang, ihn militärisch zu besiegen. Ausgerechnet Goebbels hielt es jetzt für notwendig, daß Fritzsche in seinen Kommentaren „weniger Weltanschauung und Ideologie“ bot und sich stärker auf die „praktische Abwehr feindlicher Propagandaangriffe“ konzentrierte.²⁰⁷

Trat er jedoch einmal aus der Rolle als propagandistischer Unterhalter heraus, wurde das bemerkt und kommentiert. Je nach Standpunkt strich man entweder den Ernst und die Strenge seines Tonfalls heraus und begrüßte dessen „sachlich-aufklärende [...] und erzieherische [...] Form“ oder bezweifelte die Aufrichtigkeit des Vorgetragenen.²⁰⁸ Sein Vortrag am 30. Juli 1940 wurde im Westen Deutschlands, der bereits regelmäßig unter britischen Luftangriffen zu leiden hatte, sehr negativ aufgenommen. Fritzsche führte aus, die bisher tausend deutschen Toten des Luftkrieges könnten für die Zielsetzung und Planung der militärischen Führung nicht ausschlaggebend sein. Sie müßten zudem in Relation gesetzt werden zu den vielen tausend ermordeten Volksdeutschen in Polen.

Trotz ihrer Belastung sei die Bevölkerung im Westen nicht dazu berechtigt, auf eine Beschleunigung der Offensive gegen England zu drängen. Damit warnte er indirekt vor überzogenen Erwartungen an die von der gesamten Propaganda angekündigte „Vergeltung“, verfehlte aber völlig den Erlebnishorizont seiner dortigen Hörer. Ein Hörer aus Münster hielt in seinem Tagebuch seine Wut über die Bagatellisierung des Luftkrieges durch Fritzsche fest, der außerdem in diesem Kommentar die Engländer erst auf ihren bereits erzielten Erfolg aufmerksam gemacht habe: „Es ist unerhört, was dieser größenwahnsinnig gewordene Mann angerichtet hat, so etwas müßte umgehend von der Bildfläche verschwinden. [...] wir verbitten es uns ganz entschieden, von einem Etappenhelden á la Fritzsche [sic!] angemeeckert und angepöbelt zu werden. Hoffentlich wird das den Berliner Stellen irgendwie mit aller Deutlichkeit klar gemacht, damit derart empörende Vorfälle sich nicht wiederholen können.“ Ähnliche Reaktionen fanden sich auch in den Berichten der SD-Abschnitte Münster und Dortmund wieder, wo die Ausführungen Fritzsches „zumindest als

²⁰⁵ SD Leipzig, Bericht vom 8. 8. 1940, BA R 58/789, Bl. 28.

²⁰⁶ SD Troppau, Bericht vom 5. 9. 1940, BA R 58/961, Bl. 172.

²⁰⁷ Goebbels, Tagebücher I, Bd. 8, S. 259 (Eintrag vom 8. 8. 1940).

²⁰⁸ MadR vom 1. 8. 1940, S. 1434f.

unpassend“ bezeichnet wurden. Sogar Goebbels hielt es für erforderlich, die dauernden Luftangriffe in Westdeutschland „nicht mehr so sehr [zu] bagatellisieren“. ²⁰⁹

Es schien ihm also nicht gut zu gelingen, sich glaubwürdig von seiner sonstigen Überheblichkeit dem Gegner gegenüber abzugrenzen, wenn er sich mit innenpolitischen Themen auseinandersetzte und die „Heimatfront“ in den Blick nahm. Vielleicht gelang es ihm auch jenseits der wohlfeilen Blitzkriegsironie nicht mehr so gut, die ideologisch und politisch indifferenten Hörschichten anzusprechen. Doch die ideologiefesten Kreise seiner Hörer blieben ihm weiterhin gewogen und lobten ihn besonders, wenn er in seinen Kommentaren „Ernst machte“. ²¹⁰ Bereits jetzt begann sich die Hörergemeinde Fritzsche aufzuspalten. Spätere SD-Meldungen sprachen entweder von Hörern, für die seine Kommentare weiterhin „das tägliche Brot“ bedeuteten, oder davon, daß er „über seine ihm treu gebliebene Hörergemeinde hinaus“ keine Anziehungskraft mehr ausübte. ²¹¹

Allgemein erwarteten die Hörer von der PZUR, daß sie durch besonderes Informationsmaterial ihren herausgehobenen Charakter rechtfertigte. Blieb dieses Material aus, verlagerte sich das Interesse auf andere Programmteile. Im Dezember 1940 teilte ein Hörer aus dem Rheinland Fritzsche mit, dort interessiere sich kaum einer für seine Vorträge. ²¹² Damit begegnete Fritzsche den gleichen Schwierigkeiten wie die Propaganda allgemein, der gerade in diesen Monaten des enttäuschten Wartens auf die England-Invasion eine zugkräftige Parole fehlte.

Sobald er aber aktuelle Ereignisse übergang, verlor Fritzsche noch mehr an Reputation. Im Februar 1941 ermittelte der SD noch, daß die Hörer Verständnis dafür aufbrächten, wenn die PZUR in der augenblicklichen Lage nicht so aktuell sein könne. Daß nach dem am 28. März 1941 von den deutschen Medien gemeldeten Staatsstreich in Jugoslawien die PZUR ebenso wenig auf das Geschehen einging wie die „Betrachtungen zur politischen Lage“, wurde übel vermerkt. Am 29. März war Fritzsche erneut auf Sendung, gab aber nur bekannte Informationen wieder. Er behauptete wahrheitswidrig, über die Vorgänge in Jugoslawien sei das deutsche Volk vollständig im Bilde und ging sogleich zu einer Polemik gegen angebliche englische Lügennachrichten über. ²¹³

Das Problem verschärfte sich weiter im ersten Winter des Rußlandkrieges 1941/42. Die militärische Krise im Osten ging einher mit einer Vertrauenskrise in die deutsche Propaganda, die zunächst vollmundig erklärt hatte, der Krieg gegen die Sowjetunion sei militärisch bereits entschieden, und dann lange über die sich verschärfende Frontlage schwieg. Auch wenn einerseits, gerade von Goebbels, versucht worden war, mit Hintergrundmaterial über die bestehenden Materialreserven der Sowjets die Presse zu einer weniger illusionsfördernden Berichterstattung zu veranlassen, verkündeten die deutschen Führungsstellen doch immer wieder, der Gegner sei praktisch bereits geschlagen – eine Botschaft, die sich in der Bevölkerung festgesetzt hatte. ²¹⁴ Fritzsche konzentrierte sich bei einem öffentlichen

²⁰⁹ Wantzen, *Leben im Krieg*, S. 197 (31. 7. 1940); SD Münster, 6. 8. 1940, sowie SD Dortmund, o. D., BA R 58/789, Bl. 11 und 39; Goebbels, *Tagebücher I*, Bd. 8, S. 246 (Eintrag vom 31. 7. 1940).

²¹⁰ SD Hamburg, Bericht vom 2. 8. 1940, BA R 58/789, Bl. 16.

²¹¹ SD Troppau, Bericht vom 15. 9. 1941, BA R 58/961, Bl. 127; SD München, Bericht vom 20. 10. 1941, BA R 58/1090, Bl. 56.

²¹² BA R 55/1383, Bl. 128f.

²¹³ *MadR* vom 17. 2. 1941 und 31. 3. 1941, S. 2005 und 2166.

²¹⁴ Ein Bericht des SD-Abschnitts Leipzig vom 7. 8. 1941 gibt als landläufige Meinung wieder: „Rußland, so meint man, habe jetzt nur noch Menschen, aber kaum noch Waffen, insonderheit Panzer und Flugzeuge. Es sei verloren [...]“. Steinert, *Hitlers Krieg*, S. 224; vgl. Baird, *Home Propaganda*, S. 63.

Vortrag im September 1941 sowohl auf die Größe des eroberten Territoriums als auch auf die Tatsache, daß die bisherigen Verluste gering seien; Hitler opfere keinen einzigen deutschen Soldaten, nur um Leningrad oder Moskau einen Tag früher zu nehmen.²¹⁵

Hitler selbst spitzte die bisher noch diffuse Hoffnung auf ein baldiges und siegreiches Ende des Rußlandkrieges in seiner Rede zum Erntedankfest am 3. Oktober 1941 zu, wo er als Resümee des bisherigen Feldzugverlaufs im Osten feststellte, der Gegner im Osten sei geschlagen und werde sich nie wieder erheben. Fritzsche griff diese Formulierung Hitlers am nächsten Tage auf und behauptete, allein aufgrund der vorgelegten Verlustzahlen sei der Gedanke eines Ersatzes beim Gegner „lächerlich und absurd“.²¹⁶ Auf Anregung Hitlers brief Reichspressechef Dietrich eine Sonderpressekonferenz ein, in welcher er vor einer riesigen Karte des europäischen Teiles von Rußland ausführte, nunmehr seien die *allerletzten Reste* der Sowjetarmee eingekesselt und gingen ihrer Vernichtung entgegen. Er spitzte Hitlers Äußerung vom 3. Oktober zu der Sentenz zu: „Der Feldzug im Osten ist entschieden“²¹⁷ und verbürgte sich dafür in dramatischer Geste „mit meinem ganzen Ruf als Journalist!“²¹⁸

Während Dietrichs euphorische Darstellung der Lage in der Pressekonferenz zu einer erregten, siegessicheren Stimmung führte, gelangte lediglich der offizielle militärische Lagebericht mit der Formel vom entschiedenen Feldzug im Osten in die Presse, wo diese Formel bei den meisten überregionalen Tageszeitungen die Hauptschlagzeile belegte.²¹⁹ Fritzsche hielt sich in der PZUR, sicher auf Geheiß des von solcher Festlegung entsetzten Goebbels, etwas zurück und sprach davon, daß die militärische Entscheidung „zu Gunsten des deutschen Soldaten“ gefallen sei.²²⁰ Selbst Sefton Delmer deutete in seinen Entgegnungen auf Fritzsches Kommentare an, dieser müsse über der wiederholten Erklärung, daß der Feldzug im Osten entschieden sei, ins Grübeln gekommen sein und habe die Taktik gewählt, erfundene britische Meldungen über russische Siege anzugreifen und auf diesem Wege zu signalisieren, daß der Feind noch nicht geschlagen sei.²²¹

Nur mühsam gelang der Propaganda wieder der Anschluß an die tatsächliche militärische Lage, nicht zuletzt durch die Feststellung Hitlers in seiner Rede vom 8. November 1941, daß der Krieg im Osten andauern werde und nicht mit den Blitzkrieg-Feldzügen vergangener Jahre zu vergleichen sei. Mit ihrer kurzsichtigen Spekulation hatte sich die Propaganda endgültig als das erwiesen, was Fritzsche in seinem Welser Vortrag 1940 noch als böswilliges Mißverstehen ihrer Arbeitsweise glossierte: als Demagogie, Lüge und Entstellung.

²¹⁵ Vortrag in Darmstadt, wiedergegeben nach *Hessische Landeszeitung*, 27.9.1941, bei Baird, Home Propaganda, S. 69. Eine vergleichbare Formulierung findet sich in der Pressewiedergabe seiner Vorträge in Frankfurt und Düsseldorf aus denselben Wochen übrigens nicht.

²¹⁶ Fritzsche, PZUR vom 4. 10. 1941, BA R 55/729, Bl. 77. Dort auch der Satz: „Wahrhaftig, manchmal hatte man den Eindruck, als wäre es das Schicksal selbst, das aus den Worten des Führers sprach.“

²¹⁷ Dietrich verteidigte sich später damit, daß diese Äußerung in dem Wortlaut erfolgt sei, den ihm Hitler im FHQ diktiert habe. Dietrich, 12 Jahre, S. 101f., ebenso Lorenz, E.E., 17. 12. 1947, IfZ MA-1361, Doc. NG-4331.

²¹⁸ Eine ausführliche Schilderung dieser Konferenz bei Smith, Feind schreibt mit, S. 74ff.

²¹⁹ So hatte der VB vom 10. 10. 1941 die Schlagzeile „Die Entscheidung ist gefallen“, während die *Frankfurter Zeitung* am 11. 10. 1941 erklärte: „Die sowjetische Widerstandskraft ist für immer zerbrochen“. Vgl. Baird, Home Propaganda, S. 73.

²²⁰ Fritzsche, PZUR vom 9. 10. 1941, BA R 55/729, Bl. 82. Goebbels hielt in seinem Tagebuch fest, daß seine Bemühungen, die optimistische Stimmung abzdämpfen, „in der Berliner Nachmittagspresse und im Rundfunk eine wesentliche Stütze“ fanden. Tagebücher II, Bd. 2, S. 94 (Eintrag vom 11. 10. 1941). Zu seiner Reaktion vgl. ebd., S. 87ff. und 91ff., sowie Semler, Goebbels, S. 54f. (9. 10. 1941).

²²¹ BBC auf deutsch, Abhörbericht vom 7. 10. 1941, BA R 55/526, Bl. 92ff.

Er selbst konnte sich nicht mehr einer ungebrochen positiven Reaktion seiner Hörer erfreuen, deren allgemeines Mißtrauen gegen die Propaganda er ebenfalls zu spüren bekam und dabei erkennen mußte, daß eben diese Hörer ihn nur als einen unselbständigen Bestandteil des Propagandaapparats betrachteten. Doch war es mitunter kaum besser, wenn Fritzsche persönlich angesprochen wurde. So schrieb ihm ein Hörer im Februar 1942: „So viel Freude mir Ihre abendlichen Ansprachen ehemals gemacht haben, so peinlich berühren Sie mich in der letzten Zeit, denn man merkt Ihnen nur zu deutlich an, daß Sie genau wissen, daß Ihre Worte nicht mehr stimmen und daß Sie zu kämpfen haben, um eine verlorene Sache zu verteidigen. Wäre es nicht besser, Schluß damit zu machen, als einem Sefton Delmer es so zu erleichtern, Sie lächerlich zu machen und durch den Cacao zu ziehen?“²²²

Diese Zuschrift und eine Reihe ähnlicher Stimmen zeigen, wie sich politisch indifferente, nicht nationalsozialistische Hörer, die Fritzsche Vertrauen geschenkt hatten, sich jetzt von ihm betrogen, ja narzißtisch gekränkt fühlten. Voraussetzung dafür war aber, daß die bisherige persönliche Integrität Fritzsches auch als Rechtfertigung für die eigene, vergangene „Freude“ so hoch eingeschätzt worden war, daß man ihm zutraute, die Wahrheit zu sagen und lieber zu verstummen, als weiterhin zu lügen.

Langfristig löste sich das Rezeptionsverhalten der Hörer von der Annahme, daß die PZUR eine zusätzliche Informationsquelle war, die regelmäßig zu konsultieren sich lohnte. Fritzsche konnte jetzt nur noch selten besonderes Interesse wecken, vor allem dann, wenn sich die Informationslage als für die Achsenmächte günstig zeigte. Dieselben Hörer, die sich kurz vorher noch gelangweilt gezeigt hatten, erwarteten plötzlich die aktuelle PZUR wieder mit Spannung, als Japan den Krieg mit den USA provoziert hatte.²²³ Aber ebenso schnell, wie das verloren geglaubte Interesse zurückgekommen war, verflüchtigte es sich in den kommenden Wochen auch wieder, so daß ein zeitweiliges Aussetzen der PZUR vorgeschlagen wurde.²²⁴

Im Gegensatz zu den mit gleichbleibender, und sogar wachsender Aufmerksamkeit verfolgten militärischen Vorträgen teilten Fritzsches Kommentare das Schicksal der übrigen politisch-propagandistischen Sendungen, die auf die Hörer nur noch eine geringe Anziehungskraft ausübten. Zum einen stieß seine schon früher von Teilen der Zuhörerschaft angegriffene Ironie auf Kritik, weil sie zur tatsächlichen militärischen Lage in ein wachsendes Mißverhältnis geriet. Zum anderen erkannten Hörer, daß Fritzsche bluffte und mit seiner „gebläht[en] und eingebildet[en]“ Vortragsweise dem Hörer „ein falsches Bild über Mängel und Macht im gegnerischen Lager“ vermittelte.²²⁵

Nicht nur die bürgerlichen Mittelschichten wendeten sich dagegen, auch in der Arbeiterschicht stieß seine Art auf wachsendes Unverständnis.²²⁶ Da er sich mit seiner Vortragsweise

²²² Zuschrift vom 13. 1. 1942, BA R 55/1382, Bl. 109. Im weiteren Verlauf legte der Schreiber Fritzsche nahe, sich der Opposition gegen dieses Regime anzuschließen „und Ihre nicht hoch genug zu schätzende Kraft einer guten und Deutschland wirklich nutzbringenden Sache“ zur Verfügung zu stellen.

²²³ SD Tilsit, Berichte vom 3. 11. und 8. 12. 1941, BA R 58/961, Bl. 47 und 60; SD Troppau, 10. 11. 1941, ebd., Bl. 102; MadR vom 18. 12. 1941, S. 3104; SD Braunschweig, 13. 1. 1942, BA R 58/963, Bl. 1.

²²⁴ SD Frankfurt/Main, 19. 1. 1942, BA R 58/963, Bl. 111f.

²²⁵ SD Schwerin, Bericht vom 4. 2. 1942, BA R 58/963, Bl. 69f. Da für den Zeitraum zwischen Januar und April 1942 keine PZUR überliefert sind, konnte ich nicht nachprüfen, ob Fritzsches Vorträge mehr oder weniger ironische Elemente als sonst enthielten. Die aus dem Dezember 1941 erhalten gebliebenen Mitschriften zeichnen sich stärker durch heftige Angriffe, vor allem auf die USA und ihren Präsidenten Roosevelt aus. StAM SpK 477, Heft III.

²²⁶ SD Schwerin, Bericht vom 4. 2. 1942, BA R 58/963, Bl. 69f.; SD Breslau, 17. 1. 1942, ebd., Bl. 6; SD Chemnitz, 27. 1. 1942, ebd., Bl. 68.

erkennbar festgefahren hatte, mochte es sowohl ihm als auch seinen Hörern als gute Gelegenheit erscheinen, daß ihm sein Fronteinsatz zwischen April und September 1942 eine Atempause verschaffte, ohne daß seine Sendung explizit hätte abgesetzt werden müssen.

Nach seiner Rückkehr von der Stalingradfront im September 1942 konnte Fritzsche natürlich mit der Neugierde seines Publikums rechnen. Seine gelegentlichen Frontberichte waren allgemein auf ein sehr positives Echo gestoßen und vermittelten den Eindruck, als sei er in der härteren Kriegsrealität des Jahres 1942 angekommen. Aufmerksamkeit war ihm also sicher, als er in seiner ersten PZUR nach der Pause einen Überblick über das vergangene halbe Jahr brachte. „Fritzsche habe zwar nichts neues gebracht, doch habe er es verstanden, die Hörer überzeugend zu interessieren“, meldete der SD.²²⁷ Dies war sicher auch der Fall, als der frisch ernannte „Bevollmächtigte für die politisch-propagandistischen Sendungen des Großdeutschen Rundfunks“ seine Programmvorstellungen am 7. November 1942 in einem Rundfunkkommentar erläuterte.²²⁸

Nach kurzer Zeit war jedoch festzustellen, daß es Fritzsche nicht mehr gelang, seine Popularität aufrechtzuerhalten. Bereits in der Zeit seiner Abwesenheit hatte sich der Trend gezeigt, daß die Hörer der politischen Rundfunkvorträge ihr Interesse nicht mehr so sehr auf den Vortragenden, als vielmehr auf den Inhalt richteten.²²⁹ Darüber hinaus hatte er wenig Möglichkeiten, den Hörern die wachsenden militärischen Probleme realistisch zu erläutern und anhand eigener Informationen zu analysieren. Seine ihm von Hörern attestierte „Offenherzigkeit“ lief zum Beispiel ins Leere, als auch er nach dem Beginn der alliierten Landung in Nordafrika im November 1942 keine konkreten Angaben zu ihrem Verlauf machen konnte.²³⁰

Die Lücken füllte er wie vor seiner Militärpause, indem er die Politik des Gegners ironisierte. Er konzentrierte sich außerdem auf die polemische Auseinandersetzung mit der gegnerischen Propaganda. Meldungen hoben hervor, daß er dabei „feindliche Propagandamaßnahmen kritisiere, die man bei uns im eigenen Lande feststellen könne. Dies gelte insbesondere für die letzten Ausführungen Fritzsches, als er die Überheblichkeit der englischen Propaganda geißelte.“ Das deutlichste Urteil über dieses, auch von anderen Kommentatoren überreizte Stilmittel fällt ein vom SD Stuttgart angeregter Arbeitskreis in einem Thesenpapier vom Dezember 1942. Eine Polemik, „die eigene Rückschläge bagatelisiert, Leistungen des Gegners als unbedeutend abtut und feindliche Staatsmänner verunglimpft“, sei des deutschen Volkes unwürdig. Es werde zwar nicht angenommen, daß Fritzsche lügt, doch müßte dem deutschen Volk gegenüber zumindest die Illusion der Sachlichkeit mehr gewahrt werden. „Dem Churchill ist ohnehin wurscht, was Fritzsche sagt!“²³¹

Zwischen Januar und Ende Februar 1943 legte Fritzsche im Angesicht der militärischen Krise vorübergehend seinen gewohnten Ton ab, und der SD-Abschnitt Stuttgart konnte melden: „Daß Fritzsche anstelle seiner früheren sarkastischen Art jetzt ernstere und nüchternere Fassungen vorzieht, wird durchweg begrüßt.“²³² Keine Toleranz brachten seine Hörer jedoch für Erörterungen auf, die sie als für das Kriegsgeschehen unwichtig empfanden. Polemiken über die Feindmächte wurden daher ebenso wenig bei Fritzsche wie bei den

²²⁷ SD Frankfurt/Main, Bericht vom 4. 11. 1942, BA R 58/967, Bl. 42.

²²⁸ Fritzsche, „Ein Wort an die Hörer“, *Reichsrundfunk*, Nr. 5/1942, S. 192f.

²²⁹ MadR vom 15. 10. 1942, S. 4333.

²³⁰ Vgl. Wantzen, *Leben im Krieg*, S. 1009 und 1017 (Einträge vom 10. und 14. 11. 1942).

²³¹ SD Frankfurt/Main, Bericht vom 5. 12. 1942 für 1.–3. 12. 1942, BA R 58/967, Bl. 72ff.; SD Stuttgart, Vorschläge zur Rundfunkgestaltung vom 14. 12. 1942, BA R 58/959, Bl. 12.

²³² SD Stuttgart, 13. 1. 1943, BA R 58/959, Bl. 32.

übrigen Kommentatoren goutiert.²³³ „Von ihm wurde in den Tagen der schweren Abwehrkämpfe mehr erwartet als Polemik.“²³⁴ Seine „süffisanten“ Ausführungen seien hingenommen worden, „solange nichts Schweres von der Front zu berichten war“. Nun ging das Interesse der Zuhörer erneut über seine Vorträge hinweg, was im Frühjahr 1943 erneut zu Anregungen führte, Fritzsches Sendung für einige Zeit abzusetzen.²³⁵ Die in diesen Kritiken hervorgehobene „Ironie“ war sicher ein markantes Element in Fritzsches Kommentaren, das ab März 1943 wieder stärker hervortrat.

Der sachliche, leidenschaftslose Bericht ließ sich nur noch bei den Militärs auffinden. Dem Propagandisten hingegen waren nur zwei Tonarten vorgegeben: entweder eine ideologisch auf Extreme zugespitzte, oder eine ironisch-verächtliche Auseinandersetzung mit den Gegnern. Für die erstere hatte Fritzsche das falsche Image und auch kein besonderes Talent, wie die um eine schärfere Ideologisierung bemühten PZUR ab dem Frühjahr 1943 wiederholt erkennen lassen. Mit der letzteren Tonlage verspielte er jedoch alle Chancen, noch einmal als politischer Kommentator ernst genommen zu werden.

Uneinheitlich gestalteten sich die Hörerreaktionen, wenn Fritzsche dazu abgeordnet wurde, als offizieller Sprecher eine akute Krise zu behandeln. Am Tag der Bekanntgabe der Kapitulation des Stalingrader Kessels wurde als Militärkommentator Major Rudolf Balzer, als politischer Sprecher Hans Fritzsche ausgesucht. Wie der dazugehörige Programmorschlag ausführte, seien diese beiden Reden „jedes äußeren Pathos entkleidet“ zu halten. „Ganz sachlich werden Leistung und Sinn des Kampfes um Stalingrad geschildert. Reichsminister Dr. Goebbels übernimmt für die richtige psychologische Abwägung und Anlegung dieser beiden Ansprachen [...] persönlich die Verantwortung.“²³⁶

Fritzsches Vortrag am 3. Februar 1943 fand ein sehr uneinheitliches Echo. Er habe „das Lied der Kameradschaft und Treue in ergreifender Weise gesungen“ und dabei auch aus eigenem Erleben auf die durch die 6. Armee errungenen Siege verwiesen. Auf diese Weise sei die Frage nach dem Sinn dieses Opfers gerade für diejenigen Hörer beantwortet worden, die einen Angehörigen bei Stalingrad verloren hätten. Andere Stimmen kritisierten seine auch in dieser Situation distanziert wirkende Vortragsweise und merkten an, man solle in einer solchen Lage keinen „Nichtkrieger“ sprechen lassen, der seinen propagandistischen Hintergrund nicht verbergen könne, dem man ein ernsthaftes Engagement in solchen Augenblicken nicht abnehme und der sich zudem „beizeiten“ von der 6. Armee verdrückt habe.²³⁷ Sein ehrender Nachruf sei trotz des warmen Tones zu „glatt“ und „wortgewandt“ gewesen.²³⁸

Ähnlich disparat fielen die Urteile aus, als Fritzsche am 8. Mai 1943 die Kapitulation des Afrika-Korps zu behandeln hatte. Er argumentierte, durch den dort fortgesetzten Kampf

²³³ So stellte es der SD-Abschnitt Frankfurt/Main anlässlich einer Glosse Fritzsches über das Verhältnis zwischen den Alliierten in der PZUR vom 20. 2. 1943 fest; BA R 58/968, Bl. 10.

²³⁴ SD Stuttgart, Bericht vom 23. 1. 1943, BA R 58/959, Bl. 46.

²³⁵ SD Stuttgart, Bericht vom 24. 2. 1943, BA R 58/959, Bl. 64; Bericht der Parteikanzlei vom 27. 3. 1943, BA NS 6/414, Bl. 98.

²³⁶ Ungezeichneter Entwurf, ausgefertigt zur Unterschrift durch Fritzsche, 2. 2. 1943, DRA/SAM RMVP 76, Bl. 5ff. Zur Resonanz auf Vorträge von Major Balzer vgl. u. a. MadR vom 4. 1. 1943, S. 4620.

²³⁷ Zusammenstellung des SD vom 8. 4. 1943 von Stimmen zum Rundfunkvortrag Hans Fritzsches vom 3. 2. 1943, BA R 55/531, Bl. 91ff.

²³⁸ MadR vom 8. 2. 1943, S. 4765. Die Lektüre des Vortrags aus heutiger Perspektive kann die damaligen Stimmen nicht voll bestätigen. Fritzsches Stil irritierte hier vielleicht gerade, weil es dem Autor gelungen war, sehr weit aus seinen stilistischen Gewohnheiten herauszukommen. StAM SpK 477, Heft IV.

hätten die Alliierten es nicht vermocht, ihre zweite Front in Europa aufzubauen und sechs Monate verloren, in denen Deutschland Zeit gehabt habe, den Atlantikwall zu errichten.²³⁹ Damit, so die Hörerkritik, verkleinere er die Schwierigkeiten und mache aus einer eindeutigen Niederlage nachträglich einen Sieg.²⁴⁰ Dies sei durchsichtige Propaganda, die er dem Feind in der Vergangenheit oft selbst vorgeworfen habe. Es sei keine leichte Aufgabe gewesen, diese erneute Niederlage zu erklären, aber im Gegensatz zu Dittmars und Lützows Kommentaren passe Fritzsches Ton nicht zu diesen Ereignissen.²⁴¹

Während einige Berichtersteller aus Westfalen Lob dafür verzeichneten, daß er sich um Sachlichkeit bemüht hatte, beschwerte sich ein anderer Bericht aus der gleichen Region darüber, daß Fritzsche in seiner „schnodderigen“ Art die Kapitulation bagatellisiert habe. Der Schreiber des Berichtes regte an, an „solch ernsten Tagen“ von einem Einsatz dieses Sprechers abzusehen, denn „Fritzsche verdirbt bestimmt mehr als er nützt. Das Volk ist sehr erbittert.“²⁴² Doch auch Kollegen des Kommentators rieben sich an seinem Ton und seinem Vortragsstil. So bekannte Generalleutnant Dittmar als Zeuge in Fritzsches Berufungsverfahren, er habe sich bei dessen Vorträgen manchmal an der Form gestoßen, „die nicht ganz in Übereinstimmung stand mit dem Ernst, den er zu sagen hatte“. In der gleichen Verhandlung erklärte der Leiter des Seehaus-Dienstes, Kurt Mair, sogar, er habe ihn „im Rundfunk äußerst ungerne gehört“ und ihm einige Male vorgeschlagen, seine Texte verlesen zu lassen.²⁴³ Auf seine früher so geschätzte Vortragsweise richtete sich nun die Abneigung der Hörer, die vielleicht gerade durch diesen Tonfall an die so selbstsicher vorgetragenen Prophezeiungen früherer Jahre erinnert wurden und mitunter hämisch vermerkten, daß sich Fritzsches neuere Prophezeiungen innerhalb einer Woche als verfehlt erwiesen.²⁴⁴

Als bis zum Sommer 1943 die Stimmung im Reich immer weiter absackte und die bisher undenkbare Niederlage ernsthaft in Betracht kam, wuchs auch der Unmut über die Propaganda und ihre wichtigsten Vertreter. Während sowohl die Leitartikel in der Presse als auch die politischen Vorträge im Rundfunk so gut wie überhaupt nicht beachtet wurden,²⁴⁵ reagierten die Hörer gereizt auf den Qualitätsverfall der Vorträge Fritzsches. Lakonisch stellte der SD-Abschnitt Schwerin am 4. Mai 1943 fest: „Wohl kein Punkt des ständigen Rundfunkprogramms ist zzt. so umstritten wie die Vorträge Fritzsches.“²⁴⁶ Daneben wurde immer lauter gefordert, seine Sendungen seltener auszustrahlen oder am besten gleich ganz einzustellen. Daß Fritzsche jetzt mitunter auch den „Bericht zur Lage“ gab wie am 6. Mai 1943

²³⁹ Vgl. Fritzsche, PZUR vom 8.5.1943, BA R 55/524, Bl. 175ff. Fritzsche sagte u.a.: „Was vor sechs Monaten nicht gelang, das gelingt jetzt nimmermehr.“ Ebd., Bl. 178.

²⁴⁰ Dies wurde aber der deutschen Propaganda allgemein vorgeworfen, vgl. u.a. SD-Abschnitt Linz, Bericht vom 12.5.1943, BA NS 6/409, Bl. 119f.

²⁴¹ SD-„Zusammenstellung von Einzelmeldungen“ vom 14.5.1943, BA R 58/963, Bl. 107ff.

²⁴² Zit. aus Schreiben der Gestapo Münster vom 18.5.1943, BA R 58/963, Bl. 76. In der Tendenz völlig anders: SD Münster, Meldung vom 15.5.1943, ebd., Bl. 101, sowie SD Frankfurt/Main, 12.5.1943, BA R 58/958, Bl. 88.

²⁴³ Protokoll BV vom 22.9.1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

²⁴⁴ SD Schwerin, Anhang zum Bericht vom 18.5.1943, BA NS 6/244, Bl. 8. Der SD Stuttgart stellte in seinem Bericht vom 17.4.1943 fest: „Die Kritik, die in Württemberg an Fritzsche in allen Bevölkerungsschichten fast allgemein geübt wird, bezieht sich kaum auf seine Person. Sie richtet sich vielmehr gegen die Art seiner Polemik und gegen seine Sprechweise. [...] Vor allem stoße sein überheblicher, schnoddriger Ton [...] ab.“ BA R 58/959, Bl. 114.

²⁴⁵ SD-Abschnitt Linz, Bericht vom 9.4.1943, BA NS 6/409, Bl. 61.

²⁴⁶ SD Schwerin, Bericht vom 4.5.1943, BA R 58/963, Bl. 121, sowie SD Dresden, Bericht vom 3.5.1943, BA R 58/963, Bl. 113, ebenso „Stimmen zu den Vorträgen von Hans Fritzsche“, Bericht vom 21.5.1943, BA R 58/963, Bl. 84f.

zur ausländischen Behandlung der Entdeckung der Massengräber von Katyn, vermerkten einige kritische Hörer „mit Entsetzen“.²⁴⁷

Allerdings hatten diejenigen seiner Vorträge, welche sich auf aktuelle Probleme im Inland bezogen, weiterhin eine spürbar positive Resonanz, die sie sich mit Goebbels' entsprechenden Leitartikeln teilen konnten. Als Fritzsche in seinem Vortrag vom 16. März 1943 die zeitweilige militärische Entspannung nach der Wiedereroberung Charkows dazu nutzte, gegen klassenkämpferische und „proletarisierende“ Tendenzen im Reich Stellung zu beziehen, pflichteten ihm seine Hörer bei. „Es ist uns wirklich eine Freude, Fritzsche einmal wieder in jeder Hinsicht ganz zustimmen zu können. So ist's richtig, wenn er nur öfters die Hände und den Mund von der Außenpolitik lassen würde.“²⁴⁸ Zu seinem Vortrag vom 29. Mai 1943, in welchem er unter anderem auch das Ausbleiben der bisherigen U-Boot-Erfolge behandelte, erfaßte der SD sehr positive Äußerungen, deren Kern neben seiner „schlichten“ Vortragsweise die Überzeugung der Hörer war, daß er „offenbar über die Sorgen der Heimat Bescheid weiß“.²⁴⁹

Fritzsches Spielraum war jedoch viel geringer als der seines Ministers, und daher mußte er zwangsläufig der Außenpolitik weiterhin den meisten Platz in den Zeitungs- und Rundfunkschauen einräumen. Und wenn er zu Beginn des Krieges einen Großteil seiner Popularität daraus zog, daß sich seine PZUR mit der Publizistik des Gegners auseinandersetzen konnte, war ihm hierfür jetzt nur noch selten eine unproblematische Möglichkeit gegeben, die dann entsprechend auffiel und positiv vermerkt wurde.²⁵⁰

Auch in anderen Zusammenhängen lernte er die Schattenseite seiner Popularität kennen. Der Krieg wurde durch die Luftangriffe in die Heimat getragen, doch die führenden Meinungsmacher hatten keine Argumentationslinie, die sie konsequent beibehalten konnten, ohne ihre eigene Glaubwürdigkeit weiter zu untergraben. Statt dessen waren sie, und war somit auch Fritzsche dazu angehalten, die Auswirkungen des Luftkrieges zu verleugnen oder herunterzuspielen. Wie schon erwähnt, machte er sich damit bereits 1940 in den betroffenen Gebieten unbeliebt.

Während er weiterhin die englischen Luftangriffe als „Mauloffensiven“ verhöhnnte, konnten seine Gegner im Äther auf die ihnen – und ihren deutschen Hörern – bekannten Erfolge ihrer Angriffe verweisen und mit weiteren Angriffen als Antwort auf deutsche Phrasen drohen. Im deutschen Dienst der BBC sprach Sefton Delmer am 26. August 1941 von Fritzsches „Sensationslüge, die Sie sich diesmal erlaubten, daß die RAF-Offensive zusammengebrochen wäre! Ich glaube nicht, daß Sie damit den Einwohnern Süd- und Westdeutschlands

²⁴⁷ Transkript in StAM SpK 477, Heft IV; SD München, Meldung vom 8. 5. 1943, BA R 58/963, Bl. 124, sowie als ein Beispiel für viele: SD Prag, Meldung vom 15. 5. 1943, ebd., Bl. 102. „Die politischen Rundfunkkommentare seien keine überflüssige Einrichtung, doch könnten diejenigen von Hans Fritzsche zurzeit leicht entbehrt werden.“ In einer ca. in der 2. Jahreshälfte 1943 beim SD erfolgten Zusammenstellung von Einzelmeldungen wird die Frage aufgeworfen, warum Fritzsche nicht durch andere Sprecher oder durch andere Sendetypen wie z. B. eine politische Hörfolge ersetzt werden könne, „wenn er doch nichts Neues brächte und er einmal gefallen h a b e [gesperrt im Original]“. BA R 55/531, Bl. 104.

²⁴⁸ SD Stuttgart, Bericht vom 17. 3. 1943, BA R 58/959, Bl. 83.

²⁴⁹ SD Stuttgart, Bericht vom 2. 6. 1943, BA R 58/960, Bl. 3, sowie SD Frankfurt/Main, Bericht vom 2. 6. 1943, BA R 58/958, Bl. 112. Transkript des Vortrags in StAM SpK 477, Heft IV. Allerdings gab sich Fritzsche darin Mühe, die ausbleibenden Erfolge als eine reine Konjunkturschwankung darzustellen, die zur Natur dieses Kriegsschauplatzes gehöre. Die „Sorgen der Heimat“ ließ er dabei tunlichst unerwähnt und bezog sich auf die angeblichen erfreuten Äußerungen des Gegners.

²⁵⁰ SD Stuttgart, Bericht vom 20. 7. 1943, BA R 58/960, Bl. 42.

[...] eine Freude machen werden, die vielleicht noch heute Abend erfahren dürften, wie Sie gelogen haben.“²⁵¹

Auch in den nächsten Phasen des Luftkrieges gelang es Fritzsche ebensowenig wie der Propaganda insgesamt, weiterhin die strategische Erfolglosigkeit der Bombardements zu behaupten und gleichzeitig Mitgefühl mit der betroffenen Bevölkerung erkennen zu lassen. So erklärte er in der PZUR vom 9. März 1943 zu den regelmäßigen Angriffen der vergangenen Wochen, im Frieden hätte man sich solche Auswirkungen nur voller Entsetzen vorgestellt. Im vierten Kriegsjahr jedoch würde man zu dem Schluß kommen, daß die Zahl der Todesopfer und der Umfang der wirtschaftlichen Schäden, gemessen an den vom Feind eingesetzten Mitteln, unverhältnismäßig gering seien.²⁵²

Es ist nicht verwunderlich, daß solche Ausführungen auf Unverständnis stießen, obwohl sie zu dem Ton paßten, der angesichts der anglo-amerikanischen Luftoffensive generell in Presse und Rundfunk angeschlagen wurde.²⁵³ Zu einer weiteren PZUR, die Fritzsche nach den verheerenden Angriffen auf die Möhne-Talsperren im Juni 1943 gab, bemerkte der SD Münster: „Wenn z. B. gesagt würde, daß die Luftangriffe zwar Leiden und Trauer brächten, aber keine Schwächung unserer Kraft, so müsse das den Augenzeugen der Angriffe, z. B. die Bewohner der Umgebung der Talsperren, von Dortmund und Wuppertal, doch zumindest unglaublich vorkommen.“²⁵⁴ Fritzsche selbst wurde zum Objekt von Gerüchten, nach denen er in seinen Kommentaren unrealistisch geringe Prozentzahlen der erfolgten Zerstörungen genannt oder sie sogar konkret geleugnet habe.

Fritzsche nahm zunächst nur intern, so im Juni 1943 auf einer Tagung der Reichspropagandaleitung der NSDAP in Berlin, zu diesen „von irgendwelchen Narren“ ausgestreuten Gerüchten Stellung, „die behaupteten, ich hätte z. B. einmal gesagt von Bochum, Dortmund und Düsseldorf, da wäre nicht, wie der Londoner Rundfunk behauptet hätte, 80 Prozent, sondern nur 10 Prozent zerstört, es wäre also alles halb so wild, woraufhin die Bewohner dieser Städte und Gaue selbstverständlich erklärten: ‚Der Rundfunk oder der Fritzsche, die haben uns jetzt die nächsten Angriffe einfach mutwillig auf den Hals geschoben.‘ [...] Es lohnt ja nicht, darüber nun im einzelnen ein Dementi zu geben, zumal ich gesehen habe, daß in sehr dankenswerter Weise einer der Gauleiter ja auch diese Sache in einer großen öffentlichen Versammlung und dann auch in der Presse seines Gaues richtiggestellt hat.“²⁵⁵

Hier bezog er sich auf die offizielle Erklärung des Oldenburger Gauleiters Wegener, der sich dagegen verwahrte, daß Fritzsche die Wirkungslosigkeit der Angriffe auf die Dortmunder Rüstungsindustrie behauptet habe.²⁵⁶ Derselbe Gauleiter erklärte aber zur gleichen

²⁵¹ BA R 55/526; Abhörbericht vom 26. 8. 1941, BA R 55/526, Bl. 37.

²⁵² BA R 55/524, Bl. 80f.

²⁵³ Vgl. Einzelmeldung des SD, o. D., BA R 58/789, Bl. 123. In den „Stimmen zum Rundfunk“ findet Fritzsches Vortrag keine Erwähnung, dafür werden in den „Meldungen aus dem Reich“ vom 11. 3. 1943 einige Pressestimmen aufgeführt, die Fritzsches Argumentation entsprechen. MadR, S. 4927. Zu dieser Zeit kursierten über die Angriffe auf München, Stuttgart und Essen Gerüchte über Tausende von Toten, vgl. MadR vom 15. 3. 1943, S. 4944.

²⁵⁴ Zusammenfassende Meldung des SD über das Echo auf die Vorträge Hans Fritzsches, ca. Juni 1943, BA R 58/963, Bl. 74. Fritzsche führte in der PZUR vom 29. 5. 1943 sinngemäß aus, als Objekt blieben im Grunde nur zivile Objekte übrig, da die Rüstungsproduktion über den riesigen von Deutschland kontrollierten Raum verteilt werden könne. „Wir kennen die Wirkungen des Bombenkrieges; wir wissen, was er an Leid anrichten kann und was er an Schwächung nicht anzurichten vermag.“ StAM SpK 477, Heft IV.

²⁵⁵ Fritzsche, Ansprache vom 22. 6. 1943, DRA/SAM RMVP 135.

²⁵⁶ *Rote Erde* (Oldenburg) vom 9. 6. 1943, wiedergegeben in Antwort Fritzsches vom 11. 6. 1943 auf Hörerbrief vom 6. 6. 1943, BA R 55/533, Bl. 120f.

Zeit vor Berliner Journalisten, die sich auf einer Rundreise durch die Luftkriegsgebiete befanden, nach einem zeitgenössischen Bericht, „wenn [...] Hans Fritzsche (!) am Tage nach seiner in der vergangenen Woche gehaltenen Rundfunkrede nach Bochum gekommen sei und sich zu erkennen gegeben habe [sic!], dann wäre er ganz sicher nicht mehr lebend herausgekommen“.²⁵⁷

Im Juli 1943 beschwerte sich der Kreiswirtschaftsberater der Stadt Mülheim an der Ruhr, daß Fritzsches neuerliches Dementi einer von London behaupteten Totalzerstörung Mülheims und Wuppertals eine regelrechte Einladung an die englischen Bomber sei, sich des nicht zerstörten Teils der erwähnten Städte ein weiteres Mal anzunehmen. Schreiben ähnlichen Inhalts erreichten Fritzsche aus vielen weiteren Städten nach jeweils erfolgten neuen Bombenangriffen.²⁵⁸ In der Öffentlichkeit sprach er allerdings wider besseres Wissen und ohne Nennung seines eigenen Namens zunächst davon, daß diese Behauptungen vom Gegner gemacht worden seien.²⁵⁹ In einem Antwortbrief behauptete er, gerade durch das klare Eingeständnis der Größe dieser Zerstörungen habe er dem Gegner zeigen wollen, daß der Luftterror kein Mittel sei, um den Krieg gegen Deutschland zu gewinnen.²⁶⁰

Da die Gerüchte um seine Person nicht verstummen wollten, ging er allmählich in die Offensive und rückte zunächst von seiner Behauptung ab, nur der feindliche Rundfunk hätte ihm die Verharmlosung der Angriffserfolge unterstellt. Jetzt waren es auch einheimische „Narren“, die solche Behauptungen weitertrugen, und Fritzsche bot „einen Taler für jeden, der es wirklich gehört hat“.²⁶¹ Anlässlich einer Einladung durch das RPA Köln schrieb er, er habe ein besonderes Interesse daran, „in Köln zu sprechen, wo man mir so törichte Behauptungen von der angeblich sehr viel geringeren Zerstörung der Stadt unterstellte“.²⁶² Da diese „ausnahmslos in jeder schwer bombardierten deutschen Stadt“ auftauchten, mutmaßte er bereits, sie würden „von einer zentralen Stelle absichtlich verbreitet“.²⁶³

Ein stereotyper Vorwurf, der in den am stärksten vom Luftkrieg betroffenen Gebieten Westdeutschlands immer wieder erhoben wurde, war die angeblich unverdiente Herausstellung Berlins.²⁶⁴ Auch beim Ersteinsatz der V-Waffen wurde Fritzsche dafür kritisiert, daß er in der PZUR diesen Einsatz als Vergeltung für Berlin darstellte. Daraufhin antwortete er einem Briefschreiber, vor dem Feind müsse Berlin als die Hauptstadt des Deutschen Reiches herausgestellt werden, weil das Ziel der Vergeltung ja London sei. „Wenn ich es vor dem Feind verantworten könnte, hätte ich längst das Hohe Lied der Standhaftigkeit des

²⁵⁷ Wantzen, *Leben im Krieg*, S. 1110. Eintrag vom 9. 6. 1943 nach einem Informationsbericht (Köhler).

²⁵⁸ Hörerbrief an Fritzsche vom 8. 7. 1943. Vgl. hierzu Hörerbrief aus Krefeld vom gleichen Tag, aus Düsseldorf vom 25. 6. 1943, aus Köln vom 11. 7. 1943, sowie Hörerbriefe aus Hamburg vom 15. 8. 1943, BA R 55/533, Bl. 125, 128f., 131, 162 und 164.

²⁵⁹ Fritzsche, PZUR vom 17. 7. 1943, BA R 55/525, Bl. 17. Auch die PZUR vom 28. 8. 1943 lehnte es ab, „über Prozentsätze einer Zerstörung zu debattieren“. Ebd., Bl. 76. In der Rundfunk-Arbeitsbesprechung (RAB) vom 5. 8. 1943 erläuterte Fritzsche, natürlich sei dieses Gerücht inländischen Ursprungs, aber das hätte er nicht öffentlich verkünden können. DRA.

²⁶⁰ Fritzsche, Antwortbrief vom 30. 6. 1943 auf Hörerbrief vom 25. 6. 1943, BA R 55/533, Bl. 124f.

²⁶¹ PZUR (Typoskript) vom 4. 9. 1943, BA R 55/525, Bl. 88. Transkript in StAM SpK 477, Heft III.

²⁶² Fritzsche an Ohling (RPA Köln), 14. 10. 1943, BA R 55/1343, Bl. 18.

²⁶³ Fritzsche an den Oberbürgermeister von Mannheim, Remminger, 23. 10. 1943, BA R 55/536, Bl. 200.

²⁶⁴ Berlin hatte zwischen August 1943 und März 1944 19 Großangriffe zu überstehen und wäre in ähnlich umfassendem Maße dem Erdboden gleichgemacht worden wie viele west- und süddeutsche Städte, hätte nicht ein umfangreiches System von Brandmauern in Berlin die Ausbreitung von Flächenbränden behindert. Insoweit war Berlin in der Tat ein besonderes Ziel der alliierten Luftoffensive, wenngleich die Erfolge hinter den Erwartungen zurückblieben. Vgl. Friedrich, *Der Brand*, S. 166f.

deutschen Westens gesungen. Aber Sie als Blockleiter sollten, weiß Gott, wissen, warum das einfach noch nicht geschehen konnte.“²⁶⁵ Warum eigentlich nicht? Fritzsche fertigte die Kritik des einfachen Parteigenossen recht aggressiv ab, und vielleicht war dies eine verspätete Reaktion auf die vielfältigen Unterstellungen und die Kritik aus Westdeutschland seit 1940. Anlässlich einer Massenbeerdigung in Schweinfurt trat er im Oktober 1944 auf und rühmte das Andenken derer, die gefallen seien, damit Deutschland leben könne.²⁶⁶ Offenbar hatte sich die Erbitterung über seine Person etwas gelegt, sonst wäre ein solcher Auftritt wohl kaum geplant worden. Aufs ganze gesehen beschädigte aber sein Umgang mit dem Thema „Luftkrieg“ Fritzsches Ansehen bei seinen Hörern erheblich.

Seit dem Sommer 1943 mußte er infolge des dramatischen Stimmungseinbruchs und der intensivierten gegnerischen Propaganda seine Kommentare wieder häufiger dazu nutzen, Meldungen und Behauptungen des gegnerischen Rundfunks zu kommentieren.²⁶⁷ Aber auch, nachdem im Herbst 1943 mittels einer verstärkten staatlichen Repression die bisher schwerste Stimmungskrise des NS-Staates überwunden worden war, blieb ein allgemeines Desinteresse an politischer Kommentierung bestehen. Der Medienkonsument im Kriege wollte nur noch eine möglichst faktengesättigte Berichterstattung gelten lassen und brachte für die Darbietungen der Propaganda keine Geduld mehr auf. „Die weitaus größte Beachtung aller Rundfunksendungen findet nach wie vor der Nachrichtendienst bzw. der Wehrmachtsbericht und die ‚Berichte zur Lage‘. Man erhofft auf diesem Wege doch eines Tages einen Lichtblick für die Zukunft (Invasion und Vergeltung) zu erhalten. Da man den realen militärischen Berichten weit mehr Glauben schenkt als den politischen Vorträgen, finden diese auch einen weitaus größeren und interessierten Hörerkreis.“²⁶⁸

So war in den letzten Kriegsjahren Generalleutnant Dittmar der einzige in den SD-Berichten ständig erwähnte Kommentator. Was dieser sich durch seinen vertrauensbildend wirkenden, militärischen Stil erarbeitet hatte, erlangte Fritzsche nur noch in den Momenten, in denen sich eine bedeutende Wendung des Kriegsgeschehens ereignete und er als profilierter Rundfunkkommentator vorgeschickt wurde. Am ersten Tag der Invasion in der Normandie wurde der von ihm mittags gegebene „Bericht zur Lage“ geradezu „gefressen“ und vor allem deshalb gelobt, weil er darin eine überzogene Siegeserwartung dämpfte. „Wenn man auch gerne mehr erfahren hätte, so habe die Mehrheit der Volksgenossen doch vernünftigerweise noch keine Einzelheiten erwartet.“²⁶⁹ Mit diesem Bericht, am Abend desselben Tages durch eine PZUR ergänzt, belebte sich das Hörerinteresse an seinen Kommentaren kurzfristig wieder. Allerdings traf das auch auf andere zu, wie auf den neuerdings populären Schwarz van Berk, und endete schnell, als die Lage sich wieder verfestigte.²⁷⁰

Er selbst hatte auf die wachsende Kritik an der Inaktualität seiner Vorträge im Februar 1944 geantwortet, wer den Willen zum Sieg besitze, müsse darauf verzichten, „tagtäglich auf die Fieberkurve des Kampfes zu starren“.²⁷¹ Entsprechend konturlos blieben die Ergebnisse der

²⁶⁵ Fritzsche an Mühlenbach, 22. 6. 1944, BA R 55/532, Bl. 90; vgl. auch anonymen Brief an Fritzsche vom 19. 6. 1944, ebd., Bl. 128.

²⁶⁶ Friedrich, Der Brand, S. 409.

²⁶⁷ Vgl. z. B. seinen Kommentar vom 17. 7. 1943, wo er u. a. Auslassungen eines von ihm so bezeichneten „bolschewistischen Hetzsenders“ wiedergibt; BA R 55/525, Bl. 15ff.

²⁶⁸ SD Frankfurt/Main, Bericht vom 11. 1. 1944, BA R 58/96, Bl. 21.

²⁶⁹ Meldungen aus den SD-Abschnittsbereichen sowie SD-Berichte zu Inlandsfragen, beide vom 8. 6. 1944, MadR, S. 6573 bzw. 6578.

²⁷⁰ SD Frankfurt/Main, Bericht vom 27. 6. 1944, BA R 58/97, Bl. 295.

²⁷¹ PZUR vom 21. 2. 1944, BA R 55/525, Bl. 264.

von Partei und Staat betriebenen Meinungsausforschung im Hinblick auf den Rundfunk insgesamt. Bei wachsendem Desinteresse scheint auch die an Fritzsche gerichtete Hörerpost bei einem gleichbleibend hohen Übergewicht negativer Zuschriften immer weiter abgenommen zu haben, ebenso wie immer wieder die Absetzung seiner Sendung gefordert wurde.

Ein ausführlicher Bericht des RPA Bochum vom September 1944 enthielt die Forderung der dortigen Hörer, er solle für ein Jahr schweigen und durch einen neuen Sprecher mit neuer Tonart und neuer Überzeugungskraft ersetzt werden.²⁷² Fritzsche entgegnete, unter Verweis darauf, daß ihn diese Kritik aus seiner „Vaterstadt“ besonders träfe, er würde in der gegenwärtigen Zeit diesen Vorschlag „begeistert annehmen“. Angesichts der sonst so positiven Reaktion auf seine Arbeit müsse er jedoch davon ausgehen, daß diese Kritik „in Unkenntnis der Vorträge selbst abgegeben“ worden sei, denn seit dem Winter 1941/42 habe er das hier angeführte Mittel der Ironie in seinen Ansprachen nicht mehr gebraucht.²⁷³ Selbst eine oberflächliche Sichtung seiner erhaltenen Kommentare belegt jedoch das Gegenteil.

Auch der weitere Schriftwechsel zu diesem Bericht zeigt, daß Fritzsche sich weigerte, das weitgehend negative Echo auf seine Vorträge zu akzeptieren und auf eine angebliche Überzahl positiver Rückmeldungen verwies. Ebenso belegt er, wie Fritzsche sich in mehrere Richtungen als bedeutender Repräsentant stilisierte. Für die Propaganda gegenüber dem Ausland war seine Sendung, bzw. schon ihre Existenz angeblich ein Gradmesser der deutschen Festigkeit, da er bereits persönlich vom Londoner Rundfunk bedroht werde. Er verwies zudem darauf, daß in schweren Zeiten die Kritik des Volkes am Gesamtgeschehen auf die Publizisten abgeladen werde.²⁷⁴

Er erkannte hierin „die Erfüllung einer staatspolitisch wichtigen Funktion“ als Ventil für das Kritikbedürfnis der Bevölkerung, und wiederholte diese Einschätzung auch nach dem Krieg im Nürnberger Prozeß. So konnte er weiterhin auf der Bedeutung seiner publizistischen Tätigkeit bestehen, wenngleich sich das Hörerinteresse aus verschiedensten Motiven verflüchtigt hatte und Fritzsche die letzten zwei Kriegsjahre nicht mehr als „Rundfunkpersönlichkeit“ im positiven Sinne wahrgenommen wurde.

²⁷² RPA Bochum, Bericht vom 25.9.1944, BA R 55/531, Bl. 102.

²⁷³ Fritzsche an Kränzlein (Leiter RPA Bochum), 28.9.1944, BA R 55/531, Bl. 101. An dieser Stelle muß vermerkt werden, daß sich die Propaganda insgesamt eines – bei Lesern und Hörern gleichermaßen unbeliebten – ironisierenden Tonfalls um so stärker bediente, um so länger und perspektivloser der Krieg andauerte. Der SD-Informant Hans Kleiber gab in seinem Bericht vom 9.12.1943 an den SD Lahr die Forderung wieder, die Presse möge den „allmählich immer lausbubenhafter werdenden Ton ablegen“; IfZ Fa-714, Bl. 143.

²⁷⁴ Fritzsche an Kränzlein, 18.10.1944, BA R 55/532, Bl. 285f.

2. Inhaltliche Aspekte der Rundfunkkommentare Hans Fritzsches

„Wissen Sie, ich habe immer nur das gesagt, was meine Überzeugung war, was ich selbst geglaubt habe, und ich brauche daher auch von meinen Kommentaren auch dann nichts abstreichen, wenn sich nachträglich etwas als falsch erwiesen hätte.“

(Hans Fritzsche, April 1945)²⁷⁵

2.1 Stil und rhetorische Elemente

Die Analyse jeglicher Propaganda würde den wirkungsmächtigsten Teil aussparen, wenn sie sich ausschließlich auf die bewußte Auswahl und Bearbeitung von Informationen konzentrieren würde. Die eigentliche Kraft bezieht Propaganda immer aus den Fähigkeiten ihrer Erzeuger, die gewünschten Inhalte dem angesprochenen Publikum auch zu vermitteln. Stil ist dabei eine tragende Säule, und eine Analyse der verwendeten Stilmittel erweitert das Verständnis dafür, welche persönlichen Voraussetzungen der einzelne Propagandist in seiner laufenden Arbeit umsetzt.

Wie bereits erwähnt, bezeichnete Fritzsche seine Kommentare selbst als „Unterhaltung“ mit den Hörern. Gleichzeitig trat er vor der Weltöffentlichkeit als Sprecher und Stellvertreter seiner Hörerschaft auf, die immer als repräsentativ für das ganze deutsche Volk betrachtet wurde. Dieser Aspekt verstärkte sich, je mehr die Kommentare den Charakter ideologischer Bekenntnisse annahmen.

In den Jahren der Siege traten demgegenüber zwei Elemente der Darstellung hervor, die das Bild der PZUR in der Rezeption bestimmten: zum einen war es der ironische Grundton, zum anderen die Personifizierung des jeweiligen Hauptgegners. In seiner Verhandlung vor dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß führte Fritzsche als entlastendes Moment für seine propagandistische Tätigkeit an, er habe seine Propaganda nie gegen ein Volk, auch nicht gegen das russische Volk gerichtet, sondern lediglich gegen seine jeweilige Regierung.²⁷⁶ Was er als Ausweis persönlicher Redlichkeit benutzte, war jedoch nicht mehr als eine geläufige Gestaltungsform nationalsozialistischer Innen- und Außenpropaganda.

Bereits am Tage der Kriegserklärung Englands und Frankreichs teilte Fritzsche auf der Pressekonferenz die Weisung mit, die Propaganda habe eindeutig zu unterscheiden zwischen dem verbrecherischen Treiben der englischen Regierung und dem verführten englischen Volk.²⁷⁷ Tags darauf kommentierte er dies an gleichem Orte: „Ich möchte noch ein Wort zu der allgemeinen politischen Sprachregelung sagen. Wir waren uns ja schon gestern darüber klar: Scharf greifen wir England an, und zwar da die englische Regierung, die Persönlichkeit Chamberlains [...]. Wir greifen nicht das englische Volk an. Gegenüber Frankreich wollen wir eine ganz andre Haltung einnehmen. [...] Ich möchte jetzt darum bitten, daß auch die Regierung Daladier nicht angegriffen wird, und ich bitte, das äußerst peinlich zu berücksichtigen.“²⁷⁸

²⁷⁵ Fritzsche zu Kurt Mair, nach dessen Aussage im SKV Fritzsche vom 29.1.1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

²⁷⁶ IMT, Bd. XVII, S. 164, sowie Hier spricht Hans Fritzsche, S. 124. Zuerst hatte Fritzsche dies 1945 gegenüber dem sowjetischen Oberst Ligatschow in seinen Moskauer Vernehmungen betont.

²⁷⁷ VI vom 3.9.1939, zit. nach J. Hagemann, Presselenkung, S. 46.

²⁷⁸ Pressekonferenz, Protokoll vom 4.9.1939, BA R 55/20898, Bl. 1.

Aus einer gegnerischen Koalition, die das irritierende Gefühl vermitteln konnte, Deutschland sehe sich wieder einer ganzen Zahl von Feinden gegenüber, wurden plötzlich nur noch einige feindliche Machthaber. Wie wenig angeblich Volk und Regierung in den gegnerischen Staaten verbunden waren, illustrierte Fritzsche in einem Kommentar vom 1. Februar 1940, in dem er die Rede Hitlers vom 30. Januar vor 15 000 Zuhörern mit ihrer angeblichen Entgegnung durch Chamberlain verglich, welche dieser im Rahmen eines Honoratiorenfrühstücks gegeben habe.²⁷⁹

Mit dem ironisch eingefärbten Tonfall Fritzsches eignete sich die PZUR sehr gut dazu, personenbezogene Angriffe vorzutragen. Mitunter benutzte er dabei das Mittel, die als hauptsächlicher Gegner aufgebaute Person direkt anzusprechen. Am 1. Oktober 1939 um 19.30 Uhr richtete er vor dessen eigener Rundfunkansprache das Wort an den damaligen Ersten Lord der britischen Admiralität, Winston Churchill, und forderte ihn zur Beantwortung „deutscher“ Fragen auf. Um 23.00 Uhr sprach Fritzsche wieder. Churchills „ausgebliebene“ Antworten interpretierte er als Bestätigung seiner Position.²⁸⁰ Beide Bücher Fritzsches waren nicht ohne Grund reich mit Karikaturen illustriert. Sie zielten in ähnlicher Weise wie die Kommentare darauf, die Lacher auf Seiten des Regimes zu haben und somit eine realistische Auseinandersetzung mit den Kriegsgegnern zu umgehen.

Schnell verließ man in der Propaganda auf beiden Seiten der Kriegsgegner den Rahmen einer auf das Politische konzentrierten Verunglimpfung der gegnerischen Politiker. Auch bei Fritzsche läßt sich sehr bald nach Kriegsausbruch die Bereitschaft nachweisen, den Gegner auf unterdurchschnittlichem Niveau zu attackieren. So stellte er, auf eine französische Meldung über die Nutzung von Haustieren als Minenräumer am Westwall entgegnend die Frage, ob man nicht an deren Stelle „die verantwortlichen Staatsmänner Englands und die Plutokraten, ihre Hintermänner, die die Blüte ihres und eines anderen Volkes vor diesem stärksten Festungswall der Welt verbluten lassen wollen, selbst einmal über das Vorfeld dieser Anlagen schickte, damit sie probieren können, wie stark sie sind?“²⁸¹ In diesem Zusammenhang ist aber interessant, daß die BBC im November 1939 die Wiedergabe eines Fritzsche-Kommentars durch eine chinesische Zeitung übernahm, obwohl diese aller Wahrscheinlichkeit nach stark verfälscht worden war. Sie gab ihm damit die Gelegenheit, sich im Januar 1940 mit diesem Zitat zu beschäftigen und zu behaupten, neben diesen nie gemachten Äußerungen habe auch sonst bislang niemand in Deutschland es für nötig gehalten, zu Beschimpfungen des Gegners zu greifen.²⁸²

Persönliche Beschimpfungen waren und blieben ein wichtiges Mittel der Auseinandersetzung in Rundfunk und Presse, wofür Hitlers regelmäßige Ausfälle gegen die führenden Politiker des Gegners, in der deutschen offiziellen Wahrnehmung euphemistisch als „souveräne Ironie“ bezeichnet, das Muster abgaben. Auch Fritzsche ließ sich in seinen Kommentaren wiederholt in dieser Weise gehen. So bezeichnete er im Oktober 1941, ausgerechnet nach dem von Reichspressechef Dietrich vorzeitig verkündeten deutschen Sieg im Osten, Churchill

²⁷⁹ Fritzsche, PZUR vom 1. 2. 1940, BA R 55/1369, Bl. 28.

²⁸⁰ Fritzsche, Krieg den Kriegshetzern, S. 87ff. bzw. S. 93ff. Ähnlich forderte drei Wochen später dann Goebbels in einer Rundfunkansprache Churchill direkt auf, die angebliche Ursache der Versenkung des britischen Schiffes „Athenia“ preiszugeben. Goebbels, Rundfunkansprache vom 22. 10. 1939, Ausschnitt DRA.

²⁸¹ Fritzsche, PZUR vom 25. 9. 1939, zit. nach Fritzsche, Krieg den Kriegshetzern, S. 61.

²⁸² Fritzsche, PZUR vom 20. 1. 1940, BA R 55/1369, Bl. 92.

als alten Gauner, der das Maul gar nicht voll genug nehmen könne.²⁸³ Zur gleichen Zeit griff er seine Berufskollegen der BBC als „Schießbudenfiguren“ und „Halunken“ an.²⁸⁴

Für derart ungeschlachte Ausfälle wurde Fritzsche von seinem Publikum in der anfänglichen Siegeswelle geschätzt und erhielt dafür unter anderem Hörerpost wie diese: „Leider hören Sie ja nie, was und wie wir Ihnen in den Lautsprecher hinein antworten und wie wir uns diebisch freuen, wenn voller Sarkasmus und Hohn Herr Churchill und Mister Roosevelt ihr Fett abbekommen.“²⁸⁵ Auch wurde – ähnlich wie Musik im „Wunschkonzert“ – die Wiederholung bestimmter Kraftausdrücke gewünscht.²⁸⁶ Das 1941 aus PZUR-Material locker zusammengestellte zweite Buch Fritzsches „Zeugen gegen England“ porträtierte eine ganze Reihe britischer Politiker. Hier häufte Fritzsche Beschimpfungen aufeinander und bezeichnete an einer Stelle summarisch diese Politiker als den „letzte[n] Abschaum von politischen Verbrechern“.²⁸⁷

Nach dem Kriegseintritt der USA griff Fritzsche in einigen Kommentaren den US-Präsidenten Roosevelt in einer sprachlichen Schärfe an, die kaum noch zu steigern war und hysterische Züge aufwies. In einer einzigen PZUR bezeichnete er Roosevelt als „merkwürdig Besessene[n]“, „närrische[n] und verbrecherische[n] Phantast[en]“ und „größenwahnsinnig gewordene[n] falsche[n] Friedensapostel“, dessen Verhalten seit 1939 zu dem „widerwärtigsten gehört, was es jemals in der Geschichte gab“ und der nach seiner Wiederwahl 1940 „auf eine ganz besonder[s] Ekel erregende Weise“ die US-amerikanische Neutralität hintertrieben habe.²⁸⁸

Die „launigen“, gänzlich unoffiziösen Formulierungen trugen durchaus zur Popularität der PZUR bei und steigerten ihren Unterhaltungswert. Vordergründig mochte ihnen dadurch das Etikett der Leichtgewichtigkeit anhaften, doch erkannte im Dezember 1939 der Schreiber eines Zeitungsartikels: „[...] was sich in der Form als Plauderei gibt, das ist der Sache nach doch ein sehr ernstes Geschäft.“²⁸⁹ Gerade in der Zeit des sogenannten Sitzkrieges, bis zum April 1940, nahm diese Unterhaltungskomponente mit Kalauern und skurrilen Bildern manchmal überhand.²⁹⁰

Aber schon mit seinem Kommentar zur Eroberung Narviks durch deutsche Truppen im April 1940 versuchte Fritzsche, einen ernsteren, dem aktuellen Kriegsgeschehen angemessenen Ton anzustimmen und intonierte zum ersten Mal das „Heldenlied“ der deutschen Truppen.²⁹¹ Wie sich an der Hörerrezeption zeigte, hatte er sich jedoch als stets ironisch agierender Sprecher etabliert, dem man nicht ohne weiteres zutraute, anders als ironisch zu formulieren. Sein „Heldengedenken“ konnte sich nicht von dem Verdacht befreien, reine Auftragsarbeit ohne innere Überzeugung zu sein. So blieb Fritzsche seinem ursprünglichen Image und seiner entsprechenden Stilistik verhaftet und hatte weiterhin vor allem auf diese Gestaltungsform zu setzen.

Sie hörte jedoch auf, Beifall auf der Hörerseite zu finden, als Fritzsche nicht länger die Probleme eines in der Defensive befindlichen Gegners karikieren konnte. Doch versuchte

²⁸³ PZUR vom 16. 10. 1941, BA R 55/729, Bl. 94.

²⁸⁴ PZUR vom 5. 11. 1941, BA R 55/729, Bl. 108.

²⁸⁵ Hörerbrief vom 22. 10. 1941, BA R 55/1373, Bl. 23.

²⁸⁶ „Wenn Sie wieder sprechen, dann sagen Sie doch wieder: Churchill dieser alte Gauner!“ Hörerbrief vom 18. 10. 1941, BA R 55/1375, Bl. 106.

²⁸⁷ Fritzsche, Zeugen gegen England, S. 57.

²⁸⁸ Alle Zitate aus PZUR vom 20. 12. 1941, StAM SpK 477, Heft III.

²⁸⁹ „Es spricht Hans Fritzsche“, *Hamburger Fremdenblatt* vom 22. 12. 1939.

²⁹⁰ Vgl. u. a. PZUR vom 18. 1. 1940, BA R 55/1369, Bl. 107ff.

²⁹¹ PZUR vom 18. 4. 1940, BA R 55/1371, Bl. 20ff.

er auch, als die Initiative auf dessen Seite übergegangen war, die alliierten Erfolge ironisch zu verkleinern, was nicht zu seiner Glaubwürdigkeit beitrug. Im Dezember 1942 sprach er noch angesichts der drohenden Niederlage bei Stalingrad und der sowjetischen Offensive davon, daß lediglich „einige Dutzend“ Kilometer der tausend im Sommer für die Sowjetunion verlorengegangenen zurückerobert worden seien und die Begeisterung darüber auf alliierter Seite auf eine Begriffsverwirrung hindeute.

„Und hatten wir bei der mühsam zusammengepolkten Logik in der Begründung britischer Kirchengebete für den Sieg des Bolschewismus als Zuschauer nicht manchmal die aufregende Befürchtung, gleich bricht der Finger in der Nase ab?“²⁹² Fast ruckartig, innerhalb weniger Tage, korrigierte Fritzsche dann seinen Kurs. In seinem letzten Kommentar vor der Jahreswende verwies er auf die weiterhin große Militärmacht des sowjetischen Gegners, mit der man sich zwar an anderer Stelle auseinandersetzen könne als im vorangegangenen Winter. Trotzdem tobe „heute genau wie vor einem Jahr der bolschewistische Sturm“ gegen die deutsche Front.²⁹³

Auch wenn, so erklärte er am 23. Januar 1943, auf der Feindseite der „törichte Siegesjubel“ verstummt sei, stünde die Front in harten Winterkämpfen, „hinter denen, so Gott will, wieder ein deutscher Frühling steht“.²⁹⁴ Der sprachliche Gestus barscher Ironie diene jetzt eher dazu, die verbissene Entschlossenheit des deutschen Volkes widerzugeben. „So ein Quatsch!“ – kommentierte er gegnerische Meldungen über die erzwungene Arbeitsdienstpflicht, und ergänzte, solche Behauptungen hätten „für uns etwas Erheiterndes an sich“.²⁹⁵

Bis fast zum Schluß oszillierten seine Kommentare zwischen einer Grundhaltung der Entschlossenheit und einer Launigkeit, die die frühere Überlegenheit herbeizitieren wollte. So sprach er ohne Nennung des Landes nach einem längeren Besuch in Schweden davon, daß sich dort die alliierte Propaganda in ihrer Unterhaltungsfilmproduktion manifestiere, wo Bedenken der Zuschauer schnell durch „ein paar dutzend nackter Frauenbeine“ hinweggetanzt würden. Im Mai 1944 spitzte er die auf gegnerischer Seite angeblich herrschende Invasionshysterie auf die Vorspiegelung eines fixen Invasionstermins hin zu, der entweder im sichersten Tresor der Bank von England verborgen sei, „oder den ein General mit willensstarken Kinn und schmalen Lippen“ in seinem Herzen verberge.²⁹⁶

Um die militärischen Probleme drückte sich Fritzsche oft herum, da er an die restriktive Informationspolitik der Führung gebunden war. Andererseits ging er in seinen Kommentaren ständig das Risiko ein, durch eine Veränderung der militärisch-politischen Lage korrigiert zu werden. Denn seine Prognosen waren immer von einer ungebrochenen Zuversicht geprägt, für die er Zitate aus den gegnerischen Medien als zusätzlichen Beleg anführte. Den ganzen Winter 1942/43 und den darauffolgenden Frühling bestritt er mit dem U-Boot-Krieg als dem wesentlichen Argument für die Stärke der deutschen Position. Dieser Kriegsschauplatz bedeute eine immer größere Belastung für die Gegner und sei

²⁹² PZUR, [vermutlich Ende] Dezember 1942, StAM SpK 477, Heft III, S. 30ff.

²⁹³ PZUR vom 29. 12. 1942, StAM SpK 477, Heft III (Datierung nach Wittek, Ätherkrieg, S. 130).

²⁹⁴ PZUR vom 23. 1. 1943, StAM SpK 477, Heft III, S. 63.

²⁹⁵ PZUR vom 6. 2. 1943, StAM SpK 477, Heft III, S. 72.

²⁹⁶ PZUR vom 6. 5. 1944 bzw. vom 20. 5. 1944, StAM SpK 477, Heft III, S. 246 und 248. Bei den Hörern des Vortrags vom 6. 5. 1944 blieb allerdings als wesentlicher Eindruck zurück, dieser bestätige, „was man schon lange wisse, daß nämlich die neutralen Länder mehr mit unseren Feinden sympathisierten als mit uns“, SD-Berichte zu Inlandsfragen, 11. 5. 1944, MadR, S. 6523.

„der wundeste Punkt der feindlichen Front“.²⁹⁷ Demgegenüber seien die angeblichen alliierten Produktionszahlen nur etwas für den Kinderglauben der Nordamerikaner. Noch im April 1943 schwärmte er von der „sich immer wunderbarer entfaltende[n] Kampfkraft zur See“.²⁹⁸

Die von ihm aus der BBC zitierte Meinung, Deutschland müsse wohl „aus dem letzten Loch pfeife[n]“, wenn es soviel Aufhebungs um seine U-Boot-Erfolge macht, bezeichnete er als Zeichen des Wahnsinns im gegnerischen Lager.²⁹⁹ Als der U-Boot-Krieg wegen untragbarer deutscher Verluste dann im Mai 1943 auf längere Zeit eingestellt werden mußte, nahm Fritzsche hierzu wohl Stellung, ordnete diese weitere Niederlage aber in einen „ewigen Auf- und Niedergang“ ein, welcher Kennzeichen dieses Krieges sei.³⁰⁰ Auch behauptete er nach dem Fall Stalingrads, daß der Gegner an allen Fronten seine Reserven, im Falle der Sowjetunion sogar schon die letzten Reserven angreifen müsse.

Um diesen Feststellungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, bemühte er immer wieder seinen privilegierten Zugang zu exklusiven Informationen. „Glauben Sie mir, solches Material wäre in unbegrenzter Fülle vorhanden, und es gäbe Stoff genug zum Reden und zum Schreiben.“³⁰¹ Überhaupt wählte Fritzsche immer häufiger Formulierungen, die seine Feststellungen in die Nähe naturwissenschaftlicher Beweisführung rückten, während gleichzeitig der Appell an die Hörer gerichtet wurde, ihm diese auch zu glauben.³⁰² Eine gelegentlich geäußerte Hörerkritik, „Fritzsche springe sehr oft von einem Thema auf das andere, so daß man zum Schluß nicht recht wisse, was er eigentlich habe sagen wollen“,³⁰³ läßt sich bei der heutigen Lektüre seiner Kommentare gut nachvollziehen.

Als Beispiel mag hier sein Vortrag vom 29. Mai 1943 genügen. Dieser wurde mit der Feststellung eingeleitet, daß größere militärische Ereignisse gerade ausblieben. Dann ging Fritzsche auf die niedrigen Versenkungserfolge der deutschen U-Boote ein. Diese als strategisch bedingt zu erklären, verstoße nicht gegen das von besorgten Hörern angemahnte Verbot, dem Feind die eigene Taktik nicht offenzulegen. Der Gegner selbst wisse dies zur Genüge. Ebenso sei die Kapitulation in Tunis keine militärisch bedeutsame Entscheidung gewesen, weswegen der Feind jetzt verstärkt das Invasionsthema erörtere.

Der Feind sei also am Zuge, und einige wenige Stimmen im feindlichen Lager behaupteten, der Luftkrieg gegen Deutschland sei dieser nächste Zug. Jedoch reiche der Luftkrieg auch in seiner terroristischen Ausformung hierfür nicht aus. Trotzdem versuche England, seine diesbezügliche Schuld abzuwälzen, indem es behaupte, nicht mit dieser Form von Bombenangriffen begonnen zu haben. Wo die fällige militärische Entscheidung aber auf diesem Wege nicht erzielt werden könne, sei es Zeit für eine intensivierte politische Aktivität des Feindes. Hierzu gehöre sowohl die englisch-amerika-

²⁹⁷ Vgl. PZUR vom 15. 12., vom [vermutlich] 12. 12. 1942 und von Anfang Januar 1943, StAM SpK 477, Heft III, S. 34, 38, 49f.

²⁹⁸ PZUR vom 15. 12. 1942, StAM SpK 477, Heft III, S. 37. Ebd., S. 111, sprach Fritzsche auch am 6. 4. 1943 von den „leeren Versprechungen“ und „Phantasiezahlen Roosevelts“.

²⁹⁹ PZUR vom 12. 1. 1943, StAM SpK 477, Heft III, S. 55.

³⁰⁰ PZUR vom 29. 5. 1943, StAM SpK 477, Heft III.

³⁰¹ PZUR vom 6. 2. 1943, StAM SpK 477, Heft III, S. 71.

³⁰² In der PZUR vom 2. 3. 1943 heißt es z. B. „Wir führten am Sonntag den Nachweis [...]“, „Wir hatten nachgewiesen [...]“, dann etwas später jedoch: „Sagen Sie bitte nicht, daß man hier weiße Mäuse sehe, wenn man die [a]lten Folgerungen aus dem oben zitierten Satz zieht [...]“; StAM SpK 477, Heft III, S. 83.

³⁰³ Zusammenfassung des SD von Stimmen zu den Vorträgen Hans Fritzsches, ca. 2. Hälfte 1943, BA R 55/531, Bl. 104.

nische Konferenz in Washington als auch die angebliche Auflösung der Komintern durch die UdSSR. Diese Aktivitäten belegten aber, so Fritzsche, am besten die gewaltige Machtposition der Achse in Europa und Ostasien, von der aus in Ruhe abzuwarten sei, „was der Gegner, der diesen Krieg begann, zu seiner Fortführung wohl zu tun beabsichtige“.³⁰⁴ In einem Rundumschlag solcher Art schienen die deutschen Niederlagen zu verschwinden.

Aber da Fritzsche sich nicht immer mit allgemeinen Behauptungen dieser Art aufhalten konnte, mußte er auf die realen Punkte deutscher Überlegenheit verweisen. Hier erwies sich, daß seine Beweise innerhalb kurzer Zeit durch neue Entwicklungen entkräftet wurden. So belegte er am 21. August 1943 die Basis des deutschen „Optimismus“ ausgerechnet damit, daß die UdSSR das eigentliche Ziel ihrer Sommeroffensive, die Wiedereroberung der Ukraine, nicht erreicht habe.³⁰⁵ Zwei Tage später nahmen sowjetische Panzerarmeen Charkow ein. Fritzsche behauptete daraufhin, daß die Sowjettruppen „jedes Mal nur einen von uns geräumten und rechtzeitig in Trümmer gelegten Platz“ betraten, und baute auch diese Niederlagen in ein strategisches Konzept ein, nach dem die deutsche Führung mit dem weiten bereits eroberten Raum spiele.³⁰⁶

Noch im Juli 1944 ließ er es sich nicht nehmen, den im Osten zur Verfügung stehenden Raum immer noch als Waffe zu bezeichnen, die eine unmittelbare Bedrohung Deutschlands verhindere.³⁰⁷ Man mag in solcher Beharrlichkeit den Versuch Fritzsches erkennen, die eigenen Behauptungen früherer Monate und Jahre aufrechtzuerhalten. Häufiger aber hat er in seinen Prognosen nur die jeweiligen Vorgaben der Führung umgesetzt, und es kann ihm zugute gehalten werden, daß auch er von den Informationen abhängig war, die er von anderen Regierungsstellen erhielt.

Gut abzulesen ist das anhand des Themas einer alliierten Invasion in Europa. Im Frühjahr 1943 lenkte die Berichterstattung das öffentliche Interesse auf den sogenannten Atlantikwall, der die Abwehrbereitschaft Deutschlands demonstrieren sollte. In seiner PZUR vom 24. April 1943 stellte Fritzsche zum ersten Mal ausführlich den Bau dieses Walles dar, welcher sich aus der scheinbar harmlosen Natur herauschäle und mit seinen gewaltigen Großbauten 2700 Kilometer europäischer Küstenfront gegen die Invasion schütze.³⁰⁸ Ebenfalls im Präsens gehalten, suggerierte das am 1. Mai 1943 im Rundfunk uraufgeführte Lied „Es stehen tausend Bunker am Atlantikwall“, trotz der fortgesetzten Bauarbeiten erfülle dieser Wall bereits seine Schutzfunktion.³⁰⁹

³⁰⁴ PZUR vom 29. 5. 1943, StAM SpK 477, Heft III, S. 130ff.

³⁰⁵ PZUR vom 21. 8. 1943, BA R 55/525, Bl. 62ff. (Typoskript), bzw. StAM SpK 477, Heft III, S. 138ff. (Transkript).

³⁰⁶ PZUR vom 4. 9. 1943 (Typoskript), BA R 55/525, Bl. 82ff. und 101, sowie Goebbels, Das große Drama [Zeitungsartikel vom 5. 9. 1943], der ebenfalls auf die eroberten Riesenräume verweist, die eine bewegliche Kampfführung gestatteten. Abgedruckt in Goebbels, Der steile Aufstieg, S. 442.

³⁰⁷ PZUR vom 8. 7. 1944 [Datum aus Kontext erschlossen, in der Vorlage falsch datiert], StAM SpK 477, Heft III, S. 290.

³⁰⁸ BA R 55/524, Bl. 147ff. Fritzsche verwertete für diesen Vortrag Eindrücke, die er auf einer Reise im Westen (d. h. dem besetzten Teil Frankreichs) gewonnen hatte. Vgl. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 8, S. 177 (Eintrag vom 28. 4. 1943). Die von Goebbels intensivierte Propaganda mit dem Atlantikwall sollte die Alliierten von einer Invasion auf dem Kontinent abhalten und wurde im April 1943 von Hitler auch für das Inland freigegeben. Vgl. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 8, S. 96 (Eintrag vom 12. 4. 1943).

³⁰⁹ SD Stuttgart, Bericht vom 5. 5. 1943, BA R 58/959, Bl. 127.

Um dieses Bild in den Köpfen der Angesprochenen zu zementieren, brachte der Rundfunk zeitweise tägliche Berichte.³¹⁰ Der damit erzielte Erfolg läßt sich zum Beispiel in einem Bericht des SD Schwerin vom April 1944 nachlesen: „Man dürfe jedenfalls davon überzeugt sein, daß der Gegner, falls er entgegen jedem gesunden Verstand über den Atlantikwall eindringen wolle, an diesem Unternehmen verbluten werde. Der Atlantikwall sei wohl z. Zt. unser einziger völlig sicherer Aktivposten“.³¹¹ Die Propaganda um den „Atlantikwall“ war ein Teil des Versuchs, in der Bevölkerung neue Zuversicht mit der These zu wecken, daß gerade ein angloamerikanischer Invasionsversuch in Westeuropa die Kriegsentscheidung für Deutschland bedeuten könne.³¹²

Im Februar 1944 konnte Fritzsche noch davon sprechen, daß sich seit dem Winter 1942/43 die feindlichen Kräfte verbrauchen würden, während Deutschlands Kraft sich gesteigert hätte. Ausgerechnet auf der Seite desjenigen Landes, das sich in der Verteidigung befinde, fehle die Nervosität, welche die Angreifer kennzeichne.³¹³ Insgesamt beteiligte sich der deutsche Rundfunk mit vielen Beiträgen daran, dem Invasionsstigma durch Ironisierung jeden Schrecken zu nehmen und gleichzeitig das Thema nicht aus der Aufmerksamkeit der Hörer verschwinden zu lassen, denn angesichts der Rückschläge im Osten sackte die Stimmung ab. Bereits im März 1944 erregte Generalleutnant Dittmar in seinen Kommentaren Aufsehen mit der Feststellung, das deutsche Volk hätte heute die Sorge, „die Engländer und Amerikaner könnten vielleicht doch nicht landen“.³¹⁴ In den darauffolgenden Monaten stellte die Invasion regelrecht den roten Faden der politischen Rundfunkpropaganda dar. Sie wurde zumeist unter dem Gesichtspunkt dargestellt, wie sehr das Zögern des Gegners dessen Unsicherheit verrate, und daß ein Fehlschlag der Invasion den Verlust des Krieges für die Alliierten bedeuten würde.³¹⁵

Es bedarf nur einer geringen Vorstellungskraft, um sich den hohen Grad der deutschen Nervosität aus diesen Beiträgen zu erschließen. Sie trafen daher auf kritische Reaktionen in der Bevölkerung, die täglich mit dem Thema konfrontiert und dadurch erst recht entnervt wurde.³¹⁶ Während Dittmar in seinen Kommentaren zugab, daß das Warten auf die Inva-

³¹⁰ SD Stuttgart, Bericht vom 22.5.1943. Dort wird erwähnt, daß zwischen dem 17. und dem 20. Mai täglich Berichte über den Atlantikwall gegeben wurden und allmählich Verärgerung auslösten. BA R 58/959, Bl. 144.

³¹¹ SD Schwerin, Bericht vom 25.4.1944, BA NS 6/407, Bl. 174.

³¹² In seinem Kommentar vom 15.1.1944 bezeichnete Fritzsche die Invasion als die einzige militärische Aktion, mit der über Sieg oder Niederlage entschieden werden könne; BA R 55/525, Bl. 254.

³¹³ PZUR vom 12.2.1944, BA R 55/524, Bl. 68. Der deutsche Dienst von Radio Moskau merkte dazu in einem Kommentar vom 14.2.1944 an: „Wenn dem wirklich so wäre, so fragt man sich, warum mußte dann Fritzsche zu diesem Thema so langatmige Ausführungen machen. Niemand hat ihn darum gebeten.“ Tendenzverzeichnis [RMVP] o.D., BA R 58/367, Bl. 108.

³¹⁴ SD Schwerin, Bericht vom 7.3.1944, BA NS 6/407, Bl. 47. Genau diese Sorge und die Hoffnung auf einen durchschlagenden Erfolg gegen die Invasionsstruppen vermitteln Berichte des SD Koblenz vom 18. und 25.4.1944; BA R 58/98, Bl. 132 und 136.

³¹⁵ Vgl. Abhörberichte Prof. Roedemeyer [Rundfunkwissenschaftliches Institut Freiburg] für 17.–22.4. sowie für 13.–20.5.1944, DRA/SAM RMVP 80.

³¹⁶ „Häufig heißt es auch, die Presse soll doch nicht immer vom Nervenkrieg so wegwerfend sprechen, denn ohne Zweifel habe die Feindseite gerade auf diesem Gebiet bei uns allerlei erreicht“. SD Schwerin, Bericht vom 23.5.1944, BA NS 6/407, Bl. 198. Der SD Koblenz hatte am 9.5.1944 berichtet, die Medien hätten mit ihren täglichen Hinweisen auf die Invasion „die Bevölkerung in eine von Nervosität erfüllte Hochspannung“ versetzt. BA R 58/98, Bl. 146. Am 17.5.1944 schrieb Walter von Studnitz (AA) in sein Tagebuch: „Gestern war wieder Invasionsalarm. Aus ‚sicherer Quelle‘ wurde verbreitet, der Feind sei an sechs Stellen gelandet.“ Ders., Berlin, S. 185.

sion tatsächlich eine Nervenprobe war, forderte Fritzsche die Bevölkerung nur indirekt auf, sich von den alliierten Drohungen mit einem festen Termin der Invasion nicht beeindrucken zu lassen.³¹⁷ Er behauptete, die Debatte im Feindeslager könne nur Erstaunen erregen, wo doch der deutschen Bevölkerung das Thema „gleichgültig“ sei.

Aber er fühlte sich ebenso verpflichtet, die von der eigenen Nachrichtenpolitik genährten Hoffnungen auf eine schnelle und grundsätzliche Entscheidung zu dämpfen. Wie so oft unterstellte er den Alliierten, in einem „großen Bluff“ vorgaukeln zu wollen, die Invasion werde an einem Punkt entschieden. Statt dessen, so Fritzsche, werde sie nach der erfolgten Landung mit vielen einzelnen und parallel laufenden Aktionen fortgesetzt, aus denen sich erst allmählich ein Schwerpunkt herausbilden könne.³¹⁸ In der PZUR vom ersten Tag der Invasion betonte er, daß die bisherige Summe von Mißerfolgen für den Feind nichts als ein erstes Zwischenergebnis sei. Die eigentliche Entscheidung falle erst in den kommenden Wochen und Monaten. Sie werde der Bevölkerung Lasten auferlegen, „wie wir sie selbst in den fünf Jahren dieses harten Krieges noch nicht kennengelernt haben“.³¹⁹

Mit einer konsequent weiter geübten Zurückhaltung hätte Fritzsche die neuerlich gewachsene Aufmerksamkeit für seine Vorträge wohl wieder sichern können.³²⁰ Aber schnell trumpfte er wieder auf und bemühte sich zu zeigen, wie recht er hatte. Am 10. Juni 1944 hielt er den in- und ausländischen Zweiflern an der Wirksamkeit „das ja doch irgendwie verzweifelte, weil unerhört opferreiche Anrennen gegen den deutschen Atlantikwall“ entgegen. Zwei Wochen später behauptete er, nun habe die feindliche Koalition alles ausgespielt, was ihr an Menschen und Material zu Gebote gestanden habe.³²¹

Dagegen befürchtete man an höchster Stelle einen Stimmungseinbruch, sobald es den Alliierten gelingen sollte, mit Cherbourg den ersten festen Hafen einzunehmen. Dosierte Offenheit solle „die eintretende Niedergeschlagenheit“ auffangen. Aber die Bevölkerung verweigerte sich nach dem Fall Cherbourgs dem dargebotenen „billigen Trost“ und äußerte die Überzeugung, „derartige Argumente könne kein Mensch ernst nehmen“.³²² Fritzsche hielt weiterhin daran fest, daß der alliierte Kräfteverbrauch so hoch sei, daß die gegnerische Offensivkraft schwinden werde, und ließ erst nach seiner PZUR vom 16. September 1944 von diesem Argument ab.³²³

Denn auch die Vergeltungswaffen, deren Einsatz das sich nach dieser Logik ausgleichende Kräfteverhältnis weiter zuungunsten des Gegners verschob, erwiesen sich für diesen Gegner als durchaus verkräftbar. Auch wenn Fritzsche mehrfach betonte, der Einsatz von V 1 sei nur die „erste Umdrehung einer Schraube“,³²⁴ konnte die alliierte Offensive im Westen ihr Tempo unbehelligt von den deutschen „Wunderwaffen“ selbst bestimmen, zumal nach dem Zusammenbruch der deutschen Verteidigungslinie im August 1944. Fritzsche hatte

³¹⁷ Vgl. das Echo in der BBC vom 12.5.1944 [dazugehörige PZUR nicht erhalten] bzw. Moskauer Rundfunk vom 23.5.1944 [Fritzsches Kommentar vom 20.5.1944]. zit. nach „Erkundungsdienst“ vom 12.5.1944 sowie vom 24.5.1944, BA R 55/1261, Bl.85 und 91.

³¹⁸ PZUR vom 6.5. und 20.5.1944, StAM SpK 477, Heft III, S.244 und 248.

³¹⁹ PZUR vom 6.6.1944, 19.45 Uhr – ähnlich auch der von ihm um 12.35 Uhr gegebene „Bericht zur Lage“, StAM SpK 477, Heft III, S.255 und 270.

³²⁰ Vgl. hierzu Kapitel III. 1.2.

³²¹ PZUR vom 10.6. und 24.6.1944, StAM SpK 477, Heft III, S.256f. und 263f.

³²² Tätigkeitsbericht der RPÄ, 4.7.1944, BA R 55/601, Bl.24f.; ähnlich SD Frankfurt/Main, Bericht vom 27.6.1944, BA R 58/97, Bl.293; Naumann (RMVP), Vorlage für Bormann vom 24.6.1944, zit. nach Steinert, Hitlers Krieg, S.462.

³²³ PZUR vom 15.7. und 16.9.1944, StAM SpK 477, Heft III, S.271 und 282.

³²⁴ PZUR vom 17.6. und 1.7.1944, beide als Tondokument im DRA erhalten.

daher nur noch wenige Argumente, um seine Siegesgewißheit zu belegen und verlor sich zusehends in diffuse Formeln, die zwischen Skepsis und Suggestion changierten.³²⁵

Zum letzten Mal konnte er nach dem Beginn der Ardennen-Offensive mit einer gewissen Berechtigung von deutschen Erfolgen sprechen, befließigte sich aber gerade dann wieder einer gewissen Zurückhaltung und warnte, scheinbar an die Adresse des Gegners gerichtet, vor einer „bis ins Utopische“ gesteigerten Hoffnung. Als die Offensive aber bereits liegengeblieben war, dröhnte er am 6. Januar 1945 von einem Heer, das „in neuer Kraft an allen Fronten zum Angriff bereit“ sei.³²⁶ Dann aber schien auch ihn die Erkenntnis zu erreichen, daß militärisch der Krieg verloren war.

In den letzten Kriegsmonaten zog sich Fritzsche daher auf den Appell an die angeblichen Ideale zurück, für die Deutschland einst den „ihm aufgezwungenen“ Kampf aufgenommen habe. Der Ton, in dem die Kommentare verfaßt wurden, glich sich an das in der Propaganda zum Kriegsende kultivierte Pathos an. Nur gelegentlich brach er noch aus dieser selbstgewählten „großen Form“ aus. Dann konnten seine Auslassungen einen hyperbolischen, schrillen Charakter annehmen, und Fritzsche schreckte auch nicht davor zurück, dann genau so dreist und roh zu lügen wie der Rest der deutschen Propaganda. So behauptete er am 16. Dezember 1944, der britische Premier Churchill habe am vorigen Tage im Unterhaus „mit Engelszungen und mit satanischen Argumenten“ den Polen ihre Nachkriegszukunft geschildert. In den ihnen als Ersatz für die im Osten abzutrennenden Gebiete gegebenen deutschen Provinzen werde es keine deutsch-polnische Mischbevölkerung geben, „denn man werde die Deutschen zu Millionen töten“. Hierzu erklärte Lindley Fraser im deutschen Dienst der BBC, man werde Fritzsche diese Lüge nicht vergessen. Der Angesprochene ließ sich hiervon scheinbar nicht beeindrucken und wiederholte seine Behauptung am 10. Februar 1945.³²⁷

Fritzsche war in der letzten Kriegsphase dazu entschlossen, den Anklang an launigere, frühere Zeiten zu vermeiden. Erstes Opfer seiner letzten Metamorphose als Rundfunkkommentator scheint die Formel „Auf Wiederhören am ...“ gewesen zu sein, mit der er bis zum 10. Juni 1944 jede PZUR geschlossen und den nächsten Sendetermin angekündigt hatte. Bis zum Schluß kreisten seine Ausführungen um die These, daß Deutschland sich vielleicht militärisch in der Defensive befände, moralisch und ideell aber unbesiegbar sei. Während der Abwehrkampf an Härte zunehme, spiele sich politisch ein „Erdrutsch“ zu Deutschlands Gunsten ab, und dessen „geistige Front“ befände sich „gerade jetzt in einer stürmischen Offensive“.³²⁸

Was aber konnten sich seine Hörer hieraus in den letzten Kriegsmonaten für ihr eigenes Schicksal ableiten? Welche Hoffnungen war Fritzsche jetzt noch zu vermitteln imstande? Im

³²⁵ So heißt es in der PZUR vom 23.9.1944, nun erhebe sich „Welle auf Welle neuer, einsatzfähiger deutscher Kräfte“. Eine Woche später heißt es – fast lakonisch –, die Vernichtungs Offensive gegen Deutschland sei „im Großen [...] gescheitert“. StAM SpK 477, Heft III, S. 285–287.

³²⁶ Bericht zur Lage vom 23. 12. 1944, PZUR vom 6. 1. 1945, StAM SpK 477, Heft III, S. 309 und 313.

³²⁷ PZUR vom 16. 12. 1944 und 10. 2. 1945, StAM SpK 477, Heft III, S. 306 und 328. Erkundungsdienst, 20. 12. 1944, BA R 55/1262, Bl. 126. Auch an anderer Stelle drehte Fritzsche seine Polemik auf. So stellte er am 9. 9. 1944 zur Lage in den von deutscher Besatzung befreiten Teilen Frankreichs fest, hinter den alliierten Panzerspitzen seien „apokalyptische Erscheinungen“ nachgerückt, „zunächst ein Banditentum, vom primitivsten Gangster und Apachentum angefangen, bis zur organisierten Anarchie, dann eine, nur für den Narren politisch getarnte Welle des Sadismus, das heißt, des Untermenschentums, in der alles an Schandtaten verübt wurde, was der Gegenstand des Abscheus und des Kampfes von anständigen Menschen seit Jahrtausenden ist.“ PZUR vom 9. 9. 1944, StAM SpK 477, Heft III, S. 280.

³²⁸ PZUR vom 16. 9. 1944 und 18. 11. 1944, StAM SpK 477, Heft III, S. 283 und 305.

Angesicht der unvermeidlichen Niederlage: keine. Schließlich ließ er keinen Zweifel daran aufkommen, daß das unverrückbare Ziel des Gegners seit Kriegsbeginn war, Deutschland als Kulturnation völlig zu vernichten. In seinem Kampf „um die innere Einigung und um die Ordnung Mitteleuropas“ sei Deutschland zum „Weltfeind Nr. 1“ gestempelt worden.³²⁹ Auch wenn er immer wieder davon sprach, daß eine „neue Front“ vorbereitet werde, ließ er durchblicken, daß die Lage aussichtslos war und nunmehr der Kampf um das Überleben bevorstand. Ohne Hoffnung wollte Fritzsche jedoch bis zuletzt nicht auskommen, nur wurden die darauf abzielenden Formulierungen immer schwächer und durchsichtiger. So sprach er zum Beispiel am 3. Februar 1945 vom „Anfang einer neuen Frontlinie“, an der schon „an einigen Stellen“ erfolgreiche Abwehrkämpfe erfolgt seien.³³⁰

Das Schicksal der Bevölkerung ging währenddessen in dem von ihm immer neu herausgearbeiteten „großen Zusammenhang“ unter, der zum Krieg der restlichen Welt gegen die nationalsozialistische Idee geführt habe. Kaum ein Hörer, dessen Aufgabe des eigenen Ich im Dienste des Ganzen eine in Fritzsches Kommentaren der letzten Monate häufig anklingende Forderung war, dürfte darin Trost gefunden haben. Wohl kaum ein Hörer fühlte sich „geborgen in der, in weitem Bogen und weit über alle Generationen hinaus gespannten Entwicklung“.³³¹ Immer mehr steigerte sich Fritzsche in die Apotheose der angeblichen deutschen Mission hinein. Nachdem er genügend von der europäischen Aufgabe Deutschlands gesprochen hatte und sich Europa partout nicht bereithalten wollte, im Abwehrkampf gegen die Alliierten mitzuhelfen, war sein Feld jetzt die Welt. Deutschland sei „zu den Verfechtern der Freiheit und der Menschlichkeit, ja der Kultur des Menschengeschlechtes überhaupt geworden“, beanspruche zu Recht die moralische Führung und müsse darum weiterkämpfen. „Es kann, es darf und es wird nicht der Sinn der Geschichte sein, daß die von uns verfochtenen Ideale untergehen.“³³²

Aber in seinem Bemühen, die NS-Ideologie gewissermaßen weltanschaulich zu neutralisieren, konnte Fritzsche immer weniger benennen, wessen Inhalts die von ihm beschworenen Ideale überhaupt waren. Mitunter mußte er klarstellen, daß mit dem Ideal als „Inkarnation des Lebenswillens unseres Volks“ der Nationalsozialismus gemeint war,³³³ vor dem die begangenen Fehler, „ja sogar Verbrechen“ belanglos würden. Ebenso fiel aber auch das Leben jener nicht mehr ins Gewicht, welche unmittelbar in ihrer Existenz bedroht waren. Bereits im Oktober 1944 hatte er die Fortsetzung des Kampfes von der militärischen Lagebeurteilung abkoppeln wollen. Es gehe nur noch darum, den kommenden Generationen das Überleben zu ermöglichen.³³⁴

An seine verbliebenen Hörer richtete er am 21. April 1945 die Frage: „Sollten wir in diesem Augenblick, um das Leben irgendwelcher Einzelpersonen zu retten, auch noch dem Sinn unseres gerechten Verteidigungskampfes abschwören [...]?“³³⁵ Für sich selbst schien er diese Frage beantwortet zu haben und stellte sich, als er in seinem letzten Kommentar vom 28. April die in Berlin Verbliebenen als „Märtyrer einer glücklicheren Zeit“ und Verteidiger „der menschlichen Zivilisation“ überhöhte, als einer dieser Märtyrer dar. In einer Geste weltabgewandter Abgeklärtheit versanken vor Fritzsches Blick zuletzt alle ideologischen

³²⁹ PZUR vom 7. 4. 1945, ebd., S. 342.

³³⁰ PZUR vom 3. 2. 1945, ebd., S. 326.

³³¹ PZUR vom 27. 1. 1945, ebd., S. 324.

³³² PZUR vom 10. 2. 1945, ebd., S. 329.

³³³ PZUR vom 24. 2. 1945, Tondokument, DRA.

³³⁴ PZUR vom 21. 10. 1944, StAM SpK 477, Heft III, S. 296.

³³⁵ PZUR vom 21. 4. 1945, ebd., S. 349.

Antagonismen. „Heute senkt sich über allem, was vergangen ist, der versöhnende Schleier des Schicksalhaften.“³³⁶

Aber ebenso, wie gelegentliche Detonationen die erhaltene Tonaufzeichnung dieses Kommentars unterbrechen, sparte auch der Text selbst die Realität nicht völlig aus. Bis zuletzt an das „wir“ gebunden, skizzierte Fritzsche die aktuelle Situation im untergehenden Berlin, die letzten Telefonate mit Bekannten vor dem Abreißen der Verbindung, die kurzen Atempausen, wenn der direkte Beschuß innehielt, den von Staub und Rauch verdunkelten Himmel. Gänzlich konnte er sich doch nicht in die Ebene abstrakter Weltbetrachtung verabschieden. Während des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses unternahm es Fritzsche dann erneut, mit dem ungetrübt scheinenden Selbstverständnis eines Idealisten aufzutreten und diese Haltung gegen die dort verhandelten Tatsachen eines terroristischen Regimes zu verteidigen.

2.2 Zentrale Themen der Kommentare

Feind Nummer Eins: Großbritannien

Großbritannien – bzw. England, wie es im damaligen Sprachgebrauch synonym für das britische Weltreich hieß – als der bedeutendste Kriegsgegner wurde in der NS-Propaganda mit allen Mitteln und Motiven vom ersten Kriegstage an zum Feind Nummer Eins stilisiert.³³⁷ Fritzsches Kommentare lieferten hierzu, vor allem im ersten Kriegsjahr, einen herausgehobenen Beitrag. Bereits kurz nach dem Münchner Abkommen reaktivierte die deutsche Propaganda die noch aus dem Ersten Weltkrieg bekannte Parole von der Einkreisung Deutschlands und stellte England als den Mittelpunkt dieser angeblichen Strategie heraus.³³⁸

Mit Beginn des Jahres 1939 setzte in der Propaganda die Tendenz ein, England scharf zu kritisieren, ohne es aber als Todfeind darzustellen, um Türen für eine Verständigung offenzuhalten. Dies läßt sich anhand der Reden und Kommentare von Joseph Goebbels nachvollziehen, die die von der übrigen Propaganda zu befolgende Tendenz vorgaben. Goebbels griff beispielsweise England in seiner Rede anläßlich der Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse am 5. März 1939 scharf an, bezeichnete es aber noch nicht als aktiven Gegner.³³⁹ Das änderte sich insbesondere nach der britischen Garantieerklärung für Polen. Mit seinem Artikel „Die Einkreiser“ vom 20. Mai 1939 vollendete er dann den Anschluß an die Kriegspropaganda des Ersten Weltkrieges und bezeichnete London als das Haupt einer von den „plutokratischen Staaten“ England, Frankreich und den USA geplanten Einkreisung Deutschlands.³⁴⁰ Dies blieb die bis Kriegsbeginn maßgebliche Propagandathese.

Englands Interesse an einer Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts wurde von Fritzsche als „gottgewollte Weltbeglückerrolle“ ironisiert, welche nicht noch einmal an Deutschland ausprobiert werden solle.³⁴¹ Er ließ schon vor Beginn des Krieges, ebenso wie sein Minister, keinen Zweifel daran, daß die eigentlichen Interessen Englands gleichbedeu-

³³⁶ PZUR vom 28. 4. 1945, Tondokument, DRA.

³³⁷ Das britische Informationsministerium stellte dazu in seiner ersten Untersuchung über deutsche Propaganda vom September 1939 fest, das deutsche Propagandafeuer sei seit dem ersten Tag auf England konzentriert. Zit. bei Doherty, *Nazi Wireless*, S. 34.

³³⁸ Vgl. Sywottek, *Mobilmachung*, S. 194ff.

³³⁹ Goebbels, *Zeit ohne Beispiel*, S. 56ff.

³⁴⁰ „Die Einkreiser“ (20. 5. 1939), in: Goebbels, *Zeit ohne Beispiel*, S. 144ff.

³⁴¹ PZUR vom 1. 8. 1939, BA-MA RW 4/172.

tend mit der Auslöschung Deutschlands seien.³⁴² Das war bereits vor und während des Ersten Weltkrieges zur Genüge behauptet worden. Nicht einmal die Verknüpfung des anti-englischen Affekts mit sozialistischen Tönen, die von Hitler in seiner Rede vom 28. April 1939 durch den behaupteten Gegensatz von Plutokratie und den „proletarischen“ Nationen ins Spiel gebracht wurde, war neu: bereits 1914 hatte der Sozialdemokrat Paul Lensch den Krieg Deutschlands gegen England als Weltrevolution aufgefaßt, an dessen Ende der Sturz des Empire stehen sollte.³⁴³

Die nationalrevolutionären Elemente der Konservativen Revolution machten es sich zur Aufgabe, diesen Ansatz nach dem verlorenen Kriege zu radikalisieren. Deutschland sollte sich durch eine Revolution des nationalen Sozialismus auf den kommenden Zweiten Weltkrieg vorbereiten und für den Kampf gegen Großbritannien rüsten. Auch Fritzsche dürfte in Moeller van den Brucks Kreis die entsprechende Vorstellung einer deutschen Zukunft gewonnen haben, in welcher der wichtigste Kontrahent immer Großbritannien sein würde.³⁴⁴

Es ging ihm daher um so leichter von der Hand, im Einklang mit der geforderten Tendenz zu schildern, wie der plutokratische Charakter der englischen Kriegführung dazu führe, daß das englische Volk von seinen herrschenden Schichten im Kriege noch stärker ausgebeutet werde als vorher. Auch verstünde es der Kreis der kriegtreibenden Kapitalisten in Großbritannien, sich von den Begleiterscheinungen des Krieges fernzuhalten, „und – denkste wenigstens! – am Schluß des Krieges seinen Gewinn zu teilen und vor dem Zugriff des einfachen Mannes, der ihn durchgekämpft hat, zu schützen“.³⁴⁵ Mit dieser Darstellung dürfte auch versucht worden sein, der von den deutschsprachigen Sendungen der BBC laufend thematisierten innerdeutschen Kritik an den deutschen Führungsschichten³⁴⁶ entgegenzutreten und die Unterschiede zwischen England und Deutschland herauszustreichen.

Seit Beginn des Krieges behandelte Fritzsche immer wieder die Rolle der Juden als der angeblich eigentlich Schuldigen am Kriege.³⁴⁷ Englands Porträt als Hauptgegner und wich-

³⁴² „Eine wirkliche Beruhigung Ihrer angegriffenen Nerven gäbe nur das vollständige Verschwinden des großdeutschen Reiches, womit wir leider nicht dienen können und wollen.“ Fritzsche, PZUR vom 25. 7. 1939, BA-MA RW 4/172. Goebbels hatte am 17. 6. 1939 Großbritannien aufgefordert, endlich offen zuzugeben: „Wir hassen Euch Deutsche, Ihr fangt an, uns lästig zu fallen, wir wollen Euch einkreisen, um Euch zu vernichten.“ „Erkläret mir, Graf Oerindur ...“; Abdruck in Goebbels, *Zeit ohne Beispiel*, S. 176.

³⁴³ Siefert, *Revolution*, S. 47ff.

³⁴⁴ Siefert, *Revolution*, S. 72, verweist auf den Briefwechsel zwischen Moeller van den Bruck und einem der wesentlichen Protagonisten des sogenannten Kriegssozialismus, Johann Plenge. Zu Plenge vgl. Schildt, *Ein konservativer Prophet*.

³⁴⁵ PZUR vom 18. 1. 1940, BA R 55/1369, Bl. 108.

³⁴⁶ Als Beispiel dafür ein undatiertes – anonymes – Hörerbrief, der Fritzsches Äußerungen über die englische Plutokratie zum Anlaß nimmt, auf die Existenz einer neuen „NS-Plutokratie“ zu verweisen. BA R 55/938, Bl. 19f. 1941 häuften sich die kritischen Briefe, die Fritzsches Äußerungen über das soziale Elend in den Feindstaaten mit den ebenso schlimmen Zuständen in Deutschland konfrontieren; vgl. BA R 55/1382, Bl. 10ff., und BA R 55/1383, passim. Das Thema der sozialen Ungerechtigkeit im NS-Staat galt auf britischer Seite als das wirksamste gegenüber den deutschen Hörern. Vgl. Wittek, *Ätherkrieg*, S. 102f.

³⁴⁷ Seit Ende des Ersten Weltkrieges hatte sich die Behauptung, es existiere ein geheimer jüdischer Weltbeherrschungsplan, als eine der wesentlichen Verschwörungstheorien in Deutschland ausgebreitet. Maßgeblich befördert wurde dies durch die Veröffentlichung der sogenannten „Protokolle der Weisen von Zion“, die auf deutsch erstmalig 1919 von Ludwig Müller herausgegeben und 1933 in einer Sonderausgabe für NSDAP-Mitglieder gedruckt wurden. Vgl. *Enzyklopädie des Holocaust*, Berlin 1993, Bd. II, S. 1169ff.

tigster Bündnispartner der Juden³⁴⁸ wurde dabei immer mehr mit antisemitischen Stereotypen aufgeladen, angeblich weil seit der von Disraeli vorgenommenen „politischen Blutsübertragung [...] die semitischen Züge in Englands Antlitz immer deutlicher“ hervortraten.³⁴⁹ Mitunter ließ sich bei Fritzsches Ausführungen nicht mehr unterscheiden, ob er nun jeweils die englische „Plutokratie“ oder die Juden meinte. In einem aktuellen Bezug erklärte die „politische Blutsübertragung“ auch, wie aus dem noch im Oktober 1939 von Deutschland mit einem Friedensangebot umworbenen England so schnell ein verachtenswerter Gegner hatte werden können. Mit dem behaupteten „jüdischen Einfluß“ ließ sich der Eindruck kaschieren, Deutschland hetze jetzt aus verschmähter Bündnisbereitschaft gegen England.

Vor allem Winston Churchill wurde schon als Erster Lord der Admiralität gern als Werkzeug der Juden porträtiert. Bereits im Ersten Weltkrieg habe er, so Fritzsche, die ersten Verluste der britischen Flotte bei der Schlacht im Skagerrak im Unterhaus nur erwähnt, um durch den damit ausgelösten Kurssturz sich und seinen jüdischen Hintermännern zu ermöglichen, sich „billig einzudecken“.³⁵⁰ So vermischten sich die für England und für die Juden verwendeten Konnotationen bei Fritzsche, der die „plutokratischen Herrscher“ Kriege dann entfesseln ließ, „wenn ein paar dicke Geldsäcke in England den Krieg für notwendig halten“, und England vorwarf, den Respekt Polens vor Deutschland „mit satanischer Folgerichtigkeit“ zerstört zu haben.³⁵¹ Die „Kriegshetzer“ in London und Paris würden zu ihrer Schuld am Kriege auch noch die Verantwortung für einen Haß auf sich nehmen müssen, „der die Leidenschaften des Untermenschentums entfesselt und dessen unheimliche Früchte sie einst ernten werden“.³⁵²

Das Vorgehen Englands bannte Fritzsche regelmäßig in Superlative. Als im Februar 1940 ein britischer Zerstörer das deutsche Schiff „Altmark“ in den damals noch neutralen norwegischen Gewässern aufbrachte und die darauf befindlichen britischen Kriegsgefangenen befreite, behauptete er in der PZUR, es gäbe in der ganzen Geschichte des Völkerrechts kein vergleichbares Beispiel für einen solchen Rechtsbruch.³⁵³ Allgemein bedienten sich seine Kommentare, wie der Rest der antienglischen Propaganda in Deutschland auch, gern weit zurückliegender Geschehnisse, um die Unwandelbarkeit des englischen Charakters zu illustrieren.³⁵⁴

Eine zeitgenössische Lobeshymne auf Fritzsche führte als dessen besonderes Verdienst an, den Nimbus Großbritanniens in der Vorstellung sowohl der deutschen als auch der europä-

³⁴⁸ Fritzsche behauptete, angeblich habe England für die gesundheitliche Versorgung seines Kolonialreichs in den letzten zehn Jahren die gleichen Mittel aufgewendet, wie jetzt für die Juden aus Deutschland gespendet würden. PZUR vom 1. 8. 1939, BA-MA RW 4/172.

³⁴⁹ PZUR vom 27. 1. 1940, BA R 55/1369, Bl. 43.

³⁵⁰ PZUR vom 7. 10. 1939, sowie Verweis darauf am 10. 10. 1939, Fritzsche, Krieg den Kriegshetzern, S. 111 und 123.

³⁵¹ PZUR vom 3. 2. 1940 und 6. 2. 1940, BA R 55/1369, Bl. 6 und 15. In der PZUR vom 16. 3. 1940 bezeichnete er den „Krieg der Plutokratien“ als einen „Krieg der Religion vom goldenen Kalb“. BA R 55/1370, Bl. 20.

³⁵² PZUR vom 16. 4. 1940, BA R 55/1371, Bl. 55.

³⁵³ PZUR vom 17. 2. 1940, BA R 55/1370, Bl. 134ff. Eine Analyse aus dem britischen Foreign Office stellte fest, daß in den folgenden Tagen der Altmark-Zwischenfall die deutsche Propaganda praktisch vollständig einnahm. Vgl. Doherty, Nazi Wireless, S. 48.

³⁵⁴ Die englische These, den Krieg nicht gegen das Volk, sondern nur gegen seine Führung aufgenommen zu haben, verfolgte Fritzsche bis zur Kriegserklärung Englands an den französischen König im Jahre 1689 zurück. PZUR vom 7. 3. 1940, BA R 55/1370, Bl. 59.

ischen Öffentlichkeit geschwächt zu haben. „Der Name England schreckt nicht mehr!“³⁵⁵ Daß sich Fritzsche so intensiv mit England auseinandersetzte, lag in dessen ungebrochenem Widerstandswillen begründet. Die deutsche Hoffnung darauf, mit der faktischen Beherrschung Europas auch Gewinner in einer globalen Auseinandersetzung werden zu können, scheiterte an Großbritannien. Somit erhöhte sich die Wahrscheinlichkeit, daß Deutschland auch den jetzigen Krieg verlor, wenn es nicht gelang, diesen Kriegsgegner militärisch zu besiegen.

Die Ressourcen des britischen Empire ließen sich nicht völlig aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit verdrängen, denn schließlich hatte man auf deutscher Seite bis Kriegsausbruch den Engländern gerade ihren unermeßlichen Reichtum vorgehalten. Deswegen konzentrierte sich die Propaganda, und an hervorgehobener Stelle Fritzsche darauf, die politische Führungsschicht Englands zu ironisieren und zu demontieren. Darum konnte es auch Zeitungen geschehen, daß sie für ihre „zu ernste“ Wiedergabe von Nachrichtenmaterial gerügt wurden.³⁵⁶

Nachdem das erneute „Friedens“-Angebot Hitlers in seiner Rede vom 19. Juli 1940 von englischer Seite rasch und brüsk zurückgewiesen worden war, verwies die offizielle Propaganda darauf, daß Regierung und Volk einmütig Hitlers Angebot abgelehnt hätten.³⁵⁷ Auf diese Weise berücksichtigte man auch, daß in der deutschen Bevölkerung keine Trennung mehr zwischen beiden vorgenommen wurde und man sich ein baldiges Kriegsende nur dann vorstellen konnte, wenn Großbritannien niedergekämpft worden sei. Vor diesem Hintergrund verbreitete sich eine radikalisierte Stimmung, die in der Forderung nach Englands vollständiger Vernichtung gipfelte.³⁵⁸ Jedoch ließ sich seine Niederlage weder mit den massiven Luftangriffen des Sommers 1940 erzwingen, noch erfolgte eine Invasion, mit der nach dem Abschluß des Frankreichfeldzugs allgemein gerechnet worden war.

Die aufgeheizten Erwartungen mußten nunmehr durch die offizielle Erklärung gedämpft werden, daß England sich als harter Gegner erwiesen habe und sich Deutschland auf einen langen Krieg einrichten müsse. Fritzsche erklärte in der PZUR vom 22. Oktober 1940 dazu, der Kampf zwischen zwei Reichen könne nicht mit der Geschwindigkeit eines Boxkampfes ausgetragen werden.³⁵⁹ Damit die Stimmung in Deutschland nicht weiter absackte, suchte die Luftwaffe mit verheerenden Großangriffen neue Erfolge zu präsentieren, wie bei dem Angriff auf Coventry. Nach außen wurden diese Terrorangriffe aber immer noch als eine angemessene Vergeltung für die britischen Angriffe auf angeblich nichtmilitärische Ziele dargestellt, als „anständige und soldatische Bestrafung einer unsoldatischen Tat“, wie Fritzsche am 16. November 1940 den Angriff auf Coventry begründete.³⁶⁰

Die Ausweitung des Kriegsszenarios brachte es mit sich, daß England nicht mehr der monoman bearbeitete Hauptgegenstand deutscher Propaganda war, sondern andere Gegner und andere Kriegsschauplätze die Perspektive erweiterten. Doch England blieb der wichtigste Bezugspunkt. Eine zeitgenössische Untersuchung des deutschen Rundfunkpro-

³⁵⁵ Schadewaldt, „Hans Fritzsche – Ein Porträt“ (Typoskript von Februar 1943), BA R 55/532, Bl. 3.

³⁵⁶ Auf der Pressekonferenz vom 12. 4. 1941 kritisierte Fritzsche angesichts der ersten Rückzugsversuche englischer Truppen in Griechenland, eine Zeitung sei in ihrer Überschrift „zu ernst“ gewesen. „Die Überschriften müssen schnoddriger sein. Es ist nicht die sachliche Meldung als solche herauszustellen, sondern sie soll mehr in der Form einer stark ironischen Frage herausgehoben werden.“ Mitschrift von Gerigk, 12. 4. 1941, StAM SpK 475, Heft XXIII.

³⁵⁷ *Deutschland im Kampf*, Juli 1940, S. 14.

³⁵⁸ Kershaw, *Hitler-Mythos*, S. 192.

³⁵⁹ Zit. nach Doherty, *Nazi Wireless*, S. 80.

³⁶⁰ Zit. nach Doherty, *Nazi Wireless*, S. 81.

gramms stellte für den Zeitraum bis März 1943 fest, daß England durchgehend der am häufigsten in den Nachrichten erwähnte Gegner sei, bis November 1942 sogar häufiger als alle anderen Gegner zusammen.³⁶¹

In der PZUR konzentrierte sich Fritzsche dabei auf die inneren Probleme Englands und versuchte damit, die Schwierigkeiten der Kriegslage für die Achsenmächte zu relativieren. Sefton Delmer von der BBC wies in seinen Entgegnungen auf Fritzsches Vorträge wiederholt darauf hin, wenn er dem deutschen Hörer zutreffend unterstellte, die breiten Ausführungen über England interessierten diesen nicht so sehr wie eine Einschätzung der Kriegslage, die aber nicht gegeben werde.³⁶² Delmers Urteil wurde durch die Berichterstattung des SD bestätigt. „Man messe dem ‚Hauskrach‘ in England und überhaupt den internen Auseinandersetzungen auf der Gegenseite praktisch wenig Bedeutung für den Kriegsverlauf bei, und die Aufmerksamkeit der Volksgenossen wende sich im Augenblick fast ausschließlich den Ereignissen und Fragen zu, die unmittelbar auf das Kampfgeschehen bezogen sind.“³⁶³

Auch als sich die gewichtige Position der Kriegsparteien USA und UdSSR nicht länger ignorieren ließ und Großbritannien darüber etwas in den Hintergrund trat, wurde es weiter als das Bindeglied der gegnerischen Koalition dargestellt. So hielt Fritzsche in der PZUR vom 20. März 1943 fest, England entledige sich allmählich der europäischen Exilregierungen, um Moskau angesichts der deutschen Abwehrerfolge „bei Laune“ zu halten und dessen Hegemonie über Europa vorzubereiten.³⁶⁴ Andererseits konnte er nicht länger ignorieren, daß im Lager der Westalliierten die USA zum bestimmenden Koalitionspartner wurde.

Daher betonte er nun, wie Englands Position durch Amerikas Vorgehen ausgehöhlt werde. Abgesehen davon, daß nach dem Kriege ein hoffnungslos verschuldetes England sein Empire an die USA werde abtreten müssen, seien die bislang entstandenen Kriegsschäden für die USA von Vorteil. „Von Amerika aus gesehen, ist auch jede Bombe, die auf England fällt, genauso nützlich wie jede Bombe, die auf Deutschland fällt. Sie beseitigt künftige Konkurrenz!!!“, führte Fritzsche im Dezember 1943 aus.³⁶⁵ England, so Fritzsche noch im März 1944, habe mit diesem Krieg die Grundlagen seiner eigenen Macht zerstört.³⁶⁶

Gerade wenn er die Existenz einer „europäischen Schicksalsgemeinschaft“ behauptete, stellte er England dazu in Gegensatz als diejenige Macht, welche von außen immer die Eini-gung Europas hintertrieben habe. Im März 1945 bezeichnete er Großbritannien und die USA als „außereuropäische“ Mächte, während die Russen jetzt – im Zeichen der Wlassow-Initiative – als europäisches Kulturvolk bezeichnet wurden, das der innerasiatische Bolschewismus gefesselt habe.³⁶⁷ Seit 1941 stellte das Europa-Thema eine der markantesten thematisierten

³⁶¹ Kris/Speier, Radio Propaganda, S. 215f.

³⁶² Vgl. BBC-Kommentare von Sefton Delmer, Abhörberichte vom 17. 2. und 4. 3. 1942, BA R 55/527, Bl. 40ff. und Bl. 45.

³⁶³ RSHA-Bericht „Stimmen zum Rundfunk“ vom 4. 12. 1942 zu einem Vortrag Fritzsches vom 24. 11. 1942 über Sir Stafford Cripps, BA R 55/527, Bl. 160ff.

³⁶⁴ BA R 55/524, Bl. 122. Fritzsche variierte hiermit eine der Thesen, die Teil einer seit Mitte Februar 1943 laufenden antibolschewistischen Kampagne waren. Vgl. Ministerkonferenz vom 16. 2. 1943 nach: Tießler, Vorlage für Bormann, BA NS 18/224, o. Pg.

³⁶⁵ PZUR vom 4. 12. 1943, BA R 55/525, Bl. 199.

³⁶⁶ PZUR vom 18. 3. 1944, BA R 55/525, Bl. 308.

³⁶⁷ PZUR vom 16. 12. 1944 und 3. 3. 1945, StAM SpK 477, Heft III, S. 306ff. und 337.

tischen Konstanten in Fritzsches Kommentaren dar. Gerade aus der Verschränkung mit England als dem eigentlichen Gegner einer europäischen Einigung bezog es immer wieder neue Nahrung.

Europaperspektiven

Nach dem Erfolg des deutschen Westfeldzuges schien eine Neugestaltung Europas nach deutschen Vorstellungen und unter deutscher Herrschaft greifbar nahe zu sein. Verschiedene Entwürfe eines Großwirtschaftsraumes Europa kursierten, alle auf die Interessen des Deutschen Reichs zugeschnitten. Da jede Konkretisierung der deutschen Kriegsziele zu unterbleiben hatte, gab es für die Ausgestaltung der Europathematik nur wenige Anhaltspunkte. In bemerkenswerter Offenheit formulierte die Tagesparole vom 5. November 1940 die eigentliche Zielsetzung Deutschlands: „Betrachtungen über die zukünftige Neugestaltung Europas oder der Welt [...] [sind] in ihren Wirkungen nach außen unzweckmäßig [...]. Wir kämpfen nicht für eine Neuordnung Europas, sondern für den Bestand und die Sicherung unserer Lebensinteressen.“³⁶⁸ Trotzdem war das Thema einer europäischen Neuordnung unter deutscher und italienischer Ägide im Frühsommer 1940 das wichtigste Objekt der deutschen Propaganda und deutscher Pläne für die Nachkriegszeit geworden.³⁶⁹

Da sich die unmittelbare Planungseuphorie bald legte und spätestens nach der verlorengegangenen „Luftschlacht über England“ verschwand, hatte Fritzsche in seinen Kommentaren nur wenig Spielraum, um seine großdeutsche Version einer Europäischen Einigung auszugestalten. Meist betonte er die europäische Friedensmission Deutschlands, für dessen entscheidende Auseinandersetzung mit England sich in ganz Europa Millionen Hände regen würden.³⁷⁰ „Deutschland will nicht die Welt erobern, Deutschland will nicht die Menschenrechte mit Füßen treten, aber etwas will es und wird es tun: Europa auf eine solche Weise einzurichten, daß die Bewohner des alten Kontinents friedlich ihrer Arbeit nachgehen und deren Früchte genießen können.“³⁷¹

Auf die nicht nur von der gegnerischen Öffentlichkeit gestellte Frage nach den Grundlagen des „Neuen Europa“ antwortete er ausweichend, die europäische Neuordnung käme von ganz allein. Ein Teil der Formen werde durch den Krieg vorgegeben, ein anderer entstehe „ganz selbstverständlich mit der Durchführung der großräumigen Wirtschaftspläne, die kluge Leute in Europa schon immer hatten“. Zur Illustration dieser praktischen Zusammenarbeit begann Fritzsche seine PZUR vom 18. September 1941 mit Ausführungen zum Baubeginn an der sogenannten Vogelfluglinie zwischen Deutschland und Dänemark.³⁷²

Von der deutschen Bevölkerung wurde die Neuordnung Europas nur danach beurteilt, ob sie den Krieg verlängerte. Damit läßt sich der vom SD-Abschnitt Leipzig im Juni 1942

³⁶⁸ Am gleichen Tag hatte Goebbels bei einer Rede in Prag den europäischen Akzent betont; Longenrich, Propagandisten, S. 80, vermutet daher, die erwähnte Tagesparole stelle die über Dietrich weitergeleitete Aufforderung Hitlers dar, jede weitere europapolitische Diskussion zu beenden.

³⁶⁹ Vgl. die von Doherty wiedergegebenen Analysen der deutschen Propaganda für Juni 1940 durch das britische Foreign Office, ders., Nazi Wireless, S. 66ff., sowie die Rede von Reichswirtschaftsminister Funk am 25. 7. 1940, Abdruck bei Salewski, Ideas, S. 65ff. Vgl. hierzu auch Buggeln, Währungspläne, S. 64ff.

³⁷⁰ PZUR vom 14. 1. 1941, englischsprachiges Transkript des BBC-MS, IfZ PS-3064.

³⁷¹ PZUR vom 18. 2. 1941, englischsprachiges Transkript des BBC-MS, IfZ PS-3064.

³⁷² PZUR vom 18. 9. 1941, BA R 55/729, Bl. 63.

bemerkte Abstand erklären, den die „Volksgenossen“ „von der zwangsläufig mit dem Kriegsgeschehen verbundenen europäischen Neuordnung, die man für Imperialismus hält“, nahmen.³⁷³ Schon der Hinweis auf die alltäglichen Erscheinungen der deutschen Besatzungspolitik in den unterworfenen oder nur zum Schein selbständigen verbündeten Staaten genügte, um die offizielle Europapropaganda zu widerlegen. So unterstellte Sefton Delmer im deutschen Dienst der BBC Fritzsche im September 1941, er „würde es glatt fertig bringen, den gestohlenen Kaffee und die Butter aus Paris als freiwilligen Beitrag des französischen Volkes für die Winterhilfe hinzustellen und den Raubzug in Europa als Angriff gegen den amerikanischen Imperialismus“.³⁷⁴

Diese Widersprüche wurden kurzfristig beiseite gedrängt, als Deutschland die Sowjetunion überfiel. Dieser neue Kriegsschauplatz stattete die Europa-Propaganda mit neuen, zugkräftigen Schlagworten aus. Nun konnte die europäische Solidarität gegenüber der Sowjetunion und der gemeinsame „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ in Presse und Rundfunk als Ersatz für ein konstruktives Programm ausgebreitet werden.³⁷⁵ Der Verbindungsmann der Rundfunkabteilung des AA zum RMVP, Kurt Georg Kiesinger, sah in einem Schreiben vom 1. Juli 1941 für den Rundfunk die „ausgezeichnete Möglichkeit [...], der Welt ein eindrucksvolles Bild vom Aufstand der europäischen Völker gegen den Bolschewismus unter deutscher Führung [zu] vermitteln“.³⁷⁶ Über Nacht war aus der deutschen Expansionspolitik ein Kampf um Europa geworden, der auch diejenigen Staaten mit Deutschland verbinden werde, die bislang Distanz gewahrt hätten, nun aber ihre eigenen „Rechnungen mit dem Bolschewismus“ begleichen könnten.³⁷⁷

In den ersten Monaten des Ostkrieges behandelte auch Fritzsche das Thema der „europäischen Solidarität“ ausführlich und sprach in der PZUR vom 12. Juli 1941 davon, daß nun die Zeit für die europäische Monroe-Doktrin herangebrochen sei, nachdem Japan bereits seine asiatische Monroe-Doktrin aufgestellt habe.³⁷⁸ Am 17. Juli 1941 behauptete er, das Symbol dieses neuen Gemeinschaftsbewußtseins sei bereits gefunden worden. Seit einigen Tagen kursiere im gesamten von Deutschland besetzten Europa das Zeichen „V“ für „Viktoria“. Nun sei es bereits Zeichen der Parole „V – Deutschland siegt an allen Fronten“ geworden und werde sich bald „zu imponierender Größe an Häuserfronten oder Türmen erheben“.³⁷⁹

³⁷³ SD Leipzig, Bericht vom 24. 6. 1942, zit. nach Steinert, Hitlers Krieg, S. 280.

³⁷⁴ Sefton Delmer, BBC-Kommentar vom 16. 9. 1941, Abhörbericht, BA R 55/526, Bl. 56ff.

³⁷⁵ Pressekonferenz vom 24. 6. 1941, zit. nach J. Hagemann, Presselenkung, S. 169. Fritzsche betonte in der Konferenz vom 28. 6. 1941 allerdings, der Begriff des „Kreuzzuges“ solle nicht vertieft werden, er sei nur ein „terminus technicus für den Gedanken des gemeinsamen europäischen Handelns“. Mitschrift von Gerigk, StAM SpK 476, Heft XX.

³⁷⁶ Zit. nach Boelcke, Macht, S. 251.

³⁷⁷ Dieser Gedanke wird von Fritzsche z. B. in seiner PZUR vom 26. 6. 1941 herausgearbeitet, englischsprachiges Transkript des BBC-MS, IFZ PS-3064. Der Sturm, der jetzt durch Europa rase, sei ein Zeichen dafür, daß dieser alte Kontinent diejenige Kraft zur Verjüngung in sich getragen habe, an die „wir immer geglaubt haben“. Fritzsches Formulierungen nehmen weitgehend die Ausführungen vorweg, die er am folgenden Tag in der Pressekonferenz machte: „Wie Fritzsche betont, ist der antibolschewistische Wind, der sich in Europa erhoben hat, von uns zum Sturm zu steigern.“ Mitschrift von Gerigk, 27. 6. 1941, StAM SpK 476, Heft XX.

³⁷⁸ In der Presselenkung wurde der Begriff einer „europäischen Monroe-Doktrin“ bis Ende 1940 von der inhaltlich noch unbestimmteren „Neuordnung Europas“ ersetzt; vgl. Bohse, Kriegsbegeisterung, S. 305. Im Juli 1941 griff Hans Fritzsche somit einen bereits „ausgemusterten“ Begriff wieder auf, den er in der Folgezeit jedoch nicht wieder verwendete. Vgl. PZUR vom 12. 7. 1941, BA R 55/729, Bl. 16.

³⁷⁹ BA R 55/729, Bl. 23.

Imponierend daran war nur, mit welcher Dreistigkeit Fritzsche hier im Auftrag seines Ministers gegen die Wirklichkeit anlog. Tatsächlich hatte ein Kommentar vom 14. Januar 1941 im belgischen Dienst der BBC das „V“ (wie Victoire) als Erkennungszeichen für den Widerstand gegen Deutschland vorgeschlagen, und hieraus hatte sich über die folgenden Monate eine vom gesamten Europadienst der BBC umgesetzte Kampagne entwickelt.³⁸⁰ Goebbels griff diese Kampagne auf und setzte als Gegenmittel auf die deutsche Inanspruchnahme dieses Symbols als „Victoria“. Die von Großbritannien initiierte „gefährliche Propagandaparole gegen das Reich“, deren Höhepunkt zunächst der 14. Juli, dann der 20. Juli 1941 sein sollte, konterte er mit einer lautstarken Gegenkampagne, zu der als Zeichen angeblicher europäischer Verbundenheit auch eine Ringsendung zwischen Paris, Prag und Oslo gehörte.³⁸¹

Fritzsche begleitete diese Gegenmaßnahme mit seiner PZUR. Am 20. Juli sprach er von einer „lawinenartige[n] Verbreitung“ des V-Zeichens in den besetzten Ländern und erwähnte sogar die britische Feststellung, Deutschland habe das „V“ von der britischen Kampagne gestohlen, und verdrehte sie in ihr Gegenteil. England habe in jedem seiner Kriege versucht, dem Gegner dessen Parolen zu stehlen.³⁸² Unübersehbar schmälerte die deutsche V-Kampagne den Erfolg des englischen Originals, obwohl die zeitgenössische Publizistik von einem „sensationellen Erfolg“ der ursprünglichen Kampagne in den besetzten Gebieten sprach.³⁸³ Die deutsche Bevölkerung wurde allerdings durch diese Aktion eher irritiert.

Bereits zu Fritzsches Kommentar vom 17. Juli meldete der SD, daß die Masse der Bevölkerung mit ihm nichts habe anfangen können. „Der Sinn und die Veranlassung, weshalb diese Aktion [...] aufgezogen wurde, gingen ihr nicht recht ein.“ Zu der nun auch von der Presse übernommenen Aktion und Fritzsches weiterem diesbezüglichen Kommentar vom 20. Juli hieß es dann noch schärfer: „Die Aufnahme ist im ganzen Reichsgebiet gekennzeichnet durch völliges Unverständnis, so daß große Teile der Bevölkerung, die überhaupt nichts damit anzufangen wussten, sehr bald interesselos daran vorbeigingen, der Rest lehnte die Propaganda-Aktion in drastischer Weise ab.“³⁸⁴ Der anfängliche gegnerische Erfolg dieser Aktion in den besetzten Ländern hatte der deutschen Führung gezeigt, daß gemeinsame europäische Symbole mit Erfolg etabliert werden konnten, wenn sie vom britischen Gegner kamen. Darum galt es um so mehr, das bisherige argumentative Vakuum in bezug auf die zukünftige Gestaltung Europas mit eigenen Begriffen zu füllen.

Am 3. Oktober 1941 gab Hitler in seiner Rede zur Eröffnung des Kriegswinterhilfswerks die Formel aus, der Krieg im Osten sei bereits entschieden. Auch wenn daraus, wie bereits angedeutet, kurzzeitig die Überzeugung entstand, das Ende des Krieges stünde unmittelbar bevor, ließ sich diese Formel auch „realistischer“ auslegen. Fritzsche erläuterte ab September 1941, in öffentlichen Auftritten, vor der Auslandspresse, im Rundfunk sowie in Zeit-

³⁸⁰ Briggs, *War of Words*, S. 366ff.

³⁸¹ Goebbels, *Tagebücher II*, Bd. 1, S. 50, 66 und 69 (Einträge vom 11., 14. und 15. 7. 1941), sowie Boelcke, *Macht*, S. 318.

³⁸² BA R 55/729, Bl. 26. Einzig diejenigen deutschen Hörer, die die englischsprachigen Sendungen ihres eigenen Landes verfolgten, konnten hier am 27. 7. 1941 das Eingeständnis vernehmen, daß die Engländer so wie den Krieg auch die V-Kampagne begonnen hätten. Zit. nach Briggs, *War of Words*, S. 374.

³⁸³ Huth, *Radio*, S. 70.

³⁸⁴ MadR vom 21. 7. 1941 und 24. 7. 1941, S. 2549 und 2561. Fritzsche erhielt Post von einem Feldwebel, dessen Sonderauftrag es gewesen war, in Frankreich gegen die V-Zeichen-Schreiber vorzugehen und der sich bei ihm darüber beschwerte, nun das Gespött seiner Kameraden zu sein. Hörerbrief vom 18. 7. 1941, BA R 55/1381, Bl. 88.

schriften die Perspektive einer „Festung Europa“. Mit der aktuellen militärischen Entwicklung sei die deutsche Wehrmacht zu den natürlichen Grenzen Europas vorgestoßen. Nun werde sie an dieser Grenze „den unter deutscher Leitung stehenden europäischen Interessenblock“ gegen Osten abschirmen und damit die Neuordnung Europas „nach eigenen, von Deutschland diktierten Gesetzen“ ermöglichen. „Gewiß ist dies ein ‚Europa hinter Stacheldraht‘, aber dieses Europa wird wirtschaftlich, industriell und agrarisch vollständig autark sein und militärisch im Grunde unangreifbar.“³⁸⁵

Mit seiner These deutete Fritzsche zwei Dinge zugleich an: zum einen schien sich der Ostfeldzug in seinen Zielen nicht von denen des kaiserlichen Deutschlands zu unterscheiden, Rußland durch Abtrennung seiner baltischen Provinzen, der Ukraine, Bessarabien und der Schwarzmeerküste aus Europa zu verdrängen. Zum anderen griff er Befürchtungen auf, aus einer derartigen räumlichen Ausdehnung ergebe sich zwangsläufig ein langfristiger Spannungszustand, welcher die Vormachtstellung Deutschlands gefährden müsse.³⁸⁶

Fritzsche entwickelte die undeutliche Vision eines Europa, das seine alten Landesgrenzen überwunden habe und nunmehr auf seinen natürlichen Raum konzentriert und darin geeint sei. Gegen seine außereuropäischen Gegner sei es eine von Deutschland eroberte Festung, „die von außen nicht mehr zu erschüttern ist“.³⁸⁷ Offenbar als erste brachte das die *Frankfurter Zeitung* in der Schlagzeile ihres Berichts vom 27. September 1941 über Fritzsches Vortrag in Frankfurt auf den Begriff der *Festung Europa*.³⁸⁸ Den Rundfunkhörern brachte er diesen Begriff in der PZUR vom 14. Oktober 1941 nahe.³⁸⁹

Ausführlich erläuterte Fritzsche dazu in einer weiteren PZUR, dieser Begriff enthalte ein Moment der Bescheidenheit, denn es sei nicht berechenbar, welche anderen Kräfte die Gegner Deutschlands im Laufe der kommenden Auseinandersetzung noch mobilisieren könnten. Wenn auch britische Kommentatoren auf den defensiven Charakter des Begriffes „Festung“ verweisen und von einem „Zuchthaus Europa“ sprechen würden, könne dieser Kontinent Deutschland nicht mehr entrissen werden. Die europäischen Nationen würden im Kampf um ihre Existenz selbst gegen diejenigen unter ihnen einschreiten, welche sich „von der englischen Agitation verhetzen oder mißbrauchen lassen“.³⁹⁰ Es konnte jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß nur die zeitweilige militärische Überlegenheit des Deutschen Reiches diese „neue Ordnung“ aufrechterhielt.³⁹¹

³⁸⁵ Boelcke (Hrsg.), *Wollt Ihr den totalen Krieg*, S. 189. Longerich bezeichnet diese Ausführungen Fritzsches als einen Versuch der „Schadensbegrenzung“, die von der Erörterung militärischer Perspektiven auf eine politische Initiative überleiten sollte; ders., *Propagandisten*, S. 86.

³⁸⁶ In seinem Bericht vom 1.8.1941 stellte der Generalstaatsanwalt von Bamberg fest: „Die zum Teil in der Propaganda angedeutete künftige Rolle Deutschlands als führender Staat Europas und die unmittelbare Einverleibung von Ostgebieten ist den Vorstellungen eines größeren Volksteils noch kaum zugänglich. [...] Die freilich vielfach auch bestehenden Wünsche nach einer Vormachtstellung Deutschlands begegnen Bedenken, wie sich ein solcher Zustand auf die Dauer ohne fortgesetzte Spannung und Beunruhigung aufrechterhalten lassen soll.“ BA R 22/3355, zit. nach Steinert, *Hitlers Krieg*, S. 208.

³⁸⁷ Hans Fritzsche in Düsseldorf, Oktober 1941, ungezeichneter Artikel in StAM SpK 477, Heft IV, S. 5.

³⁸⁸ „Die Festung Europa“, *Frankfurter Zeitung*, Nr. 493/494 vom 27.9.1941. Demgegenüber fehlt dieser Begriff im Bericht des Frankfurter Generalanzeigers vom 26.9.1941. Dort als wörtliches Zitat: „Das Ziel im Osten ist nicht uferlos, es liegt bei einer natürlichen Grenze unseres Kontinents und bei der Zerschlagung der bolschewistischen Macht.“ StAM SpK 476, Heft XXI.

³⁸⁹ BA R 55/729, Bl. 93ff.

³⁹⁰ BA R 55/729, Bl. 109ff.

³⁹¹ Gewollt spaßig sprach Fritzsche am 5.11.1941 von den Prophezeiungen der britischen „Schießbudenfiguren“ am Rundfunk: „Sie sagen, wir würden verhungern oder erfrieren oder von den Bewohnern des neuen Europa totgeschlagen werden [...]“ BA R 55/729, Bl. 106.

Die propagandistische Natur aller Europa-Perspektiven erwies immer aufs Neue, wenn es die Umstände ermöglichten, daß die Unterordnung der europäischen Nationen unter deutsche Interessen offen als Endzweck angesprochen werden konnte. Vor Vertretern der ausländischen Presse erklärte Fritzsche am 13. Oktober 1941, daß nun angesichts des bereits erreichten Sieges der Ton Deutschlands gegenüber den anderen europäischen Staaten „sehr viel freier und kälter“ werden könne. Deren nationale Interessen hatten sich definitiv dem „imperialen europäischen Gedanken“ unterzuordnen. Was Fritzsche hier als Zukunft Europas entwarf, waren keine „Vereinigten Staaten von Europa“; der deutsche Journalist hatte die zukünftige Behandlung der europäischen Völker und Kleinstaaten nur noch an seinem „imperialen Instinkt“ zu messen.³⁹² Dieser Instinkt war gemeint, wenn Fritzsche in einer Rede im November 1941 betonte, daß die Erziehung zu kontinentalem Denken in Zukunft die Hauptaufgabe für die jungen deutschen Zeitungsmänner sei.³⁹³

Bereits ein von Fritzsche im Januar 1941 für die *Frankfurter Zeitung* verfaßter Artikel über eine Reise nach Prag hatte die kommende „Neue Ordnung“ direkt aus dem europäischen Charakter des Alten Reiches abgeleitet. Die Neugestaltung Europas, als deren erstes Beispiel das Schicksal Böhmens und Mährens gelten könne, laufe darauf hinaus, daß sich die kleineren Staaten unter Aufgabe ihrer Eigenstaatlichkeit in die „europäische Revolution dieses Krieges“ einordneten und die im Dreißigjährigen Kriege zerrissene politische Einheit Europas – lies: das Heilige Römische Reich – wieder herstellten. Fritzsche variierte hier das mehrfach erklärte deutsche Ziel, mit diesem Krieg die Auswirkungen des Westfälischen Friedens von 1648 zu annullieren.³⁹⁴

Der defensive Unterton in der deutschen Europa-Propaganda verstärkte sich, als die militärische Offensive auf die Seite der Kriegsgegner übergang und die angebliche Uneinnehmbarkeit der „Festung Europa“ in Frage stellte. Nach sechs Monaten als Kriegsberichterstatter sprach Fritzsche Ende Oktober 1942 immer noch von der „offensiven Sicherung der europäischen Festung“.³⁹⁵ In der Ministerkonferenz vom 7. Dezember 1942 wurde der Gebrauch dieser Wendung nun jedoch untersagt: „Eine Festung könne man belagern, und es sei nur eine Frage der Zeit, wann sie falle.“³⁹⁶ Dennoch wurde der Begriff sporadisch weiter verwendet, bis das Vorrücken der Alliierten auch propagandistisch einen Rückzug auf die „Festung Deutschland“ erzwang.

Während sich Anfang 1943 in Europa die Hoffnungen einer baldigen militärischen Intervention der Westmächte auf dem Kontinent zuwandten, sahen verschiedene deutsche Ressorts ausgerechnet mit dem militärischen Debakel der deutschen Kriegsführung in Stalingrad eine Chance gekommen, die Europafrage wieder aufzunehmen. Diesbezügliche Planungen innerhalb des Auswärtigen Amtes für die Grundlagen eines „Europäischen Staatenbundes“

³⁹² Boelcke (Hrsg.), *Wollt Ihr den totalen Krieg*, S. 190.

³⁹³ Rede zum 25jährigen Jubiläum des Leipziger Instituts für Zeitungswissenschaft vom 30. 11. 1941, *Deutsche Zeitung der Niederlande* vom 1. 12. 41, BA R 55/530, Bl. 95.

³⁹⁴ „Prag nach anderthalb Jahren“, *FZ*, Nr. 47 vom 26. 1. 1941, Typoskript, BA R 55/628, Bl. 71 ff.

³⁹⁵ So zitierte ein BBC-Kommentar Fritzsche aus seiner PZUR vom 30. 10. 1942, Abhörbericht vom 3. 11. 1942, BA R 55/527, Bl. 129. (PZUR nicht erhalten)

³⁹⁶ Boelcke (Hrsg.), *Wollt Ihr den totalen Krieg*, S. 311. In der Rundfunkkonferenz des von Hans Hinkel betreuten musikalisch-unterhaltenden Programnteils hieß es entsprechend am 9. 12. 1942: „Die Formulierung ‚Festung Europa‘ soll wegen ihres defensiven Charakters nicht mehr verwendet werden.“ BA R 55/696, Bl. 100.

waren Reaktionen auf Anregungen und Anfragen der Bündnispartner und Vasallen Deutschlands.³⁹⁷

Dagegen setzte das Propagandaministerium auf die Betonung der Bedrohung des Kontinents durch die Sowjetunion als hinreichenden Anreiz zur Einigung Europas unter deutscher Führung. Unterstrichen wurde hierbei zum wiederholten Male, daß sich die USA und England dazu bereitgefunden hätten, Europa völlig dem „Bolschewismus“ zu überlassen. Fritzsche hatte schon im April 1942 behauptet, England habe ausdrücklich „zugunsten des Bolschewismus“ auf Europa verzichtet.³⁹⁸ Nur Deutschland kämpfe im Osten, so stellte er in mehreren Kommentaren im Februar 1943 heraus, für alle europäischen Völker.³⁹⁹

Die „einmalige große Gelegenheit“, welche in diesem Bedrohungsszenario lag, erschöpfte sich darin, von jeder Diskussion über die Nachkriegsgestaltung Europas abzusehen und den Europa-Begriff nur noch aus der Abgrenzung zum gemeinsamen Feind abzuleiten.⁴⁰⁰ Es war daher notwendig, jede Europa-Offensive der Alliierten als Vorbereitung seiner „Bolschewisierung“ darzustellen. Ganz in diesem Sinne baute Fritzsche am 23. März 1943 eine PZUR auf den Ausführungen der Londoner *Times* auf, die laut seiner Wiedergabe das europäische Gleichgewicht für tot erklärt hatte. Churchills Vorschlag eines europäischen Rates schmecke schon nach dem zukünftigen „Rätesystem“, da England sich jetzt an Europa desinteressiert zeige.⁴⁰¹

Ansonsten behandelte Fritzsche das europäische Thema nur allgemein und überließ die ausführliche Bearbeitung dieses Feldes seinem Stellvertreter in der Rundfunkabteilung, Karl Scharping. Dessen Kommentare entwickelten ein durch Wunschkonstruktionen beherrschtes Panorama europäischer Zusammenarbeit.⁴⁰² In Teilen der deutschen Bevölkerung stieß diese, wie auch die übrige Europa-Propaganda auf ungläubige Skepsis, und die Hörer einer Sendung über den gemeinsamen Kampf Europas gegen den Bolschewismus mit Beiträgen aus Lettland, Belgien und Dänemark blieben nach den Beobachtungen des SD Frankfurt/Main weiterhin davon überzeugt, „daß Europa lieber heute denn morgen sähe, wenn Deutschland zusammenbreche“.⁴⁰³

Im Sommer 1943 erlosch auf politischer Ebene jede halbwegs ernstzunehmende europäische Initiative von deutscher Seite, da seine Kriegsgegner unwiderruflich die militärische Initiative übernommen hatten.⁴⁰⁴ Das letzte Leitmotiv europäischer Propaganda blieb die angeblich ganz Europa, in Wirklichkeit aber nur dem NS-Regime und seinen europäischen Kollaborateuren drohende tödliche Gefahr aus Ost und West. Gerade die Westalliierten mußten angesichts der Sympathien, die ihr Vordringen in Europa zweifellos genoß, dämonisiert werden. Darum wurde immer wieder behauptet, die sich intensivierenden Luftangriffe auf Ziele in Europa erbitterten die betroffene Bevölkerung. In diese Überlegungen reihte sich auch ein Anfang 1944 von Fritzsche entwickelter Vorschlag an Goebbels ein, in Deutschland einen Schauprozeß gegen die alliierten Bombardements unter Beteiligung europäischer Ankläger zu initiieren. „Zunächst wäre dieser Prozess die beste

³⁹⁷ Anmerkung Ribbentrop zu seiner Aufzeichnung über einen Europäischen Staatenbund vom 21. 3. 1943, ADAP Serie E, Bd. V, S. 437ff. mit Anlagen. Vgl. auch Neulen, Europa, S. 40ff.

³⁹⁸ „England sucht neuen Herrn“, *Arbeitertum*, Nr. 7/1942 (April), ZA IfZ.

³⁹⁹ PZUR vom 2. 2. 1943 bzw. 13. 2. 1943, Transkripte in StAM SpK 477, Heft III, S. 67ff. und 77f.

⁴⁰⁰ Vgl. die Ausführungen von Goebbels in der Ministerkonferenz vom 12. 12. 1942, Boelcke (Hrsg.), *Wollt Ihr den totalen Krieg*, S. 336.

⁴⁰¹ PZUR vom 23. 3. 1943, Transkript in StAM SpK 477, Heft III, S. 108.

⁴⁰² Vgl. die Kommentare Scharpings als Typoskripte in BA R 55/520.

⁴⁰³ SD Frankfurt/Main, Bericht vom 31. 3. 1943, BA R 58/958, Bl. 40.

⁴⁰⁴ Salewski, *Ideas*, S. 52.

Gelegenheit zu einer ganz besonders eindringlichen Demonstration der europäischen Einheit. Haben wir doch den Mut, in den Kreis der Richter oder in die Gruppe der Ankläger auch Polen, Norweger, Holländer, Belgier und Franzosen mit hineinzunehmen!⁴⁰⁵

Den Ersteinsatz der V1 kommentierte er auch unter dem Motto, in ganz Europa habe sich gegen den anglo-amerikanischen Luftterror ein solcher Haß aufgebaut, daß der Anfang des V-1-Einsatzes überall begrüßt werde.⁴⁰⁶ Nach dem Beginn der Invasion Juni 1944 schilderte Fritzsche in ähnlicher Manier, wie sich die anglo-amerikanischen Besatzer in Frankreich unbeliebt machten.⁴⁰⁷ Mit ihrem Vordringen würden sich die Alliierten ihre letzten Sympathien in Europa zerstören, „denn hinter den vorrückenden feindlichen Fronten marschierte im Gleichschritt mit deren Soldaten das Chaos, der Hunger, die Gewalt und der Bolschewismus“.⁴⁰⁸

Doch auch diese Versuche, das verlorene militärische Terrain propagandistisch wieder zu arrondieren, waren durch die Erfahrungen unter deutscher Besatzung zum Scheitern verurteilt. Sie richteten sich hauptsächlich an die deutsche Inlandshörerschaft, der mit Feststellungen dieser Art die Hoffnung genommen werden sollte, eine Besetzung durch westalliierte Truppen weniger fürchten zu müssen als eine durch die Rote Armee. Fritzsche bezeichnete jetzt Großbritannien und die USA nur noch als „außereuropäische“ Mächte, gegen die sich Europa zur Wehr setzen müsse. Monatelang mühte er sich damit ab, Belege für ein allmähliches Aufdämmern dieser Erkenntnis in Europa zu sammeln.⁴⁰⁹ Je bedrängter sich Deutschlands militärische Position gestaltete, um so heller schien sich seine „europäische Idee“ davon abzuheben.

Aber der hilflose Appell „Völker Europas, vereinigt Euch!“ verhallte ohne erkennbare Reaktion. Zum letzten Mal erwähnte Fritzsche eine europäische Mitwirkung in seinem Kommentar vom 20. Januar 1945 und ließ gleichzeitig erkennen, daß nur der Widerstand im deutschen Kerngebiet noch Aussicht auf Erfolg habe, denn: „die Widerstandskraft nimmt im Quadrat mit der Annäherung an das Zentrum seiner Kraft zu“.⁴¹⁰ Es war an Goebbels, in bislang ungewohnter Offenheit die isolierte Position Deutschlands zu beklagen, als er Anfang Februar 1945 für *DAS REICH* schrieb: „Das deutsche Volk steht in Europa fast völlig vereinsamt, und die Völker, deren Leben und Zukunft direkt und unmittelbar von seinem Bestehen abhängen, sehen seinem Heldenkampf um unseren Kontinent und das Abendland mit stumpfer Gleichgültigkeit zu“.⁴¹¹ Von Fritzsches europäischen Versuchen erhielt sich immerhin ein von ihm geprägter Begriff mit erstaunlicher Konstanz bis heute: auch in der aktuellen Diskussion um Einwanderungskontrollen und -restriktionen wird regelmäßig die Metapher „Festung Europa“ gebraucht.

⁴⁰⁵ Fritzsche an Goebbels, 1.1.1944, BA R 55/20011, Bl. 4ff. Bereits im April 1943 wurden alliierte Luftangriffe auf Antwerpen oder Paris propagandistisch ausgeschlachtet. Trotz der deutschen Bemühungen, diese Luftangriffe als konsequente Fortsetzung der gegen Europa gerichteten Politik Englands darzustellen, sahen die Betroffenen jedoch die Schuld für diese Angriffe weiterhin bei den Deutschen. Vgl. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 7, S. 68ff. (Eintrag vom 7.4.1943) und S. 117 (17.4.1943), sowie Scharping, Rundfunkkommentar vom 5.4.1943, BA R 55/520, Bl. 106.

⁴⁰⁶ PZUR vom 17.6.1944, Tondokument, DRA.

⁴⁰⁷ PZUR vom 1.7.1944, Tondokument, DRA.

⁴⁰⁸ PZUR vom 16.9.1944, StAM SpK 477, Heft III, S. 282.

⁴⁰⁹ Vgl. PZUR vom 16.9.1944, StAM SpK 477, Heft III, S. 284; 18.11.1944, ebd., S. 302; 20.1.1945, ebd., S. 322a.

⁴¹⁰ PZUR vom 7.10.1944, StAM SpK 477, Heft III, S. 295; 20.1.1945, ebd., S. 322a.

⁴¹¹ Goebbels, „Das politische Bürgertum vor der Entscheidung“, *DAS REICH* vom 4.2.1945, S. 1.

Kriegsgegner Sowjetunion

Verglichen mit der Ausführlichkeit, in der sich Fritzsche über England oder über die USA ausließ, spielte die Sowjetunion und mit ihr das russische Volk in seinen Kommentaren nur eine Nebenrolle. Die Gründe dafür sind jeweils für die Zeit vor und für die Zeit nach dem deutschen Überfall 1941 unterschiedliche. Die Periode des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes wurde auf deutscher Seite, nachdem der Schock der überraschenden Verständigung mit dem bisherigen Erzfeind überwunden worden war, vor allem von dem Gefühl beherrscht, einen Zweifrontenkrieg vermeiden zu haben. Außerdem erleichterten die umfangreichen sowjetischen Lieferungen unstreitig die deutsche Kriegführung.

Ideologisch jedoch beanspruchte dieses Zweckbündnis das Vertrauen aller loyalen Nationalsozialisten in das konsequente Handeln ihrer Führung so stark, daß eine ausführliche sachliche Erörterung unterbunden wurde. Zwar paßte dieses Bündnis in das von Deutschland entworfene Bild, daß der jetzige Krieg „ein revolutionärer Krieg ist, der die Vernichtung des englischen Kapitalismus zum Ziel hat“.⁴¹² Aber gerade, weil sich Nazideutschland zum sozialistischen Gemeinwesen stilisierte, mußte dieses um so penibler abgegrenzt werden vom Sowjetkommunismus. Drohte ansonsten doch die Gefahr, daß sich die westliche Propaganda mit Erfolg das in Europa bestehende antikomunistische Unbehagen ausgerechnet gegen Deutschland zunutze machte.⁴¹³

Trotz aller gebotenen Vorsicht wurde das deutsch-russische Verhältnis in Frühling und Sommer 1940 positiv herausgestellt, zum einen mit der Absicht, Deutschland als Teil eines Bündnissystems zu zeigen und damit einen Vergleich zum Ersten Weltkrieg zu erschweren. Zum anderen hielt das deutsch-russische Verhältnis sogar als Beleg für die in Entstehung begriffene Neuordnung Europas her.⁴¹⁴ Auch Fritzsche schien lange Zeit von der Ernsthaftigkeit des deutsch-sowjetischen Vertrages überzeugt zu sein und war für dagegen geäußerte Vorbehalte nicht empfänglich. Der „Freundschaftsvertrag“ gehörte für ihn zu den wichtigsten Aktivposten der deutschen Position in der ersten Kriegsphase.⁴¹⁵

Bis zum Besuch des sowjetischen Außenministers Molotow im November 1940 wurde die Sowjetunion in den deutschen Medien wohlwollend neutral behandelt. Fritzsche bezeichnete darum in einem öffentlichen Vortrag britische Mutmaßungen über eine Abkehr der Sowjetunion von Deutschland als propagandistische Lüge und bemühte als Beweis den bevorstehenden Besuch des Außenministers. „Nun: Molotow wird wahrscheinlich nicht nach Berlin kommen, um den Absagebrief zu überbringen.“⁴¹⁶ Auch nach dem Scheitern der deutsch-sowjetischen Gespräche wurde, in vorsichtiger Wortwahl, die Sowjetunion weiterhin als wichtiger Partner, vor allem im wirtschaftlichen Bereich herausgestellt und jede positiv verwertbare Äußerung der sowjetischen Presse zur deutschen Position hervorgehoben.⁴¹⁷ In

⁴¹² VI vom 20. 12. 1939, Sündermann, Tagesparolen, S. 50. Vgl. dazu auch Ministerkonferenz vom 23. 12. 1939, Boelcke (Hrsg.), Kriegspropaganda, S. 250.

⁴¹³ Vgl. Ministerkonferenz vom 1. 2. 1940, Boelcke (Hrsg.), Kriegspropaganda, S. 278.

⁴¹⁴ Anlässlich des ersten Jahrestages des deutsch-sowjetischen Bündnisses führte *Deutschland im Kampf* aus, das deutsch-russische Verhältnis sei ein wesentlicher Teil der europäischen Erneuerung und als eines der grundlegenden Elemente auch der zukünftigen europäischen Entwicklung anzusehen. *Deutschland im Kampf*, August 1940, S. 90.

⁴¹⁵ Fritzsche und Döring, Aussagen SKV vom 28. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

⁴¹⁶ *Kleines Volksblatt* (Wien) vom 12. 11. 1940, ZA IfZ.

⁴¹⁷ Nach der Hitlerrede vom 10. 12. 1940 wurde vermerkt, daß die sowjetische Nachrichtenagentur TASS Hitlers Äußerungen zur Revision des Versailler Staatensystems aufgegriffen habe. Der im Dezem-

einem weiteren öffentlichen Vortrag vom Januar 1941 in Hamburg wies Fritzsche darauf hin, daß der Vertragspartner Rußland Deutschlands wirtschaftliche Kraft durch gewaltige Lieferungen stärke. Aus eigenem Sicherheitsinteresse habe es gerade jetzt, wo Deutschland außer England alle Gegner zu Boden geschlagen habe, „wahrhaftig keine Veranlassung [...], die seinem eigenen Vorteil dienenden Bindungen an das Reich zu lösen“.⁴¹⁸

Noch am Morgen des Angriffs auf die Sowjetunion zählte der deutsche Rundfunk, um die bisherige Politik zu rechtfertigen, die bis dato wahrgenommenen Anzeichen dafür auf, daß sich der Bolschewismus allmählich zu einem akzeptablen Mitglied der Weltgemeinschaft hätte entwickeln können.⁴¹⁹ Nun hatten die Massenmedien den Auftrag, die deutsche Bevölkerung innerhalb kürzester Zeit für den neuen Feldzug zu gewinnen, da eine propagandistische Vorbereitung dieses Mal hatte unterbleiben müssen und alle seit dem Frühjahr 1941 kursierenden Gerüchte über ein Zerwürfnis zwischen der UdSSR und dem Deutschen Reich dementiert worden waren. Es war daher zuerst herauszustellen, daß der deutschen Führung angesichts der angeblichen aggressiven Absichten der Sowjetunion keine andere Wahl geblieben sei, als diesen neuen Kriegsschauplatz zu eröffnen.⁴²⁰ Ähnlich wie im Falle Polens zwei Jahre zuvor wurde jetzt jede Erinnerung an die zurückliegende Partnerschaft in einer Woge von Greuelmeldungen und rassistischer Propaganda ertränkt.

In Nürnberg gab Fritzsche zu Protokoll, er habe sich nie einer gegen die Völker der Sowjetunion gerichteten, rassistischen Propaganda befleißigt, sondern für diese im Gegenteil „ausdrücklich Worte des Mitgefühls und der Sympathie“ gebraucht.⁴²¹ Dies ist anhand der überlieferten Kommentare nur in Ansätzen nachvollziehbar. Er konzentrierte sich in der PZUR vom 26. Juni 1941 darauf, die europäische Solidarität gegen den „Bolschewismus“ herauszuarbeiten, der seine blutigen Spuren überall in Europa hinterlassen habe. Im darauffolgenden Kommentar warnte er bereits: wenn die Bolschewisten Greuel verübten, um sie deutschen Soldaten unterzuschieben, werde die deutsche Wehrmacht hierfür unerbittliche Vergeltung üben.⁴²²

Eine Woche später dann fand Fritzsche tatsächlich Worte des Mitgefühls. Anlaß dafür boten die vom sowjetischen NKWD vor dem deutschen Einmarsch in Lemberg verübten Greuel an seinen ukrainischen Gefangenen.⁴²³ „In einem wahren Blutausch müssen sich diese Bestien in Menschengestalt mit Maschinengewehren, Pistolen und Messern auf ihre Opfer gestürzt haben. [...] Wir empfinden tiefstes Mitleid mit dem ukrainischen Volk, das in seiner Geschichte schon so viel Leid zu ertragen hatte [...]“. Aber diese Ausführungen

ber 1940 erfolgte Wechsel des sowjetischen Botschafters wurde als „Niederschlag der normalen freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland“ gewertet. Vgl. *Deutschland im Kampf*, Dezember 1940, S. 90 und 93. Einen letzten Höhepunkt stellten die im Januar 1941 abgeschlossenen Grenz- bzw. Wirtschaftsverträge dar, die nach offizieller deutscher Darstellung in der Presse beider Länder „als eine neue Etappe in der Entwicklung der deutsch-sowjetrussischen Freundschaftsbeziehungen gefeiert“ wurden. Ebd., Januar 1941, S. 120 und 128.

⁴¹⁸ *Hamburger Fremdenblatt* vom 21. I. 1941, ZA StAHH.

⁴¹⁹ Zit. bei Doherty, *Nazi Wireless*, S. 127.

⁴²⁰ Vgl. die Tagesparole vom 22. 6. 1941, zit. nach Hardy, *Secret Weapon*, S. 157ff., und Hitlers Proklamation vom 22. 6. 1941.

⁴²¹ Aussage vom 27. 6. 1946, IMT, Bd. XVII, S. 181.

⁴²² PZUR vom 26. 6. sowie 28. 6. 1941, englischsprachiges Transkript des BBC-MS, IfZ PS-3064.

⁴²³ Vgl. Musial, *Elemente*, S. 105 und 152ff. Goebbels schickte bis zu zwanzig Zeitungs- und Rundfunkjournalisten an den Ort dieses und anderer Pogrome, um sie propagandistisch „auszuwerten“. Vgl. Goebbels, *Tagebücher I*, Bd. 9, S. 428 (Eintrag vom 6. 7. 1941).

gehörten in den Kontext der antisowjetischen und antijüdischen Propaganda. Sie sollten weniger die nationale Integrität des ukrainischen Volkes, oder den Erhalt irgendeiner anderen Völkerschaft verbürgen, als vielmehr Rechtfertigung sein für einen erbarmungslosen Vernichtungskrieg.⁴²⁴

Als Beleg für die Terrorherrschaft des Bolschewismus führte Fritzsche das System der Arbeitslager an, in welchem Dutzende Millionen Strafgefangener für die „Erhaltung des primitivsten Lebensminimums“ der Sowjetvölker arbeiten mußten.⁴²⁵ Die anfänglich vielleicht noch wahrnehmbare Trennung zwischen bolschewistischen Tätern und dem Volk als ihrem Opfer verwischte sich jedoch sehr schnell. In dem Begriff des „Russen“ versanken die nationalen Unterschiede allmählich, soweit selbst dieser Sammelbegriff überhaupt noch verwendet und nicht „schlechthin von Bolschewisten, Bestien und Tieren“ gesprochen wurde.⁴²⁶ So wurde in der Pressekonferenz vom 26. September 1941 die *DAZ* dafür gerügt, daß sie ein Bild abgedruckt habe, auf welchem eine deutsche Feldküche Essen an die russische Zivilbevölkerung austeile. Dies sei ungeschickt, weil sich die Pressepolitik bemühe, „die Bolschewisten als Verbrecher und Untermenschen hinzustellen. Solchen Leuten gebe man kein warmes Essen. Außerdem seien auf dem Bild ganz nette Jungen zu sehen, die sich als Pimpfe gut machen würden.“⁴²⁷ Die „Aggressivität und terroristische Perfektion des politischen Systems“ mußte konfrontiert werden „mit der Primitivität der Lebensverhältnisse im Lande, mit einem absoluten kulturellen Tiefstand, der die Menschen in eine dumpfe, tierhafte Lebensweise habe absinken lassen“ – oder wie es Otto Kriegk in seinem 1943 erschienenen Buch „Die Geburt Europas“ ausdrückte, die Russen seien „geistig Tote“, bloße „Muskelwesen“.⁴²⁸

Auch Fritzsche konnte assoziative Tiefschläge in dieser Art austeilen. In dem bereits zitierten Kommentar vom 5. Juli 1941 führte er aus, die solcherart Verelendeten seien gegen die deutschen Soldaten aufgehetzt worden, „so wie man einen Hund auf den Mann dressiert“.⁴²⁹ Wenn Fritzsche sich des Rußlandthemas überhaupt noch annahm, was nach den ersten Wochen des Feldzugs nur selten der Fall war, verzichtete auch er darauf, nach Völkerschaften zu differenzieren. In einem Zeitungsartikel über eine zweiwöchige Reise durch die Ukraine im Dezember 1941 führte er aus, es sei dem Bolschewismus gelungen, einen neuen Menschentyp zu züchten, der aus Menschen „Produktionsmittel wie Stalltiere und Werkzeugmaschinen“ gemacht habe.

Es sei nicht einfach möglich, unter einer vom Bolschewismus aufgetragenen Tünche „den guten Russen wieder zu finden“, dessen Bild noch bei den Rußlandkennern weitergelebt habe, „und würden die deutschen Wachmannschaften nicht kräftig aufmuntern, die gefangenen Sowjetsoldaten würden ihren [entkräftet liegengebliebenen] ‚Kameraden‘ an

⁴²⁴ PZUR vom 5. 7. 1941, BA R 55/729, Bl. 2ff. In der Pressekonferenz wurde als ein Ziel der Greuelpropaganda vorgegeben, den von der Sowjetunion errungenen internationalen Status zunichte zu machen. „Jetzt ist durch unsere Arbeit auch der andere Teil der Welt zu gewinnen, damit die Erkenntnis allgemein wird, daß der Feldzug gegen die Sowjetunion eine wahrhafte Mission ist.“ Mitteilung aus der Pressekonferenz von Dr. Draeger, StAM SpK 476, Heft XXIII.

⁴²⁵ PZUR vom 2. 8. 1941, BA R 55/729, Bl. 47.

⁴²⁶ Pressekonferenz vom 6. 10. 1941, J. Hagemann, Presselenkung, S. 172.

⁴²⁷ J. Hagemann, Presselenkung, S. 242.

⁴²⁸ Longerich, Propagandisten, S. 82, sowie für das Zitat von Otto Kriegk: Neulen, Europa, S. 51. In den Feldpostbriefen von der Ostfront findet sich sehr häufig die Beobachtung, die Bevölkerung lebe „wie die Tiere“, sei „tierhafter und lebt viel emsiger und gewohnter in der Erde als wir“, sei „stumpf, tierisch und zerlumpt“. Vgl. Fritz, Frontsoldaten, S. 247ff.

⁴²⁹ BA R 55/729, Bl. 2.

der Stelle wie ein verhungertes Pferd liegen lassen, an der er niedergesunken ist“.⁴³⁰ An anderer Stelle heißt es: „Man friert ums Herz und denkt an die Aufgabe, die Deutschland gestellt ist, diese Menschen wieder zu Menschen werden zu lassen.“ Hintergrund seines Artikels könnten die sowjetischen Aussagen über deutsche Greuel an sowjetischen Kriegsgefangenen gewesen sein, die der Wehrmachtbericht am 26. November 1941 erwähnt und dementiert hatte.⁴³¹

In einem seiner Kriegsberichte vom Juli 1942 führte Fritzsche aus, wie sich im Erscheinungsbild der Bevölkerung und in ihren Behausungen noch Reste „einer früheren höheren Kulturstufe“, der „einfache[n], solide[n] Kultur eines Bauernvolkes“ fand, die systematisch zerstört worden sei. Aus den Menschen am Don müsse das eingepflanzte Unkraut ausgerottet werden, „wenn ihre Angehörigen der europäischen Völkerfamilie wieder Heimatrecht in Europa erhalten sollen“.⁴³² Wichtiger, als das Schicksal der sowjetrussischen Bevölkerung zu beklagen, war es, das Sowjetsystem personell und organisatorisch als „jüdisches“ System herauszuarbeiten. Dieses durchgängige Motiv läßt sich bei Fritzsche zunächst in der nach dem deutschen Überfall erhobenen Behauptung auffinden, jüdische Agenten hätten den gemeinsamen Aktionsplan von London und Moskau entwickelt.⁴³³ Noch krassere Mittel verwendete er, als er in seinem Kommentar zu den Greueln von Lemberg den „jüdischen Kommissar“ als Akteur des Sowjetsystems in den Vordergrund schob. Er vermied es allerdings, beide Komponenten zu offensichtlich zu überlagern.⁴³⁴ Das überließ er seinen Hörern, denen so unausgesprochen vermittelt wurde, dass die Vernichtung des Judentums in toto notwendig sein würde.

Denn, so erklärte Fritzsche am 10. Juli 1941, angesichts der unbeschreiblichen Greuel könne ein anständiger Mensch nur den Entschluß fassen, „bei der radikalen Vernichtung derer mitzuhelfen, die solcher Schandtaten fähig sind“.⁴³⁵ Wer damit gemeint war, brauchte gerade den Truppen vor Ort nicht weiter ausgeführt zu werden. Ihre Briefe nach Haus enthielten immer wieder die Feststellung, daß nur der deutsche Angriff dem Überfall des „Untermenschentums“ zuvorgekommen sei und jetzt die dafür Verantwortlichen, die Juden vernichtet würden.⁴³⁶ Antisowjetische Propaganda blieb bei Fritzsche immer der jeweiligen antisemitischen Zielsetzung und Thematik untergeordnet. Daher soll zum Abschluß die Rolle des Antisemitismus in seinem Denken und seiner publizistischen Tätigkeit behandelt werden.

⁴³⁰ Fritzsche, „Land ohne Straßen“, Typoskript für Artikel in den *Münchener Neuesten Nachrichten* vom 15. 12. 1941, BA R 55/629, Bl. 60ff. Konsequenter, aber im Grunde nicht anders schreibt die vom SS-Hauptamt redigierte Broschüre „Der Untermensch“ von „Maschinen, die sich nicht plötzlich wieder in Menschen verwandeln können, um vernünftig zu sein oder Mitgefühl gegen Wehrlose zu haben“. Zit. nach Dallin, Herrschaft, S. 81.

⁴³¹ Murawski, Wehrmachtbericht, S. 93.

⁴³² Fritzsche, „Das neue Land“, *Völkischer Beobachter* vom 21. 7. 1942.

⁴³³ PZUR vom 26. 6. und 28. 6. 1941, englischsprachiges Transkript des BBC-MS, IfZ PS-3064.

⁴³⁴ Am 5. 7. 1941 sprach er ungefähr in der Mitte des Kommentars die jüdischen Kommissare als Akteure des „geistige[n], wirtschaftliche[n] und soziale[n] Terror[s]“ an. Vorher und nachher sprach er aber nur vom Sowjetsystem einerseits und der „jüdischen Reklame“ dafür andererseits. Erst ziemlich zum Schluß erwähnte er die zum Angriff auf Deutschland angetretenen sowjetischen Divisionen und Kommissare, „die jetzt die Greuel unter den Völkern ihres eigenen Machtbereichs begingen.“

⁴³⁵ Typoskript, BA R 55/729, Bl. 9.

⁴³⁶ So schrieb ein Soldat aus Litauen, offenbar als Augenzeuge des Pogroms von Kaunas [Kowno]: „Die jüdische Frage wurde mit beeindruckender Gründlichkeit gelöst, unter dem begeisterten Beifall der örtlichen Bevölkerung.“ Zit. bei Fritz, Frontsoldaten, S. 240.

Antijüdische Propaganda

Als ehemaliger Mitarbeiter des RMVP führte Werner Stephan nach dem Kriege aus, der Antisemitismus im RMVP sei lediglich politisch motiviert gewesen, ein Produkt von Vorurteilen und keine Ableitung aus den gängigen, pseudo-wissenschaftlichen Rassetheorien. Aus „starkem Selbstbewußtsein“ heraus habe Goebbels diese abgelehnt, und „niemals in dem 12jährigen Bestehen des Propagandaministeriums ist von ihm oder einem seiner näheren Mitarbeiter die Existenz dieser Lehren auch nur erwähnt worden“. Indes war der Antisemitismus seit 1933 ein zentraler Bestandteil der Propagandapolitik des RMVP, und Goebbels innerhalb der NS-Führungsschicht einer der unerbittlichsten Judenhaser.⁴³⁷

Fritzsches diesbezügliche Einstellung dürfte ebenfalls weniger auf rassebiologischen Grundlagen beruht haben, denn auf dem antisemitischen Vorurteil als Bestandteil einer völkischen Gesinnung. Schließlich hatte er sich als Student mit der Gedankenwelt des Juni-Clubs auseinandergesetzt, wo Moeller van den Bruck einen biologisch motivierten Rassegedanken ablehnte und ihn „geistig“ zu untermauern suchte.⁴³⁸ Fritzsche selbst war bemüht, sich als „vernünftiger“ Antisemit vom „Radau-Antisemitismus“ eines Julius Streicher und der von ihm herausgegebenen Zeitschrift *Der Stürmer* abzugrenzen. Deren wiederholtes Verbot, für Fritzsche eine Frage des „guten Geschmacks“,⁴³⁹ betraf jedoch ein Presseorgan, dessen Ansehen auch bei vielen überzeugten Nationalsozialisten sehr gering war. „Radau-Antisemitismus“ war schon 1928 ein Gegenstand parteiinterner Diskussionen um das zukünftige Profil in den Wahlkämpfen gewesen, welche dazu führten, daß die antisemitische Agitation bis 1932 immer weiter in den Hintergrund geschoben wurde.⁴⁴⁰

Zu einer Beteiligung Fritzsches an antisemitischen Kampagnen läßt sich bis 1938 kein direkter Hinweis ermitteln. Auch in den Pressekonferenzen trat er weder besonders reserviert noch besonders engagiert auf. Erst anläßlich der Reichspogromnacht am 9. November 1938 und deren nachfolgenden Ereignissen sind Äußerungen zu Fritzsches Reaktion überliefert, die – das halten sowohl seine eigenen späteren Erklärungen als auch Zeugenaussagen in seinen Prozessen fest – von Entsetzen bestimmt war.⁴⁴¹ Selbst der wichtigste Belastungszeuge im Spruchkammerverfahren Fritz Sänger erinnerte sich 1977: „An dem Morgen nach der Kristallnacht kam Fritzsche in die Mittags-Presse-Konferenz verspätet. Der Saal war dicht gefüllt, was selten vorkam. Zufällig stand ich im Gespräch mit einigen Kollegen dicht an der Tür, durch die Fritzsche hereinkam. Er wurde sofort umringt und befragt, was er zu sagen habe. Er war sehr erregt, hatte, was ich zum ersten Male bei ihm sah, rote Flecken im Gesicht und sagte zuerst: ‚Das ist entsetzlich! Das zerstört uns unsere ganze Arbeit‘. Einer der Journalisten, ich glaube es war Franz Geisler von den *Münchener Neuesten Nachrichten*...

⁴³⁷ Stephan, Goebbels, S. 180f.; Michels, Ideologie, S. 131.

⁴³⁸ Vgl. Breuer, Anatomie, S. 94.

⁴³⁹ Aussage vom 27. 6. 1946, IMT, Bd. XVII, S. 185f. Auch Otto Dietrich gab in seinen Erinnerungen an, er habe mehrfach und erfolglos von Hitler das Verbot des *Stürmer* erbeten und gefordert. Dietrich, 12 Jahre, S. 56. Allerdings wurde der *Stürmer* auch aus dem Grund verboten, daß er nicht freigegebene Informationen verwendete. Vgl. Pressekonferenzen vom 21. und 27. 1. 1938, NS-Presseanweisungen, Bd. 6, S. 75 und 93.

⁴⁴⁰ Paul, Aufstand, S. 87f.

⁴⁴¹ Scharping gab in seiner Erklärung vom 17. 5. 1946 an, Fritzsche habe die Geschehnisse dieser Nacht als „unwürdig“ abgelehnt, und Goebbels' Pressereferent v. Schirmeister gab die an ihn gerichtete Frage Fritzsches wieder: „kann man das als anständiger Mensch eigentlich noch mitmachen?“ IMT, Bd. XL, S. 174, und Bd. XVII, S. 267.

ten sagte dazu: ‚Aber das war doch nicht spontan, das hat doch der Minister so hingekriegt.‘ Geisler konnte sich solche Bemerkungen erlauben, er war SS-Offizier, aber er war auch bekennender Katholik, der nie ein Hehl daraus machte, daß er Vorgänge solcher Art mißbilligte.⁴⁴² [...] In diesem Falle erwiderte Fritzsche: Ich habe eine ernste Aussprache mit dem Minister gehabt.⁴⁴³ Diese Aussprache, wenn es sie gegeben hat, kann nur telefonisch geschehen sein, da Goebbels erst in der Nacht darauf aus München nach Berlin zurückkehrte, wo er im Laufe des folgenden Tages aufgrund des ihm von seinem Referenten Müller aus Berlin erstatteten Berichts eine Verordnung zum Abschluß der Aktionen aufsetzte.⁴⁴⁴

In seiner Ablehnung des Novemberpogroms traf sich Fritzsche mit einem Großteil der trotzdem überwiegend antisemitisch eingestellten Bevölkerung.⁴⁴⁵ An der nachfolgenden Kampagne war Fritzsche jedoch wieder beteiligt, als habe es nie eine Irritation seinerseits gegeben. Allgemein zeigte sich Goebbels sehr zufrieden mit der Arbeit der deutschen Presse, die im sogenannten Abwehrkampf gegen den Unmut im Ausland „prachtvolle Hilfestellung“ leistete.⁴⁴⁶

Eine individuelle, aus dem Rahmen fallende Reaktion Fritzsches auf die Entrechtung, Verfolgung und Ermordung der Juden ist nicht überliefert. Er selbst gab später an, sowohl gegen die Einführung jüdischer Zwangsvornamen gewesen zu sein, als auch und vor allem gegen die im September 1941 erfolgte Einführung des „Judensterns“.⁴⁴⁷ Seine Reaktion war aber nur typisch für einen nennenswerten Teil der Bevölkerung, der die Aktion ablehnte und als Herausforderung empfand. Selbst überzeugte Antisemiten verweigerten sich dieser mittelalterlichen Maßnahme, was Goebbels und sein Ministerium überrascht zur Kenntnis nehmen mußten.⁴⁴⁸

⁴⁴² Geisler artikuliert damit allerdings nur die Mißbilligung, welche die SS-Führungsspitze allgemein der Aktion entgegenbrachte, in deren Vorbereitung sie nicht einbezogen gewesen war. Die Berichterstattung des SD wurde erst im nachhinein angefordert, um – wie ein ehemaliger hauptamtlicher Mitarbeiter erläuterte – „die Lage wieder in den Griff zu bekommen“. H.J. Fischer, *Erinnerungen*, Teil I, S.63.

⁴⁴³ Fritz Sänger in einem Brief an Hans Brecht vom 15. 12. 1977, BAK N 1261/100. Über die Antwort Goebbels' läßt sich nur spekulieren. Am Abend des 9. 11. hatte dieser einem Mitarbeiter geantwortet, er „solle sich wegen eines toten Juden nicht aufregen, in den nächsten Tagen würden Tausende von Juden daranglauben müssen“. Zit. bei Michels, *Ideologie*, S.331f., nach dem Bericht des Obersten Parteigerichts vom 13. 2. 1939. Seine eigene Darstellung im Tagebuch läßt keinen Zweifel daran, daß er Hitlers Anweisung, den „Volkszorn“ laufen zu lassen, mit eigenen Aktionsanforderungen verstärkt und die laufende Aktion gegen alle Bedenken durchgesetzt hat; Goebbels, *Tagebücher I*, Bd. 6, S. 180f. (Eintrag vom 10. 11. 1938). Auf der Pressekonferenz hatte Fritzsches Stellvertreter Ernst Braeckow den Journalisten vorgegeben, die Vorkommnisse „nicht allzu groß aufzumachen“. Es seien „hier und da Fensterscheiben in Trümmer gegangen [...] und auch Synagogen in Flammen aufgegangen“. Zit. nach Michels, *Ideologie*, S.348. Einige Tage später empörte sich Fritzsche wieder, nun allerdings gegen England, das am wenigsten Grund dazu habe, Deutschland wegen der Ereignisse zu kritisieren. „Wenn in Deutschland einige Synagogen brennen und ein paar Schaufensterscheiben klirren, dann rase [das Weltgewissen]“, so Fritzsche am 15. 11. 1938 in der Pressekonferenz, zit. nach Michels, *Ideologie*, S.357.

⁴⁴⁴ Goebbels, *Tagebücher I*, Bd. 6, S. 182 (Eintrag vom 11. 11. 1938).

⁴⁴⁵ Bankier, *Meinung*, S. 121. Allein die Gestapo Leipzig hatte für den Monat November 1938 über 100 Festnahmen aus politischen Gründen zu melden, von denen ein größerer Teil wegen kritischer Äußerungen gegen den Pogrom vorgenommen wurden. Vgl. Diamant, *Gestapo Leipzig*, S. 91.

⁴⁴⁶ Goebbels, *Tagebücher I*, Bd. 6, S. 186 und 192 (Einträge vom 14. 11. und 18. 11. 1938).

⁴⁴⁷ Scharping, E. E., 17. 5. 1946, IMT, Bd. XI., S. 174.

⁴⁴⁸ Bankier, *Meinung*, S. 174. Vgl. dazu auch die Schilderung von Smith, *Feind schreibt mit*, S. 169. Auf der Ministerkonferenz vom 25. 9. 1941 empörte sich Goebbels über Mitleidsäußerungen, vor allem des Bürgertums, mit dem Satz „Der deutsche Bildungsspießer ist schon ein Dreckstück“. Der Satz sei von allen mit Zustimmung aufgenommen worden, so die Notiz des Teilnehmers. Vorher hatte Goebbels angeordnet, daß sich zur Abwehr dieses Mitleids die gesamte Presse und der Rundfunk mit der „Schuld der Juden“ befassen solle. Notiz Tießler vom 25. 9. 1941, BA NS 18/188, Bl. 2f.

Jedoch hielten auch Zeitzeugen, die einer besonderen Sympathie für Fritzsche unverdächtig waren, ihn für keinen besonders aktiven Antisemiten. Fritz Säger schrieb 1946: „Ich kann nicht bezeugen, daß er gehässig war. Fritzsche gehörte zu denen, die mit anständigen Waffen kämpften. [...] Zuweilen wurde erkennbar, daß er den scharfen antisemitischen Kurs nicht billigte.“⁴⁴⁹ Ein gewisser Überdruß an den ewig gleichen, litaneiartig abgeleiteten Standardphrasen mochte da mitschwingen, wenn er zum Beispiel in einer Arbeitsbesprechung im November 1943 einen weiteren Materialpunkt mit der Formulierung ankündigte: „Nun kommt also das leidige Judenthema.“⁴⁵⁰ Ein weiterer Zeitzeuge erinnerte sich daran, „daß er [...] in der Judenfrage manchmal zurückhaltender war, als seine Auftraggeber dies verlangten. In den letzten Kriegsjahren jedoch kannte er auch darin nur wenig Hemmungen.“⁴⁵¹

Noch in Nürnberg 1946 unterschied Fritzsche selbst zwischen einem gerechtfertigten und einem übersteigerten Antisemitismus, der sich nach der Machtergreifung allmählich durchgesetzt habe. „Aber dann putschten die Fanatiker, wie Goebbels, Streicher und Rosenberg, den Antisemitismus zu einem fiebrigen Rausch auf und kamen mit der in jeder Hinsicht extremsten Judenhetze heraus.“⁴⁵² Fritzsche hat seine antisemitische Grundeinstellung nie bestritten, versuchte sie jedoch als logische Konsequenz der Situation Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg darzustellen. In Nürnberg gab er unter anderem zu Protokoll: „Ich wünschte eine Einschränkung des überragenden Einflusses des Judentums auf die deutsche Politik, Wirtschaft und Kultur nach dem ersten Weltkrieg.“⁴⁵³ Bereits seine Tätigkeit als Greifswalder Student im „Hochschulring deutscher Art“, der seinen eigenen „Arier“-Paragraphen besaß, kann dabei als praktische Umsetzung dieses Wunsches bezeichnet werden. Seine Einstellung wurde wie die vieler anderer beeinflusst durch die verstärkte Einwanderung von osteuropäischen Juden. 1947 spitzte Fritzsche auf typische Weise zu, daß in der Inflationszeit der „neuhinzugekommene Jude zu Besitz [gelangt] und der alteingesessene Deutsche [verarmt]“ sei.⁴⁵⁴

Im Krieg verwendete er wiederholt das gleichermaßen xenophobe wie antisemitische Stereotyp, der Einfluß des Juden sei besonders dort gefährlich, wo dieser erfolgreich den Unterschied zwischen sich und der Mehrheitsbevölkerung kaschieren konnte. Der von den Westmächten gegenüber ihren Völkern ausgeübte Terror, so Fritzsche im Januar 1940, fange da an, wo „dem ehrlichen Zeitungsmann das Aussprechen des Namens Jude verboten ist“.⁴⁵⁵ Als der britische Kriegsminister Leslie Hoare im Januar 1940 zurücktrat, kommentierte Fritzsche diesen Entschluß als folgerichtig, denn der in der deutschen Propaganda nur Hore-Belisha genannte Kriegsminister habe als Jude eines der Grundgesetze jüdischer politischer Arbeit verletzt, „nämlich das Gesetz, Du sollst im Dunkeln wirken, da Du das Licht zu scheuen hast. Ein Jude ging – die Juden bleiben.“⁴⁵⁶

Nach dem Kriege behauptete er jedoch wahrheitswidrig, „der einzige Zusammenhang, in welchem ich überhaupt antisemitische Äußerungen tat“,⁴⁵⁷ sei die seit 1933 angeblich vor-

⁴⁴⁹ Schreiben Säger an den Hauptkläger der Spruchkammer Nürnberg vom 16.12.1946, BAK N 1261/100.

⁴⁵⁰ Rundfunk-Arbeitsbesprechung (RAB) vom 22.11.1943, DRA.

⁴⁵¹ Kausch an Säger, 21.1.1947, BAK N 1261/100.

⁴⁵² Zit. nach Gilbert, Tagebuch, S.262.

⁴⁵³ Aussage vom 27.6.1946, IMT, Bd. XVII, S.186.

⁴⁵⁴ Fritzsche, Aussage SKV vom 29.1.1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

⁴⁵⁵ PZUR vom 13.1.1940, BA R 55/1369, Bl.143.

⁴⁵⁶ PZUR vom 6.1.1940, BA R 55/1369, Bl.182ff.

⁴⁵⁷ Aussage vom 27.6.1946, IMT, Bd. XVII, S.186.

handene Bereitschaft der Juden gewesen, weltweit zu einem Krieg gegen das nationalsozialistische Deutschland aufzufordern. Damit versuchte Fritzsche, sich noch nach dem verlorenen Krieg mit einem klassischen Argument der NS-Propaganda zu verteidigen und Antisemitismus aus der angeblich kriegstreibenden Rolle der Juden heraus zu rechtfertigen.⁴⁵⁸ Er griff dabei sogar zu den gleichen Beispielen wie in seinen damaligen Kommentaren. So führte er in Nürnberg als Beleg ein Telegramm des jüdischen Nationalrats an Roosevelt nach dem Kriegseintritt der USA an. In der PZUR vom 18. Dezember 1941 hatte er dieses Telegramm als einen Windstoß bezeichnet, der den Vorhang zurückgeweht habe, hinter dem sich die tatsächlichen Anstifter dieses Krieges verbergen würden. „Solch ein Windstoß wurde ersichtlich[,] als der jüdische Nationalrat dumm genug war, Herrn Roosevelt ein Telegramm zu senden, in dem er die Glückwünsche des Judentums zum Ausbruchs des Krie[ge]s zum Ausdruck brachte.“⁴⁵⁹ Wie der übrige NS-Propagandaapparat schilderte auch Fritzsche Roosevelt als „Marionettenfigur in den Fäden der unsichtbaren Mächte der Plutokratie und des Judentums“.⁴⁶⁰

Vor diesem Hintergrund war es konsequent, daß Fritzsche dem Hörer suggerierte, die gegen Deutschland gerichtete Propaganda werde ausschließlich von Juden betrieben. Er charakterisierte dann etwa einen Journalisten als „Franzose von jüdischem Uradel“ oder sprach allgemein von einem „Radiojuden in Paris“, dessen Propaganda sogleich von „seine[n] Glaubensgenossen in London“, lies: der BBC, übernommen werde.⁴⁶¹ In seinem Bestreben, die Interesseneinheit von englischem Weltreich und Judentum zu illustrieren, brachte es Fritzsche sogar fertig, vier Zeilen eines Gedichts von Heine zu zitieren, die dieser, lebte er in der Gegenwart, als Emigrant in London seinem vermutlichen Freunde Churchill widmen müsse.⁴⁶²

Als tieferen Grund für die angebliche Herbeiführung des Krieges gegen Deutschland durch die Juden gab Fritzsche an, Deutschland habe mit seiner Politik die Vorherrschaft des Judentums und des jüdischen Kapitals in Deutschland gebrochen, „welches glaubte, die Krone der geheimen Weltherrschaft geerbt zu haben“.⁴⁶³ Anlässlich der im Mai 1940 erfolgten Ernennung von Georges Mandel zum französischen Innenminister ließ Fritzsche jede Reserve fahren. Er portraitierte den jüdischen Minister als allgemein verachtete und verlachte Figur, als Prototyp des Lügners. Mandel werde als Innenminister einen besonders rücksichtslosen Kurs umsetzen, da er wisse, „daß eine Beendigung des Krieges ohne Sieg Frankreichs für ihn und seine Rasseggenossen die Vernichtung bedeutet. Darum ist dieser Jude bereit, alles einzusetzen für die Rettung der jüdischen Plutokratie ohne Rücksicht auf das französische Volk.“⁴⁶⁴

Allgemein verstärkten sich 1940 in der Propaganda die antisemitischen Akzente. Hier wurde offenbar ein Hintergrund für die systematischen Aktionen geschaffen, die sich gegen die Juden in den vom Deutschen Reich besetzten Gebieten richteten.⁴⁶⁵ Keineswegs sollte jedoch zugegeben werden, daß die gegen die Juden ausgesprochenen Drohungen

⁴⁵⁸ Hier spricht Hans Fritzsche, S. 231.

⁴⁵⁹ PZUR vom 18. 12. 1941, zit. nach Transkript, vermutlich Rückübersetzung aus einem englischen Transkript des BBC-MS, StAM SpK 477, Heft III.

⁴⁶⁰ PZUR vom 20. 12. 1941, Transkript in StAM SpK 477, Heft III.

⁴⁶¹ PZUR vom 16. 3. und 19. 3. 1940, BA R 55/1370, Bl. 14 und 18.

⁴⁶² „Anfangs wollt' ich fast verzagen / und ich dacht', ich trüg es nie / Und ich hab' es doch getragen / frag mich nur nicht wie“, PZUR vom 13. 4. 1940, BA R 55/1371, Bl. 57.

⁴⁶³ PZUR vom 18. 3. 1941, englischsprachiges Transkript des BBC-MS, IfZ PS-3064.

⁴⁶⁴ PZUR vom 19. 5. 1940, eigenes Transkript nach Tondokument, DRA.

⁴⁶⁵ Vgl. Welch (Hrsg.), Propaganda, S. 82.

auch praktisch umgesetzt wurden. Die zuständigen Instanzen griffen darum auch sofort ein, als sich im Januar 1940 in einer Sendung des Reichssenders Leipzig („Soldaten-Kameraden“) das Mitglied einer Polizeikompanie damit brüstete, den Juden in Polen das Fegen der Straße beigebracht zu haben.⁴⁶⁶ Den Bereich abstrakter Drohungen verließ die offizielle Propaganda, und mit ihr auch Fritzsche in seinen Kommentaren, nach dem Beginn des Rußlandkrieges. Bekanntgewordene Pogrome beschrieb er in der PZUR vom 15. Juli 1941 als Vergeltung, die die Zivilbevölkerung „zum Teil an den schuldigen Kommissaren bereits vor einer ordnungsmäßigen deutschen Besetzung auf eigene Faust“ geübt habe.⁴⁶⁷

Im Mittelpunkt antijüdischer Kampagnen stand wiederholt die von Hitler bei seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 ausgesprochene „Prophezeiung“, daß der Beginn des Weltkrieges gleichzeitig der Anfang vom Ende des Judentums in Europa sein würde.⁴⁶⁸ Im September 1941 war sie, unter anderem als „Wochenparole“, Aufhänger einer neuen antisemitischen Kampagne. Diese flankierte die Vorbereitungen für die nun beschlossene Deportation des deutschen und westeuropäischen Judentums in den Osten Europas.⁴⁶⁹ Am 16. November 1941 schrieb Goebbels in seinem *REICH*-Artikel „Die Juden sind schuld“: „Wir erleben eben den Vollzug dieser Prophezeiung, und es erfüllt sich am Judentum ein Schicksal, das zwar hart, aber mehr als verdient ist. [...] Es geht jetzt nach seinem eigenen Gesetz ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn‘ zugrunde.“⁴⁷⁰

Auch Fritzsche bezog sich wiederholt auf den erwähnten Passus aus Hitlers Reichstagsrede, und das auch unabhängig von aktuellen antisemitischen Kampagnen.⁴⁷¹ Am unzweideutigsten verknüpfte er in seinem Kommentar vom 18. Dezember 1941 diese Vorhersage mit dem tatsächlichen Schicksal der Juden in Europa: „Das Schicksal des Judentums in Europa hat sich so unangenehm entwickelt, wie der Führer es für den Fall eines europäischen Krieges vorausgesagt hatte. Nach der von Juden angestifteten Ausweitung des Krieges mag sich dieses unangenehme Schicksal auch in die Neue Welt ausbreiten, denn man kann kaum annehmen, daß die Nationen der Neuen Welt den Juden das Unglück verzeihen werden, von dem die Nationen der Alten Welt sie nicht lossprachen.“⁴⁷²

⁴⁶⁶ Wegen einer Beschwerde aus dem Gau Ostpreußen forschte die Abteilung OKW/WPr. nach und erhielt von dem für die Überwachung der militärischen Sendungen des Reichssenders Leipzig zuständigen Generalkommando am 29. 2. 1940 die Mitteilung: „Von ‚Polen‘ und ‚Juden‘ wird nichts mehr gesendet werden“, BA-MA RW 4/285, Bl. 298 und 303.

⁴⁶⁷ PZUR vom 15. 7. 1941, BA R 55/729, Bl. 19. Fritzsche gab in bezug auf Lemberg den Sachverhalt insoweit zutreffend wieder, als daß die gerade erst gebildeten ukrainischen Milizen schon während des Eintreffens der ersten deutschen Verbände am 29. 6. 1941 mit dem Pogrom begannen. Erst am dritten Tag [1. bzw. 2. 7. 1941] der deutschen Besetzung griff der Ortskommandant ein. Vgl. Wildt, *Generation*, S. 570f. Der Vollständigkeit zuliebe sei abschließend Fritzsches 1947 vorgebrachte Behauptung erwähnt, er habe die Berichte über Pogrome absichtlich herausgestellt, um eine Wiederholung zu verhüten und diese Pogrome zu beenden. Aussage SKV vom 28. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

⁴⁶⁸ Das Interesse der zeitgenössischen deutschen Öffentlichkeit hatte sich seinerzeit nicht auf die Prophezeiung Hitlers konzentriert, sondern auf die in der Rede enthaltenen Andeutungen über eine mögliche Kriegsgefahr. Auch in den mehrfachen Wiederholungen dieser Prophezeiung durch Hitler sah man offenbar nur eine Propagandafloskel. Vgl. Kershaw, *Hitler-Mythos*, S. 293 und 297.

⁴⁶⁹ Vgl. dazu Wildt, *Generation*, S. 616.

⁴⁷⁰ Goebbels, *Das eherne Herz*, S. 85.

⁴⁷¹ Unter anderem in seinem Kommentar vom 24. 7. 1941. Dies wurde in einer Hörerzuschrift besonders hervorgehoben, war also zu diesem Zeitpunkt noch nicht Bestandteil der allgemeinen Argumentation. Vgl. Hörerbrief vom 26. 7. 1941, BA R 55/1379, Bl. 1.

⁴⁷² Kommentar vom 18. 12. 1941, dt. Rückübersetzung eines BBC-Transkripts, abgedruckt bei IMT, Bd. XXXII, S. 38. StAM SpK 477, Heft III.

1946 sollte er dann behaupten, er habe mit dem angesprochenen „Vollzug der Prophezeiung“ lediglich „die Ausschaltung der Juden aus Politik und Wirtschaft“ gemeint.⁴⁷³ Ein Teil seiner Hörer allerdings vermochte aus Fritzsches Beiträgen keine relativierenden Untertöne herauszuhören. So schrieb ihn ein besonders unbedarfter Hörer in vertraulichem Tone an und bat ihn darum, nachdem er so viel über die Juden berichtet habe, möge er doch jetzt dafür sorgen, daß deren Wohnungen durch Räumung für ausgebombte Soldaten freigemacht werden.⁴⁷⁴

Bereits die hier aufgereihten Beispiele belegen hinlänglich, daß Fritzsche die „jüdische Frage“ ebensowenig wie die übrige Propaganda als nationales Problem Deutschlands auffaßte. Vielmehr lag die eigentliche Bedeutung in der globalen Perspektive dieser Auseinandersetzung, im Ideologem einer weltweiten jüdischen Verschwörung zur Errichtung einer Welt Herrschaft und zur Vernichtung Deutschlands.

Dem anderswo geltenden Prinzip der Meinungsfreiheit war es zu verdanken, daß sich für die deutsche Propaganda immer wieder Material anfind, um die angeblichen jüdischen Vernichtungspläne zu illustrieren. „Germany must perish“, ein Buch von Theodor Kaufman, gelangte zu trauriger Berühmtheit, weil sein Autor darin vorschlug, die deutsche Bevölkerung nach dem gewonnenen Krieg zu sterilisieren. Bereits im Juli 1941 griff Fritzsche dieses Buch auf und spielte diese „sadistische Phantasie eines Juden“ gegen die gleichzeitige Vermittlungsreise des US-amerikanischen Unterstaatssekretärs Sumner Welles durch Europa aus.⁴⁷⁵ Im September 1941 wurde dann eine eigene Kampagne um dieses Buch herum aufgebaut, und Fritzsche gab nun Kaufman wahrheitswidrig als einen engen Freund Roosevelts aus, der als designierter Gesundheitsminister für das besetzte Deutschland die Sterilisation des deutschen Volkes durchführen solle.⁴⁷⁶ In seiner damals regelmäßigen Entgegnung auf Fritzsches Sendungen hielt Sefton Delmer von der BBC fest, anders als der von Fritzsche ausgegrabene Kaufman, „ein kleiner Mann [...] mit einem Steckenpferd, den niemand in England oder Amerika ernstnehmen würde“, mache man in deutschen Kliniken ernst mit der Euthanasie.⁴⁷⁷

Mit der Jahreswende 1942/43 bereitete sich eine neue, radikalisierte antijüdische Propagandakampagne vor, in der offen von der Ausrottung des europäischen Judentums gesprochen wurde.⁴⁷⁸ Auch Fritzsche konzentrierte sich in seinen Kommentaren wieder verstärkt auf antisemitische Elemente. So widmete er die PZUR vom 16. Januar 1943 ausschließlich einer Darstellung, wie die USA in allen Bereichen von Juden gesteuert würden und in deren Sinne auch den Ausbruch des Weltkrieges mit verursacht hätten.⁴⁷⁹ Die Koalition der

⁴⁷³ Aussage vom 27.6.1946, IMT, Bd. XVII, S. 188, und Kommentar vom 24.7.1941, BA R 55/729, Bl. 31.

⁴⁷⁴ Hörerzuschrift [anonym] vom 3.2.1942, BA R 55/938, Bl. 38f.

⁴⁷⁵ PZUR vom 24.7.1941, BA R 55/729, Bl. 30.

⁴⁷⁶ PZUR vom 23.9.1941, ebd., Bl. 70.

⁴⁷⁷ Delmer nennt als Beispiele für Kliniken Wien und Sonnenstein in Thüringen; BBC auf deutsch, 23.9.1941, Abhörbericht, BA R 55/526, Bl. 68.

⁴⁷⁸ Während Goebbels in seiner Rede vom 18.2.1943 diese Erklärung als – offenbar – geplanten Versprecher machte, indem er an einer Stelle von der „Ausrott-, schaltung“ des Judentums sprach, hatte Hitler vorher am 8.11.1942 die „Ausrottung des Judentums in Europa“ angekündigt. Vgl. Domarus, Reden, Bd. II, S. 1937, und Kershaw, Hitler-Mythos, S. 296f., der ausführt, wie die offene Androhung der Vernichtung einherging mit der Tabuisierung jeder detaillierten Darstellung des tatsächlichen Geschehens.

⁴⁷⁹ PZUR vom 16.1.1943, Transkript in StAM SpK 477, Heft III, S. 57ff. Fritzsche reagierte damit, wie auch der übrige Propaganda-Apparat, auf die verstärkte Berichterstattung der Alliierten über die deut-

Gegner, deren Interessen einander entgegenstünden, habe als einziges gemeinsames Ziel, Deutschland zu vernichten und die „Herrschaft des Judentums, für die in einem Europa erwachter Völker natürlich kein Raum mehr ist“, wieder aufzurichten.⁴⁸⁰ Ihren Höhepunkt erreichte diese Kampagne im Frühjahr 1943 und fand ihren Niederschlag in den entsprechenden Sprachregelungen für Presse und Rundfunk. Dort wurde die Vernichtung der Juden als Antwort auf deren „tierische Mordpläne“ propagiert⁴⁸¹.

Eröffnet wurde die letzte Stufe dieser besonders heftigen antijüdischen Kampagne mit den von den Deutschen entdeckten Massengräbern polnischer Offiziere in Katyn, deren Existenz wochenlang in den Medien ausgeschlachtet wurde.⁴⁸² Der Rundfunk steuerte zeitweise täglich Vorträge zu diesem Thema bei, so „Von Purim bis Katyn“ am 4. Mai 1943, dem von Parteigenossen attestiert wurde, solche Vorträge würden mithelfen, „gerade in der breiten Masse das Gefühl des Mitleids mit den Juden aus[zulöschen“.⁴⁸³ Auch Karl Scharping meldete sich am 17. Mai 1943 mit einem Kommentar „Warum noch Judenfrage“ zu Wort.⁴⁸⁴ Fritzsche selbst ließ sich zu diesem Thema am 4. Mai 1943 vernehmen, allerdings vor allem mit Ausführungen zum Streik der Grubenarbeiter in den USA, der die zweifache Front der jüdischen Sklaventreiber in West und Ost belege. Ansonsten liegt von ihm nur ein „Bericht zur Lage“ vom 6. Mai 1943 vor, der sich mit den angeblichen Versuchen des Auslands beschäftigte, das Katyn-Massaker totzuschweigen.⁴⁸⁵

Er hielt sich während dieser Zeit also zurück, was seine eigene Teilnahme an der antijüdischen Kampagne betraf. Dies geschah sicher auch, weil es für den jetzt gewünschten Härtegrad geeignetere Propagandisten gab als ihn selbst. Dabei darf auch nicht vernachlässigt bleiben, daß Fritzsche zu dieser Zeit der Verantwortliche für die politisch-propagandistischen Sendungen des Rundfunks war. Dessen engagierte Beteiligung fällt auf seinen obersten Programmgestalter zurück und belegt, wie reibungslos Fritzsche in seinem Arbeitsbereich rassistische Hetze umsetzte, egal ob er selbst sich dazu hören ließ oder nicht.

Die Hörer erklärten sich die Steigerung an antisemitischen Vorträgen mit deren propagandistischer Wirkung im Ausland, fingen bald aber an, ihre „Übersättigung“ damit zu beklagen.⁴⁸⁶ Das aktuelle Überangebot empfanden die Hörer teilweise als „Zum-

sche Vernichtungspolitik, soweit sie bereits bekanntgeworden war. Vgl. Erkundungsdienst (RMVP), Bericht vom 22. 12. 1942 über den alliierten „Kreuzzug“ zur Rettung der Juden, BA R 55/1270.

⁴⁸⁰ PZUR vom 9. 2. 1943, Transkript in StAM SpK 477, Heft III, S. 76

⁴⁸¹ So lautet z. B. die Tagesparole des Reichspressechefs vom 14. 4. 1943.

⁴⁸² SD Frankfurt/Main, Berichte vom 17. 4. 1943 und 27. 4. 1943, BA R 58/958, Bl. 62 und 71. Verständnislose Kritik und Übersättigung verzeichnete dazu der SD Halle/Saale in seinem Bericht vom 28. 4. 1943, BA NS 6/129, Bl. 126.

⁴⁸³ SD Innsbruck, Bericht vom 8. 5. 1943, BA R 58/958, Bl. 80f. Die anerkennenden Zuschriften an den Rundfunk nannten zumeist neben diesem noch den Vortrag von Wilhelm Koppen am 13. 5. 1943: „Im Hintergrund immer Juden“. „Den Vortrag [...] möchte ich empfehlen, noch einige Male zu wiederholen, oder in allen deutschen Zeitungen veröffentlichen zu lassen, damit jeder deutsche Mensch und jeder deutschlesende Ausländer von dem verbrecherischen Treiben des Judentums vollkommen unterrichtet ist.“ Undatierte Zuschrift, BA R 55/20636, Bl. 35. Weitere drei Vorträge vom 11.–13. 5., jeweils um 19.45 Uhr, erwähnt im Bericht des SD Frankfurt/Main vom 13. 5. 1943, BA R 58/958, Bl. 91, sowie BA R 58/960, Bl. 137.

⁴⁸⁴ SD Frankfurt/Main, Bericht vom 19. 5. 1943, BA R 58/958, Bl. 97.

⁴⁸⁵ PZUR vom 4. 5. 1943, Lagebericht vom 6. 5. 1943; beide BA R 55/524 bzw. als Transkript in StAM SpK 477, Heft III. Aus der fraglichen Zeit sind noch erhalten die PZUR vom 8. 5. 1943, deren Thema ausschließlich die Kapitulation des Afrika-Korps ist, sowie die vom 15. 5. 1943, die auch keine auffälligen Äußerungen enthält.

⁴⁸⁶ SD Frankfurt/Main, Bericht vom 22. 5. 1943, BA R 58/958, Bl. 101, sowie Bericht vom 29. 5. 1943, ebd., Bl. 107.

tung“⁴⁸⁷ und reagierten verstimmt darauf, daß die Ausführungen in diesen Vorträgen mitunter als „widerlich“ zu bezeichnen gewesen seien.⁴⁸⁸ In den sonst so geschätzten politischen Kurzszenen tauchte unausweichlich der „mauschelnde Jude“ auf und zielte damit offenbar auf plumpe, „jahrmarktsmäßige“ Wirkung ab.⁴⁸⁹ In ihrer Aggressivität blieben die Rundfunkvorträge also keineswegs hinter den anderen Medien im NS-Staat zurück. Auch im Rundfunk, und nicht nur im *Stürmer* konnte sich der Hörer über die „Erbkriminalität der Juden“ „aufklären“ lassen.⁴⁹⁰

Im Sinne dieser Vorgaben bemühte sich Fritzsche, zum Beispiel in seinem Kommentar vom 31. Juli 1943, trotz des erfolgten Umsturzes in Italien zu behaupten, Europa schlosse sich immer weiter zusammen, weil es die Juden vom Kontinent fernhalten müsse. „Es geht um die Vernichtung der Völker, die sich eine von Juden gelenkte Welt einfach nicht mehr vorstellen können.“⁴⁹¹ Gerade diese Behauptung erregte aber den Widerspruch seiner Hörer, denn diese wandten ein, daß in Italien jetzt als erstes die von Mussolini eingerichtete, aber nie wirklich ausgeübte Judengesetzgebung abgeschafft werde.⁴⁹²

Schuld am Kriege, so hieß es noch einmal in der PZUR vom 8. Januar 1944, seien ausschließlich die Juden und die Plutokraten.⁴⁹³ Jedoch wählte Fritzsche nur noch gelegentlich antisemitische Schwerpunkte für seine Kommentare. Als wolle er die zentrale Bedeutung dieses Themas etwas in den Hintergrund treten lassen, koppelte er sich von den ständigen Aufforderungen ab, die jüdischen „Vernichtungsabsichten als treibende Kraft im Weltkampf“ zu schildern.⁴⁹⁴ Zur gleichen Zeit, als diese Parole erneut ausgegeben wurde, sprach er wochenlang in seiner PZUR von den Zielen dieses Krieges für die eigene und die gegnerische Seite, ohne auch nur ein einziges Mal die „jüdische Weltverschwörung“ als Erklärung zu bemühen.⁴⁹⁵

Die angeblich so zentrale jüdische Rolle wurde gegen Ende des Krieges noch weiter in den Hintergrund geschoben. Galten die Juden früher als Hintermänner und wesentliche Akteure, sprach Fritzsche am 30. September 1944 nur noch von der „jüdischen Assistenz“.⁴⁹⁶ Wie auf Knopfdruck konnten „die Juden“ bei ihm jedoch ihre alte Bedeutung zurückerlangen, was in zwei Kommentaren vom 6. und 13. Januar 1945 geschah. Er bemühte sich, den

⁴⁸⁷ SD Stuttgart, Bericht vom 15. 5. 1943, BA R 58/959, Bl. 137.

⁴⁸⁸ SD Stuttgart, Bericht vom 22. 6. 1943, BA R 58/960, Bl. 22 über einen Vortrag von Dr. Johann v. Leers, „Was der Jude von der Frau denkt“.

⁴⁸⁹ SD Stuttgart, Bericht vom 26. 5. 1943, BA R 58/959, Bl. 146f.

⁴⁹⁰ Äußerung über den Vortrag „Judentum und Gaunertum“ von Dr. v. Leers. SD Stuttgart, Bericht vom 20. 7. 1943, Bl. 42. Wenn Fritzsche in einer für seinen ehemaligen Mitarbeiter Utermann gedachten Aussage davon sprach, er habe auf dessen Vorschlag antisemitische Vorträge und Hörszenen unter den Tisch fallenlassen, so dürfte dies eher geschehen sein, weil die negativen Reaktionen aus der Öffentlichkeit überhandnahmen. Vernehmung Fritzsche vom 16. 7. 1948, StAM SpK 475, Heft XXV. Leers jedenfalls konnte seine Erörterungen über „jüdische Gaunereien“ fortsetzen. Vgl. Erwähnung im Bericht des SD Frankfurt/Main vom 22. 2. 1944, BA R 58/96, Bl. 131.

⁴⁹¹ PZUR vom 31. 7. 1943, BA R 55/525, Bl. 33f.

⁴⁹² SD Stuttgart, Bericht vom 3. 8. 1943, BA R 58/960, Bl. 56f. In seiner Sendung vom 7. 8. 1943 berichtete der „Zeitspiegel“ aus Stockholm über die antijüdische Einstellung Europas und die „Folgen, die eine erneute Judenerrschaft mit sich bringen würde“, ohne damit in der Bevölkerung mehr Zustimmung als Fritzsches Kommentar zu erzielen. SD Stuttgart, Bericht vom 10. 8. 1943, BA R 58/960, Bl. 64.

⁴⁹³ PZUR vom 8. 1. 1944, BA R 55/525, Bl. 248f.

⁴⁹⁴ Vgl. u. a. Tagesparole vom 2. 3. 1944, Sündermann, Tagesparolen, S. 258.

⁴⁹⁵ Vgl. PZUR vom 1. 4. 1944, StAM SpK 477, Heft III, S. 231 ff.

⁴⁹⁶ StAM SpK 477, Heft III, S. 288.

rabiatischen antisemitischen Ideologen zu verkörpern und sprach vom „jüdische[n] Schmarotzer“, der nicht nur den anglo-amerikanischen Truppen auf dem Rücken sitze, sondern ganz Europa mit seiner Korruption überziehe. Europa wehre sich aber dagegen und erfülle damit „eine weitere Voraussage des Führers, [...] daß am Ende dieses Krieges gemeinsam alle Völker die Juden hassen werden.“⁴⁹⁷

In der PZUR vom 13. Januar 1945 verknüpfte er zum letzten Mal ausführlich England, die treibende Kraft in diesem Kriege, mit dem Judentum, „das noch einmal vor seinem Untergang die Chance zur Errichtung einer Weltherrschaft gegeben sieht.“ Nur aus dessen Absichten heraus lasse sich die Politik der englischen Regierung verstehen, deren anti-englischen Ziele sonst „verrückt“ erscheinen würden. Um dies sicherzustellen, sei das internationale Judentum bereit, „jeden der jüdischen Sache ungünstigen britischen Vertreter, falls nötig durch Mord[,] zu beseitigen.“ Der jüdische Versuch werde jedoch daran scheitern, daß „das Gefühl der Völker für ihre Rasse doch schon viel zu erwacht ist“, als daß ein solches Unternehmen Erfolg haben könnte.⁴⁹⁸

Hiermit erlosch Fritzsches antisemitischer Furor endgültig. Bis zu seinem letzten Kommentar gibt es keine ausführlichere Erwähnung des jüdischen Themas mehr. Weil seine Kommentare dem Nürnberger Tribunal und der deutschen Spruchkammer jeweils nur in Teilen vorlagen, konnte der in ihnen zum Ausdruck kommende, konstante Antisemitismus nicht so gewürdigt werden, wie er es nach den obigen Ausführungen durchaus verdient hätte. So war Fritzsche imstande, das Bild eines „moderaten“ Antisemiten zu konservieren, ja, dieses Bekenntnis noch als Nachweis seiner ehrlichen Selbstdarstellung abzulegen. Doch hatte er auch hier die Wahrheit sorgfältig bearbeitet.

⁴⁹⁷ Bericht zur Lage, 6. 1. 1945, StAM SpK 477, Heft III, S. 314.

⁴⁹⁸ Zitate nach deutschem Transkript in StAM, ebd., S. 319, sowie nach IMT, Dokument 3064-PS, Rückübersetzung aus dem Englischen. Im sonst wortwörtlichen deutschen Transkript fehlt die „Mord“-Passage und ist nur im Dokument 3064-PS überliefert.

III. Höhepunkt und Ende einer Medienkarriere

1. Hans Fritzsches Tätigkeit als Rundfunkorganisator

1.1 Fronteinsatz und Ernennung zum „Leiter Rundfunk“

Um den Jahreswechsel 1941/42 herum konkretisierte sich die bevorstehende Abordnung Fritzsches zum Einsatz an der Ostfront.¹ Er selbst sprach von einem freien Entschluß, den er getroffen habe, weil es ihm nicht gelungen sei, den von Reichspressechef Dietrich im Winter 1941/42 verbreiteten, „schönfärberischen“ Optimismus zu entschärfen. Möglicherweise waren tatsächlich Differenzen mit Dietrich, der seinen Einfluß auf die Presselenkung noch ausbauen wollte, der Anlaß für Fritzsches „Pause“. Goebbels wurde von Fritzsche im Dezember 1941 über „personelle Schwierigkeiten“ innerhalb der Presseabteilung sowie zwischen RMVP und Parteipressestelle informiert, nahm diese aber offenbar nicht ernst und schien sich zudem zu dieser Zeit mit Dietrich gut stellen zu wollen.² Da es ihm außerdem wichtig war, Fritzsche als Gegengewicht zum Reichspressechef an der Spitze der Presseabteilung zu belassen, zögerte er den Termin von Fritzsches Abordnung weiter hinaus.³

Statt daß Goebbels ihm aber wirksamen Schutz gegen Dietrichs Angriffe zuteil werden ließ, warf er selbst Fritzsche vor, die Presse zu sehr in Schutz zu nehmen.⁴ Dieser wurde also von mehreren Seiten bedrängt. Doch lud ihn Goebbels Anfang April 1942 mit einem kleinen Kreis leitender Mitarbeiter des RMVP auf einige Tage nach Lanke in sein Sommerhaus ein. In diesem informellen Rahmen wollte Goebbels Probleme behandeln, „die sich in der hitzigen Atmosphäre des Ministeriums nicht besprechen lassen“.⁵ Fritzsche bemühte sich womöglich auch bei anderen Instanzen um Rückendeckung, aber es gelang ihm nicht, in die SS aufgenommen zu werden, in der seine Kontrahenten Dietrich, Schmidt und Sündermann hohe Ränge innehatten. Auch Himmlers „Pressesprecher“ Radke, den Fritzsche später zur Rundfunkabteilung abwerben wollte, konnte in dieser Hinsicht offenbar keinen Erfolg erzielen.⁶ Nach dem Krieg stellte Fritzsche diesen Sachverhalt auf den Kopf und behauptete, trotz wachsender Schwierigkeiten habe er sich der Aufforderung von SS und SD entziehen können, der SS beizutreten.⁷

¹ Fritzsche bedankte sich für den Brief eines Unteroffiziers von der Ostfront am 22. 12. 1941 mit der Bemerkung, Lob erfreue ihn gerade von der Front, „bei der ich so gern sein möchte, leider aber durch UK-Stellung durch meinen Minister nicht sein kann“. Am 30. 1. 1942 vermerkte ein Hörerbrief die Nachricht, Fritzsche habe sich freiwillig an die Ostfront gemeldet. BA R 55/1381, Bl. 57 und 175.

² Hier spricht Hans Fritzsche, S. 219, sowie Aussage vom 26. 6. 1946, IMT, Bd. XVII, S. 157. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 2, S. 475 und 531ff. (Einträge vom 11. und 18. 12. 1941).

³ Persönlicher Stab des RFSS, ungezeichneter Aktenvermerk vom 31. 7. 1942, BA NS 19/3851, Bl. 6f.

⁴ Goebbels, Tagebücher II, Bd. 3, S. 329 (Eintrag vom 17. 2. 1942).

⁵ Goebbels, Tagebücher II, Bd. 4, S. 48ff. (Eintrag vom 4. 4. 1942).

⁶ Ungezeichneter Aktenvermerk, 31. 7. 1942, BA NS 19/3851, Bl. 6f. Zu Radke vgl. Schreiben Fritzsche an Goebbels vom 4. 2. 1943, BA R 55/230, Bl. 31f. Fritzsche verweist hier darauf, daß Radke die einzige von ihm nach Übernahme seiner Rundfunktätigkeit beabsichtigte Neueinstellung sei.

⁷ „Zugehörigkeit zum NSKK [etc.]“, schriftliche Ausarbeitung zum Spruchkammerverfahren, StAM SpK 477, Heft I.

In der für ihn schwierigen Situation meldete er sich Ende April 1942 nach einem kurzen Erholungsurlaub in den Bergen „für einige Monate“⁸ zum Dienst an die Ostfront. Er schien schon zu diesem Zeitpunkt die Absicht gehabt zu haben, nicht wieder in die Presseabteilung zurückzukehren.⁹ Daß er nun in den Vormarsch der 6. Armee gegen Stalingrad hineingezogen wurde, dürfte keiner Planung entsprochen haben, sondern ergab sich erst, als Fritzsche längst eingeteilt und bei seiner Einheit eingetroffen war, denn Hitler gab erst am 5. April 1942 die erste Weisung für den nächsten Einsatz der Armeegruppe B, zu der die 6. Armee gehörte.¹⁰

Als „Sonderführer Z“, also mit dem Dienstgrad eines Unteroffiziers der Propagandakompanien (PK), gehörte er zum Troß der 389. Infanterie-Division, stand aber nach eigener Aussage nur in loser Verbindung zur dortigen PK-Einheit. Möglicherweise gab es hierfür „kosmetische“ Gründe, und Fritzsche wollte etwaigen Anspielungen darauf, daß er bislang nicht Soldat an der Front gewesen war, durch einen Einsatz als bloßer Propagandist keine Nahrung geben.¹¹ In diesen Monaten produzierte er nur drei bis vier Rundfunksendungen¹² und verfaßte einige PK-Berichte für Zeitungen. Die eigentliche Arbeit der Kriegsberichterstattung lag in Händen der PK-Einheit 637. Sein Fronteinsatz führte Fritzsche zuerst in die Ukraine, genauer: nach Charkow.

Die Ukraine war bei den deutschen Besatzern recht beliebt, und die überlieferten Feldpostbriefe schildern sie häufig als die positive Ausnahme vom Rest des besetzten sowjetischen Territoriums. Vor allem wurde die Sauberkeit als Unterscheidungskriterium bemüht: die Häuser seien für die sonstigen Verhältnisse wahre „Schmuckkästchen“; man sehe dort „sogar weißbezogene Betten.“¹³ Der ukrainischen Bevölkerung brachte dieses positivere Image im Besatzungsalltag jedoch keinen Vorteil, vor allem nicht den „überflüssigen“ Stadtbewohnern. Der Aspekt der Versorgungsschwierigkeiten trat gegenüber dem Kalkül der deutschen Politik zurück, die Vernichtung großer Teile der Bevölkerung durch Hunger zu erreichen. Ihre Versorgung stand an letzter Stelle nach der Versorgung der Truppe und der deutschen Bevölkerung im Reich. In Charkow wurde die Sicherung des Wehrmachtsbedarfs auf Kosten der Bevölkerung und mit einer Bilanz von 12000 Hungertoten erreicht. Zu den rücksichtslosen Requirierungen kam zunächst noch die Abriegelung der Stadt hinzu, die Ende 1941 aufgehoben wurde, um das Hungerelend in Charkow nicht noch zu verstärken. Aber noch im März 1942 mußte ein Bericht über die Ernährungslage in Charkow vermelden, daß „für den größeren Teil der Bevölkerung [...] vorläufig nichts da [sei]“ und täglich mindestens 50 Menschen verhungerten.¹⁴

Die strategischen Voraussetzungen hatten sich gegenüber der ursprünglichen Planung verändert. Bei einem zeitlich ausgedehnten Feldzug mußte die Zivilbevölkerung vom akti-

⁸ So formulierte es sein Sekretariat in einem Antwortschreiben vom 5.5.1942, BA R 55/1374, Bl. 191. Auch der Pressereferent von Goebbels, Rudolf Semler, wurde zu dieser Zeit Kriegsberichterstatte, angeblich ebenfalls an der Stalingradfront.

⁹ Fritzsche, Aussage SKV vom 28.1.1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

¹⁰ „Weisung 41“, wiedergegeben bei Hubatsch, Hitlers Weisungen für die Kriegführung, S. 183–188.

¹¹ So betonte Sündermann noch in seinen Erinnerungen: „Ich aber war und bin heute noch froh darüber, daß ich den Feldzug in Frankreich so richtig als Soldat unter Soldaten und – was vielleicht noch etwas mehr bedeutet – als Infanterist unter Infanteristen gekämpft und erlebt habe.“ Ders., Hier stehe ich, S. 155.

¹² BA R 55/532, Bl. 4, sowie Fritzsche, E. E., 7.1.1946, IMT, Bd. XXXII, S. 316.

¹³ Vgl. Latzel, Soldaten, S. 148ff.

¹⁴ Bericht des Vertreters des Auswärtigen Amts beim Armeekommando 6 über die Ernährungslage in Charkow vom 25.3.1942, wiedergegeben in: Verbrechen der Wehrmacht, S. 345.

ven Widerstand abgehalten werden. Eine Grundversorgung war jetzt, wo sich die politischen Verhältnisse nicht schlagartig neu formen ließen, notwendig.¹⁵ So ergibt sich aus den Tätigkeitsberichten der Abteilung Wehrmachtspropaganda im Bereich des Wehrmachtbefehlshabers Ukraine ab Februar 1942 ein positiveres Bild. Es hieß dort wiederholt, noch wünsche die Bevölkerung eine Fortsetzung der deutschen Offensive, weil sie die Rückkehr der Sowjetmacht fürchte. Trotz der schwierigen Ernährungslage konsolidiere sich die Stimmung.¹⁶

Nach diesen Berichten konzentrierte sich die Erwartung der Bevölkerung vor allem auf eine Agrarreform, welche die Kollektivierung der Landwirtschaft rückgängig machen und dazu beitragen sollte, das weiterhin drängende Ernährungsproblem zu lösen.¹⁷ Der am 26. Februar 1942 vom Reichsminister für die besetzten Ostgebiete veröffentlichte Agrarerlaß brachte zwar nur geringe Veränderungen gegenüber dem System der Sowjetzeit, wurde jedoch mit einer intensiven deutschen Propaganda popularisiert.¹⁸ Auch Fritzsche schilderte in seinem vermutlich ersten Kriegsbericht, wie sich überall im besetzten Gebiet das fast untergegangene Handwerk und die zu Monokulturen gepreßte Landwirtschaft wieder beleben würden, angeleitet vom wohlwollenden Rat der zu Pferd ihre riesigen Bezirke bestellenden Landwirtschaftsführer.¹⁹

In der Realität vertrieb die Politik des Reichskommissars Koch bereits die letzten Sympathien für die deutsche Besatzung, und auch im Ausland war man schon Anfang 1942 der Überzeugung, daß „in der Ukraine nur mit Terror regiert“ werde.²⁰ Die vom Reichskommissar durchgängig praktizierte und auch öffentlich vorgetragene Überzeugung, daß es sich bei den Ukrainern um ein „Kolonialvolk“ handle, trieb die Entfremdung weiter voran. Daß die Ukrainer sich immer noch vertrauensvoll an ihre Besatzer wandten, entsprach wohl ebenso dem Wunschenken der Propaganda-Abteilung wie ihrer rassistisch überhöhten Selbsteinschätzung: „Was dem bäuerlichen Ukrainer gefällt, ist der Typ des Herrenmenschen, der leutselig und streng, vornehm und überlegen, anständig und klar seine Aufgaben im Geiste einer neuen Zeit erfüllt, der menschlich so groß ist, daß eine Gefolgschaft aus Zuneigung und Verehrung selbstverständlich ist. Sind diese Menschen einmal gewonnen, so ist ihre Treue und Anhänglichkeit unbeschreiblich.“²¹

Fritzsche äußerte sich nach dem Krieg so gut wie überhaupt nicht zu den Eindrücken, die er als Soldat während des Vormarsches in der UdSSR gewann. Die erwähnten Rekrutierungen von Arbeitskräften, hauptsächlich aus der Ukraine und dem Gebiet der Heeresgruppe Süd, deutete er in freiwillige Meldungen um. Diese mochte es zu Beginn der Ostarbeiter-Aktion häufig gegeben haben, aber nach den ersten in der Ukraine eintreffenden Berichten aus Deutschland nicht mehr.²² Daß Zwang angewendet wurde, bezeichnete er 1947 als

¹⁵ Vgl. Schulte, *Occupied Russia*, S. 91 und 97.

¹⁶ Stimmungsberichte zum Tätigkeitsbericht für den 1.–15. 2. sowie für den 15.–28. 2. 1942 und für April und Juni 1942, BA-MA RW 4/184, Bl. 20ff. sowie Bl. 24, und RW 4/306, o. Pg.

¹⁷ Stimmungsbericht der Propaganda-Abteilung Ukraine für April 1942, BA-MA RW 4/306, o. Pg.

¹⁸ Vgl. dazu Dallin, *Herrschaft*, S. 346f. und 350.

¹⁹ „Der Weg nach Osten“, zit. nach späterem Abdruck in der *Deutschen Zeitung der Niederlande* vom 16. 6. 1942, BA R 55/529, Bl. 6.

²⁰ Bericht eines V-Mannes aus Finnland vom 10. 2. 1942, wiedergegeben in einem Rundschreiben der Abwehr Ost vom gleichen Tage, BA-MA RW 4/330. Vergeblich mahnte der machtlose Rosenberg in einer für Hitler bestimmten Aktennotiz vom 16. 3. 1942, es sei „nicht Aufgabe der deutschen politischen Vertretung, Maßnahmen und Urteile hinauszurufen, die letzten Endes zu einer stumpfen Verzweiflung der beherrschten Bevölkerung führen können“. Dallin, *Herrschaft*, S. 142.

²¹ Stimmungsbericht, Juni 1942, BA-MA RW 4/306, o. Pg.

²² Vgl. Dallin, *Herrschaft*, S. 443f., und Schulte, *Occupied Russia*, S. 158.

eine der „Überraschungen“ des Nürnberger Prozesses,²³ obwohl die umfassende Zwangsverpflichtung von Arbeitskräften im Frühjahr 1942 einsetzte, also zu einer Zeit, als Fritzsche unmittelbarer Augenzeuge sein konnte. Inwieweit dies auch für etwaige Mordaktionen gegen die jüdische Bevölkerung zutrifft, kann nicht definitiv geklärt werden.

Im Nürnberger Prozeß erklärte er, als Soldat in der Ukraine für Erschießungen von Juden, die ihm als Information und Gerücht bereits mehrfach unterbreitet worden waren, keinen Beweis gefunden zu haben. Obwohl er bei verschiedenen Stellen nachgefragt habe, habe er nur die Auskunft erhalten, es hätten keine Erschießungsaktionen stattgefunden, und Lager gäbe es nicht.²⁴ Die 6. Armee hatte jedoch bei ihrem Vormarsch in der Ukraine eng mit den Einsatzgruppen des SD zusammengearbeitet. Das später weithin bekannte Massaker in der Schlucht von Babij Jar war vom Stadtkommandanten in Kiew mit organisiert worden, und die 637. Propagandakompanie – also diejenige Einheit, mit der Fritzsche lose zusammenarbeitete – hatte die Plakate erstellt, mit denen die Juden vorher unter Androhung der Todesstrafe zur Sammlung aufgefordert wurden.²⁵

RMVP und SS hatten kurz nach Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion vereinbart, daß den Einsatzgruppen eine Anzahl Propagandisten zur Seite gestellt werden sollte. Die „Arbeit“ im besetzten Gebiet bestätigte die Notwendigkeit einer propagandistischen Unterstützung der Einsatzgruppen, weswegen Fachleute des RMVP dorthin abkommandiert wurden und verschiedentlich auch auf Propagandakompanien und Propagandaabteilungen der Wehrmacht zurückgegriffen wurde.²⁶

Auch nach dem Einmarsch in Charkow und nach der Übernahme des Oberbefehls der 6. Armee durch General Paulus am 6. Januar 1942 bereitete das „Sonderkommando 4a“ der Einsatzgruppe C seine Mordaktionen „im Einvernehmen mit dem zuständigen Generalstab und der Feldkommandatur“ vor.²⁷ Allerdings hob Paulus den Befehl seines Vorgängers von Reichenau auf, mit welchem dieser seine Soldaten dazu aufforderte, volles Verständnis „für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum“ zu haben und dabei Aufgaben zu übernehmen, „die über das hergebrachte einseitige Soldatentum hinausgehen“.²⁸ Die Sonderkommandos 4a, 4b und 6 jedoch folgten der 6. Armee weiter bis nach Stalingrad und zogen sich erst Ende September 1942 aus den dortigen Kämpfen zurück.²⁹

Noch bevor die 6. Armee im Mai 1942 ihre neue Offensive mit dem Ziel der Eroberung Stalingrads aufnehmen konnte, griff die sowjetische Armee am 12. Mai ihre Stellungen in und bei Charkow an. Fritzsche erlebte diesen Angriff zunächst im Armee-Hauptquartier. Später dann wurde er bei einer Panzerdivision östlich von Charkow eingesetzt, die nach sechs Tagen den sowjetischen Kessel aufbrach.³⁰ Auch sein eigentlicher Truppenteil, die 389. Infanterie-Division unter Generalleutnant Jaenecke, sah sich heftigen Angriffen ausge-

²³ Fritzsche, Aussage im Verfahren gegen Herbert Klemm (RJM) vom 15. 7. 1947, Auszug aus Protokoll, StAM SpK 476, Heft XVIII.

²⁴ Aussage vom 27. 6. 1946, IMT, Bd. XVII, S. 193.

²⁵ Vgl. Tätigkeitsbericht der PK 637 vom 27. 9. 1941, Verbrechen der Wehrmacht, S. 162, sowie ebd., S. 164f. Fotos aus der Schlucht Babij Jar von dem PK-Fotografen Johannes Hähle.

²⁶ SD (v. Kielpinski) an OKW/Wpr., 1. 7. 1942, BA-MA RW 4/192, Bl. 203f.

²⁷ Ereignismeldung UdSSR Nr. 156 vom 16. 1. 1942, Verbrechen der Wehrmacht, S. 182.

²⁸ Tagesbefehl Reichenau vom 10. 10. 1941, zit. in Enzyklopädie des Holocaust, Bd. II, S. 1198f.

²⁹ Vgl. Mallmann, Menschenjagd, S. 308.

³⁰ Fritzsche, „Im Igel – Sechs Kampftage bei Charkow“, *Schlesische Tageszeitung* vom 28. 6. 1942, BA R 55/529, S. 9; Kommentar vom 3. 2. 1943, StAM SpK 477, Heft III, S. 88 (dort falsch datiert).

setzt. Hierbei kamen auf sowjetischer Seite neben regulären Truppen auch Partisanenverbände zum Einsatz. In seinem Abschlußbericht sprach Jaenecke von „Reiterbanden“, die schon längere Zeit deutsche Soldaten aus dem Hinterhalt überfallen und getötet hätten. Mit den Gefangenen dieser „Banden“, worunter man großzügig reguläre Einheiten der Sowjetarmee und Partisaneneinheiten zusammenfaßte, hielt man sich nicht sehr lang auf.

Während der erste gefangengenommene Teil, 192 Gefangene, „darunter mehrere Offiziere und einige Weiber“, auf Befehl Jaeneckes an der Mühle von Semanowka erschossen wurde, bedurfte es später „nur selten noch eines Befehls“, wie Jaenecke zustimmend bemerkte. Die durch ständige Überfälle enervierte Truppe erschoss alle Gefangenen, bis zum Ende der Kesselschlacht um die 1000.³¹ Beim Einsatzort Fritzsches machte man, wenn man seiner damaligen Darstellung glaubt, Gefangene, weil der dortige Angriff nur von regulären sowjetischen Truppen vorgetragen wurde.³²

Fritzsche schilderte nach dem Kriege, wie er sich mit Paulus in vielen Gesprächen in der Kritik „an den Methoden des Kampfes, der Art der Besatzung und der Richtung der Politik“ einig gewesen sei. Es sei dies die Kritik an Tendenzen gewesen, „die uns damals nur als unklug erschienen“.³³ Eines der Argumente, mit denen Fritzsche sich während des Nürnberger Prozesses entlasten wollte, betraf den „Kommissar-Befehl“³⁴. Er behauptete, erst bei seinem Dienstantritt im April 1942 im Stab der 6. Armee vom „Kommissar-Befehl“ erfahren und daraufhin Paulus veranlaßt zu haben, diesen Befehl aufzuheben.³⁵ Dieser konnte sich bei der Vernehmung durch den Anwalt Fritzsches, Dr. Fritz, nicht daran erinnern und gab an, er habe die Durchführung des Befehls von sich aus verhindert.³⁶ Im Spruchkammerverfahren 1947 ergänzte Fritzsche, er habe gleich nach seinem Eintreffen bei der 6. Armee von Paulus die Erlaubnis erwirkt, daß die dortige Armeezeitung in deutscher und russischer Sprache bekanntmachte, die Erschießung politischer Kommissare werde eingestellt.

Diese Maßnahme habe er dann zum einen Goebbels mitgeteilt, zum anderen über den Stab der 6. Armee an das OKW gemeldet. Wenige Wochen später sei der Befehl generell aufgehoben worden, was tatsächlich am 6. Mai 1942 durch einen Befehl Hitlers erfolgte. Es muß bezweifelt werden, daß Fritzsche einen solchen Erfolg innerhalb von ein bis zwei Wochen erzielen konnte. Wahrscheinlicher ist, daß er sich eine Rolle zuschrieb, die ihn selbst im günstigen Licht erscheinen ließ, aber kaum seinen realen Einflußmöglichkeiten entsprach.³⁷

³¹ Darstellung nach Jaenecke, „Kurzer Bericht über den Einsatz meiner Division in der Kesselschlacht südlich Charkow vom 17.–28.5.1942“, undatiert, BA-MA RH 26/389/3.

³² „Im Igel – Sechs Kampftage bei Charkow“, *Schlesische Tageszeitung* vom 28.6.1942, BA R 55/529, S.9.

³³ Springer, Schwert, S.97.

³⁴ „Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare“ des OKW vom 6.6.1941, die für die in der sowjetischen Armee tätigen Parteikommissare die sofortige Liquidierung vorschrieben, ausgenommen sich „unverdächtig verhaltende“, für die die eventuelle Abgabe an die Sonderkommandos vorgesehen wurde.

³⁵ Die „Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare“ wurden ab der Befehlshaber- und Kommandeurebene nach einem Anschreiben des Oberbefehlshabers des Heeres nur mündlich weitergegeben. Vgl. Verbrechen der Wehrmacht, S.53 (Reproduktionen). Eine der 20 schriftlichen Ausfertigungen ging allerdings an die Abteilung OKW/WPr., mit der auch Fritzsche dienstlich zusammenarbeitete.

³⁶ Vernehmung Paulus, 12.2.1946, IMT, Bd. VII, S.330.

³⁷ Fritzsche, Aussage SKV vom 28.1.1947, StAM SpK 475, Heft XXVI; Warlimont, Hauptquartier, S.185.

Als ob ihn keine der Informationen und keines der Gerüchte über das Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener in deutschen Lagern erreicht habe, schilderte Fritzsche als Kriegsberichterstatter, wie die Sowjetsoldaten erst in der deutschen Gefangenschaft wieder aufleben und an ein Überleben glauben würden.³⁸ Nach Berlin zurückgekehrt, äußerte sich Fritzsche im Oktober 1942 zum Thema der sowjetischen Kriegsgefangenen in der Pressekonferenz. Diese würden zwar streng behandelt, es komme aber darauf an, einen „guten Mittelweg“ zu finden, „man habe aus den Erfahrungen mit der Behandlung der russischen Gefangenen gelernt. Dort würden jetzt auch die politischen Kommissare nicht mehr erschossen, wenn sie in Gefangenschaft gerieten, sondern in ein besonderes Lager gebracht, wo sie einstweilen verhältnismäßig gut behandelt würden.“³⁹

Im Juni 1942 setzte sich die 6. Armee, nachdem der sowjetische Vorstoß abgewehrt worden war, Richtung Stalingrad in Marsch. Goebbels erhielt Ende Juni, nach dem Sieg bei Charkow, von Fritzsche einen ausführlichen schriftlichen Bericht über die Lage an diesem Abschnitt der Ostfront. Nach diesem Bericht sei der sowjetische Gegner nicht mehr zu größeren Offensivhandlungen fähig, und sein Widerstand würde allmählich erlahmen.⁴⁰ Bald darauf erlebte Fritzsche, daß seine Prognose voreilig gewesen war. Schon der Vormarsch durch die Steppe war strapaziös. Während die Russen sich weiträumig zurückzogen, hinterließen sie den deutschen Truppen eine unbenutzbare Infrastruktur. Verharmlosend schilderte Kriegsberichterstatter Fritzsche, wie die vorrückende Armee ihre mitgeführte Verpflegung aus dem Land „ergänzte“, soweit das überhaupt möglich war.⁴¹

Neben der unzureichenden Versorgung mit Essen führte vor allem der Mangel an Wasser und dessen schlechte Qualität bei vielen Soldaten zu Gelbsucht, Typhus und Ruhr, der sogenannten russischen Krankheit, welche weder den Oberkommandierenden Paulus noch Fritzsche verschonte.⁴² Mitte Juli fragte Fritzsche nach Informationen des SD an, wann er nach Berlin zurückkehren solle. Goebbels habe ihm darauf bedeutet, er könne dies erst Ende September tun, weil ihm sonst die gegnerische Propaganda vorwerfen könne, bei den entscheidenden Kämpfen nicht dabei gewesen zu sein.⁴³ Somit mußte Fritzsche notgedrungen abwarten, bis mit der Einnahme von Stalingrad das entscheidende Ziel dieser Offensive errungen sein sollte.

Anfang August 1942, bei Temperaturen um die 40 bis 50 °C, wurde ein sowjetischer Kessel bei Kalatsch unter schweren Verlusten auf beiden Seiten zerschlagen. In seinen Berichten entwarf Fritzsche das Bild einer sowjetischen Kriegsführung, die mit striktesten Befehlen und bedenkenlosem Einsatz massierter Kräfte nun bereits ihre Offiziersschüler für den hinhaltenden Widerstand opferte. Den zähen sowjetischen Widerstand erklärte er natürlich nicht mit dem mörderischen Schicksal, das die sowjetischen Kriegsgefangenen auf deutscher Seite erwartete, sondern als ein „bolschewistisches“ Phänomen: „Genau so, wie das Sowjetsystem einst den seelenlosen Maschinenarbeiter, den Stachanow-Roboter erzeugte, schafft es jetzt den selbst auf verlorenem Posten verbissen um sich schießenden Sowjetar-

³⁸ „Nach der Schlacht“, *Neue Leipziger Tageszeitung* vom 18. 7. 1942, BA R 55/529, Bl. 13f.

³⁹ Brief Sänger an Sethe (*FZ*) vom 21. 10. 1942 mit Bezug auf Pressekonferenzen vom 20. und 21. 10. 1942, BAK Zsg. 102 bzw. BAK N 1261/100.

⁴⁰ Goebbels, Tagebücher II, Bd. 4, S. 634 (Eintrag vom 28. 6. 1942).

⁴¹ „Das neue Land“, *VB* vom 21. 7. 1942; etwas andere Textversion in *NS-Kurier* (Stuttgart) vom 22. 7. 1942, BA R 55/529, Bl. 14f.

⁴² Fritzsche an [Lutz?] Koch, 3. 4. 1943, BA R 55/535, Bl. 87.

⁴³ Ungezeichneter Aktenvermerk vom 31. 7. 1942, BA NS 19/3851, Bl. 6f.

misten.⁴⁴ Ende August näherte sich der deutsche Vormarsch unter seinen bisher schwersten Verlusten Stalingrad, einer Stadt, die sich 50 Kilometer an der Wolga entlangzog. Nachdem am 4. September Panzer in die südlichen und am 9. September in die nördlichen Vororte der Stadt eingerückt waren, mußte sich die Rote Armee am 12. September auf den inneren Verteidigungsgürtel entlang der Stadtgrenze zurückziehen. Tags darauf begann der deutsche Angriff auf das Stadtzentrum.

Am 15. September befand sich mit dem Hauptbahnhof der nördliche Teil der Stadt in den Händen der Achsenstreitkräfte.⁴⁵ In dieser Situation, wo täglich mit dem Fall der Stadt gerechnet werden konnte, verließ Fritzsche endgültig den Gefechtsstand seiner Einheit und kehrte nach Berlin zurück, um dort zunächst seine Arbeit als Leiter der Abteilung Deutsche Presse wieder aufzunehmen. Schon am 17. September hielt er vor der Presse einen Vortrag über die Lage in Stalingrad. Darin führte er aus, die vollkommene Eroberung der Stadt könne nur noch eine Frage von Tagen sein. In der Truppe sei die Stimmung ausgezeichnet, auch seien die Verluste sowohl an Menschen wie an Material sehr gering.⁴⁶

Vor diesem Hintergrund antwortete General Jaenecke im Oktober 1942 auf die von Fritzsche erhaltenen Briefe, dieser habe ihm mit der aufs Eis gelegten Siegesbotschaft schon immer leid getan; wenn er aber die schweren Kämpfe um Stalingrad erlebt hätte, würde er verstehen, „warum die Dinge so furchtbar schwer und blutig sind“. Sein eigener Befehlsstand sei am 18. September beinahe von sowjetischen Einheiten überrannt worden. „Die weiteren Kämpfe hier vor Stalingrad und besonders das Halten von Barrikady sind bestimmt das Schwerste, was die Division bisher mitgemacht hat.“⁴⁷

Ungefähr zur gleichen Zeit, als General Jaenecke beinahe seinen Befehlsstand einbüßte, erstattete Fritzsche seinem Minister Rapport und schilderte die Lage bei Stalingrad erneut als fast entschieden, was bei Goebbels auf eine gewisse Skepsis stieß.⁴⁸ In einer anderen Hinsicht aber war Goebbels fest entschlossen. Fritzsche sollte nach einigen Wochen in der Presseabteilung in die Rundfunkabteilung versetzt werden. Seine Aufgabe als Leiter dieser Abteilung sollte sein, den politisch-propagandistischen Bereich „neu [zu] organisieren und auf eine feste politische Basis“ zu stellen. Durch eine „scheinbare Sachlichkeit“ der Nachrichtenführung sollte die vielfache Kritik an deren unsachlichem Vorgehen entschärft werden. Goebbels war überzeugt davon, daß Fritzsche „eine einheitliche, klare und überzeugende Linie gewährleistet. Ich gebe Fritzsche Bedenkzeit, ob er diesen Posten übernehmen will, aber er greift gleich mit beiden Händen zu. Damit entziehe ich ihn den ewigen personellen Streitigkeiten in der Presseabteilung, an denen er sich doch auf die Dauer vollkommen verbrauchen würde.“⁴⁹

Im August 1942 hatte Hitler durch eine Verfügung die Kontrahenten Dietrich und Goebbels dazu gezwungen, ihre Zuständigkeiten voneinander klarer abzugrenzen. Da Fritzsche als Goebbels-Vertrauter gegolten hatte, wurde mit seiner Entfernung vom Posten des Leiters der Inlandspresse eine Konfliktquelle beseitigt. Seine Nachfolge trat Erich Fischer

⁴⁴ „Der Gegner“, *Berliner Börsen-Zeitung* vom 5. 9. 1942, BA R 55/529, Bl. 28.

⁴⁵ Ordre de Bataille de l'ex-Wehrmacht 6ème Armée 1939–1945, BA-MA RH 20-6, 939.

⁴⁶ Goebbels, Tagebücher II, Bd. 5, S. 521 (Eintrag vom 18. 9. 1942).

⁴⁷ Jaenecke an Fritzsche, 22. 10. 1942, BA R 55/535, Bl. 19.

⁴⁸ Nach dem Kriege stellte sich Fritzsche in einer Vernehmung als Skeptiker dar, dessen Vorsicht Goebbels resigniert beipflichtete, als er sich bei ihm aus Stalingrad zurückmeldete. Die von Goebbels festgehaltene Version dürfte der Wahrheit mehr entsprechen. Vgl. Vernehmung Fritzsche, 13. 11. 1947 (Staatsarchiv Nürnberg).

⁴⁹ Goebbels, Tagebücher II, Bd. 5, S. 539 (Eintrag vom 20. 9. 1942).

an, ein ehemaliger Mitarbeiter Dietrichs. Nach Fritzsches eigener Darstellung hatte ihn Goebbels gerade deswegen von der Ostfront zurück nach Berlin beordert, weil er ihn mit der politischen Leitung des deutschen Rundfunks betrauen wollte, und ihm dabei die Perspektive eröffnet, einen „glaubwürdigen“ Rundfunk machen zu können.

In Wirklichkeit war Fritzsche nach Berlin zurückgekehrt, ohne von einer bevorstehenden Veränderung seiner Aufgaben informiert worden zu sein.⁵⁰ Aber bereits eine Woche nach dem von Goebbels ausgesprochenen Angebot legte er seinem Minister die angeforderten Vorschläge für den Umbau der Nachrichtenpolitik vor, mit denen er genau dessen Ton traf.⁵¹ Auch die weiteren Vorarbeiten bestärkten Goebbels in dem Vertrauen, das er in Fritzsche gesetzt hatte. „Wir werden über alle einschlägigen Fragen einig [...]. Ich bin der festen Meinung, daß es Fritzsche in kurzer Zeit gelingen wird, hier wieder Ordnung zu schaffen.“⁵² Nach dem Kriege rechtfertigte Fritzsche seine Entscheidung, dieses Angebot anzunehmen, außerdem mit der von ihm angeblich erbetenen Versicherung Goebbels', dieser Krieg werde nicht erst durch den totalen militärischen Sieg entschieden, sondern schon durch einen möglichen Ausgleich.⁵³

In der für seine spätere Apologetik typischen Unschärfe vermengte Fritzsche hier Gespräche aus der letzten Kriegsphase mit den Vorgängen des Herbstes 1942. Tatsächlich lockte mit der neuen Position der weitere Aufstieg im Apparat des RMVP, obwohl einige nicht-nationalsozialistische Journalisten gerade jetzt eine Chance für Fritzsche sahen, auf unproblematischem Wege einen Apparat zu verlassen, dem er scheinbar distanziert gegenüberstand. Aber neben seinem ausgeprägten Karrierebewußtsein mag in seinem „beherzten“ Zugreifen auch die Erinnerung an die Realität des Krieges mitgeschwungen haben, dem er gerade entronnen war.⁵⁴ Denn völlig unbeschadet kam Fritzsche nicht nach Berlin zurück. Jedenfalls schilderte er im Frühling 1943 seine Gesundheit „unter den Nachwirkungen der üblichen dummen Russenkrankheit“ als angegriffen.⁵⁵ Auch stellte er eine Siegesgewißheit zur Schau, die ihm nicht wirklich zu eigen war. Im September 1943 schrieb er einem ehemaligen Mitarbeiter als Antwort auf dessen skeptischen Brief: „Auch für uns gibt es manchmal Stunden der Sorge und solche des Zweifels. Aber in Kenntnis der Gesamtheit des Geschehens ist es jetzt für mich natürlich auch leichter, die grosse Zuversicht zu bewahren, als es vor einem Jahr war, wo ich den Weg von Charkow über Woronesch bis Stalingrad mitmachte.“⁵⁶

Nachdem Fritzsche seine Rundfunkkommentare wieder aufgenommen und einige Wochen wie gewohnt die Pressekonferenz geleitet hatte, wurde er – für Außenstehende überraschend – zum Beauftragten für die politisch-propagandistische Gestaltung des NS-Rund-

⁵⁰ Dies läßt sich z. B. erschließen aus der Antwort, die Generalleutnant Jaenecke auf Fritzsches Schreiben vom 28. 9. und 13. 10. 1942 gab: „Die Änderungen in Ihrer beruflichen Mission, wie Sie sie angeht, waren ja wohl nichts Überraschendes und können unter der heutigen Atmosphäre zu Hause wohl als normal bezeichnet werden, wenn der Vertreter versucht, den Chef aus dem Sattel zu heben.“ Jaenecke, Schreiben vom 22. 10. 1942, BA R 55/535, Bl. 20f. Anders dargestellt in: Hier spricht Hans Fritzsche, S. 220f.

⁵¹ Goebbels, Tagebücher II, Bd. 5, S. 580 und 584 (Einträge vom 17. und 28. 9. 1942), sowie Ministerkonferenz vom 27. 9. 1942, Boelcke (Hrsg.), Wollt Ihr den totalen Krieg, S. 285.

⁵² Goebbels, Tagebücher II, Bd. 6, S. 80 (Eintrag vom 6. 10. 1942).

⁵³ Aussage vom 26. 6. 1946, IMT, Bd. XVII, S. 157; Hier spricht Hans Fritzsche, S. 220f.

⁵⁴ Boelcke (Hrsg.), Wollt Ihr den totalen Krieg, S. 63; Alfred Gerigk, telegrafische Aussage im Berufungsverfahren, abgedruckt in „Epilog zu Fritzsche“, *Tagesspiegel* vom 29. 10. 1947, BAK N 1261/100.

⁵⁵ Fritzsche an [Lutz?] Koch, 3. 4. 1943, BA R 55/535, Bl. 87.

⁵⁶ BA R 55/536, Bl. 183.

funks ernannt. Auf der abendlichen Pressekonferenz des 3. November 1942 erschien Fritzsche mit seinem Nachfolger Fischer und mit seinem bisherigen Vorgesetzten, dem Reichspressechef Dietrich, welcher offiziell diesen Wechsel verkündete.⁵⁷ Goebbels gab die Ernennung Fritzsches mit folgenden programmatischen Sätzen bekannt: „Der Fortgang des Krieges verlangt einen noch stärkeren Einsatz des Rundfunks als Waffe der politisch-propagandistischen Kriegsführung. Der Rundfunk hat um seine Stellung als Gestalter der Volksmeinung und als Stimme der Nation in der großen Auseinandersetzung zu kämpfen. Ich berufe daher den Leiter DP, Ministerialdirektor Hans Fritzsche [...] zum Beauftragten für die politische Gestaltung des Großdeutschen Rundfunks [...]“.⁵⁸

Der Nachrichtenfachmann erklomm eine weitere Sprosse der Karriereleiter. Ein Jahr nach seiner Ernennung ließ sich Fritzsche zu Silvester 1943 vor seinen Mitarbeitern so vernehmen: „Ich habe das Ansehen des Rundfunks, das in einer gewissen Weise stark gelitten hatte, als Instrument und als Waffe doch wohl zu stärken vermocht.“⁵⁹ Es ist zu zeigen, mit welchen Mitteln ihm dies gelang.

1.2 Hans Fritzsche als Programmverantwortlicher – der Leiter der „Abteilung Rundfunk“

Die Rundfunkabteilung im RMVP

Führt man sich vor Augen, wann Fritzsche jeweils ein neues Aufgabenfeld zugewiesen bekam, erhält man eine recht genaue Vorstellung davon, welche Eigenschaften seine Vorgesetzten an ihm schätzten. Bei der „Telegraphen-Union“ hatte er seine Anstellung erlangt, als die politische Zusammensetzung des Mitarbeiterstabs durch deren Leitung verändert wurde. Auch die Führungsposition im Drahtlosen Dienst erhielt er, als dieser politisch und organisatorisch umgestaltet wurde. In die Presseabteilung trat er ein, als sich dort die Aufspaltung in eine Inlands- und in eine Auslandsabteilung vollzog. Nun erwartete Goebbels von ihm, als neuer Leiter der Rundfunkabteilung seine eigene Vorstellung einer flexiblen Nachrichtenpolitik umzusetzen und dem Rundfunk das Vertrauen der Hörer zurückzugewinnen.

Daß die Wahl Goebbels' auf ihn fiel, ist jedoch noch in anderer Hinsicht bezeichnend. Der Rundfunk verschloß sich als Medium noch viel stärker als die Presse einer vollständigen Vorabkontrolle. Die Wahrscheinlichkeit propagandistischer Fehler erhöhte sich mit der Schnelligkeit des Mediums erheblich. Aber offenbar hatten die für die propagandistische Ausrichtung Verantwortlichen genügend Vertrauen in ihre Rundfunkredakteure. So entschieden sie sich bei der Wahl zwischen kleineren Unstimmigkeiten und gelegentlichen Pannen auf der einen Seite, und einer lückenlosen Vorzensur der Sendebeiträge auf der anderen Seite dafür, den Rundfunk flexibel zu halten und ihm die Möglichkeit zu bewahren, schnell auf veränderte Lagen einzugehen.

Das NS-Regime versuchte vor diesem Hintergrund, Überzeugungstäter heranzuziehen und besonderen Wert auf Aktualität zu legen. Ebenso, wie Veränderungen kurzfristig eintreten und den Erfolg einer bestimmten Propagandakampagne in ihr Gegenteil verkehren konnten, mußte der Rundfunkbetrieb berücksichtigen, daß sein Ansehen und seine Inhalte

⁵⁷ Pressekonferenz vom 3. 11. 1942 (abends), IfZ MA-1341 (Zsg. 102), Rolle 8.

⁵⁸ Nachrichtenblatt des RMVP, Nr. 27/1942, BA R 55/20617.

⁵⁹ Rundfunk-Arbeitsbesprechung (RAB) vom 31. 12. 1943, Transkript im Tonarchiv des DRA.

nicht nur auf das Inland abzustellen waren, sondern auch die Wirkung im Ausland berücksichtigt und eingeplant werden mußte. Das gestaltete sich vor dem Hintergrund einer „polykratischen“ Verfügung über die propagandistischen Inhalte schwierig.

Diese Probleme waren Fritzsche aber aus seiner Arbeit in der Presseabteilung hinlänglich vertraut, und man schätzte seine ideologische Verlässlichkeit so hoch ein, daß ihm ein besonders sensibler Posten in der Medienführung übertragen wurde, den vorher nur überzeugte Nationalsozialisten wie Berndt und Diewerge innegehabt hatten. Die Rundfunkabteilung im RMVP (Abteilung III) hatte vor dem Krieg schrittweise die Programmverantwortung von der RRG übernommen. In seiner Verfügung vom 6. November 1939 hob Goebbels die Weisungsbefugnis der Abteilung III für Rundfunkangelegenheiten gegenüber der RRG hervor. Alle Angelegenheiten der politischen Führung wurden federführend von ihr betreut, und alle Weisungen an die RRG waren über sie weiterzuleiten.⁶⁰

Als Instrument dieser Kontrolle wurde im August 1939 die „Rundfunkkommandostelle“ eingerichtet. Der Leiter der Dienststelle betreute mit zwei Referenten die Nachrichten des DD, hielt die Verbindung zur RRG aufrecht, war berechtigt, auf Sende- oder Programmstörungen selbständig zu reagieren, und ordnete spezielle deutsche und fremdsprachige Sendungen in das Rundfunkprogramm ein. Ferner bearbeitete die Kommandostelle Anträge auf Übertragungen von Veranstaltungen sowie die politischen Auflagesendungen.⁶¹ Den direkten Zugriff auf die RRG übte Fritzsche selbst aus. Er konnte allerdings nicht mehr wie seine Vorgänger die nominelle Führung als Verwaltungsratsvorsitzender der RRG einnehmen, weil der Verwaltungsrat bereits 1941 aufgelöst worden war. Seine Anregung, ein vergleichbares Gremium neu zu schaffen, verhallte ohne Reaktion von Goebbels.⁶²

Eine solche Wiedereinführung hätte ohnehin nur symbolischen Charakter gehabt, denn die RRG war nunmehr eine durchführende Organisation von Programmen, deren Gestaltung von der Abteilung Rundfunk vorgegeben wurde. Auch der „Reichsintendant“ Heinrich Glasmeier wurde sukzessive zur bloßen Repräsentationsfigur degradiert. Große Bedeutung für diese Entwicklung hatte neben der erwähnten Verfügung vom November 1939 der im Oktober 1941 von Goebbels an Hans Hinkel vergebene Auftrag, den unterhaltenden Teil des Rundfunks neu und aufgelockert zu gestalten.⁶³ Mit einer von Goebbels erteilten „Anordnung zur Neugestaltung des Rundfunkprogramms“ vom 15. Februar 1942 wurde der Bereich der künstlerisch-unterhaltenden Programmgestaltung aus dem Ressort des „Leiters Rundfunk“ ausgegliedert und Hinkel in eigener Verantwortung übertragen.⁶⁴

Nun galt es, die verbliebene Abteilung entsprechend auf den Bereich der politischen Programmgestaltung zu konzentrieren. Hierfür setzte sich der stellvertretende Leiter der Rundfunkabteilung, Wolfgang Diewerge, ein, der seit dem Herbst 1941 deren faktische

⁶⁰ Nachrichtenblatt des RMVP, Nr. 26/39, 6. 12. 1939, BA R 55/20617, Bl. 253.

⁶¹ Geschäftsverteilungsplan des RMVP vom 1. 11. 1942, BA R 43 II/1150, Bl. 128; IMT, Bd. XXXII, S. 324.

⁶² Vgl. Fritzsche an Goebbels, 14. 4. 1943; Leiter Pers.-Abt. RMVP an Fritzsche, 10. 5. 1943; Fritzsche an Leiter Pers.-Abt., 14. 5. 1943; alle BA R 55/735, Bl. 16ff.

⁶³ Vgl. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 2, S. 119 (Eintrag vom 15. 10. 1941), und Bericht Hinkels an Goebbels vom 17. 10. 1941, BA R 55/1254, Bl. 12ff. Während Goebbels im Dezember 1941 Glasmeier noch für unverzichtbar hielt, nahm er im Februar 1942 den Standpunkt ein, die RRG mit Glasmeier an der Spitze solle für die Zukunft auf die Verwaltungsarbeit beschränkt werden. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 2, S. 572, und Bd. 3, S. 298 (Einträge vom 24. 12. 1941 und 13. 2. 1942).

⁶⁴ Hinkel an Goebbels, Entwurf zur Neugestaltung des Rundfunkprogramms vom 12. 2. 1942, BA R 55/1254, Bl. 38f., sowie Anordnung zur Neugestaltung des Rundfunkprogramms vom 15. 2. 1942, in: Nachrichtenblatt des RMVP, Nr. 6/1942, BA R 55/439, Bl. 16f.

Leitung übernommen hatte. Sein Anliegen war es, der neu zu strukturierenden „politischen“ Abteilung möglichst alle Arbeitsbereiche zuzuweisen, für deren politisch-propagandistische Ausrichtung sie zuständig war. Beim derzeitigen Zustand, so stellte Diewerge im Februar 1942 fest, erhalte die RRG als ausführendes Organ von verschiedenen Stellen widersprüchliche Anordnungen und werde dann noch für diese Widersprüche verantwortlich gemacht.⁶⁵

Für die Rundfunkabteilung beanspruchte Diewerge daher den Nachrichtendienst, die Sondermeldungen sowie die militärischen Programmteile, was gegenüber dem OKW nur schwer durchzusetzen war. Beim Nachrichtendienst und den Sondermeldungen bekam es Diewerge mit dem Drahtlosen Dienst und daher mit der Presseabteilung zu tun, unter deren Oberleitung der DD seit seiner Ausgliederung aus dem RMVP und der Aufnahme in die RRG im September 1939 stand.⁶⁶ Auch die Sondermeldungen verblieben bei der Presseabteilung und wurden von dieser im Sinne des Reichspressechefs mit einem Zeitvorteil an die Presse weitergeleitet. So achtete man darauf, daß der Vorsprung der Presse gegenüber dem schnelleren Medium Rundfunk erhalten blieb.⁶⁷ Dies konnte mitunter auch bei Sondermeldungen zu dem kontraproduktiven Effekt führen, daß die angeblich so aktuelle Meldung im Rundfunk schon vorher in den Aushängekästen der Zeitungen zu lesen war.⁶⁸

In der fortdauernden Bevorzugung der Presse machte sich der Einfluß von Reichspressechef Dietrich bemerkbar, der Presse und Nachrichtenpolitik als seine Herrschaftsdomäne betrachtete.⁶⁹ Er sah sich wiederholt dazu veranlaßt, herauszustellen, daß der DD sich nur des Nachrichtenmaterials bedienen sollte, das auch der Presse zugänglich war, um Diskrepanzen zu vermeiden.⁷⁰ Dagegen hatte Goebbels im Mai 1941 die Erlaubnis durchgesetzt, „daß alle Dinge, die im Rundfunk besprochen worden sind, auch von der Tagespresse aufgegriffen werden können. Ein bisher unerträglicher Zustand hat damit sein Ende gefunden. Fritzsche verkündete dies ausdrücklich [auf der Abendkonferenz vom 9. Mai 1941]; die Erlaubnis bezieht sich sowohl auf Meldungen wie auf Vorträge usw.“⁷¹ Auf diese Weise hatte Goebbels das von Dietrich bewachte Nachrichtenmonopol des DNB untergraben wollen.

Dem am 26. Februar 1942 offiziell zum Leiter der Rundfunkabteilung ernannten Diewerge wurde die „Gesamtverantwortung für die politisch-propagandistischen Sendungen des Großdeutschen Rundfunks“ übertragen und damit der geänderte Zuschnitt seines Ressorts bestätigt. Nominell blieb der Vertretungsanspruch der „Abteilung Rundfunk“ für das gesamte Arbeitsgebiet aber erhalten.⁷² „Reichsintendant“ Glasmeier, der gegen die Umorga-

⁶⁵ Diewerge an Goebbels, 14. 2. 1942 (Entwurf), DRA/SAM RMVP 114.

⁶⁶ Boelcke (Hrsg.), *Kriegspropaganda*, S. 161.

⁶⁷ Pohle, *Rundfunk*, S. 239ff. Dort wird auf S. 240 das Beispiel des Wehrmachtberichts angeführt, der in der Regel um 11 Uhr bereits vorlag, allerdings in der Wiedergabe durch den Rundfunk vom 12.30-Nachrichtendienst auf den 14-Uhr-Nachrichtendienst verlegt wurde. Pohle zitiert außerdem eine Dissertation über den Landfunk aus dem Jahre 1942, in der ihr Autor, Alfred Hermann, feststellt: „Es mag sein, daß angenommen werden kann, der Rundfunk würde bei der vorgeschlagenen technisch möglichen sehr schnellen Übermittlung von Nachrichten der Presse gegenüber zu stark in Vorteil kommen.“

⁶⁸ Fritzsche an Fischer (Leiter DP), 3. 5. 1943, BA R 55/535, Bl. 105.

⁶⁹ Vgl. Notiz Rühle (AA) vom 8. 1. 1942 über ein Gespräch mit Dietrich, in welchem er „seinen ihm vom Führer übertragenen generellen Anspruch auf die Nachrichtenpolitik“ unterstrich, abgedruckt bei Schnabel, *Mikrofone*, S. 27.

⁷⁰ So z. B. noch in dem [unsignierten] Entwurf von Richtlinien für den DD vom 24. 8. 1944, BA R 55/1254, Bl. 12.

⁷¹ Abendkonferenz vom 9. 5. 1941, zit. bei J. Hagemann, *Presselenkung*, S. 93.

⁷² Verordnung vom 26. 2. 1942, BA R 78/1000a.

nisation eingestellt war, erhielt ein Arbeitsstatut, mit dem ihm jede Kompetenz in der Programmgestaltung genommen wurde, und Hinkel versäumte die Gelegenheit nicht, den Mitgliedern seiner Konferenz dieses Statut in seinen Auswirkungen bekanntzugeben.⁷³ Das Nachrichtenproblem blieb jedoch ungelöst, da der Drahtlose Dienst weiterhin zwei Herren, Goebbels und Dietrich, unterstellt blieb.⁷⁴ Mit der Ernennung Fritzsche, des langjährigen Leiters des DD zum Leiter der Abteilung Rundfunk beabsichtigte Goebbels aber, den Rundfunknachrichtendienst wieder stärker in seinen eigenen Lenkungsbereich einzugliedern.

Als Fritzsche diese Aufgabe übernahm, erhöhte er das Gewicht seiner Position durch eine organisatorische Vereinfachung. Vorher hatten nur zwei der insgesamt fünf mit der Umstrukturierung im Februar 1942 gebildeten Abteilungen direkt dem Leiter Rundfunk unterstanden, drei weitere waren direkt dem Leiter der Kommandostelle beigeordnet. Fritzsche, der sich immer lästiger Nebenregierungen entledigen wollte, übernahm jetzt die Leitung aller Abteilungen.

Direkt unter Fritzsche wirkte der „Chef vom Dienst“, der als Programmleiter bezeichnet wurde und dessen Arbeitsbereich offenbar in dem Maße wuchs, wie die Kompetenzen der Rundfunkkommandostelle beschnitten wurden. Anhand der Weisungen von Goebbels, die Fritzsche und Hinkel an die ihnen jeweils unterstehenden Gruppenleiter weitergaben, gestalteten diese die Sendungen ihres Zuständigkeitsbereiches. War deren Konzept entwickelt bzw. der Fahrplan der einzelnen Sendung entworfen, hatten sie diese Materialien zur Begutachtung Hinkel bzw. Fritzsche vorzulegen; in besonders wichtigen Sendeplanungen waren sie zur abschließenden Beurteilung an Goebbels selbst weiterzureichen. Wichtige politische Vorträge „bestandpunktete“ Fritzsche selbst.⁷⁵ Weisungen der Tagespolitik sowie Kritik des laufenden Sendebetriebs wurden auf den Programmkonferenzen erteilt, die im Bereich Hinkels wöchentlich, bei Fritzsche als „Arbeitsbesprechung“ täglich stattfanden.

Diese sachbezogene Gliederung entsprach dem gewünschten „Führerprinzip“. Ebenso stellte sie sicher, daß innerhalb der einzelnen Ressorts eigenverantwortlich gearbeitet werden konnte, wie es sowohl dem Führungsverständnis von Goebbels als auch dem von Fritzsche favorisierten Arbeitsprinzip entsprach. Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn man diese Struktur vergleicht etwa mit der Organisation im Amt IV (Gegnerforschung und -bekämpfung) des Sicherheitsdienstes der SS. Dort war das ganze System auf den Leiter der Abteilung zugeschnitten, und alle Informations-, Kommunikations- und Entscheidungswege liefen über ihn.⁷⁶

Innerhalb der Rundfunkabteilung stellten dagegen die regelmäßigen Abstimmungskonferenzen und Arbeitsbesprechungen sicher, daß Informationen gleichmäßig verteilt wurden. Diese Konferenzen waren ein wichtiger Bestandteil der Neustrukturierung der Rundfunkabteilung. Hinkel zog mit seiner Umgestaltung des Unterhaltungssektors auch hier voran. Nach seiner offiziellen Verpflichtung als Leiter dieses Sektors nahm er wöchentliche Sitzungen auf, die intern als „Hinkel-Sitzungen“ und im Protokoll als „Rundfunk-Konferenzen“ bezeichnet wurden. Auf ihnen wurde das Programm des Rundfunks innerhalb der „künstlerisch-unterhaltenden“ Sparte festgelegt. Die betreffenden Gruppenleiter nahmen

⁷³ Diewerge an Goebbels, 8.5.1942, BA R 55/230, Bl. 45. Protokoll der Rundfunk-Konferenz vom 1. 7. 1942, BA R 55/696, Bl. 34.

⁷⁴ Erlaß Goebbels vom 21. 4. 1941, Abschrift „an alle Abteilungen im Hause“, BA R 55/1024, Bl. 129.

⁷⁵ Vernehmung Fritzsche, 16. 7. 1948, StAM SpK 475, Heft XXV.

⁷⁶ Vgl. Paul, Verwaltung, S. 63.

ebenso daran teil wie ab Juli 1943 ein Vertreter der Soldatensender.⁷⁷ Daneben fanden tägliche Redaktionskonferenzen statt, „an der die Gruppenleiter den Sendetag betreffende Vorschläge und Anregungen geben. In diesen Programmredaktionsbesprechungen wird aber auch eine Planung auf weite Sicht, auf zwei bis drei Wochen im voraus, vorgenommen“, so Hinkel in einem Interview vom März 1942.⁷⁸

Die Vorgaben erfolgten zum Teil sehr detailliert. So war „Frühling“ im März 1942 ein Tabubegriff, um keine Erwartungen hinsichtlich einer Frühlingsoffensive zu wecken. „Ausschließlich auf den ‚Frühling‘ abgestimmte Sendungen sollen vorerst nicht gebracht werden.“⁷⁹ – „Wie Min.Dir. Hinkel sodann mitteilt, sind bis zum 1. Mai 1942 keinerlei Frühlingssendungen, ganz gleich welcher Art, zu bringen.“⁸⁰ Die Verwendung des Musikstücks „Mir hat heut träumt es gibt kein Wein mehr“ kommentierte Hinkel lakonisch mit „Der Traum ist längst Wirklichkeit! Besser Wegzulassen!“⁸¹ Mitunter geriet es zum Balanceakt, die Zielsetzung eines Entspannungsrundfunks mit der Absicht zu vereinen, die karge Freizeit der Radiohörer nicht zu „friedlich“ werden zu lassen. „Die Sprecher sind anzuweisen, daß – wie kürzlich geschehen – keine ‚Spaziergänge‘, kein ‚Mittagessen‘, kein ‚schönes Wetter‘, kein ‚Dienstschluß‘ oder ähnliches angesagt wird. Die Intendanten der Reichssender und ihre Vertreter sind entsprechend zu unterrichten.“⁸²

Diewerge zog für den politischen Sektor tägliche Arbeitsbesprechungen mit den einzelnen Hauptreferenten vor. Dieses Verfahren fand Goebbels' Zustimmung und wurde in den folgenden Jahren beibehalten.⁸³ Diese vom Leiter der Rundfunkabteilung bzw. seinem Stellvertreter oder auch einem anderen Gruppenleiter abgehaltenen Besprechungen dienten in erster Linie der Ausgabe von Weisungen sowie der Koordination innerhalb der Programmgruppen.⁸⁴

Dies läßt sich auch für die von Fritzsche oder seinem Stellvertreter Scharping im Pompejanischen Saal des RMVP abgehaltenen,⁸⁵ zum Teil als Tonbandmitschnitte überlieferten „Rundfunkarbeitsbesprechungen“ (RAB) bestätigen. Die auf der Ministerkonferenz gegebenen Weisungen wurden vorher mit der „Tagesparole des Reichspressechefs“ zu einer „Rundfunkparole“ zusammengefaßt und nach der von Goebbels erteilten Zustimmung auf der Besprechung mitgeteilt.⁸⁶ Die „Rundfunkparole“ wurde außerdem über Fern-

⁷⁷ Vgl. Rundfunkkonferenz vom 16. 2. 1942 und 8. 7. 1943, BA R 55/695, Bl. 15, und R 55/696, Bl. 162; außerdem Diller, Rundfunkpolitik, S. 153f.

⁷⁸ „Der Rundfunk im Volk“, *Völkischer Beobachter* vom 12. 3. 1942.

⁷⁹ Rundfunkkonferenz vom 18. 3. 1942, BA R 55/695, Bl. 106.

⁸⁰ Rundfunkkonferenz vom 25. 3. 1942, BA R 55/695, Bl. 114.

⁸¹ Rundfunkkonferenz vom 1. 7. 1942, BA R 55/696, Bl. 36.

⁸² Rundfunkkonferenz vom 29. 4. 1942, BA R 55/695, Bl. 142.

⁸³ Diewerge an Goebbels, 10. 2. 1942, DRA/SAM RMVP 56; Vermerk auf Schreiben Diewerge an Goebbels, 15. 3. 1942, DRA/SAM RMVP 114.

⁸⁴ Protokoll der Arbeitsbesprechung (politischer Sektor) vom 16. 5. 1942, DRA/SAM RMVP 65. Weitere Protokolle aus der Diewerge-Zeit sind nicht erhalten. Vgl. auch Zusammenfassung für Tiebeler (RPL), 16. 6. 1942, BA NS 18/337, o. Pg.

⁸⁵ Vgl. Notiz vom 3. 2. 1944, nach der die Pressekonferenz ab sofort im „Gymnastiksaal“ stattfindet, BA R 55/20011, Bl. 281.

⁸⁶ Dietze nannte 1946 die folgenden regelmäßigen Mitwirkenden an der Abfassung der „Rundfunkparole“: Fritzsche sowie sein Stellvertreter Scharping, der Leiter der Auslandsabteilung des RMVP, der Leiter der Auslandsdirektion der RRG sowie der Leiter der Rundfunkabteilung des AA. Zit. bei Bergmeier/Lotz, *Airwaves*, S. 28. Angeblich habe Goebbels ab Ende 1943 diese Parole im Wortlaut vorgegeschrieben. Fritzsche, E. E., 7. 1. 1946, IMT, Bd. XXXII, S. 326. Erst gegen Kriegsende konnte es vorkommen, daß die Rundfunkparole Goebbels nicht vorgelegt worden war, vgl. RAB vom 10. 3. 1945, DRA.

schreiber den Reichspropagandaämtern täglich zur eigenen Verwertung übermittelt, ergänzt durch Erläuterungen, die ein Protokollant auf Grund der von Fritzsche auf der jeweiligen Besprechung gemachten Ausführungen verfaßte.⁸⁷

Um den Kreis über die Anwesenden hinaus zu erweitern, führte Fritzsche eine Ringschaltung über Kabel ein, an das die Redaktionen der Reichssender, Kurzwellensender und der „Deutschen Europasender“ angeschlossen waren, was eine schnelle und umfassende Ausgabe der Anweisungen ermöglichte. Nicht beteiligt war der Unterhaltungssektor.⁸⁸ Zeitgleich gab der Leiter der Auslandsdirektion der RRG, Winkelkemper, in seiner eigenen Abteilungskonferenz im Funkhaus Masurenallee seine eigene Darlegung der gegebenen propagandistischen Aufträge oder ließ sie von seinem Stellvertreter vortragen. Daraufhin entwickelte sich dort oft eine lebhaft und offene Diskussion, deren Ergebnisse zwar protokollarisch erfaßt wurden, wofür aber eine gewisse Bearbeitung notwendig war.⁸⁹

Auch bei Fritzsche scheint, diesen Eindruck vermitteln die Tondokumente, der Stil der Arbeitsbesprechungen aufgelockert gewesen zu sein. Die Art, in der er diese Besprechungen leitete, verwies auf seine langjährigen Erfahrungen in der Pressekonferenz und ihrer „Nachbörse“. Wie er es dort unternommen hatte, sortierte und kommentierte er auch hier das vorliegende Material für die weitere Bearbeitung. Nachdem er die Rundfunk-Tagesparole zum Mitschreiben vortrug,⁹⁰ gab er weitere Material- und Interpretationshinweise sowohl zu den Punkten der Tages- bzw. Rundfunkparole wie zu anderen aktuellen Themen. Dazwischen kamen auch die Mitarbeiter zu Wort, die Weisungen und Wünsche anderer Behörden vortrugen, aber auch eigene Ideen einbrachten.⁹¹

Fritzsche gab Anregungen und Wünsche an andere Ressorts bzw. deren Vertreter weiter⁹² und forderte Material und Vorschläge von den Mitarbeitern an.⁹³ Mitunter wurden auch kurzfristig umzusetzende Weisungen für den Sendebetrieb des Tages erteilt.⁹⁴ Am Ende der zwischen 20 und 50 Minuten – zum Kriegsende hin eher 15 Minuten – dauernden Arbeitsbesprechung erörterte man allgemeine Probleme des Programmablaufs sowie weitere Sen-

⁸⁷ Fritzsche, E. E., 7. I. 1946, IMT, Bd. XXXII, S. 326. Erhaltene Fernschreiben mit der „Rundfunkparole“ aus dem Jahre 1944 vgl. BA R 55/736.

⁸⁸ So bei: Wortschlacht, S. 85, und Boelcke, Macht, S. 295, die beide von einer „Konferenzschaltung“ sprechen, in welcher Fritzsche die Weisungen der Ministerkonferenz an seine Mitarbeiter weitergab. Vgl. hierzu auch die erhaltenen Mitschnitte der Rundfunkarbeitsbesprechungen, die mitunter durch Fritzsches „Wir schalten jetzt ab“ beendet wurden, z. B. RAB vom 3. 3. 1945, DRA.

⁸⁹ Darstellung von Dietze, in: Bergmeier/Lotz, Airwaves, S. 29

⁹⁰ Die Parole war von den Anwesenden mitzuschreiben und wurde auch von den über Telefonleitung verbundenen Stellen schriftlich fixiert; vgl. die RAB vom 13. 11. 1943 und Darstellung von Dietze, in: Bergmeier/Lotz, Airwaves, S. 28.

⁹¹ Beispielsweise äußerte ein Mitarbeiter der RRG-Auslandsdirektion „[...] auf Wunsch des Auswärtigen Amtes nun noch ein paar Sperrungen und Warnungen“, RAB vom 4. 11. 1943, DRA. „Dann bleibt noch der Vorgang in Argentinien gesperrt.“ RAB vom 8. 11. 1943, DRA.

⁹² Beispiele: „Das OKW bitte ich dann, hier diese Meldung nach Möglichkeit mit einer Erwiderung zu versehen.“ RAB vom 11. 11. 1943, ebenso an die Adresse des OKW gerichtet in der RAB vom 17. 11. 1943: „Wir würden also allergrößten Wert darauf legen, wenn das in einer der Zusatzmeldungen mitgesagt werden könnte.“ Beide DRA.

⁹³ In der RAB vom 17. 11. 1943 forderte Fritzsche eine Gegenüberstellung von Atlantik-Charta und Moskauer Konferenz-Ergebnis an, die einmal miteinander verglichen werden müßten – was er offenbar selbst zu tun gedachte und dafür das Material „bis morgen früh um 9“ auf dem Schreibtisch haben wollte. DRA.

⁹⁴ So schlug Scharping als Vertreter von Fritzsche vor, zum Jubiläum des Hitlerputsches 1923 Passagen aus einem Buch von Hinkel vortragen zu lassen. „Das möchte ich doch gerne, daß das heute im ‚Zeitspiegel‘ kommt.“ RAB vom 8. 11. 1943, DRA.

devorschläge aus dem Kreis der Mitarbeiter. Insgesamt hielten sich die Beiträge der Mitarbeiter in engen Grenzen. Sie reagierten zumeist auf Anfragen Fritzsches. In der Arbeitssitzung vom 5. Juli 1944 erklärte er laut Protokoll: „Es wäre sehr schön, wenn auch Sie Arbeitsthemen mitbrächten.“⁹⁵

Generell war der von ihm angeschlagene Ton für die Zeitumstände ungewöhnlich verbindlich. Auch direkte Ge- und Verbote formulierte er zumeist als höfliche Bitte: „[...] wir wollen das aber bitte nicht behandeln. [...] Ich möchte auch vor diesem Material warnen [...]. Dann nur zur Information und nicht zur Verwertung, aber man muß es mal gelesen haben [...]“.⁹⁶ Seine Vorgehensweise zeichnete sich dadurch aus, daß er zumindest versuchte, Verbote zu begründen. Dies konnte bei einer gesperrten Information erfolgen, indem er auf die Folgen verwies, die ihre Verwendung nach sich ziehen könne. Die Erklärung konnte sich aber genauso gut auf den Satz beschränken: „Wir wollen uns damit nicht beschäftigen“.⁹⁷ Mitunter genügte auch der Hinweis darauf, in welchem Ton eine Anweisung von oben formuliert war: „Sie sehen, das ist eine ganz apodiktische Sprache.“⁹⁸ Das war eine Sprache, die sich ihm immer wieder entzog, so daß er beispielsweise in der RAB vom 20. Dezember 1943 die von ihm vertretene Gewißheit, daß die militärische Lage für Deutschland befriedigend sei, mit lauter „Irgendwies“ unterlief und am Ende nur eine „etwas ermutigende Betrachtungsweise“ herauskam.

Ganz anders war die Atmosphäre, wenn Fritzsches Stellvertreter Karl Scharping die Besprechungen leitete. In einem wesentlich bestimmteren Tonfall als Fritzsche gab dieser Weisungen nicht als guten Rat weiter, sondern verteilte Arbeitsverpflichtungen. Die Weisungen boten ihm Anlaß zu ausführlichen Kommentierungen, die die eigene Umsetzung der Mitarbeiter viel stärker vorformten, als dies bei Fritzsche der Fall war. Scharping bemühte sich offensichtlich, sich stets als kompromißloser Propagandist zu profilieren.⁹⁹ Kritik an Pannen und Fehleinschätzungen wurde schonungslos geübt, bis hin zu der Feststellung, eine bestimmte Sendung sei „das Jämmerlichste [gewesen], was auf Gottes Erdboden existiert hat“. Fritzsche hingegen reagierte einmal auf eine Panne, bei der die angekündigte Reportage über eine von ihm gehaltene Rede nach ihrer Ansage ausblieb, mit amüsierter Verwunderung, die die Versammelten mit Gelächter begleiteten.¹⁰⁰ Bei ähnlichen Vorkommnissen, die Würdenträger von Staat und Partei betrafen, drohten dagegen Gehaltskürzungen, Versetzungen und Entlassungen.

Die Konferenzen von Fritzsche und Hinkel standen in engem Zusammenhang. Bereits Diewerge nahm als Leiter Rundfunk mitunter an Hinkels Sitzungen teil, um Abstimmungen vorzunehmen, wie zum Beispiel für den musikalischen Rahmen von Wortsendungen, oder bei Wortbeiträgen, die, wie etwa die politische Hörscene, zum Grenzbereich zwischen beiden Rundfunkressorts gehörten.¹⁰¹ Diese Abstimmungen wurden nur gelegentlich im Rahmen von Konferenzen, meistens jedoch auf dem Dienstweg vorgenommen und erwiesen

⁹⁵ BA R 55/556, Bl. 10.

⁹⁶ RAB vom 27. 10. 1943, DRA.

⁹⁷ Zum Verbot der Auswertung einer Rede von Petain, RAB vom 16. 11. 1943, DRA.

⁹⁸ RAB vom 20. 11. 1943, DRA.

⁹⁹ „Dann ist aufgefallen, daß die Tonart unserer Kommentare in den Dingen, in denen wir wirklich aggressiv sein müssen, viel zu milde ist. Bitte also grundsätzlich darum, auch die Herren vom Lagebericht und die Kommentatoren, aber auch den drahtlosen Dienst: wir müssen darauf achten, daß wir mit einer größeren Schärfe hier vorgehen; im Kriegsjahr Fünf oder Sechs ist ja wohl ein schärferer Ton angebracht als im letzten Friedensjahr oder im ersten Kriegsjahr.“ Scharping auf der RAB vom 11. 11. 1943, DRA.

¹⁰⁰ RAB vom 12. 11. und 22. 11. 1943, DRA.

¹⁰¹ Rundfunkkonferenz vom 22. 4. 1942, BA R 55/695, Bl. 135f.

sich als notwendig angesichts der großen Zahl von Anweisungen und Verboten, die von übergeordneter Seite erlassen wurden, und die auch jede Abteilung für sich „entwickelte“. ¹⁰²

Bei einer „Hinkel-Konferenz“ wies Diewerge darauf hin, daß er als Leiter Rundfunk die amtlichen Rundfunkbelange gegenüber anderen Behörden vertrete und bat, „bei diesbezüglichen Verhandlungen mit Behörden auf jeden Fall die Rundfunk-Abteilung einzuschalten“. ¹⁰³ Sein Nachfolger Fritzsche nahm zum ersten Mal am 28. Oktober 1942 an Hinkels Programmkonferenz teil, also noch vor seiner offiziellen Ernennung. ¹⁰⁴

Sicher nicht ohne Hintersinn formulierte er bereits auf der Konferenz vom 2. Dezember 1942 seinen Wunsch, daß die beiden Sektoren der Programmplanung ineinandergreifen sollten. ¹⁰⁵ Auf seine Versuche, die Grenzen von Hinkels Autoritätsbereich zu verschieben, reagierte dieser empfindlich, so zum Beispiel bei propagandistischen Worteinblendungen im künstlerischen Programmsektor ohne vorherige Absprache. ¹⁰⁶ Beide erarbeiteten gemeinsame Programmvorschlge, wenn es der Anlaß erforderte. ¹⁰⁷ Erst nach Hinkels Wechsel in die Filmabteilung im Mai 1944 gelang es Fritzsche, auch die Führung des Unterhaltungssektors zu übernehmen. Dessen wöchentliche Konferenz wurde beibehalten und fand nun unter seiner Leitung statt. Allerdings tagten nun die Gruppenleiter der ehemals getrennten Sektoren, also die gesamte Rundfunkabteilung zusammen.

Soweit es in seiner Hand lag, bevorzugte Fritzsche einen kooperativen Arbeits- und Personalfhrungsstil. Die von ihm in anderen Positionen erzielten Erfolge rechtfertigten seine Methode. Im wesentlichen wurde dieses Binnenklima nur beeinträchtigt, wenn man von oben an Fritzsche Kritik herantrug. Er setzte sich durchaus an höherer Stelle für seine Mitarbeiter ein, solange für ihn dieses Engagement nicht problematisch wurde.

Das konnte geschehen, wenn Minister Goebbels persönlich Forderungen stellte, selbst wenn der zugrundeliegende Anlaß banal war. Im Herbst 1944 erregte ein bestimmtes Lied als Erkennungsmelodie der Musiksendung „Für jeden etwas“ in Hrerkreisen Anstoß wegen seiner angeblich sentimental-depressiven Note. Goebbels lehnte den Vorschlag einer Überarbeitung oder eines Ersatzes jedoch ab. ¹⁰⁸ Als der „Chef vom Dienst“ Schröter eine bereits vorbereitete Kurzversion dieses Liedes verwendete, nachdem die vorherige Sendung ihre Sendezeit überzogen hatte, ordnete Goebbels eine Untersuchung des Vorfalls an und stellte wegen mehrerer Vorfälle Fritzsche „sehr ernsthaft“ zur Rede. Seine Kritik richtete sich darauf, daß eine Reihe von Mitarbeitern versuchen würden, „wirkungsvollste Eckpfeiler unseres Rundfunkprogramms, die in ihrer gleichbleibenden Note beim Publikum ansprechen“, ¹⁰⁹ immer wieder zu verändern.

¹⁰² So beschwerte sich Hinkel in einem Brief an den Leiter Rundfunk vom 22.9.1942: „Wie ich den Parteigenossen Mller-Franken [Leiter der Gruppe Z in der Rundfunkabteilung] mündlich verschiedentlich bat, bitte ich dringendst darum, daß im ‚Zeitspiegel‘ sogenannte Künstler-Interviews, Besuche bei Truppenbetreuungsveranstaltungen (siehe ‚Berliner Soldatenbhne‘!) oder ähnliche Berichte vorher mit mir abgestimmt oder mir wenigstens als geplant gemeldet werden.“ BA R 56I/42, Bl. 268.

¹⁰³ Rundfunkkonferenz, o. D. (April/Mai 1942), BA R 55/695, S. 137.

¹⁰⁴ Rundfunkkonferenz vom 28. 10. 1942, BA R 55/696, Bl. 83. Die nächste Teilnahme Fritzsches ist belegt für den 2. 12. 1942, ebd., Bl. 96, sowie eine weitere für den 4. 3. 1943.

¹⁰⁵ Rundfunkkonferenz vom 2. 12. 1942, BA R 55/696, Bl. 96.

¹⁰⁶ Rundfunkkonferenz vom 4. 2. 1943, BA R 55/696, Bl. 114. Fritzsche und Hinkel trafen hierüber in kleinem Kreis eine Übereinkunft; Rundfunkkonferenz vom 11. 3. 1943, ebd., Bl. 128.

¹⁰⁷ Hinkel an Staatssekretär [Naumann], Schreiben vom 19. 11. 1943, BA R 55/20018, Bl. 202.

¹⁰⁸ Fritzsche an Goebbels, 7. 11. 1944, BA R 55/559, Bl. 333; RAB vom 31. 10. 1944, DRA.

¹⁰⁹ Goebbels, Tagebücher II, Bd. 14, S. 401 (Eintrag vom 12. 12. 1944). Vgl. auch Oven, Mit Goebbels bis zum Ende, Bd. II, S. 207.

Fritzsche versicherte seinem Minister, er habe dem Betreffenden erklärt, daß eine solche Panne „nur einmal hingenommen würde, und bei Wiederholung schwerste Folgen nach sich ziehen müßte“. Auf der Rundfunkkonferenz vom gleichen Tag erklärte er dann sichtlich verärgert, er denke nicht daran, in diesen Fällen die Schuldigen zu decken, sondern wolle rücksichtslos vorgehen.¹¹⁰ Zur gleichen Zeit aber erwirkte er einen Gnadenakt für den Leiter der Gruppe Zeitgeschehen, der die Verantwortung dafür übernehmen mußte, daß von zwei Reden des Staatssekretärs Herbert Backe die falsche gesendet wurde. Die von Goebbels verfügte Gehaltskürzung wurde zurückgenommen.¹¹¹

Ein anderes Problem, die Abgabe von Personal an die Wehrmacht, wirkte sich immer stärker aus, vor allem im Bereich der Programmproduktion und -technik. Noch im Januar 1944 waren rund 800 Mitarbeiter des Rundfunks als „unabkömmlich“ eingestuft worden. Angesichts einer erneuten Auskämmungsaktion des OKW vertraten alle betroffenen Abteilungsleiter des RMVP die Ansicht, daß kein weiterer Mitarbeiter mehr abgegeben werden könne, ohne den Betrieb in Frage zu stellen.¹¹² Um die Qualität der Rundfunkarbeit möglichst auf dem bisherigen Stand zu halten, setzten sich Fritzsche und Scharping mit sehr engagierten Schreiben für die Mitarbeiter der Abteilung Rundfunk ein und versuchten, möglichst vielen von ihnen die Aufhebung der „u.k.“-Stellung zu ersparen. Die ohnehin dünne Personaldecke ließ mittlerweile fast jeden bewährten Mitarbeiter unentbehrlich werden.

Um diesen Eindruck zu untermauern, hob Fritzsche die allgemeine Qualifikation des jeweiligen Betroffenen ebenso hervor wie dessen bisherige Verdienste.¹¹³ In einigen Schreiben wird deutlich, wie die Aufhebung der „Unabkömmlichkeit“ von anderer Seite als Mittel genutzt wurde, um Mitarbeiter für angebliche Leistungsmängel und Fehlverhalten zu bestrafen. Fritzsche trat dem mitunter recht offen entgegen.¹¹⁴ In anderen Fällen war er durchaus imstande, Mitarbeiter, die dem vorgeschriebenen Kurs zuwiderhandelten und dadurch den Unmut des Ministers auf sich zogen, zum Kriegsdienst freizugeben. Doch auch hier fällt bei einem Fall auf, daß die dafür erforderliche Aufhebung der u.k.-Stellung verschleppt wurde.¹¹⁵

¹¹⁰ Fritzsche an Goebbels, 13. 12. 1944, BA R 55/559, Bl. 471 ff.; Rundfunkkonferenz vom 13. 12. 1944, BA R 55/556, Bl. 118.

¹¹¹ Paul Gnuva, E. E., 12. 9. 1947, BAK N 1355/2; Fritzsche an Gnuva, 4. 11. 1944, BA R 55/230, Bl. 67; Fritzsche an Träder, ebd., Bl. 68; Fritzsche an Goebbels, 29. 12. 1944, ebd., Bl. 69. Goebbels hatte in seinem Tagebuch für den 25. 10. 1944 von einer Reihe peinlicher Pannen gesprochen, die er Fritzsche vorwarf, der ihm dafür versprach, „energisch durchzugreifen“. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 14, S. 102.

¹¹² Müller an Naumann, Januar 1944, BA R 55/20011, Bl. 199.

¹¹³ Über den bisherigen Leiter der Hauptgruppe Politik schrieb Fritzsche: „Menz ist nach Urteil aller Sachverständigen einer der tüchtigsten Funkfachleute überhaupt. Ein Verzicht auf seine Fähigkeiten würde wirklich einen Verlust für den Rundfunk bedeuten. Menz hat sich in den vergangenen zehn Jahren seiner Zugehörigkeit zum Zeitfunk nur auf diesem Gebiet übermäßig verausgabt. Ein Wechsel in seinem Wirkungskreis würde ihm erneut Auftrieb geben und dem Rundfunk sehr nützen.“ Fritzsche an StS Naumann, 27. 1. 1944, BA R 55/20011, Bl. 274 – Paraphe Naumann auf diesem Schreiben: „Ja, einverstanden!“ (vom 29. 1. 44).

¹¹⁴ So schrieb er am 20. 3. 1943 an den Leiter der Personalabteilung: „Aus einigen kürzlich von Ihnen gemachten Bemerkungen ging hervor, daß die Leistung und Fähigkeit von Dr. Schönicke von irgendeiner Stelle negativ beurteilt worden war. Es war die Rede von mangelndem Fleiß. Hierzu stelle ich fest, daß nach meiner Ansicht Herr Dr. Schönicke ein außerordentlich fleißiger Mitarbeiter ist, der darüber hinaus die seltene Fähigkeit besitzt, organisatorische, künstlerische und politische Aufgaben miteinander zu verbinden. Er ist als Person und in seiner Leistung unentbehrlich. Bei diesem Urteil befinde ich mich in Übereinstimmung mit Ministerialdirektor Hinkel.“ BA R 561/42, Bl. 46.

¹¹⁵ Auf eine Beschwerde von Goebbels ließ Fritzsche den betreffenden Gruppenleiter abberufen, ordnete dabei jedoch an, daß dessen Enthebung „nach außen nur in der Form einer Beurlaubung auf acht

Neben Fritzsche erledigte sein Stellvertreter Karl Scharping die meiste Lenkungsarbeit innerhalb der Rundfunkabteilung, die er schon wegen seiner bis Kriegsende ununterbrochenen Tätigkeit mitprägte. Scharping kam aus Pommern und hatte Geschichte, Philosophie und Pädagogik studiert. Nach seiner Promotion ging er 1931 in den Journalismus und wurde Redakteur, zunächst beim *Stettiner Generalanzeiger*, dann beim *Berliner Börsen-Kurier* sowie beim *Berliner Tageblatt* in den Jahren 1933/34. Dort galt er bereits als einer der wenigen von außen in die Redaktion eingeschleusten Nationalsozialisten.¹¹⁶ Nach eigener Auskunft hatte Scharping, der in seinem Auftreten und im Stil seiner Publizistik den überzeugten Nationalsozialisten hervorkehrte und beim *Berliner Tageblatt* eine NS-feindliche Grundstimmung beklagte, vor 1933 beim SPD-nahen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gearbeitet. Er behauptete später, deshalb „bis zum Herbst 1944 Schwierigkeiten durch die Partei und SD gehabt“ zu haben. Gegen seine 1934 erfolgte Entlassung aus dem *Berliner Tageblatt* waren allerdings sowohl das RMVP als auch die Reichspressekammer aufgetreten.¹¹⁷

Vom Grafen Ernst Reventlow, einem Alldutschen und frühen Parteigänger des Nationalsozialismus, übernahm er dann die Leitung der Zeitschrift *Reichswart*, die seit 1935/36 den Untertitel trug: „Nationalsozialistische Wochenschrift. Organ der Deutschen Glaubensbewegung“. Im Polenfeldzug wurde er nicht Soldat, wie er selbst behauptete,¹¹⁸ sondern zu einem Soldatenblatt in Lodz kriegsverpflichtet, von wo aus er im Dezember 1939 in die Presseabteilung der Regierung wechseln konnte.

Seine Berufung in das RMVP erfolgte auf Veranlassung Fritzsches, der Scharping bei einem Aufenthalt in Lodz kennengelernt hatte und ihn danach als Mitarbeiter in die Abteilung Presse (Inland) aufnahm, „obwohl Dr. Goebbels schriftlich verboten hatte, mich an Pressekonferenzen teilnehmen zu lassen und mir sogar untersagt war, das Propagandaministerium zu betreten“. Er sei der einzige gewesen, dem gegenüber sich Fritzsche „über heikle politische Fragen und über seinen Chef Goebbels offen auszusprechen pflegte“.¹¹⁹ Fritzsche sei, so Scharping 1947, der Umgang mit ihm ständig von der Personalabteilung des RMVP sowie der RPL vorgeworfen worden, weswegen er, Scharping, 1941 in die NSDAP eingetreten sei, um nicht aus dem RMVP ausscheiden zu müssen, wobei allerdings der Wahrheitsgehalt dieser Nachkriegsdarstellung Scharpings in Zweifel gezogen werden muß. Zutreffend ist hingegen, daß er zunächst die Betreuung der Presse übernahm und nach einem Jahr in die Referentengruppe des „Zimmers 24“ aufgenommen wurde.¹²⁰

Fritzsche hob Ende 1944 die Bedeutung Scharpings hervor, als dieser zur Wehrmacht eingezogen werden sollte. Er sei derzeit „der überhaupt einzige organisatorisch und politisch voll einsatzfähige Vertreter und Mitarbeiter“; nur ihm traue er das kritische Unterscheidungsvermögen zu, welches für die Vielzahl der von der Abteilung Rundfunk zu treffenden Entscheidungen notwendig sei.¹²¹ Am gleichen Tag, als Fritzsche sich mit diesen Worten gegen die Einberufung Scharpings wendete, sagte dieser auf telefonische Anfrage

Wochen in Erscheinung tritt“. Fritzsche an Goebbels, 15. 1. 1945, BA R 55/20010, Bl. 108ff.; Fritzsche an Plücker, 14. 1. 1945, ebd., Bl. 141.

¹¹⁶ Boveri, *Wir lügen alle*, S. 188.

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ Vgl. Scharping, Rundfunkvortrag vom 15. 2. 1943, BA R 55/520, Bl. 50.

¹¹⁹ Scharping, E. E., 17. 5. 1946, IMT, Bd. XL, S. 172f.; Scharping, Aussage BV Fritzsche vom 23. 9. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

¹²⁰ Scharping, E. E., 11. 12. 1947, IfZ ZS-1410.

¹²¹ Fritzsche an Goebbels, Schreiben vom 3. 11. 1944, BA R 55/558, Bl. 94ff.

der Kommandantur des KZ Sachsenhausen zu, vor dem dortigen Personal einen Vortrag über die militärisch-politische Lage zu halten.¹²²

Sowohl für Scharping als auch für Fritzsche gilt, daß unabhängig von ihrer früheren Überzeugung ihre ideologische Zuverlässigkeit über jeden Zweifel erhaben war. Schon früh hatten sich gerade die in den Apparat aufgenommenen früheren nicht-nationalsozialistischen Mitglieder als besonders willfährig, zuverlässig und ideologisch engagiert gezeigt. Die von Scharping nach dem Kriege geltend gemachten „Schwierigkeiten mit dem SD“ bezogen sich unter anderem auf einen Vorgang, bei dem er gegen den Verwaltungsdirektor des Städtischen Orchesters Berlin, Reinhold Scharnke, Anzeige wegen staatsfeindlicher Äußerungen erstattete. Als sich der SD eingeschaltet hatte und belegen konnte, daß Scharnke politisch zuverlässig sei und diese Anzeige nur Bestandteil einer vom künstlerischen Direktor des Orchesters beeinflussten Intrige war, beschwerte sich Scharping über die Unterdrückung seiner Anzeige, woraufhin der Fall an das RSHA übergeben wurde. Nur die intensive Einflußnahme des Leiters des SD-Leitabschnitts Berlin verhinderte eine Verurteilung Scharnkes.¹²³

Ab Herbst 1942 gab Scharping Rundfunkkommentare in einer eigenen Sendefolge, sowie außerdem häufig den „Bericht zur Lage“. In seinen Vorträgen artikuliert er die ideologischen Postulate des Nationalsozialismus deutlicher als Fritzsche und fiel zunehmend bei seinen Hörern damit auf, daß er die kritische Entwicklung des Kriegsverlaufs ausblendete.¹²⁴ Einer seiner thematischen Schwerpunkte war die Schaffung eines „Neuen Europa“ unter deutscher Führung, wobei er den Norweger Vidkun Quisling und seine „Nasjonal Samling“ als Vorbild für dieses „neue“ Europa vorführte und behauptete, nur wenige in den besetzten Gebieten würden sich dieser Neuordnung widersetzen.¹²⁵

In seinen Kommentaren benannte Scharping als Gegner Europas vor allem England, hinter dem aber der „jüdische Weltkapitalismus“ stünde.¹²⁶ Der Kontinent sei daher vor allem durch seinen Antisemitismus geeint und habe mit der europäischen Lösung der Judenfrage seine Selbstreinigung vorangetrieben. Allerdings – so führte er während der intensiven antisemitischen Kampagne des Frühlings 1943 aus – sei die Judenfrage als „Weltjudenfrage“ weiterhin aktuell und die hierfür nötige Wachsamkeit durch unablässige Propaganda aufrechtzuerhalten.¹²⁷ „Wo diese internationalen Juden Widerstand spüren, hassen sie mit aller ihrer satanischen Kraft. Wenn sie in die Lage dazu kämen, würden sie uns Europäern, die wir ihre Absicht durchkreuzen, mit größtem Vergnügen die Köpfe abschneiden.“¹²⁸

In seiner polemischen Weise machte Scharping auch klar, daß es für dissidentes Verhalten in Europa keinen Pardon geben werde. Nach der italienischen Kapitulation stellte er fest: „Wer nicht mit uns marschieren will, mag verschwinden, wohin er will. Wer nicht mit uns arbeitet, mag verhungern, wo es ihm paßt.“¹²⁹ Dies galt natürlich auch für das Inland.

¹²² Kommandantur KZ Sachsenhausen an Scharping, 3. 11. 1944, BAK Kl. Erw. 494, Bl. 50.

¹²³ H. J. Fischer, *Erinnerungen*, Teil I, S. 181f.

¹²⁴ „He was absurdly optimistic, so much so that irate listeners began to write him critical letters addressed to ‚Dr. Charlatan‘.“ Herzstein, *The War That Hitler Won*, S. 186.

¹²⁵ Scharping, Vortrag vom 28. 12. 1942, BA R 55/520, Bl. 31.

¹²⁶ Vortrag, undatiertes Typoskript, (vermutlich Dezember) 1942 zum 1. Jahrestag der Kriegserklärung Deutschlands an die USA, BA R 55/520, Bl. 12.

¹²⁷ Scharping, Vortrag vom 3. 5. 1943, sowie weiterer Vortrag vom 17. 5. 1943 unter dem Titel „Warum noch Judenfrage“, BA R 55/520, Bl. 136 und 148.

¹²⁸ Scharping, Vortrag vom 10. 5. 1943, BA R 55/520, Bl. 147.

¹²⁹ Scharping, Vortrag vom 20. 9. 1943, BA R 55/520, Bl. 259.

So begleitete er im November 1943 diejenige Welle von Todesurteilen gegen „defaitistische“ Elemente, welcher auch der von Werner Höfer als „ehrvergessen“ abqualifizierte Pianist Karlrobert Kreiten zum Opfer fiel, mit dieser Charakteristik der Betroffenen: „Bei ihnen handelt es sich um ein paar Dutzend Elemente, denen niemand bei uns eine Existenzberechtigung zubilligt. Sie störten die Heimatfront, deshalb verloren sie ihren Kopf.“¹³⁰

Scharping wollte sich mit seinen Kommentaren beim Hörer profilieren, tat dies mit ähnlichen Mitteln wie Fritzsche und stieß daher in diesem Punkt auf vergleichbare Kritik. Ein Abhörbericht vom April 1944 brachte es auf die kurze Formel: „Inhaltlich und formal = sachlich sehr gut, im Ton nur immer zu ironisch; greift sich in der Wirkung ab.“¹³¹ Scharpings Versuche, diesbezüglich Fritzsche zu übertrumpfen, konnten mitunter zu absurden Ergebnissen führen. So durften sich die Hörer im In- und Ausland am 13. September 1943 an diesem Bild erfreuen: „Das Bein, das die römische Plutokratie uns Deutschen stellen wollte, ist also mit mehr als verdreifachter Wucht als Ohrfeige auf sie selber zurückgefallen.“¹³²

Scharpings Vorträge wurden auch vom Dienst der Überseesender übernommen. Ausgenommen hiervon waren lediglich die Vorträge, die sich ganz bewußt und eindeutig nur an das innerdeutsche Publikum wendeten.¹³³ Von der „Gegenseite“ wurde er aufmerksam beobachtet und kommentiert, und ein BBC-Kommentar vom Juli 1944 bezeichnete ihn sogar als den wichtigsten politischen Sprecher im deutschen Rundfunk.¹³⁴ Diese Einschätzung kann allerdings weder durch das Echo in Deutschland noch das im ausländischen Rundfunk bestätigt werden.

Die bisherigen Ausführungen lassen den Eindruck entstehen, als habe Fritzsche die von der Abteilung Rundfunk zu verantwortenden Belange zuverlässig unter seiner Kontrolle gehabt. Doch räumte er selbst nach dem Krieg ein, daß es sich hier um einen nicht abgeschlossenen Prozeß handelte. „Auf dem Rundfunkgebiet selbst wurde ich in immer stärkerem Maße zur einzigen Autorität im Ministerium und beseitigte eine der für meine Vorgänger störende[n] Nebenregierungen nach der anderen.“¹³⁵ Abhängig war er nach seiner eigenen Darstellung nur von den allgemeinen großen politischen Grundlinien sowie von der Beaufsichtigung durch Goebbels, der sich für alle Arbeitsbereiche als prinzipiell zuständig fühlte.¹³⁶ Dessen Adjutant von Schirmeister erklärte daher im Nürnberger Prozeß, Goebbels habe „sich keine Abteilung so scharf selbst unter die Lupe genommen wie den Rundfunk“.¹³⁷

Dagegen bestätigte Fritzsche, dessen „Abhängigkeit“ mit dieser Aussage eines Entlastungszeugen untermauert werden sollte, im eigenen Verhör dem sowjetischen Ankläger, er habe das „absolute Vertrauen“ von Goebbels genossen und weitgehende Vollmachten beses-

¹³⁰ Scharping, Vortrag vom 13. 11. 1943, BA R 55/520, Bl. 285.

¹³¹ Rundfunkwissenschaftliches Institut Freiburg, Abhörbericht für 11.–15. 4. 1944, DRA/SAM RMVP 80.

¹³² Scharping, Vortrag vom 13. 9. 1943, BA R 55/520, Bl. 247.

¹³³ Cleinow, Intendant der Deutschen Überseesender, 30. 8. 1944, BAK Kl. Erw. 494, Bl. 10.

¹³⁴ BBC auf englisch, Abhörbericht vom 18. 7. 1944, BA R 55/522, Bl. 27.

¹³⁵ Fritzsche, E. E., 7. 1. 1946, IMT, Bd. XXXII, S. 324.

¹³⁶ Als Mitarbeiterstab im engeren Sinne fungierte dabei das Ministeramt, welches vor allem unter Naumann stark hervortrat. Vgl. Boelcke (Hrsg.), *Kriegspropaganda*, u. a. S. 123.

¹³⁷ IMT, Bd. XVII, S. 265. Der Verbindungsoffizier des OKW zum RMVP, Hans-Leo Martin, erzählte, daß im Hause Goebbels auch bei privaten Empfängen und Gesellschaften immer ein laufendes Radio dabei war; Martin, *Unser Mann bei Goebbels*, S. 50.

sen.¹³⁸ Allerdings reichte seine Autorität eben nur so weit, wie es Goebbels ihm einräumen konnte¹³⁹ und rieb sich an denselben Gegenkräften, die auch Goebbels' Einfluß beschnitten. Weiterhin mußte er bei jeder denkbaren Gelegenheit seine Weisungsbefugnis als Leiter Rundfunk in Erinnerung rufen. So versuchte die RRG hartnäckig, ihren Kontakt zur Presseabteilung unabhängig von der Abteilung Rundfunk aufrechtzuerhalten.¹⁴⁰

Zudem schien auch Goebbels der systemimmanenten Taktik anzuhängen, gewisse Rivalitäten und Kompetenzüberschneidungen bestehen zu lassen, um seine Untergebenen in Abhängigkeit von sich zu halten. Dies läßt sich daran ablesen, daß bis Mai 1944 Hans Hinkel für das „künstlerisch-unterhaltende Rundfunkprogramm“ verantwortlich blieb. Auch der Einfluß des Reichsintendanten Glasmeier wurde erst allmählich beseitigt. Im Juni 1943 hatte Fritzsche noch den Auftrag erteilt, ihm die Monatsberichte der Hauptgruppe Politik zuzuleiten, jedes Mal mit dem ausdrücklichen Vermerk, daß dies auf Wunsch des Leiters Rundfunk geschehe.¹⁴¹ Währenddessen beschwerte sich Glasmeier beim Staatssekretär vergeblich, daß der RRG-Auslandsdirektor Winkelkemper es ablehne, seine Weisungen zu befolgen.¹⁴² Dieser wiederum hatte auch zu Fritzsche offenbar ein gespanntes Verhältnis, wofür zum einen negative Erfahrungen mit der Rundfunkabteilung ausschlaggebend sein mochten, die er vor Fritzsches Ära gemacht hatte.¹⁴³ Zum anderen beteiligte sich Fritzsche aktiv an der Arbeit des Auslandsrundfunks, und Winkelkemper wollte demgegenüber seine institutionelle Unabhängigkeit behaupten.¹⁴⁴

Dem Reichsintendanten wurde im November 1943 ein weiteres Mal bestätigt, daß er weiterhin die Leitung der RRG innehatte und „alle grundsätzlichen Fragen, insbesondere alle Personalangelegenheiten“ ihm bzw. seinem „Statthalter“ Voß vorgelegt werden mußten.¹⁴⁵ Vergeblich versuchte Fritzsche, Scharping zum ständigen Vertreter Glasmeiers ernennen zu lassen, als dieser nach längerer Abwesenheit im Mai 1944 wieder in Berlin erschien.¹⁴⁶ Anläßlich einer von Glasmeier im Juli 1944 abgehaltenen Pressebesprechung, auf der auch die Nachkriegsgestaltung des Rundfunks erörtert worden war, intervenierte Fritzsche erbost und riet dazu, Glasmeier entweder für die „ihm angebotene militärische Aufgabe“ freizu-

¹³⁸ „[Rudenko:] Sie hatten das absolute Vertrauen von Goebbels und waren im Propagandaministerium mit weitesten Vollmachten ausgestattet. Das geben Sie doch zu? [Fritzsche]: Unbedingt.“ Verhandlung vom 28. 6. 1946, IMT, Bd. XVII, S. 223.

¹³⁹ So auch das Fazit von Klingler, Rundfunkpolitik, S. 89.

¹⁴⁰ Aus gegebenem Anlaß mußte er am 31. 12. 1943 feststellen: „[...] von der Pressestelle der RRG darf nichts an die Presse gegeben werden, was nicht meine Gegenzeichnung trägt. Niemand hat die Möglichkeit, eine Verlautbarung über den Rundfunk herauszugeben, die ich nicht gesehen habe.“ RAB vom 31. 12. 1943, Transkript DRA.

¹⁴¹ Fritzsche an Bartholdy, 9. 6. 1943, BA R 55/535, Bl. 114.

¹⁴² Glasmeier an Gutterer, 15. 7. 1943, BA R 55/735, Bl. 14. Warum Glasmeier überhaupt Weisungsbefugnis von Goebbels erhalten hat, ist unklar. Bereits Fritzsches Vorgänger Diewerge hatte vehement dagegen Stellung bezogen. Vgl. Diewerge an Goebbels, BA R 55/230, Bl. 47.

¹⁴³ Vgl. Winkelkemper an Gutterer (StS RMVP), 4. 6. 1942, BA R 56 I/42, Bl. 257. Ein Beispiel für seine mangelnde Kooperationsbereitschaft ist dokumentiert bei Schnabel, Mikrofone, S. 427–429.

¹⁴⁴ Im Juni 1943 vermerkte Goebbels in seinem Tagebuch, Fritzsche baue den Auslandsrundfunk neu auf und habe hierfür „eine ganze Reihe von maßgebenden Vertretern im Ausland geworben“. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 8, S. 423 (Eintrag vom 5. 6. 1943).

¹⁴⁵ Vermerk StS Gutterer vom 7. 11. 1943, BA R 55/1025, Bl. 125. Glasmeier wurde einige Tage vorher von Goebbels als sein Bevollmächtigter in das besetzte Frankreich geschickt, um der von der Wehrmacht beabsichtigten Übertragung der dortigen Propaganda an das AA entgegenzuwirken. Reimann, Glasmeier, S. 180.

¹⁴⁶ Vermerk Voß (Personalreferat RMVP), 16. 5. 1944, BA R 55/1025, Bl. 169.

geben oder auf den Posten des Bruckner-Orchester-Intendanten abzuschieben.¹⁴⁷ Anfang Oktober 1944 kam Goebbels dieser Aufforderung endlich nach und entband Glasmeier anläßlich seiner Einberufung von seinen Aufgaben.¹⁴⁸

Ungeachtet dieser internen Reibungen arbeitete Fritzsche zielstrebig und unablässig daran, seine Stellung auch gegenüber anderen Reichsbehörden auszubauen. Charakteristischerweise strebte er dieses Ziel vornehmlich durch Integration an. So formulierte er im Juli 1943 den Wunsch, alle zwei bis vier Wochen im Anschluß an die tägliche Rundfunksitzung eine interministerielle Rundfunkkonferenz stattfinden zu lassen, auf der „arbeitstechnische Fragen aller Rundfunksachbearbeiter der obersten Reichsbehörden eine schnelle und wirksame Erledigung finden“ sollten.¹⁴⁹

Er mußte allerdings in einer kurzen Ansprache vor seinen Mitarbeitern zum Jahreswechsel 1943 bekennen, daß er manche Hoffnungen auf ein unbedingteres Vertreten seines Ressorts habe enttäuschen müssen. Angesichts der „Krisenhaftigkeit der ganzen Kriegführung“ sei die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts wichtiger gewesen, als in jedem Falle das Rundfunkressort gegen andere Ressorts und gegen andere Ministerien zu verteidigen. Dennoch verlor er dieses Ziel nie ganz aus dem Auge. Zur Politik der Rundfunkabteilung gehörte es daher auch, parallel zu der Abgrenzung von konkurrierenden Instanzen den Kontakt zu Ministerien zu suchen, die einer Beeinflussung der Rundfunkpolitik nicht verdächtig werden konnten. So machte bei Sondierungsgesprächen über eine intensivere Behandlung wirtschaftlicher Themen zwischen Vertretern der Pressestelle des RWM und der Rundfunkabteilung letztere das Angebot, „wirtschaftspolitische Dinge zentral rundfunkmäßig zu steuern“; ein Angebot, das dem RWM wegen der vielen an der Wirtschaftspolitik beteiligten Institutionen zu problematisch schien.¹⁵⁰

Für den rundfunkpolitischen Alltag waren jedoch die Rivalitäten bestimmend, die sich in der freiwilligen oder erzwungenen Zusammenarbeit mit anderen zentralen Institutionen ergaben. Als das „Führungsmittel“, welches sowohl innen- als auch außenpolitische Auswirkungen hatte, war der Rundfunk Mitwirkungsansprüchen aller maßgeblichen Instanzen des NS-Staates ausgesetzt. Da hier ebensowenig wie in anderen zentralen Bereichen der Politik eine verbindliche Regelung der jeweiligen Einflußmöglichkeiten existierte, war auch die Rundfunkpraxis im NS-Staat vom Charakter des „Maßnahmenstaats“ geprägt.¹⁵¹

Bis zum Ende des Krieges gelang es dem Propagandaminister nicht, den Rundfunk von anderen Einflüssen freizuhalten, und das in der Ministerkonferenz vom 18. September 1943 ausgesprochene Verbot der ungeprüften Übernahme von Meldungen oder Weisungen anderer Institutionen war weder das erste, noch das letzte seiner Art. „Ein für alle Mal verbiete ich hiermit für den Inlands- und für den Auslandsrundfunk [...], daß irgendeine Nachricht oder irgendeine Tendenz in irgendein deutsches Nachrichtenmittel hinein- kommt, die im Widerspruch zu den hier gegebenen Richtlinien steht. Kommt von einer anderen Stelle ein Wunsch oder eine Bitte, so ist diese mir vorzutragen [...]“.¹⁵²

¹⁴⁷ Fritzsche an Goebbels, 4. 7. 1944, BA R 55/558, Bl. 51 ff.

¹⁴⁸ Fritzsche an Naumann, 29. 9. 1944, BA R 55/1025, Bl. 174; Erlaß Goebbels vom 3. 10. 1944, ebd., Bl. 178.

¹⁴⁹ Aktenvermerk Pridat-Guzatis über eine Besprechung mit Fritzsche vom 19. 7. 1943, BA R 78/1000a.

¹⁵⁰ Aktennotizen Wöckener bzw. Lorch für Ohlendorf, Herbst, Totaler Krieg, S. 293.

¹⁵¹ Vgl. hierzu die Definition Fraenkels, nach der sich der NS-Staat aus ineinander verwobenen und einander bedingenden Teil-Staatlichkeiten zusammensetzte, dem „Normenstaat“ und dem „Maßnahmenstaat“. Ders., Doppelstaat, S. 55.

¹⁵² Protokoll der Ministerkonferenz vom 18. 9. 1943, DRA/SAM RMVP 39, S. 5.

Für das Verhältnis zur NSDAP war bedeutsam, daß das RMVP aus einer Parteiorganisation hervorgegangen war, und die meisten seiner entscheidenden Posten mit Funktionären besetzt waren, die zu ihrer staatlichen Aufgabe parallel eine Funktion im Parteiapparat ausübten. Fritzsche war der erste Leiter der Rundfunkabteilung, der nicht gleichzeitig die Stellung des Amtsleiters Rundfunk in der Reichspropagandaleitung (RPL) der NSDAP bekleidete. Vor dem Nürnberger Tribunal versuchte er später, mit diesem Umstand zu belegen, daß er als parteipolitisch unzuverlässig galt.¹⁵³

Dagegen ist wahrscheinlicher, daß von Seiten des RMVP die Absicht bestand, sich vom Einfluß der Partei unabhängig zu machen und dorthin laufende persönliche Verpflichtungen abzubauen. In der RPL der NSDAP verstand man, daß sich gerade durch die Ernennung Fritzsches zum Beauftragten und die Ausstattung seiner Position „zusätzlich mit weitgehendsten Vollmachten“ das Gleichgewicht zuungunsten der Partei verschoben hatte.¹⁵⁴ Allerdings sollte der Gegensatz zwischen Staatsorgan und Parteiinstitution nicht überbetont werden. In den zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft verschränkten sich diese beiden Bereiche immer mehr.

Für die Abstimmung zwischen Ministerium und Partei in Rundfunkfragen war auf Seiten der NSDAP innerhalb der RPL eine im September 1941 zum „Hauptamt Rundfunk“ erhobene Abteilung¹⁵⁵ zuständig. Goebbels legte Ende 1941 fest, daß diese Abteilung Parteiangelegenheiten ausschließlich der Abteilung Rundfunk im RMVP zuzuleiten habe. Der Hauptamtsleiter¹⁵⁶ bevorzugte dagegen einen Verbindungsmann zwischen dem Leiter der Parteikanzlei Bormann und Goebbels, womit sich Bormann einen direkten Interventionsweg zum Rundfunk offenhielt. Die wachsenden Klagen von Parteiinstanzen über ihre Nichtberücksichtigung im Rundfunkprogramm sind aber ein Beleg dafür, daß sich die Einflußmöglichkeiten des „Hauptamts Rundfunk“ trotz der bedeutenden Stellung Bormanns abschwächten.¹⁵⁷ Ein parteiinternes Protokoll vermerkte dazu im Februar 1943, den Mitarbeitern der RPL verginge die Lust daran, der Rundfunkabteilung Anregungen zu unterbreiten, weil diese in keiner Weise berücksichtigt würden.¹⁵⁸ Allerdings ist hier zu differenzieren: die Partei geriet nicht nur gegenüber dem staatlichen Anspruch des RMVP ins Hintertreffen, sondern wurde von anderen Massenorganisationen ihres eigenen Apparates, wie zum Beispiel der DAF wegen derer besser organisierten Programmbeobachtung und -beeinflussung abgehängt.¹⁵⁹

¹⁵³ Fritzsche, E. E., 7. 1. 1946, IMT, Bd. XXXII, S. 325.

¹⁵⁴ Vgl. den Leistungsbericht des Hauptamts Rundfunk für das Jahr 1943 vom 18. 2. 1944, BA NS 26/1178, Bl. 111.

¹⁵⁵ Rundschreiben der RPL, Stabsleiter Fischer, 30. 9. 1941, BA NS 18/328, Bl. 41.

¹⁵⁶ Amtsleiter bis 1943 August Staats, i. V.: Wolfgang Fischer, ab 1943 Hermann Schäfer. Klingler, Rundfunkpolitik, S. 118.

¹⁵⁷ Bezeichnend hierfür ist u. a. der burschikose Tonfall, in welchem Fritzsche das Ansinnen des Hauptamts Rundfunk ablehnte, die Manuskripte derjenigen Vorträge vorgelegt zu bekommen, welche von führenden Parteimitgliedern im Rundfunk gehalten werden sollten. Fritzsche an Tießler, 5. 5. 1943, Notiz Tießler für Fritzsche vom 8. 5. 1943, BA NS 18/313, o. Pg. Auch beeilte sich Fritzsche nicht gerade, zu Bitten dieses Verbindungsmanns von Bormann, die im Namen der Partei vorgetragen wurden, Stellung zu nehmen. So mahnte Tießler am 28. 4. 1943 bei Fritzsche dessen Antwort auf den Vorschlag einer Ringsendung über die Arbeit der NSDAP im Ausland an, den er ihm bereits am 12. Februar unterbreitet hatte. („[...] wäre dankbar, wenn ich nunmehr Ihrerseits eine Stellungnahme zu dem Gedanken erhalten könnte.“) BA NS 18/328, Bl. 20, dazu Notiz Tießler vom 12. 2. 1943, ebd., Bl. 60. Fritzsche lehnte diesen Vorschlag in der Folge ab, u. a. mit dem Hinweis auf rundfunktechnische Probleme. Hudolin (RPL), 4. 1. 1944, ebd., Bl. 50; Fritzsche an Tießler, 28. 10. 1943, ebd., Bl. 54.

¹⁵⁸ Sitzung des Reichs-Rundfunk-Ringes in der RPL vom 9. 2. 1943, Protokoll, BA R 55/20624, Bl. 9.

¹⁵⁹ Leistungsbericht des Hauptamts Rundfunk, BA NS 26/1178, Bl. 114.

Anstelle des „Hauptamts Rundfunk“ mischte sich nunmehr das „Hauptamt Kultur“ der NSDAP unter seinem Leiter Karl Cerff in die Programmgestaltung ein, was zu Differenzen zwischen der Abteilung und dem Ministerbüro führte. So wurde ein Gruppenleiter der Rundfunkabteilung von Staatssekretär Naumann heftig gerügt, weil er auf Anregung des Hauptamts Kultur eine stark volkstümelnde Sendung zum Erntedankfest zusammengestellt hatte. Naumann ordnete ein weiteres Mal an, keine rundfunkfremde Stelle habe Programmaufträge oder -wünsche zu übermitteln. Deswegen hielt sich Fritzsche auch sehr zurück, als die Parteikanzlei über Tießler den Vorschlag übermittelte, Monatsappelle der Hitlerjugend im Rundfunk auszustrahlen, obwohl er der Idee gegenüber positiv eingestellt zu sein schien.¹⁶⁰

Demgegenüber strebte Cerff weiterhin an, zum Berater des Rundfunks in „volkskulturellen“ Fragen ernannt zu werden. Das lehnte Fritzsche ab und bot ihm statt dessen an, sein Berater zu sein.¹⁶¹ Dieses Angebot nahm Cerff auf seine Weise in Anspruch und griff sowohl die Programmgestaltung des Rundfunks an als auch die Personalpolitik Fritzsches. Dieser wollte sich weder unter Verweis auf angebliche Kritik aus den Reihen von Partei, Wehrmacht und Waffen-SS eine „amerikanische Note“ im Programm ankreiden lassen, noch die Unabkömmlichkeit wichtiger Mitarbeiter gefährdet sehen. Er schlug daher seinem Minister vor, „Herrn Cerff zu einer vorsichtigeren Beurteilung von Arbeitsgebieten und Personen anzuregen, die er nicht übersieht, und über die er ein sachliches Urteil nicht haben kann“.¹⁶²

Daraus läßt sich schließen, daß Fritzsche selbst gegenüber Cerff nicht tätig werden konnte, auch als dieser einen SS-Obersturmführer mit Programmkonzepten direkt zu Goebbels sandte. Fritzsches heftiger Protest in diesem Fall führte lediglich dazu, daß Goebbels Cerff mitteilen ließ, er lege Wert auf eine Zusammenarbeit zwischen ihm und Fritzsche, der nicht übergangen werden dürfe.¹⁶³ Cerff nahm unter anderem an der Programmkonferenz vom 1. November 1944 teil und machte bei dieser Gelegenheit Ausführungen zum Rundfunkprogramm (die das Protokoll nicht festhielt). Kurz darauf muß ein entscheidender Eklat geschehen sein, denn auf der Konferenz vom 15. November wurde den Mitarbeitern jegliche Fühlungnahme mit Cerff verboten.¹⁶⁴ Nach dem Krieg behauptete Fritzsche, eine offizielle Untersuchung habe die von Cerff gegen ihn vorgebrachte Behauptung zum Gegenstand gehabt, er hintertreibe bewußt die Parteilinie. Stattdessen dürfte dabei lediglich eine mißglückte musikalische Programmfolge am Tag der Proklamation des Volkssturms untersucht worden sein, und Cerff wurde unabhängig davon im November 1944 nach Italien abgeordnet.¹⁶⁵

¹⁶⁰ Protokoll Sitzung Gruppenleiter beim Staatssekretär vom 6. 10. 1943, BA R 561/41, Bl. 73f.; Tießler an Fritzsche, 19. 10. 1943, Fritzsche an Tießler, 20. 10. 1943, BA NS 18/513, o. Pg. Für Versuche von Cerff, über die Gaupropagandaämter Einfluß auf die Programmgestaltung des Rundfunks zu nehmen, vgl. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 8, S. 346 (Eintrag vom 22. 5. 1943).

¹⁶¹ Rundfunkkonferenz vom 5. 7. 1944, BA R 55/556, Bl. 10.

¹⁶² Fritzsche an Goebbels, 17. 8. 1944, BA R 55/557, Bl. 95f.; vgl. Utermann, E. E., 25. 8. 1947, StAM SpK 475, Heft XXIV.

¹⁶³ Fritzsche an Hamel (Ministerbüro), 22. 8. 1944, Hamel an Cerff, 24. 8. 1944; BA R 55/561, Bl. 9f.

¹⁶⁴ BA R 55/556, Bl. 95 und 101.

¹⁶⁵ „Mitgliedschaft im NSKK“, Ausarbeitung Fritzsches für das Spruchkammerverfahren, StAM SpK 477, Heft I; Utermann, E. E., 25. 8. 1947, StAM SpK 475, Heft XXIV; Fritzsche, E. E., 7. 1. 1946, IMT, Bd. XXXII, S. 325. Cerff hatte den Auftrag erhalten, die in Italien vorhandenen zivilen und militärischen Dienststellen zu disziplinieren; vgl. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 15, S. 375 (Eintrag vom 13. 2. 1945). Nach dem Krieg wurde SS-Brigadeführer Cerff dann Sprecher der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit“ (HIAG) ehemaliger Waffen-SS-Leute.

Damit erschöpfte sich der Versuch seitens der NSDAP, regelmäßigen Einfluß auf das Rundfunkprogramm zu erlangen. Wenngleich es die Rundfunkabteilung auf Anfrage ermöglichte, einzelne Sendebeiträge von Parteiinstitutionen im Programm unterzubringen, blieb ihr Leiter Fritzsche insgesamt erfolgreich in dem Bestreben, jede dauerhafte Einflußnahme, und sei es in Form einer regelmäßigen Sendereihe, seitens der Partei zu verhindern.¹⁶⁶

Das vielleicht schwierigste Arbeitsverhältnis auf interministerieller Ebene bestand zum Auswärtigen Amt. Es ähnelte insoweit der Rivalität zwischen Reichspresseschef und Propagandaminister, als auch hier eine persönliche Aversion und Rivalität zwischen Goebbels und Ribbentrop den Umgang beider Ministerien bis hinunter zur Mitarbeiterebene bestimmte. Als Fritzsche seine Arbeit in der Rundfunkabteilung aufnahm, lagen die heftigsten Auseinandersetzungen bereits einige Zeit zurück und hatten der Erkenntnis Platz gemacht, daß in einer zunehmend kritischeren Situation und angesichts weiterer Konkurrenz beide Rivalen in einer Auseinandersetzung nur verlieren konnten.

Zu Beginn des Krieges übertrug ein „Führerbefehl“ vom 8. September 1939 dem Reichsaußenminister die Richtlinienkompetenz für alle Propaganda, die sich „direkt oder indirekt an das Ausland wendet“.¹⁶⁷ Trotz der dem AA von Hitler gegebenen Vollmacht trat im Gegenzug das RMVP immer wieder federführend in der Gestaltung und Organisation des Rundfunks auf und versuchte, das AA zum Erfüllungsgehilfen zu degradieren.¹⁶⁸ Parallel zum Aufstieg der Unterabteilung „Kult R“ im AA zu einer eigenen Abteilung 1941 schuf sich auch das RMVP neue zentrale Instrumente, um seinen Anspruch auf den Auslandsrundfunk zu untermauern. Im April 1941 wurde durch Verordnung von Goebbels dazu der Posten eines Auslandsdirektors der RRG geschaffen.¹⁶⁹

Mit der militärischen Expansion des Deutschen Reiches erweiterte sich das Feld der Auseinandersetzungen zwischen den Ministerien. Beide versuchten, sich in den besetzten Ländern jeweils die Sendehoheit und die Eigentumsrechte an den dortigen Sendern zu sichern. 1941 gründete das AA zur Koordinierung seiner Auslandsaktivitäten im Rundfunkbereich die „Interradio“-Gesellschaft. Im Konkurrenzkampf um die von der deutschen Kriegsmaschinerie eroberten Sendeanlagen hatten das AA und „Interradio“ zunächst Erfolg, bis ein Arbeitsabkommen im Oktober 1941 festlegte, daß die „Interradio“ in eine von RMVP und AA gemeinsam betriebene Aktiengesellschaft umgewandelt wurde.¹⁷⁰

¹⁶⁶ Vgl. Fritzsche an Goebbels, 13. 1. 1945, BA R 55/20010, Bl. 54, hinsichtlich eines von der DAF übermittelten Exposé, in welchem u. a. eine Sendereihe „Hier spricht die DAF“ angeregt wurde. Fritzsche verwies auf das Scheitern einer ähnlich konzipierten Sendereihe „Hier spricht die NSDAP“ Anfang 1944; vgl. hierzu Leistungsbericht des Hauptamts Rundfunk für 1943, BA NS 26/1178, Bl. 143. Bitten, die in Form eines persönlichen Vortrags geäußert wurden, schienen von Fall zu Fall erfolgreich zu sein. Für den Tonfall bezeichnend ist ein Schreiben des Pressereferenten von Robert Ley an Karl Scharping (Stellvertreter Leiter Rundfunk) vom 15. 2. 1945: „Lieber Herr Doktor! Sie würden uns eine Freude machen, wenn Sie heute nachm. 1/2 Stündchen zum Doktor kämen und wenn ich heute mittag für den heutigen Zeitspiegel etwas aus dem heutigen Betriebsbesuch Dr. Leys sprechen könnte. Er bringt wie stets seinen Geburtstag inmitten der Arbeiter.“ BAK Kl. Erw. 494, Bl. 18ff.

¹⁶⁷ Befehl vom 8. 9. 1939, IfZ MA-1563, Doc. NG-2943.

¹⁶⁸ Am 27. 7. 1940 lud der Leiter der Rundfunkabteilung im RMVP, Hadamovsky, Vertreter des RPM und des OKW zu einer gemeinsamen Besprechung über die Arbeitsbedingungen für den deutschen Rundfunk in Europa nach Abschluß eines Friedensvertrages ein und verwies darauf, die diesbezüglichen Vorschläge würden nach seiner Bearbeitung dem AA „zur Durchführung übergeben werden“. BA-MA RW 4/286, Bl. 4.

¹⁶⁹ Verordnung RMVP vom 21. 4. 1941, BA R 55/1024, Bl. 129.

¹⁷⁰ Abkommen vom 22. 10. 1941: Teilabdruck bei Boelcke, Macht, S. 97f. Änderungsvertrag der Interradio AG vom 26. 1. 1942 zum Eintrag in das Handelsregister des Amtsgerichts Berlin siehe BA R 55/20808, Bl. 2.

Als Leiter der Rundfunkabteilung behielt sich Fritzsche den Arbeitsbereich „Interradio“ vor. Ebenso wie sein Vorgänger Diewerge war er Vorsitzender des Aufsichtsrats,¹⁷¹ während das AA den Vorstandsvorsitzenden stellte. Eines der wichtigsten Ergebnisse dieser AG während seiner Amtszeit dürften die von Deutschland beeinflussten Sendungen der Radiostationen „Radio Andorra“ bzw. „Radio Monte Carlo“ gewesen sein.¹⁷² Weniger erfolgreich versuchte die ursprünglich vom RMVP als Konkurrenz zur „Interradio“ gegründete, 1943 aber mit dieser verschmolzene „Radio-Union GmbH“, deutsche Propaganda im internationalen Rundfunk in Form von Wirtschaftswerbung unterzubringen.

Nur für die Dauer eines Jahres konnte im bulgarischen Rundfunk eine Sendung der Radio-Union platziert werden, bis Bulgarien aus innenpolitischen Gründen zum 30. Juni 1943 diese Vereinbarung kündigte. Intern machte Fritzsche dem AA den Vorwurf, diese Sendungen bewußt hintertrieben zu haben, auch nachdem dessen Einwände gegen deren Gestaltung berücksichtigt worden seien und er sich für die Fusion von „Radio-Union“ und „Interradio“ eingesetzt hatte.¹⁷³ Auch in Norwegen konnte die „Radio-Union“ keinen dauerhaften Erfolg erzielen. Zwar schloß sie im Sommer 1942 mit der norwegischen Regierung Verträge ab, welche unter anderem die Privatisierung der staatlichen Rundfunkgesellschaft Norwegens und ihre Umwandlung in eine AG vorsahen.¹⁷⁴ Aber obwohl Ministerpräsident Quisling 1943 ein entsprechendes Rundfunkgesetz unterzeichnete, zogen die norwegischen Verhandlungspartner ihr Einverständnis zu einer Beteiligung der Radio-Union zurück.¹⁷⁵

Nach der Verschmelzung oblag es dann der Interradio AG, Anfang 1944 eine Kompro-
mißregelung zu erwirken, welche dem eher diplomatischen Vorgehen des AA entsprach und im RMVP hauptsächlich durch Fritzsche gedeckt wurde, „der in derartigen Fragen liberal dachte“.¹⁷⁶

Fast die gesamte Arbeit auf dem Gebiet des Auslandsrundfunks erledigte Fritzsche in direkten Kontakten sowohl mit der Auslandsdirektion der RRG als auch mit dem Auswärtigen Amt. Die Tätigkeit der Auslandsdienste zum Beispiel wurde in gemeinsamen Sitzungen der jeweiligen Leiter der Rundfunkabteilungen von RMVP und AA sowie der RRG-Auslandsdirektion koordiniert.¹⁷⁷ Als Leiter der Verbindungsstelle zum RMVP hatte der spätere Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger die Aufgabe, mit den zuständigen Referenten im RMVP über Rundfunkfragen zu verhandeln und Wünsche des AA an den Auslandsrund-

¹⁷¹ Vgl. dessen Schreiben an Goebbels vom 5. 2. 1942, BA R 55/20808, Bl. 2. Fritzsche wurde allerdings erst auf der Sitzung des Aufsichtsrats vom 13. 5. 1943 zum Vorsitzenden bestellt, nachdem zwischen Oktober 1942 und Mai 1943 Heinrich Hunke, der damalige Leiter der Auslandsabteilung im RMVP, diesen Posten innegehabt hatte. Boelcke, Macht, S. 306.

¹⁷² Beide Stationen vermieden es, deutliche Position zu beziehen, sondern betrieben ihre Propaganda eher im Unterton. Huth, Radio, S. 132, sowie Boelcke, Macht, S. 196–206. Von Seiten des RMVP wurde daher im Februar 1944 die Frage aufgeworfen, „womit dann eine gewisse politische Beeinflussungsaufgabe von Radio Monte-Carlo erfolgen könnte“. Dietrich an Begrich, 14. 2. 1944, abgedruckt bei Schnabel, Mikrofone, S. 188ff.

¹⁷³ Fritzsche an Rühle (AA), Schreiben vom 26. 6. und 8. 7. 1943, BA R 55/733, Bl. 24 und 51 ff., sowie Fritzsche an Rühle, Schreiben vom 2. 7. 1943, BA R 55/536, Bl. 142.

¹⁷⁴ Leiter Rundfunk, i. V. Dominik, 23. 8. 1942, BA R 55/20808, Bl. 28; Vermerk RSHA (Ref. Volkstum) vom 30. 3. 1942, BA R 58/1091, S. 146ff.

¹⁷⁵ Vgl. Bericht vom 28. 4. 1943, BA R 55/733.

¹⁷⁶ Mair, Protokoll vom 18. 6. 1945, IfZ ZS-3048, Bl. 21. Vgl. dazu Boelcke, Macht, S. 145f. und 345.

¹⁷⁷ Vgl. die erhaltenen Protokolle vom 16. und 21. 12. 1943, DRA/SAM RMVP 93, Bl. 435ff. bzw. 440ff.

funk weiterzuleiten.¹⁷⁸ Diese Aufgabe nahm er auch als Mitglied des Aufsichtsrats der Inter-radio AG wahr.¹⁷⁹

Im Herbst 1942 stieg Kiesinger dann zum stellvertretenden Leiter der Rundfunkabteilung des AA auf.¹⁸⁰ Offenbar war Fritzsche von seinen Qualitäten überzeugt, denn im Zuge der beabsichtigten Auflösung der Rundfunkpolitischen Abteilung verhandelten Rühle (AA) und Fritzsche im Herbst 1944 darüber, Kiesinger als stellvertretenden Leiter des Auslandsrundfunks in die RRG aufzunehmen, und ein entsprechender Vorschlag Fritzsches lag bereits Goebbels vor.¹⁸¹ Die Initiative zur Auflösung dieser Abteilung ging von Goebbels aus, der die bekannten Argumente der doppelten Arbeit und der Zuständigkeit des RMVP für die Durchführung der Auslandspropaganda jetzt als Bevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz vortrug.¹⁸² Allerdings konnte sich das AA gegen diese Initiative vorerst mit Hilfe der SS behaupten, deren Auslandspropaganda über den Verbindungsmann des AA zur Waffen-SS koordiniert wurde. Im Februar 1945 begann sich die Rundfunkabteilung des AA allmählich von selbst aufzulösen.¹⁸³

Die Aktivitäten des AA in rundfunkpolitischen Belangen waren aber schon geraume Zeit vorher auf wenige Felder eingeschränkt worden. Zwar versuchte es weiterhin, direkt über seine Rundfunkreferenten bei deutschen Missionen im Ausland Einfluß auf die dortigen Sendungen zu nehmen.¹⁸⁴ Die übrigen Aktivitäten kamen jedoch nach und nach zum Erliegen. Bis Dezember 1943 betreute man die von München nach Italien ausgestrahlten Sendungen der faschistischen Regierung Norditaliens.¹⁸⁵ Im Herbst 1944 waren lediglich die Sendungen der Indien-Dienste in der Verantwortung des AA verblieben.¹⁸⁶ Sicher gab der allgemeine Bedeutungsschwund des AA den Ausschlag für diesen Rückzug auf Raten von der einst so selbstbewußt vorgetragenen Stellung im Auslandsrundfunk. Auch hier gelang es Fritzsche mit Geschick, Verbindlichkeit, gezielten persönlichen Kontakten und informellen Treffen die Interessen seiner Abteilung durchzusetzen.

Wesentlich unkomplizierter als mit dem Auswärtigen Amt gestaltete sich die Zusammenarbeit mit dem Militär, das heißt mit dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW). In einem Krieg, der sich über Jahre und mehrere Kontinente erstreckte und auf lange Zeit die

¹⁷⁸ Gassert, Kiesinger, S. 119ff.; Kiesinger, Jahre, S. 234 und 239.

¹⁷⁹ Mair (Interradio) an Rühle (AA), Schreiben vom 17. 3. 1942, abgedruckt bei Schnabel, Mikrofone, S. 162.

¹⁸⁰ Kiesinger, Jahre, S. 245; Gassert, Kiesinger, S. 127.

¹⁸¹ Kiesinger, Jahre, S. 255; Gassert, Kiesinger, S. 129 und 156. Gassert bemüht sich, Kiesinger von dem Vorwurf zu entlasten, er sei ein überzeugter Propaganda-Funktionär gewesen. Dabei gibt er jedoch keine Erklärung dafür, warum Fritzsche und Winkelnkemper ihn in den Propagandaapparat des RMVP integrieren wollten und beide gegenüber Goebbels auf die Qualifikation und „feste nationalsozialistische [...] Weltanschauung“ Kiesingers hinwiesen.

¹⁸² Vorgang mit Hinweis auf ein Schreiben Schmidt-Leonhardt (RMVP) in: Studnitz, Berlin, S. 211f. (Eintrag vom 28. 9. 1944). Bei Verhandlungen zwischen Gauleiter Paul Wegener (Bremen-Oldenburg) und AA-Staatssekretär Steengracht stimmte jener einer Auflösung der Abteilung nur zu, wenn das RMVP im Gegenzug seine eigene Auslandsabteilung auflöste. Oven, Mit Goebbels bis zum Ende, Bd. II, S. 148 (Eintrag vom 28. 9. 1944). Goebbels beabsichtigte daraufhin, bei Hitler die Ermächtigung dafür zu erwirken, die Presse- und Rundfunkabteilungen aller Ministerien aufzulösen. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 14, S. 83 (Eintrag vom 12. 10. 1944).

¹⁸³ Boelcke, Macht, S. 107f.

¹⁸⁴ Vgl. Diettrich (RMVP) an Begrich, Schreiben vom 14. 2. 1944, abgedruckt bei Schnabel, Mikrofone, S. 18ff.

¹⁸⁵ Winkelnkemper an Scharping, 6. 1. 1944, BA R 55/20018, Bl. 263.

¹⁸⁶ Fritzsche an Goebbels, 10. 10. 1944, BA R 55/561, Bl. 144.

Lebensbedingungen der deutschen Gesellschaft bestimmte, war es eigentlich zu erwarten, daß gerade das Militär den stärksten Einfluß auf die tägliche Nachrichtengebung und Propaganda ausüben würde, wie dies auch im Ersten Weltkrieg der Fall gewesen war.

Mit dem im Oktober 1915 geschaffenen Kriegspresseamt hatte sich die OHL ihr eigenes Instrument geschaffen, um die Stimmung sowohl im In- wie auch im Ausland zu beeinflussen. Dieses Instrument, in dessen Diensten auch Fritzsches erster Mentor, Moeller van den Bruck, stand, wurde den gestellten Erwartungen jedoch in keiner Weise gerecht. Auch führte die militärische Nachrichtenpolitik mit ihrem unrealistischen Optimismus nur dazu, daß am Ende des Krieges der offenkundig verheimlichte Zusammenbruch jedes Vertrauen in die offizielle Nachrichtenpolitik zerstörte.¹⁸⁷

Nicht zuletzt aufgrund dieser Erfahrungen mußte sich das Militär im Zweiten Weltkrieg damit abfinden, seine propagandistische Tätigkeit in enger Zusammenarbeit mit dem RMVP durchzuführen. Gemäß den im September 1938 vereinbarten Richtlinien war die Wehrmacht allein verantwortlich für die Propaganda in der Truppe sowie im jeweiligen aktiven Kampfgebiet.¹⁸⁸ Die seit 1938 aufgebauten Propagandakompanien befanden sich unter der Befehlsgewalt des OKW; die Auswahl ihres Fachpersonals oblag jedoch ebenso dem RMVP wie die Versorgung dieser Einheiten mit propagandistischen Weisungen.

Dieses nahm außerdem die alleinige Entscheidung über die Auswertung des von den PK gelieferten Materials wahr, vornehmlich durch die Ende 1939 ernannten „Fachprüfer“, unter denen sich auch der „Fachprüfer Rundfunk“ befand. In der „Amtsgruppe für Wehrmachtpropaganda“ (WPr.) wurden mit Ausnahme der Pressegruppe der Luftwaffe alle Zensur-, Presse- und Propagandastellen der Wehrmacht zusammengefaßt.¹⁸⁹ Ihre Weisungen erhielt die WPr. vom Chef des Wehrmachtführungsstabes Alfred Jodl.¹⁹⁰

Die zwischen RMVP und OKW weitgehend entspannte Atmosphäre schlug sich im Rundfunkbereich in gemeinsam entwickelten Sendungen und Sendereihen nieder. Dazu gehörten neben den schon vor Kriegsbeginn sporadisch veranstalteten, ab Oktober 1939 dann regelmäßig ausgestrahlten „Wunschkonzerten für die Wehrmacht“¹⁹¹ auch die Ringsendungen¹⁹² und der ab Januar 1940 gesendete „Kameradschaftsdienst des Großdeutschen Rundfunks“.¹⁹³ Außerdem wurde in der Amtsgruppe Wehrmachtpropaganda der sowohl für die Presse als auch für den Rundfunk so wichtige „OKW-Bericht“ (später: Wehrmachtbericht) konzipiert. Seine Schlußredaktion blieb aber Hitler vorbehalten,¹⁹⁴ der ihn dann über den Reichspressechef Dietrich an das RMVP übermitteln ließ. Auf dem gleichen Wege entstanden die „Sondermeldungen“ über herausragende militärische Ereignisse. Allgemein soll-

¹⁸⁷ Bauer, Pressepolitik, S. 26; Kaupert, Tagespresse, S. 177f.; Nicolai, Nachrichtendienst, S. 109.

¹⁸⁸ Vgl. Moll, Abteilung, S. 115.

¹⁸⁹ Moll, Abteilung, S. 116.

¹⁹⁰ Murawski, Wehrmachtbericht, S. 27.

¹⁹¹ Diller, Rundfunkpolitik, S. 341f.

¹⁹² Ein frühes Beispiel ist die zum „Gedenktag der Wiedererrichtung der deutschen Wehrhoheit“ ausgestrahlte Ringsendung „Garnisonen an großdeutschen Grenzen“ vom 28.3.1939; vgl. Fahrplan der Sendung, BA-MA RW 4/283, Bl. 42–46, sowie Dankschreiben OKW, ebd., Bl. 48.

¹⁹³ In dieser Sendung konnten persönliche Nachrichten an die Front übermittelt werden; vgl. Mitteilung OKW über den Sendebeginn am 20. Januar 1940, BA-MA RW 4/284, Bl. 183.

¹⁹⁴ Der ehemalige Generalstabschef des Heeres, Halder, sprach davon, daß der vom Heer übermittelte Bericht in der Redaktion durch das OKW im Wortlaut so verändert wurde, daß nur die Sachverhalte übrigblieben. Auch der stellvertretende Chef von OKW/WPr., Major Kratzer, vermochte mitunter im fertigen Bericht seinen eigenen Entwurf nicht mehr zu erkennen. Zit. nach Murawski, Wehrmachtbericht, S. 41 und 55.

ten alle Nachrichten militärischen Charakters von der WPr. oder nachgeordneten Organen „verfaßt, geprüft und – soweit notwendig [...] in Verbindung mit dem Reichspropagandaministerium und seinen Organen [...] der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden“.¹⁹⁵ Dazu gehörten die täglichen „Erläuterungen zum Wehrmachtbericht“ ebenso wie die Verantwortung für die offiziellen Militärkommentatoren der drei Wehrmachtteile.

Durch Befehl Hitlers vom 10. Februar 1941 erhielt die Wehrmacht in Fragen der militärischen Propaganda und Zensur ein Alleinvertretungsrecht.¹⁹⁶ Durch diesen Befehl ermächtigt, erweiterte das OKW über die unmittelbaren militärischen Operationen hinaus seinen Einfluß auf die Kontrolle der Medien in den besetzten Gebieten. Dies bezog sich unter anderem auf die Kontrolle der Presse sowie auf die Hoheit über die von der Wehrmacht besetzten Rundfunkstationen.¹⁹⁷ Im September 1943 siedelte der Chef der Abteilung WPr. mit einer kleinen Gruppe ständig in das FHQ über, während sein Stellvertreter, Oberst Rolf Kratzer, in Berlin die Verbindung zwischen den einzelnen Abteilungen und zu den anderen Ministerien sicherstellte.¹⁹⁸

Goebbels versuchte in dieser Zeit, allerdings erfolglos, die Wehrmachtpropaganda in sein eigenes Ministerium überführen zu lassen.¹⁹⁹ Die personelle Zusammensetzung und Motivation der Abteilung WPr. vertrug sich jedoch gut mit den Gesprächspartnern im RMVP. Auf beiden Seiten standen überzeugte Propagandisten und Parteigänger des Regimes, weswegen auch der nach dem 20. Juli 1944 aufgefundene Entwurf einer Regierungserklärung Goerdeler davon sprach, daß neben dem RMVP auch die „zur Schauspielerei, ja zur Gewissenlosigkeit missbrauchten Propagandaformationen der Wehrmacht“ aufzulösen wären.²⁰⁰

Auch Fritzsche bezeichnete die Zusammenarbeit zwischen beiden Ministerien als gut.²⁰¹ In seiner Eigenschaft als „Rundfunkfachprüfer Wehrmacht“ konnte er sowohl in die PK-Berichterstattung als auch in die Arbeit der Soldatensender eingreifen. Wesentlichen Einfluß auf die PK-Berichte scheint er aus seiner Position heraus jedoch nicht geltend gemacht zu haben. Eine direkte Bearbeitung der PK-Berichte, nachdem sie die OKW-interne Zensur durchlaufen hatten, erfolgte aber hauptsächlich durch die Auswahl aus dem zur Verfügung gestellten Material.

Etwas anders verhielt es sich bei den Soldatensendern, also denjenigen Sendern, deren Betrieb vom OKW verantwortet wurde. Dieser Aufgabenbereich wurde bis zu seinem Ausscheiden als Leiter des Unterhaltungsrundfunks im Mai 1944 von Hans Hinkel wahrgenommen. Die Durchführung des Programms war bei den Soldatensendern den lokalen Propaganda-Abteilungen der Wehrmacht überlassen worden. Dies ergab sich zum einen aus der Zuständigkeit des OKW für den Sendebetrieb im besetzten Gebiet, zum anderen aus technischen Gegebenheiten, welche dem Aufbau eines zivilen Apparates entgegenstanden. Diese Propaganda-Abteilungen produzierten je nach Bedeutung und Ausstattung ihres

¹⁹⁵ Kurt Hesse, Die Wehrmachtspropaganda, zit. bei Murawski, Wehrmachtbericht, S. 45.

¹⁹⁶ Abgedruckt in Moll (Hrsg.), Führer-Erlasse, S. 159.

¹⁹⁷ Moll, Abteilung, S. 113 und 123.

¹⁹⁸ Murawski, Wehrmachtbericht, S. 47.

¹⁹⁹ Vgl. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 9, S. 578f. (Eintrag vom 23. 9. 1943).

²⁰⁰ Regierungserklärung Goerdeler, Anlage zu Bericht des RSHA an Bormann vom 5. 8. 1944, Spiegelbild, S. 150.

²⁰¹ In einer Antwort an den als PK-Berichter eingesetzten Rundfunk-Mitarbeiter Knochenhauer bezeichnet er die Zusammenarbeit gerade in praktischen Angelegenheiten als „nach wie vor ganz ausgezeichnet“, Brief vom 16. 6. 1943, BA R 55/535, Bl. 227.

Senders einige Stunden Programm selbst und übernahmen zusätzlich teilweise das mit Drahtfunk oder Antenne aufgefangene Reichsprogramm²⁰² oder strahlten ein eigenes Vollprogramm aus.

Die Programmqualität dieser Sender genügte den im RMVP geforderten Anforderungen an Professionalität, weswegen in Zeiten der schwindenden Personalressourcen darüber nachgedacht wurde, von „überbesetzten Wehrmachtssendern Programmgestalter usw. zur RRG freizugeben“.²⁰³ Viele dieser Sender hielten sich allerdings nicht an die sogenannten „Berliner Richtlinien“ für die Gestaltung des Unterhaltungsprogramms, was nur solange unproblematisch war, wie sich die Front weit weg von den Reichsgrenzen befand und ein Empfang im Reich selbst kaum möglich war. In dem besonders bekannten „Soldatensender Belgrad“ besorgten die Moderatoren selbst die Musikkzusammenstellung und formulierten dazu eigene Überleitungstexte, was gegenüber dem aufmerksam beobachteten und stark reglementierten Betrieb der Reichssender besonders auffiel und zur Beliebtheit dieses Senders beitrug²⁰⁴. Um so verärgerter reagierten die Unterhaltungsspezialisten im Reichsrundfunk auf die große Popularität dieser Sender.

Hinkel griff aufgrund von Beschwerden innerhalb des RMVP im Januar 1944 die Eigenwilligkeiten der Soldatensender in der Programmgestaltung auf, nachdem er dem OKW bereits deutlich mitgeteilt hatte, „daß die Tendenzen, die ich (Hinkel) im Auftrag des Herrn Ministers für das innerdeutsche Rundfunk-Programm ausbebe, auch von den Wehrmachts-Sendern genauestens zu beachten sind“.²⁰⁵ Schon vorher hatte eine entsprechende Anweisung seines Ministers vom Frühjahr 1943 gegen die Programmhöheit des OKW nicht durchgesetzt werden können, was Hinkel dazu veranlaßt hatte, Fritzsche in seiner Eigenschaft als „Rundfunk-Fachprüfer“ aufzufordern, für die Umsetzung der „Berliner Richtlinien“ Sorge zu tragen und die Entsendung eines OKW-Vertreters zu seiner, Hinkels, Programmkonferenz zu veranlassen.²⁰⁶ Eine solche, fortgesetzte Unbotmäßigkeit war auch vor dem Hintergrund ein Problem, daß am „Nachtprogramm“, welches im Juli 1943 im Deutschlandsender die bisherige Sendepause von 2 bis 5 Uhr morgens ersetzte, neben den einzelnen Reichssendern auch Soldatensender mit eigenen Beiträgen mitarbeiten konnten.²⁰⁷

Interessant ist, wie Fritzsche auf Seitenwegen versuchte, die Soldatensender als Organe des deutschen Rundfunks bzw. der RRG zu vereinnahmen. So präsentierte sich nämlich die Abteilung Rundfunk der Urhebergesellschaft STAGMA gegenüber als verantwortlicher Gesprächspartner für die Abgeltung von Urheberrechten, die durch die Soldatensender in Anspruch genommen wurden.²⁰⁸ Intern war Fritzsche immer weniger bereit zu akzeptieren, daß Hinkel weiterhin die Betreuung der Soldatensender wahrnahm und für die im

²⁰² Vgl. den Tätigkeitsbericht der Propaganda-Abteilung K [Krim] vom 15.5.1943 für den Betrieb des Wehrmachts- und des Landessenders Krim, BA-MA RW 4/309b, Bl. 15.

²⁰³ Protokoll einer Gruppenleitersitzung beim Staatssekretär des RMVP vom 6.10.1943, BA R 56 I/41, Bl. 76.

²⁰⁴ Vgl. Grull, Radio, S. 160, sowie Boelcke, Macht, S. 231ff., und Berichte der SD-Abschnitte Troppau und München vom 15.9. bzw. 20.10.1941, BA R 58/961, Bl. 128, und R 58/1090, Bl. 58. An diesen Berichten fällt auf, daß Belgrad nicht nur wegen seines Unterhaltungsprogramms gelobt wird, sondern gerade auch wegen seiner „freimütigen Berichte über die Lage im innerserbischen Gebiet“ und wegen seiner Angebote an „gehaltvoller Musik“.

²⁰⁵ Hinkel, Schreiben vom 10.1.1944, BA R 55/1254, Bl. 187f.

²⁰⁶ Hinkel an Fritzsche, 28.6.1943, Fritzsche an Hinkel, 30.6.1943; BA R 56 I/41, Bl. 176f.

²⁰⁷ Klingler, Rundfunkpolitik, S. 168; Dominik an Hinkel, BA R 56 I/40, Bl. 21.

²⁰⁸ Vgl. den Schriftwechsel zwischen RMVP und STAGMA, BA R 55/542, Bl. 271ff., bes. Bl. 275 (RRG an RMVP, 13.1.1944), und Aktenvermerk Dr. Petzoldt vom 5.4.1944, BA R 56 I/41, Bl. 155.

Januar 1944 verabschiedeten Richtlinien der Programmgestaltung dieser Sender verantwortlich zeichnete.²⁰⁹ Fritzsche blieb weiterhin vom laufenden Kontakt zwischen der Abteilung WPr. im OKW und der Rundfunkabteilung im RMVP ausgeschlossen. Im Februar 1944 pochte er aber auf seine Lenkungsfunktion innerhalb dieser Abteilung und forderte die WPr. auf, ihn über Vorgänge auf dem Rundfunkgebiet grundsätzlich auf dem Laufenden zu halten.²¹⁰

Im letzten Kriegsjahr wurde die Arbeit der Abteilung WPr. aber schon weitgehend von den Interessen der SS bestimmt, und dort hielt man es nicht immer für notwendig, die eigenen Planungen mit denen des RMVP zu koordinieren. Wie noch dargestellt werden wird, häuften sich zum Schluß Angriffe auf das Rundfunkmonopol, die die Arbeit Fritzsches erschwerten.

Die Gestaltung des politischen Rundfunkprogramms: Informationspolitik

Die Rundfunknachrichten erfüllten im NS-Staat niemals die Kriterien objektiver Information, sondern waren immer ein publizistisches Mittel zur Selbstdarstellung des Regimes. Die propagandistische Funktion des Nachrichtendienstes fand ihren formalen Niederschlag darin, daß die Meldungen oft auf ein bestimmtes Thema hin ausgerichtet und manchmal zu einem Erzählstrang angeordnet wurden.²¹¹ Für die Verbindung zwischen den einzelnen Meldungen sorgte ein durchgehender Kommentar, der keine Meldung ohne weltanschauliche Einordnung hinterließ bzw. hinterlassen durfte.²¹²

Die erzwungene Beimischung von Kommentarelementen führte dazu, daß der Nachrichtendienst immer länger dauerte und unattraktiv wurde.²¹³ Mit Blick auf den ausländischen Hörer formulierte der Auslandsdirektor der RRG Winkelkemper im März 1941 Kritik an der Nachrichtenpräsentation. Er verwies darauf, daß der Hörer im Ausland nur reine Tatsachenmeldungen gewohnt sei, bezog aber den inländischen Rundfunkteilnehmer unausgesprochen in seine Kritik mit ein, wenn er schrieb: „Der Zweck der Nachrichten, den Wissensdurst der Hörer zu stillen, wird bei der heutigen Nachrichtenformulierung des DD nur in den seltensten Fällen erreicht. Die Nachrichten sind nicht prägnant genug. Aus dem Gestrüpp der Polemik kann der Hörer die Nachricht nur schwer heraushören. [...] Daß wir dem Hörer in unseren Nachrichten unsere Meinung zu den Nachrichten vorkauen, ist

²⁰⁹ Hinkel an Fritzsche, 18. 2. 1944, BA R 56 I/41, Bl. 12f.

²¹⁰ Fritzsche an Passavant, 14. 2. 1944, BA R 55/20011, Bl. 540.

²¹¹ Im Oktober 1939 hatte der Rundfunkbeauftragte in der Abt. OKW/WPr., Erich Murawski, noch bemängelt, aus den vorliegenden Äußerungen gehe hervor, daß im Nachrichtendienst die Reihenfolge dem Zufall überlassen zu sein scheine. Dem „einfachen Volksgenossen“ bereite es darum Schwierigkeiten, Wesentliches von Unwesentlichem zu trennen. Darauf antwortete ihm der Leiter der Abt. Rundfunk im RMVP, Berndt, die Nachrichten hätten eine sehr sorgfältig erwogene Sendefolge. BA-MA RW 4/283, Bl. 394 und 396. Die Verknüpfung der einzelnen Nachrichten ist offenkundig also weiter vervollkommen worden. Vgl. das bei Kris/Speier, *Radio Propaganda*, S. 64ff., wiedergegebene Beispiel einer „komponierten“ Nachrichtensendung aus der Zeit der Luftschlacht um England 1940.

²¹² Für die Presse stellte ein Vertraulicher Informationsbericht vom 6. 4. 1940 fest: „Es müsse nach wie vor daran festgehalten werden, daß unkommentierte Meldungen und Nachrichten unterbleiben und möglichst die Meldung als solche bereits eine Fassung im kommentierenden Sinne erfährt.“ J. Hagemann, *Presselenkung*, S. 19.

²¹³ Der NS-Publizist Hans Amandus Münster hatte 1939 bemerkt, daß gerade die Kürze des Nachrichtendienstes Grund dafür sei, weshalb die Nachrichten von vielen Hörern, besonders auf dem Lande, bevorzugt würden. Münster, *Publizistik*, S. 86f.

keine typische Eigenschaft des DD, sondern eine typisch deutsche. Der DD müßte sich aber, wenn er Einfluß auf ausländische Hörer nehmen will, verpflichtet fühlen, sich von dieser typisch deutschen Eigenschaft freizumachen.“²¹⁴

Bei Goebbels kam von solchen Argumenten offenbar nur das an, was er brauchte, um seine Kritik an der faktischen Lenkung der Rundfunknachrichten durch den Reichspressechef zu untermauern. Die von ihm betriebene Änderung der Befehlsgewalt über den Drahtlosen Dienst behob die propagandistische Überfrachtung der Rundfunknachrichten keineswegs. Goebbels war nicht an weniger, sondern an stärker pointierter Propaganda interessiert.²¹⁵ Er griff die Schwerfälligkeit der Polemik an und forderte Fritzsche zu Vorschlägen für eine stilistische Umgestaltung des Nachrichtendienstes auf.²¹⁶ In seiner Antwort bestätigte dieser Winkelnkemper Kritik und bezog seinerseits Stellung gegen die vorgegebene Länge der Nachrichtendienste von 10 bis 15 Minuten auch bei Ausbleiben relevanten Materials.²¹⁷

Polemiken, so Fritzsche, würden in Zeiten militärischer Erfolge akzeptiert, weil sich das deutsche Volk „in seiner durch militärische Erfolge geschaffenen Hochstimmung durch jede Abfertigung des Gegners auch in politischen Dingen bestätigt fühlt. Der Wechsel zwischen beiden Nachrichtenarten und ihren Zwischenstufen müßte dem Drahtlosen Dienst laufend angegeben werden.“ Ein Teil dieser Vorschläge scheint von Goebbels akzeptiert worden zu sein, der aber seine Möglichkeiten überschätzte, den Nachrichtendienst alleinverantwortlich gestalten zu können.²¹⁸

Denn auch in der Folge wurde hier eine propagandistische Geschwätzigkeit gepflogen, die regelmäßig zu Überziehungen der Sendezeit führte.²¹⁹ Fritzsche erhielt daher ein zustimmendes Hörerecho, als er in seinem Vortrag vom 7. November 1942 seine Absichten als neuer Leiter der Rundfunkabteilung vorstellte. Er versicherte, der Nachrichtendienst solle sich zukünftig dem allgemeinen Bedürfnis nach sachlicher und klarer Unterrichtung anpassen und seine Länge vom vorliegenden Material bestimmt werden.²²⁰

In der ersten Zeit seines Wirkens konnte Fritzsche den Nachrichtendienst diesen Vorstellungen gemäß umgestalten. Außerordentlich schnell registrierten die Hörer im In- und Ausland, daß der Nachrichtendienst knapp und übersichtlich, „daß die Formulierung der Nachrichten sachlicher und ‚objektiver‘ geworden sei“ und man „auf lange Polemiken verzichte, die bei dem jetzigen Ernst der Lage doch nicht interessierten“.²²¹ Fritzsche selbst wies wiederholt in der PZUR auf genau diese Veränderung hin und begründete sie mit den Bedürfnissen der Front, gleichsam um damit den neuen Kurs gegen mögliche Angriffe abzuschirmen.²²²

²¹⁴ Winkelnkemper an Goebbels, 6. 3. 1941, DRA/SAM RMVP 58.

²¹⁵ Erlaß Goebbels vom 21. 4. 1941, BA R 55/1024, Bl. 129. Goebbels, Tagebücher I, Bd. 9, S. 205, 224 und 264 (Einträge vom 26. 3., 4. 4. und 22. 4. 1941).

²¹⁶ Goebbels, Tagebücher II, Bd. 1, S. 495 und 499 (Einträge vom 25. und 26. 9. 1941).

²¹⁷ Fritzsche an Goebbels, 24. 9. 1941, DRA/SAM RMVP 58.

²¹⁸ Goebbels, Tagebücher II, Bd. 1, S. 510f. (Eintrag vom 28. 9. 1941).

²¹⁹ Auf der Rundfunkkonferenz vom 29. 4. 1942 wurde vorgeschlagen, die Länge des Nachrichtendienstes, „soweit dies möglich ist“, auf 15 Minuten zu beschränken. BA R 55/695, Bl. 144f.

²²⁰ Für das Echo vgl. u. a. SD Frankfurt/Main, Bericht vom 11. 11. 1942, BA R 58/967, Bl. 149f., und MadR vom 12. 11. 1942, S. 4455.

²²¹ SD, „Stimmen zum Rundfunk“ vom 4. 12. 1942, BA R 55/527, Bl. 161; Hauptamt Rundfunk (RPL), Einzelmeldungen zur Aufnahme des Rundfunkprogramms in der Bevölkerung, ca. Januar 1943, BA R 55/531, Bl. 75.

²²² Vgl. PZUR vom 2. 1. 1943, StAM SpK 477, Heft III, S. 47.

Tatsächlich erzwang die „ernüchternde“ Frontlage geradezu die Umkehr zu einer realistischeren Darstellung und brachte Goebbels im November 1942 dazu, die Flucht nach vorn anzutreten.²²³ Aber die volle Wahrheit wurde von den Informationen aus dem FHQ nur ungenügend abgebildet, und erst unmittelbar vor der Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad schien sich für die Hörer aus dem Wehrmachtbericht wie nie zuvor der tatsächliche Ernst der Lage zu erschließen.²²⁴ Noch als Fritzsche in seiner PZUR vom 23. Januar 1943 behauptete, die laufende Berichterstattung könne „offener und zuverlässiger“ nicht sein, klang es nach einer Forderung.²²⁵

Als die psychologischen Nachwirkungen der Kapitulation der 6. Armee abklangen und die Hörer nicht länger mit pessimistischen Zweckmeldungen überhäuft wurden, machte sich wieder akuter Mangel an autorisierten Meldungen bemerkbar. Überall mehrten sich die Klagen, daß kaum verwertbares Nachrichtenmaterial zur Verfügung stünde und die politisch-militärische Berichterstattung gleichförmig und thematisch eintönig sei. Das Hauptamt Rundfunk der RPL initiierte eine Aktion, um sozialpolitische Meldungen zu sammeln und damit das Übergewicht außenpolitischer Polemik in den Nachrichten auszugleichen.²²⁶

Die in das Ausland übermittelten Informationen waren wesentlich reichhaltiger. Auf einer Tagung der RPL der NSDAP erwähnte Fritzsche im Juni 1943 als Grund dafür Widerstände im Inland: „Aber es ist so, daß gewisse Meldungsgruppen im Inland einfach nicht durchzubekommen sind, daß dann Dienststellen ihre Bedenken anmelden, und daß man dann auf diese ganzen Gebiete verzichten muß.“²²⁷ Auch als die offizielle Propaganda den intensivierten alliierten Luftkrieg über Deutschland in den Vordergrund stellte und als Verbrechen angriff, geschah dies auf einer stark ausgedünnten Informationsbasis, welche wenig mit den tatsächlichen Belastungen zu tun hatte, unter denen die betroffene Bevölkerung litt. Fritzsche erklärte 1946 im Nürnberger Prozeß, er sei beim Kampf um eine realistische Informationspolitik immer auf den Widerstand von Partei und AA gestoßen, vom Reichssicherheitshauptamt – genauer: vom Amt III des SD – allerdings unterstützt worden, denn in dessen „Stimmungsberichten wurde dann immer das von realistischen Nachrichten gelobt, was von den geschilderten zwei anderen Seiten bekämpft worden war“.²²⁸

Außerdem mußte Fritzsche bereits im Juni 1943 einräumen, daß sich aufgrund der „Bedürfnisse des Tages“ die Polemik „an ein paar Punkten wieder eingestellt“ habe. Diese Entwicklung beurteilte er im Kreis seiner Mitarbeiter kritisch: „Da bedeutet ein Zuviel an Polemik ein Zuwenig an Erfolg. Je nüchterner und je sachlicher wir die Tatsachen als Tatsachen

²²³ Auch der britische „Monitoring Service“ erkannte die Tendenz des deutschen Nachrichtendienstes zu einer nüchternen Formulierung und schrieb diese Entwicklung der militärischen Krise zu; vgl. Gombrich, Myth, S. 13. Zu Goebbels' *REICH*-Artikel „Die Tapferkeit des Herzens“ vom 22. 11. 1942 vermerkt ein Bericht des SD-Abschnitts Linz, nachdem er vorher keine zugkräftigen Parolen mehr gefunden habe, wage Goebbels mit diesem Artikel „einen Rückzug zur Realität“. Bericht vom 27. 11. 1942, BA NS 6/408, Bl. 11. Der Artikel ist nicht in der Sammlung „Der steile Aufstieg“ abgedruckt.

²²⁴ SD-Abschnitt Linz, Bericht vom 25. 1. 1943, BA NS 6/408, Bl. 147.

²²⁵ StAM SpK 477, Heft III, S. 61 f.

²²⁶ Vgl. z. B. SD Frankfurt/Main, Bericht vom 10. 4. 1943, BA R 58/958, Bl. 54 ff. Dies galt natürlich auch für die Presseberichterstattung. Vgl. Wantzen, Leben im Krieg, S. 1065 und 1071 (Einträge vom 15. und 29. 3. 1943). Zur Aktion des Hauptamts Rundfunk vgl. u. a. Fischer an Tießler, 23. 3. 1943, BA NS 18/21, o. Pg.

²²⁷ Tagung der RPL, 22. 6. 1943, DRA/SAM RMVP 135.

²²⁸ Aussage vom 28. 6. 1946, IMT, Bd. XVII, S. 222.

herausgeben und herausarbeiten, um so weniger haben wir es nötig, im Nachrichtendienst noch einen schimpfenden Kommentar anzufügen.“²²⁹ Offiziell aber vertrat Fritzsche weiterhin die These, daß Deutschland nunmehr eine rückhaltlos offene Nachrichtengebung habe,²³⁰ deren „größere Grundsatztreue“ die deutsche Position im internationalen Nachrichtenkampf mitunter behindere.²³¹

Mit dieser Behauptung machte sich Fritzsche allerdings unglaublich, vor allem bei denjenigen seiner Hörer, die schon seit längerem die Nachrichtenpolitik ausländischer Sender mit dem erratischen Gebaren der deutschen Propaganda verglichen. Für sie war ausschlaggebend, daß der deutsche Nachrichtendienst zu unangenehmen Themen häufig schwieg. Im September 1943, nach der politischen Umwälzung in Italien, wurde aber in der PZUR selbst erörtert, „warum wir geschwiegen haben“.²³² Man befließigte sich vorübergehend wieder einer größeren Offenheit, vor allem hinsichtlich des Rückzugs im Osten. Zu dieser Zeit war es immer noch möglich, mit einer solchen Gegenbewegung verlorenes Terrain in der Bevölkerung zurückzugewinnen, wenngleich dort der Anteil der prinzipiell Mißtrauischen stetig wuchs.²³³

In der täglichen Umsetzung erfüllten die Mitarbeiter des Rundfunks die zentrale Vorgabe ihres Ministers, der „realistische Darstellung“ nur als Frage des Stils, nicht des Bezugs zur Wahrheit begriff und verwendet wissen wollte. Sie deuteten bedenkenlos Sachverhalte um oder verfälschten diese sogar. Schrieb zum Beispiel die britische Zeitschrift *Economist* von einem sowjetischen Commonwealth, hieß es dann in der Rundfunkparole vom 5. November 1943, der Anspruch der Bolschewisten auf ganz Europa werde durch den *Economist* bestätigt, welcher von einer „Welt der vereinigten bolschewistischen Nationen“ spräche.²³⁴ Veröffentlichte eine britische Zeitung Leserbriefe, so waren diese als Meinung des jeweiligen Blattes wiederzugeben.²³⁵

Insgesamt verlor der Nachrichtendienst weiter an Informationsgehalt und legte an propagandistischer Zuspitzung wieder zu, je länger der Krieg dauerte. Im April 1944 erbat Fritzsche erneut Vorschläge, wie der gegenüber den für das Ausland bestimmten Nachrichten stark ins Hintertreffen geratene Inlands-Nachrichtendienst wieder informativer werden könne.²³⁶ Der Bearbeiter dieser Vorlage bestätigte, daß innerhalb des zurückliegenden Jahres der Nachrichtendienst sich inhaltlich und stilistisch zurückentwickelt hatte. Den Vorschlag, in jedem Nachrichtenblock die Nachrichten des Tages zu wiederholen, die die Grundlage für die Beurteilung der Kriegslage darstellten, lehnte er ab, weil damit „der po-

²²⁹ RAB vom 15. 11. 1943, DRA.

²³⁰ Fritzsche, PZUR vom 25. 9. 1943, BA R 55/525, Bl. 119. Im gleichen Kommentar sprach er von einer „völlig freien Diskussion des deutschen Volkes“.

²³¹ PZUR vom 11. 12. 1943, BA R 55/525, Bl. 204.

²³² Vgl. dazu Fritzsche, PZUR vom 11. 9. 1943, BA R 55/525, Bl. 97. Goebbels veröffentlichte am 19. 9. 1943 zu diesem Thema seinen *REICH*-Artikel „Das Schulbeispiel“ [abgedruckt in Goebbels, *Der steile Aufstieg*, S. 456ff.]; vorher hatte Ludwig Alwnes im Wiener *VB* des 14. 9. 1943 unter dem Titel „Warum wir geschwiegen haben“ auf die Kritik der Bevölkerung reagiert; vgl. SD Linz, Bericht vom 21. 9. 1943, der u. a. auch feststellt: „In stärkerem Maße fallen aufgrund der sich überstürzenden Ereignisse die scheinbaren und tatsächlichen Widersprüche innerhalb unserer Propaganda auf.“ BA NS 6/96, Bl. 172.

²³³ SD Linz, Berichte vom 28. 9., 5. 10. und 12. 10. 1943, BA NS 6/96, Bl. 190, sowie BA NS 6/97, Bl. 2 und 24.

²³⁴ RAB vom 5. 11. 1943, DRA.

²³⁵ RAB vom 11. 11. 1943, DRA.

²³⁶ Fritzsche an Hantschel (Abt. Rfk), 26. 4. 1944, DRA/SAM RMVP 58, Bl. 449.

litische Tendenzcharakter in den einzelnen Nachrichten noch viel unangenehmer zur Geltung kommt als bisher schon“.²³⁷

Zwar hatte Goebbels in seinem Erlaß vom 21. April 1941 festgehalten, daß der Drahtlose Dienst seine Weisungen entweder vom Propagandaminister oder vom Reichspressechef erhielt.²³⁸ Dietrich beharrte jedoch unbeirrt auf der Unterstellung des DD unter die Presseabteilung der Reichsregierung.²³⁹ Fritzsche antwortete darauf trotzig, mit seiner eigenen Berufung zum Leiter Rundfunk sei der Drahtlose Dienst automatisch ein Bestandteil der Rundfunkabteilung geworden. Auch ließ er wiederholt erkennen, er sei auf eine Abstimmung mit der Presseabteilung nicht angewiesen.²⁴⁰

Gleichzeitig versuchte er ein weiteres Mal, eine stärker informationsbetonte Nachrichtengebung zu erreichen und setzte zu diesem Zweck Schwarz van Berk für 14 Tage als kommissarischen Hauptschriftleiter des DD ein. Dessen Vorschläge zielten auf mehr Eigenständigkeit der Nachrichtengebung auch gegenüber dem OKW, weniger propagandistischen Kommentar („Die eigene Kommentierung der Nachricht soll möglichst nur einen Satz umfassen“) und eine Abkehr von der Praxis, substanzlose Meldungen oder solche aus obskuren Kleinblättern zur Nachricht aufzuplustern („Fort mit allen Meldungen ohne Substanz und ohne Realität“).²⁴¹ Solange der Reichspressechef und die hinter ihm maßgeblichen Kräfte in FHQ und Partei aber auf ihrem Lenkungsanspruch bei der Nachrichtengebung beharrten, mußten Fritzsches Versuche, die Nachrichtenpolitik des Rundfunks unabhängig zu gestalten, erfolglos bleiben.

Eine größere Unabhängigkeit war der Rundfunkabteilung bei den übrigen politischen Programmteilen gegeben. Veränderungen wurden damit begründet, daß sich der Rundfunk mit ihnen einer breiteren Hörerschaft öffne. Diese „breitere“ Hörerzahl war schon dadurch gegeben, daß es zum politischen Programm während der Hauptsendezeit am Abend keine Alternative gab. Das zwischen 1942 und 1944 ausgestrahlte zweite Programmsparte diesen Zeitraum aus. Im Mai 1942 erklärte der damalige Leiter der Rundfunkabteilung, Wolfgang Diewerge, gegenüber der im SD-Bericht enthaltenen Kritik der Hörer an der neuen Magazinsendung ‚Zeitspiegel‘, dieser „wende sich in erster Linie ja auch bewußt an andere Kreise als die früheren Sendungen ‚Aus dem Zeitgeschehen‘. Er will in stärkerem Maße als die fast akademische frühere Sendungsform die breiten Hörschichten, und vor allem die Soldaten, ansprechen.“²⁴²

Auf die offenkundige Übersättigung der Hörer mit politischen Wortsendungen reagierte der Rundfunk, indem er die verschiedenen politisch-informativen Sendungen zu „Eine Stunde Zeitgeschehen“ zusammenfaßte. Auch wenn das Echo darauf positiv war, behob diese kosmetische Änderung nicht das Mißverhältnis von Information und Meinung. Der Rundfunk als Führungsmedium war ernstlich in Gefahr, seine Hörer zu verlieren.²⁴³ Als

²³⁷ Hantschel an Fritzsche, 4.5.1944, DRA/SAM RMVP 58, Bl. 512.

²³⁸ BA R 55/1024, Bl. 129.

²³⁹ Fritzsche an Goebbels, 11.8.1944, BA R 55/561, Bl. 166.

²⁴⁰ Fritzsche an Dietrich, 21.8.1944, DRA/SAM RMVP 58; Goebbels, Tagebücher II, Bd. 13, S. 298 (Eintrag vom 23.8.1944); Fritzsche an Goebbels, 31.8.1944, BA R 55/1254, Bl. 2; RAB vom 30.9.1944, DRA: „[...] Sie wissen, ich lege Wert darauf, da wohl im Gleichschritt zu gehen. Ich habe nur eben nicht die Lust und darf es ja auch gar nicht, mich binden zu lassen an andere Gesetze einer anderen Publikationsform, aber in solchen Dingen können wir das ja ohne weiteres miteinander abstimmen.“

²⁴¹ Fritzsche an Dietrich, 21.8.1944; Sitzungsprotokoll vom 30.8.1944; Schwarz van Berk an Fritzsche, 31.8.1944; alle DRA/SAM RMVP 58.

²⁴² Diewerge an Goebbels, 14.5.1942, BA R 55/20640, Bl. 25ff.

²⁴³ Vgl. SD Frankfurt/Main, Berichte vom 26.4. und vom 26.5.1943, BA R 58/958, Bl. 71 und 104.

„Leiter Rundfunk“ hatte Fritzsche wenige Möglichkeiten, direkt auf die Stoffauswahl und Tendenz einzuwirken, um dem Rundfunk ein individuelles Profil zu verleihen und dem schwankenden Hörerinteresse entgegenzukommen. Auch wurde er mitunter von Goebbels übergangen, der dann Änderungen von Programmteilen direkt mit den Verantwortlichen der Rundfunkabteilung besprach.²⁴⁴ Um aber trotzdem seine Vorstellungen umzusetzen, griff er auf vielfältige Weise in die Produktion ein, nahm eine direkte Bearbeitung jedoch nur bei wichtigen Vorträgen vor.

Die Vorträge des bereits erwähnten Militärkommentators Dittmar blieben weiterhin populär, weshalb Fritzsche ihnen besondere Aufmerksamkeit widmete. „Wie immer in der Klarheit, Sachlichkeit und Überzeugungskraft vorzüglich“,²⁴⁵ meinte etwa ein Beobachter 1944. Auch im Ausland vermerkte man, wie sehr sich Dittmar als rein militärisch orientierter Fachmann präsentierte, jede ideologische Färbung zu vermeiden suchte und von einer Herabsetzung des Feindes Abstand nahm.²⁴⁶ Seine Vorträge hatten im Rundfunk denselben Stellenwert wie die politischen Stellungnahmen von Goebbels.

Dittmar allerdings war mit seiner Objektivität in Gefahr, bei den höchsten deutschen Stellen Mißbilligung hervorzurufen.²⁴⁷ Oft war es daher an Fritzsche, dafür Sorge zu tragen, daß sich Dittmars Kommentare nicht im Widerspruch zur aktuellen Informationspolitik befanden. Im Kern entsprachen sie jedoch den Vorstellungen, mit denen die Abteilung OKW/Wpr. die Funktion eines obersten Militärkommentators verband. Dieser sollte imstande sein, in engen Grenzen auch kritische Anmerkungen zur militärischen Lage Deutschlands zu formulieren.²⁴⁸ Diese Rolle füllte Dittmar erfolgreich aus, wie sich in der Winterkrise 1942/43 zeigte.

Sein Vortrag vom 11. Januar 1943 war zwar von dem Bemühen um Zuversicht geprägt und hob hervor, im Gegensatz zum vorigen Winter sei die Truppenversorgung und -verschiebung besser organisiert; er wurde aber insgesamt doch als pessimistisch wahrgenommen.²⁴⁹ Goebbels kritisierte ihn heftig und beklagte, der Ernst der Lage sei hier im luftleeren Raum und ohne propagandistische Einbettung geschildert worden. Nun müsse er selbst eingreifen. Unzweifelhaft ärgerte er sich darüber, daß Dittmar ohne Kenntnis der laufenden Vorbereitungen zum totalen Krieg „seine Erklärungen nur aus dem Handgelenk von sich gegeben hat“. Dafür machte er Fritzsche verantwortlich, der ihm diesen Kommentar nicht vor der Ausstrahlung vorgelegt hatte²⁵⁰ und gab ihm die sarkastisch eingefärbte Weisung, ihn

²⁴⁴ Goebbels besprach z. B. im Februar 1944 direkt mit dem Gruppenleiter Utermann die Neugestaltung des „Zeitspiegels“, nachdem er sich mehrere Male über die Gestaltung des Zeitgeschehens bei Fritzsche beschwert hatte. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 11, S. 229 (Eintrag vom 3. 2. 1944).

²⁴⁵ Rundfunkwissenschaftliches Institut Freiburg, Abhörbericht für 11.–15. 4. 1944, gez. Dr. Roedemeyer, DRA/SAM RMVP 80.

²⁴⁶ Vgl. hierzu Kris/Speier, Radio Propaganda, S. 76, und BBC, Sendung für die Slowakei, 17. 11. 1943, Tendenzverzeichnis [RMVP] vom 17. 11. 1943, BA R 58/367, Bl. 38.

²⁴⁷ Mitschrift aus der Ministerkonferenz vom 16. 6. 1942, BA NS 18/337, o. Pg. – dort ein Hinweis auf einen Vortrag über Schwierigkeiten um Sewastopol ohne Namensnennung.

²⁴⁸ Ausarbeitung von Martin (OKW/WPr.) in der Anlage zum Schreiben vom 20. 8. 1942, sowie Ausarbeitung v. Wedel, 11. 8. 1942, BA R 55/537, Bl. 2 und 5ff.; Naumann an Fritzsche, 27. 10. 1942, ebd., Bl. 1.

²⁴⁹ Bericht der Parteikanzlei vom 22. 1. 1943, BA NS 6/414, Bl. 19; anders SD Stuttgart, Bericht vom 16. 1. 1943, BA R 58/959, Bl. 36. Vergleichsweise neutral formulierten die „Meldungen aus dem Reich“ vom 18. 1. 1943, daß die Ausführungen Dittmars über den rücksichtslosen Einsatz der Sowjets und die in Deutschland notwendigen Einschränkungen „weiter besprochen“ würden; ebd., S. 4697.

²⁵⁰ Fritzsche erhielt die Kommentare direkt von Dittmar vorgelegt. Dittmar, Aussage vom 22. 9. 1947, Protokoll BV Fritzsche, StAM SpK 475, Heft XXVI.

„in Zukunft von so weitgehenden Erklärungen vorher zu unterrichten, damit ich nicht erst durch den britischen Nachrichtendienst davon erfahre“.²⁵¹

Sowohl Dittmar als auch Fritzsche verwiesen später auf diese Kritik als Beleg dafür, daß sie gegen Widerstand von oben eine realistische Nachrichtenpolitik hatten umsetzen wollen.²⁵² Nach eigener Aussage hatte Fritzsche diesen Vortrag gemeinsam mit Dittmar ausgearbeitet. Allgemein seien dessen Vorträge von ihm sorgfältig vorausgeplant worden, um eine realistische Darstellung im Rundfunk plazieren zu können.²⁵³ Dittmar behauptete seinerseits, Fritzsche sei froh gewesen, „einen Kommentator gefunden zu haben, der in diskreter Weise Gedanken zum Ausdruck brachte, die seinen eigenen ähnelten“.²⁵⁴

Wie die folgenden Vorträge zeigten, zog die Kritik von Goebbels keine weitreichenden Änderungen nach sich. Ende Januar 1943 sprach Dittmar von „sorgenvollen Züge[n]“, welche die Lage bei Stalingrad und im Donbogen aufweise, und ließ keinen Zweifel daran, daß die 6. Armee dort ihren letzten Kampf fechte.²⁵⁵ Er griff die historischen Parallelen auf, die im weiteren für die Inszenierung der Kapitulation als Mythos bemüht werden sollten, von den Spartanern des Leonidas über die Nibelungen bis zu den militärischen Rückschlägen Friedrichs des Großen.

Im April 1943 häuften sich Beschwerden darüber, daß sich die militärischen Kommentare zu systematisch mit der deutschen Kriegslage auseinandersetzten. Offiziell kleidete man diese Kritik in die Befürchtung, der Gegner könne in das deutsche operative Denken Einblick nehmen.²⁵⁶ Unter Bezug auf die Tätigkeitsberichte der Reichspropagandaämter wurde Fritzsche von den Bedenken seines Ministers informiert und gebeten, „in Zusammenarbeit mit dem OKW das Notwendige zu veranlassen“.²⁵⁷ Auf der Rundfunkkonferenz vom 28. Mai 1943 gab Goebbels die Anregung, Dittmar solle in einem Nebensatz auf diese Befürchtungen in der Bevölkerung eingehen.²⁵⁸

Später in Nürnberg sagte Fritzsche aus, obwohl er nicht, wie es Dittmar in englischer Gefangenschaft behauptet hatte, ein „heimlicher Opponent des Regimes“ gewesen sei, habe er Dittmar „immer verteidigt gegen alle Angriffe, insbesondere gegen die Angriffe der Partei, aber auch gegen die Angriffe des Auswärtigen Amtes, das immer wieder darauf verwies, diese nüchternen Darstellungen Dittmars wirkten auf die Verbündeten Deutschlands schlecht“.²⁵⁹ Fest steht jedoch, daß Dittmar 1943 vom OKH beauftragt wurde, in Finnland einen Vortrag über die militärischen Operationen des zurückliegenden Winters zu halten,²⁶⁰ und eine Reihe seiner Rundfunkvorträge als parteiamtliches Lehrmittel herausgege-

²⁵¹ Goebbels, Tagebücher II, Bd. 3, S. 108 (Eintrag vom 14. 1. 1943), außerdem S. 103, 114 und 126 (Einträge vom 13., 14. und 16. 1. 1943).

²⁵² Dittmar, Aussage vom 22. 9. 1947, Protokoll BV Fritzsche, StAM SpK 475, Heft XXVI, sowie „Der Eindruck der Fritzsche-Kommentare in England“, *Frankfurter Neue Presse*, Nr. 112 vom 24. 9. 1947 (ZA IfZ).

²⁵³ Fritzsche, Aussage SKV vom 28. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

²⁵⁴ Fritzsche, Aussage vom 27. 6. 1946, IMT, Bd. XVII, S. 170.

²⁵⁵ „Zwischenbilanz der Winterschlacht“, 25. 1. 1943, Typoskript, BA-MA RW 4/265, o. Pg.

²⁵⁶ Vgl. u. a. Bericht der Parteikanzlei vom 8. 5. 1943, BA NS 6/415, Bl. 14f.

²⁵⁷ Tätigkeitsbericht der RPÄ vom 12. 4. 1943, Naumann an Leiter Pro, 17. 4. 1943, sowie Abt. Pro an Leiter Rundfunk, 20. 4. 1943; BA R 55/601, Bl. 16, 20 und 21.

²⁵⁸ BA NS 18/313, o. Pg.

²⁵⁹ Aussage vom 27. 6. 1946, IMT, Bd. XVII, S. 171.

²⁶⁰ Das Manuskript des Vortrages wurde allerdings vom Oberkommando des Heeres Hider vorgelegt, der sich dagegen aussprach, die Operationen öffentlich zu behandeln, da die Behandlung Stalingrads „nicht ohne Werturteil über unsere Verbündeten“ erfolgen könne. Schreiben Keitel an Müller (OKH) vom 1. 6. 1943, BA-MA RW 4/309b, Bl. 106.

ben wurden. Noch 1944/45 waren sie Bestandteil der wehrmachtsinternen Schulungsunterlagen.²⁶¹ Seine Tätigkeit ordnete sich also in das Propagandakonzept besser ein, als es manchmal den Anschein hatte.

Immer wieder lobten seine Hörer, daß Dittmar imstande war, Rückschläge auch als solche zu bezeichnen. Ihnen entging aber, wie es Dittmar in seinen Vorträgen regelmäßig nach der eingangs gezeigten „rückhaltlosen Offenheit“ gelang, eine zuversichtliche Betrachtung im Sinne der offiziellen Propaganda daran anzuknüpfen und diese als ebenso objektiv erscheinen zu lassen.²⁶² Die Vorträge Dittmars wurden jetzt häufiger von Goebbels selbst geprüft.²⁶³ Ein weiteres Mal sah sich Fritzsche im August 1944 veranlaßt, einen Kommentar gegen interne Kritik zu verteidigen und hob dabei hervor, „daß die überwiegende Mehrheit der Rundfunkhörer die Dittmar-Vorträge richtig versteht und daraus Kraft und Mut schöpft“.²⁶⁴ Noch im November 1944 stellte ein Bericht fest: „Vor allem einfache Volksgenossen sagten, daß sie sogar ihre Arbeit versäumten, um Dittmar zu hören, der es wenigstens so sage, wie es in Wirklichkeit sei.“²⁶⁵ Dies traf für den Großteil des übrigen politischen Rundfunkprogramms schon lange nicht mehr zu, und schon gar nicht für Fritzsches eigene Kommentare.

Spätestens im Herbst 1942 hatte sich ein Rezeptionsschema der Hörer von politischen Sendungen verfestigt. Gab die militärische Lage Anlaß zur Hoffnung, wurden von der Bevölkerung alle Informationsmittel intensiv genutzt, und somit auch der Rundfunk. Stagnierte die Kriegslage, breitete sich mit dem wieder wachsenden Anteil an Propaganda zu Lasten von Information die Langeweile aus.²⁶⁶ Bahnte sich eine erhebliche Verschlechterung an, wurden die Medien kritisch geprüft, wieviel sie willens und imstande waren, auch zu einer negativen Entwicklung zu sagen.

Die kurzfristige Nachrichtenoffensive im Umfeld der Kapitulation von Stalingrad bewirkte auf einige Zeit, daß die Hörer in dieser Krise auf die „Führungsmittel“ vertrauten. Die folgenden militärischen und politischen Krisen wurden aber nur verzögert oder gar nicht thematisiert, und schon kannte in diesen Phasen die Ablehnung des laufenden Programms keine Grenzen.²⁶⁷ Daß diese Krisen meist dazu genutzt wurden, zur Ablenkung ein ideologisches Thema wie den Antisemitismus oder den Antibolschewismus unablässig und monoton wochenlang in allen Sendeformaten durchzuarbeiten, verstärkte die Hörerflucht.

Bereits im Sommer 1943 zog man daraus in der Führung der NSDAP den Schluß, daß eine wirksame Beeinflussung jetzt nur noch durch Propagandakampagnen „vor Ort“ erfolgen könne. Die vom Reichspropagandaleiter Goebbels bevorzugten Instrumente der „me-

²⁶¹ Vgl. die im Bestand des Reichsministeriums für die eroberten Ostgebiete erhaltenen Umdrucke der Dienststelle Rosenberg für Juni – September 1943, IfZ MA-253, S. 947–968, sowie die 1944/45 als Beilage der vom NS-Führungsstab der Wehrmacht herausgegebenen Schrift „Der politische Soldat“ abgedruckten Vorträge, BA-MA RW 4/265, o. Pg.

²⁶² Vgl. z. B. „Epilog zur Winterschlacht“ vom 22. 3. 1943 und „Das Wechselspiel des Kampfes“ vom 24. 8. 1943. Typoskripte, BA-MA RW 4/265.

²⁶³ Vgl. Fritzsche an Goebbels, 17. 7. 1944, BA R 55/559, Bl. 80: „Weisungsgemäß übermittle ich den von mir bereits vorgeprüften Wortlaut des Vortrages [...]“. Ähnlich 29. 8. und 5. 9. 1944, ebd., Bl. 173 und 202.

²⁶⁴ Abt. Pro (RMVP) an Goebbels, 25. 8. 1944, Stellungnahme Fritzsche vom 26. 8. 1944; BA R 55/559, Bl. 160 ff.

²⁶⁵ Tätigkeitsbericht der RPÄ vom 21. 11. 1944, BA R 55/601, Bl. 233.

²⁶⁶ Vgl. Hauptamt Rundfunk (RPL), Programmbeobachtungen der Gaue vom 9. 11. 1942, BA R 55/20640.

²⁶⁷ Vgl. u. a. SD Würzburg, Bericht vom 22. 6. 1943, BA R 58/1130, Bl. 55.

chanischen Staatspropaganda“ hätten ihre Wirkung bei der Bevölkerung eingebüßt.²⁶⁸ Die Rezipienten wichen auf die nicht autorisierten, bzw. strafrechtlich sanktionierten Informationsquellen aus, also auf Gerüchte, vor allem aber auf die Informationsprogramme ausländischer Rundfunksender. Wiederholt wurde auf Ermittlungen verwiesen, nach denen die meisten im Reich kursierenden Gerüchte auf Meldungen ausländischer Sender zurückgingen.²⁶⁹

Die Abwehr von Gerüchten erfolgte zum einen durch Staats- und Parteiinstitutionen, die regelmäßig über die aktuell kursierenden Gerüchte informiert und oft mit entsprechenden Antworten versorgt wurden.²⁷⁰ Zum anderen verstärkte der Verfolgungsapparat seine Bemühungen, gegen die Verbreitung von Gerüchten vorzugehen.²⁷¹ Daneben beschäftigten sich die Kommentare in Presse und Rundfunk zunehmend mit kursierenden Gerüchten. Fritzsche nutzte dazu nicht nur seine eigenen Kommentare, sondern bemühte sich auch, das Thema im Rundfunk mit unverdächtigeren Sendeformen zu behandeln. Auf diese Weise sollte mit den Befürchtungen und Gerüchten in der Bevölkerung „gearbeitet“ werden, anstatt sie zu ignorieren. Als deren Umfang überhand nahm, entwickelte die Gruppe Zeitgeschehen in der Abteilung Rundfunk den „Nervenzerr“ als eine Figur, mit der alle negativen Wirkungen der Verbreitung von Gerüchten illustriert werden sollten. „In Form eines Tagesspruchs soll ‚Nervenzerr‘ gegen die Weiterverbreitung von Gerüchten wirken. Die Entwürfe prüfe ich [das heißt: Fritzsche] ausnahmslos vorher selbst.“²⁷² Das Schicksal dieses fallengelassenen Projekts belegt aber, daß dieser „realistischen“ Propaganda sehr enge Grenzen gesetzt waren.²⁷³ „Realismus“ durfte nur in einer propagandistisch verzerrten Form inszeniert werden; ohne einen propagandistischen Fokus aber wurde das Eingehen auf alle möglichen abträglichen Gerüchte und Stimmungen als kontraproduktiv verstanden. Somit waren vor allem die propagandistischen Fähigkeiten Fritzsches gefordert.

Propaganda und Information – Tendenzen der Rundfunkpropaganda im „Totalen Krieg“

Seit Erich Ludendorff und andere Protagonisten des Ersten Weltkrieges in ihren theoretischen Schriften nach der eigenen Niederlage die Kriegführung der Zukunft entworfen hatten, galt es allgemein als notwendig, mittels der Propaganda die Bevölkerung für den Kriegseinsatz zu mobilisieren. Ein „totaler Krieg“ bot nur dann Aussicht auf einen Sieg,

²⁶⁸ So äußerte sich Befehlsleiter Schütt in einer Vorlage der Partei-Kanzlei vom 27.8.1943, zit. nach Steinert, Hitlers Krieg, S. 406.

²⁶⁹ Erkundungsdienst/RMVP, Bericht vom 25.2.1943, BA R 55/1266, Bl. 137.

²⁷⁰ Im September 1943 wurde vom RMVP verfügt, daß alle Gerüchte, die nachweislich aus gegnerischen Rundfunksendungen stammten, in einem gesonderten „Gerüchtespiegel“ wöchentlich an alle Sondergerichte, Staatspolizeistellen etc. ausgehändigt wurden, um die Strafverfolgung von Hörern ausländischer Sender zu erleichtern. RMVP (Abt. Pro) an GPA Halle, FS vom 30.9.1943, BA R 55/613, Bl. 47; Erlaß des RSHA laut Rundschreiben der Stapo-Leitstelle Düsseldorf, 27.9.1943, BA R 58/268, Bl. 55f. Die Sammeltätigkeit für die im RMVP (Abt. Pro) geführte „Gerüchtekartei“ ist offenbar immer wieder zum Erliegen gekommen. Darum wurden im Oktober 1944 alle RPÄ aufgefordert, die in ihrem jeweiligen Gau umlaufenden Gerüchte direkt an die Gau- und Kreisredner zur Entgegnung weiterzuleiten. FS an alle RPÄ vom 24.10.1944, BA R 55/608, Bl. 18. Vgl. RMVP (Leiter Abt. Pro) an Leiter Rundfunk, 27.9.1944, BA R 55/1394, Bl. 257.

²⁷¹ Vgl. RSHA, Rundschreiben vom 27.11.1942 [Abschrift], BA R 58/268, Bl. 43.

²⁷² Schreiben Fritzsche an Goebbels vom 6.1.1944, BA R 55/20018, Bl. 304.

²⁷³ Texte in BA R 55/20018, Bl. 308ff. Vgl. dazu Leiter Abt. Pro an Fritzsche, 17.2.1944, ebd., Bl. 317 („Wir können dem Herrn Minister diese Platten nicht vorlegen“); Fritzsche an Utermann, 21.2.1944, ebd., Bl. 321.

wenn mit allen Mitteln der Beeinflussung die „Heimatfront“ zum Durchhalten gebracht werden konnte. Allgemein war man überzeugt, ein konzertierter Einsatz der Massenmedien könne diese Wirkung erzielen, und die Erfolge der Medienlenkung bei den außenpolitischen „Aktionen“ der NS-Friedensjahre schienen dieser Überzeugung Recht zu geben.

Doch auf einen langen Krieg war man weder strategisch noch medienpolitisch eingestellt. Die Profis der „Menschenführung“ ahnten, daß man einer langen Kriegsdauer propagandistisch nicht gewachsen war, ja eine solche den eigenen Vorstellungen von erfolgreicher Propaganda widersprach. Bereits die ersten Jahre des Nationalsozialismus hatten gezeigt, daß sich bei einer längeren Stagnation Unmut über die innenpolitische Situation breitmachen konnte.

Im Stillen hatte sich vielleicht schon lang Mißtrauen gegenüber dem staatlichen Informationsmonopol verbreitet. Doch erst zu Beginn des Krisenjahrs 1943 wurde der bisherige Rhythmus von Abgrenzung und Wiederannäherung zwischen Bevölkerung und Führung durchbrochen. Denn die militärische Katastrophe von Stalingrad war zwar zunächst auch eine propagandistische Gewiesen. Jedoch gelang es der Propaganda, durch hektisches Umsteuern von den monatlang aufgebauten Siegeserwartungen abzukommen und an ihrer Stelle die gnadenlose Ausbeutung dieses Rückschlags vorzunehmen.

Als unumkehrbar mit einem völligen Verlust der eingekesselten Armee zu rechnen war, fand die Propaganda zunächst für einige Tage keine überzeugende Parole, mit der sie dem zu erwartenden Stimmungseinbruch begegnen konnte.²⁷⁴ Dann aber erwies sich, daß Stalingrad instrumentalisiert werden konnte, um die verstörte Bevölkerung zu intensiverem Kriegseinsatz aufzufordern. Es ist bereits erwähnt worden, daß Generalleutnant Dittmar in seinen Kommentaren hierbei der Konzeption des RMVP vorgegriffen hatte. Nun sprach auch Fritzsche davon, daß ein jeder in Deutschland an die Männer denken müsse, die bis zum Letzten unter den härtesten Bedingungen kämpften und damit die Tat vollbrächten, „an der sich der Kampfwille der Nation entzündet“.²⁷⁵

Zeitgenössische Berichte lassen vermuten, daß diese Strategie zunächst erfolgreich war. So meldete der SD-Abschnitt Linz: „[...] die Presseberichterstattung über Stalingrad und die damit verbundene Aufforderung an die Heimat löste eine außerordentliche Bereitschaft zum totalen Kriegseinsatz aus.“ Insgesamt hätten die Auswirkungen der Berichterstattung gezeigt, „daß die Bevölkerung tatsächlich stark genug ist, auch die bitterste Wahrheit zu hören. Man empfindet, daß die Propaganda noch nie in so engem Kontakt zur Bevölkerung gestanden hat [...]“.²⁷⁶ Die völlig neue, von der Siegesgewißheit auf den Überlebenskampf gewendete Propaganda schien das Volk ähnlich zusammenzuschweißen, wie es im Herbst 1940 in England gelungen war.

Daneben stehen aber viele Äußerungen, die eine gefährliche Verstörung der Bevölkerung festhalten. Der Rundfunk raubte insbesondere den Angehörigen der im Kessel Eingeschlossenen die Nerven, wenn er mit viel Liebe zum Detail die Entbehrungen und Qualen der 6. Armee ausmalte. Hierbei ging er offenbar weiter als die Presse.²⁷⁷ Fritzsches Vortrag nach der Kapitulation von Stalingrad wurde, so meldete ein SD-Unterabschnitt, nicht zu-

²⁷⁴ Vgl. Ursula v. Kardorff, Eintrag vom 25. 1. 1943: „In der Redaktion allgemeine Hysterie, weil dauernd andere Befehle aus dem Promi kommen.“ Dies., Aufzeichnungen, S. 62.

²⁷⁵ PZUR vom 26. 1. 1943, StAM SpK 477, S. 64f.

²⁷⁶ SD-Abschnitt Linz, Bericht vom 30. 1. 1943, BA NS 6/408, Bl. 172ff.

²⁷⁷ „Pg. Denecke vom RPA Berlin brachte schwerste Vorwürfe gegen die Rundfunk-Nachrichtengebung im Fall Stalingrad vor, die im Gegensatz zu der guten Presseberichterstattung den Finger immer wieder in die Wunde gelegt habe.“ Protokoll einer Sitzung des Reichs-Rundfunk-Rings in der RPL vom 9. 2. 1943, BA R 55/20624, Bl. 9.

letzt deswegen von vielen wieder ausgeschaltet, weil die Propaganda in der letzten Zeit Stalingrad regelrecht ausgeschlachtet habe und es gerade für die Angehörigen der dort Eingeschlossenen eine Zumutung sei, wieder und wieder an deren Qualen und Strapazen erinnert zu werden.²⁷⁸

In vielen Berichten wurde dagegen heftige Kritik artikuliert und aus Parteikreisen der dringende Rat erteilt, mit dem „massierten Einhämmern auf die Stimmung der Bevölkerung“ aufzuhören.²⁷⁹ Doch die mit allen Mitteln umgesetzte Propagandastrategie, vom Gegner „Kraft durch Furcht“ betitelt, entwickelte ihre eigene Dynamik, allerdings nicht nur im Sinn ihrer Verfechter.

Fritzsche erklärte in einem Kommentar, die neue propagandistische Ausrichtung propagiere keineswegs „Kraft durch Furcht“, sondern sei vielmehr ein Feldzug für die Kraft durch Wahrheit.²⁸⁰ Doch spielte er selbst dabei durchaus die Karte der Furcht aus. In einem Artikel vom 30. Januar 1943 wurde Frontsoldaten der Kriegseinsatz ihrer Frauen mit dem Hinweis auf die von infernalischem Haß getragenen Pläne der Feinde nahegebracht.²⁸¹ Währenddessen lenkte der Rundfunk die Emotionen, etwa durch die drastische Gestaltung politischer Hörszene wie „Dünaburg 1941“, in die gewünschte Richtung, und der SD hielt dazu fest, es „dürfte der propagandistische Zweck, Furcht vor dem Bolschewismus zu erwecken, erreicht worden sein“.²⁸²

Schon nach kurzer Zeit griffen die Steuerungsmechanismen der Informationspolitik. War ein Tiefpunkt in der Stimmung erreicht, galt es, die optimistischen Elemente wieder maßvoll herauszustreichen. Anfang März 1943 machte Fritzsche bereits wieder einen Umschwung der Lage und die Konsolidierung der Front im Osten zum Gegenstand seiner Kommentare.²⁸³ Die im Anschluß an die Konsolidierung einsetzende antibolschewistische und antijüdische Hetzkampagne verfolgte ihrerseits das Ziel, die gewonnene Bereitschaft zur totalen Kriegführung nicht durch optimistischere Stimmungen und die allgemein verbreitete Überzeugung, die Propaganda habe aus durchsichtigen Motiven „zu dick aufgetragen“²⁸⁴, gefährden zu lassen. Auch jetzt ging mit der Stabilisierung der Ostfront die Hoffnung einher, der Ostfeldzug könne wieder neues Terrain gewinnen und sogar der Einmarsch in den Iran erreicht werden. Allgemein erwartete man eine neue Offensive im Osten.²⁸⁵

²⁷⁸ SD Frankfurt/Main, Bericht vom 15. 2. 1943, BA R 58/789, Bl. 108f., vgl. auch dessen Bericht vom 6. 2. 43, BA R 58/958, Bl. 2. Ursula v. Kardorff spricht in ihren Aufzeichnungen von „einem Trommelfeuer der Stalingrader Leiden“. Dies., Aufzeichnungen, S. 61.

²⁷⁹ Bericht der Parteikanzlei vom 29. 1. 1943, BA NS 6/414, Bl. 28.

²⁸⁰ Damit meinte er die „Aufklärung“ über die alliierten Absichten, Europa der Sowjetunion zu überlassen. PZUR vom 9. 2. 1943, StAM SpK 477, Bl. 74ff. Dennoch konstatierte sogar Thomas Mann in seiner an die deutschen Hörer gerichteten Rundfunkansprache vom 22. 2. 1943 eine „rückhaltlose Redlichkeit“ der NS-Propaganda, stellte allerdings den treffenden Satz voran: „In gewissem Munde wird nämlich auch die Wahrheit zur Lüge, zu einem Mittel des Betrug, – und widerwärtiger kann man freilich nicht lügen als mit der Wahrheit.“ Thomas Mann, Politische Schriften und Reden, Bd. III, S. 246f.

²⁸¹ Fritzsche, „Deine Frau hilft mit?“, Artikel vom 30. 1. 1943 (Typoskript), BA R 55/524, Bl. 55.

²⁸² SD Stuttgart, Bericht vom 19. 5. 1943, BA R 58/959, Bl. 75.

²⁸³ Vgl. PZUR vom 3. 3. und 9. 3. 1943, BA R 55/524, Bl. 76 und 80.

²⁸⁴ Der Tätigkeitsbericht der RPÄ vom 15. 3. 1943 spricht von einem teilweise starken Optimismus, der einen baldigen Zusammenbruch der Sowjets erhoffen lasse. Diesem habe der letzte Goebbels-Artikel zur rechten Zeit entgegengewirkt. BA R 55/601, Bl. 2.

²⁸⁵ Regierungspräsident Regensburg, Monatsbericht vom 11. 4. 1943, BA NS 19/3469, Bl. 22, sowie SD Halle/Saale, Bericht vom 28. 4. 1943, BA NS 6/129, Bl. 126.

Mit diesen überzogenen Hoffnungen erntete die Informationspolitik nur, was sie selbst gesät hatte. Im Sommer 1943 deutete die Propaganda in allen Kommentaren die militärische Krise zwar an, suchte sie aber gleichzeitig mit dem Bild aufzufangen, daß 1943 das „Wellental“ dieses Krieges sei.²⁸⁶ Der „Nervenkrieg“²⁸⁷ des Feindes beabsichtige, die deutsche Führung zu veranlassen, ihre strategischen Ziele und Reserven offenzulegen, um eine wachsende Mißstimmung in der Bevölkerung zu bekämpfen.

Dagegen beanspruchte die Propaganda ein Vertrauen, welches angesichts der offen zugegebenen Rückschläge²⁸⁸ auf Tatsachen zu beruhen schien. Jedoch erwies sich auch das Bild des „Wellentals“ als problematisch, da kein Aufschwung folgen wollte. Die konkreten Tatsachen traten nunmehr hinter der „geheimnisvollen Kraft“ des Glaubens an den deutschen Sieg zurück, und Fritzsche schilderte als Beispiel dieser Geisteshaltung die Lage des in neutralen Staaten ansässigen Reichsdeutschen, welcher „letzten Endes allein angewiesen auf die Unbeirrbarkeit seines Glaubens“ sei.²⁸⁹

Im November 1943 führte er bei einer Arbeitsbesprechung zum Thema der Prognosen aus, dank der gefestigten Haltung des deutschen Volkes sei es gar nicht nötig, „aus kleinen Wendungen des einzelnen Tages nun Unterlagen zu schaffen für eine neue Hoffnung“.²⁹⁰ Offenbar wollte er damit das Prestige des Nachrichtendienstes im Rundfunk wieder da „wetterfest“ machen, wo es vorher durch eine zu kurzatmige Propaganda beschädigt worden war. Die zurückhaltende Meldung im Nachrichtendienst von der Wiedereroberung Shitomirs kommentierte er am gleichen Ort: „Es wäre ja auch verkehrt gewesen, daraus etwa eine Sofortmeldung oder eine Sondermeldung zu machen, denn [für] einen Ort, den man gerade 2 Tage vorher verloren hatte, zu dessen Wiedereroberung bläst man ja dann keine Posaunen.“²⁹¹

Hinter dieser Zurückhaltung verbarg sich allerdings wieder ein auf das Ausland gerichtetes Motiv der Propaganda: um die Gefahr des Bolschewismus gegenüber den Westmächten und neutralen Staaten möglichst effektiv zu präsentieren, sollte die deutsche militärische Lage so negativ geschildert werden, wie es der eigenen Bevölkerung gerade noch zugemutet werden konnte. Weit davon entfernt, in dieser Situation eine klare Linie durchzuhalten, schwankte die Propaganda auch jetzt zwischen Zuversicht und Krisenstimmung. Fritzsche

²⁸⁶ Vgl. den Dittmar-Kommentar „Vom Zeitgewinn“, IfZ MA-253, S. 947. Die „War Review“ der BBC vom 12. 8. 1943 greift diese Formulierung Dittmars auf; Abhörbericht vom 12. 8. 1943, BA R 55/528, Bl. 160, sowie BBC vom 5. 9. 1943, Abhörbericht vom 5. 9. 1943, ebd., Bl. 183.

²⁸⁷ Offiziell galt natürlich die Auslegung, daß der vom Gegner geführte „Nervenkrieg“ an der gefestigten Haltung des deutschen Volkes abpralle. Intern jedoch mußte man den Erfolg dieses „Nervenkrieges“ sehr wohl zur Kenntnis nehmen und wies die Presse an, die Erörterung wirtschafts- und sozialpolitischer Probleme zu unterlassen, damit „Sie in der Zeit des Nervenkrieges der psychologischen Labilität Ihres Leserkreises nicht zuviel zumuten [...], damit nicht unerwünschte psychologische Folgen eintreten, die die seelische Widerstandskraft der Heimatfront beeinträchtigen“. Rundschreiben des RPA Berlin vom 3. 5. 1943, BA R 55/1388. Das Hauptschulungsamt des Reichsorganisationsleiters der NSDAP gab im Herbst 1943 eine eigene Schulungsunterlage zum Thema „Nervenkrieg“ heraus, in der als eigentlicher Gefahrenherd wie üblich der feindliche Rundfunk ausgemacht wurde.

²⁸⁸ „[...] erwähnen wir – wie üblich – zunächst die negativen Dinge“, leitete Fritzsche am 28. 8. 1943 seinen Kommentar ein. BA R 55/525, Bl. 73.

²⁸⁹ PZUR vom 9. 10. 1943, BA R 55/525, Bl. 125. Ebenso in der PZUR vom 30. 10. 1943: „Die Sorgen, die sich das deutsche Volk um diesen Kampf im Osten macht, sind nur zu begründet. Aber nach wie vor steht fest unser Glaube daran ... (usw.)“; ebd., Bl. 156.

²⁹⁰ RAB vom 18. 11. 1943 und 20. 11. 1943, DRA. In der PZUR vom 4. 12. 1943 führte er aus, die Haltung des Volkes sei wichtiger als große Sensationen bzw. Sondermeldungen. BA R 55/525, Bl. 190.

²⁹¹ RAB vom 20. 11. 1943, DRA.

ließ sich in seinem Kommentar vom 18. Dezember 1943 zu der Einschätzung verleiten, der militärische Erfolg sei der Sowjetunion versagt geblieben, und die Krisen der vergangenen Offensive seien überwunden.²⁹² Vor seiner Abteilung führte er Silvester 1943, nach einem erneuten erfolgreichen Vorstoß der Sowjetarmeen jedoch aus, es wäre am besten, die vom Gegner verkündete Chancenlosigkeit Deutschlands nicht mehr zu erwidern und sich, wie 1940 die britische RAF 1940 vor den deutschen Luftangriffen, „flach zu machen“. Appelliert werden solle nicht an einen Glauben, der sich über Vergeltung und neue Waffen am Leben erhält, sondern „an die letzten Gefühle der Treue, der Härte und des Mutes im Volk“.²⁹³

Fritzsche, der hiermit verdeutlichte, daß er die schädlichen Auswirkungen der bisherigen Vergeltungspropaganda verurteilte, hatte an langfristigen Perspektiven aber so wenig zu bieten, daß seine diesbezüglichen Äußerungen auch stilistisch jeden Realitätsbezug vermissen²⁹⁴ und so ihre Hilflosigkeit klar erkennen ließen. „Man könnte sagen, daß der Glaube der Mittler ist, durch den die seelische Kraft in der Welt der Wirklichkeit Gestaltung gewinnt.“²⁹⁵ Der Glaube allein erwies sich propagandistisch aber als wirkungslos, wo das Alltagsleben insbesondere der Stadtbevölkerung nahezu jede Nacht belegte, wie sich die Kriegslage veränderte.

Der Luftkrieg, dessen Auswirkungen die defensive Position Deutschlands für jeden sichtbar machten, erwies sich für die offizielle Nachrichtengebung als eine kaum zu entkräftende Mißtrauenserklärung. Versuche von Fritzsche und anderen Kommentatoren, die Häufung feindlicher Luftangriffe als Kompensation für Niederlagen darzustellen, welche der Gegner an anderen Fronten erlitt, richteten dagegen nicht viel aus.²⁹⁶ Dagegen konnte die NS-Propaganda eine gewisse Zustimmung erzielen, wenn sie sich seit Herbst 1942 bemühte, durch sprachliche Radikalisierung in Ausdrücken wie „Luftgangster“ und dem ab Mitte März 1943 durchgängig benutzten Begriff „britische Mordbrenner“ die Wut der Bevölkerung zu kanalisieren.²⁹⁷

Die demoralisierende Wirkung der Luftangriffe wurde dadurch allerdings nicht aufgefangen. Ein vertraulicher Informationsbericht vom Juni 1943 faßte die von Gauleitern und Bürgermeister der sogenannten Luftnotgebiete geäußerte Kritik an der Propaganda in Berlin zusammen. Alle von Berlin ausgegebenen Parolen seien grundfalsch. Einzig Churchill habe mit seinem Motto von ‚Blut, Tränen und Schweiß‘ den Kern der Dinge getroffen. „Man verstehe Berlin einfach nicht, immer noch so zu tun, als ob wir die starken Männer wären.“²⁹⁸

²⁹² PZUR vom 18. 12. 1943, BA R 55/525, Bl. 221.

²⁹³ RAB vom 31. 12. 1943, DRA.

²⁹⁴ Am 27. 12. 1943 führte er in der PZUR aus, wer sich heute in Deutschland umsehe, der habe das Gefühl, „jenen Riesen der Sage zu schauen, der im schweren Kampf neue Kraft aus der Berührung mit der Erde zog“. BA R 55/525, Bl. 223.

²⁹⁵ PZUR vom 27. 12. 1943, BA R 55/525, Bl. 224.

²⁹⁶ PZUR vom 3. 3. 1943, BA R 55/524, Bl. 69ff. Einen Monat später wurden am Vortrag Wulf Bleys über den Luftterror die Ausführungen des Redners bemängelt, „daß die Luftangriffe unserer Feinde ein Ausfluß ihrer schlechten militärischen Lage seien“. SD Stuttgart, Bericht vom 14. 4. 1943, BA R 58/959, Bl. 111.

²⁹⁷ Vgl. dazu allgemein Steinert, Hitlers Krieg, S. 366. Auf der Pressekonferenz vom 26. 10. 1942 erläuterte Fritzsche einen Punkt der Tagesparole folgendermaßen: „Früher einmal sei das Zustandekommen des englischen Imperiums behandelt worden, das ein Raubstaat sei. Es sei nun an der Zeit, Haß zu predigen.“ IfZ MA-1341/8, Bl. 142.

²⁹⁸ Wantzen, Leben im Krieg, S. 1109ff. (9. 6. 1943), mit der Wiedergabe eines Informationsberichtes (Köhler).

Dabei setzte Fritzsche sich, und das im Auftrag und mit Zustimmung seines Ministers, für eine realistischere Behandlung des Luftkrieges im Rundfunk ein. Obwohl Goebbels aber bereits im Herbst 1942 ankündigte, die hierauf bezogene Berichterstattung in die Hände eigens dafür zusammengestellter PK-Einheiten zu legen,²⁹⁹ wurden entsprechende Berichte erst im Frühling 1943 häufiger ausgestrahlt.³⁰⁰ Eine regelmäßige Berichterstattung kam im Juni 1943 sowohl für die Presse als auch für den Rundfunk in Gang. Auch diese Kampagne wurde mit Reden des Propagandaministers eingeleitet. Goebbels wählte dafür die Beisetzung von Bombenopfern in Wuppertal-Barmen, sowie eine Ansprache in der halbzerstörten Dortmunder Westfalenhalle am 18. Juni 1943.³⁰¹

Am folgenden Tag bezeichnete Fritzsche in der PZUR diese Rede als Abkehr von der bisherigen Praxis, die Leiden der deutschen Zivilbevölkerung zu unterschlagen. Er versäumte es dabei nicht, auf die in den betroffenen Gebieten herrschende Unzufriedenheit darüber einzugehen, daß ihre Lage in den nicht in Mitleidenschaft gezogenen Regionen vergessen, jedenfalls aber nicht verstanden wurde.³⁰² Seine anderen Ortes geäußerte Hoffnung, nunmehr könne eine umfangreiche Berichterstattung ihren Anfang nehmen, die auch den „Volksgenossen in den bisher noch verschonten Gauen ein ganz klares Bild von dem Ausmaß der Terrorangriffe geben“ werde,³⁰³ schien sich für kurze Zeit zu erfüllen.

Am 22. Juni 1943 gab Goebbels auf der Ministerkonferenz Richtlinien für die propagandistischen Maßnahmen im Luftkrieg heraus, nach denen um der Bevölkerung im Westen willen täglich in Presse und Rundfunk Luftkriegsberichte gegeben werden müßten, „um so eine entsprechende Rückendeckung zu geben“. Die besten Berichte sollten nun dort eingesetzt werden.³⁰⁴ Die PK-Berichter vor Ort kamen dieser neuen Anforderung sofort nach,

²⁹⁹ Stichworte für Ministerrede anlässlich der Tagung der Leiter der RPÄ am 5./6. 10. 1942 von Leiter Rundfunk, i. V. Wenzel, 16. 9. 1942, BA R 55/20626, Bl. 2. Goebbels hatte auf der Ministerkonferenz am 12. 9. 1942 einen Rundfunkbericht über den letzten Angriff auf Düsseldorf als mißglücktes Beispiel vorführen lassen. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 5, S. 489, sowie Boelcke (Hrsg.), *Wollt Ihr den totalen Krieg*, S. 279f.

³⁰⁰ In der Ministerkonferenz vom 15. 3. 1943 stellte Goebbels eine „elastische“ Behandlung des Luftkriegsthemas in Aussicht und bezog sich dabei auf eine von Schwarz van Berk verfertigte größere Denkschrift. Jener entwickelte dann Richtlinien für die Behandlung, welche Goebbels an die Presse weiterleitete. Vorlage Tiebeler für Bormann, 15. 3. 1943, BA NS 18/772, Bl. 1; Notiz Büro Gutterer (RMVP) an Tiebeler, 26. 3. 1943, ebd., Bl. 3.

³⁰¹ Dabei ist allerdings hier schon festzuhalten: das positive Echo auf die Reden von Goebbels speiste sich aus dessen Andeutungen, ein entscheidender Schlag gegen den Gegner stünde unmittelbar bevor. Vgl. Wantzen, *Leben im Krieg*, S. 1109 und 1127 (Einträge vom 6. 6. und 25. 6. 1943). Sowohl Goebbels selbst in seinem Tagebuch als auch sein damaliger Referent v. Oven erwähnen die in der Rede heraufbeschworene Vergeltung mit neuen Waffen, einer „Luftarmada der Rache“; Goebbels, Tagebücher II, Bd. 8, S. 497; Oven, *Mit Goebbels bis zum Ende*, Bd. 1, S. 30. In der gedruckten Version „weiß“ Goebbels lediglich, daß das Volk diesen Tag der Rache mit brennender Ungeduld erwarte. Vgl. Goebbels, *Der steile Aufstieg*, S. 329. Die SD-Berichte zu Inlandsfragen vom 24. 6. 1943 zitieren folgende Schlagzeilen aus der Lokalpresse: „Der Monat des Rückschlags steht bereits fest“ (*Badische Presse* vom 21. 6. 1943), „Eine Armada der Rache wird erstehen“ (*Essener Landeszeitung* vom 21. 6. 1943, ebenso die *Tagespost* (Linz) vom 20. 6. 1943). MadR, S. 5399.

³⁰² PZUR vom 19. 6. 1943, BA R 55/524, Bl. 205ff. Vgl. die SD-Berichte zu Inlandsfragen vom 5. 7. 1943, die darauf hinweisen, daß sich die Berichterstattung auch in den bisher vom Luftkrieg verschonten Gebieten auswirkt und das „Verständnis für die Bombengeschädigten in den Auffanggebieten etwas größer wird“; MadR, S. 5425. Ähnlich SD Linz, Bericht vom 6. 7. 1943, BA NS 6/409, Bl. 192.

³⁰³ Rede auf Tagung der RPL, 22. 6. 1943, DRA/SAM RMVP 135, Bl. 114. Vgl. Fernschreiben Tiebeler an Bormann, 22. 6. 1943, IfZ MA-667, Doc. 5484029.

³⁰⁴ Fernschreiben Tiebeler an Bormann, 22. 6. 1943, IfZ MA-667.

so daß nunmehr befürchtet wurde, „daß derartige Schilderungen die Furcht vor den noch zu erwartenden Angriffen vergrößern werden“.³⁰⁵

Jedoch gelang es dem Auswärtigen Amt, sich gegen diese defensive, das Opferthema stark herausarbeitende Informationspolitik durchzusetzen. Eine Darstellung des Luftkriegs, wie von Goebbels gefordert und umgesetzt, müsse im Ausland als Symptom eines wachsenden Defaitismus verstanden werden. Dagegen, so Ribbentrop in einer Weisung vom 3. Juli 1943, müßten spektakuläre Einzelschäden an Kulturdenkmälern ebenso herausgestellt werden wie die Überzeugung, „daß jede Bombe, die auf deutschen oder europäischen Boden überhaupt fällt, gezählt wird und daß die Rache und die Vergeltung für die Verwüstungen unausweichlich kommen und furchtbar sein werden“.³⁰⁶

Einige Zeit noch scheinen die PK-Berichte im Funk die Auswirkungen der Luftangriffe eindringlich wiedergegeben zu haben; Mitte Juli 1943 führte ein PK-Berichter „den Hörer mit einem Feuerlöschzug durch die brennenden Straßen der Stadt [Aachen], an brennenden Kirchen, am brennenden Rathaus vorbei. Der Bericht wirkte erschütternd und aufwühlend.“³⁰⁷ Die in Fritzsches erwähntem Vortrag als ein Ziel dieser Berichte angedeutete Absicht, in den noch nicht betroffenen Gebieten mit den Mitteln des Rundfunks um Verständnis für die Lage der Bombengeschädigten zu werben, setzte man im laufenden Programm mit Berichten über Umquartierungsmaßnahmen um.³⁰⁸ Die Berichterstattung orientierte sich jedoch immer stärker an den Vorgaben des Reichsaußenministers. Die erwähnte „langanhaltende Herausstellung von Einzelschäden“ wurde dem Radiopublikum, das diese Propagandastrategie bereits vorher kennengelernt hatte, bis zum Überdruß serviert.³⁰⁹

Bereits die massiven deutschen Luftangriffe auf Großbritannien 1940 waren als „Vergeltung“ bezeichnet worden, Vergeltung für die geringen und von der deutschen Propaganda aufgebauchten Schäden, welche die Royal Air Force bei ihren Angriffen im Sommer 1940 hinterließ. Nun hatte sich das Kräfteverhältnis im Luftraum so gravierend verändert, und waren die Auswirkungen der alliierten Luftangriffe so schwer, daß es zwar tatsächlich etwas zu „vergelt“ gab, aber die Möglichkeit dazu kaum gegeben war. Wo augenfällig eine wirksame Luftabwehr nicht mehr erfolgte, kehrte ein gängiger Topos der völkisch-utopischen Literatur nach 1918 in die öffentliche Wahrnehmung zurück: geheimnisvolle neue Waffen sollten die Entscheidung erzwingen und die defensive Lage Deutschlands überwinden.³¹⁰

Bereits im Herbst 1942 begann Goebbels, mit Unterstützung von Speer angesichts der US-amerikanischen Rüstungsoffensive die Propaganda für neue deutsche Waffen zu intensivieren. Neu dabei war, daß die Ausgestaltung dieser Waffen bewußt im Unklaren gelassen wurde. Die bereits seit Jahren kursierenden Gerüchte insbesondere über Fernwaffen wurden durch diese Propagandainitiative neu belebt. Hitler selbst erklärte am 19. Februar 1943 gegenüber Soldaten der Heeresgruppe Süd und der Luftflotte 4: „Unbekannte, einzigartig dastehende Waffen befinden sich auf dem Weg zu euren Fronten.“³¹¹ Währenddessen er-

³⁰⁵ SD Stuttgart, Bericht vom 22. 6. 1943 über einen PK-Bericht von Dr. Karl Holzamer, der noch einige Wochen vorher in den Augen der Hörer „schöngefärbt“ hatte. BA R 58/960, Bl. 19.

³⁰⁶ Weisung Ribbentrop vom 3. 7. 1943, DRA/SAM RMVP 108.

³⁰⁷ SD Stuttgart, Bericht vom 20. 7. 1943, BA R 58/960, Bl. 38.

³⁰⁸ SD Stuttgart, Bericht vom 17. 8. 1943, BA R 58/960, Bl. 69, erwähnt zwei Zeitspiegel-Berichte „Geborgen im Schoß der Heimat“ sowie „Umquartierte in ihrem neuen Heim“ vom 9. und 10. 8. 1943.

³⁰⁹ SD Weimar und SD Stuttgart, Berichte vom 6. 7. 1943, BA NS 6/406, Bl. 11, bzw. BA R 58/960, Bl. 27f.

³¹⁰ Hermand, Traum, S. 118, 122 und 127–130.

³¹¹ Domarus, Reden, Bd. II, S. 1989.

regte Goebbels in seinem *REICH*-Artikel vom 21. März 1943 Aufsehen mit Andeutungen über ein Gegenmittel gegen den Luftkrieg und noch auszuspielende Trümpfe.³¹²

Damit erlangte der Begriff der „Vergeltung“ eine neue Relevanz. Ganz bewußt wurde, in das sich abzeichnende Stimmungstief des Frühjahrs 1943 hinein, die Vergeltung in Form einer apokalyptischen Abrechnung propagiert. Aber die geweckte Erwartung auf eine unmittelbar bevorstehende, womöglich kriegsentscheidende Wende schlug um so mehr auf ihre Urheber zurück, je länger sie auf sich warten ließ. Was bei den einen noch Hoffnung mobilisierte, wurde von den anderen bereits enttäuscht zurückgewiesen. Gerade Ende Juni 1943, als der Rundfunk für kurze Zeit eine offenere Darstellung des Luftkrieges vermittelte, hatten weite Teile seiner Hörer den Glauben an die Vergeltung schon verloren. „Es sei schon so lange mit der Vergeltung gedroht worden, daß in Deutschland keiner mehr so recht daran glauben wolle“, stellte der SD Köln zu einer PZUR Fritzsches vom 29. Mai 1943 fest.³¹³

Unbemerkt scheint diese Entwicklung am RMVP und damit auch an Fritzsche nicht vorbeigegangen zu sein. Die jetzt geübte Zurückhaltung entsprach den Weisungen aus dem FHQ, die Vergeltungspropaganda auf das Ausland zu konzentrieren, weil sich mittlerweile erwiesen hatte, daß keine der neuen Waffen den Kriegsausgang entscheidend würde beeinflussen können. Für das Inland sollte dieses Thema auch nach der Rede Hitlers vom 8. November 1943, in der er England erneut mit der kommenden „Stunde der Vergeltung“ gedroht hatte, weiterhin nicht aufgegriffen werden.³¹⁴ Ende November 1943 betonte Fritzsche im Rahmen einer Rundfunk-Arbeitsbesprechung, bislang derjenige gewesen zu sein, der „das Wort von der Vergeltung aus der täglichen Diskussion herauszunehmen versuchte, der es aufsparen wollte für wenige große Kundgebungen der führenden Männer. Ich habe mich immer dagegen gewehrt, es zur Scheidemünze der Propaganda des Tages werden zu lassen.“³¹⁵

Am gleichen Tag aber hielt Scharping im Rundfunk einen Vortrag, in dessen Typoskript er vorher noch handschriftlich den Satz eingefügt hatte: „Übrigens werden die Engländer noch Schläge bekommen, daß ihnen die Augen tränen.“³¹⁶ Fritzsche kommentierte dies indirekt so: „Es ist auch ganz richtig, daß im Zeitfunk einmal dieser leichte Anklang des Gegenschlages gemacht worden ist, aber damit machen wir nun Schluß.“³¹⁷ Doch zum Jahresende lief bereits die nächste Vergeltungspropaganda-Aktion an, die sich an den kargen Satz „Die Vergeltung wird kommen“ in der Neujahrsansprache Hitlers anschloß und dann nahtlos in die V-Waffen-Kampagne übergehen sollte. Der SD Schwerin stellte in seinem Bericht vom 4. Januar 1944 fest: „In nur einem einzigen Satz [...] habe der Führer dem Volke gewissermaßen sein Wort als heiliges Versprechen verpfändet. Niemals dürfe mehr an diesem Wort gezweifelt werden.“³¹⁸

³¹² Regierungspräsident Regensburg, Monatsbericht vom 11. 4. 1943, BA NS 19/3469, Bl. 22.

³¹³ SD Köln, Bericht vom 2. 6. 1943, BA R 58/958, Bl. 11. Vgl. dazu außerdem SD Weimar, Bericht vom 22. 6. 1943, BA NS 6/406, Bl. 3f.; SD Halle/Saale, Berichte vom 6. 7. und 12. 7. 1943, BA NS 6/129, Bl. 265 und 267.

³¹⁴ „Dann über den Gegenschlag, den die Schweizer ankündigen und behandeln, Vergeltung also, wollen wir n i c h t berichten.“ Scharping in der RAB vom 11. 11. 1943, DRA. Hitler-Rede vom 8. 11. 1943 im Münchner Bürgerbräukeller, abgedruckt in Domarus, Reden, Bd. II, S. 2056.

³¹⁵ RAB vom 25. 11. 1943, DRA.

³¹⁶ Scharping, Vortrag vom 25. 11. 1943, BA R 55/520, Bl. 305.

³¹⁷ RAB vom 26. 11. 1943, DRA.

³¹⁸ SD Schwerin, Bericht vom 4. 1. 1944, BA NS 6/407, Bl. 2, sowie Hölsken, Die V-Waffen, S. 100f. Schwarz van Berk hatte bereits am 5. 12. 1943 mit einem Aufsatz im *REICH* über „Die ungeahnten Folgen“ stark beachtete Ausführungen über den kommenden „drastischen Schlag“ gemacht. Vgl. SD-Berichte zu Inlandsfragen, 9. 12. 1943, MadR, S. 6111; SD-Berichte vom 16. 12. und 27. 12. 1943, ebd., S. 6151 und 6188ff.

Neben der Verbreitung solcher Perspektiven kam dem Rundfunk aber auch eine ganz praktische Rolle in der psychologischen Kriegführung zu. Gerade weil es die erkennbare Absicht der alliierten Luftangriffe war, nicht nur die Infrastruktur Deutschlands zu zerstören, sondern auch die Moral der Bevölkerung zu zermürben, hatte der Rundfunk die Aufgabe, durch ungebrochene Präsenz nach außen das Scheitern dieser Bemühungen zu behaupten.

In einer Arbeitsbesprechung am 23. November 1943 sprach Fritzsche den Kern dieser Aufgabe an. Er dankte seinen Mitarbeitern dafür, daß sie trotz der vorausgegangenen heftigen Angriffe imstande gewesen waren, für 22 Uhr nicht den 20-Uhr-Nachrichtendienst zu wiederholen, „ein Vorgang, der uns natürlich in den Augen der Engländer sofort down gezeigt hätte“, sondern unter größten Mühen einen neuen zu erstellen. In bezug auf die Außenwirkung lag Fritzsche richtig, denn Unregelmäßigkeiten im deutschen Rundfunk, Unterbrechungen und offenbare Desorganisation bei Luftgefahr wurden beim Gegner als Zeichen der Wirksamkeit seiner Angriffe genau registriert.³¹⁹ Aus der deutschen Mitteilung, daß bei den erwähnten Angriffen der Bibliothekstrakt im Haus des Rundfunks vernichtet worden sei,³²⁰ leitete der Weltrundfunkverein in Genf irrigerweise ab, daß auch das Funkhaus zerstört sowie die Verwaltung und Sendeleitung der RRG aus Berlin evakuiert worden seien.³²¹ Fritzsche, dessen eigenes Büro in der Mauerstraße offenbar auch Schaden genommen hatte, schrieb im Januar 1944: „Ich sitze hier inmitten etlicher Trümmer, fühle mich ansonsten aber eigentlich recht gut.“³²² Hatte er vielleicht die Hoffnung, nunmehr den Kulminationspunkt der Kriegsentwicklung erlebt und überstanden zu haben? In der hybriden Atmosphäre der Berliner Ministerialbürokratie ist ein solcher Realitätsverlust vorstellbar. Jedoch sollte die letzte Phase des Krieges Fritzsche noch ganz andere Belastungen in seiner Arbeit abverlangen, als Bombenschäden in seinem Büro.

1.3 Der Rundfunk im letzten Kriegsjahr – Senden bis zum Schluß

„Es ist überhaupt in dieser Zeit ausschlaggebend, daß man die Dinge immer aus einer gebührenden Entfernung betrachtet.“

(Goebbels, Tagebucheintrag vom 15.3.1945)³²³

Der Sendebetrieb – Stationen des Zerfalls

Die Situation in den Städten direkt nach einem schweren Luftangriff vermittelte eine Ahnung davon, welches Ausmaß an Chaos und Desorganisation dem deutschen Volk noch bevorstand. Selbst wenn es doch zumeist gelang, Energieversorgung, Verkehrsmittel und die allgemeine Versorgung der Bevölkerung relativ schnell wiederherzustellen – immer blieben verödete Viertel und irreparable Schäden zurück, sowohl an der Infrastruktur und in der staatlichen Kontrolle als auch in der mentalen Belastbarkeit der Bevölkerung. Die

³¹⁹ Vgl. BBC (Inlandssendung) vom 11.2.1944, Erkundungsdienst vom 12.2.1944, BA R 55/1261, Bl. 205.

³²⁰ *Welt-Rundfunk* 1943, Heft 6, S. 230, zit. nach Diller, Rundfunkpolitik, S. 436.

³²¹ Bulletin Mensuel de l'Union Internationale de Radiodiffusion, März 1944, zit. nach Huth, Radio, S. 48 und 116.

³²² Brief vom 18.1.1944, BA R 55/535, Bl. 213.

³²³ Goebbels, Tagebücher II, Bd. 15, S. 512.

direkte Bedrohung der Reichsgrenzen in Ost und West tat ihr Übriges, um den Zerfallsprozeß des NS-Staates zu beschleunigen. Durch alle diese Faktoren wurde auch die Rundfunkarbeit entscheidend beeinträchtigt, viel stärker noch, als es nach dem schweren Luftangriff auf Berlin im November 1943 vorstellbar schien.

Viele der größeren Sendeanlagen wurden durch Luftangriffe zerstört oder zumindest stark beschädigt. Auch die Leitungen zwischen den einzelnen Sendern, zu denen Produktionskapazitäten aus Berlin verlagert worden waren, fielen jetzt häufig aus, was die tägliche Rundfunkarbeit erheblich erschwerte. Die verbliebenen Sendeanlagen mußten außerdem die Sonderaufgaben der Sender übernehmen, die durch Luftfeinwirkung zerstört oder mit dem alliierten Vormarsch der deutschen Kontrolle entzogen worden waren.

Da in der letzten Kriegsphase der Auslandsbetrieb des deutschen Rundfunks aus propagandistischen Motiven weitgehend in vollem Umfang aufrechterhalten wurde, und zusätzliche deutsche Tarnsendungen direkt die alliierten Truppen im Westen ansprechen sollten, verringerte sich die ohnehin schon dramatisch verknappte Senderkapazität für das Inland noch weiter. Vor diesem Hintergrund bestimmte Fritzsche, auch Sendeanlagen in Frontnähe sollten so lange wie möglich betrieben werden. Das bedeutete für den Rundfunktechniker, das entbehrliche Gerät abtransportieren zu lassen und mit dem verbleibenden Rest notdürftig so lange weiterzusenden, bis der Feind sichtbar vor ihm stand.³²⁴ Bei Luftgefahr stellten die betroffenen Sender ihren Betrieb ein, und die Hörer in ihrem Sendegebiet hatten zumeist keinen anderen deutschen Sender in Reichweite. Um sich selbst ein Bild zu machen, nutzte Fritzsche Anfang 1945 eine Rundreise, auf die er mehrere Rundfunkgeräte mitnahm, um die Empfangsbedingungen zu testen.³²⁵

Der Zerfall des Sendernetzes hatte auch deshalb verheerende Konsequenzen, weil sich die Westalliierten jetzt direkt an die deutschen Hörer wenden konnten. So richtete sich seit September 1944 die „Stimme der Alliierten Militärverwaltung“ über Radio Luxemburg an die deutschen Hörer und erteilte ihnen Weisungen für die Zeit nach dem Einmarsch der alliierten Truppen, während – ebenfalls in Luxemburg über den Langwellensender Junglinster ausgestrahlt – sich ein vermeintlicher deutscher Untergrundsender „1212“ mit Mitteilungen und Aufträgen an fiktive Widerstandsgruppen im Reich wendete. Bald konnte auch Fritzsche nicht mehr verleugnen, daß ein großer Teil seiner Hörer von diesen Sendungen erreicht wurde. In der PZUR vom 7. Oktober 1944 warnte er vor deren militärischen Angaben, die meist falsch und bewußt nur gelegentlich mit zutreffenden versetzt seien.³²⁶

Neben der offiziellen Verlautbarungspropaganda nutzte man auf alliierter Seite auch die augenscheinliche Unfähigkeit Deutschlands zu Gegenmaßnahmen aus. So wurden jetzt auf deutschen Rundfunkfrequenzen durch einen Sender der BBC, als Reichssender getarnt, gefälschte Nachrichten und Anordnungen der deutschen Führung verbreitet.³²⁷ Ein Zeitzeuge notierte Ende März 1945: „Gerade, um 21.45 Uhr, wurde im Deutschlandsender bekanntgegeben, daß die Alliierten verschiedene deutsche Wellen, besonders die im Westen des Reiches, benutzten, um falsche Anordnungen und Aufrufe unter der Bevölkerung zu verbreiten, besonders betreffs Evakuierung und Arbeitseinsatz. Nur noch der Deutschland-

³²⁴ Diese Handlungsanweisung gab Fritzsche in der RAB vom 8.9.1944, vgl. ebenso BA R 55/556, Rundfunkkonferenz vom 20. 7. 1944, 26. 7. 1944 und 9. 8. 1944.

³²⁵ Rundfunkkonferenz vom 3. 1. 1945, BA R 55/556, Bl. 132. Ziele und nähere Umstände dieser Reise sind nicht bekannt.

³²⁶ PZUR vom 7. 10. 1944, StAM SpK 477, Hefi III, S. 293.

³²⁷ Vgl. Delmer, *Die Deutschen und ich*, S. 615.

sender biete die Gewähr, daß man wirklich auch den deutschen Nachrichtendienst höre.“³²⁸

Diese neue aggressive Taktik machte es natürlich fast unmöglich, von Seiten des NS-Regimes noch gegen Hörer ausländischer Sender vorzugehen. Im September 1944 befürwortete Fritzsche noch das klassische Mittel der Abschreckung, besonders scharfe Urteile gegen „Rundfunkverbrecher“ zu publizieren. Außerdem solle der Parteiapparat eingespannt werden, um aus den Gebieten, wo unter akuter Luftbedrohung der Rundfunk abschaltete, zu melden, ob Feindeinsprüche auf den „frei“ gewordenen Wellen erfolgten, damit der dortige Sender kurze Zeit für Gegendurchsagen wieder hochgefahren werden konnte.³²⁹

Ein denkbar schwacher Trost in dieser Lage war, daß immer weniger Hörer technisch in der Lage waren, überhaupt Rundfunk – welcher Herkunft auch immer – zu empfangen. War es bis 1943 noch möglich, viele Bombengeschädigte mit einem Empfänger auszustatten, versiegten die Bestände seitdem unweigerlich, da die Produktion für zivile Zwecke bereits eingestellt worden war und die 1943 in Norwegen und den Niederlanden beschlagnahmten Rundfunkgeräte zu einem erheblichen Teil nicht funktionierten. Die Verteilung der sogenannten Norwegen-Radios erfolgte auch über persönliche Kanäle, weswegen viele an Fritzsche gerichtete private Bitten ein Rundfunkgerät zum Gegenstand hatten.

Im Mai 1944 mußte Fritzsche auf eine Zuschrift antworten, daß sein Vorrat an Geräten erschöpft sei, er sich aber bemühen werde, „für diese ja doch auch wichtigen Zwecke einen neuen Vorrat zu beschaffen“.³³⁰ Als Ende 1944 drei Millionen von insgesamt 16 Millionen Empfangsgeräten unbrauchbar waren, versuchte Fritzsche über Goebbels vergeblich, Rundfunkreparaturen als „kriegswichtig“ einstufen zu lassen, damit Fachkräfte aus der Wehrmacht freigestellt und wenigstens die nötigsten Ersatzteile auch für den zivilen Gebrauch wieder produziert wurden.³³¹ Schließlich bat er im Februar 1945 den Leiter des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamts Pohl in dieser Angelegenheit um Hilfe. Fritzsche schrieb, es würden rund 200 000 beschlagnahmte defekte Geräte gelagert. Pohl solle aus KZ-Häftlingen einen Facharbeiterstamm zusammenstellen, um von diesem die Geräte reparieren zu lassen.³³²

Aber selbst wenn noch genügend Empfänger vorhanden gewesen wären, legten die Stromabschaltungen der letzten Kriegsmonate sowohl Sender als auch Empfänger lahm. Fritzsche bemühte auch das Argument der Auslandswirkung, um über seine Vorgesetzten wenigstens einen Teil der Stromversorgung für den Rundfunk zu erhalten. In einem Schreiben an Staatssekretär Naumann erwähnte er im Februar 1945, im Ausland werde der teilweise Ausfall von Sendungen als Zeichen des beginnenden Zusammenbruchs gewertet.³³³

³²⁸ Wantzen, Das Leben im Krieg, S. 1408 (27. 3. 1945).

³²⁹ Fritzsche an Schütt (Parteikanzlei), 8. 9. 1944, DRA/SAM RMVP 78. Allerdings erfuhr die Verurteilungspraxis keine entscheidende Verschärfung, und noch im Oktober 1944 attestierte ein Sondergericht den Angeklagten eine gewissermaßen entschuld bare Neugier. Vgl. Hensle, Rundfunkverbrechen, S. 328 und 418 (Urteil des Sondergerichts Freiburg vom 11. 10. 1944).

³³⁰ Fritzsche an einen Hörer, 22. 5. 1944, BA R 55/532, Bl. 63. Einem anderen Hörer teilte er am 22. 11. 1944 mit, nachdem er einige hundert Geräte habe verteilen können, sei sein Vorrat erschöpft. Ebd., Bl. 332.

³³¹ Fritzsche an Goebbels, 15. 12. 1944, BA R 55/561, Bl. 158.

³³² Fritzsche an Pohl, 20. 2. 1945, BA R 55/20029, Bl. 485.

³³³ Fritzsche an Naumann, 12. 2. 1945, BA R 55/20010, Bl. 323ff. Auf deutsch konstatierte die BBC am 8. 2. 1945: „Von den Sendern, die Goebbels noch zur Verfügung stehen, sind viele so schwach, daß sie nur in der nächsten Umgebung gehört werden können.“ Zit. nach Erkundungsdienst, Bericht vom 9. 2. 1945, BA R 55/1262, Bl. 51 und 55.

Er versuchte, über die Reichspropagandaämter zu erreichen, daß die regionalen Stromabschaltungen wenigstens noch auf das Abhören einiger Nachrichtendienste Rücksicht nahmen.³³⁴

Machten solche Bedingungen einen professionellen Rundfunkbetrieb schon fast unmöglich, trugen auch interne Faktoren zur Verschärfung der Situation bei. Die Einberufungen zur Wehrmacht erreichten jetzt auch die leitenden, jahrelang mit ihrem Arbeitsgebiet vertrauten Mitarbeiter Fritzsches. So traf es im Oktober 1944 den Referenten Bartholdy aus der Zeitfunkabteilung, der für eine wichtige Sendereihe verantwortlich zeichnete. Doch war Goebbels, selbst wenn er eine weitere Zurückstellung befürwortet hätte, als „Reichsbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz“ in besonderem Maße zur Konsequenz verpflichtet. Obwohl sein Staatssekretär Fritzsche Hinweise übermitteln ließ, wie ein „u.k.“-Gesuch am erfolgversprechendsten formuliert werden könnte, wurde Bartholdy eingezogen.³³⁵

Nunmehr veranlaßten auch regionale Stellen die Aufhebung von „u.k.“-Stellungen. Der Münchner Gauleiter Paul Giesler setzte sich dabei im September 1944 über die Zuständigkeit des RMVP hinweg und gab zur Erfüllung seines „Abgabe“-Kontingents trotz einer Intervention Fritzsches auch Rundfunkschaffende aus München frei und verlangte fortlaufend die Vorlage der entsprechenden Personalisten, „um eigenhändig die ihm notwendig erscheinenden Freigaben zu veranlassen“.³³⁶ Dieser sogenannte Rundfunkkrieg von München konnte allerdings durch kleinere Zugeständnisse seitens des RMVP beendet werden.³³⁷

Zum Schluß des Krieges tauchte auch noch das Problem der Einberufung zum Volkssturm auf, und damit drohte weiterer Sendeausfall.³³⁸ In der Bevölkerung kursierte das Gerücht, daß aus den leitenden Angestellten eine „Rundfunkwache“ als Werkschutz gebildet worden sei, da die Zugehörigkeit zu einem Werksluftschutz vor der Einberufung zum Volkssturm bewahrte.³³⁹ Tatsächlich schuf Goebbels, abweichend von der Regelung, Volkssturmangehörige am jeweiligen Wohnort zusammenzufassen, zwei eigene Volkssturm-Bataillone „Wilhelmsplatz I“ und „Wilhelmsplatz II“ aus den Mitarbeitern des RMVP und der Reichspropagandaleitung der NSDAP.³⁴⁰ Staatssekretär Naumann wurde zum Führer des Bataillons „Wilhelmsplatz I“ ernannt und befahl, daß der Volkssturmdienst jedem anderen Dienst im Ministerium voringe.³⁴¹ Das Leben der Mitarbeiter des RMVP wurde durch die Stationierung der Verbände am Arbeitsplatz also nur wenig erleichtert.

Nachdem das Regierungsviertel schon mehrfach durch Luftangriffe stark beschädigt worden war, zerstörte pünktlich zum zwölftjährigen Jubiläum des RMVP ein Luftangriff dessen Hauptgebäude völlig. Am folgenden Tag mußte Goebbels, der dies als schicksalhafte Koinzidenz begriff, alle Konferenzen in seiner Privatwohnung abhalten, während Fritzsche

³³⁴ Fritzsche an Vogt (RPA), 1. 3. 1945, sowie Rundschreiben (FS) Fritzsche an alle RPÄ vom 12. 3. 1945; BA R 55/20010, Bl. 310 und 315. Vgl. hierzu Kästner, Notabene, S. 34 (Eintrag vom 9. 2. 1945).

³³⁵ Fritzsche an Goebbels, 22. 12. 1944, BA R 55/559, Bl. 501; Büro Naumann an Fritzsche, 23. 12. 1944, ebd., Bl. 517; Bartholdy, Schreiben vom 17. 1. 1945, BAK Kl. Erw. 494, Bl. 4.

³³⁶ Vgl. Fritzsche an Goebbels, 2. 9. 1944, BA R 55/558, Bl. 45ff., sowie Telefonnotiz Schöncke vom 1. 9. 1944, ebd., Bl. 49.

³³⁷ Vgl. Rundfunkkonferenz vom 18. 10. und 1. 11. 1944, BA R 55/556, Bl. 78 und 93.

³³⁸ Schreiben Schöncke an Fritzsche vom 30. 1. 1945, BA R 55/558, Bl. 115.

³³⁹ Vgl. Bericht des Wehrmacht-Propagandaoffiziers des Wehrkreiskommandos III über den „Sonder-einsatz Berlin“ vom 7. 11. 1944, in: Das letzte halbe Jahr, S. 143.

³⁴⁰ Mammach, Volkssturm, S. 51.

³⁴¹ Naumann, Befehl vom 10. 2. 1945, zit. nach Mammach, Volkssturm, S. 101.

seine Mitarbeiter dazu aufforderte, den Betrieb gerade jetzt, wo der Feind meinte, einen entscheidenden Schlag gegen die deutsche Propaganda geführt zu haben, weiterlaufen zu lassen wie bisher. „Und ich sehe auch nicht ein, warum wir unsere Arbeit irgendwie umändern oder umorganisieren oder unterbrechen sollten.“³⁴² Allerdings hatten BBC-Berichte schon im Februar festgestellt, daß der deutsche Nachrichtendienst immer schlechter wurde und manchmal 14 Tage alte Meldungen als neu übermittelte.³⁴³ Zum Ende des Krieges schied der Rundfunk, außer in einigen Ballungsräumen, schon aus technischen Gründen als „Führungsmittel“ völlig aus, so daß Anfang April 1945 vom NS-Führungsstab im OKW die Empfehlung gegeben werden mußte, Feindparolen und Gerüchten notfalls mit handgeschriebenen Flugblättern entgegenzutreten.³⁴⁴

Der verbliebene Apparat des Rundfunks war mit den an ihn herangetragenen Aufgaben völlig überfordert. Und dabei tauchten noch neue, bislang unbekannte Wünsche auf. Nun häuften sich die Hörerbitten auf Durchsage von Vermißtenmeldungen im Westen, für die Fritzsche im September 1944 den Einsatz des Rundfunks ablehnte.³⁴⁵ Anfang Januar 1945 gab Fritzsche Naumann die zum Teil vehement vorgetragenen Forderungen vieler Soldaten wieder, daß der Rundfunk ihnen mit Suchmeldungen ermöglichen solle, ihre Familien wiederzufinden. Er machte sich diese Bitte mit den Argumenten zu eigen, bislang habe nur persönliches Geschick Katastrophen verhindert, und der eingetretene Zustand, sei „eine des deutschen Ordnungsstaates unwürdige Erscheinung, daß über den Aufenthaltsort von 1 bis 2 Millionen Menschen keine Auskunft gegeben werden kann“.³⁴⁶ Das OKW sprach sich jedoch unmißverständlich gegen einen derartigen Suchdienst aus und begründete dies sowohl mit der technischen Unmöglichkeit, diese Meldungen zu bearbeiten, als auch mit der möglichen Unruhe unter den Soldaten.³⁴⁷ Stattdessen baute der „Kameradschaftsdienst“ im Rundfunk jetzt im begrenzten Umfang Suchmeldungen ein.³⁴⁸

Wie bedeutsam der Luftkrieg für die Wirkung des Rundfunks werden konnte, zeigte sich auch daran, daß dessen Verlässlichkeit als Medium stark davon abhing, ob er seine Hörer über die Luftlage und damit über drohende Angriffe informieren konnte. Da es bis Anfang 1944 in dem von Berlin ausgestrahlten „Reichsprogramm“ keine regelmäßigen Durchsagen gab, häuften sich die Anträge und regionale Aktionen, um vorhandene lokale Sender und die bestehenden Drahtfunknetze für Luftlagemeldungen zu nutzen.

Der Drahtfunk war ein Vorläufer der heutigen Kabelnetze. Seit Anfang der 1930er Jahre hatte man begonnen, in einigen Ballungsräumen ein separates Leitungsnetz aufzubauen, über das die angeschlossenen Haushalte unabhängig von der terrestrischen Ausstrahlung mit Rundfunkprogramm versorgt werden konnten. Vorbild hierfür waren zum einen die Niederlande oder die Schweiz, wo die Versorgung dadurch bereits weiträumig erfolgte,

³⁴² RAB vom 14. 3. 1945, DRA; Goebbels, Tagebücher II, Bd. 15, S. 505 und 510 (Einträge vom 14. und 15. 3. 1945).

³⁴³ BBC-Sendung vom 8. 2. 1945, zit. nach Erkundungsdienst, Bericht vom 9. 2. 1945, BA R 55/1262, Bl. 55.

³⁴⁴ NS-Führungsstab im OKH, Fern-Rundschreiben vom 5. 4. 1945, zit. nach Rose, Werwolf, S. 170.

³⁴⁵ Rundfunkkonferenz vom 27. 9. 1944, BA R 55/556, S. 72.

³⁴⁶ Fritzsche an Naumann, 4. 1. 1945, BA R 55/616, Bl. 24f. Vgl. dazu Rundfunkkonferenz vom 10. 1. 1945, wo sich Fritzsche gegen einen Suchdienst im Rundfunk aussprach. „Denn wenn wir erst damit anfangen, ist kein Ende abzusehen.“ BA R 55/556, Bl. 136 und 138.

³⁴⁷ Schreiben von Wedel (OKW/WPr.) vom 9. 3. 1945, sowie Schreiben OKW/Wehrmachtführungsstab vom 13. 3. 1945 an Generalstab des Heeres mit der Feststellung: „Von der Einführung dieser Übermittlungen wird daher abgesehen.“ BA-MA RW 4/711b, Bl. 197f.

³⁴⁸ Rundfunkkonferenz vom 21. 2. 1945, BA R 55/556, Bl. 154 und 156.

zum anderen die UdSSR,³⁴⁹ die den Ausbau des Drahtfunknetzes betrieb, um die sowjetischen Hörer von „fremden“ Einflüssen abzuschotten. Die ursprüngliche Absicht, die Rundfunkversorgung auch im Deutschen Reich vollständig auf Drahtfunk umzustellen und so im Kriegsfall ein störungssicheres Medium zu schaffen,³⁵⁰ scheiterte aber an Kompetenzstreitigkeiten und Materialmangel.

So standen jetzt nur in einigen Ballungsräumen entsprechende Netze zur Verfügung, die ab dem Sommer 1943 in Westdeutschland, ab Herbst auch in Berlin und Hamburg für die Durchgabe von Luftmeldungen und von weiteren diesbezüglichen Anweisungen von den Gauleitungen genutzt wurden.³⁵¹ Weitere Anträge beschied das RMVP abschlägig und bekämpfte die gewünschten Durchsagen als Affront gegen seine Rundfunkhoheit, denn entsprechende Anfragen richteten sich darauf, den Drahtfunk generell für Durchsagen lokaler Institutionen freizugeben.³⁵² Da sich unter den vom Luftkrieg vorgegebenen Bedingungen der Einsatz lokaler Netze nicht mehr vermeiden ließ, konnten viele Gauleitungen dann doch ihren eigenen Luftnachrichtendienst einrichten. Die Berichte der SD-Abschnitte bestätigten, daß die Drahtfunktendungen die wichtigsten Informationsbedürfnisse der Bevölkerung erfüllten und damit in Konkurrenz zum Rundfunk traten, an dessen Darbietungen zum Teil überhaupt kein Interesse mehr bestand.³⁵³

Fritzsche setzte sich in dieser Lage stark dafür ein, die Luftangriffsmeldungen des Rundfunks zu aktualisieren. Ein Argument dafür war, daß der deutsche Rundfunk hinter den Informationen gegnerischer Rundfunksender zurückblieb und sich die deutschen Hörer vermehrt durch diese über Luftangriffe und deren Auswirkungen informierten.³⁵⁴ Schließlich erklärte die BBC, in der Zukunft Luftangriffe auf Deutschland ihren Hörern anzukündigen, was Goebbels mit der stündlichen Durchgabe von Luftlagemeldungen im

³⁴⁹ In der UdSSR versorgten Tausende von Drahtfunkzentralen die Mehrheit der Rundfunkhörer mit Programmen. Von den 10,5 Millionen im September 1940 vergebenen Konzessionen waren lediglich 4,4 Millionen auf die Besitzer von Radioapparaten ausgestellt. Vgl. Huth, Radio, S. 46, 144 und 148. Als die deutsche Wehrmacht immer weiter in sowjetisches Gebiet vordrang, nutzte sie die dort bestehengebliebenen Drahtfunkanlagen für ihre eigenen Zwecke. Vgl. Rundschreiben des Oberkommandos der Heeresgruppe Mitte vom 28. 7. 1942, BA-MA RW 4/286, Bl. 113, und Boelcke, Macht, S. 264.

³⁵⁰ Noch 1943 wurde im RMVP von Hadamovsky und anderen ein Plan favorisiert, nach welchem der Drahtfunk durch die NSDAP so organisiert würde, daß nur noch ein zentral abgestrahltes Drahtfunkprogramm empfangen werden könnte. Fast erleichtert stellte ein Mitarbeiter des SD München in einer Randbemerkung zu einem Bericht vom 8. 3. 1943 fest: „Zum Glück bleibt alles aus technischen Gründen Theorie.“ BA R 58/626, Bl. 122ff. Vgl. dazu Gutterer/Hadamovsky, Schreiben betr. Arbeitsabgrenzung im RMVP und in der RPL der NSDAP vom 4. 3. 1943, BA R 55/20628, Bl. 2ff.

³⁵¹ Leistungsbericht des Amts Sendewesen für 1943, BA NS 26/1178, Bl. 143; Kardorff, Erinnerungen, S. 154 für Berlin (27. 1. 1944). Für Hamburg vgl. Hinweis bei Studnitz, Berlin, S. 153, der im Herbst 1943 dort die begleitenden Kommentare des bald als „Onkel Baldrian“ bekannten Staatsrats Georg Ahrens im Drahtfunk hörte. Manuskripte zu diesen bis Kriegsende ausgestrahlten Durchsagen befinden sich im Hamburger Staatsarchiv beim Familiennachlaß von Georg Ahrens (Bestand 622-1 Ahrens). Die SD-Berichte zu Inlandsfragen, 8. 11. 1943, erwähnen außerdem, daß ab 1. 9. 1943 auch in Hildesheim und Hannover ein solcher Dienst eingerichtet sei. MadR, S. 5982.

³⁵² Vgl. RPA Graz, Fernschreiben vom 24. 1. 1944, BA R 55/20018, Bl. 396; Scharping an RPA Graz, FS vom 26. 1. 1944, ebd., Bl. 397; RPA Wien, FS vom 21. 1. 1944, ebd., Bl. 379; und FS vom 25. 1. 1944, ebd., Bl. 399; RMVP an RPA Wien, FS vom 27. 1. 1944, ebd., Bl. 401. Schreiben Hinkel mit Anlagen an Goebbels vom 12. 2. 1944 zur eigenmächtigen Nutzung des Drahtfunks durch die Gauleitung München, BA R 55/1254, Bl. 192f.

³⁵³ SD Frankfurt/Main, Bericht vom 4. 4. 1944 und 14. 3. 1944, BA R 58/97, Bl. 13, und BA R 58/96, Bl. 258.

³⁵⁴ RPA Berlin an RMVP, Schreiben vom 25. 2. 1944 mit Anhang, DRA/SAM RMVP 93.

Rundfunk beantworten wollte. Am 21. März 1944 führte, nachdem die militärische Genehmigung dazu am Vortag erteilt worden war, der Rundfunk die stündliche Durchgabe von Luftlagemeldungen ein.³⁵⁵

Schnell stellte Fritzsche als erzielte Wirkung heraus, daß teilweise eine Rückkehr der an ausländischen Sendern „interessierten Kreise“ zu den Darbietungen des Reichsrundfunks erfolgt sei. Diese Meldungen verschafften jedenfalls dem Rundfunk wieder ein positiveres Echo, und vielen Hörern größere Ruhe, wenn dabei auch die sonstigen Programmteile weiter unbeachtet blieben.³⁵⁶ Nun beabsichtigte Fritzsche, den Drahtfunk als selbständiges Informationsmedium „abzubauen“ und dessen eigene Meldungen mit der Übernahme des Reichsprogramms zu ersetzen.³⁵⁷

Die lokalen Drahtfunksendungen weckten Begehrlichkeiten, die nicht mehr im Rahmen gehalten werden konnten. So häuften sich im Oktober 1944 Bitten aus Oberschlesien, den dortigen Drahtfunk für gaeueigene Informationen nutzen zu können. Ungeachtet der von ihm akzeptierten Notlage dieser Region riet Fritzsche von der Bewilligung ab, in der er einen Präzedenzfall für den Verfall des Sendemonopols des RMVP erblickte.³⁵⁸ Nur bei einem völligen Ausfall der Rundfunkversorgung war man wohl konzilianter. So wurde der Gauleitung Elsaß erlaubt, über einen fahrbaren Sender politisch aktuelle Verlautbarungen auszustrahlen.³⁵⁹ Zum Jahresende 1944 hatten regionale Bitten größeren Erfolg; so wurde dem Gauleiter Hoffmann, bekannt für seinen Einsatz als Reichsverteidigungskommissar, der Betrieb eines Informationsdienstes für den Gau Westfalen-Süd über einen lokalen Sender genehmigt.³⁶⁰

Ein Beispiel dafür, wie weit die Rundfunkhoheit des Propagandaministeriums bereits erodiert war, gab der Beginn der Ardennen-Offensive im Dezember 1944. Während Presse und Rundfunk in den ersten Tagen bemüht waren, die Offensive so lange herunterzuspielen, bis erste substantielle Erfolge vorlagen, hatte ein unbekannter Flak- bzw. Gausender den – zur Veröffentlichung nicht freigegebenen – Tagesbefehl des Oberbefehlshabers West verlesen und damit erreicht, daß sich sofort im ganzen Reichsgebiet der Beginn einer Großoffensive im Westen als Gerücht verbreitete.³⁶¹ Zwar wurde gegen die dafür Verantwortlichen ein Kriegsgerichtsverfahren eröffnet, aber Goebbels sah sich genötigt, mittels eines von

³⁵⁵ Goebbels, Tagebücher II, Bd. 11, S. 513 (Eintrag vom 20. 3. 1944); Dr. Albrecht (Ref. Pro) an Berndt, FS vom 20. 3. 1944, DRA/SAM RMVP 81; Fritzsche an Goebbels, 22. 3. 1944, ebd.; Rundschreiben Goebbels an Gauleiter vom 29. 3. 1944, BA R 55/619, Bl. 185f.

³⁵⁶ Fritzsche an Goebbels, 24. 3. 1944, DRA/SAM RMVP 81; SD Frankfurt/Main, Bericht vom 18. 4. 1944, BA R 58/97, Bl. 59, und SD Schwerin, Bericht vom 28. 3. 1944, BA NS 6/407, Bl. 100. Einen detaillierten Überblick über Rezeption und Kritik an den Luftlagemeldungen geben die „SD-Berichte zu Inlandsfragen“ vom 11. 5. 1944, MadR, S. 6526–6530.

³⁵⁷ Schreiben Fritzsche an Goebbels vom 22. 3. 1944 und 24. 3. 1944, DRA/SAM RMVP 81.

³⁵⁸ Fritzsche an Goebbels, 10. 10. 1944, BA R 55/561, Bl. 51f. In der Rundfunkkonferenz vom 11. 10. wurde die Bitte aus Schlesien besprochen, daß Gauleiter Bracht den dortigen Drahtfunk mit einer Rede eröffnen wollte. BA R 55/556, S. 75.

³⁵⁹ Programmsitzung vom 25. 11. 1944, BA R 55/556, Bl. 107.

³⁶⁰ Fritzsche an Goebbels, 25. 11. 1944, BA R 55/561, Bl. 63; Naumann an Fritzsche, 27. 11. 1944, sowie Ellgering an Goebbels, 9. 12. 1944, ebd., Bl. 68 und 71. Die Infrastruktur war in diesem Gau so beschädigt, daß Hoffmann im Februar 1945 einen Gaukurierdienst einführen ließ. Vgl. Blank, Albert Hoffmann als Reichsverteidigungskommissar im Gau Westfalen-Süd, S. 200.

³⁶¹ Fritzsche an Goebbels, 17. 12. 1944, BA R 55/561, Bl. 72f. Der Befehl von Rundstedt hatte kurz ausgeführt: „Soldaten der Westfront! Eure große Stunde hat geschlagen. Starke Angriffssarmeen sind heute gegen den Anglo-Amerikaner angetreten. Mehr brauche ich nicht zu sagen.“ Zit. nach Steinert, Hitlers Krieg, S. 527.

Fritzsche vorbereiteten Rundschreibens³⁶² noch einmal das Nachrichtenmonopol der offiziellen Führungsmittel Presse und Rundfunk herauszustellen.

Auch an einer anderen Front wurde Fritzsches mit viel persönlichem Einsatz vorgetragenes Bemühen durchkreuzt, seinem Ministerium das Sendemonopol zu erhalten. Zwar gelang es im Sommer 1944 für kurze Zeit, mit bedingt durch die Nachwirkungen des Attentats vom 20. Juli, die Soldatensender dem RMVP zu unterstellen.³⁶³ Aber da hatte sich in der Wehrmacht bereits mit dem Rundfunkreferat des NS-Führungsstabes eine neue Institution angemeldet, um eigene Programme im Rundfunk und in den Soldatensendern ausstrahlen zu lassen. Fritzsche hielt bereits die Einrichtung dieses Referats für schädlich; um so mehr galt dies für dessen Wunsch nach eigenen Programmen.³⁶⁴ Was die Soldatensender betraf, galt Fritzsches Wort offenbar nicht viel, denn dort hielten NS-Führungsoffiziere Vorträge ohne weitere Rücksprache mit Berlin.³⁶⁵

Außerhalb des eigentlichen Sendegebietes betrieben OKW/WPr. und die SS jetzt sogenannte Kampfsender, welche sich zumeist an die gegnerischen Truppen an der Westfront richteten. Fritzsche protestierte monatelang erfolglos dagegen, daß der faktische Leiter dieser Sender, SS-Obersturmführer Buchholz, Sendepläne im NS-Führungsstab entwickelte, ohne mit dem RMVP Rücksprache zu halten.³⁶⁶ Währenddessen wurde in Norwegen von der Germanischen Leitstelle der SS ein angeblich finnischer „Freiheitssender“ in Zusammenarbeit mit dem AA betrieben, ohne daß das RMVP, wie ursprünglich vereinbart, mit einbezogen wurde.³⁶⁷ Als Leiter der Rundfunkabteilung beharrte Fritzsche auch angesichts dieser Desorganisation gegenüber dem OKW auf dem Sendemonopol des RMVP. Obwohl die Gegebenheiten des Betriebs dieser Kampfsender kaum Möglichkeit für zivile Dienststellen böten, an der Gestaltung mitzuwirken, erhebe er „im Namen meines Ministers den Anspruch auf Totalführung aller Kampfsender“. Der Leiter der neugeschaffenen Arbeitsgruppe „Kampfsender“ sei in die Auslandsdirektion der RRG einzugliedern und dem Auslandsdirektor unterzuordnen.³⁶⁸

Derweil versetzte Buchholz die Bevölkerung des Sudetenlandes in Panik, als er eigenmächtig einen Kampfsender in russischer Sprache für die Wlassow-Verbände auf der Frequenz eines dortigen deutschen Senders betrieb, bis er endlich vom OKW die Weisung erhielt, den Betrieb einzustellen.³⁶⁹ In hilfloser Wut führte Fritzsche dazu im Kreis seiner

³⁶² Ministeramt an Fritzsche, 18. 12. 1944, sowie Entwurf Fritzsches, o. D., BA R 55/561, Bl. 75 und 77.

³⁶³ Keitel hatte offenbar am 26. 8. 1944 signalisiert, er wolle Goebbels' diesbezüglichem Wunsch nachkommen. Der auf den 21. 9. 1944 datierte Entwurf eines Antwortschreibens an Keitel erwähnt dessen Befehl vom 11. 9. 1944. Hieraus läßt sich schließen, daß diese Angelegenheit mit häufigen Verzögerungen zu kämpfen hatte. Entwurf für Antwortschreiben, o. D., sowie Entwurf vom 21. 9. 1944, beide vermutlich von Fritzsche verfaßt, BA R 55/561, Bl. 22 bzw. 23.

³⁶⁴ Fritzsche an Goebbels, 1. 8. 1944, BA R 55/561, Bl. 137 (nur S. 1 des Schreibens), sowie BA R 55/559, Bl. 100 (nur S. 2 des Schreibens); Fritzsche an Goebbels, 3. 10. 1944, BA R 55/561, Bl. 138ff.

³⁶⁵ Rundfunkkonferenz vom 23. 8. und 27. 9. 1944, BA R 55/556, Bl. 44 und 71.

³⁶⁶ Fritzsche an Hamel, 22. 8. 1944, BA R 55/561, Bl. 9. Moll, Abteilung, S. 130f., weist darauf hin, daß die Waffen-SS sich auf diesem Bereich gegenüber der Wehrmacht durchgesetzt hatte. Buchholz war Verbindungsoffizier der SS-Propagandakompanie zum RMVP, vgl. Bergmeier/Lotz, *Airwaves*, S. 224 und 239.

³⁶⁷ Fernschreiben Müller [Oslo] an Naumann vom 24. 10. 1944; Scharping an Naumann, Schreiben vom 25. 10. 1944, sowie Naumann an Müller, 4. 11. 1944; alle Dokumente abgedruckt bei Schnabel, *Mikrofone*, S. 339–343. Schreiben Steengracht (AA) an SS-Obergruppenführer Berger vom 7. 11. 1944, IfZ MA-563/21, Doc. NG-1644.

³⁶⁸ Fritzsche an v. Wedel, 14. 12. 1944, DRA/SAM RMVP 44.

³⁶⁹ Rundfunkkommandostelle (RMVP) an Fritzsche, 28. 1. 1945, DRA/SAM RMVP 43.

Mitarbeiter aus: „Ich habe mir ausdrücklich die Genehmigung jedes einzelnen solchen Vorgangs vorbehalten [...]. Es geht nicht an, daß hier jeder einen Krieg auf eigene Faust führt, der Feind antwortet auch nicht dem Betreffenden nur [...], sondern er antwortet natürlich dem Deutschen Reich, und die Maßnahmen, die er dagegen trifft [...], treffen natürlich alle Rundfunksender.“³⁷⁰ Ein solches Durcheinander paßt jedoch zu den Verhältnissen der letzten Kriegsmonate und ruft aus heutiger Sicht wenig Erstaunen hervor. Eher ist schon bemerkenswert, wie der reguläre Sendebetrieb bis April 1945 aufrechterhalten wurde, auch wenn die geringe Senderkapazität die Reichweite des „Großdeutschen Rundfunks“ auf einige Ballungsräume schrumpfen ließ.

Das Rundfunkprogramm im letzten Kriegsjahr

Im Mai 1944 fand die Sonderrolle, welche Hans Hinkel seit 1941 als Verantwortlicher für den unterhaltenden Bereich des Rundfunks gespielt hatte, ihr Ende, und Fritzsche konnte als Leiter der Rundfunkabteilung seine Kompetenzen endlich auf den gesamten Bereich der Programmgestaltung ausdehnen. „Fritzsche ist sehr glücklich darüber, daß jetzt auf dem Gebiet des Rundfunks eindeutige Führungsverhältnisse Platz greifen“, notierte Goebbels in seinem Tagebuch am 5. April 1944.³⁷¹ Dieser Umstand war der Tatsache zu verdanken, daß Goebbels einen neuen Reichsfilmintendanten gesucht und Hinkel für diesen Posten ausersehen hatte.³⁷² Dieser hatte es jedoch nicht eilig damit, seinen ursprünglichen Platz aufzugeben und wahrte bis Mitte Mai 1944 seine Weisungsbefugnis.³⁷³ Im Juni 1944 vollzog Fritzsche dann auch organisatorisch die Verschmelzung der Bereiche „Politik“ und „Unterhaltung“, indem die Hauptgruppen der Rundfunkabteilung nunmehr in „Musik“ und „Wort“ umbenannt wurden.³⁷⁴

Es lohnt sich daher, einen Blick auf den Charakter des Unterhaltungsprogramms zu werfen, den es unter Kriegsbedingungen angenommen hatte. Die Ende 1941 von Hinkel durchgeführte Reform hatte vor allem die Absicht, eine durchgehend beschwingte, abwechslungsreiche Note in das Programm zu bringen.³⁷⁵ Die Abwechslung im Sinne von Zerstreuung wurde zur wesentlichen Aufgabe eines Programms, das mit immer mehr Ansprüchen be- und überfrachtet wurde. Das große Bedürfnis der Bevölkerung nach leichter Unterhaltung ließ sich mit vielen Rückmeldungen belegen.³⁷⁶

³⁷⁰ RAB vom 16. 2. 1945, DRA.

³⁷¹ Goebbels, Tagebücher II, Bd. 12, S. 54.

³⁷² Goebbels, Tagebücher II, Bd. 11, S. 533 (Eintrag vom 23. 3. 1944).

³⁷³ Noch in der Nacht vom 10. auf den 11. Mai 1944, als Fritzsche und Scharping sowohl für das Unterhaltungsprogramm als auch für den politischen Sektor testeten, wie schnell im Ernstfall Programmänderungen erreicht und Mitarbeiter mobilisiert werden konnten, verwies der Sendeleiter hinsichtlich des laufenden Musikprogramms auf die Weisungsbefugnis Hinkels. Fritzsche, Bericht über die Nacht vom 10. zum 11. Mai 1944, BA R 56 I/27, Bl. 1f.; Schreiben Naumann an Hinkel vom 26. 5. 1944, BA R 55/559, Bl. 10.

³⁷⁴ Fritzsche an RRG, 21. 6. 1944, BA R 55/1025, Bl. 171.

³⁷⁵ Vgl. Berichte Hinkels vom 17. 10. und 20. 10. 1941, BA R 55/1254, Bl. 13ff. bzw. Bl. 16ff.

³⁷⁶ So wies z. B. eine Programmebeobachtung vom Mai 1942 aus: „Die leichte Musik wird gern gehört und findet allgemein großen Anklang, da sie ein[e] Erholung nach des Tages Mühen ist. [...] Die schwere Musik wird nur von einem eng begrenzten Hörerkreis gehört. [...] Besonders hart wird es von den Hörern empfunden, daß der Deutschlandsender auch am Sonnabend-Abend die schwere Musik bringt. Viele Hörer schalten daher aus Wut nach Beendigung des Nachrichtendienstes um 20.15 ihre Apparate aus, da sie außer dem Deutschlandsender keinen anderen Sender rein empfangen können, und sie schimpfen darüber, daß sie für ihre Rundfunkgebühren so wenig Genuß und Freude haben.“ BA R 55/20640, Bl. 38; ähnlich Programmebeobachtung vom 9. 11. 42, ebd., Bl. 72.

Allerdings war die Hörerschaft seit dem Winter 1941/42 empfindlicher geworden, was eventuelle Diskrepanzen zwischen dem Ernst der jeweiligen Situation und der Grundstimmung des Unterhaltungsprogramms anbelangte. Die Rundfunkansager ernteten Mißbilligung, weil sie sich oft bemüßigt fühlten, das Programm mit Scherzen und allen möglichen „Mätzchen“ zu begleiten.³⁷⁷ Die bis dahin schwerste militärische Niederlage Deutschlands, die Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad, wurde gemäß der am 2. Februar 1943 von Goebbels gegebenen Weisungen³⁷⁸ damit beantwortet, daß die vorher ostentativ verbreitete „gute, lebensbejahende Unterhaltung“³⁷⁹ übergangslos einer tagelangen ernsten Programmgestaltung ohne jede Auflockerung Platz machte.

Einige Tage nach der Kapitulation hielt dazu der SD Frankfurt/Main fest, „bei aller Anerkennung der ernststen Musikdarbietungen habe man doch den Eindruck gehabt, dass das Programm des Rundfunks keine bestimmte Linie hatte, sondern mehr den Charakter einer improvisierten Zusammenstellung aufwies“.³⁸⁰ Dagegen berichtete der SD Stuttgart, der ernstere und würdigere Charakter des Musikprogramms würde von den Hörern dankbar bemerkt. „Hoffentlich fühle die Sendeleitung auch künftig so mit dem Volke.“³⁸¹ Nach der Auffassung von Goebbels zeichnete sich ein Rundfunkprogramm besonders dadurch als „unterhaltend“ aus, daß es, von der unvermeidlichen Propaganda abgesehen, jede zusätzliche Belastung mit Wortbeiträgen vermied. Das galt nicht nur für die von ihm abgelehnten Hörspiele,³⁸² sondern auch für ausführliche Moderationen.

Je länger der Krieg dauerte, um so mehr sollte der Rundfunk auf das Wort verzichten. So sollten die Sendezeiten ab 22 Uhr von Texten entlastet werden, „damit bei Luftangriffen und Alarmen in dieser Zeit keine Vergleichsmöglichkeiten zwischen dem gebrachten Wort und den jeweiligen Verhältnissen gegeben sind“.³⁸³ Nach der Kapitulation von Stalingrad gab Hinkel die Weisung: „Zurzeit so wenig wie möglich sprechen“ und präzisierte im September 1943, bei Unterhaltungssendungen solle möglichst ganz auf Zwischenmoderationen verzichtet bzw. sollten nur einige Ansagenblocks eingebaut werden.³⁸⁴

Die plötzliche ernste Klangfarbe des Unterhaltungsprogramms nach Stalingrad war eine in dieser Form einmalige Ausnahme von dem Bemühen, den Programmcharakter auch in schweren Krisenzeiten nicht zu verändern. Der Rundfunk war nicht dazu da, Trost zu spenden, sondern sollte mit einem konturlosen Programm die Stimmung auf-

³⁷⁷ Hans Kleiber, Berichte an SD Lahr vom 16. 5. und 17. 7. 1942, IfZ Fa-714, Bl. 17 und 29a.

³⁷⁸ Vgl. BA R 55/1254, Bl. 117f.

³⁷⁹ Zit. nach Rundfunkkonferenz vom 6. 1. 1943, BA R 55/696, Bl. 104. Hinkel führte dabei aus: „Das künstlerische Rundfunkprogramm wird von den kommenden Maßnahmen der Verschärfung der zivilen Kriegsführung nicht berührt.“ Ein anderes Protokoll der gleichen Sitzung ergänzt die Sätze: „[Das Rundfunkprogramm] soll sich weiterhin an die breitesten Massen wenden. In dem Verhältnis zwischen Unterhaltung und Politik soll keine Änderung eintreten.“ BA R 55/20624, Bl. 1.

³⁸⁰ SD-Abschnitt Frankfurt/Main, Bericht vom 6. 2. 43, BA R 58/958, Bl. 2.

³⁸¹ SD-Abschnitt Stuttgart, Bericht vom 24. 2. 1943, BA R 58/959, Bl. 61.

³⁸² Fritzsche war als Leiter der Rundfunkabteilung offenbar laufend bemüht, die Aversion seines Dienstherrn mit propagandistisch verwertbaren Argumenten zu entschärfen. So griff er interessiert die Einschätzung auf, gute Hörspiele würden wieder „zum ordentlichen Zuhören“ erziehen und bat einen RRG-Redakteur um die Übersendung eines vorlagereifen Hörspiels, denn dieses Argument ließe sich in Zukunft großartig verwenden und passe auch ihm besonders „in den Kram“; Fritzsche an Menz, 6. 1. 1944, BA R 55/20018, Bl. 324.

³⁸³ Rundfunkkonferenz vom 21. 1. 1943, BA R 55/696, Bl. 110.

³⁸⁴ Rundfunkkonferenz vom 4. 2. 1943, BA R 55/696, Bl. 114; Hinkel an Schönicke, 8. 9. 1943, BA R 56 I/42, Bl. 36.

hellen.³⁸⁵ Dies geschah stets unter Verweis darauf, daß die kämpfende Front genau so ein Programm wünsche.³⁸⁶ So hatte die Kapitulation des Afrikakorps im Mai 1943 keine Änderung des Programmcharakters mehr zur Folge.³⁸⁷ Dagegen wurde an leitender Stelle kritisiert, wenn der Rundfunk nicht sofort für bestimmte Ereignisse den passenden Rahmen fand, also zum Beispiel die Nachricht von der Befreiung Mussolinis mit Tanzmusik umrahmt wurde.³⁸⁸

Mit der Übernahme des Unterhaltungssektors durch Fritzsche änderte sich nicht viel an der Tendenz. Im Detail agierte er aber flexibler als sein Vorgänger. Auf der einen Seite entsprach es seinem Stil, wenn die beliebte Sendung „Unser Schatzkästlein“, eine Zusammenstellung von E-Musik-Passagen und Dichtkunst, vom schematischen Grundgedanken einer „kämpferischen Haltung“ befreit und lockerer gestaltet wurde.³⁸⁹ Andererseits führte der Rundfunk nicht nur ab Mai 1944 eine Sendereihe „Unsterbliche Musik deutscher Meister“ ein, sondern produzierte und sendete in großen Abständen auch wieder eine Stunde mit zeitgenössischer E-Musik, die erst im April 1944 auf Weisung von Goebbels aus dem Programm entfernt worden war.³⁹⁰

Nach Schließung der Theater sowie der Einstellung aller Vortragsabende und Dichterlesungen im September 1944 erweiterte der Rundfunk sein diesbezügliches Programmangebot, zum Beispiel durch Funkbearbeitungen von Theaterstücken und durch eine neue Rezitationssendung. Fritzsche betonte in einem Interview, es sei „nur selbstverständlich, daß der Rundfunk die durch die Schließung der Kulturinstitute entstandene Lücke schließt“, und versicherte, die Vielfalt der Sendungen noch steigern zu wollen.³⁹¹ Sowohl die Agonie des NS-Staates als auch die Überzeugung des Propagandaministers, der Rundfunk habe ausschließlich die Massenbedürfnisse zu befriedigen, verhinderten dies jedoch.

Mit ermüdender Regelmäßigkeit forderte Goebbels eine Reduzierung des Wortanteils und griff sofort jedes Abweichen von dieser Tendenz an. Noch im Januar 1945 erließ er entsprechende Richtlinien.³⁹² Seit Herbst 1944 befaßte sich Goebbels verstärkt mit der Gestaltung des laufenden Programms, „weil sie natürlich in der Öffentlichkeit viel diskutiert wird und der geringste Fehler einen Sturm im Wasserglas hervorruft“.³⁹³

Die „leichte“ musikalische Programmgestaltung zog sich jedenfalls bis in die letzten Sendetage durch. Beschwerden dagegen, welche die offiziellen Stellen erreichten, hatten häufig zum Gegenstand, daß „amerikanische Negermusik“ bzw. „jüdisch-amerikanische Erzeugnisse“ die Unterhaltung dominieren würden. Das RMVP reagierte heftig auf solche

³⁸⁵ Vgl. Hinkel im Protokoll der Rundfunkkonferenz vom 21.1.1943, trostspendende Sendungen würden „eine allzu große Belastung für den Gesamtcharakter des Programms bedeuten“, BA R 55/20624, Bl. 7.

³⁸⁶ Vgl. Rundfunkkonferenzen vom 1.4. und 7.4.1943, BA R 55/696, Bl. 131 und 134.

³⁸⁷ SD Innsbruck, Bericht vom 19.5.1943, BA R 58/958, Bl. 96.

³⁸⁸ Naumann an Hinkel, 13.9.1943, BA R 56 I/27, Bl. 32.

³⁸⁹ Gruppe J [Künstlerisches Wort] an Chef v. Dienst, 25.5.1944, BA R 56I/42, Bl. 10f.

³⁹⁰ SD Schwerin, Bericht vom 18.5.1944, BA NS 6/407, Bl. 184f.; BA R 55/559, Bl. 85; Fritzsche an Goebbels, ebd., Bl. 3f.

³⁹¹ *Die Innere Front*, Kriegssonderdienst der NSK, Folge 222 vom 21.9.1944, BA R 55/20012, Bl. 190ff. Vgl. dazu auch: Hans Fritzsche, Rundfunk im totalen Krieg, *Reichsrundfunk* 1944/45, Heft 13/14, Oktober 1944, S. 135f., abgedruckt in Dussel/Lersch (Hrsg.), *Quellen*, S. 153f.

³⁹² Goebbels, Tagebücher II, Bd. 15, S. 165 (Eintrag vom 20.1.1945); Fritzsche an Goebbels, 15.1.1945, BA R 55/20010, Bl. 108f.

³⁹³ Goebbels, Tagebücher II, Bd. 14, S. 172f. (Eintrag vom 8.11.1944).

Unterstellungen.³⁹⁴ Seltener erhielt Fritzsche Beschwerden, die den Ton für eine aktuelle Situation als unangemessen bezeichneten. So gab es zwar Kritik, daß am Tag der Invasion die „leichteste Dudelmusik“ ausgestrahlt wurde, aber Fritzsche führte intern am 21. Juni 1944 aus, „nur eine Nachricht [...], die das ganze deutsche Volk alarmiert“, solle leichte Verschiebungen innerhalb des Programms nach sich ziehen.³⁹⁵

Zwei künftige Ereignisse fielen in diese Kategorie: zum einen das Attentat auf Hitler, zum anderen der sowjetische Vormarsch im Oktober 1944 auf Ostpreußen. Weil das Rundfunkprogramm sich nicht genügend der dortigen kritischen Frontlage anpaßte, wurde Fritzsche von Goebbels heftig kritisiert.³⁹⁶ Die Umstellung sollte allerdings keine Wiederholung des bewußt schweren Programmcharakters nach der Katastrophe von Stalingrad bedeuten. Zwischen Wagner und Suppé wechselnd, sollte das Programm, wie eine Gruppenleitersitzung am 24. Oktober 1944 als Anweisung des Ministers mitgeteilt bekam, „nicht langweilig und schwer sein, sondern der Würde der Zeit [...] Rechnung tragen“.³⁹⁷ Noch am 31. Januar 1945 zeigte sich Fritzsche in der Rundfunkkonferenz davon überzeugt, daß „die gewisse, etwas heitere Note, die wir in dieser Krise bevorzugen, ganz richtig ist, und daß wir auf dieser Linie bleiben sollen“.³⁹⁸ Sollte mit dieser Linie beabsichtigt gewesen sein, zur Beruhigung der Hörer beizutragen, verfehlte der Rundfunk dieses Ziel und zog zum Schluß den Kontrast zwischen Medium und Wirklichkeit bis ins Groteske. Ein Zeitzeuge schrieb Ende März 1945: „Die allgemeine Aufregung und Panik wird immer größer! Und der Rundfunk spielt gerade in der ‚Stunde für unsere Soldaten‘ schmalzig mit ‚allen Schikanen‘: Eine Insel aus Träumen geboren, mein Hawaii [...]. Was soll man dazu sagen?“³⁹⁹

Im politischen Wortbereich konnte keine Rede davon sein, daß der Rundfunk versuchte, seine Hörer mit unverfänglichen Arglosigkeiten einzulullen. Ein musikalischer „Dudelfunk“ kontrastierte mit einem Wortsektor, dessen ideologische Radikalisierung und Fanatisierung der allgemeinen Entwicklung entsprach. Hitler erteilte im Juni 1944 in einer Sonderkonferenz ausgewählten Pressevertretern den unmißverständlichen Auftrag, ihre Informationspflichten hintanzustellen und statt dessen das Volk „bei der Hand zu nehmen“. Die Aufrechterhaltung der Moral sei jetzt das oberste Gebot.⁴⁰⁰ Für die Presse galt, so ermahnte eine „Vertrauliche Information“ vom Januar 1945, kein Blatt dürfe „auf das Niveau eines reinen Nachrichtenblattes herabsinken. Überall muß die Führungsaufgabe im Vordergrund stehen und der kämpferische Meinungscharakter der Zeitung gewahrt bleiben [...]“.⁴⁰¹

³⁹⁴ Tätigkeitsbericht RPA München, 8.5.1944, BA R 55/557, Bl. 51; Fritzsche an Goebbels, 31.8.1944, ebd., Bl. 102 (Bezug auf Gruppenbefehl eines NSFK-Gruppenführers); Keller (NSFK) an Goebbels, 15.9.1944, ebd., Bl. 104.

³⁹⁵ Empfangsspiegel der RPL vom 24.6.1944, BA R 55/20854, Bl. 9, sowie Rundfunkkonferenz vom 21.6.1944, BA R 55/556, Bl. 2.

³⁹⁶ Goebbels, Tagebücher II, Bd. 14, S. 102 (Eintrag vom 25.10.1944). Einen Monat später erwähnt er eine Besprechung mit den Gruppenleitern der Rundfunkabteilung. Ebd., S. 262 (Eintrag vom 23.11.1944).

³⁹⁷ Protokoll der Gruppenleiter-Besprechung vom 24.10.1944, BA R 55/556, Bl. 90; vgl. Antwort Fritzsches auf Hörerbrief, 1.11.1944, BA R 55/532, Bl. 298.

³⁹⁸ Rundfunkkonferenz vom 31.1.1945, BA R 55/556, Bl. 146.

³⁹⁹ Wantzen, *Leben im Krieg*, S. 1411 (29.3.1945).

⁴⁰⁰ Zit. nach Baird, *Home Propaganda*, S. 188 [VI (Sündermann) über Sonderkonferenz vom 27.6.1944].

⁴⁰¹ VI vom 27.1.1945, zit. bei Hano, *Pressepropaganda*, S. 50.

Um so mehr war der Rundfunk dazu gezwungen, die erodierende Haltung der Bevölkerung zu beeinflussen und sich dabei weiter von der Realität zu entfernen. Nach der Invasion in Nordfrankreich konnte Fritzsche in einer für die an der Front befindlichen Mitarbeiter des Rundfunks verfaßten Ansprache noch behaupten: „Es war unser Ehrgeiz, in offenen Worten über den Stand des großen Ringens zu berichten und daneben allen Deutschen mit Wort und Musik Erhebung, Anregung oder Unterhaltung zu schenken.“⁴⁰² In den ersten Wochen der Invasion erfreute sich vor allem der Rundfunk wieder eines uneingeschränkten und wohlwollenden Interesses der Hörer. Seine aktuellen Reportagen und Frontberichte vermittelten ihnen das Gefühl, jetzt wieder ähnlich umfassend und prompt von der militärischen Lage informiert zu werden wie zu Zeiten der erfolgreichen Offensive im Westen 1940.⁴⁰³ Bald jedoch wurde die mangelnde Aussagekraft der vielen gesendeten PK-Berichte bemängelt, die sich darauf konzentrierten, immer wieder auf die ungeheuren gegnerischen Verluste hinzuweisen.⁴⁰⁴

Der erfolgreiche Fortgang der alliierten Invasion schlug der deutschen Propaganda innerhalb kürzester Zeit zwei wesentliche Argumente für den deutschen Sieg aus ihren Händen. Nicht nur erwies sich der Atlantikwall als wirkungslos und strafte damit eine Propaganda Lügen, die ihn seit einem Jahr systematisch als unbezwingbares Bollwerk dargestellt hatte. Auch die „Festung Europa“, die bemüht worden war, um das Ungleichgewicht der Kräfte zwischen Deutschland und seinen Kriegsgegnern durch den angeblichen Zusammenhalt eines ganzen Kontinents propagandistisch zu kompensieren, fiel in rapidem Tempo auseinander.

Mit verzweifelt anmutender Begeisterung versuchte die Propaganda nun, eine militärische Initiative, für die keine Ressourcen mehr aufgeboden werden konnten, durch Wunderglauben zu ersetzen. Ein Stück weit mögen die Träger dieser Propaganda selbst dem von ihnen erzeugten Glauben verfallen sein. Als die deutsche Raketenwaffe „A 4“ nach dem Invasionsbeginn zum Einsatz gelangte,⁴⁰⁵ machte sich die Wunderwaffenkampagne selbständig. Goebbels versuchte zunächst, den Ersteinsatz zurückhaltend präsentieren zu lassen. Er suggerierte den Teilnehmern an der Ministerkonferenz, diese Zurückhaltung beruhe auf seiner eigenen Initiative, handelte jedoch nach den im Herbst 1943 vom OKW erstellten Richtlinien und gemäß dem Wortlaut des Wehrmachtberichts.⁴⁰⁶

Die Presse ließ sich jedoch von der Tagesparole Dietrichs und der zugehörigen DNB-Kommentierung dazu verleiten, diesen Einsatz als den Beginn der Vergeltung darzustellen.⁴⁰⁷ Am folgenden Tag griff Goebbels auf der Ministerkonferenz sie daher wegen ihrer überzogenen Darstellung an und ließ auf der Pressekonferenz anordnen, sie solle sofort von der großen Aufmachung heruntergehen.⁴⁰⁸ In moderateren Tönen wurde auf einer später am Tag abgehaltenen Konferenz im kleinen Rahmen gebeten, keine „Zweckstim-

⁴⁰² Fritzsche, „Liebe Kameraden“, Typoskript, datiert vom 27. 6. 1944, BA R 55/628, Bl. 52f.

⁴⁰³ Die erste Meldung von der alliierten Invasion wurde vom englischsprachigen Dienst der deutschen Europasender, darunter vom Sender Calais am 6. 6. 1944 ausgestrahlt. Wortschlacht, S. 77.

⁴⁰⁴ SD Frankfurt/Main, Bericht vom 13. 6. 1944, BA R 58/97, Bl. 226f.

⁴⁰⁵ Vorschlag von Schwarz van Berk und Zustimmung Hitlers für den Einsatztermin erwähnt in: Goebbels, Tagebücher II, Bd. 12, S. 108 und 130 (Einträge vom 15. 4. und 18. 4. 1944).

⁴⁰⁶ Vgl. Oven, Mit Goebbels bis zum Ende, Bd. 2, S. 19 (Eintrag vom 16. 6. 1944). Für die Rolle des OKW vgl. Sündermann, Hier stehe ich, S. 269 (Eintrag vom 16. 6. 1944), und Hölsken, V-Waffen, S. 103.

⁴⁰⁷ DNB vom 16. 6. 1944, Anmerkung: „Den Schriftleitungen nur als Material, nicht zur wörtlichen Veröffentlichung zur Verfügung gestellt!“, BAK N 1261/104.

⁴⁰⁸ Sündermann, Hier stehe ich, S. 269 (Notiz vom 17. 6. 1944); Murawski, Wehrmachtbericht, S. 105.

mung“ zu provozieren und eine mittlere Linie zu halten. Mittlerweile war auch Goebbels klargeworden, daß Dietrichs Weisungen in Wirklichkeit von Hitler inspiriert gewesen waren, dem er mit den „zu erwartenden Schwierigkeiten in der weiteren Stimmungsentwicklung im Reich“ eine zurückhaltendere Darstellung nahelegte.⁴⁰⁹

Angesichts der in einem Teil des deutschen Volks herrschenden Überzeugung, der Krieg werde nach dem Beginn der Invasion durch den Einsatz der Vergeltungswaffe gegen England entschieden, war jede propagandistische Verwertung ein riskantes Spiel mit den in schwindelnde Höhen getriebenen Erwartungen. Sofort nach den ersten Meldungen griff eine Begeisterung um sich, die ohne weitere Informationen davon ausging, daß der nur noch nach Wochen zu zählende Endkampf begonnen habe.⁴¹⁰

In dieser spannungsgeladenen Situation oblag es wieder einmal Fritzsche, den ersten Rundfunkkommentar zu sprechen. Seine ihm von Goebbels gestellte Aufgabe sollte dabei sein, die in der Presse geweckte Euphorie etwas abzukühlen.⁴¹¹ Im Kommentar strich er vor allem den angeblichen europäischen Haß gegen England heraus, stellte aber auch klar, daß dieser Einsatz erst „ein erster Anfang“ sein könne.⁴¹² Dies sollte verdeutlichen, daß es einer weiteren langfristigen Entwicklung und damit auch eines langfristigen Durchhaltens der Bevölkerung bedurfte, um am Ende dieser Entwicklung tatsächlich die Kriegsentscheidung für Deutschland herbeizuführen.

Seine Ausführungen wirkten bei den Hörern wegen ihrer sachlichen Präsentation überzeugend und hinterließen zugleich die Botschaft, „daß wir noch eine Anzahl [wei]terer, wahrscheinlich noch wirkungsvollerer Geheimwaffen auf [Lager] haben“. ⁴¹³ Fritzsche mußte annehmen, daß das unabwendbare Ende des Dritten Reiches gleichzeitig das Ende seines persönlichen Werdegangs bedeutete und es auch für ihn nur noch darauf ankam, jede Gelegenheit zu einer Verlängerung auszunutzen. Nach Kriegsende wälzte er die Verantwortung für die Wunderwaffenkampagne auf seinen alten Rivalen Schwarz van Berk ab, „der dem deutschen Volk den Irrglauben an die ‚Wunderwaffen‘“ eingepflicht habe.⁴¹⁴ Daran ist richtig, daß Schwarz van Berk im Dezember 1943 mit einem Artikel im *REICH* Hoffnungen darauf weckte, daß neue Waffen die Vergeltung bringen und kriegsentscheidend wirken könnten. Er gehörte aber andererseits im Juni 1944 zu den Rundfunkkommentatoren, die vor einer unangemessenen Einschätzung der „V 1“ warnten.⁴¹⁵

Dennoch wurde der tatsächliche Kriegsverlauf in der Normandie und an der Ostfront noch eine ganze Weile von der Berichterstattung über die V-Waffe verdrängt.⁴¹⁶ Die Be-

⁴⁰⁹ Stephan auf sogenannter „kleiner Konferenz“, Aktennotiz Sänger vom 17. 6. 1944, BAK N 1261/104; Goebbels, Tagebücher II, Bd. 12, S. 491 ff. (Eintrag vom 18. 6. 1944).

⁴¹⁰ SD Frankfurt/Main, Bericht vom 13. 6. 1944, BA R 58/97, Bl. 227f.; RPA Schwerin, Bericht vom 19. 6. 1944, BA R 55/602, Bl. 80.

⁴¹¹ Oven, Mit Goebbels bis zum Ende, Bd. 2, S. 20 (Eintrag vom 16. 6. 1944).

⁴¹² PZUR vom 17. 6. 1944, Tondokument erhalten im DRA.

⁴¹³ SD Schwerin bzw. SD Koblenz, Berichte vom 20. 6. 1944, BA NS 6/407, Bl. 249, und BA R 58/98, Bl. 203.

⁴¹⁴ Fritzsche, zit. in *Der Volkswille* vom 8. 10. 1946, BAK N 1355/4; Aussage Fritzsche vom 28. 6. 1946, IMT, Bd. XVII, S. 251.

⁴¹⁵ SD Schwerin, Bericht vom 27. 6. 1944 über Schwarz van Berks Vortrag vom 22. 6., der „reinigend auf die Gemüter gewirkt“ habe, BA NS 6/407, Bl. 257. Auch die SD-Meldungen über die Entwicklung in der öffentlichen Meinungsbildung vom 29. 6. 1944 erwähnen lobend die „Offenheit, mit der er alle mit der Vergeltungswaffe zusammenhängenden Fragen behandelt habe“. MadR, S. 6620.

⁴¹⁶ BBC-Inlandsprogramm vom 8. 7. 1944, zit. nach Erkundungsdienst, Bericht vom 8. 7. 1944, BA R 55/1261, Bl. 31. Der Wehrmachtbericht verwendete am 30. 6. 1944 für den V-1-Einsatz zum ersten Mal



Juli 1944, Hans Fritzsche in Peenemünde

völkerung spaltete sich dabei auf in ein größeres Lager von Enttäuschten, deren Hoffnung auf eine kriegsentscheidende Waffe sich nicht erfüllt hatte, und in ein immer kleiner werdendes Lager, welches weiterhin auf Waffen mit brutalster Wirkung setzte, die „England bis an die Grenze der physischen Vernichtung“ brächten.¹¹⁷ Fritzsche erklärte am 15. Juli, V 1 sei „das erste der neuen Mittel zur Abwehr des großen Angriffs“, welches dem Luftkrieg die Wechselseitigkeit wiedergegeben habe. Das Erlebnis eines Abschusses der neuen Raketenwaffe „A 4“ in Peenemünde (der späteren V 2) dürfte ihn hierbei beflügelt haben.¹¹⁸

Das gesamte politische, militärische und propagandistische Bemühen kreiste jetzt nur noch um den Begriff des „Zeitgewinns“. Mit dem Volkssturm sollten auch die letzten irgendwie einsatzfähigen Kräfte mobilisiert werden, und die anlässlich seiner Proklamation

den Begriff „Vergeltungsfeuer“. Am 4. 7. 1944 wurde die Presse erneut angewiesen, das Vergeltungsthema noch einmal groß aufzumachen; Murawski, Wehrmachtbericht, S. 106.

¹¹⁷ So faßte es jedenfalls der Tätigkeitsbericht der RPÄ vom 4. 7. 1944 zusammen, BA R 55/601, Bl. 26. Dieser Tonfall sollte sich zum Kriegsende hin noch radikalisieren. Ein Stimmungsbericht des Gau-Propagandaamts Halle-Merseburg vom 19. 2. 1945 gibt aus der Bevölkerung die Erwartung wieder, Hitler solle „mit Brutalität und grausamer Rücksichtslosigkeit alles einsetzen, was möglich ist und wenn Millionen unserer Feinde an einem Tage dadurch sterben müßten“. BA R 55/1394, Bl. 158.

¹¹⁸ PZUR vom 15. 7. 1944, StAM SpK 477, Heft III, S. 273; Goebbels, Tagebücher II, Bd. 13, S. 130 (Eintrag vom 16. 7. 1944).

von Himmler gehaltene Rede wurde durch ein Sonderprogramm aus Märschen und patriotischen Liedern eingerahmt, die Rede am gleichen Tag nach einer Stunde Sonderprogramm wiederholt. Auch das Programm des Folgetages stand ganz im Zeichen des Volkssturms.⁴¹⁹ Aber weder Volkssturm noch die „V 2“, deren Einsatz einige Zeit verschwiegen und dann erst allmählich, im Rundfunk ab Anfang Dezember 1944, offensiver ausgewertet wurde, konnten eine dauerhafte Perspektive bieten.⁴²⁰

Doch blieben die Wunderwaffen bis zum März 1945 ein wichtiger Bestandteil der kursierenden Gerüchte – etwa dem, daß Hitler seine letzte, vernichtende Waffe bis zum Schluß zurückhalte und angeblich Gott um Verzeihung für die letzten 24 Stunden dieses Krieges gebeten hätte⁴²¹ – mit denen sich das Volk einer Niederlage entziehen wollte, deren Umstände von der Propaganda in apokalyptischen Visionen geschildert wurden. Auch wenn Fritzsche sich nach dem Kriege als Gegner der Wunderwaffen-Propaganda hinstellte, nährte das von ihm verantwortete Rundfunkprogramm in dieser Hinsicht bis zuletzt Hoffnungen. Ein Feldpostbrief erwähnt, am 28. März 1945 habe der „Zeitspiegel“ in seinen Berichten die Zweifler darauf aufmerksam gemacht, „daß wir heute im Zeitalter der Raketen- und Atomtechnik leben“, und daraus die Folgerung abgeleitet: „Jedenfalls haben wir den Krieg vorläufig noch nicht verloren.“ [...] Falls hinter diesen Worten was dahinter steckt, so darf man vermuten, daß der Krieg hauptsächlich mit letzteren gewonnen wird [...].⁴²²

Um den schwindenden Realitätsgehalt ihrer Erzeugnisse auszugleichen, gingen die „Führungsmittel“ dazu über, deren Stil und Inhalt zu radikalisieren. Damit lieferten sie das passende Programm zur „Kriegsendphase“, dem Kulminationspunkt entgrenzter Gewalt und der Auflösung herkömmlicher Rechtsprinzipien.⁴²³ Die Propaganda reagierte auf die durch jahrelange Wirkung der NS-Ideologie im deutschen Volk erzeugten Stimmungen. Die Radikalisierung war nach fünf Jahren Krieg und Vernichtung in den Köpfen und Herzen angekommen; man hoffte darauf, im Invasionsraum nicht zu viele Gefangene zu machen, hielt ihren Schutz für „Humanitätsduselei“ und schüttelte nur den Kopf, als Rom zur offenen Stadt erklärt wurde.⁴²⁴

Alle diese Tendenzen wirkten schon im Mai 1944 zusammen, als sich das Regime aus seiner Hilflosigkeit gegenüber den alliierten Bombenangriffen dadurch zu befreien suchte, daß es zum Lynchmord an abgeschossenen Fliegern regelrecht ermunterte. Mit Zustimmung, so hatten einige Stimmungsberichte bereits im Frühling 1943 ausgesagt, sei die japa-

⁴¹⁹ Vgl. Erkundungsdienst, Bericht vom 30. 10. 1944 [Beschreibung in der BBC], BA R 55/1262, Bl. 206f.

⁴²⁰ Vgl. Erkundungsdienst, Bericht vom 4. 12. 1944, BA R 55/1262, Bl. 151; Tätigkeitsbericht der RPÄ vom 5. 12. 1944, BA R 55/601, Bl. 240; Bericht SD-Informant Ettenheim, 18. 11. 1944, IfZ Fa-714, S. 203: „Aufgefallen, daß Bekanntgabe so spät erfolgte. D[a]raus teilweise geschlossen, daß Erfolg den Erwartungen nicht entsprach.“ Die erste Meldung erfolgte im OKW-Bericht vom 8. 11. 1944, nach der seit Wochen V-2-Raketen auf London abgeschossen wurden.

⁴²¹ In ähnlichen Formulierungen wiedergegeben u.a. in einem Feldpostbrief vom 14. 9. 1944, siehe: Buchbender/Sterz (Hrsg.), Gesicht, S. 139, und in einem FS der GPL Breslau vom 19. 9. 1944, das als kolportierte Quelle eine angebliche Ansprache Hitlers im Drahtfunk an die westdeutsche Bevölkerung angibt, BA R 55/613, Bl. 81. Weitere Varianten dieses Ausspruchs bei: Tätigkeitsbericht RPÄ vom 25. 9. 1944, BA R 55/601, Bl. 141. Nach einer anderen Version habe Hitler ihn anläßlich der Vorführung eines neuen, aber nicht abschließend erprobten Kampfstoffes getan. Vgl. H. J. Fischer, Erinnerungen, Teil II, S. 56.

⁴²² Feldpostbrief eines Gefreiten vom 30. 3. 1945, abgedruckt in Buchbender/Sterz (Hrsg.), Gesicht, S. 167f.

⁴²³ Begriff und Definition nach Paul, Erschießungen, S. 545.

⁴²⁴ SD Frankfurt/Main, Bericht vom 13. 6. 1944, BA R 58/97, Bl. 228ff.

nische Praxis zur Kenntnis genommen worden, abgeschossene US-Flieger zum Tode zu verurteilen.⁴²⁵ Aber noch im März 1944 bemängelte Bormann in einem Rundschreiben an die Gauleiter, daß die Bevölkerung den alliierten Fliegern gegenüber nicht den gebotenen Abstand wahre.⁴²⁶ Kurze Zeit später jedoch schien sich die Einstellung zu wandeln. Gerüchte über Lynchmaßnahmen trafen laut den SD-Berichten auf mehrheitlich positive Reaktionen. Nur eine kleine Minderheit setzte sich noch dafür ein, die Flieger als Kriegsgefangene zu behandeln, während nun die Mehrheit mit der in Japan geübten Praxis sympathisierte oder Lynchmorde befürwortete.⁴²⁷

Polizei und Wehrmacht wurden durch geheime Weisungen davon abgehalten, in solchen Situationen einzuschreiten. Weiter geschürt wurde diese Stimmung durch die seit dem 25. Mai 1944 mehrfach im Wehrmachtbericht enthaltene Meldung, alliierte Flieger würden die deutsche Zivilbevölkerung mit ihren Bordwaffen beschießen. Die Presse wurde am 27. Mai 1944 angewiesen, diese „neue Phase des Luftterrors“ ausführlich zu schildern, dabei jedoch eine „offizielle“ Form der Stellungnahme zu vermeiden,⁴²⁸ bis Goebbels an den folgenden Tagen in zwei grundsätzlichen Artikeln, deren Inhalt von Hitler genehmigt bzw. zur Prüfung vorgelegt worden war,⁴²⁹ im *Völkischen Beobachter* jedoch diesen Rest an Dekkung aufgab.

Für kurze Zeit schien die allgemeine Stimmung eine solche weitere Entgrenzung zu begrüßen.⁴³⁰ Der Leiter der Abteilung Propaganda im RMVP, Berndt, gab hierfür ein praktisches Beispiel und erschoss gefangengenommene feindliche Flieger während einer Dienstreise,⁴³¹ während Bormann mit einem weiteren Rundschreiben die Politischen Leiter der NSDAP zur Duldung von Lynchjustiz anhielt.⁴³² Fritzsche hielt sich aus dieser Thematik heraus. Zwar sind für die fraglichen Wochen nicht alle seine Rundfunkbeiträge erhalten, aber in den überlieferten Kommentaren nahm er zum Verhalten der Zivilbevölkerung gegenüber Bomberpiloten keine Stellung. Mit der Invasion verschwand dieses Thema aus der alltäglichen Propaganda, denn langfristig setzte sich das AA dagegen durch, daß auf diese Weise geltendes Völkerrecht einseitig von Deutschland aufgekündigt wurde. Offensichtlich war dort die „Götterdämmerung“ noch nicht angekommen.⁴³³

Der radikalisierte Stil brachte es außerdem mit sich, daß antisemitische Polemik, schon immer ein selbstverständlicher Bestandteil des Programms, erneut aufgewärmt wurde, wobei jetzt allerdings die angeblichen Vernichtungsabsichten im Vordergrund standen, die

⁴²⁵ SD Linz, Bericht vom 28. 4. 1943, BA NS 6/409, Bl. 94.

⁴²⁶ Rundschreiben vom 22. 3. 1944, zit. nach Steinert, *Hitlers Krieg*, S. 439.

⁴²⁷ SD Schwerin, Bericht vom 18. 4. 1944, BA NS 6/407, Bl. 143. Ursula v. Kardorff erwähnt im Mai 1944 das Gespräch mit einer Frau in Lübeck, die gerade einen abgeschossenen Flieger in Schutz genommen hatte, „als die aufgeregte Menge ihn lynchen wollte“. Dies., *Aufzeichnungen*, S. 184.

⁴²⁸ Murawski, Wehrmachtbericht, S. 107.

⁴²⁹ „Jetzt ist es genug“, *VB* vom 28. 5. 1944, sowie „Ein Wort zum feindlichen Luftterror“, *VB* vom 29. 5. 1944. Zur vorherigen Kenntnisnahme und Billigung Hitlers vgl. Goebbels, *Tagebücher II*, Bd. 12, S. 345 und 355 (Einträge vom 24. und 25. 5. 1944).

⁴³⁰ Vgl. hierzu das in den SD-Berichten zu Inlandsfragen vom 1. 6. 1944 verzeichnete positive Echo auf den ersten *VB*-Artikel von Goebbels, *MadR*, S. 6566.

⁴³¹ Bemerkung Keitels auf Vortragsnotiz Warlimont vom 6. 6. 1944, BA-MA RW 4/700, Bl. 16.

⁴³² Vgl. IMT, Bd. V, S. 102 (Verhandlung vom 17. 12. 1945) und Dokument 057-PS. In dem Rundschreiben wird keine Anweisung gegeben, sondern lediglich ausgeführt, daß bei zurückliegenden Vorfällen keine Maßnahmen ergriffen worden seien.

⁴³³ Ritter (AA), Entwurf eines von Ribbentrop bereits gebilligten Antwortschreibens an das OKW, Anhang zu Anschreiben an OKW vom 25. 6. 1944, BA-MA RW 4/700, Bl. 33f.

„das Judentum“ gegenüber Deutschland hege. So fand sich auch im „Zeitspiegel“ vom 15. Mai 1944 zwischen Beiträgen über Fliegenbekämpfung und einen Sonntagsspaziergang in Ankara ein Bericht über Juden in Ungarn, zu dem innerhalb der Sendung mit dem Ausruf „Fliegengeschmeiß, Judengeschmeiß“ übergeleitet wurde.⁴³⁴

Fritzsche selbst führte am 9. Januar 1945 seinen Mitarbeitern gegenüber aus, die englische Politik lasse sich nur begreifen, wenn man sie vom Standpunkt des internationalen Judentums aus betrachte, welches die jüdische Weltherrschaft verwirklichen wolle. Auf dieser These baute er dann die nächste PZUR vom 13. Januar 1945 auf.⁴³⁵ Aber der Antisemitismus taugte nicht mehr dazu, propagandistisch zu mobilisieren, außer wenn er sich mit einem Genre verband, das den Rundfunk im letzten Kriegsjahr zunehmend bestimmte: dem der Greuelpropaganda.

Bereits 1943 verstärkte sich bei den Überwachungsorganen des Regimes der Eindruck, daß Teile des deutschen Volkes einer feindlichen Besetzung eher gleichmütig entgegensähen; sie wiesen darauf, daß die bisherige Propaganda keinesfalls in allen Kreisen gegriffen hatte. Sogar das Schreckgespenst einer ähnlichen Niederlage wie 1918 schien angesichts der Belastungen dieses Krieges keine besondere Wirkung mehr auszuüben.⁴³⁶ Das System reagierte darauf mit Terror und mit Kampagnen der Greuelpropaganda, welche die für seinen Bestand bedrohliche Parole „Aufgehängt werden ja nur die Nazis“ widerlegen sollten.⁴³⁷ Solang der Gegner weit von den Reichsgrenzen entfernt operierte, erzeugten diese Kampagnen eher das bekannte Phänomen der „Übersättigung“. Spätestens im Herbst 1944 gab die konkrete Gefährdung der Grenzgebiete im Osten Anlaß, den Umfang von Greuelpropaganda auszuweiten.⁴³⁸

Nach dem Ausscheiden Rumäniens und vor allem Finnlands aus dem Kriege bestand jedoch die Gefahr, daß ein „Überleben“ dieser Länder unter sowjetischer Besatzung der deutschen Bevölkerung die Vorstellung erleichterte, eine Kapitulation hinnehmen und weiterleben zu können. Jede Hoffnung darauf sollte zerstört werden, daß die Alliierten bei einer Besetzung Deutschlands zwischen Partei und Bevölkerung zu unterscheiden wissen würden.⁴³⁹ Bei einer Meldung über Ausschreitungen in Rom erläuterte Fritzsche, es sei natürlich nicht zu erwähnen, daß diese Ausschreitungen sich explizit gegen Faschisten gerichtet hätten. Es habe keinen Zweck, „nun irgendwelche Gruppen von Menschen anzusprechen, deren schlechte Behandlung anderen Gruppen vielleicht sogar eine gewisse Genugtuung bereitet oder ihnen die Hoffnung läßt, daß sie vielleicht besser davonkämen“.⁴⁴⁰ Der Begriff der „bedingungslosen Kapitulation“ war zu übersetzen mit der „Ausrottung des deutschen

⁴³⁴ Vgl. Rundfunkwissenschaftliches Institut Freiburg, Abhörbericht für 13.–20.5.1944, DRA/SAM RMVP 80. Die zu dieser Zeit stattfindende Judendeportation wurde in dem Bericht nicht behandelt.

⁴³⁵ RAB vom 9. 1. 1945, DRA. Zur PZUR vom 13. 1. 1945 vgl. den Schluß von Kapitel II 2.2.

⁴³⁶ Vgl. SD Würzburg, Bericht vom 31. 8. 1943, BA R 58/1130, Bl. 100.

⁴³⁷ Zit. nach den „Vertraulichen Mitteilungen“ der Partei-Kanzlei vom 9. 4. 1943, in denen „Argumente in der antibolschewistischen Mundpropaganda“ gegeben werden. Ein Ministerialdirektor des Reichsjustizministeriums stellte in einem Vermerk vom 26. 6. 1944 dar, Bemerkungen dieser Art, die den Bolschewismus verharmlosten, seien „nicht mehr tragbar und grundsätzlich todeswürdig“. BA R 22 Gr5/457, zit. nach Friedrich, Der Brand, S. 450.

⁴³⁸ Übereinstimmend stellten London und Moskau Anfang November 1944 fest, daß sich die deutsche antibolschewistische Propaganda mit der gehäuften Darstellung sowjetischer Kriegsgreuel intensiviert habe. Zit. nach Erkundungsdienst, Bericht vom 3. 11. 1944, BA R 55/1262, Bl. 199. Vgl. dazu Tätigkeitsbericht RPÄ vom 16. 10. 1944, BA R 55/601, Bl. 168.

⁴³⁹ Vgl. hierzu RAB vom 29. 10. 1944, DRA.

⁴⁴⁰ RAB vom 19. 9. 1944, DRA.

Volkes“. Sprachen sich daher in einer britischen Umfrage 90% der Befragten für die bedingungslose Kapitulation Deutschlands aus, bekundeten sie damit „ihr Einverständnis mit der Vernichtung Deutschlands“.⁴⁴¹ Ebenso wie kurzfristige Entspannungen der militärischen Lage nicht besonders betont werden sollten, um „unter keinen Umständen [...] den Druck von der Seele des deutschen Volkes [zu] nehmen, der jetzt wohl das fruchtbarste bewegende Moment bei seinem Einsatz für den totalen Krieg ist“,⁴⁴² diente die nun von Fritzsche selbst als „Kraft durch Furcht“-Propaganda bezeichnete Strategie dazu, die Bevölkerung zum Durchhalten anzutreiben.

Der überwiegende Teil der Bevölkerung ließ sich in seinem Verhalten von der Propaganda und der eigenen Angst davor, dem Gegner schutzlos ausgeliefert zu sein, beeinflussen.⁴⁴³ Dieser „Erfolg“ hatte allerdings recht zweischneidige Auswirkungen. Denn stärker als das vom Regime gewünschte Verhalten, sich wie dessen Protagonisten ohne Alternative zum Weitermachen zu sehen und daher dem Gegner auch in hoffnungsloser Lage Widerstand zu leisten, war der einfache Fluchtreflex. Die bedrohten Gebiete sollten nicht schnell von der Zivilbevölkerung geräumt werden, denn das hätte sowohl den Rückzug der eigenen Truppen beschleunigt als auch deren Operationen behindert. Als Ostpreußen im Sommer 1944 das erste Mal unmittelbar bedroht wurde, bemühte sich Fritzsche, von dort aktuelle Berichte zu erhalten, die beruhigend wirken konnten. Aber bereits zu diesem Zeitpunkt mußte der Leiter der Hauptgruppe Wort feststellen, daß für die von Fritzsche gewünschten „Beruhigungsberichte“ in Ostpreußen kaum noch Gesprächspartner zur Verfügung standen.⁴⁴⁴

Mit der geübten Zurückhaltung versuchte man, eine frühzeitige und im Sinne des Regimes „übereilte“ Evakuierung zu verhindern. Noch am 25. Januar 1945 erläuterte Fritzsche in der Rundfunk-Arbeitsbesprechung: „Greuelmeldungen wollen wir auch heute noch nicht geben, sondern die geben wir vielleicht erst morgen oder übermorgen, wenn die Flüchtlingsstrecks einigermaßen in Sicherheit sind.“⁴⁴⁵ Berichte über die einsetzenden Flüchtlingsstrecks und -kolonnen tauchten bis Februar 1945 nur selten auf⁴⁴⁶ und stießen dann auf vehementen Protest von Propagandisten aus den betroffenen Gauen.⁴⁴⁷ Vielleicht erklärt dies, warum Fritzsche Anfang Februar 1945 intern allen Ernstes behaupten konnte: „Die Berichte über bolschewistische Greuel haben wir ja niemals allzusehr in den Vordergrund gestellt, wir wollen das auch weiterhin nicht tun [...]“.⁴⁴⁸

⁴⁴¹ Rundfunkparole vom 17. 1. 1945, wiedergegeben in der RAB vom 17. 1. 1945, DRA. Vgl. auch die Wiedergabe der Rundfunkparole in der RAB vom 19. 2. 1945: „Die Ausführungen der *Sunday Times*, das ganze deutsche Volk sei zu vernichten, werden in den Inlanddiensten kurz zitiert.“

⁴⁴² Fritzsche auf der RAB vom 30. 9. 1944, DRA.

⁴⁴³ Eine 1999 durchgeführte Untersuchung ergab, daß nach Einschätzung von 78% der befragten Zeitzeugen diese Angst der wesentliche Beweggrund für das Weitermachen war. Bei 30% der Befragten war es die Befürchtung, es könne nach dem verlorenen Krieg nur noch schlimmer kommen. Süllwold, Normalbürger, S. 114.

⁴⁴⁴ Vgl. Hauptgruppe Wort an Fritzsche, 18. 7. 1944, Fritzsche an Goebbels, 18. 7. 1944; BA R 55/559, Bl. 82f.

⁴⁴⁵ RAB vom 25. 1. 1945, DRA.

⁴⁴⁶ Schröder, Kriegsbericht, S. 186.

⁴⁴⁷ Karl Scharping wurde vom RPA Görlitz scharf angegriffen, weil er davon gesprochen habe, daß bei der Evakuierung Schlesiens erkrankte Kinder mangels ausreichender Pflege gestorben seien. Obwohl eine Randbemerkung von Fritzsche [?] diese Behauptung als „Unsinn“ bezeichnete, belegt ein Abhörbericht vom 6. 2. 1945, daß Scharping erwähnt habe, unzählige Mütter müßten mitansehen, wie ihre Säuglinge erfrören. RPA Görlitz an Fritzsche, Telegramm vom 7. 2. 1945, sowie Abhörbericht vom 6. 2. 1945, BA R 55/522, Bl. 93f.

⁴⁴⁸ RAB [falsch datiert auf den 9. 1. 1945, vermutlich] vom 9. 2. 1945, DRA.

Einem vergleichbaren Dilemma unterlag die Greuelpropaganda an der Westfront. Um der verbreiteten Überzeugung entgegenzuarbeiten, eine Besetzung durch die Westalliierten sei im Vergleich zu einer sowjetischen Besetzung harmlos und brächte außerdem das Ende der ständigen Bedrohung aus der Luft, brachte der Rundfunk Meldungen über angeblich systematisch verübte Kriegsgreuel der Westmächte. Auch die PK-Berichte trugen dazu bei, den Feind im Westen zu dämonisieren. Ihre Greuelpropaganda reichte „von Feststellungen hinterhältiger Kampfweise mit Gangstermethoden über Beschuldigungen, sich an deutschen Frauen vergriffen, gefangene Offiziere mißhandelt und das Rote Kreuz mißachtet zu haben, bis zu Darstellungen [...], in denen gegnerische Truppen der Erschießung von Flakhelfern der HJ und von Kriegsgefangenen angeklagt wurden“.⁴⁴⁹

Allerdings durfte der Bogen nicht überdehnt werden, um aus der gewünschten Fanatisierung des Durchhaltewillens nicht plötzlich Verwirrung und Apathie entstehen zu lassen. Während der Leiter des RPA Bochum im November 1944 darum bat, die Greuelmeldungen aus dem Westen über Erschießungen deutscher Frauen usw. einzustellen, da es beabsichtigt sei, die Bevölkerung des Gaugebietes im Gau zu halten, wurde vielerorts die Flucht schon vorbereitet.⁴⁵⁰ Spätestens im Februar 1945 erwiesen sich aber taktische Überlegungen dieser Art als sinnlos, denn von einem zusammenhängenden Frontverlauf konnte weder im Westen noch im Osten die Rede sein. Kaum mehr imstande, sich militärisch zu verteidigen, benutzte die deutsche Führung erfundene und tatsächliche Greuel an der Zivilbevölkerung als propagandistische Verteidigungswaffe.

Das von Fritzsche betreute Rundfunkprogramm machte hier keine Ausnahme. Ungefähr bis Anfang März wurden Greuel im Osten „punktuell“ ausgewertet. Auf seinen Arbeitsbesprechungen erläuterte Fritzsche, ihre Behandlung komme nur dann in Frage, wenn sich damit ein Appell an die Kampfbereitschaft des Volkes verbinden lasse. „Können wir das nicht, dann lassen wir die Greuelmeldungen eben weg.“⁴⁵¹ Je verzweifelter sich jedoch die Lage gestaltete, desto kompromißloser waren die Greuel darzustellen, um ganz bewußt Haß zu erzeugen. So sollte eine kurze Stellungnahme von General Remer eine Darstellung systematischer Morde an der ostdeutschen Zivilbevölkerung mit der Feststellung beschließen, daß die deutschen Soldaten in diesem Kampfraum keine Gefangenen mehr machten.⁴⁵²

Allgemein führte Fritzsche dazu aus: „Es ist nötig, bei der Schilderung dieser feindlichen Greueltaten den Mittelweg zu suchen zwischen der Erzeugung von Haß, die notwendig ist, um gegen diese Pest vorzugehen, und der Vermeidung von Panik [...], die dann unter Umständen noch den feindlichen Waffen helfen könnte.“⁴⁵³ Ebenso diente diese Propaganda, an der sich auch Generaloberst Guderian mit einem Auftritt auf der Pressekonferenz betei-

⁴⁴⁹ Schröder, Kriegsbericht, S. 151. Vgl. auch Wantzen, Das Leben im Krieg, S. 1275 (15. 10. 1944).

⁴⁵⁰ Tätigkeitsbericht der RPÄ vom 7. 11. 1944, BA R 55/601, Bl. 211.

⁴⁵¹ RAB vom 17. 2. 1945; ähnlich RAB vom 16. 2. 1945. Auch wenn 1947 im Spruchkammerverfahren der Belastungszeuge Sänger angab, Fritzsche habe Greuelmeldungen verabscheut, galt dies in den letzten Kriegsmonaten nicht mehr. Protokoll SKV Fritzsche vom 28. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI. Goebbels' Pressereferent von Oven notierte am 20. 2. 1945, man veröffentliche seit etwa einer Woche sowjetische Greueltaten, „selbst auf die Gefahr hin, daß die Panik unter den Flüchtlingen noch erhöht wird“. Oven, Mit Goebbels bis zum Ende, Bd. II, S. 247.

⁴⁵² Vgl. auch Fritzsches Schilderung des Besuchs von Goebbels im schlesischen Lauban: „Da mußte aber einzelnen Truppenteilen befohlen werden: ein paar müßt ihr lebend einbringen“, RAB vom 9. 3. 1945, DRA.

⁴⁵³ RAB vom 9. 3. 1945, DRA.

ligte, zur Abwehr der im Ausland immer reichhaltiger eintreffenden und ausgewerteten Informationen über das deutsche Vernichtungssystem.⁴⁵⁴

Der Rundfunk mußte unter den verschärften Kriegsbedingungen die Situation im zusammenbrechenden Deutschen Reich realistischer behandeln. Die Probleme rückten an seine Hörer heran, und er konnte daher nicht mehr ganze Themenkomplexe ausblenden wie in den vorausgegangenen Jahren. Nun war er zum Beispiel genötigt, im Zusammenhang mit der „Volksopfer“-Aktion zum Jahresbeginn 1945 die Not von Hunderttausenden zu schildern. Vorträge,⁴⁵⁵ stärker aber noch die Frontberichterstattung, standen nun im Zeichen des Kampfes um die bloße Existenz. Aber auch hier galt es, die allzu berechtigten Panik nicht noch zu befördern. Mit diesem Argument kritisierte man innerhalb der PK-Redaktion noch im März 1945 Berichte vom verzweiferten Häuserkampf in Breslau.⁴⁵⁶

Noch jetzt, als die Kriegsniederlage sich unübersehbar abzeichnete, versuchte Fritzsche in seinem Umfeld Zuversicht zu verbreiten, indem er, sich zum „Wissenden“ stilisierend, kryptische Bemerkungen über eine angeblich bevorstehende Wende machte.⁴⁵⁷ Auch wenn er wußte, daß an militärischen Mitteln oft nur noch ein Bündel Panzerfäuste verblieben war, beschwor er den unmittelbar bevorstehenden Bruch der gegnerischen Koalition. Diese „politische Perspektive“ hatte als Rechtfertigung dafür herzuhalten, daß der Krieg in aussichtsloser Lage weitergeführt wurde. Mit welchen Mitteln, das legte der von Fritzsche als „Auftakt“ für den Nachrichtendienst des 2. März 1945 empfohlene Aufruf des Königsberger Kreisleiters Wagner dar, in dem es sinngemäß hieß, daß bis zur letzten Patrone geschossen und bis zum letzten Kolbenschlag gekämpft werden solle. Wer nicht kämpfen wolle und abhaue, werde „umgelegt“.⁴⁵⁸ Am 5. März 1945 berichtete Fritzsche seinen Mitarbeitern von einem am Vortag erfolgten Besuch an der Front im Osten vor Berlin und resümierte, daß auch von zusammengekratzten Einheiten noch ein sinnvoller Widerstand geleistet werden könne. Es seien zwar „auf diesem Höhengelände an der Oder ein paar wichtige Punkte verlorengegangen, aber die entscheidenden unter diesen wichtigen Punkten sind regelmäßig bisher zurückerobert worden“.

Und immer noch sprach er von großen Plänen, die „die Führung in aller Ruhe durchführen und vorbereiten muß, wenn sie Erfolg haben sollen“.⁴⁵⁹ Seine Hörer ermahnte er in der PZUR vom 3. März, über dem Vordringen des Feindes nicht zu vergessen, „daß die politischen Streitfragen, um die es in diesem Kriege geht, sich endgültig zu klären beginnen“.⁴⁶⁰ Zur gleichen Zeit mußte er allerdings in einem Schreiben zugeben, daß die propagandistische Lenkung aus dem Wehrmachtsbericht kein „Abwehrmaterial“ mehr beziehen könne, heißt: die militärische Lage konnte zur Propagandagestaltung keine positiven Impulse

⁴⁵⁴ Zum Auftritt Guderians am 6. 3. 1945 vgl. Studnitz, Berlin, S. 259, Kästner, Notabene, S. 53, und RAB vom 7. 3. 1945, DRA.

⁴⁵⁵ Erkundungsdienst, Bericht vom 31. 1. 1945, BA R 55/1262, Bl. 72. Margret Boveri erwähnt für den Januar 1945 einen Rundfunkvortrag Schwarz van Berks, in dem er die Flüchtlingsproblematik in Berlin aufgriff. Dies., Tage des Überlebens, S. 26.

⁴⁵⁶ Eine Reportage darüber ist als Tondokument erhalten, DRA. Sie ist, ebenso wie der Widerstand in der Redaktion, erwähnt bei Kästner, Notabene, S. 51 (Eintrag vom 6. 3. 1945).

⁴⁵⁷ RAB vom 30. 1. 1945, DRA. Ähnlich vage hoffte Goebbels auf die „kommenden Operationen“, welche die Frontlage im Osten stabilisieren sollten. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 15, S. 312 (Eintrag vom 5. 2. 1945).

⁴⁵⁸ Abgedruckt unter der Schlagzeile „Der Geist von Königsberg: Festung der Waffen und Herzen. Ein Beispiel für das ganze Volk“ im VB vom 2. 3. 1945 auf S. 1. Vgl. RAB vom 1. und 2. 3. 1945, DRA.

⁴⁵⁹ RAB vom 5. 3. 1945, DRA.

⁴⁶⁰ StAM SpK 477, Heft III, S. 336.

mehr liefern.⁴⁶¹ Bis zuletzt jedoch, so bekannte er 1946, habe es Möglichkeiten gegeben, den Krieg auf politischem Wege zu beenden, und solange, wie er dies glaubte, hielt Fritzsche weiter mit durch.⁴⁶²

Diese angebliche politische Option fand ihren Ausdruck in den von mehreren Protagonisten des NS-Regimes erfolglos ausgestreckten Friedensfühlern. In diese Strategie ist auch einzuordnen, daß der Rundfunk kurz vor Toresschluß wieder einige christliche Versatzstücke in seinem Programm unterbrachte.⁴⁶³ Als erste religiöse Sendung seit April 1939 wurde ein Bericht über einen Gottesdienst für Flüchtlinge im Rahmen des Programms zum sogenannten Heldengedenktage gesendet.⁴⁶⁴ Fritzsche erläuterte seinen Mitarbeitern, daß die Ausstrahlung von Gottesdiensten über den Weg von „Zeitspiegel“-Berichten aus Kirchen nahe der Front jetzt möglich sei, da das NSDAP-Hauptamt Kultur seinen Rundfunkvertreter Cerff zurückgezogen habe. Er bedauere, daß sein schon lang gehegter Wunsch erst so spät möglich geworden sei und hoffe, in Zukunft einen „richtigen“ Gottesdienst übertragen zu können, da die Reportage im Rahmen des „Zeitspiegel“ ihm noch zu sehr den Beigeschmack des Politischen habe.⁴⁶⁵

Auch nach dem Krieg hielt sich Fritzsche zugute, die Übertragung von Gottesdiensten im Rundfunk wieder ermöglicht zu haben.⁴⁶⁶ Die Idee hierfür stammte aber vermutlich aus dem Umfeld der SS. Schwarz van Berk machte nach eigener Darstellung im Januar 1945 bei einer Besprechung mit Himmler Vorschläge, um den Boden für Verhandlungen mit dem Gegner zu bereiten. Einer der Vorschläge sei gewesen, sofort wieder Gottesdienste im Rundfunk einzuführen. „Himmler wich aus und meinte, das sei eigentlich Sache des Propagandaministers, mit dem ich das besprechen möge. Er selber habe keine Einwände dagegen zu erheben.“ Nach seiner Rückkehr nach Berlin habe er Utermann beim Rundfunk angerufen und von diesem Gespräch berichtet: „Am besten geschehe dies, so hatte ich mir überlegt, wenn ein Flüchtlingstreck aus dem Osten in einer kleinen Gemeinde eintrifft. Dort sollte man einen Dank-Gottesdienst für die Rettung halten, und diesen Gottesdienst als erstes über den Äther gehen lassen. Dann werde sich die Sache weiter einspielen. So geschah es auch.“⁴⁶⁷

Fritzsche hatte sich also vermutlich an diese Initiative angehängt und beanspruchte sie später für sich. Christliche Kosmetik änderte aber nichts an der Absicht des Regimes, Deutschlands Niederlage nicht nur propagandistisch als eine totale Vernichtung zu präsentieren,⁴⁶⁸ sondern sie als selbstzerstörerischen Schlußakkord der eigenen Herrschaft zu ver-

⁴⁶¹ Schreiben Fritzsche an Reichsamtseiter Schütt vom 6. 3. 1945, BA R 55/20010, Bl. 429f.

⁴⁶² Fritzsche, E. E., 28. 9. 1946, IIZ MA-1563/2, Bl. 5. Wie eine „politische Lösung“ in den Köpfen der NS-Führung aussah, gab Sündermann am 29. 8. 1944 in seinem Tagebuch wieder: „Es geht jetzt darum, irgendwo wieder eine Front zu bilden und dann auf der Basis der inneren Linie einen starren Widerstand aufzubauen, der allein eine politische Lösung ermöglichen kann, d. h. ein Kriegsende, bei dem der Feind von seinen Plänen abläßt.“ Ders., Hier stehe ich, S. 280f.

⁴⁶³ So wurden im Musikprogramm Psalmen und Oratorien berücksichtigt. Rundfunkkonferenz vom 21. 2. 1945, BA R 55/556, Bl. 155.

⁴⁶⁴ Rundfunkkonferenz vom 7. 3. 1945, BA R 55/556, Bl. 163.

⁴⁶⁵ RAB vom 12. 3. 1945, DRA. Die letzten religiösen Sendungen, monatlich ausgestrahlte Morgenfeiern am Sonntagvormittag, waren im April 1939 auf Weisung Hitlers eingestellt worden, den auch Initiativen des AA, des RMVP sowie des OKW bis kurz vor Kriegsende unbeeindruckt ließen. Vgl. hierzu Diller, Kampf um religiöse Rundfunkprogramme.

⁴⁶⁶ Fritzsche, E. E., 7. 1. 1946, IMT, Bd. XXXII, S. 325.

⁴⁶⁷ Nachlaß Schwarz van Berk, ungez. Typoskript o. D., BAK N 1373/59.

⁴⁶⁸ Bereits am 8. 9. 1944 kommentierte der Inlandsdienst der BBC die deutsche Propaganda wie folgt: „Jede deutsche Rundfunksendung schildert dem deutschen Volk die augenblickliche Lage in dramati-

wirklichen. Das Volk, welches sich als unfähig erwiesen hatte, den Vorstellungen des Nationalsozialismus gerecht zu werden, hatte unterzugehen, gerade weil die „Volksgenossen aller Schattierungen [...] gar keinen Wert darauf legen, in die Geschichte einzugehen“.⁴⁶⁹ Mit der häufigen Erwähnung des Selbstmordes, ob nun als Reaktion in der Bevölkerung des Ostens auf die sowjetische Bedrohung oder als historisches Beispiel wie bei der Giftdose Friedrichs des Großen, suggerierte der Rundfunk seinen Hörern, es sei besser, eine Niederlage nicht zu überleben. Selbst Fritzsche drohte in der PZUR vom 3. März 1945, die Kraft, die den Deutschen aus ihren Idealen erwachse, sei auch imstande, „eine Welt in Trümmer zu legen“.⁴⁷⁰

Jedoch sollte man die Kriegsendphase nicht zu sehr als eine bewußte Inszenierung verstehen. Es wirkten zu viele unkontrollierbare Faktoren ineinander, als daß hinter den Verwüstungen dieser Phase ein einheitlicher Plan vorstellbar wäre. Es genügte, daß das NS-Regime nur die Konsequenzen seiner Ideologie umsetzte, indem es sich jetzt auch von den elementarsten Grundsätzen des Rechts entfernte. Mancher nicht völlig fanatisierte Parteigänger begriff erst jetzt, welchem System er sich verschrieben hatte.

Nach den verheerenden und von der NS-Propaganda in ihren Auswirkungen noch übertriebenen Luftangriffen auf Dresden forderte Goebbels in einer ersten Reaktion die Hinrichtung von 10 000 britischen und amerikanischen Kriegsgefangenen. Hitler stimmte dieser Idee zu und ergänzte sie um die Absicht, Deutschland aus der Genfer Konvention austreten zu lassen. Offenbar wirkten dann Jodl, Keitel, Dönitz und Ribbentrop gemeinsam auf Hitler ein und erreichten, daß er den gesamten Plan fallenließ.⁴⁷¹ Fritzsche soll nach der Erklärung seines Entlastungszeugen Scharping ebenfalls, und zwar sehr deutlich, gegen die von Goebbels auf der Ministerkonferenz verkündete Absicht der Massenhinrichtungen aufgetreten sein. Er erreichte damit immerhin, daß diese Idee bis zu einer endgültigen Beschlußfassung nicht vom Rundfunk verbreitet wurde. Außerdem versuchte er, mit anderen Dienststellen Kontakt aufzunehmen, um die Durchführung dieses Plans aufzuhalten.⁴⁷²

Für seinen Versuch, das neutrale Ausland einzuschalten, gibt es sogar bestätigendes Material aus der Schweiz. Danach unterhielt er sich mehrfach mit dem Leiter der Schutzmacht-Abteilung in der schweizerischen Botschaft über Schutzprobleme für alliierte Kriegsgefangene. Dieser antwortete ihm auf seine Eröffnungen hinsichtlich des Hinrichtungsplans, sowie der beabsichtigten Kündigung der Genfer Konvention, eine solche Maßnahme werde auf das deutsche Volk zurückfallen. Ob sich Fritzsches Vorgesetzte durch seinen Bericht wirklich so beeindruckten ließen, wie es in den Unterlagen heißt, kann dahingestellt bleiben.⁴⁷³

Nicht zu klären ist dagegen, welchen Anteil Fritzsche an der Vorbereitung und Durchführung der sogenannten „Werwolf“-Aktion und ihrer dazugehörigen Publikation hatte. Schon als das erste alliierte Vorkommando am 11. September 1944 im Westen die Reichsgrenze

scher Sprache, wie den letzten Akt einer Wagner-Oper. [...] Dr. Goebbels versucht, eine Götterdämmerung ohne Besetzung und ohne Publikum in Scene zu setzen.“ Zit. nach Erkundungsdienst, Bericht vom 8. 9. 1944, BA R 55/1262, Bl. 294.

⁴⁶⁹ SD-Außenstelle Berchtesgaden, Bericht vom 7. 3. 1945, zit. nach Kershaw, Hitler-Mythos, S. 273.

⁴⁷⁰ Erkundungsdienst, Bericht vom 10. 3. 1945, der eine alliierte Sendung vom 9. 3. 1945 wiedergibt, BA R 55/1262, Bl. 2f.; PZUR vom 3. 3. 1945, StAM SpK 477, Heft III, S. 338.

⁴⁷¹ Vgl. hierzu IMT, Bd. XXXV, S. 181f., sowie Kershaw, Hitler, Bd. 2, S. 1007 bzw. 1278, und Studnitz, Berlin, S. 252 (Eintrag vom 21. 2. 1945).

⁴⁷² Scharping, E. E., 17. 5. 1946, IMT, Bd. XI, S. 178ff.

⁴⁷³ Riegli (Schweizerisches Generalkonsulat in Bayern) an Schilf (Verteidiger Fritzsches im Berufungsverfahren), 20. 9. 1947, Kopie in BAK N 1355/2. Zur Schutzmacht-Abteilung vgl. Widmer, Gesandtschaft, S. 264-271. Üblicherweise arbeitete die Abteilung wegen ihrer Betreuung von Kriegsgefangenen jedoch nicht mit dem RMVP zusammen.

überschritt, hielt die Propaganda ein neues Schlagwort für die bislang unbekannte Situation parat: den „Volkskrieg“.⁴⁷⁴ Hitler gab am 21. September den Befehl, jeder Bunker, jeder Häuserblock in einer deutschen Stadt und jedes Dorf müsse eine Festung sein, „an der sich der Feind entweder verblutet oder die ihre Besatzung im Kampf Mann gegen Mann unter sich begräbt“.⁴⁷⁵ Himmler konkretisierte zur gleichen Zeit Planungen für den Aufbau einer Spezialeinheit, in der künftige Mitglieder eines „Werwolf“-Netzes in Techniken des Kleinkrieges geschult werden sollten.⁴⁷⁶

Während die SS-Planungen auf einen, wie gering auch immer zu wertenden, militärischen Effekt abhoben, schien es Goebbels und dem RMVP wichtiger zu sein, in der Schlußphase des Krieges im Zeichen des „Werwolfs“ als eines undifferenziert ausgeübten Terrors auch die letzten Brücken zu den Kriegsgegnern abubrechen. Goebbels kritisierte Anfang März 1945 gegenüber Himmler den schleppenden Aufbau einer militärischen Werwolf-Organisation und eröffnete die massierte propagandistische Offensive um dieses Schlagwort erst, als mit der Ermordung des ersten nach-nationalsozialistischen Bürgermeisters von Aachen am 25. März eine verwertbare „Tat“ vorlag.⁴⁷⁷

Am 1. April 1945 nahm der „Werwolfsender“ den Betrieb auf und nutzte hierfür einen ehemaligen Langwellensender. Seine Texte wurden im RMVP verfaßt, und Goebbels beteiligte sich zu Beginn mit einigen Proklamationen.⁴⁷⁸ Dagegen verbreitete das DNB die Meldung vom Beginn des Sendebetriebs mit dem Zusatz, der Werwolf „sei aus sich selbst heraus entstanden; amtliche deutsche Stellen hätten mit diesen Abwehr- und Selbsthilfeverbänden nichts zu tun“.⁴⁷⁹ 1946 wurde in Nürnberg gegen Fritzsche der Vorwurf erhoben, aktiv an der Propagierung des „Werwolf“ teilgenommen zu haben. Man bezog sich dabei auf seine Moskauer Aussage von September 1945, daß er Ende Februar 1945 den Auftrag erhielt, den Plan einer geheimen Funkzentrale als Leitstelle der zukünftigen Werwolfgruppen auszuarbeiten.⁴⁸⁰ Wie die meisten anderen seiner in Moskau niedergelegten Aussagen relativierte Fritzsche auch diese. Er zog sich aus der direkten Verantwortung mit dem simplen Manöver zurück, daß der Werwolfsender in seiner Abwesenheit eröffnet worden sei. Es muß zweifelhaft erscheinen, daß er am 1. April 1945 imstande war, aus Berlin „abwesend“ zu sein. Eine direkte Mitwirkung Fritzsches an diesem Projekt ist allerdings nicht bekannt.

⁴⁷⁴ Am 11.9.1944 erreichte die 1. US-Armee die deutsche Grenze nördlich von Trier. Bereits unter dem 6.9.1944 notiert v. Studnitz, daß die Engländer unweit Aachen die deutsche Grenze überschritten hätten und die *Berliner Morgenpost* am Vortage in einem Aufsatz den „Volkskrieg innerhalb der deutschen Grenzen“ proklamiert habe. Studnitz, Berlin, S. 199.

⁴⁷⁵ Anlage zum Rundschreiben des Generalfeldmarschalls v. Rundstedt vom 21.9.1944, zit. nach Steinert, Hitlers Krieg, S. 501. Goebbels propagierte diese Linie zunächst in einer am 3.10.1944 in Köln gehaltenen Rede mit der These „Jedes Haus eine Festung“. Vgl. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 14, S. 44 (Eintrag vom 6.10.1944).

⁴⁷⁶ Vgl. dazu Rose, Werwolf, S. 27ff. und 147f.

⁴⁷⁷ Goebbels ordnete an, nachdem er von der Mitarbeit des stellvertretenden Bürgermeisters seiner Heimatstadt Rheydt erfahren hatte, daß eine Terrorgruppe diesen Bürgermeister töten solle. Vgl. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 15, S. 472 (Eintrag vom 11.3.1945), sowie Oven, Mit Goebbels bis zum Ende, Bd. 2, S. 268 (dto.). Über Mundpropaganda wurde bereits im Dezember 1944 die „Liquidierung von Verrätern“ im feindbesetzten Gebiet verbreitet. Vgl. Mundpropagandaparole vom 22.12.1944, BA R 55/794, Bl. 31.

⁴⁷⁸ Vgl. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 15, S. 658 und 666 (Einträge vom 1. und 2.4.1945).

⁴⁷⁹ Zit. nach Boelcke, Macht, S. 516.

⁴⁸⁰ Vernehmung vom 28.6.1946, IMT, Bd. XVII, S. 252. Entsprechende Weisungen für den Aufbau solcher Gruppen erteilte Bormann den Gauleitern in einem Rundschreiben vom Februar 1945. Rundschreiben 128/45 der Partei-Kanzlei, zit. bei Rose, Werwolf, S. 231.

Allerdings wurde ihm, ebenfalls in Nürnberg, der Text seiner am 7. April 1945 zu diesem Thema gehaltenen PZUR vorgehalten, die den Alliierten mit der Werwolfbewegung drohte. Fritzsche hielt unverdrossen dagegen, er habe sich in seinem Kommentar indirekt für die von sogenannten Werwölfen verübten Akte entschuldigt. In dem Text legt demgegenüber der drohende Unterton, „man braucht sich nicht zu wundern“, und das Entstehen dessen, „was wir heute als Erscheinung des Werwolfs bezeichnen“, aus einem „vitalen Instinkt“ Fritzsches Einverständnis mit dieser Aktion nahe. Die Behauptung, daß diese Erscheinung ohne Vorbereitung und Organisation aufgetreten sei, sollte nur die Fäden zu den Initiatoren kaschieren und wirkte im Zweifelsfall eher werbend. Fritzsche führte mit seinen Ausführungen nur die vom DNB verbreitete These fort.⁴⁸¹

Die Werwolf-Sendungen liefen vermutlich bis zum 23. April 1945 weiter. Währenddessen bemühte sich Fritzsche in seinen letzten Kommentaren darum, das fatale Resultat der NS-Ideologie zum „Opfergang“ von Millionen Idealisten zu stilisieren. Als der Werwolfsender sein Programm beendete, war Fritzsche mit dem verbliebenen Personal des RMVP auf sich allein gestellt. Ein großer Teil der Führungsebene der Obersten Reichsbehörden wartete vergeblich auf das Signal zur Evakuierung. Aufgrund der Weigerung Hitlers, selbst Berlin zu verlassen, war eine geordnete Verlegung nicht möglich, bevor die Stadt in Frontnähe geriet. Die Mitarbeiter wurden dabei durch ständig wechselnde bzw. sich widersprechende Weisungen im Ungewissen gehalten.⁴⁸²

Am 21. April 1945 hielt Goebbels seine letzte Ministerkonferenz ab, von der völlig unterschiedliche Schilderungen existieren. Goebbels' damaliger Adjutant behauptete, diese Konferenz sei von Goebbels im nüchternen Ton abgehalten worden, während er nach Fritzsches Wiedergabe den Versammelten höhnisch entgegenhielt, daß sie sich aus freien Stücken dem NS-Regime angeschlossen und nunmehr dafür zu bezahlen hätten. Mit einem abrupten Abgang und einem Hitlergruß sei die Konferenz von ihm nach kurzer Zeit beendet worden. Das war, folgt man Fritzsches Erzählung, die Antwort darauf, daß er Goebbels den Glauben der Millionen entgegengehalten habe, als dieser allgemein Verrat als die Ursache für den verlorenen Krieg bezeichnete.⁴⁸³

Ein anderer Zeitzeuge saß an diesem Tag im Berliner Funkhaus, als Fritzsche nach der Konferenz dort erschien und erregt vom letzten, „häßlichen“ Auftritt Goebbels' mit der Schlußfolgerung berichtete: „Ich glaube, wir sind auf uns selbst angewiesen.“⁴⁸⁴ Fritzsche sammelte die verbliebenen Mitarbeiter im Keller des RMVP in der Mauerstraße und entließ einen Teil der kleinen, dann auch der mittleren Angestellten mit etwas Geld, Lebensmitteln und dem Rat, sich durchzuschlagen. Der Rest wurde immer wieder durch verirrte Mitarbeiter und Verwundete ergänzt, bis schließlich ein paar Hundert sich im Keller befanden.⁴⁸⁵

Währenddessen versuchte er nach eigener Schilderung, Naumann zu erreichen und Klarheit über die Lage in und um Berlin zu erlangen. Schließlich sei an ihn durch Goeb-

⁴⁸¹ PZUR vom 7. 4. 1945, StAM SpK 477, Heft III, S. 343.

⁴⁸² P. Schmidt, Statist, S. 31.

⁴⁸³ Hier spricht Hans Fritzsche, S. 29f.; Naumann, Erklärung vom 18. 5. 1950, IFZ ZS-274; Oven, Mit Goebbels bis zum Ende, Bd. 2, S. 308 (Eintrag vom 21. 4. 1945). Ovens Darstellung ist deswegen weniger glaubwürdig, weil sein Tagebuch sich an mehreren Stellen als sehr stark nachträglich bearbeitet erweist, soweit die Möglichkeit zu einem Vergleich mit zeitgenössischen Quellen besteht.

⁴⁸⁴ Haaf, Mein Leben, S. 297.

⁴⁸⁵ Thorwald, Ende, S. 124; Gnuva, E. E., 12. 9. 1947, BAK N 1355/2; Schreiben Dr. Fritz an Karin Fritzsche vom 15. 1. 1946, BAK N 1355/8.

bels am 22. April 1945 die Anweisung ergangen, sich sofort nach Hamburg zu begeben und dort die Leitung des Rundfunks zu übernehmen. An diesem Tag entschloß sich Hitler zum endgültigen Verbleib in Berlin und gab die dort verbliebenen Instanzen für den Abzug frei. Es ist nicht sicher, ob Fritzsche tatsächlich einen Auftrag dieser Art erhielt, aber jedenfalls befand er sich schon auf der Ausfallstraße Richtung Norddeutschland.⁴⁸⁶ Bereits auf dem Weg, die Flucht anzutreten, kehrte er doch am Abend nach Berlin zurück,⁴⁸⁷ während seine Frau die Stadt bereits am 18. April in Richtung Hamburg verlassen hatte.⁴⁸⁸

Bei der Nacherzählung geriet Fritzsche seine Chronologie durcheinander, und womöglich war die Fahrt vom 22. April bereits sein zweiter oder dritter Versuch, Berlin zu verlassen. Auch andere Mitarbeiter des RMVP machten sich an diesem 22. April auf den Weg, um dem Ende in der Reichshauptstadt irgendwie zu entkommen. Ohne einen ausgefertigten Marschbefehl war dies jedoch gleichbedeutend mit Desertion, und Goebbels' Adjutant schilderte, wie er, ausgestattet mit einem Marschbefehl, am 22. April auf der Fahrt von Berlin nach Rendsburg mehrere Feldjägerkommandos bemerkte, „die mit Deserteuren kurzen Prozeß machten“.⁴⁸⁹ Fritzsche hat sich vielleicht auch angesichts dieser Möglichkeit dazu entschlossen, wieder nach Berlin zurückzukehren. Denn für das RMVP erfolgte keine offizielle Abordnung in die Nord-„Festung“, also Richtung Flensburg. Viele andere Ministerien hatten hierfür Sorge getragen, aber womöglich hatte Goebbels beschlossen, seinen Mitarbeitern ein angemessenes Ende in der „Frontstadt“ zu ermöglichen.

Fritzsche schilderte weiter, daß er am Abend des 22. April einen Telefonanruf von Naumann bekam.⁴⁹⁰ Dieser habe ihn nunmehr angewiesen, in Berlin zu bleiben, da die Kapitulation im Westen beschlossene Sache und der Entsatz von Berlin nur eine Angelegenheit von Tagen sei. „Es würde jetzt alles darauf ankommen, ganz Berlin sofort zum Widerstand aufzurufen und die wenigen Tage zu überbrücken, die sie alle von der Schicksalswende im letzten Augenblick trennten.“⁴⁹¹ Naumann gab weiter den Bataillonskommandanten des Volkssturmbataillons „Wilhelmsplatz I“ und war am folgenden Tag mit einer Durchhalteansprache im Rundfunk zu hören; „jetzt ginge es erst richtig los, dem Endsieg entgegen, nur noch nach einer Seite, gegen den Bolschewismus kämpfend“.⁴⁹²

So wurde der Sendebetrieb unter Leitung von Fritzsche weiter aufrechterhalten. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich nur noch wenige Sendeanlagen in den Händen der NS-Propaganda, und es erforderte bei den Hörern Beharrlichkeit, überhaupt noch deutsche

⁴⁸⁶ Thorwald, Ende, S. 128; Linck, Alpenfestung, S. 573f. An diesem Tag „siedelte“ die Familie Goebbels in die Reichskanzlei über. In einer Unterredung, offenbar mit Thorwald am 18.5. 1950, behauptete Naumann dagegen, Fritzsches Darstellung sei Unsinn, und eine solche Anweisung habe es nicht gegeben. IfZ ZS-274, Bd. 1, S. 5.

⁴⁸⁷ In einer gegenüber seinem Nürnberger Anwalt, Dr. Fritz, gegebenen Schilderung war Fritzsche in der Nacht vom 20. zum 21. 4. 1945 nach Lindow unterwegs und wurde von zurückströmenden Truppenverbänden aufgehalten. Die Fahrt fortzusetzen, hätte die endgültige Flucht bedeutet, weil eine Rückkehr nicht mehr möglich war. Fritzsche kehrte nach Berlin zurück und gab zu, kurze Zeit später erneut an die Fahrt nach Hamburg gedacht zu haben. Jedoch habe er es nicht übers Herz gebracht. Brief Dr. Fritz an Karin Fritzsche vom 15. 1. 1946, BAK N 1355/8.

⁴⁸⁸ Karin Fritzsche an Bayerisches Justizministerium, StAM SpK 475, Heft XVII.

⁴⁸⁹ Oven, Wer war Goebbels, S. 311.

⁴⁹⁰ Naumann wurde am 22. April in die Reichskanzlei beordert; Oven, Wer war Goebbels, S. 22.

⁴⁹¹ Thorwald, Ende, S. 128f.

⁴⁹² Oven, Wer war Goebbels, S. 312.

Sendungen aufzufangen,⁴⁹³ was meistens beim Reichssender Hamburg gelang. Die verbliebenen Hörer konnten zum Beispiel am 24. April noch vernehmen, daß sich Hitler weiterhin in Berlin aufhalte, um dort den Widerstand zu leiten,⁴⁹⁴ während ein Frontbericht vom 23. April schilderte, wie „Feiglinge“ in Berlin an den Laternenmasten aufgehängt worden seien.⁴⁹⁵ Fritzsches letzter eigener Rundfunkkommentar wurde am 28. April 1945 ausgestrahlt, zwei Tage, bevor der Sendebetrieb in Berlin gänzlich eingestellt wurde. In den folgenden Tagen kam Naumann täglich aus dem Führerbunker in den Bunker des RMVP, um die Lage zu schildern. Naumann war allerdings nicht der einzige RMVP-Funktionär, der sich im Führerbunker aufhielt. Auch Wolfgang Diewerge, Fritzsches Vorgänger, erschien zur Verabschiedung von Goebbels am 30. April 1945 im Bunker der Reichskanzlei.⁴⁹⁶

Am 1. Mai 1945 meldete Naumann im Keller des RMVP den Tod Hitlers⁴⁹⁷ und teilte mit, daß er an dem Ausbruchversuch aus der Reichskanzlei Richtung Westen teilnehmen werde. Ein großer Teil der Anwesenden wollte sich ebenfalls daran beteiligen, womit Naumann nach eigenem Bekunden nicht gerechnet hatte. Daraufhin entstand eine Kontroverse, denn Fritzsche, der nun in Berlin bleiben wollte, teilte ihm mit, daß er in diesem Falle als Zivilist und wahrscheinlich ranghöchster in der Stadt verbleibender Beamter die Kapitulation aussprechen werde. Er fragte Naumann, ob dieser ihn dazu ermächtige und entsprach dessen Bitte, eine Übergabe an die Russen bis nach dem Ausbruch zu verschieben, angeblich erst, als Naumann ihn mit Bormann zusammenbrachte. Dieser erteilte ihm angeblich die nötige Vollmacht und sicherte nach Fritzsches Darstellung zu, die vollständige Einstellung aller Werwolfaktionen zu veranlassen.⁴⁹⁸ Am späten Abend begann dann der Auszug der Bunkerbewohner. Naumann führte eine der Gruppen an, die bald auseinanderfielen.⁴⁹⁹

Nach seiner Rückkehr in den Keller des RMVP sammelte Fritzsche „die ihrem Schicksal überlassenen Angestellten der obersten Reichsbehörden in den Trümmern meines Büros. Hitler hatte den Befehl zum Weiterkämpfen hinterlassen. Der Berliner Kampfkommandant war unauffindbar. So fühlte ich mich als Zivilist verpflichtet, dem russischen Marschall

⁴⁹³ Vgl. Wantzen, *Leben im Krieg*, S. 1474: „Heute mittag bekamen wir ausnahmsweise den Sender Hamburg, der von dem Anmarsch deutscher Divisionen aus mehreren Richtungen sprach, um den Ring um Berlin zu sprengen. Auch sonst tat der Sender noch beachtenswert zuversichtlich, so daß man immerzu den Kopf schütteln mußte.“ (29. 4. 1945)

⁴⁹⁴ Baird, *Home Propaganda*, S. 254 nach US-Abhörbericht vom 24. 4. 1945.

⁴⁹⁵ Baird, *Home Propaganda*, S. 255 nach US-Abhörbericht vom 24. 4. 1945.

⁴⁹⁶ Die Formulierung seines Berichts läßt offen, ob auch Fritzsche an diesem Termin teilgenommen hatte. „Als er [Diewerge] sich von Fritzsche trennte, hätte dieser vorgehabt, sich zu erschießen.“ Dies könnte sich auch auf die letzte Ministerkonferenz vom 21. 4. beziehen. Aktennotiz Heiber vom 3. 6. 1955 über Gespräch mit Diewerge, IfZ ZS-593.

⁴⁹⁷ Der Tod Hitlers war auch seinem designierten Nachfolger, Großadmiral Dönitz, am frühen Morgen des 1. Mai mitgeteilt worden. Dieser informierte seinerseits die in Flensburg befindlichen Keitel, Jodl und Himmler darüber. Die erste Meldung des deutschen Rundfunks hierüber erfolgte über den Reichssender Hamburg nach mehreren Hinweisen um 21.30 Uhr, vorbereitet durch Musik von Wagner und Bruckner. Vgl. US-Abhörbericht vom 1. 5. 1945, Baird, *Home Propaganda*, S. 255f., Rose, *Werwolf*, S. 320, sowie BBC Records, „The Second World War“ (LP), dort BBC-Nachrichtensendung vom 2. 5. 1945.

⁴⁹⁸ Schilderung nach Thorwald, *Ende*, S. 236f., sowie nach Unterredung Naumann vom 18. 5. 1950, IfZ ZS-274, Bd. 1, Bl. 11. Bormann habe am gleichen Abend seiner Sekretärin aufgetragen, den Befehl zur Einstellung aller Werwolf-Aktivitäten weiterzuleiten. Am 5. 5. 1945 verkündete Dönitz seinerseits das endgültige Verbot des „Werwolfs“. Rose, *Werwolf*, S. 320ff.

⁴⁹⁹ Fest, *Untergang*, S. 173f.

Schukow die Kapitulation anzubieten. Als ich die Parlamentäre abfertigte, die über die Kampflinie gehen sollten, erschien der letzte Wehrmachtsadjutant Hitlers, der General Burgdorff, und wollte mich in Erfüllung des Befehls Hitlers niederschießen. Es kam trotzdem zu der Kapitulation, auch wenn sie von dem inzwischen gefundenen Kampfkommandanten unterzeichnet wurde.⁵⁰⁰ Die vorher mit dem sowjetischen Oberkommando getroffene Vereinbarung sah vor, Fritzsche solle im Namen der deutschen Regierung über den Rundfunk bekanntgeben, daß die sowjetische Seite die Kapitulation angenommen habe und darüber hinaus befehlen, die Kämpfe einzustellen und die Truppen samt Waffen und Ausrüstung in Gefangenschaft zu geben.⁵⁰¹ Die Aufforderung des Kampfkommandanten Helmuth Weidling an die Truppen, den Kampf einzustellen, bedeutete allerdings faktisch die Kapitulation, und Fritzsches Einsatz war von den Ereignissen überholt worden.

Fritzsche hatte sich der Gruppe von Parlamentären angeschlossen, die aus einem Obersten, einem Soldaten, einem sowjetischen Oberstleutnant und dem Journalisten Dr. Kriegk bestand.⁵⁰² Er und Kriegk wurden nach den Kapitulationsverhandlungen in Tempelhof festgehalten und zunächst getrennt, dann in der Nacht vom 2. zum 3. Mai nach Hennickendorf und von dort aus zu Vernehmungen wieder nach Berlin, unter anderem zum Hauptquartier der sowjetischen Geheimpolizei in Friedrichshagen gebracht. So hatte er gemeinsam mit dem Chirurgen Werner Haase den Leichnam von Goebbels zu identifizieren.⁵⁰³ Man hielt Fritzsche in mehrfach wechselnden Quartieren fest, zum Teil gemeinsam mit anderen ehemaligen Funktionsträgern, welche der Sowjetarmee in die Hände gefallen waren. Am 21. Juni 1945 bestieg Fritzsche dann, als Gefangener der Sowjetunion, ein Flugzeug nach Moskau.⁵⁰⁴ Die Karriere des Nachrichtenfachmanns und Propagandisten war damit beendet.

2. Hans Fritzsche in der Nachkriegszeit und frühen Bundesrepublik

2.1 Als Angeklagter vor dem Internationalen Militärtribunal

Im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß sollte der verbrecherische Charakter der politischen Ordnung NS-Deutschlands nachgewiesen werden, und die vier Siegermächte begaben sich in einen Wettstreit nicht nur über die Verfassung und Zielsetzung eines gemeinsamen Gerichtshofs, sondern auch über die Auswahl der Angeklagten. Die sowjetischen Anklagevertreter wünschten daher, auch einige der von ihnen Festgenommenen als Angeklagte zu plazieren. Von ihren sechs Kandidaten waren neben Großadmiral Raeder der Generalfeldmarschall Schörner und Fritzsche die Prominentesten. Weil Schörners Fall nach Ansicht der übrigen Delegationen keinen Anlaß bot, ihn gegenüber zahlreichen anderen deutschen Heerführern herauszustellen, einigte man sich auf Fritzsche,⁵⁰⁵ der anders als Reichspressechef Dietrich auf den westalliierten Vorschlagslisten nicht zu finden gewesen war.⁵⁰⁶ Nun wurde er des Proporz wegen und als Stellvertreter seines einstigen Ministers angeklagt.

⁵⁰⁰ Aussage vom 26. 6. 1946, IMT, Bd. XVII, S. 156.

⁵⁰¹ Fest, Untergang, S. 165.

⁵⁰² Thorwald, Ende, S. 242.

⁵⁰³ Fritzsche, E. E., 30. 4. 1947, zit. nach Hoover Library bei Irving, Mastermind, S. 16.

⁵⁰⁴ Brief Dr. Fritz an Karin Fritzsche vom 15. 1. 1946, BAK N 1355/8.

⁵⁰⁵ Taylor, Prozesse, S. 116f.; Smith, Jahrhundert-Prozeß, S. 22.

⁵⁰⁶ Smith, Jahrhundert-Prozeß, S. 318.



Nürnberg 1946, Fritzsche auf der Anklagebank (daneben, v.l.n.r. Speer, Funk und Schacht)

Fritzsche hatte sich am 2. Mai 1945 den sowjetischen Eroberern praktisch selbst gestellt und vielleicht darauf spekuliert, mit ihnen nicht nur über die Kapitulation Berlins, sondern auch über das eigene Schicksal verhandeln zu können. Als denkbare „Verhandlungsmasse“ trug er nicht nur seine wichtigsten persönlichen Unterlagen mit sich, sondern auch 17000 RM in bar.⁵⁰⁷ Nachdem er am 21. Juni 1945 in Moskau eingetroffen war, begann eine monatelange Prozedur aus Einzelhaft und ausgedehnten Verhören im Lubjanka-Gefängnis. Hier versuchte er aus nachvollziehbaren Motiven, seine Bedeutung herunterzuspielen, denn „kaum einer unter hundert“ habe sich in Deutschland über seine Stellung Gedanken gemacht.⁵⁰⁸ Die Ergebnisse dieser Verhöre wurden im September 1945 in Protokollen festgehalten. Fritzsche unterschrieb sie, verwies aber während des Nürnberger Prozesses darauf, daß diese Protokolle nicht den tatsächlichen Inhalt der Vernehmungen wiedergaben. Er habe erst nach langer Einzelhaft und ohne Vertrauen auf einen rechtmäßigen Prozeß seine Unterschrift geleistet.⁵⁰⁹ Anfang Oktober 1945 kehrte Fritzsche als Gefangener nach Deutschland zurück, zunächst nach Babelsberg,⁵¹⁰ wo ihm die Anklageschrift zugestellt wurde.⁵¹¹

⁵⁰⁷ Fritzsche, Brief an Karin Fritzsche, 6. 2. 1946, BAK N 1355/8.

⁵⁰⁸ Hier spricht Hans Fritzsche, S. 118.

⁵⁰⁹ Aussage vom 28. 6. 1946, IMT, Bd. XVII, S. 224f.

⁵¹⁰ Fritzsche an den Präsidenten der Spruchkammer, Brief vom 30. 8. 1947, StAM SpK 475, Heft XXIV; Brief Dr. Fritz an Karin Fritzsche vom 15. 1. 1946, BAK N 1355/8.

⁵¹¹ Taylor, Prozesse, S. 165.

Erste Nachrichten vom Schicksal seiner Familie erhielt er, nun bereits im Nürnberger Gefängnis, Ende Dezember 1945.⁵¹² Seine Frau arbeitete in Hamburg als Zahnärztin, bis die Zahnärztekammer ihre Zulassung im November 1945 suspendierte, weil sie die Ehefrau eines führenden Nationalsozialisten war.⁵¹³ Wie die übrigen Gefangenen konnte Fritzsche pro Woche jeweils einen Brief empfangen und einen Brief abschicken.⁵¹⁴ Besuche waren allerdings verboten, und den Angehörigen blieb selbst der Zugang zum Gerichtssaal verwehrt. Fritzsche versuchte daher eindringlich, seiner Frau einen Besuch in Nürnberg auszusenden. Währenddessen konnte sich seine Geliebte Hildegard Springer regelmäßig mit ihm treffen, weil sie sich als Sekretärin seines Verteidigers hatte anstellen lassen.⁵¹⁵

Die Gespräche der Angeklagten mit ihren Anwälten fanden in besonderen Räumen statt, wobei zwischen beiden Parteien eine Trennwand installiert war. Engeren Kontakt pflegte Fritzsche in dieser Zeit mit Schacht, Speer und Neurath. „Nachbarschaft mancher andrer, früher schon kritisierte, könnt’ ich missen.“⁵¹⁶ Die Fühlungnahme wurde jedoch von den Haftbedingungen behindert. Unterhaltungen zwischen den Angeklagten konnten nur im Gerichtssaal stattfinden sowie während des Mittagessens, wo jeweils vier Angeklagte in einem Raum zusammensaßen, die mitunter umgruppiert wurden, unter anderem um den Einfluß Görings zu neutralisieren.

Reporter und Kommentatoren aus über zwanzig Ländern berichteten über die Verhandlungen. Einige von ihnen waren mit Fritzsche schon aus seiner Berliner Tätigkeit vertraut, so der ehemalige Vertreter der *Auslandsprelle*, der US-Journalist Louis P. Lochner, der ehemalige US-Radioreporter William Shirer und Peter de Mendelssohn, der für den *New Statesman* über den Prozeß berichtete. Im Gerichtssaal waren 240 Plätze für die Presse reserviert, außerdem wurde das laufende Verfahren über Lautsprecher in einen weiteren großen Presseraum übertragen.⁵¹⁷ Um der deutschen Presse eine ausführliche Berichterstattung zu ermöglichen, wurde ihr das zuteilte Papierkontingent erhöht.⁵¹⁸ Ebenso lieferten die Rundfunksender täglich Berichte und begleitende Kommentare über den Verlauf des Prozesses.⁵¹⁹

Im Sinne der Anklage schuldig war Fritzsche nach drei der fünf vom Tribunal formulierten Anklagepunkte. Nach Punkt Eins hatte er seinen persönlichen Einfluß dazu benutzt, die Grundprinzipien des Nationalsozialismus zu verbreiten. Nach Punkt Drei hatte er nicht

⁵¹² Hans Fritzsche an Karin Fritzsche, 28. 12. 1945, BAK N 1355/8.

⁵¹³ Karin Fritzsche an Bayerisches Justizministerium, 2. 1. 1956, StAM SpK 475, Heft XXVII; Fritzsche an Spruchkammerpräsident, 30. 8. 1947, ebd. Die Tätigkeit als Zahnärztin konnte Karin Fritzsche im Sommer 1947 wieder aufnehmen.

⁵¹⁴ Taylor, Prozesse, S. 275.

⁵¹⁵ Dr. Fritz an Karin Fritzsche, 4. 5. 1946, BAK N 1355/8; Hans Fritzsche an Karin Fritzsche, 6. 2. 1946, ebd.; Drexel an Sänger, 31. 8. 1950, BAK N 1355/8. Trotzdem reiste Karin Fritzsche jeweils im August und im September 1946 für einige Tage nach Nürnberg; Hans Fritzsche an Karin Fritzsche, 13. 8. 1946 und 4. 9. 1946, BAK N 1355/8.

⁵¹⁶ Brief an Karin Fritzsche vom 10. 2. 1946, BAK N 1355/8.

⁵¹⁷ Taylor, Prozesse, S. 263. Allerdings hielten sich die prominenten Journalisten oft nur für kurze Zeit im Gericht auf und erschienen nur zu besonderen Anlässen; vgl. H. Fritzsche, Tribunal, S. 105.

⁵¹⁸ Taylor, Prozesse, S. 279.

⁵¹⁹ Beim NWDR gab es bis zum 30. 6. 1946 zweimal, danach dreimal täglich – wobei jeweils der Morgen-termin die Wiederholung vom Vorabend war – einen durchschnittlich 10minütigen „Bericht aus Nürnberg“ im Anschluß an die Nachrichten. Radio Frankfurt brachte täglich jeweils einen Bericht und einen Kommentar über den Prozeß; ähnlich sah es bei Radio Stuttgart und Radio München aus. Vgl. Schneider, Nationalsozialismus, S. 162; Diller/Mühl-Benninghaus (Hrsg.), Berichterstattung, S. 12; Lersch, Thematisierung, S. 6.

nur die Verübung von Kriegsverbrechen verteidigt, sondern sogar zu ihnen aufgefordert. Nach Punkt Vier hatte er zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufgefordert, „insbesondere zu judenfeindlichen Maßregeln und zur rücksichtslosen Ausbeutung besetzter Gebiete“.⁵²⁰

Wie schwer gerade der erste Anklagepunkt wog, hing davon ab, welche Wirkungsmacht das Gericht der Propaganda beimaß. Der Vertreter der Anklage, US-Captain Sprecher trug zum Fall Fritzsches seine Überzeugung vor, die meisten Deutschen seien erst durch die ununterbrochene Bearbeitung mit Propaganda dazu gebracht worden, Greueltaten zu verüben bzw. zu dulden.⁵²¹ Die sowjetischen Vertreter schließlich ließen ihr eigenes Verständnis von Propaganda als integraler Bestandteil der Errichtung und Aufrechterhaltung von Herrschaft in die Beurteilung einfließen.⁵²² Eine Verurteilung Fritzsches, so gab der sowjetische Ankläger Nikitschenko zu, war jedoch nur denkbar, wenn man den Anklagebestandteil der Verschwörung, das heißt die Vorbereitung der zu verurteilenden Verbrechen von langer Hand auf allen denkbaren Gebieten gegen ihn aufrechterhielt. An einer Verschwörung teilgenommen zu haben, machte den jeweiligen Angeklagten auch für die Handlungen verantwortlich, die in Ausführung eines solchen Planes begangen worden waren.⁵²³ Geling es aber nicht, ihm die direkte Teilnahme an der Vorbereitung von Akten der NS-Aggression nachzuweisen, bot sich der Verteidigung Fritzsches die Chance, ihren Mandanten als bloßen Weisungsempfänger darzustellen und hinsichtlich dieses Anklagepunktes seine Unschuld zu belegen.

Unabhängig davon vollzog sich in Fritzsche selbst eine Entwicklung, welche es ihm zunächst ermöglichte, sich gegen die Konfrontation im Prozeß mit den bislang unvorstellbaren Verbrechen zu behaupten. In der ersten Prozeßphase jedoch hatte er nach den demoralisierenden und verstörenden Erfahrungen des Kriegsendes in der Frontstadt Berlin und den monatelangen Verhören in Moskau nicht viel Substanz zur Verfügung. Seine Verunsicherung scheint sich auch in seiner Physis ausgedrückt zu haben; so erinnerte ein Mitarbeiter der Anklagevertretung sich an ihn, der immerhin 1,91 Meter groß war, als an einen „zierlichen“ Mann.⁵²⁴ In diesem Zustand einer emotionalen und physischen Erschöpfung wurde Fritzsche gemeinsam mit den übrigen Angeklagten am 29. und 30. November 1945 mit einem Dokumentarfilm über die befreiten Konzentrationslager konfrontiert, der durch die ausführliche Aussage eines ehemaligen Abwehroffiziers ergänzt wurde. Besonders der Film wirkte auf viele Angeklagte wie ein Schock, und Fritzsche gehörte zu denjenigen, welche am heftigsten darauf reagierten.⁵²⁵

Zu diesem frühen Zeitpunkt war er noch nicht imstande, sich gegen die dargestellten Greuel abzuschirmen. Am 19. Februar 1946 wurden die Vernichtungslager behandelt, wo-

⁵²⁰ IMT, Bd. I, S. 85.

⁵²¹ Sitzung vom 23. 1. 1946, IMT, Bd. VI, S. 78.

⁵²² Davidson, Trial, S. 526.

⁵²³ Smith, Jahrhundert-Prozeß, S. 139 und 145.

⁵²⁴ Taylor, Prozesse, S. 532. Darüber hinaus schilderte Taylor Fritzsche als freundlich, großzügig und als bei den anderen Angeklagten beliebt.

⁵²⁵ Ebd., S. 227f. Der US-Psychologe Gilbert schilderte Fritzsches Reaktion so: „Er wurde von Schluchzen geschüttelt und preßte die Fäuste gegen die Stirn; er konnte nur soviel Luft bekommen, um hervorzustoßen: ‚Verzeihen Sie, daß ich die Beherrschung verliere – aber ich mußte dasitzen und es eine ganze Stunde unterdrücken!‘ Wir erkundigten uns, ob er Schlaftabletten brauche; er antwortete: ‚Nein, was hat es für einen Zweck? Es wäre nur Feigheit, all das mit Betäubungsmitteln aus dem Bewußtsein zu vertreiben!‘“ Gilbert, Tagebuch, S. 52.

bei außer erbeuteten deutschen Photographien ein sowjetischer Dokumentarfilm gezeigt wurde. Dessen Material war noch verheerender als das der ersten Vorführung, und Fritzsche brach erneut zusammen. Am 20. Februar wurde die Gerichtswoche mit der Darstellung der in der UdSSR angerichteten Plünderungen und Zerstörungen geschlossen; Fritzsche blieb an diesem Tag in seiner Zelle.⁵²⁶ Sein Brief vom 24. Februar zeigt jedoch, daß sich nun eine innere Abwehr gegen die vorgeführten Greuel aufzubauen begann: „Letzte Woche bisher schwerste. Hatte Gefühl, mit Dreck gelyncht zu werden, so erstickend Flut Anklage. Meinte, könne doch nicht mehr reden mit soviel, ja auch auf mich gehäuften Dreck im Maul. Ob Dreck eigen oder fremd, erschien gleichgültig. Blieb einen Tag Zelle. Nun gehts wieder. Ich muß, muß ja noch sagen, nicht deutschen Volkes Dreck [...]“. ⁵²⁷

Fast als stilistischen Kunstgriff nutzte Fritzsche den Umstand, daß ihm nur ein einzelner liniierter Briefbogen pro Brief zur Verfügung stand. Im zitierten Brief schlug die persönliche Verunsicherung bereits in eine Opferhaltung um. Die von der Anklage dokumentierten Greuelaten des NS-Regimes erschienen hier als ein unsystematischer Haufen, der ungeprüft dem unterlegenen Kriegsgegner aufgebürdet wurde.⁵²⁸ Fritzsches Abwehrhaltung rührte auch zu einem nennenswerten Teil daher, daß seine gewohnten Loyalitäten, Bindungen und Gewißheiten im Kern angegriffen wurden.

Er selbst ahnte, daß sein Mangel an echter Individuation dazu geführt hatte, daß er sich mit den Zielen und Wertvorstellungen des NS-Staates weitgehend identifizierte. Als geradezu erleichternd und vertraut erkannte er nach einiger Zeit im Lubjanka-Gefängnis die Regelmäßigkeit des sowjetischen Unterdrückungsapparates.⁵²⁹ Sein Erkenntnisprozeß drang jedoch nicht weiter vor. „Wußte übrigens immer, ich werde gelebt. Glaubte, von äußeren Einflüssen. Irrtum. Es waren und sind innere. Ich finde das beruhigend.“⁵³⁰

Fritzsche bemühte sich, für die verlorengegangene Sicherheit einen Ersatz zu finden und entdeckte wie andere Mitangeklagte den christlichen Glauben wieder. Jedoch, auch wenn er jetzt dem Gefängniskaplan Gerecke seine Sünden beichtete, hielt er sich davor zurück, ein objektives Schuldmaß anzunehmen, und sprach selbst in einem Dankesbrief an die Frau des Kaplans davon, dieser leiste ihnen als einziger Beistand in einer Umgebung aus Vorurteil, Abneigung und Haß.⁵³¹ Aus dieser Wiederbegegnung mit dem Christentum entwickelte er vielmehr die Idee, als eine Art „Schmerzmann“ mit seiner Verurteilung „für mein Volk ein Stück Schuld abgetragen zu haben. Die meisten meiner Mitangeklagten würden in einem solchen Falle nur ihre eigene Schuld büßen. Ich könnte fremde Schuld tilgen.“⁵³²

⁵²⁶ Taylor, Prozesse, S. 371f.

⁵²⁷ Brief an Karin Fritzsche vom 24. 2. 1946, BAK N 1355/8.

⁵²⁸ Nach dem Prozeß schloß sich für ihn der Kreis der Bearbeitung, indem er nachträglich seine Erschütterung relativierte und in seinem Buch über Nürnberg behauptete, nicht die vorgeführten Filme hätten die Judenvernichtung glaubhaft machen können, sondern erst die Aussagen Ohlendorfs und Höß'. H. Fritzsche, Tribunal, S. 112.

⁵²⁹ Auch der für Deutschland tätige und 1946 in Großbritannien dafür hingerichtete Radiokommentator William Joyce schrieb in seiner Haft: „One thing I like about prison here is the pleasant sense of being in an organization which functions perfectly at every point. It is a mental tonic.“ Zit. nach Cole, Lord Haw-Haw, S. 254.

⁵³⁰ Brief an Karin Fritzsche vom 24. 2. 1946, BAK N 1355/8.

⁵³¹ Brief Fritzsches an Alma Gerecke, Mai 1946, zit. nach Grossmith, The Cross And the Swastika. Der Brief sollte im Sinne aller Angeklagten bewirken, daß Gerecke nicht nach Hause in die USA zurückkehrte, sondern Gefängnispfarrer blieb. H. Fritzsche, Tribunal, S. 65.

⁵³² Brief an Karin Fritzsche vom 3. 8. 1946 (übermittelt durch Kaplan Gerecke), BAK N 1355/8.

Eine wichtige Hilfestellung bot ihm die Auseinandersetzung mit dem als Betreuer der Gefangenen eingesetzten US-Psychologen Dr. Gilbert. Auch wenn dieser in seinen Zeichnungen ein kritisches Bild von Fritzsche zeichnete, bewahrte er ihn nach dessen Eingeständnis „vor dem Wahnsinn“. Und das hieß in diesem Falle: zerrissen zu werden zwischen der Anerkennung einer auch persönlichen Schuld und dem Bedürfnis, die eigene Überzeugung über die Niederlage hinweg zu retten. Fritzsche sammelte sich, indem er sich ein Bild von sich selbst als Idealist mit den Zügen eines „guten Onkels“ zurechtbog. Über seine Träume schrieb er vor der Urteilsverkündung: „Gewiß spukt in ihnen all der im Prozeß gehörte Schrecken sogar in Steigerungen. Aber noch nie träumte ich mich gefangen. [...] Dagegen träume ich mich oft in meinem letzten großen blauen Wagen mit vielen Freßpaketen im Kofferraum auf alten Wegen zu Bekannten, die sich dann bestens bedanken.“⁵³³

Fritzsches „idealistische“ Verteidigungsstrategie reifte aus ihren ursprünglich von Bestürzung geprägten, dann stärker defensiven und mitunter larmoyanten Anfängen zu einem offensiv vorgetragenen Selbstbewußtsein als Sprecher für das deutsche Volk. So fand er in erstaunlicher Konsequenz zu dem Tonfall zurück, in welchem er im April 1945 seine letzten Rundfunkkommentare gehalten hatte. Indem er Zeugnis ablegte für den „reinen Glauben der Millionen [...], die so viel gearbeitet, gekämpft, geopfert und gelitten hatten“, ⁵³⁴ rechtfertigte er auch den eigenen moralischen Anspruch. Dies tat er, indem er diskret ausklammerte, worauf sich dieser Idealismus auch in seinen letzten Kommentaren bezogen hatte, nämlich auf die Idee des Nationalsozialismus.

In der Rechtfertigung seiner Tätigkeit benutzte Fritzsche während des Verfahrens Argumente, wie sie in einer Vielzahl von Verfahren, vor allem vor deutschen Spruchkammern angewendet wurden. Dazu gehörte ebenso der Verweis auf die politische Situation Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg, die verfassungsgemäße und legale Grundlage der Machtergreifung der NSDAP wie das Verkleinern der eigenen Verantwortung.⁵³⁵ Da Fritzsches Wirken sich aber zum größten Teil in der Öffentlichkeit abgespielt hatte, konnte er seine Rolle nachträglich nur darin verharmlosen, daß er sich als Nicht-Eingeweihter in die Verbrechen des Nationalsozialismus darstellte. Sein umfassender Tätigkeitsbereich durfte nicht als Ergebnis seines Geltungsdrangs und Karrierestrebens erscheinen, sondern mußte sich in die Selbstdarstellung als betrogener Idealist einordnen lassen.

Am 26. Juni 1946 sagte Fritzsche zum ersten Mal vor dem Tribunal als Zeuge in eigener Sache aus.⁵³⁶ In den ersten Minuten machte er einen verunsicherten Eindruck, der sich jedoch schnell verlor. Statt dessen erlebten gerade diejenigen Prozeßbeobachter, die im Ausland Fritzsches publizistische Tätigkeit im „Dritten Reich“ verfolgt hatten, wie dieser in gewohntem Stil sorgfältig seine Verteidigungslinie aufbaute.⁵³⁷ Obwohl seine Darlegungen

⁵³³ Briefe an Karin Fritzsche vom 20. 7. und 7. 9. 1946, BAK N 1355/8.

⁵³⁴ Springer, Schwert, S. 120f.

⁵³⁵ Vgl. hierzu Borgstedt, Entnazifizierung, S. 233ff.

⁵³⁶ Als Zeugen der Verteidigung waren lediglich der Journalist Otto Kriegk und der ehemalige Presseadjutant von Goebbels, Moritz v. Schirmeister angegeben worden, wobei die Verteidigung auf Kriegk schließlich verzichtete.

⁵³⁷ Der Berichterstatter des Deutschen Dienstes der BBC, Eberhard Schütz, sprach in seinem Kommentar vom 26. 6. 1946: „[...] man erkannte den geübten Sprecher, erinnerte sich der journalistisch gefeilt und ausgewogenen Formulierungen [...]. Und Fritzsche bedient sich nicht nur der gewohnten hervorstechenden Formulierungen, er überrascht auch mit Gedanken, die bei der journalistisch-propagandistischen Brillanz nicht an Überzeugungskraft gewinnen.“ Diller/Mühl-Benninghaus (Hrsg.), Berichterstattung, S. 99.

aufgrund ihrer Professionalität sehr reserviert aufgenommen wurden, konnte sich doch der eine oder andere Beobachter zunächst nicht des Gefühls erwehren, daß es Fritzsche Ernst damit sei, daß er seine bisherige Tätigkeit als Propagandist als persönliches Scheitern an der grundsätzlichen Verlogenheit des NS-Systems darstellte.⁵³⁸ Allmählich schälte sich jedoch aus diesen plakativ vorgetragenen Zweifeln eine detaillierte Verteidigungsarbeit in eigener Sache heraus, die den Täterkreis innerhalb des Regimes möglichst klein halten und möglichst weit von ihm selbst entfernt ansiedeln sollte.

Als weithin bekannter Vertreter des Propagandaapparates mußte er die ideologisch bedingte Verzerrung der eigenen damaligen Arbeit verharmlosen oder sogar negieren. Auf den naheliegenden Vorwurf der Lüge behauptete Fritzsche, er habe in ernsthaften Fragen „nicht eine einzige Fälschung begangen und nicht eine einzige Lüge bewußt ausgesprochen. Wie oft ich selbst das Opfer einer Fälschung oder einer Lüge geworden bin, das vermag ich nach den Enthüllungen dieses Prozesses nicht zu sagen. [...] Ich habe immer die moralische Verantwortung des Journalisten und des Nachrichtenmannes betont. Ich habe das lange vor dem Kriege auch in einer internationalen Diskussion mit Radio Luxemburg schon getan, auf die einzugehen hier zu weit führen würde.“⁵³⁹

Schon hatte er wieder das Geschehene nachträglich bearbeitet, denn er konnte hoffen, daß sich niemand mehr an die tatsächliche Diskussion der Jahre 1934/35 erinnerte, als das Deutsche Reich mit verschiedenen Druckmitteln und Lockungen Radio Luxemburg dazu hatte bringen wollen, deutschfreundliche Nachrichten zu senden. Den Vorwurf der Lüge gab er weiter an die ehemalige Staatsführung, die ihn selbst belogen habe, und erinnerte außerdem daran, daß seine Person in der gegnerischen Propaganda zum Objekt verfälschter bzw. erfundener Geschichten geworden war.⁵⁴⁰ Das wichtigste Mittel der NS-Propaganda war aber eben nicht die Lüge, sondern die Verkürzung und Verfremdung von Informationen gewesen.⁵⁴¹ Eine 1948 abgefaßte juristische Untersuchung über den Tatbestand der Lüge hielt für die Zeit des Nationalsozialismus fest, daß Propagandalügen verhältnismäßig wenig angewendet worden seien, sondern vielmehr die „Wertungslüge“, das Feld der Werturteile und Meinungsäußerungen, den eigentlichen Schwerpunkt der NS-Propaganda darstellte. Ein zeitgenössischer Kommentar setzte bei einer Verleumdung als justitierbares Delikt voraus, der Täter müsse die Unwahrheit des Behaupteten gekannt und wider besseres Wissen gehandelt haben.⁵⁴²

Eben dieses „bessere Wissen“ bestritt Fritzsche und bestand konsequent darauf, er hätte völlig anders gehandelt, wenn er bereits vor 1945 die erst während des Nürnberger Prozesses erlangten Kenntnisse gehabt hätte.⁵⁴³ Es mag daher von Interesse sein, ausgewählte Ereignisse und Aktionen des Regimes dahingehend zu untersuchen, welchen Wissenstand

⁵³⁸ Vgl. Eberhard Schütz, BBC-Kommentar vom 27. 6. 1946, Diller/Mühl-Benninghaus (Hrsg.), Bericht-erstattung, S. 102.

⁵³⁹ Aussage vom 27. 6. 1946, IMT, Bd. XVII, S. 173.

⁵⁴⁰ So meldete am 26. 6. 1943 der Moskauer Rundfunk in seinem Programm für die deutsche Jugend, „Reichsminister“ Fritzsche habe seinen 22jährigen Sohn bei der Botschaft in Ankara, seine älteste Tochter Erna zur deutschen Botschaft nach Tokio geschickt. Frau und Kinder befänden sich seit langem in der Schweiz. Abhörbericht, BA R 55/528, Bl. 124.

⁵⁴¹ Reich, Schranken, S. 125.

⁵⁴² Vgl. Pohle, Rundfunk, S. 227, sowie Otto Schwarz, Strafgesetzbuch mit Nebengesetzen und Verordnungen, S. 396.

⁵⁴³ Vgl. Anders, Irrgarten, S. 141, mit dem Fazit des Autors: „Er konnte im Brustton der Überzeugung reden, und es ist schwer zu beurteilen, was dabei erlernte Technik war oder bis zum Schluß persönliche Überzeugung blieb.“

Fritzsche tatsächlich oder zumindest mit hoher Wahrscheinlichkeit über sie besaß. Was ist beispielsweise von seiner Behauptung zu halten, er habe von keiner der militärischen Aktionen des NS-Regimes vorab Kenntnis erlangt, sei in keiner Form an deren Vorbereitung beteiligt gewesen und darum von ihrem Beginn genauso überrascht worden wie der Rest der Bevölkerung?

So behauptete er, erst am 22. Juni 1941, auf einer von Ribbentrop um 5 Uhr morgens einberufenen Konferenz im AA vom Beginn des Krieges gegen die UdSSR erfahren zu haben.⁵⁴⁴ 1948 veränderte er in seinem ersten Nachkriegsbuch diese Darstellung. Danach erfuhr er in der Nacht vom 21. zum 22. Juni zusammen mit den übrigen Abteilungsleitern des RMVP in Goebbels' Schwanenwerder Villa vom bevorstehenden Angriff. Sie seien dort bis 5.00 Uhr morgens festgehalten worden. Auch diese Darstellung kann widerlegt werden: Nach eigenem Zeugnis traf Goebbels um 2.30 Uhr morgens im Propagandaministerium ein, nachdem er die Nacht in der Reichskanzlei verbracht hatte, und informierte jetzt seine „maßlos verblüfften“ Mitarbeiter.⁵⁴⁵

Es ist davon auszugehen, daß Fritzsche einige Zeit vorher über die deutsche Angriffsabsicht informiert wurde, zumal sich in der Pressekonferenz im Frühling 1941 die indirekten Hinweise auf eine bevorstehende militärische Aktion häuften.⁵⁴⁶ Goebbels hielt in seinem Tagebuch Ende März 1941 zum ersten Mal fest, daß ein Überfall auf die Sowjetunion bevorstehe.⁵⁴⁷ Bis Mitte Mai nahm Fritzsche in der Pressekonferenz mehrfach gegen die immer aufdringlicheren Gerüchte über einen bevorstehenden Angriff Stellung.⁵⁴⁸

Goebbels beabsichtigte, die Aufmerksamkeit abzulenken auf eine angeblich bevorstehende Invasion Englands, indem er die Beschlagnahme eines von ihm in diesem Sinne verfaßten Artikels inszenierte. An dieser Aktion war Fritzsche spätestens seit dem 11. Juni beteiligt,⁵⁴⁹ während sich sein damaliger Referent Scharping noch mit der Behauptung lächerlich machte, er wisse genau, daß es gegen England losginge. „Die Kollegen machten Bemerkungen, wie: solch ein Idiot, der glaubt das auch noch.“⁵⁵⁰ Aus einigen Stunden werden somit elf Tage, was nicht nur Fritzsches kreativen Umgang mit der Wahrheit belegt, sondern auch, daß er bei der Vorbereitung kriegerischer Aktionen nicht ganz so unbedeutend war, wie er das Nürnberger Tribunal Glauben machen konnte.

Fritzsche konnte bei seinem behaupteten Unwissen darauf spekulieren, daß es dem Gerichtshof nicht gelingen werde, ihm das Gegenteil zu beweisen. Aus heutiger Sicht ist unverständlich, wieso seine Behauptung unwidersprochen blieb, erst in Nürnberg von der „Tötung einzelner Einwohner“ des tschechischen Dorfes Lidice, richtig: der Ermordung sämtlicher männlicher Einwohner 1942 erfahren zu haben. Diese Vernichtungsaktion wur-

⁵⁴⁴ Fritzsche, E. E., 7. 1. 1946, IMT, Bd. XXXII, S. 328. Der US-Journalist Smith erinnerte sich, bereits um 3 Uhr morgens durch einen Telefonanruf des AA zur Sonderpressekonferenz einbestellt worden zu sein. Auch er spricht von 5 Uhr als Beginn. Smith, Feind schreibt mit, S. 62.

⁵⁴⁵ Hier spricht Hans Fritzsche, S. 84, und Goebbels, Tagebücher I, Bd. 9, S. 396 (Eintrag vom 22. 6. 1941).

⁵⁴⁶ Vgl. J. Hagemann, Presselenkung, S. 136.

⁵⁴⁷ Goebbels, Tagebücher II, Bd. 9, S. 211 (Eintrag vom 29. 3. 1941).

⁵⁴⁸ Vgl. u. a. Pressekonferenz vom 12. 4. 1941, Mitschrift von Gerigk, StAM SpK 475, Heft XXIII; Pressekonferenz vom 8. 5. 1941, zit. bei Steinert, Hitlers Krieg, S. 159. Zu kursierenden Gerüchten vgl. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 9, S. 284 und 286 (Einträge vom 1. und 2. 5. 1941), sowie MadR vom 8. 5. 1941, S. 2273ff., und 12. 5. 1941, S. 2286f.

⁵⁴⁹ Goebbels, Tagebücher II, Bd. 9, S. 366 und 374 (Einträge vom 12. und 15. 6. 1941).

⁵⁵⁰ Sänger, Aussage SKV vom 28. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

de sogar über den deutschen Rundfunksender Prag bekanntgegeben und erreichte sowohl auf diesem als auch auf anderen Wegen das Ausland.⁵⁵¹

Der gesamte Komplex des Terror- und Vernichtungsapparates wurde bei der Beurteilung der Rolle Fritzsche nicht berücksichtigt. Zwar war seine kategorische Behauptung, von Art und Umfang dieses Apparates keine Vorstellung besessen zu haben, nicht unüblich. Wie unsystematisch aber sein Wissen auch gewesen sein mag, muß Fritzsche aufgrund vieler Informationen klargewesen sein, daß der NS-Staat massenhaft Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung des eigenen Landes und anderer Staaten sowie gegen andere Völker und deutsche Andersdenkende zu verantworten hatte.

1950 griff Fritzsche in einem Brief die Glaubwürdigkeit des Zeitzeugen Fritz Sänger an, indem er an ein während des Krieges mit ihm geführtes Gespräch erinnerte, „in dem wir voller Entsetzen im Osten geschehene Greuelthaten erörterten. [Randbemerkung Sänger: typische Verfälschung von Fritzsche] In diesem Gespräch äußerte ich alles, was ich wußte, ohne jeden Vorbehalt. [Randbemerkung Sänger: nein!] [...] Was ich nicht wußte, waren die Zustände in den KZ, die Gaswagen von Charkow und die Gaskammern von Auschwitz. Gerade diese Dinge aber sind für die Beurteilung des vergangenen Systems entscheidend. Wenn Herr Sänger sie kannte, mache ich ihm den Vorwurf, dass er sie mir nicht mitteilte.“⁵⁵² Absurd, daß Fritzsche einem kleinen Journalisten vorwarf, ihn nicht über die NS-Verbrechen informiert zu haben. Unabsichtlich gab er hier Hinweise, wie das selbstgeschaffene Bild des „reinen Toren“ richtiggestellt werden kann.

Der erste hier von Fritzsche aufgeführte Punkt waren die Konzentrationslager. Er bestritt konsequent, jemals ein solches besucht zu haben. Lediglich in Sachsenhausen, so sagte er aus, habe er sich einmal in dem vom eigentlichen KZ getrennten Verwaltungstrakt aufgehalten. Aber es gibt Hinweise und Zeugenaussagen, die das Gegenteil nahelegen. So regte im März 1938 die Pressestelle des Reichsführers SS an, namhafte Vertreter der deutschen Presse zu einer Besichtigung des KZ Sachsenhausen einzuladen. Fritzsche war hier neben anderen gleichrangigen Pressefunktionären des RMVP, wie Sündermann und Stephan, sowie den Chefredakteuren der großen überregionalen Blätter angesprochen. Der Programm-entwurf enthielt neben einem Vortrag Himmlers ein gemeinsames Mittagessen im Führerheim des Turnvereins „Brandenburg“ sowie eine dreistündige „Besichtigung des KZL Sachsenhausen unter berufener Führung“.⁵⁵³

1946 sagte ein damaliger Insasse dieses KZ aus, in den Jahren 1943/44 sei Fritzsche wiederholt mit größeren Delegationen im Lager aufgetaucht.⁵⁵⁴ Auch bestanden bis kurz vor Kriegsende Kontakte zwischen dem KZ Sachsenhausen und der Rundfunkabteilung des RMVP. So wurde Fritzsches Stellvertreter Scharping im November 1944 dazu eingeladen,

⁵⁵¹ Kiesinger behauptet in seinen Erinnerungen zu Lidice sogar: „Die von Goebbels gesteuerte Inlandspropaganda, die dieses Verbrechen glorifizierte, konnten wir natürlich nicht beeinflussen, aber es gelang uns, wenigstens zu verhindern, daß diese Tendenz in die Sendungen des Auslandsrundfunks übertragen wurde.“ Ders., Jahre, S. 240. Zur Bekanntgabe durch den Sender Prag vgl. das erhaltene Tondokument im DRA, als Audiodatei im Internet abrufbar über <http://www.radio.cz/de/artikel/66288>. Allerdings befürwortete Goebbels, „Vergeltungsaktionen wie die von Lidice nicht mehr, wie hier geschehen, über den Rundfunk verbreiten zu lassen, um der feindlichen Propaganda keine Trümpfe in die Hand zu spielen“. Goebbels, Tagebücher II, Bd. 4, S. 523 (Eintrag vom 14. 6. 1942).

⁵⁵² Fritzsche, Eichstätt, 8. 8. 1950, BAK N 1261/100.

⁵⁵³ Pressestelle RFSS an Himmler, o. D., Teilnehmerliste und Programm zu Terminvorschlag 22. 3. 1938, IfZ MA-294, Bl. 562337ff.

⁵⁵⁴ Arthur Geissler, E. E., 11. 4. 1946, IfZ PS-3875.

den dort versammelten Unterführern einen Überblick über die politisch-militärische Lage zu geben.⁵⁵⁵ Außerdem machte Fritzsche im Februar 1945 im direkten Kontakt mit der SS den bereits erwähnten Versuch, KZ-Häftlinge zur Reparatur von Rundfunkempfängern abstellen zu lassen.

Diese Vorgänge waren dem Militärtribunal jedoch nicht bekannt. Diesem gegenüber behauptete Fritzsche, er habe jeden einzelnen, ihm als Gerücht, Information oder Meldung gegnerischer Nachrichtendienste bekanntgewordenen Hinweis auf „Judengreuel“ recherchieren lassen und entweder selbst oder über das Referat „Schnelldienst“ beim RSHA nachgefragt.⁵⁵⁶ Fritzsche erläuterte später, gerade das KZ-Thema sei im Laufe des Krieges aufgrund der vom gegnerischen Rundfunk verbreiteten Einzelheiten wieder brennend geworden. Er habe tausende solcher Meldungen durch das RSHA überprüfen lassen und in der „Nachbörse“ anwesende SS-Führer nach ihren Eindrücken aus den KZ befragt.⁵⁵⁷ „Es wurden dabei von den auskunftgebenden Dienststellen so präzise Angaben, sogar unter Mitteilung von Zahlen, gemacht, daß Fritzsches guter Glaube über die Richtigkeit dieser Angaben außer Zweifel stehen mußte“, sagte sein Vertreter Scharping aus.⁵⁵⁸ Im RMVP gab man sich offenkundig schnell mit einer beruhigenden Auskunft zufrieden, selbst wenn diese nicht plausibel war.⁵⁵⁹

Auf jedem denkbaren Weg gelangten Informationen über die mörderische Praxis im Osten ins Reichsinnere. Sie mochten oft nur Bruchstücke enthalten und am Ende einer Informationskette stehen, welche die Zuverlässigkeit der Quelle nicht klar erkennen ließ. Aber aus ihnen ließ sich sehr wohl ein Bild von der Praxis des Vernichtungskrieges entwickeln. Fritzsches ehemaliger Stellvertreter in der Presseabteilung, Ernst Braeckow, wurde im November 1941 zusammen mit sieben anderen Referenten und Schriftleitern des RMVP den Einsatzgruppen „für Propagandazwecke“ zur Verfügung gestellt.⁵⁶⁰ Hier hätte Fritzsche bei Bedarf in seinem eigenen Umfeld eine vertrauenswürdige Auskunftsperson zur Verfügung gehabt.

Vom zweiten in seinem Brief von 1950 aufgeführten Aspekt, den „Gaswagen von Char-kow“, war er selbst als unmittelbar in diesem Gebiet eingesetzter Soldat imstande, sich vor Ort sein eigenes Bild zu machen, was einige Monate nach dem Massaker von Babij Jar nicht schwer gewesen sein dürfte. Er selbst schilderte in Nürnberg, ihn habe kurz vor seinem Fronteinsatz der Brief eines mittleren SS-Führers aus der Ukraine erreicht, der den Befehl erhalten habe, Juden und die ukrainische Intelligenz seines Bezirks zu töten. Er sei sofort direkt bei Heydrich vorstellig geworden, der ihm unzweideutig erklärt habe, die Aktion werde nicht durchgeführt.⁵⁶¹ Da die Tätigkeit der Einsatzgruppen auch während seines

⁵⁵⁵ Kommandantur Sachsenhausen an Scharping, Schreiben vom 3. 11. 1944, BAK Kl. Erw. 494, Bl. 50.

⁵⁵⁶ Aussage vom 27. 6. 1946, IMT, Bd. XVII, S. 194.

⁵⁵⁷ Zeugenaussage Fritzsche im Verfahren gegen Herbert Klemm (RJM), 15. 7. 1947, Auszug aus Protokoll, StAM SpK 475, Heft XXIV.

⁵⁵⁸ Scharping, E. E., 17. 5. 1946, IMT, Bd. XL, S. 175.

⁵⁵⁹ Als Beispiel schilderte Fritzsche 1947 in seinem Berufungsverfahren die Überprüfung einer BBC-Meldung vom November 1939 über die Verhaftung von 2000 Tschechen in Prag. Die telefonische Mitteilung des Oberbürgermeisters von Prag, es seien nur einige Verhaftungen erfolgt, genügte Fritzsche, um diese Meldung zu dementieren – obwohl in Wirklichkeit nach dortigen Unruhen an der Universität neun Studenten hingerichtet worden waren. Ausführungen Serwe (Öffentlicher Kläger), BV Fritzsche, 23. 9. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

⁵⁶⁰ RSHA (Amt I – Verwaltung) an Spengler (Amt III C – Rundfunk und Presse), 4. 11. 1941, IfZ MA-433, Bl. 729019f.

⁵⁶¹ Aussage vom 26. 6. 1946, IMT, Bd. XVII, S. 183.

Aufenthalts bei der 6. Armee fortgesetzt wurde, ist schwer vorstellbar, wie deren Mordaktionen ohne jedes Mitwissen Fritzsches erfolgen konnten. Aber die Anklagevertretung verspielte ihre Chance, ihn, den Nachrichtenfachmann, als Augen- und Ohrenzeuge über seine Militärzeit in der Ukraine genauestens zu befragen.⁵⁶²

Für ihr Schlußwort hatten sich die Angeklagten einer Erklärung des Gerichtshofs vom 15. August 1946 zufolge „auf kurze Erklärungen von wenigen Minuten“ zu beschränken und sollten darin nur „Dinge behandeln, die bisher weder in ihren Aussagen noch in den Erörterungen ihrer Verteidiger behandelt wurden“. Als einziger übergab Fritzsche, zusätzlich zu seinem Schlußwort, ein Memorandum, in welchem er auf die von den Hauptanklägern in ihren Schlußplädoyers gegen ihn erhobenen Anschuldigungen einging.⁵⁶³ Wie aus seinen Entwürfen für das Schlußwort ersehen werden kann, hatte es zunächst ausführliche, scharf formulierte „Richtigstellungen“ in eigener Sache enthalten sollen. Im Bearbeitungsprozeß dämpfte er seinen offensiven Ton etwas, widersprach aber allen Vorwürfen und betrachtete sie sowohl durch die eigenen Aussagen wie auch durch die seiner Entlastungszeugen als entkräftet.

Im ersten Entwurf schwang Fritzsche sich andererseits zu pathetischen Wendungen auf, mit denen er seine Bedeutung untermauern wollte. Einst habe er „den Schlüssel zum Herzen des deutschen Volkes gefunden“, den er jetzt aufgrund seiner während des ganzen Prozesses bewahrten Stellvertreterrolle immer noch in Händen halte. Als deutscher Idealist könne er die Herzen auch derjenigen aufschließen, die den Siegern noch ablehnend gegenüber stünden. Aber weder diese seltsame Überhöhung der eigenen Position in Bildern, die einem Schlageralptraum entsprungen zu sein scheinen, noch der abschließende Seitenhieb, die Alliierten hätten ihrerseits „ungeheure Blutschuld“ auf sich geladen, fanden dann Eingang in Fritzsches Schlußwort.⁵⁶⁴

Bei den Verhandlungen über einen Schuldspruch kristallisierte sich bald heraus, daß der ursprüngliche Schwerpunkt der Anklage, Fritzsche als Hauptverschwörer zu verurteilen, der durch geschickte Manipulation der Presse an der Umsetzung der NS-Aggression mitwirkte, nicht zu halten war. Auch in den anderen, konkreter zu behandelnden Punkten gab es keine Einstimmigkeit. Ein US-Gutachten vom Sommer 1946 hielt fest, daß seine Kommentare nicht den Tatbestand der Aufforderung zu Verbrechen erfüllten. Da seine Formulierungen nicht einmal stärker gewesen seien als die der US-Rundfunksprecher während des Krieges, bleibe dem Gericht nichts übrig, als Fritzsche freizusprechen. Dagegen griffen sowohl die französischen als auch die sowjetischen Vertreter in den Vorberatungen seine Rundfunkkommentare als belastendes Moment auf, nachdem der sowjetische Vertreter zunächst pauschal für alle Angeklagten die Todesstrafe gefordert hatte.⁵⁶⁵

Die US-Vertreter konnten schließlich in den folgenden Beratungen die übrigen Richter, außer die sowjetischen Vertreter, von einem Freispruch für Fritzsche überzeugen, der dann am 12. September 1946 mit einer Mehrheit von drei Stimmen beschlossen wurde. Maßgeblich hierfür war allerdings, daß vorher bereits bei Papen eine Patt-Situation zu dessen Freispruch geführt hatte. Nun änderten auch diejenigen Richter ihr Votum ab, welche zunächst noch für eine mehrjährige Haftstrafe Fritzsches votiert hatten.⁵⁶⁶

⁵⁶² Vgl. Taylor, Prozesse, S. 535f.

⁵⁶³ Ebd., S. 617 und 628.

⁵⁶⁴ Manuskript und Typoskript, Entwürfe für Schlußwort, BAK N 1355/5.

⁵⁶⁵ Taylor, Prozesse, S. 578f. und 645.

⁵⁶⁶ Ebd., S. 652f.

In der Urteilsbegründung vom 30. September 1946 hieß es, Fritzsche sei immer weisungsgebunden gewesen und habe im Rahmen seiner Tätigkeiten nur begrenzten Einfluß gehabt. Auf keinen Fall habe er an „einem gemeinsamen Plan zur Führung von Angriffskriegen teilgenommen“, denn seine Stellung im RMVP sei nicht so bedeutend gewesen, „daß man schließen dürfte, er habe an der Urheberchaft oder Planung von Propagandafeldzügen Anteil gehabt“. Sein Ziel sei es gewesen, die Volksstimmung für Hitler und die deutsche Kriegsanstrengung zu erwecken.⁵⁶⁷ Er sei dabei jüdenfeindlich eingestellt gewesen, habe aber nicht zur Vernichtung der Juden aufgefordert, ebensowenig dazu, „Greuelthaten an besiegten Völkern zu begehen“. Auch habe ihm das bewußte Lancieren von Fälschungen nicht nachgewiesen werden können.⁵⁶⁸ In ihrer abweichenden Stellungnahme zum Urteil verwiesen die sowjetischen Richter darauf, daß Fritzsches Stellung angesichts der Bedeutung von Propaganda nicht zweitrangig und er als Leiter der Rundfunkabteilung voll verantwortlich „für die lügenhafte und provokatorische Tätigkeit des deutschen Rundfunks in den Kriegsjahren war“.⁵⁶⁹

So stand am Ende des Verfahrens der für Fritzsche selbst zunächst völlig unbegreifliche Freispruch. Noch kurze Zeit vorher hatte er fest damit gerechnet, zum Tode verurteilt, zumindest aber „nach Rußland“ zurückgeschickt zu werden. Offenbar waren die durch das sowjetische Schlußplädoyer noch einmal verstärkten Gerüchte, daß angeblich alle Angeklagten zum Tode verurteilt werden sollten, dafür verantwortlich, aber sicher auch seine feste Überzeugung, einer reinen „Siegerjustiz“ ausgeliefert zu sein.⁵⁷⁰

Alle drei Freigesprochenen, Franz von Papen, Hjalmar Schacht und Fritzsche verzichteten auf das Angebot, sofort aus der Haft entlassen zu werden, aßen im Gerichtsgebäude zu Mittag und bekamen neue Zellen im obersten Stockwerk des Gefängnisses zugewiesen. Danach wurden sie zu einer Pressekonferenz im Haus gebracht, auf der ein ziemliches Durcheinander herrschte und Schacht seine Autogramme gegen Schokolade verkaufte. Fritzsche, so zeigen es die aufgenommenen Fotos, wirkte grenzenlos erleichtert und rauchte eine Zigarette nach der anderen. Diese Konferenz betrat der Verteidiger Dr. Dix mit der Nachricht, vor dem Gericht warte eine protestierende Menge. Die deutsche Polizei riegele das Gebäude ab und wolle die drei auf einen Haftbefehl des bayerischen Ministerpräsidenten Hoegner hin festnehmen. Daraufhin bot der das Hausrecht innehabende US-Oberst Andrus den Freigesprochenen an, weiterhin das Gefängnis als „sicheres Haus“ in Anspruch zu nehmen.⁵⁷¹

Nun überstürzten sich die Verwaltungsmaßnahmen. Am vierten Tag nach dem Urteilspruch baten Schacht und Fritzsche um ihre Entlassung aus dem Justizgebäude. Fritzsche wurde mittenachts mit einem Armeelaster zu dem Haus gefahren, wo sein Anwalt Dr. Fritz wohnte. Bald spürte ihn dort sowohl die Presse als auch die deutsche Polizei auf. Ein Journalist interviewte Fritzsche als erster, während das Haus von deutscher Kriminalpolizei und US-Militärpolizei bewacht wurde, „die einen standen draußen, um ihn zu verhaften, die anderen drinnen, um eine Verhaftung zu verhindern, solange nicht entschieden war, ob sie statthaft wäre“. Im Verlauf des zweistündigen Interviews stellte der Nürnberger Polizeipräsident Fritzsche unter Hausarrest.⁵⁷²

⁵⁶⁷ IMT, Bd. I, S. 383.

⁵⁶⁸ IMT, Bd. I, S. 382f.

⁵⁶⁹ IMT, Bd. I, S. 397f.

⁵⁷⁰ Taylor, Prozesse, S. 556 und 690.

⁵⁷¹ Ebd., S. 690–694, sowie H. Fritzsche, Tribunal, S. 315–318.

⁵⁷² *Frankenpost* vom 2. 8. 1947 (Walter Gong), BAK Zsg. 101/83.



Nürnberg, 30. 9. 1946: Auf einer improvisierten Pressekonferenz präsentieren sich die drei Freigesprochenen Franz von Papen, Hjalmar Schacht und Hans Fritzsche

Der Vorsitzende der Spruchkammer Nürnberg hatte am 2. Oktober die Festnahme Fritzsches wegen des dringenden Verdachts angeordnet, dieser wolle sich durch Flucht seiner Verantwortung entziehen.⁵⁷³ Dies beruhte auf Fritzsches erklärter Absicht, zu seiner Frau nach Hamburg zu ziehen. Als dies, offenbar über einen englischen Journalisten, der SPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft unterbreitet wurde, stellte diese in der Sitzung vom 4. Oktober den Entwurf einer Entschließung der Bürgerschaft vor, den diese einmütig annahm. Dort hieß es: „Die Bürgerschaft nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Mitteilung, daß der in Nürnberg freigesprochene Hans Fritzsche beabsichtigt, in Hamburg Wohnung zu nehmen. Sie ist der Auffassung, daß die Zuzugsgenehmigung durch das Wohnungsamt nicht erteilt werden kann. Ferner erwartet sie von dem Generalstaatsanwalt, daß er das Verfahren gegen Fritzsche unverzüglich aufnimmt.“⁵⁷⁴

Die Freisprüche für Schacht, Fritzsche und Papen provozierten heftige Gegenreaktionen in der deutschen Öffentlichkeit. Quer durch die politischen Parteien wurde die Forde-

⁵⁷³ Festnahmebefehl Renner vom 2. 10. 1946, StAM SpK 475, Heft XXVII.

⁵⁷⁴ *Hamburger Volkszeitung*, Nr. 54 vom 5. 10. 1946, BAK N 1355/4; *Hamburger Freie Presse* vom 5. 10. 1946, ZA HWWA.

rung erhoben, die Freigesprochenen vor ein deutsches Gericht zu stellen.⁵⁷⁵ Besonders engagierten sich dabei die westdeutsche KPD und die ostdeutsche SED, denen das abweichende, sowjetische Votum die Argumentationslinie vorgab, mit der sie sich den allgemein herrschenden Unmut nutzbar machen konnten. Als treibende Kraft dieser Proteste dürften KPD und SED im Sinn gehabt haben, vor allem in Papen und Schacht das kapitalistische System für seine Mittäterschaft verantwortlich zu machen.⁵⁷⁶ Während auf einer Versammlung des FDGB Brandenburg, sowie in der kommunistischen Zeitung *Freiheit* für die Freigesprochenen ein deutscher „Volksgerichtshof“ gefordert wurde, forderte die KPD Nürnberg auf einer Versammlung die Todesstrafe für die drei Freigesprochenen.⁵⁷⁷

Inzwischen appellierte der bayerische Sonderminister Pfeiffer an den Militärgouverneur, diese nicht entfliehen zu lassen, weil ansonsten die laufende Arbeit der Spruchkammern moralisch nicht mehr vertretbar sei: „Unsere bayerischen Spruchkammern können nicht gegen hunderttausend kleine Leute vorgehen, wenn die eigentlichen Kriegsverbrecher die Möglichkeit erhalten, die amerikanische Zone zu verlassen und sich damit dem Gesetz entziehen können.“⁵⁷⁸ Hier machte sich der Druck bemerkbar, unter dem die amtierende bayerische Regierung vor den Landtagswahlen im Herbst 1946 stand, weil von Teilen der Opposition die Ungerechtigkeit der bisherigen Entnazifizierung als Wahlkampfthema ausgebeutet und die schnelle Verurteilung der „großen Nazis“ gefordert wurde.⁵⁷⁹

Fritzsche, der nach eigenem Bekunden schon ein Spruchkammer-Verfahren beantragt hatte,⁵⁸⁰ schrieb seiner Frau am 5. Oktober 1946, er habe nicht die Zeit von vier Wochen erhalten bis zum deutschen Verfahren und gehe, wenn er nicht vorher abgeholt werde, jetzt zum Nürnberger Polizeipräsidium, um sich den Vorwürfen zu stellen, die man von deutscher Seite gegen ihn erhebe. „Hast Du Schwierigkeiten von Seiten der Besatzungsbehörde, so wende Dich bitte an Sefton Delmer, den Du über das dortige Nachrichtenbüro schon wirst erreichen können. Alles übrige muß vorläufig über Dr. Fritz gehen.“⁵⁸¹

⁵⁷⁵ Vgl. die Kommentare vom 3. 10. 1946 zum Urteil im NWDR, Schneider, Nationalsozialismus, S. 169, sowie die Kommentare im Berliner Rundfunk am 1. und 2. 10. 1946, Diller/Mühl-Benninghaus (Hrsg.), Berichterstattung, S. 199f. Die *Welt* berichtete auf S. 1. ihrer Ausgabe vom 4. 10. 1946 unter der Überschrift „Erregung um die Freisprüche“ über die weltweit dagegen geäußerten Proteste.

⁵⁷⁶ So sprach Heinz Schmidt am 2. 10. 1946 im (Ost-)Berliner Rundfunk davon, daß dem Hauptkriegsverbrecherprozeß der angekündigte Prozeß gegen die Hintermänner und Auftraggeber folgen müsse. „Gerade diese Kreise sind es, die aus dem Freispruch von Schacht und Papen neue Hoffnung schöpfen.“ Diller/Mühl-Benninghaus (Hrsg.), Berichterstattung, S. 201.

⁵⁷⁷ BAK N 1355/4; *Nürnberger Nachrichten*, 10. 10. 1946, ebd.; *Freiheit* (Düsseldorf), Nr. 63 vom 4. 10. 1946, zit. nach Meiser, Lizenzpresse, S. 169.

⁵⁷⁸ Zit. nach Jenke, Verschwörung, S. 35.

⁵⁷⁹ Niethammer, Midläuferfabrik, S. 398.

⁵⁸⁰ Er habe dies, so in einem Interview, bei der Nürnberger Spruchkammer getan, weil er diese Kammer „nach allem Vorgefallenen für die schärfste halte und nicht möchte, daß man von mir sagt, ich sei davongelaufen.“ DANA-Meldung vom 5. 10. 1946, „Interview mit Fritzsche“, StAM SpK 477, Heft XIV. Da Fritzsche kurz nach seiner Freilassung die Bewegungsfreiheit nur mit dem Versprechen erlangt hatte, Nürnberg nicht zu verlassen, konnte er aber auch nicht davonlaufen. Vgl. H. Fritzsche, Tribunal, S. 319.

⁵⁸¹ Brief an Karin Fritzsche, BAK N 1355/11. Sefton Delmer war zu dieser Zeit bereits wieder Korrespondent des *Daily Express*. Zwischen August und Oktober 1945 war er für kurze Zeit Leiter des von ihm selbst in Hamburg eingerichteten „German News Service“ gewesen und hatte dort offenbar auch für Journalisten mit zweifelhaftem ideologischen Hintergrund eine Verwendung gehabt. Delmer, Die Deutschen und ich, S. 649ff., und Köpf, Schreiben, S. 34.

Am gleichen Tag übermittelte der Militärgouverneur von Bayern den deutschen Behörden die vom Chef der Militärregierung Clay eingeholte Weisung, Fritzsche, Papen und Schacht dürften von ihnen nicht verhaftet werden und könnten sich innerhalb Nürnbergs frei bewegen. Fritzsche und Schacht seien unter Personenschutz zu stellen. Es stünde den deutschen Behörden frei, sofort ein Spruchkammerverfahren gegen diese einzuleiten. Sollten die Beklagten dann Nürnberg verlassen, könnten die deutschen Behörden die erforderlichen Maßnahmen ergreifen; sprich: die Beklagten verhaften.⁵⁸² Aber offenbar ging die Großherzigkeit gegenüber Fritzsche und Schacht noch weiter – Fritzsche konnte am 6. Oktober 1946 mitteilen, er habe Bewegungsfreiheit für die ganze US-Besatzungszone und nahm für kurze Zeit in München bei seinem Verteidiger Dr. Fritz Quartier.⁵⁸³ Dort erreichte ihn, ebenso wie Papen, die Nachricht, beide würden vor die Nürnberger Spruchkammer gestellt.⁵⁸⁴

2.2 Spruchkammerverfahren und Arbeitslager

Das Spruchkammerverfahren

Fritzsche kehrte nach Nürnberg zurück, zwei Wochen nachdem das Militärtribunal ihn freigesprochen und er für kurze Zeit gehofft hatte, längerfristig in Freiheit zu bleiben. Doch nun war er bereits wieder ein Angeklagter auf Abruf und wurde sowohl in seiner Wohnung, einem nicht beheizbaren Zimmer, als auch unterwegs von einem zu seinem Schutz abgestellten Polizeibeamten bewacht.⁵⁸⁵ Diesem fiel auf, daß Fritzsche vorzugsweise in einer Wirtschaft verkehrte, wo sich auch andere gewesene Größen des „Dritten“ Reiches aufhielten und sich im ausliegenden „Ehrenbuch“ des Hauses verewigten.⁵⁸⁶

Die daraufhin vom bayerischen Ministerpräsidenten gegebene Anordnung, Fritzsche gegebenenfalls wegen nazistischer Umtriebe zu verhaften, wurde nicht ausgeführt, aber seine Überwachung mit der offiziellen Begründung verstärkt, es sollten Übergriffe auf seine Per-

⁵⁸² Protokoll über Besprechung zwischen General Moeller (Mil.-Gov.) und Vertretern der bayerischen Justiz, München, 5. 10. 1946, StAM SpK 475, Heft XXIV; Sachs (Präs. SpK) an Polizeipräsidium München, Schreiben vom 7. 10. 1946, StAM SpK 477, Heft I; *Main-Post*, Nr. 81 vom 8. 10. 1946, S. 2, BAK N 1355/4.

⁵⁸³ „Habe Bewegungsfreiheit usa zone bitte erwarte dort nachricht über neuen Aufenthaltsort wo wir dann mit gisela einige wochen bleiben koenntn bin jetzt bei dr fritz“. Telegramm an Karin Fritzsche vom 6. 10. 1946, BAK N 1355/11.

⁵⁸⁴ *Nürnberger Nachrichten*, Meldung vom 10. 10. 1946, BAK N 1355/4. Zitat: „Hans Fritzsche hat die Erlaubnis erhalten, sich frei in München zu bewegen, darf jedoch sein Zimmer ausschließlich in Begleitung eines Kriminalbeamten verlassen. Diese Anordnung wurde getroffen, nachdem Fritzsche am Mittwochabend in Begleitung seines Anwaltes für einige Stunden sein Quartier verlassen und die Kriminalpolizei ihn aus dem Auge verloren hatte.“

⁵⁸⁵ „Mein kleiner Essens-Vorrat ist nun fast erschöpft. Ab morgen Abend will ich in dem Gasthaus essen. Nun ist auch die Praxis des Ausgehens soweit geklärt, daß dies ohne lästige Zeremonien möglich ist. Gestern habe ich mit Herrn Schurz (Anm. von K.f.: Polizist) einen ersten Waldspaziergang gemacht.“ Fritzsche an Karin Fritzsche, 16. 10. 1946, BAK N 1355/11. Die nächtliche Bewachung erfolgte durch zwei Beamte. Polizeipräsidium Nürnberg an Sachs (Spruchkammer), 1. 2. 1947, StAM SpK 477, Heft I.

⁵⁸⁶ Mitteilung Innenminister an Ministerpräsident Hoegner vom 24. 10. 1946, StAM SpK 475, Heft XXIV; Hauth (Hauptkläger) an Dehler, 13. 11. 1946, ebd. Über den Verbleib dieses „Ehrenbuchs“ geht aus den erwähnten Quellen nichts hervor.

son verhütet werden.⁵⁸⁷ Auf Beschwerden beim Arbeitsminister wurde geprüft, ob und wie Fritzsche zu Arbeiten herangezogen werden konnte, wobei eine Heimarbeitsfähigkeit allen Beteiligten am einfachsten machbar erschien. Jedoch entschied bald darauf der Hauptkläger der Spruchkammer, Fritzsche müsse bis zu seinem baldigen Verfahren von Arbeitseinsätzen freigestellt werden, um das umfangreiche Material der Anklage zu prüfen.⁵⁸⁸

Nach der Mitteilung der Spruchkammer dauerte es noch einige Wochen, bis das Verfahren eröffnet wurde. Ende Oktober 1946 forderte der Presseverband der französischen Zone in einer Entschliebung die Aburteilung Fritzsches durch ein deutsches Gericht unter Hinzuziehung deutscher Journalisten als Sachverständige.⁵⁸⁹ Der Eröffnungstermin wurde dann kurzfristig angesetzt, um weitere öffentliche Proteste zu vermeiden. Darunter litt die Vorbereitung des Verfahrens, denn um Fritzsche in seiner konkreten Tätigkeit als Propagandist zu beurteilen, hätte es eingehender Recherchen bedurft. Hierfür waren aber die politischen Voraussetzungen nicht gegeben.

Im laufenden bayerischen Landtagswahlkampf war die als ungerecht empfundene Durchführung der Entnazifizierung ein wichtiges Thema. Zugleich kritisierte die US-Militärregierung die Praxis der Spruchkammergerichte, die vor allem die „großen Nazis“ entlastete. Mit einer in diesem Sinne gehaltenen Ansprache des Chefs der US-Militärregierung, Lucius D. Clay im November 1946 vor dem deutschen Länderrat begann eine längere Auseinandersetzung zwischen Militärregierung und Deutschen über die Praxis der Entnazifizierung.⁵⁹⁰ Da sich die deutschen Länderregierungen ihr Verhältnis zu den Alliierten nicht verderben wollten, waren sie jetzt gehalten, schnelle Erfolge bei der Entnazifizierung nachzuweisen. Fritzsche konnte deshalb nicht hoffen, wie viele Unbekannte ein Verfahren zu bekommen, in dem der Spielraum zugunsten des Beklagten so weit wie möglich ausgeschöpft wurde.⁵⁹¹

Auch nach den Landtagswahlen strebte die neue bayerische Regierung danach, sich in der Entnazifizierung als besonders entschlossen zu profilieren. Der rigide Kurs des zuständigen Befreiungsministers Alfred Loritz fand die Unterstützung der Militärregierung, welche die schnelle Eröffnung der Verfahren gegen Schacht, von Papen und Fritzsche als Beleg für die Entschlossenheit der bayerischen Regierung empfand.⁵⁹² Zunächst hatten wie in jedem anderen Spruchkammerverfahren die am bisherigen Wohnort des Beschuldigten sitzenden Behörden und Institutionen zu den in seinem Meldebogen gemachten Angaben Stellung zu nehmen.⁵⁹³ Darüber hinaus wurden Landesregierungen und Archive um Mate-

⁵⁸⁷ Hoegner, Vermerk vom 25. 10. 1946 auf Mitteilung des bayerischen Innenministers, ebd. Am gleichen Tage hatte Fritzsche seiner Frau mitgeteilt, die ständige Begleitung sei fortgefallen, am 20. 11. 1946 erwähnte er, daß er wieder zwei Mann Bewachung tags und nachts bei sich habe; BAK N 1355/11. Vgl. Telegramm Kripo Nürnberg an Polizeipräsidium München vom 11. 11. 1946, StAM SpK 475, Heft XXIV. Auf Fritzsches am 20. 11. persönlich bei der Spruchkammer vorgetragene Beschwerde antwortete diese schriftlich, die Polizei sei für die Durchführung seines Schutzes verantwortlich, und ihr müsse die Art der Durchführung überlassen bleiben. Ebd., Heft XXVII.

⁵⁸⁸ Kripo Nürnberg an Polizeipräsidium München, 11. 11. 1946, sowie Vermerke dazu; StAM SpK 475, Heft XXIV; Schreiben Dehler an Hauth (Hauptkläger) vom 18. 11. 1946; Hauth an Arbeitsamt Nürnberg, 2. 12. 1946, ebd., Heft XXVII. Das Telegramm der Kripo spricht von der Beschwerde eines „Präsidenten des ADGB“, den es aber gar nicht mehr gab. Der Bayerische Gewerkschaftsbund ist erst im März 1947 zugelassen worden.

⁵⁸⁹ Notiz in *Die Welt*, Nr. 65 vom 31. 10. 1946.

⁵⁹⁰ Niethammer, *Mitläuferfabrik*, S. 407 und 415 ff.

⁵⁹¹ Vgl. z. B. Niethammer, *Mitläuferfabrik*, S. 406.

⁵⁹² Niethammer, *Mitläuferfabrik*, S. 446 und 449.

⁵⁹³ Niethammer, *Mitläuferfabrik*, S. 345 ff. und 573. Zu diesen Behörden gehörten Polizei, Bürgermeisteramt, Arbeitsamt und Finanzamt.

rial gebeten, und der Generalankläger Dr. Thomas Dehler rief in Zeitungsannoncen sowie über den Rundfunk deutschlandweit die Bevölkerung auf, Belastungsmaterial gegen Fritzsche zur Verfügung zu stellen.⁵⁹⁴

Der Angeklagte kümmerte sich währenddessen darum, das beim öffentlichen Kläger eingehende Material so schnell wie möglich auszuwerten.⁵⁹⁵ Er wollte auch dem ursprünglich auf den 2. Januar 1947 angesetzten Verhandlungstermin nur zustimmen, wenn ihm genügend Zeit verblieb, um am Material eine „Durchprüfung nach meinen Gesichtspunkten“ vorzunehmen.⁵⁹⁶ Verschoben wurde der Termin dann allerdings, weil nach der Landtagswahl der bisherige Hauptkläger abberufen wurde und auch Generalankläger Dehler seinen Posten aufgab.⁵⁹⁷ Die Mitarbeit der Alliierten erschöpfte sich weitgehend in der Überlassung von bereits im Nürnberger Prozeß verwendetem Material.⁵⁹⁸

Darüber hinaus war die Weitergabe aller von den Alliierten beschlagnahmten deutschen Akten an deutsche Kläger verboten. Diese konnten lediglich eine Anfrage an den „Special Branch“ der OMGUS richten.⁵⁹⁹ Immerhin gelang es, trotz der ablehnenden Haltung der US-Militärregierung, die von der BBC im dortigen „Monitoring Service“ angefertigten Mitschriften eines größeren Teiles der Kommentare Fritzsches zu erhalten.⁶⁰⁰ Insgesamt gelangte das Material aber nur stückweise nach Nürnberg. Auch seine Weiterleitung an Fritzsche erfolgte nur stockend – seine Ansprachen erhielt er in Form eines 500 Seiten starken Dokumentenbandes zwei Tage vor Beginn der Verhandlung.⁶⁰¹

Fritzsche hatte bei seiner ausführlichen Vorbereitung mehr als das eigene Verfahren im Blick. In gewisser Weise interessierte ihn dessen juristische Grundlage nicht einmal, weswegen er die Betreuung durch seine Anwälte als wenig hilfreich empfand.⁶⁰² Denn in seiner Vorstellung war dieses Verfahren nur ein weiterer öffentlicher Auftritt, den er nun ausbauen konnte, um dem von ihm als logisch und zwangsläufig erwarteten Freispruch auch eine

⁵⁹⁴ „An der Sammlung des Materials gegen Fritzsche muß sich die gesamte Öffentlichkeit beteiligen. Die Zuschriften müssen mit den genauen Personalien des Absenders versehen sein, teilt Dr. Dehler hierzu ergänzend mit. Das Material müsse so beschaffen sein, daß der Einsender dafür jederzeit als Zeuge einstehen könne“. *Tägliche Rundschau* vom 9. 11. 1946, StAM SpK 475, Heft XXIV. Anzeigen aus der Bevölkerung waren in der Entnazifizierung nicht häufig, und anonyme Anzeigen wurden zumeist unbearbeitet zu den Akten genommen. Niethammer, *Mitläuferfabrik*, S. 585.

⁵⁹⁵ Brief an Karin Fritzsche vom 26. 11. 1946, BAK N 1355/11.

⁵⁹⁶ Brief an Karin Fritzsche vom 7. 12. 1946, BAK N 1355/11.

⁵⁹⁷ Dehler an Staatsminister Pfeifer, 21. 12. 1946, StAM SpK 475, Heft XXIV.

⁵⁹⁸ In den Unterlagen des Spruchkammerverfahrens gibt es keinen direkten Hinweis darauf, daß das BDC (Berlin Document Center) Unterlagen übermittelt hätte.

⁵⁹⁹ Niethammer, *Mitläuferfabrik*, S. 347f. OMGUS = Office of Military Government for Germany, US-Zone of Occupation/Control, Berlin.

⁶⁰⁰ Erfolglos verwies Fritzsche gegenüber dem Hauptkläger darauf, daß sich während des Nürnberger Prozesses eine Gesamtausgabe seiner Ansprachen aus den Akten des RMVP in den Händen des sowjetischen Anklägers befunden habe; Hauth an Dehler, 16. 10. 1946, StAM SpK 475, Heft XXIV. Am 4. 12. 1946 erhielt der Generalankläger Dehler vom Sonderministerium die Mitteilung, daß sich die US-Militärregierung gegen die Verwendung der BBC-Transkripte ausgesprochen hatte; ebd. Zwischenzeitlich wurde jedoch bekannt, daß die Sammlung der Ansprachen von der englischen Anklagebehörde stammte, und von dort bekam die Spruchkammer in kurzer Zeit ein Exemplar; FS Dehler an Hauth vom 28. 11. 1946, ebd., Heft XXVII.

⁶⁰¹ Vgl. *Rhein-Neckar-Zeitung* vom 28. 1. 1947 sowie Hans Fritzsche an Karin Fritzsche, 1. 2. 1947, BAK N 1355/11.

⁶⁰² Fritzsche bezeichnete seine Anwälte als eigentlich überflüssig. Er habe ja bei seinen zwei Kollegen (Papen und Schacht) gesehen, wohin die vielen Anwälte führen. Briefe an Karin Fritzsche vom 17. 12. 1946 und 3. 1. 1947, BAK N 1355/11.

moralische Rechtfertigung zu geben.⁶⁰³ Die deutsche Spruchkammer, so formulierte er es für seine Verteidigung, sei nur eine Fortsetzung des alliierten Tribunals und müsse daher dessen Urteil übernehmen. Ansonsten sei es zu bezweifeln, „ob es den Deutschen ernst ist mit der Denazifizierung“.⁶⁰⁴

Mit seinem dortigen Auftritt wollte sich Fritzsche auch als hauptberuflicher Zeitzeuge empfehlen, was ihm schon während des ersten Prozesses in den Sinn gekommen war. Mehrfach hatte er seitdem erklärt, in Zukunft Bücher schreiben zu wollen. In einem gemeinsamen Interview mit Papen und Schacht erklärte er unmittelbar nach dem Freispruch durch das Tribunal, er werde, selbst wenn man ihm Gelegenheit dazu gäbe, nie wieder in den Journalismus zurückkehren. „Gerne würde er jedoch eine moral-philosophische Abhandlung über die Hintergründe des deutschen Propagandaapparates schreiben und aufzeigen, wie es möglich war, daß selbst hohe und höchste Propagandisten bis zum Schluß von dieser Maschine benützt wurden, ohne sich ihres Irrtums klar zu werden.“⁶⁰⁵ Seine Verteidigungsrede vor der Spruchkammer enthielt folgerichtig den Antrag, ihn als „minderbelastet“ einzustufen, um ihm das bei einer Verurteilung als „Aktivist“ auszusprechende Verbot der schriftstellerischen Betätigung zu ersparen.⁶⁰⁶ Neben seiner Vorbereitung auf das Verfahren arbeitete er an einer Schilderung der Apriltage 1945 in Berlin, die er beim Londoner *Daily Express* unterbringen wollte.⁶⁰⁷

Im Vergleich mit der üblichen Tätigkeit der Spruchkammern, die zumeist mit den komplizierten rechtlichen Würdigungen überfordert waren und schablonenhafte Entscheidungen verfertigten, lief Fritzsches Verfahren vergleichsweise professionell ab. In der Presse wurde die Hoffnung formuliert, daß „nicht am Ende des Verfahrens eine Atmosphäre der Rechtsunsicherheit entsteht, wie sie bei früheren Aktionen von deutscher Seite gegen die Nürnberger Freigesprochenen festgestellt werden mußte“.⁶⁰⁸

Der öffentliche Druck wurde als nicht unproblematisch eingestuft, weswegen der Präsident der Spruchkammer beim Polizeipräsidenten beantragte, den Ort der Verhandlung sorgfältig abzusichern und den polizeilichen Schutz von Fritzsche sicherzustellen.⁶⁰⁹ In der Tat zog das Verfahren beträchtliches öffentliches Interesse auf sich. Wie Fritzsche erhofft hatte, wohnten zahlreiche Vertreter der deutschen und internationalen Presse seiner Eröffnung bei.⁶¹⁰ Ein zeitgenössischer Pressebericht schilderte die für die oft in zweckentfremdeten Räumlichkeiten tagenden Spruchkammern nicht untypische Kulisse: „Das Richterkollegium hat auf dem grellbeleuchteten Podium der Kleinkunstabühne ‚Kabarettische‘ in den Buchersälen Platz genommen, der Öffentliche Kläger trat mit seinem Assistenten aus einer

⁶⁰³ Brief an Karin Fritzsche, 26. 11. 1946, BAK N 1355/11: „Ich habe das Gefühl, in der 1. Instanz ganz ohne doch sinnlose Rücksicht auf taktische Erfordernisse – und sozusagen mit gefalteten Händen – das Glaubensbekenntnis des mißbrauchten deutschen Idealismus ablegen zu müssen. Die verwirrten Geister unserer Zeitgenossen [...] werden es nicht begreifen. Sie können es auch nicht. Aber ich hoffe auf die Auslandsjournalisten, obwohl ich mit ihnen z. Zt. gar keine Fühlung habe. Man hat mir gute, ja beste Berichterstatter-Besetzung versprochen [...]“.

⁶⁰⁴ So formuliert es Fritzsche jedenfalls in einem Entwurf seiner Verteidigungsrede vom November 1946; BAK N 1355/13, Typoskript, S. 5.

⁶⁰⁵ Zit. nach „Interview mit Fritzsche“, DANA-Meldung vom 5. 10. 1946, StAM SpK 477, Heft XIV, sowie *Der Volkszille* vom 8. 10. 1946, S. 4, BAK N 1355/4.

⁶⁰⁶ Fritzsche, Entwurf seiner Verteidigungsrede, November 1946, BAK N 1355/13, S. 23f.

⁶⁰⁷ Brief an Karin Fritzsche vom 26. 11. 1946, BAK N 1355/11.

⁶⁰⁸ *Rhein-Neckar-Zeitung* vom 28. 1. 1947, BAK N 1355/4.

⁶⁰⁹ Schreiben Sachs an Polizeipräsident Nürnberg vom 21. 1. 1947, StAM SpK 477, Heft I.

⁶¹⁰ DPD, Meldung Nr. 43 vom 27. 1. 1947, BAK NL 1261/100. Zur Auslandspresse vgl. Fußnote 19.

zitronengelben Seitenkulisse, und vor dem betroffenen Rundfunkkommentator steht – wie als freundliche Geste – ein funkelndes Mikrophon. Lautsprecher verstärken den Ablauf der Verhandlung im Saal, der die Zuschauer – und vor allem die auffallend zahlreichen Zuschauerinnen – unter einem blauen Baldachin empfängt, von dem Dutzende elektrische Sternchen blitzen. An der Türe sagt ein freundlicher Herr ‚Garderobe rechts! der Saal ist geheizt‘, als begänne schon die Abendvorstellung der Kabarettrevue.“⁶¹¹

Von Seiten der Kammer sah sich der Angeklagte keinen Fachkollegen, sondern mit dem Vorsitzenden Konrad Brenner einem Eisendreher und mit dem öffentlichen Kläger Bernhard Müller einem Maschinenwerkmeister gegenüber. Zeugen der Anklage waren schwer aufzufinden. Im Dezember 1946 teilte einer der vorgesehenen Zeugen, der Journalist Paul Ufermann, aus Berlin mit, es sei sehr schwer, Material zu finden, da es ein großer Teil der Leute, die zu Fritzsche einen engeren Kontakt hatten, nicht wage, Material zur Verfügung zu stellen oder auszusagen.⁶¹²

Offenbar hatten viele dabei nicht Angst vor Fritzsche, sondern hielten mit Material zurück, das auch ihre eigene Tätigkeit im NS-Staat öffentlicher Aufmerksamkeit preisgegeben hätte. Als die Verhandlung begann, war von vier benannten Zeugen nur Fritz Sänger, ein ehemaliger Redakteur der *Frankfurter Zeitung* und langjähriger Teilnehmer an der Pressekonferenz, übriggeblieben. Die von Fritzsche beantragten Entlastungszeugen waren dagegen fast vollständig erschienen. Neben seinem ehemaligen Stellvertreter Scharping trat der Journalist Gustav Döring auf sowie der ehemalige Leiter des „Seehaus“-Dienstes, Kurt Mair.⁶¹³ Fritzsche übernahm in der Verhandlung selbst das Geschäft seines Verteidigers und führte sowohl mit den Zeugen der Anklage als auch mit denen der Verteidigung eingehende Kreuzverhöre, in denen er ihre Aussagen einer detaillierten Prüfung unterzog und die Zeugen oft dazu brachte, von ihrer eigentlichen Argumentationslinie abzuweichen.⁶¹⁴

Die Anklage beantragte, ihn gemäß Art. 5 Nr. 6 des sogenannten Befreiungsgesetzes als Hauptschuldigen im Sinne dieses Gesetzes zu verurteilen. Vier Punkte sollten seine „außerordentliche propagandistische Unterstützung“ des NS-Regimes belegen, deren Nachweis für die Einstufung als Hauptschuldiger notwendig war:

- 1) Fritzsches Tätigkeit vor 1933, die belegen sollte, daß er kein Überzeugungstäter war, sondern lediglich eine politische Konjunktur ausgenutzt hatte;
- 2) Fritzsches organisatorische Tätigkeit im RMVP;
- 3) Fritzsches Lenkung der Presse wider besseres Wissen;
- 4) die Bedeutung von Fritzsches Rundfunkkommentaren.⁶¹⁵

Demgegenüber verfolgten Fritzsche und sein Verteidiger im wesentlichen die im Hauptkriegsverbrecherprozeß entwickelte Argumentationslinie. Da sich die Anklage aber stärker als in jenem Verfahren auf Details konzentrierte, befand sich Fritzsche deutlicher in der Defensive. Außerdem hatte im Spruchkammerverfahren, anders als im herkömmlichen

⁶¹¹ *Fränkischer Tag* vom 29. 1. 1947, BAK N 1355/4. „Der Saal ist geheizt“ war eine besonders im Winter 1946/47 verlockende Aussicht, denn auch in Nürnberg herrschten in diesem Winter Temperaturen unter –20 °C. Schmidt, Statist, S. 144.

⁶¹² Ufermann an Hauth (Hauptkläger), 9. 12. 1946, StAM SpK 475, Heft XXVII.

⁶¹³ Schreiben Fritzsche an Spruchkammer I vom 21. 1. 1947, StAM SpK 477, Heft I. Er begründete seine Wahl damit, daß diese Zeugen berichten könnten, wie er amtliche Erklärungen habe überprüfen lassen und in der „Nachbörse“ den Journalisten „eine freiere und individuellere Gestaltung der Presseberichte empfahl und hierfür bestimmte Hinweise gab“.

⁶¹⁴ Vgl. „Selbstbewußte Leute“ von W. Süskind, *Süddeutsche Zeitung* vom 1. 2. 1947.

⁶¹⁵ Hauth an Dehler, 13. 11. 1946, StAM SpK 475, Heft XXIV.

deutschen Gerichtsverfahren, der Kläger ausschließlich belastende Tatbestände vorzubringen, und es blieb dem Beschuldigten überlassen, Gegenbeweise und entlastende Tatbestände vorzulegen.⁶¹⁶

Die für den Spruch erheblichen Entlastungsmomente wurden in Artikel 39 (2) des Befreiungsgesetzes abschließend aufgeführt. Von diesen Punkten konnte Fritzsche nur eine „Unterstützung von Opfern des Nationalsozialismus“ geltend machen.⁶¹⁷ Da die angeforderten Entlastungszeugen hierzu wenig beitragen konnten, war er auf zusätzliche Erklärungen von direkt oder mittelbar Verfolgten angewiesen.⁶¹⁸ So schrieb ein Betroffener persönlich an Fritzsche, obwohl in der Presse nur belastendes Material gesucht worden sei, wolle er bestätigen, daß Fritzsche sich für ihn, einen vier Jahre im KZ inhaftierten ehemaligen Mitarbeiter des Deutschlandsenders, während seiner ersten Verhaftung „unter Gefährdung Ihrer eigenen Existenz [...] für mich rückhaltlos einsetzte [...] und daß Sie versuchten, mir Erleichterung in der Haft und später mir die Freiheit zu verschaffen“. Ihm sei außerdem von dem ehemaligen Minister Hermes berichtet worden, daß Fritzsche ihm und anderen Verfolgten des 20. Juli 1944 selbstlos und unter persönlichem Risiko geholfen habe.⁶¹⁹ Herbert Klemm, früherer Schulkamerad Fritzsches auf dem König-Albert-Gymnasium in Leipzig, später Staatssekretär im Reichsjustizministerium, gab an, Fritzsche habe sich bei ihm in verschiedenen Strafsachen für einen Gnadenerweis eingesetzt.⁶²⁰ Im Juli 1947 sagte Fritzsche dann seinerseits als Entlastungszeuge für Klemm bei dessen Verfahren aus.⁶²¹

Jedoch konnten auch die, wie in unzähligen anderen Verfahren vorgeschickten Entlastungszeugen nicht verhindern, daß sich allmählich die Erinnerung an Fritzsches kontinuierliches und hervorgehobenes Wirken als Propagandist durchsetzte.⁶²² Als ein Zeuge ernsthaft behauptete, dieser sei wegen seiner mangelnden ideologischen Zuverlässigkeit als „liberaler Demokrat“ beschimpft worden, entstand im Gerichtssaal Heiterkeit.⁶²³ Privat beschwerte Fritzsche sich über die Parteilichkeit des Klägers. Größere Sorgen bereiteten ihm allerdings die Zeugenaussagen von Journalisten, die Fritzsche eigentlich auf seiner Seite glaubte und deren Auftreten er nun als Verrat empfand.⁶²⁴ So belastete der ansonsten um ein möglichst positives Bild bemühte Zeuge Döring ihn indirekt, indem er auf die Fragen

⁶¹⁶ Niethammer, *Mitläuferfabrik*, S. 345.

⁶¹⁷ Borgstedt, *Entnazifizierung*, S. 233.

⁶¹⁸ Eine von Niethammer, *Mitläuferfabrik*, S. 614, als Stichprobe bei den bayerischen Spruchkammerfällen des Buchstabens „M“ durchgeführte Berechnung ergab bei vergleichbaren Anklagen im Schnitt 7,25 „Persilscheine“. Vor allem sei der Austausch von Entlastungsaussagen zwischen Betroffenen verbreitet gewesen.

⁶¹⁹ Franz Hartmann an Fritzsche, Brief vom 10. 11. 1946, StAM SpK 477, Heft I.

⁶²⁰ Herbert Klemm, E. E., 24. 1. 1947, StAM SpK 477, Heft I.

⁶²¹ Alliiertes Militärgerichtshof Nr. III, Nürnberg, Sitzung vom 15. 7. 1947; Auszug des Protokolls in StAM SpK 476, Heft XVIII.

⁶²² Mehrere Zuschriften aus der Bevölkerung hatten z. B. erwähnt, wie unheilvoll die Wirkung von Fritzsches Vorträgen gewesen sei, vgl. StAM, SpK 477, Heft I.

⁶²³ Kurt Mair, Aussage SKV vom 29. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI; DPD-Meldung vom 29. 1. 1947, BAK N 1261/100.

⁶²⁴ Vgl. den Brief Fritzsches an seine Frau vom 1. 2. 1947, BAK N 1355/11. Selbst Kausch, den Fritzsche noch auf Anraten seiner Frau geladen hatte, schloß sich den belastenden Ausführungen von Sänger an. „Das sind die Leute, die ich m. E. rückhaltlos in meine An- und Absichten blicken ließ. Armes Deutschland, in dem nur solche Leute noch arbeiten dürfen.“ Sänger war noch im September 1944 zur Mitarbeit am „Bericht zur Lage“ eingeladen worden, hatte aber „praktisch Angst“, wie das Protokoll der Rundfunkkonferenz vom 20. 9. 1944 festhielt. BA R 55/556, Bl. 65.

des Anklägers zugeben mußte, Fritzsche habe ein anderes Wissen besessen als das, das er weitergegeben habe, und damit wider besseres Wissen gehandelt.⁶²⁵

Vor allem die Aussage Fritz Sängers beeinflusste die weitere Auseinandersetzung sowohl im Gerichtssaal als auch in der deutschen Presse, selbst wenn Fritzsche ihn im Kreuzverhör verunsichern konnte. Sie konzentrierte sich ebenfalls auf den Vorwurf des „besseren Wissens“, mit dem Fritzsche die offenkundig falschen Informationen der Regierung weitergegeben habe.⁶²⁶ Im Laufe der Verhandlung kristallisierten sich weitere Vorwürfe an die Rolle und Person Fritzsches heraus, die über die ursprüngliche Anklage hinausgingen. So war jetzt ein zentraler Vorwurf, er habe bis zum Schluß Durchhaltepropaganda betrieben und die Bevölkerung auch dann noch zum Weitermachen angehalten, als der Kampf verloren und weiterer Widerstand sinnlos geworden war. Wenig überzeugend hielt Fritzsche dem entgegen, er habe das deutsche Volk zum Aushalten aufgefordert, „weil ich das an Elend und Not verhindern wollte, was heute eingetreten ist“.⁶²⁷

Das Schlußplädoyer des Klägers ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und wehrte jeden Bezug auf den Urteilsspruch des Militärtribunals ab. Er machte Fritzsches Propaganda mit verantwortlich für die Verlängerung des Krieges. Seine Verurteilung sei notwendig „im Namen vieler tausend Verführter“. Leider sehe, so der Kläger, das Befreiungsgesetz nicht die Todesstrafe vor, weswegen er der Höchststrafe von zehn Jahren nur den Antrag hinzufügen könne, die bisherige Haft dem Betroffenen nicht anzurechnen, ihm auf 20 Jahre zu verbieten, freiberuflich oder gewerblich tätig zu sein und ihn sofort verhaften zu lassen.⁶²⁸ Damit war gewissermaßen amtlich festgehalten: In diesem Verfahren sollte der Propagandist für das Verhalten der von ihm Beeinflussten haftbar gemacht werden. Dabei wurde nicht berücksichtigt, daß Fritzsche gegen Kriegsende den ihm zugeschriebenen propagandistischen Einfluß längst nicht mehr besaß.

Auf diesen Punkt hob dann auch die Verteidigungsrede seines Anwalts ab, der auf die von ihm in der Verhandlung vorgelegten SD-Berichte von 1943 verwies, an denen sich die sinkende Popularität seines Mandanten ablesen lasse.⁶²⁹ Fritzsche wies in seinem eigenen Schlußplädoyer die gegen ihn erhobenen Vorwürfe ohne Einschränkung zurück, ging zum Gegenangriff über und stellte sich als ein wehrlos Verleumdeter dar. Er beschuldigte den anwesenden Reporter von Radio München, über seinen Sender die Lüge verbreitet zu haben, daß er sich für die Arbeit gegen seine früheren Parteigenossen zur Verfügung stelle.⁶³⁰ In die im Gerichtssaal entstehende Unruhe hinein unterbrach der Vorsitzende seine Ausführungen und forderte Fritzsche auf, sich an seine eigene Verteidigung zu halten.⁶³¹

Der aufgeheizten Atmosphäre zum Trotz bemühte sich die Spruchkammer, ein abgewogenes Urteil zu fällen. In ihrer Urteilsbegründung zeigte sie sich von den Darlegungen zu

⁶²⁵ Döring, Aussage SKV vom 27. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

⁶²⁶ Sänger, Aussage SKV vom 28. 1. 1947, StAM, SpK 475, Heft XXVI. *Tagesspiegel* vom 29. 1. 1947.

⁶²⁷ Vgl. hierzu seine bereits erwähnten Ausführungen im Februar/März 1945 vor 3000 Offizieren und Beamten in Berlin, StAM SpK 476, Heft XXI; Fritzsche, Aussage SKV vom 29. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

⁶²⁸ Rede des öffentlichen Klägers, Protokoll SKV vom 30. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

⁶²⁹ Rede des Verteidigers Dr. Schilf, Protokoll SKV vom 30. 1. 1947 sowie vom 29. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

⁶³⁰ Fritzsche selbst hatte aber zu dieser Vermutung Anlaß gegeben, weil er zu Beginn der Verhandlung seine Absicht bekundet hatte, nach seiner Freilassung als Schriftsteller über die Funktionsweise des RMVP als ein „Insider“ aufzuklären. *Neue Zeitung* (München) vom 31. 1. 1947, BAK N 1261/100.

⁶³¹ Verteidigungsrede Fritzsche, Protokoll SKV vom 30. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI; DPD-Meldung vom 30. 1. 1947, BAK N 1261/100.

Fritzsches Popularitätsschwund unbeeindruckt und äußerte die Überzeugung, daß seine Darstellung in eigener Sache unglaublich sei. Als „intellektueller“ Urheber sei er mit der Höchststrafe zu belegen, wobei aber strafmildernd sein persönlich motiviertes Eintreten für politisch und rassisch Verfolgte berücksichtigt werde.⁶³² In ihrem Spruch blieb die Kammer in mehreren Punkten deutlich unter dem Antrag des Klägers. Fritzsche wurde nicht zu zehn, sondern zu neun Jahren Arbeitslager verurteilt und seine Haftzeit seit dem 8. Mai 1945 auf dieses Strafmaß angerechnet. Auch wurde ihm lediglich für zehn Jahre verboten, freiberuflich oder gewerblich tätig zu sein, sowie während dieser Zeit in gehobener nichtselbständiger Tätigkeit zu arbeiten. Berufe wie Redakteur, Lehrer u. ä. waren ihm generell untersagt.

Dauernd büßte er das aktive und passive Wahlrecht ein, sein Vermögen wurde vollständig eingezogen und die erworbenen Renten- bzw. Pensionsansprüche aufgehoben. Zudem hatte Fritzsche die auf 22 000 RM festgesetzten Kosten des Verfahrens zu tragen. Er wäre somit im Frühling 1954 als völlig mittelloser Mensch entlassen worden mit der Aussicht, auf Dauer keine qualifizierte Arbeit mehr ausüben zu dürfen. Deshalb war es für ihn zwingend erforderlich, Rechtsmittel gegen dieses Urteil einzulegen. In einem Interview erläuterte er, seine Berufung werde sich vor allem gegen die Behauptung richten, er habe das deutsche Volk zur totalen Kriegführung aufgefordert und Propaganda für die NS-Gewaltherrschaft getrieben.⁶³³

Ansonsten nahm er das Urteil ohne erkennbare Reaktion entgegen, vielleicht weil es völlig jenseits seiner Erwartungen lag und er auf eine schleunige „Nachbesserung“ speulierte.⁶³⁴ Unmittelbar nach dem Ende der Verhandlung legte Befreiungsminister Loritz Einspruch gegen den Spruchkammerbescheid ein, da Fritzsche entgegen dem Antrag des Klägers nicht die höchste Sühne auferlegt worden sei.⁶³⁵ Außerdem wurde am Tag nach dem Spruch ein Anschlag auf die Nürnberger Spruchkammer verübt „von irgendwelchen Idioten“, wie Fritzsche es ausdrückte. Die bayerische Regierung ordnete diesen Anschlag einer rechtsextremen Untergrundbewegung zu, die aus den Internierungslagern gesteuert werde, und die Gewerkschaften Nürnbergs erwogen einen Generalstreik. Fritzsche wähnte sich auf einem Pulverfaß und erwartete tagelang seine sofortige Verhaftung.⁶³⁶

Sie wurde am 3. Februar mit der Begründung angeordnet, daß angesichts der hohen Sühnemaßnahmen bei dem Betroffenen Fluchtgefahr vorliege. Fritzsche wurde tags darauf verhaftet und in das Nürnberger Untersuchungsgefängnis eingeliefert.⁶³⁷ Dies geschah, obwohl bei einem Berufungsantrag die Verurteilung durch die Spruchkammer nicht rechtskräftig wurde und der Verurteilte bis zum Berufungsverfahren auf freien Fuß zu setzen war. Eine neue Direktive der US-Militärregierung vom 6. Februar 1947 ordnete jedoch an, alle in erster Instanz zu Arbeitslager Verurteilten sofort nach der Verkündung des Urteils durch

⁶³² Wiedergegeben nach DPD, Meldungen vom 31. 1. 1947, BAK N 1261/100, sowie „Fritzsche – neun Jahre Arbeitslager“, *Die Welt* vom 1. 2. 1947. Das Urteil befand sich nicht in den Spruchkammerunterlagen.

⁶³³ „Neun Jahre Arbeitslager für Fritzsche“, *Rhein-Neckar-Zeitung* vom 1. 2. 1947, BAK N 1355/4.

⁶³⁴ „Fritzsche – neun Jahre Arbeitslager“, *Die Welt* vom 1. 2. 1947

⁶³⁵ Loritz hatte angeordnet, die Höchststrafe ohne Haftanrechnung zu beantragen; Hartmann (Generalkläger) an Fiebig (Hauptkläger), 14. 1. 1947, StAM SpK 475, Heft XXIV.

⁶³⁶ Brief an Karin Fritzsche, 3. 2. 1947, BAK N 1355/11; Niethammer, *Mitläuferfabrik*, S. 462.

⁶³⁷ *Rhein-Neckar-Zeitung* vom 6. 2. 1947 (Meldung vom 5. 2.), BAK N 1355/4, sowie Gefangenenbuch für Fritzsche, StAM SpK 477, Heft I.

deutsche Polizei festnehmen und danach in ein Arbeitslager einliefern zu lassen.⁶³⁸ Die Spruchkammer griff dieser Direktive nur um einige Tage vor.⁶³⁹

Gleich nach seiner Verhaftung liefen die ersten Vorbereitungen auf das Berufungsverfahren an,⁶⁴⁰ und nachdem sein Anwalt Schilf fristgerecht Berufung eingelegt hatte, zog der Kläger nach Verstreichen der Frist mit einer Anschlußberufung nach, um eine Verschärfung des ursprünglichen Urteils zu ermöglichen.⁶⁴¹ Ein so wesentlicher Rechtsfehler wurde einfach ignoriert, weil sich das Verfahren weiterhin unter dem Gebot der Selbstdarstellung der bayerischen Regierung zu vollziehen schien. Als Beweis für deren Tatkraft wurden in diesen Monaten Fälle entschieden, die vielleicht bekannte, kaum aber wirklich entscheidungsbefugte Träger des NS-Regimes betrafen.⁶⁴²

Andere namhafte Propagandisten standen nicht vor den Spruchkammergerichten. Auch das Verfahren gegen den ehemaligen Reichspressechef Dietrich wurde vor dem Internationalen Militärtribunal 1947 eröffnet und dem sogenannten Wilhelmstraßenprozeß angegliedert. Fritzsche hatte daher keinen Vergleich, um seine Erfolgchancen abzuwägen. Immerhin überstand sein ehemaliger Arbeitgeber Alfred Hugenberg das Verfahren als „unbelastet“. Hjalmar Schacht, einer der mit Fritzsche zusammen vom IMT Freigesprochenen, wurde dagegen am 13. Mai 1947 zunächst zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt, ging diesem Urteil gegenüber aber ebenfalls in die Berufung.⁶⁴³

Allerdings begann sich die politische Lage zu verändern. Die heftige Kritik durch die Militärregierung, wie sie Clay im November 1946 artikuliert hatte, führte zunächst dazu, daß knapp 20% der Sprüche in den Verfahren gegen Hauptschuldige dem Klageantrag entsprachen. Ab März 1947 sank die Zahl jedoch auf unter 10%.⁶⁴⁴ Die Demonstration gegenüber der Militärregierung schien beendet zu sein, und daher standen die Chancen für das Berufungsverfahren Fritzsches nicht schlecht. Noch besser schienen sie nach der Ablösung des bisherigen Befreiungs- bzw. Sonderministers im Juli 1947 zu werden.

Sein Verfahren mußte Fritzsche allerdings in diversen Gefängnissen und Arbeitslagern vorbereiten. Vom Nürnberger Untersuchungsgefängnis wurde er nach einer Woche in das Arbeits- und Internierungslager Nürnberg-Langwasser verlegt. Der Antrag seines Anwalts, ihn bis zum Ablauf der Berufsungsfrist im Untersuchungsgefängnis zu belassen, weil er im Lager keine Möglichkeit habe, seine Berufungsklage vorzubereiten, war erfolglos. Statt dessen verlegte man ihn am 28. Februar in das Internierungslager Regensburg.⁶⁴⁵ Bald melde-

⁶³⁸ Horn, Arbeitslager, S. 92.

⁶³⁹ Sie erfuhr ihre Bestätigung gegen den Antrag von Fritzsches Verteidiger durch das Urteil des Kassationshofs des Befreiungsministeriums vom 14. 3. 1947. Abschrift des Urteils in StAM SpK 477, Heft I.

⁶⁴⁰ Landgerichtspräsident Sachs teilte Fritzsches Anwalt am 24. 2. 1947 mit, er dürfe seinem Mandanten die erforderlichen Schriftsätze übermitteln. StAM SpK 477, Heft I.

⁶⁴¹ Berufungsschreiben Schilf vom 27. 2. 1947 mit Notiz des Klägers vom 6. 3. 1947, StAM SpK 475, Heft XXIV. Sein Antrag, die Anschlußberufung als unzulässig zu verwerfen, weil sie nach dem Ablauf der Berufsungsfrist gestellt wurde, blieb ohne Erfolg. Die Berufungskammer beschloß am 8. 9. 1947, dem Kläger gegen die Versäumung der Frist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren – d. h., sein Versäumnis war nicht schuldhaft bzw. er sei daran gehindert gewesen, die Frist einzuhalten. An solchen Details läßt sich erkennen, wie zugunsten des Verfahrens juristische Mängel in Kauf genommen wurden.

⁶⁴² Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 451.

⁶⁴³ Jenke, Verschwörung, S. 35.

⁶⁴⁴ Niethammer, Mitläuferfabrik, Tabelle S. 453.

⁶⁴⁵ Gefangenenbuch Fritzsche, StAM SpK 477, Heft I; Schilf an Präsident der Spruchkammer, Schreiben vom 15. 2. 1947, StAM SpK 475, Heft XXIV. Fritzsche sei dort in einer Baracke ohne Sitzmöbel und Licht untergebracht, und es sei dort so kalt, daß der Beklagte „schon aus physischen Gründen nichts zu Papier bringen kann“.

te die Presse, Fritzsche protestiere dort gegen eine erfolgte Freiheitsberaubung. Er sei auf Anweisung des Sonderministeriums zuerst drei oder vier Tage in einer Dunkelzelle gehalten, und später mit zwanzig weiteren, zu Disziplinarstrafen verurteilten Häftlingen in eine Kerkerzelle gesperrt worden.

Dem US-Kläger am Nürnberger Militärtribunal Kempner erzählte Fritzsche hierüber, daß der Lagerleiter seinen Ausbruch gefürchtet habe.⁶⁴⁶ Fritzsche richtete gegen ihn eine Dienstaufsichtsbeschwerde und stellte außerdem Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung gegen „unbekannt“.⁶⁴⁷ Der Lagerleiter Rieger berichtete, tatsächlich sei wegen der mangelnden Absicherung Fritzsche in einer Einzelzelle untergebracht worden. Dies sei aber auch geschehen, um tätliche Angriffe auf ihn zu verhüten. Fritzsche sei nach zwei Tagen auf seinen Protest in einem Gemeinschaftsraum untergebracht worden.⁶⁴⁸ Am 25. März 1947 wurde Fritzsche von den Amerikanern bereits wieder in das Nürnberger Gerichtsgefängnis überführt, um als Zeuge gegen andere Mitglieder des RMVP auszusagen.⁶⁴⁹ Dort sollte er sich in den kommenden Monaten häufiger und für längere Zeiträume aufhalten.⁶⁵⁰

Das Berufungsverfahren

Fritzsche und seine Verteidigung durften sich trotz der sich wandelnden Bewertung der Entnazifizierung keine zu großen Hoffnungen auf das Berufungsverfahren machen. Ein Kennzeichen hierfür war, daß die Anschlußberufung des Klägers trotz erheblicher Rechtsmängel aufrechterhalten wurde. In der Berufung sollte von seiten der Anklage der Nachweis erbracht werden, daß Fritzsche eine führende Position in der Regierung innegehabt hatte.⁶⁵¹ Der Kreis der Zeugen wurde dieses Mal von beiden Parteien des Verfahrens erweitert. Fritz Sänger sollte erneut als Zeuge der Anklage auftreten, um seine Aussage noch auszubauen.

Ebenfalls als Zeugen der Anklage wurden Karl Brammer⁶⁵² und Alfred Gerigk angefordert, beides ehemalige Teilnehmer der Pressekonferenzen und wie Sänger Verfasser umfangreicher Mitschriften davon, außerdem weitere Journalisten wie Gustav Döring, der im Spruchkammerverfahren noch als Entlastungszeuge aufgetreten war. Als Entlastungszeugen sollten außer den bereits vom ursprünglichen Verfahren her bekannten Zeugen

⁶⁴⁶ Bericht der *Neuen Zeitung* (München) vom 31. 3. 1947, BAK N 1355/4, sowie Vernehmung Fritzsche vom 28. 3. 1947, IfZ ZS-625.

⁶⁴⁷ Vgl. Oberstaatsanwalt München an Sonderministerium, 8. 5. 1947, sowie Berufungskammer Nürnberg an Oberstaatsanwalt Regensburg, 21. 3. 1949, StAM SpK 475, Heft XXV und XXIV.

⁶⁴⁸ Rieger, Schreiben an Sonderministerium vom 21. 3. 1947 bzw. ders., undatierter Kurzbericht als Antwort auf eine Anforderung Sonderministerium vom 10. 4. 1947, StAM SpK 475, Heft XXV.

⁶⁴⁹ Fritzsche an Karin Fritzsche, 25. 3. 1947, *Neue Zeitung* (München) vom 31. 3. 1947, BAK N 1355/11 und 1355/4. Vgl. Fritzsche, E. E., 28. 3. 1947, IfZ ZS-625.

⁶⁵⁰ Fritzsche hielt sich erst ab 26. 11. 1947 wieder für einige Monate in Regensburg auf, bis er am 6. 2. 1948 von dort bis zum 9. 3. 1948 in das Gerichtsgefängnis Nürnberg überstellt wurde, Abgangs- und Zugangsmeldungen des Arbeitslagers Regensburg, StAM SpK 475, Heft XXIV, sowie Schreiben Lagerleitung an Sonderministerium vom 14. 2. 1948, ebd., Heft XXV.

⁶⁵¹ „Revisionsverfahren Fritzsche ohne Erfolg“, *Die Welt* vom 18. 9. 1947; „Berufungsverhandlung gegen Fritzsche“, *Neue Zeitung*, Nr. 75 vom 19. 9. 1947; Protokoll Berufungsverfahren (BV), S. 7, StAM SpK 475, Heft XXVI.

⁶⁵² Ladung durch Berufungskammer I vom 2. 9. 1947 sowie Schreiben des Präsidenten der Berufungskammer vom 9. 9. 1947, StAM SpK 477, Heft I.

Scharping und Mair auch der Redakteur Fritz Lucke und Fritzsches militärischer Kommentatorenkollege Dittmar auftreten.⁶⁵³

Die Besetzung wichtiger Positionen im Spruchkammerapparat sorgte für eine Kontinuität der bisherigen Praxis. Der ehemalige Präsident der Berufungskammer, Camille Sachs, war jetzt Staatssekretär im Sonderministerium (vorher: Befreiungsministerium) geworden. Die Anklagevertretung wurde durch den Juristen Hans Klapper sowie durch Hubert Serwe, einen Redakteur der Nachrichtenagentur „Dena“, wahrgenommen.⁶⁵⁴ Unter den Beisitzern befand sich jetzt ebenfalls ein Fachvertreter, der spätere Herausgeber der „Nürnberger Nachrichten“ und NS-Verfolgter, Dr. Josef Drexel. Schon auf dieser Ebene besaß die Berufungskammer eine höhere Fachkenntnis und Qualifikation als die Spruchkammer. Auch die Vorbereitung des Verfahrens konnte jetzt gründlicher und langfristiger durchgeführt werden. Nun stellte die Militärregierung auch weiteres Material aus den beschlagnahmten deutschen Akten zur Verfügung,⁶⁵⁵ und das Verfahren wurde um weitere belastende Tatbestände ergänzt.

Gerade weil Fritzsche als einziger entlastenden Tatbestand vorweisen konnte, daß er Verfolgten des NS-Regimes geholfen hatte, war für ihn der Verdacht um so gefährlicher, auf seine direkte Veranlassung hin seien Menschen vom Terrorapparat verfolgt worden. Die US-Anklagebehörde beim IMT übermittelte Material zu einem Fall, in dem Fritzsche für die Verurteilung und Hinrichtung eines Denunzierten verantwortlich gemacht werden konnte. Zwischen Ende 1939 und Anfang 1940 habe Fritzsche, so trug der Kläger im Verfahren vor, den Feuerwehrmann Johann Wild denunziert, der daraufhin vom Sondergericht Nürnberg im März 1941 zum Tode verurteilt wurde. Fritzsche kannte diesen Vorgang bereits aus einem Verfahren des IMT gegen einen seiner Entlastungszeugen, dem er sich im Juli 1947 seinerseits als Entlastungszeuge zur Verfügung stellte.

Nun mußte er befürchten, der aktiven Zusammenarbeit mit dem Terrorapparat des NS-Systems bzw. der Denunziation von Gegnern dieses Systems überführt zu werden.⁶⁵⁶ Fritzsche sagte in der Verhandlung aus, nachdem auf seinen Antrag die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden war, er habe von Wild anonyme Zuschriften bekommen. Diese hätten ihn als Päderasten bzw. Homosexuellen denunziert, und darum habe er diesen Fall nach Rücksprache mit Goebbels der Polizei übergeben. Vom Schicksal des Betroffenen oder über das vom Sondergericht ausgesprochene Urteil habe er dann nichts mehr gehört.⁶⁵⁷ Vor dem

⁶⁵³ Für letztere vgl. StAM SpK 477, Heft I. Die Aussage des ehemaligen Goebbels-Adjutanten Moritz v. Schirmeister wurde am 15.9.1947 vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf aufgenommen. StAM SpK 476, Heft XIX. Schilf hatte als Zeugen außerdem Dr. Schönicke, Dr. Kriegk, Hans Scherer sowie Wilhelm Utermann beantragt, Berufungsantrag vom 27. 2. 1947; Schilf an SpK Nürnberg-Stadt I, StAM SpK 475, Heft XXIV. Keiner dieser Zeugen wurde jedoch im August 1947 vom Vorsitzenden der Berufungskammer angeschrieben, vgl. Entwurf für Schreiben an Zeugen vom 10.8.1947, StAM SpK 475, Heft XXIV. Dittmar wurde für seine Aussage vom britischen Kriegsgefangenen-Lager „Island Farm“ in Bridgend/Glamorgan überstellt.

⁶⁵⁴ Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 469; „Berufungsverhandlung gegen Fritzsche“, *Neue Zeitung*, Nr. 75 vom 19.9.1947.

⁶⁵⁵ So findet sich auf einem Zettel in Fritzsches Handakten aus dem RMVP der Vermerk „Rundfunkvorträge von H. Fritzsche entnommen“ vom 21. 3. 1947, Rückseite von BA R 55/525, Bl. 315.

⁶⁵⁶ Vgl. Art. 5 des Befreiungsgesetzes: „Hauptschuldig ist [...], wer aus Eigennutz oder Gewinnsucht aktiv mit der Gestapo, SS, SD oder ähnlichen Organisationen zusammengearbeitet hat, indem er Gegner der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft denunzierte oder sonst zu ihrer Verfolgung beitrug.“

⁶⁵⁷ Protokoll BV Fritzsche, S. 16, StAM SpK 475, Heft XXVI. Fritzsche stand angeblich zeitweise in Verdacht, homosexuell zu sein, weswegen vor Ausbruch des Krieges sein Telefon abgehört worden war, vgl.

IMT hatte er als Zeuge im Juli 1947 noch bestätigt, diese Zuschriften wegen ihrer persönlichen Gehässigkeit direkt an die Gestapo weitergeleitet zu haben. Dies sei aber das einzige Mal gewesen. Auf die Frage des dortigen Anklägers, ob dieses Ereignis in Fritzsches Spruchkammerverfahren zur Sprache gebracht worden sei,⁶⁵⁸ stellte er sich ahnungslos.

Die Tatsachen, wie sie der Anklageschrift des Sondergerichts entnommen werden konnten, vermittelten ein anderes Bild. Danach trafen in Fritzsches Büro im Dezember 1939 und Januar 1940 zwei von Wild selbst gebastelte Hefte ein, die Greueltaten deutscher Soldaten in Polen behandelten und die Führungsspitze des Reiches beschimpften. Zu Fritzsche selbst, der offenbar der einzige Adressat dieser Hefte war, erwähnte die Anklageschrift nur die Behauptung Wilds, dieser sei Hugenberg-Anhänger gewesen.⁶⁵⁹ Bereits im Nürnberger Juristenprozeß hatte ihn das Gericht als Zeugen im Juli 1947 damit konfrontiert, daß in der Anklageschrift keine pornographischen Inhalte erwähnt worden seien. Fritzsche hatte sich mit dem Trick zu wehren versucht, er habe nicht alle Flugschriften zu Gesicht bekommen, sondern nur die bei ihm selbst eingegangenen. Der Berufungskammer erklärte er jetzt, alle Schmähschriften seien von seinem Sekretariat automatisch an die Polizei weitergeleitet worden.

Diese Darstellung war vom Gericht nicht zu widerlegen, denn diesem wurde kein weiterer Fall bekannt, in welchem Fritzsche polizeiliche Hilfe in Anspruch genommen hatte.⁶⁶⁰ Offenbar hatten die alliierten Ermittler ihre Erkenntnisse darüber, daß Fritzsche regelmäßig Schreiben aus seiner Hörerpost an die Gestapo weiterleitete, den deutschen Instanzen nicht zur Verfügung gestellt. Jedoch vertrug es sich mit Fritzsches Darstellung schlecht, daß das Todesurteil gegen Wild, das erste aufgrund der Rundfunkverordnung, als exemplarisch hartes Urteil im *Rundfunkarchiv*, der Zeitschrift der RRG, veröffentlicht wurde.⁶⁶¹ Fritzsche wußte vermutlich, was aus diesem Fall geworden war, zumal er in den darauffolgenden Jahren als Leiter der Rundfunkabteilung intervenierte, um besonders scharfe Urteile bei Verstößen gegen die Rundfunkverordnung zu erwirken. Da diese Umstände aber der Berufungskammer nicht bekannt waren, gab sich diese, wie vorher schon der Vorsitzende Richter des IMT, mit der von Fritzsche gegebenen Darstellung zufrieden und hielt eine weitere Beweisaufnahme zum Fall Wild nicht für erforderlich.⁶⁶²

Während die Wirkung dieses Falles verpuffte, wurde ein anderer, bereits im Spruchkammerverfahren besprochener Umstand stärker beachtet. Damals hatte der Saarbrückener Generalstaatsanwalt Heinrich Braun telegraphisch ausgesagt, er habe im Juni oder Juli 1944 in London gehört, wie Fritzsche eine Rundfunkrede hielt, die direkt zum Lynchmord an gefangengenommenen, alliierten Fliegern aufforderte. Nun bestätigte Braun seine damaligen Ausführungen persönlich. Fritzsche führte, wahrscheinlich zutreffend, aus, er habe

Gellermann, Geheime Reichssache, S. 98. Dieses Gerücht kursierte auch 1946 beim Nürnberger Prozeß; so wurde Richter Biddle vom Gerichtspsychologen Gilbert dahingehend unterrichtet, daß sich mit Frank, Schirach und Fritzsche drei „Homos“ unter den Angeklagten befänden. Taylor, Prozesse, S. 631.

⁶⁵⁸ Vernehmung Fritzsche vom 15. 7. 1947, StAM SpK 476, Heft XVIII.

⁶⁵⁹ Anklageschrift des Oberstaatsanwalts beim Sondergericht Nürnberg vom 24. 2. 1941; Gnadengesuch des Verteidigers Kullmann vom 8. 3. 1941, StAM SpK 475, Heft XXIV.

⁶⁶⁰ Spruch der Berufungskammer vom 30. 9. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

⁶⁶¹ *Rundfunkarchiv*, Heft 10, 1941. Zit. nach Riedel, Rundfunk, S. 131.

⁶⁶² Vgl. Hensle, Rundfunkverbrechen, S. 144, für Vorgänge aus dem Jahre 1944; Protokoll BV Fritzsche, S. 17, StAM SpK 475, Heft XXVI; Militärgerichtshof, Verhandlung vom 15. 7. 1947, StAM SpK 476, Heft XVIII.

keine eigene Ansprache zum Lynchmord an alliierten Fliegern gehalten, sondern lediglich einen *REICH*-Artikel von Goebbels verlesen.⁶⁶³

Auch wurde jetzt die persönliche Verantwortung Fritzsches und seine leitende Stellung im Medienapparat viel stärker herausgearbeitet. Ein wenig hatte er selbst mit seiner Eitelkeit dazu beigetragen, denn während des Verfahrens ließ er sich zu der Äußerung hinreißen: „Ich bestreite nicht, daß ich an der Lenkung der deutschen Presse beteiligt war. Die Rolle des Boten, der nur die Befehle Goebbels['] übermittelte, hätten [sic!] mir nicht gelegen.“⁶⁶⁴ Unabhängig von dieser Antwort stellte die Anklage seine, durch glühenden Ehrgeiz und „sehr stark ausgeprägtes Geltungsbedürfnis“ verursachte Bereitschaft heraus, im Propagandaapparat eine führende Rolle zu spielen. Fritzsche angeblichen Idealismus wischte die Anklage mit der Feststellung beiseite, er habe sich jeweils derjenigen Gesinnung zugewendet, die die erfolversprechendste war.⁶⁶⁵

Die Berufungskammer zeigte sich auf ihre Weise von den gegebenen Darstellungen beeindruckt und hielt Fritzsche für den einzigen „Fachmann von Format“ im RMVP, bemühte sich jedoch um größtmögliche Objektivität. Die Urteilsbegründung vom 30. September 1947 nahm sowohl die Feststellungen der Anklage, als auch das von der Verteidigung vorgebrachte Material auf. Sie wertete es im Fall der Lynchpropaganda als belastend, daß Fritzsche in diesem Sinne im Rundfunk gesprochen hatte, auch wenn er lediglich einen von Goebbels verfaßten Text vortrug. Dagegen wirkte sich der Denunziationsfall Wild nicht nachteilig aus, da ihm weitere Denunziationen nicht nachzuweisen waren.

Seine Rolle als führender Propagandist wurde herausgestellt und als Beleg dafür angeführt, daß seine Rundfunkansprachen wegen ihres offiziellen Charakters „einen außerordentlich starken Einfluß auf die Willensbildung eines großen Teiles des deutschen Volkes“ ausübten. Fritzsche habe zwar nicht direkt zur Verfolgung und Ausrottung der Juden aufgefördert, jedoch in hervorgehobenem Maße durch seine Propaganda mitgeholfen, eine hierfür günstige Stimmung im Volk zu schaffen.

Der Karriere zuliebe habe er die verbrecherischen Seiten des Nationalsozialismus ausgeblendet. Selbst wenn, so das Urteil weiter, er nicht vorsätzlich Lügenpropaganda betrieben habe, stelle das Befreiungsgesetz für die Schuldfrage auf die zu bejahende Verantwortlichkeit ab. Ihm sei außerdem grobe Fahrlässigkeit im Umgang mit der Wahrheit vorzuwerfen. Selbst sein ironischer Tonfall wurde ihm dabei zur Last gelegt, als hole ihn ein spätes Echo der zeitgenössischen Kritik schließlich ein. Die Anschlußberufung des Klägers wurde allerdings nur in einem Punkt berücksichtigt. Nun wurde es Fritzsche auf Lebenszeit verboten, als Lehrer, Prediger, Journalist oder Schriftsteller in Deutschland aufzutreten.⁶⁶⁶

Trotz der objektiv nachvollziehbaren Urteilsbegründung war dieser Spruch für die Situation im Herbst 1947 ungewöhnlich konsequent, denn nur ein Fünftel der Berufungsverfahren endete damit, daß die ursprüngliche Einstufung bestätigt wurde.⁶⁶⁷ Die Verschärfung des ursprünglichen Spruchs ging ihrerseits über den vom Befreiungsgesetz vorgegebenen Rahmen hinaus, denn dessen Artikel 15 sah ein Verbot für bestimmte Tätigkeiten längstens

⁶⁶³ „Der Eindruck der Fritzsche-Kommentare in England“, *Frankfurter Neue Presse*, Nr. 112 vom 24. 9. 1947. Fritzsche wurde häufiger als Sprecher von Goebbels-Artikeln im Rundfunk eingesetzt. Heinrich Braun arbeitete während des Krieges für die britische Propaganda in der „Special Operations Executive“-Abteilung.

⁶⁶⁴ „Hans Fritzsche vor der Berufungskammer“, *Frankfurter Neue Presse*, Nr. 110 vom 19. 9. 1947.

⁶⁶⁵ Schlußplädoyer des Klägers in BV Fritzsche vom 25. 9. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

⁶⁶⁶ Spruch der Berufungskammer vom 30. 9. 1947, StAM SpK 475, Heft XXVI.

⁶⁶⁷ Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 542.

für zehn Jahre vor. Aber auch wenn die freien Plätze im Zuschauerraum zeigten, wie sich das öffentliche Interesse an diesen Verfahren verringert hatte,⁶⁶⁸ maß die Stimmung innerhalb der Bevölkerung den NS-Propagandisten instinktiv einen höheren Schuldanteil bei als anderen Funktionsträgern des Regimes.

Fritzsches Strategie, sich als Ahnungsloser darzustellen, schlug auf ihn selbst zurück. Während er den Verrat der Führungsspitze am eigenen Volk als ihr Hauptverbrechen herausgearbeitet hatte, verbreitete sich in der Öffentlichkeit immer mehr die Überzeugung, daß das deutsche Volk durch eine propagandistische Manipulationskette, gewissermaßen in einem Zustand der Suggestion, in die Katastrophe geraten sei. Auch der Spruch der Berufungskammer strich Fritzsches Verantwortung mit dem eigentlich beschämenden Argument heraus, infolge ihrer Kritiklosigkeit seien viele Deutsche „einer geschickten Propaganda ganz besonders zugänglich“ gewesen. Diese Überzeugung wirkte zum einen entlastend für die Mehrheit der Bevölkerung, was die Vergangenheit anging. Zum anderen implizierte sie, daß die NS-Diktatur nicht aus Wünschen und Vorstellungen des Volkes hervorgegangen war, sondern sich im Gegensatz zu diesen als ein Anderes begreifen ließ. War das Andere entfernt, konnte das Volk sich glaubwürdig von einem „für Demagogen besonders anfälligen“ zu einer demokratischen Gesellschaft entwickeln.⁶⁶⁹

Eine solche These nützte der Integration breiter Kreise der Gesellschaft in den Demokratisierungsprozeß. Sie mußte sich jedoch um so heftiger gegen diejenigen auswirken, welche in diesem Erklärungsmodell als Hauptschuldige benötigt wurden. Das waren im besonderen Maße alle maßgeblich am NS-Propagandaapparat Beteiligten. Da es vom Grad der Bekanntheit abhing, wie schwer die Konsequenzen für ihre weitere Laufbahn ausfielen, konnten viele Journalisten, die während des NS-Staates nur durchschnittliche Aktivität gezeigt hatten, Mitläufer gewesen waren oder sich in den Nischen des Feuilletons oder der Fachpresse verborgen gehalten hatten, jetzt als überzeugte und überzeugende Demokraten auftreten.⁶⁷⁰ Selbst wichtige Funktionäre blieben unbehelligt.

Bei den jetzigen Medienvertretern hatten ihre ehemaligen Kollegen bzw. Weisungsgeber vielleicht deshalb wenig Chancen auf eine sachliche Beurteilung, weil an ihnen eine Abgrenzung von derselben Verführungsmaschinerie vollzogen werden konnte, an der diese Vertreter teilgehabt hatten. In einem Rundfunkkommentar vom Juli 1946 zum Verfahren gegen Fritzsche vor dem IMT warnte Markus Wolf vor den vielen anderen Journalisten, die ebenso wie Fritzsche aus der Hugenbergschule stammten, aber vielleicht nicht so hoch im NS-Staat aufgestiegen waren „und heute das Kleid der fanatischsten Verfechter der Demo-

⁶⁶⁸ „Hans Fritzsche vor der Berufungskammer“, *Frankfurter Neue Presse*, Nr. 110 vom 19.9.1947. Vgl. außerdem Meiser, Lizenzpresse, S. 84ff. und 122ff., für die abnehmende Berichterstattung über Verfahren und Prozesse gegen Kriegsverbrecher in der Tagespresse. Beim NWDR gab es nach Abschluß des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses 1948 nur noch zwei weitere Sendungen zu anderen NS-Prozessen; vgl. Schneider, Nationalsozialismus, S. 161. Anders sah es bei Radio München, Frankfurt und Stuttgart aus: dort wurde bis Ende 1948 ein- bzw. zweimal in der Woche zu regelmäßigen Sendeterminen über die nachfolgenden Kriegsverbrecherprozesse berichtet; vgl. Lersch, Thematisierung, S. 7.

⁶⁶⁹ So der übereinstimmende Befund von Paul, Aufstand, S. 15, Frei, Vergangenheitspolitik, S. 405, und Schildt, Ankunft im Westen, S. 114.

⁶⁷⁰ Als Beispiel sei erwähnt, daß beim NWDR von denjenigen, die sich an der Aufarbeitung des Nationalsozialismus beteiligten, immerhin acht ehemalige Mitglieder von Propagandakompanien waren und ungefähr ein Zehntel der NWDR-Autoren vor 1945 eine höhere publizistische Position innegehabt hatten. Vgl. Schneider, Nationalsozialismus, S. 57.

kratie anlegen“.⁶⁷¹ Rolle und Funktionsweise des publizistischen Apparats wurden in den ersten Nachkriegsjahren öffentlich nur in einigen Buchveröffentlichungen thematisiert. Dies steht in keinem Verhältnis zu der Bedeutung, welche der Propaganda für die Willensbildung der Bevölkerung zugeschrieben wurde.

In der Berichterstattung über Fritzsches Spruchkammerverfahren überwog die Ansicht, er solle auf Dauer von jeder öffentlichen oder gar publizistischen Betätigung ausgeschlossen bleiben. Vereinzelt fand sich aber auch die Überlegung, er solle die Arbeitsweise der NS-Propaganda offen legen. Er sei in seinem ungehemmten Mitteilungsbedürfnis damit für die Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit nützlicher, als wenn er nur ein Internierter bliebe.⁶⁷² Solche Überlegungen stießen aber auf Widerspruch.⁶⁷³

An der vorherrschenden Sichtweise von Fritzsches Bedeutung scheiterten alle Bemühungen seines Anwalts, die Aufhebung des Berufungsurteils und eine Abstufung vom Hauptschuldigen in die Kategorie eines „Belasteten“ zu erreichen. Auch der Hinweis auf das wesentlich geringere Schuldmaß, mit dem die Verfahren anderer einflußreicher Funktionäre des NS-Staates abschlossen, blieb ohne Wirkung.⁶⁷⁴ Nach den im März 1948 erfolgten Änderungen des Befreiungsgesetzes verringerte sich die Insassenzahl der bayerischen Internierungslager bis Ende Juni von rund 12 000 auf 1.457.⁶⁷⁵ Im Oktober 1948 blieb Nürnberg-Langwasser mit noch 327 Insassen als das letzte Lager übrig.⁶⁷⁶ Aber Fritzsches Fall erfuhr keine neue rechtliche Bewertung.

Arbeitslager und erste Buchveröffentlichung

Während des Jahres 1947 hielt sich Fritzsche zumeist in einer Umgebung auf, die ihm nicht nur vertraut war, sondern eine gegenüber dem Arbeitslager angenehmere Form des Aufenthalts bot: im Nürnberger Gerichtsgefängnis. Bereits im März 1947, also unmittelbar nach seiner Einweisung in das Arbeitslager Regensburg, kam die US-Anklagevertretung in Nürnberg auf sein beim Hauptkriegsverbrecherprozeß geäußertes Angebot zurück, sich als Zeuge in einem Verfahren gegen den ehemaligen Reichspressechef Dietrich zur Verfügung zu stellen. Hierfür wurde er zunächst in den normalen Zellentrakt des Nürnberger Gefängnisses eingeliefert, und nicht in den Zeugenflügel, wo die Zellentüren offenstanden und man sich frei bewegen konnte. Als er bei seiner ersten Unterredung bat, dort untergebracht zu werden und der stellvertretende Anklagevertreter Kempner als Vorbedingung wichtige Informationen versprochen haben wollte, erklärte Fritzsche, mit seiner Bereitschaft zur Aussage keine Besserung seiner Unterbringung und seiner Lage erkaufen zu wollen.⁶⁷⁷

Trotz dieser einigermaßen plumpen Eröffnung durch Kempner arbeitete er, wie übrigens auch andere, deren beruflich bedingte Aversionen gegen Dietrich das Kriegsende

⁶⁷¹ Diller/Mühl-Benninghaus, Berichterstattung, S. 185.

⁶⁷² Vgl. den Artikel von Walter Gong in der *Frankenpost* vom 2. 8. 1947, BAK, Zsg. 101/83, sowie ähnlich W. E. Süskind in der *Süddeutschen Zeitung* vom 2. 2. 1947.

⁶⁷³ Vgl. Hans-Hellmut Kirst im *Münchener Mittag* (später *Münchener Merkur*), Nr. 17 vom 10. 2. 1947, S. 2.

⁶⁷⁴ Antrag Schilf vom 30. 8. 1948, StAM SpK 475, Heft XXIV, sowie *dpd-inland*, Meldung 189 vom 24. 9. 1948, ZA NDR.

⁶⁷⁵ Horn, Arbeitslager, S. 137ff. Die Lager hießen jetzt offiziell „Arbeits- und Festhäftelager“.

⁶⁷⁶ Nach den Zahlen des „Sachgebiets L“ im bayerischen Sonderministerium lebten in Nürnberg-Langwasser im November 1948 noch 327, zum 28. 2. 1949 noch 152, Ende März 1949 bei der Auflösung des Lagers schließlich noch 75 Häftlinge. Horn, Arbeitslager, S. 141.

⁶⁷⁷ Fritzsche, Vernehmung vom 28. 3. 1947, IfZ ZS-625.

überdauert hatten, in den folgenden Monaten an der Sachverhaltsermittlung mit großem Engagement mit, wie Kempners Chef, Alexander Hardy später schilderte: „Wir verbrachten Stunden damit, ihn über Details aus neu aufgefundenem Material zu verhören, welche die Schuld aller Herren der NS-Propaganda untermauerten, vor allem die von Fritzsche selbst. Seine hervorragenden Englischkenntnisse erleichterten unsere Aufgabe.“⁶⁷⁸ Als „neues Material“ bezeichnete Hardy die mittlerweile aufgefundenen und weitgehend kompletten Mitschriften aus der Reichspressekonferenz. Mit diesen Mitschriften in Punkten konfrontiert, wo sie seine Aussagen im Nürnberger Prozeß widerlegten, lächelte Fritzsche nur und zuckte mit den Schultern. Im Falle der langfristigen propagandistischen Vorbereitung des Polenfeldzugs, die seinem seinerzeit behaupteten Unwissen widersprach, sagte er nach Hardy auf Englisch nur: „That’s the way it goes!“⁶⁷⁹

In Nürnberg hatten es die dort untergebrachten Zeugen erreicht, zumindest im Zeugenflügel, wo diejenigen Zeugen untergebracht waren, gegen die kein Verfahren lief, durch freiwillige Meldungen die technische Verwaltung zu übernehmen. Reinigung, Wäsche etc. wurden durch Internierte organisiert und ausgeführt. Außer einer Bürobesetzung und einigen Wachsoldaten auf dem Spaziergang gab es in diesem Bereich kaum noch US-Personal.⁶⁸⁰ Ähnlich wie in den Internierungslagern wurden Vorlesungen und Vorträge organisiert, bei denen unter anderem Otto Ohlendorf vor seinem eigenen Prozeß über die deutsche Nachkriegswirtschaft referieren konnte.⁶⁸¹

Im Juni 1947 meldete die *Welt*, Fritzsche sei von der US-Gefängnisverwaltung in Nürnberg die Erlaubnis erteilt worden, dort eine Gefängniszeitung herauszugeben. Diese Ankündigung löste so viele Proteste aus, daß Anklagevertreter Kempner erklären mußte, man nehme von der Lizenzerteilung an Fritzsche wegen dieser Proteste Abstand.⁶⁸² Die *Nürnberger Internierten Zeitung* wurde dann von Helmut Sündermann zusammengestellt, der im Juni 1945 von den Amerikanern interniert worden war und sich seit Juni 1947 im Nürnberger Gefängnis aufhielt. Trotz der Auflage, ein reines Nachrichtenblatt ohne Kommentierung zu erstellen, versuchte dieser, schon durch die Zusammenstellung der Meldungen „die politische Widerstandskraft zu stärken“.⁶⁸³ Später durfte die Zeitung jedoch auch eigene Artikel enthalten, und so bestand die Weihnachtsausgabe 1947 fast nur aus „Eigenarbeiten“, darunter war ein Artikel Fritzsches.⁶⁸⁴

In diesem Artikel schilderte er, daß sich die Lagerinsassen auf sich selbst zurückgezogen hätten. „Bei allem Lebensmut, bei aller Tatkraft Einzelner liegt über dem ganzen Lager in diesem 3. Winter eine tiefe Hoffnungslosigkeit und Apathie. Das Interesse am Weltgeschehen ist auf den Nullpunkt gesunken. [...] Wo früher noch über den erzieherischen Wert, Unwert, Nutzen oder Schaden des Lagers, über seine Berechtigung, Notwendigkeit oder Dauer diskutiert wurde, herrscht heute Schweigen. [...] an die Schwelle des Jahres 1948 treten die Internierten zwar voll aufgeschlossen dem Leben und Arbeit, aber verschlossen

⁶⁷⁸ Hardy, *Secret Weapon*, S. 85 (Übersetzung vom Autor).

⁶⁷⁹ Ebd., S. 86.

⁶⁸⁰ P. Schmidt, *Statist*, S. 93 und 113; Sündermann, *Hier stehe ich*, S. 318.

⁶⁸¹ P. Schmidt, *Statist*, S. 113, allerdings wird Ohlendorf nicht beim Namen genannt.

⁶⁸² *Die Welt*, Ausgaben vom 12. 6. 1947 und 14. 6. 1947, Zeitungsausschnitte von Kurzmeldungen in BAK N 1355/4 bzw. ZA HWWA. Kurze Zeit später tauchten diese Gerüchte wieder auf, *Frankenpost* vom 2. 8. 1947, BAK Zsg. 101/83.

⁶⁸³ Sündermann, *Hier stehe ich*, S. 315 und 329.

⁶⁸⁴ Exemplar der Zeitung in BAK N 1355/6.

gegenüber den Problemen der Politik, des Rechts und der Gemeinschaft überhaupt, an denen sie sich die Seele wund stießen.⁶⁸⁵

Ende 1947 kehrte Fritzsche auf Dauer in den Alltag des Arbeitslagers zurück, der vielleicht ärmlicher, aber nicht dramatisch schlechter ausgestattet war als das Leben der durchschnittlichen Nachkriegsbevölkerung. Zumindest in den Verpflegungsrationen waren die Internierten besser gestellt, weil jeder Vergleich der alliierten Lager mit den deutschen Konzentrationslagern unmöglich gemacht werden sollte.⁶⁸⁶ Andere Bedürfnisse konnten jedoch gar nicht oder nur ungenügend erfüllt werden, und die sanitäre Ausrüstung der Lager blieb denkbar primitiv. So fehlten in Langwasser den Insassen noch im Januar 1948 Rasierklingen, Rasierseife und Zahnbürsten. Daher breiteten sich regelmäßige Krätze, Ekzeme, Polydermien und Erkältungskrankheiten in den Lagern aus.⁶⁸⁷ Allerdings eröffnete mit dem Übergang der Lagerleitung in die deutsche Verantwortung der auflebende Schwarzmarkt neue Quellen, zumindest für die besser Gestellten.⁶⁸⁸

Die Wachmannschaft wurde schlechter untergebracht und verpflegt als die von ihr Bewachten.⁶⁸⁹ Auch wenn der Kontakt untersucht war, näherten sich Wachpersonal und Häftlinge oft einander an, was zu einer erheblichen Durchlässigkeit der Lager führte. Die Korumpierbarkeit des Wachpersonals durch diejenigen Internierten, welche über Geldmittel und Beziehungen verfügten, führte zu einer Zweiklassen-Gesellschaft in den Lagern.⁶⁹⁰ Einem Journalisten gelang es im März 1948 mühelos, im Austausch mit einem Internierten in das Lager Nürnberg-Langwasser zu gelangen und es auf demselben Wege wieder zu verlassen, um danach über die beschauliche Atmosphäre des Lagers berichten zu können.⁶⁹¹

Die Arbeit wurde überwiegend in lagereigenen Werkstätten verrichtet und diente sowohl der Verwaltung des Lagers, seiner Erhaltung und dem Ausbau des Lagerkomplexes als auch der Versorgung, weil Häftlinge in der Gärtnerei bzw. auf den umliegenden Feldern arbeiteten. Seit dem Frühjahr 1947 stellte das Sonderministerium internierte Arbeitskräfte auch Firmen außerhalb der Lager als „Außenkommandos“ zur Verfügung. Höherbelastete bzw. prominente Häftlinge durften hier aber nicht teilnehmen.⁶⁹² Ebenso war es auch üblich, daß die Häftlinge zu Straßen- und Aufräumarbeiten herangezogen wurden. Fritzsche bildete dabei keine Ausnahme.⁶⁹³

Außenkontakte wurden so geregelt, daß jeder Internierte einen Brief pro Woche schreiben konnte, außer in Angelegenheiten seines Spruchkammerverfahrens oder zur Regelung besonderer geschäftlicher Angelegenheiten. Besuche konnten in der Regel einmal im Monat für drei Stunden in der jeweiligen Besuchsbaracke des Lagers empfangen werden, wobei Langwasser hierfür einen zwei Meter breiten Sprechstisch bereithielt, der jedes ver-

⁶⁸⁵ *Nürnberger Internierten Zeitung*, Weihnachten 1947, BAK N 1355/6. In der Tat häuften sich im Lauf der Jahre unter den verbleibenden Internierten die psychischen Erkrankungen; vgl. Horn, Arbeitslager, S. 190, und Schmidt, Statist, S. 182–185.

⁶⁸⁶ Horn, Arbeitslager, S. 99 und 207f.

⁶⁸⁷ Horn, Arbeitslager, S. 185.

⁶⁸⁸ Vgl. H. J. Fischer, *Erinnerungen*, Teil II, S. 243f.

⁶⁸⁹ Die deutschen Behörden appellierten im Herbst 1947 vergeblich an die Militärregierung, wenigstens einen Teil der Rationen der Gefangenen zu streichen, weil diesen 1 700 Kalorien pro Tag zustünden, während Wachpersonal und Zivilbevölkerung sich mit 900 begnügen mußten. Horn, Arbeitslager, S. 220.

⁶⁹⁰ Niethammer, *Mitläuferfabrik*, S. 461.

⁶⁹¹ Horn, Arbeitslager, S. 178.

⁶⁹² Horn, Arbeitslager, S. 209–215.

⁶⁹³ Lagerleitung Regensburg, Schreiben an Sonderministerium vom 14. 2. 1948, StAM SpK 475, Heft XXV.

trauliche Gespräch unmöglich machte.⁶⁹⁴ Urlaub wurde bis Frühjahr 1948 nur dann gewährt, wenn einer der nächsten Angehörigen starb oder lebensgefährlich erkrankte. Nachdem sich 1948 die Zahl der Internierten drastisch verminderte, wurde es den verbliebenen Insassen wesentlich erleichtert, Urlaub in Anspruch zu nehmen. Fritzsche machte so häufig wie es ging davon Gebrauch.⁶⁹⁵

Es erstaunt nicht, daß Fritzsche nach Wegen suchte, sich im Lageralltag zu profilieren und in einem bescheidenen Umfang an seine früheren Positionen anzuknüpfen. Während seines Aufenthalts in Regensburg hielt er sich jedoch zurück. Im Januar 1948 meldeten die *Nürnberger Nachrichten* irrtümlich, Fritzsche werde im Lager Regensburg als Redakteur oder Mitarbeiter an der Lagerzeitung beschäftigt. Der Leiter des Lagers erklärte auf Anfrage des Sonderministeriums, die Betreiber des „Lagespiegel“ hätten es sogar vermieden, mit Fritzsche Kontakt aufzunehmen.⁶⁹⁶

In Regensburg war er gesellschaftlich isoliert. Das änderte sich, als er im Zuge der Auflösung fast aller bayerischen Arbeitslager im Juni 1948 nach Nürnberg-Langwasser zurückkehrte. Dort übte er zeitweilig den Posten eines „Arbeitslagervertrauensmanns“ aus,⁶⁹⁷ der als Vertreter der Insassen von diesen gewählt wurde. Ursprünglich hatten sich die Lager weitgehend selbstverwaltet, aber nachdem 1947 die Verwaltung auf die Lagerleitung übertragen wurde, besaß auch der „Vertrauensmann“ kein Mitspracherecht in der Verwaltung mehr, sondern mußte sich auf die Interessenvertretung beschränken.

Eine ernstzunehmende demokratische Schulung fand nicht statt, und die in den ersten Jahren vielfältigen kulturellen Angebote aus dem Kreis der Internierten waren nach den Entlassungen des Jahres 1948 unmöglich aufrechtzuerhalten. So blieben die restlichen Internierten unter sich, was ihrer Neigung dazu, die eigene Anschauung zu konservieren, nur entgegenkam. Auch Fritzsche setzte sich nicht mit den Perspektiven einer kommenden demokratischen Neugestaltung auseinander, sondern las vor der Beendigung seines Berufungsverfahrens Spenglers „Untergang des Abendlandes“ und erklärte in einem Gespräch, seine Meinung, nicht jedoch seine Gesinnung geändert zu haben.⁶⁹⁸

Neben seinen sonstigen Aufgaben fand er die Zeit, ein Buch zu schreiben. Es enthielt autobiographische Elemente, betrieb in erster Linie aber „Vergangenheitspolitik“: „Hier spricht Hans Fritzsche“. In ihm gab es keine Persönlichkeit mit dem Namen Hans Fritzsche, deren Entwicklung nachzuvollziehen gewesen wäre, sondern nur eine gedrängte, rechtfertigende Darstellung seiner Rolle im Nationalsozialismus. Interesse konnte beanspruchen, daß Fritzsche mit seiner Schilderung der letzten Tage in Berlin einen der ersten Zeitzeugenberichte zu diesem Thema veröffentlichte. Auch die ausführliche Darstellung seines Aufenthalts im Moskauer Lubjanka-Gefängnis bot mehr als reine Apologetik. In den USA erregte sein Buch deswegen Aufsehen, und *Life* bot seinen Lesern ausführliche Auszüge aus den entsprechenden Kapiteln, weil Fritzsches Bericht die dort vorherrschende, antisowjetische Stimmung bestätigte.⁶⁹⁹

⁶⁹⁴ Horn, Arbeitslager, S. 225. Ausnahmen galten für Besuche aus einer anderen Besatzungszone. Diese durften länger bleiben und in eigenen Baracken übernachten.

⁶⁹⁵ Horn, Arbeitslager, S. 226f.

⁶⁹⁶ Sachs (Sonderministerium), Schreiben vom 5.2.1948; Lagerleiter Regensburg, Schreiben vom 14.2.1948; StAM SpK 475, Heft XXV.

⁶⁹⁷ Horn, Arbeitslager, S. 169.

⁶⁹⁸ Anders, Irrgarten, S. 139 und 142.

⁶⁹⁹ Vgl. *Hamburger Abendblatt* vom 6.8.1949, S.8, Einleitung zu einem Teilabdruck der Lubjanka-Passagen aus diesem Buch unter dem Titel: „Ketten, die nicht klirren“. Die Illustrierte *Die Strasse* druckte

Unmittelbar nach dem Erscheinen des Buches zum Ende des Jahres 1948 bat der hessische Befreiungsminister die US-Militärregierung, den Vertrieb in Deutschland zu verhindern.⁷⁰⁰ Rechtliche Möglichkeiten hierfür waren aber nicht gegeben. Zum einen umging Fritzsche das gegen ihn verhängte lebenslange Publikationsverbot, weil Hildegard Springer, mit der sich Fritzsche 1948 nach der Scheidung von seiner ersten Frau Karin verlobt hatte, als Autorin auftrat. Zum anderen erschien das Buch offiziell in der Schweiz; allerdings befand sich der Verlag, die „Interverlag AG“, in den Händen des Paares Fritzsche/Springer. Die tatsächlichen Verhältnisse in der „Interverlag AG“ waren den deutschen Behörden nicht bekannt. Sie eröffneten zwar ein Verfahren gegen Fritzsche, nachdem ein italienischer Verlag die Rechte für eine Veröffentlichung in Italien erworben hatte, stellten es aber dann mit der Begründung ein, dieser Verkauf sei ohne Zutun des Beschuldigten oder eines Vertreters erfolgt.⁷⁰¹

Das deutsche Echo auf „Hier spricht Hans Fritzsche“⁷⁰² war mehrheitlich skeptisch bis ablehnend. Auch mußten sich die Zeitungen, welche Teile des Buchs als Fortsetzungsserie abdruckten, die Frage gefallen lassen, warum sie dem Spruchkammerurteil zuwiderhandelten und Fritzsche in Deutschland wieder ein Forum boten.⁷⁰³ Rezensenten würdigten das Buch bemüht objektiv, ohne eine berechtigte und tiefe Skepsis gegenüber der „ölige[n] Stimme des einstigen Rundfunkkommentators“ verbergen zu können. Jeder Versuch Fritzches, seine Leser zu überzeugen, scheiterte außerdem an seinem Unwillen, die Ergebnisse seines eigenen Wirkens zuzugeben und dafür die Verantwortung anzunehmen.⁷⁰⁴ Fritzsche legte seine Methode, einen Umstand mit bewußt gewählten Unschärfen zu verschleiern und zu verfälschen, auch seinem Buch zugrunde, und so entdeckte eine Runde ehemaliger Journalisten darin eine „unglaublich grosse [...] Zahl von Ungenauigkeiten“.⁷⁰⁵

Vorerst blieb es dem Buchautor noch verwehrt, sich seinem Publikum etwa auf einer Lesereise zu stellen. Weil sich im März 1949 im Lagerkomplex von Nürnberg-Langwasser gerade noch 75 Häftlinge aufhielten, wurden diese in das leerstehende Gefängnis von Eichstätt gebracht. Fritzsche nahm dort als einer der wenigen „prominenten“ Häftlinge zunächst erneut die Stellung des Vertrauensmannes ein.⁷⁰⁶ Er legte dieses Amt jedoch bald nieder und nahm nur noch „die Beratung in Rechtsangelegenheiten“ wahr.⁷⁰⁷ Ein Bildbericht der *Quick* präsentierte den deutschen Lesern im Oktober 1949 das Lager Eichstätt unter dem Titel „Die letzten 40“ und berichtete, der „Rechtsberater“ Fritzsche sei sehr deprimiert, leide unter einer Gitterpsychose und habe die Hoffnung auf eine Amnestie aufgegeben.⁷⁰⁸

zwischen April und Juni 1949 Auszüge aus Fritzches Buch unter dem Titel: „Die letzten Tage von Berlin“, Ausschnitte in BAK N 1355/4.

⁷⁰⁰ DND (Pressedienst) vom 1. 1. 1949, Ausschnitt in ZA HZ.

⁷⁰¹ Verfügung Oberstaatsanwalt (Landgericht Nürnberg-Fürth) vom 27. 4. 1950, StAM SpK 475, Heft XXIV.

⁷⁰² Die deutsche Veröffentlichung erfolgte 1949 unter dem Titel „Es sprach Hans Fritzsche“.

⁷⁰³ Vgl. den Abdruck einer Kolumne der *Abendpost* (Frankfurt) in der Illustrierten *Die Strasse*, Nr. 16/1949, BAK N 1355/4.

⁷⁰⁴ „Ein Kuriosum“, *FAZ* vom 16. 2. 1949; „Im Interesse der Wahrheit?“, *Basler Nachrichten* vom 5. 4. 1949.

⁷⁰⁵ Fritz Sänger an Dr. Drexel, Brief vom 28. 8. 1950, BAK N 1261/100.

⁷⁰⁶ *Neue Zeitung* vom 11. 10. 1949. Außer Fritzsche waren noch Heinrich Hoffmann, der ehemalige Leibfotograf Hitlers, sowie Hermann Esser in Eichstätt inhaftiert; *Hamburger Abendblatt*, Nr. 157 vom 8. 7. 1950.

⁷⁰⁷ Schreiben Fritzsche an Lagerleiter vom 3. 10. 1949, StAM SpK 475, Heft XXV.

⁷⁰⁸ *Quick*, Ausgabe vom 30. 10. 1949.

Hans Fritzsche beim Kartoffelschälen im Arbeitslager, vermutlich Eichstätt 1949



Gegenüber der Lagerleitung trat Fritzsche sowohl in eigenen Angelegenheiten, als auch in Belangen seiner Mithäftlinge fördernd auf und zeigte ebenso wie diese keinerlei Schuld- bzw. Schuldgefühl wegen seiner einmaligen Rolle. Offenkundig akzeptierte er weder seinen Schuldspruch, noch die Rechts- und Gesellschaftsordnung, welcher dieser Spruch entstammte.⁷⁰⁹ Er selbst begründete seinen Rücktritt als Vertrauensmann damit, daß die Entwicklung des Lagers in eine für ihn unerwartete Richtung gegangen und er dadurch starken Spannungen ausgesetzt worden sei. Denkbar ist, daß Fritzsche immer mehr in Gegensatz zu den übrigen „Verwahrten und Festgehaltenen“ geriet. Schon vor seiner Überstellung nach Eichstätt hatte sein Anwalt die für Fritzsches Mithäftlinge wenig schmeichelhafte Feststellung getroffen, sein Mandant befände „sich jetzt tatsächlich nur noch in Gemeinschaft mit Denunzianten und anderen radikalen Parteigängern“.⁷¹⁰

Dabei gestalteten sich trotz der von seinen Insassen vermißten Weitläufigkeit des Arbeitslagers die Verhältnisse in Eichstätt wesentlich komfortabler als vorher. Die Türen zu den Zellen waren unverschlossen und gestatteten ihnen, sich innerhalb des Gebäudes frei zu bewegen. Besuch war zweimal im Monat erlaubt. Die Zellen waren einfach möbliert und versorgten über Lautsprecher die Insassen mit den Programmen von Radio München und Stuttgart. Seit Sommer 1949 sorgte ein Wanderkinobetrieb dafür, daß im Lager Filme ge-

⁷⁰⁹ Sachs an Bayerische Staatskanzlei, 12.12.1949 [Entwurf], StAM SpK 475, Heft XXVIII; „Lautsprecher hinter Eisenstäben“, *Südosst-Kurier* (Bad Reichenhall) vom 4.4.1949, ZA IfZ.

⁷¹⁰ Schreiben Schilf an Kurz (Bayerischer Kassationshof) vom 25.3.1949, StAM SpK 475, Heft XXIV. Auch Horn, Arbeitslager, S. 169, mutmaßt, er habe nicht nur mit der Lagerleitung, sondern auch mit seinen Mitgefangenen Ärger bekommen.

zeigt wurden. Eine Umerziehungsabsicht wurde damit jedoch nicht mehr verfolgt, denn das Repertoire bestand weitgehend aus US-amerikanischen Unterhaltungsfilmen. An der Theke der „Kulturbaracke“ konnten die Insassen, soweit sie Arbeit verrichtende Internierte waren, ihren Lohn (1,00 DM pro Tag für einfache Außenarbeit, 1,50 DM für schwerere Außenarbeit) in Schokolade, Zigaretten, Briefpapier, Seife oder Bier umsetzen.⁷¹¹

Fritzsche jedoch kam mit seiner Inhaftierung immer weniger zurecht. An den Bedenken des Staatssekretärs Sachs, der in seinem Fall den Zweck der Lagerhaft noch nicht erfüllt sah, scheiterte ein Gnadenakt. Im Frühjahr 1950 suchte er dann einen der ehemaligen Beisitzer der Berufungskammer, Dr. Drexel, während eines zur Zahnbehandlung gewährten Freigangs auf, „äußerlich sehr schlecht beisammen, sowohl gesundheitlich wie in der Aufmachung. Er konnte einem wirklich leid tun“. Drexel, mittlerweile Herausgeber der *Nürnberger Nachrichten*, schilderte die Zusammenkunft so, daß Fritzsche die Frage seiner Freilassung nicht angesprochen, aber die Zustände in Eichstätt kritisiert habe. Während der Unterredung sei Drexels Kollege Merkel hereingekommen, und plötzlich hätten sich dieser und Fritzsche als Schulkameraden der ersten Gymnasialjahre wiedererkannt. „Daraufhin wurde das Gespräch persönlicher und es stellte sich heraus [...], daß eine lange Haft einen Intellektuellen mehr dezimiert, als primitivere Naturen.“

Bei der Verabschiedung sagte Drexel, er werde Sachs ansprechen, ob ihm nicht Erleichterungen verschafft werden könnten. Einige Wochen später kam dann Frau Springer, „eine sehr energische Kriegerwitwe“, zu ihm. Die Erleichterung sollten 14 Tage Urlaub für eine Herzbehandlung im Nürnberger Krankenhaus sein, aber ihre Wünsche reichten noch weiter.⁷¹² Sachs bewilligte schließlich Fritzsche für den ganzen Mai 1950 „Krankenurlaub“, stand aber einer etwaigen Entlassung negativ gegenüber, zum einen, weil Fritzsche sich nicht geändert, zum anderen, weil er einen ganzen Stoß von Haftbeschwerden eingereicht hatte.⁷¹³ Außerdem solle Eichstätt Gegenstand einer Anfrage im Landtag und womöglich ganz aufgehoben werden.

Zu dieser Zeit befanden sich noch 37 Häftlinge in Eichstätt;⁷¹⁴ eine generelle Amnestie war also durchaus im Sinne des bayerischen Staates. Daher schlug der mittlerweile zum Sonderminister aufgestiegene Sachs nun vor, Drexel solle mit einem auf Fritzsche bezogenen Antrag hierfür den Anstoß geben. Daraufhin sprach Drexel, offenbar ein Bedürfnis des Ministers nach einem makellosen Alibi für diesen Gnadenakt umsetzend, einen der ehemaligen Beisitzer der Berufungskammer mit jüdischer Abstammung an, um dem Prozedere zusätzliche Glaubwürdigkeit zu verleihen. Die von beiden formulierte Eingabe von Ende August 1950 stellte anheim, „den vergleichsweise zu anderen mit 9 Jahren schlecht weggekommenen Fritzsche zu überprüfen“ und gegebenenfalls freizulassen.⁷¹⁵

Auf einen Sinneswandel Fritzsches brauchte sich diese Initiative gar nicht erst zu berufen. Dieser hatte sich in seiner Lagerzeit immer tiefer in die Rolle des unschuldig Verfolgten eingelebt und kultivierte eine frappierende Selbstgerechtigkeit. Wie ein Journalist in einem

⁷¹¹ *Hamburger Abendblatt*, Nr. 157 vom 8. 7. 1950, sowie Horn, Arbeitslager, S. 201.

⁷¹² In den ärztlichen Befunden aus der Lagerzeit findet sich wiederholt als Diagnose Herzmuskel-schwäche, die aus einem Herzfehler Fritzsches in der Jugendzeit herrühre. StAM SpK 475, Heft XXV.

⁷¹³ Schreiben Sachs vom 21. 4. 1950. Sachs hatte Fritzsche vorher in Eichstätt besucht. Dort hatte ihm die Gefängnisleitung ihren Eindruck von Fritzsche mitgeteilt, der immer noch selbstsicher und überheblich aufträte, sich als über der Gefängnisdisziplin stehend empfände und keinen Grund sehe, Kritik anzunehmen. StAM SpK 475, Heft XXV.

⁷¹⁴ Horn, Arbeitslager, S. 143.

⁷¹⁵ Drexel an Fritz Sänger, 31. 8. 1950, BAK N 1261/100.

Gespräch mit Fritzsche im Oktober 1949 feststellen mußte, wies dieser jede Kritik an seinem eigenen Handeln weit von sich und erklärte: „Wenn ich noch einmal die zwölf Jahre durchleben sollte, dann würde ich wieder genau so handeln.“⁷¹⁶ Im August 1950 nahm er gegenüber Drexel zu der von Sänger immer wieder aufgegriffenen Frage Stellung, wieviel er gewußt und bewußt verantwortet habe. Dabei deutete er an, Sänger habe im Spruchkammerverfahren so ausgesagt, wie er es getan habe, um auf seine politische Tätigkeit – das heißt sein Engagement in der SPD – Rücksicht zu nehmen. Er werfe ihm dies aber nicht mehr vor, denn da das Urteil gegen ihn, Fritzsche, schon vorher festgestanden habe, sei es im Verfahren ohnehin nur darum gegangen, hierfür die passende Begründung zu finden.⁷¹⁷

Zwei Tage, nachdem er dieses Schreiben verfaßt hatte, beschloß das Sonderministerium, seine Lagerhaft um vier Jahre zu verkürzen und ihn somit noch im gleichen Jahr zu entlassen.⁷¹⁸ Die Hauptkammer gab in ihrer Mitteilung an Fritzsche für diese Entscheidung an, sein eigenes Gnadengesuch belege, daß „der mit der Verhängung des Arbeitslagers beabsichtigte Zweck erreicht zu sein scheint“. Aus jetziger Sicht erscheine die festgesetzte Arbeitslagerzeit im Vergleich zu Sprüchen der jüngeren Zeit gegen schwer Belastete ungewöhnlich hart. Die Neigung zur Anwendung des Gnadenrechts für politisch bedingte Vergehen setze sich immer mehr durch.⁷¹⁹ Nun hatte es Fritzsche schriftlich, daß sowohl seine Verurteilung als auch seine baldige Entlassung bedingt waren durch die jeweilige politische Konjunktur.

Am 25. September 1950 wurde Fritzsche aus der Haft entlassen, angeblich mit dem vorläufigen Reiseziel Kiel.⁷²⁰ Ihm war verboten worden, sich in Bayern niederzulassen, und dennoch hielt er sich einige Zeit später bei Hildegard Springer in Nürnberg auf, wo diese den gemeinsamen Verlag betreute.⁷²¹ Um negative Reaktionen der Öffentlichkeit und einen zu großen Auftrieb der Medien zu vermeiden, wurde die vorzeitige Entlassung offiziell mit Fritzsches „guter Führung“ begründet. Außerdem bemühte man sich, den tatsächlichen Termin zu kaschieren. Man hatte angekündigt, daß Fritzsche am 29. September entlassen werden solle, und meldete erst einen Tag, nachdem Fritzsche das Gefängnis verlassen hatte, er sei schon vorab „zur Regelung persönlicher Angelegenheiten beurlaubt“ worden.⁷²² Auf diese Weise war selbst die Entlassung Fritzsches von Retuschen und Tarnung umgeben.

2.3 Eine unvollendete Berufslaufbahn

Wäre es nach dem Spruch der Berufungskammer gegangen, hätte sich Fritzsche, der als Buchautor zwar gewisses Aufsehen erregt, aber keinen großen kommerziellen Erfolg erzielt hatte, zunächst mit einfachen Tätigkeiten durchschlagen müssen. Nach seiner Entlassung teilte ihm die Hauptkammer Nürnberg dann aber mit, daß das bisherige Berufsver-

⁷¹⁶ *Neue Zeitung* vom 11. 10. 1949.

⁷¹⁷ Hans Fritzsche, Schreiben vom 8. 8. 1950, BAK N 1261/100.

⁷¹⁸ Mitteilung Sachs an Lagerleiter Eichstätt vom 22. 8. 1950, StAM SpK 475, Heft XXV.

⁷¹⁹ Hauptkammer München, Schreiben an Fritzsche vom 24. 8. 1950, StAM SpK 475, Heft XXV.

⁷²⁰ Entlassungsschein vom 24. 9. 1950; Mitteilung des Lagerleiters an Finanzamt Nürnberg-Ost, StAM SpK 475, Heft XXV.

⁷²¹ Mitteilung Hauptkammer München an Fritzsche vom 24. 8. 1950, StAM SpK 475, Heft XXV; Finanzamt Nürnberg-Ost, Schreiben an Lager Eichstätt vom 20. 10. 1950, StAM SpK 475 Heft XXV.

⁷²² DPA-Meldung 121 vom 26. 9. 1950, ZA NDR; Anweisung Sachs vom 31. 8. 1950, Fritzsche zur Vermeidung von Aufsehen bereits vor dem 29. 9. zu entlassen, StAM SpK 475, Heft XXV.

bot insoweit abgemildert werde, als daß auch eine qualifizierte, nichtselbständige Tätigkeit außerhalb seiner bisherigen beruflichen Laufbahn in Frage komme. Der im Dezember 1950 vom Bundestag verabschiedete Antrag zur Beendigung der Entnazifizierung sah zwar vor, gegenüber „Hauptschuldigen“ und „Belasteten“ nur bei wenigen Berufen die Tätigkeitsbeschränkungen aufrechtzuerhalten.⁷²³ An Fritzsches Situation änderte sich dadurch aber nichts.

Kurze Zeit nach seiner Entlassung siedelten er und Hildegard Springer nach Köln über. Dort begann er sogleich, „unter peinlicher Ablehnung aller zweideutigen politischen Angebote, die mir gemacht wurden“, sich auf dem Gebiet der Wirtschaftswerbung umzutun.⁷²⁴ Die Arbeit lief nur allmählich an, und Fritzsche war in seiner kleinen Kölner Wohnung einige Zeit damit beschäftigt, Kunden zu akquirieren.⁷²⁵ Während er erreichte, daß ihm ein Teil der noch offenen Spruchkammerkosten erlassen wurde, begann er Anfang 1951 mit Unterhaltszahlungen für seine Tochter Gisela.⁷²⁶ Im Mai 1951 heirateten Fritzsche und Hildegard Springer.

In seinem jetzigen Berufsfeld hätte Fritzsche Gelegenheit gehabt, vielen seiner ehemaligen Kollegen wiederzubegegnen. Ob sie nun Nachrichtenagenturen für Wirtschaftswerbung betrieben wie Schwarz van Berk und Karl Scharping, oder Modenschauen moderierten wie Heinz Goedecke, ob sie als Werbetexter oder als Vertreter von Bausparkassen auftraten – in der Werbung konnten sie ihre Fähigkeiten noch am besten unterbringen.⁷²⁷ Allerdings öffnete sich ihnen auch diese Branche nur für Karrieren, die weit unter ihrem bisherigen Beschäftigungsniveau angesiedelt waren. Einer höheren und damit Aufmerksamkeit erregenden Position stand gerade ihre Bekanntheit entgegen.

Andere NS-Medienfunktionäre aber, die keine große öffentliche Wirksamkeit erreicht hatten, konnten sich demgegenüber in der Nachkriegsgesellschaft ohne Probleme auch in Medienberufen betätigen. Dies galt unter anderem für Erich Fischer, den ehemaligen Leiter der Abteilung Deutsche Presse, für Werner Stephan, die rechte Hand des Reichspressechefs Dietrich und späterer FDP-Hauptgeschäftsführer, für Rolf Rienhardt, den ehemaligen Stabschef des „Reichsleiters für die Presse“, Amann, und für den ehemaligen Leiter der Presseabteilung im AA, Paul Karl Schmidt, der bald als „Paul Carell“ geschichtliche Themen im Boulevardformat verarbeitete.⁷²⁸

Insbesondere *DER SPIEGEL* der frühen Jahre hätte von seiner Zusammensetzung her einen Platz für Fritzsche erübrigen können.⁷²⁹ Auch von denjenigen Mitgliedern des RSHA, welchen vorerst keine direkte Beteiligung an Verbrechen nachgewiesen werden konnte,

⁷²³ Jenke, Verschwörung, S. 43.

⁷²⁴ Fritzsche an Hauptkammer Nürnberg, 16. 11. 1950, StAM SpK 475, Heft XXV.

⁷²⁵ Vgl. Haaf, Mein Leben, S. 320.

⁷²⁶ Hauptkammer Nürnberg an Finanzamt Nürnberg-Ost, 22. 2. 1951, StAM SpK 475, Heft XXV; Fritzsche an Karin Fritzsche, 30. 1. 1951, BAK N 1355/1. Dort schreibt er: „Ich befinde mich in den wirtschaftlichen Anfangs-Schwierigkeiten, die bei der Gründung einer selbständigen Existenz üblich sind, aber glaube, sie zu überwinden.“

⁷²⁷ Vgl. u. a. Borgstedt, Entnazifizierung, S. 180 und 255.

⁷²⁸ Rolf Rienhardt trat bald nach seinem Freispruch im Spruchkammerverfahren 1948 in die Verlagsleitung der *Westfälischen Zeitung* in Bielefeld ein und ging später zum Burda-Verlag. Vgl. Hachmeister/Siering (Hrsg.), Journalisten, S. 275. Erich Fischer wurde nach einer Tätigkeit im Dienste der antikomunistischen Propaganda von Bundesregierung und CIA 1952 Verlagsmanager des Düsseldorfer SPIEGEL-Büros. Ebd., S. 87ff. Zu Paul Karl Schmidt vgl. jetzt Benz, Paul Carell. Ribbentrops Pressechef Paul Karl Schmidt vor und nach 1945.

⁷²⁹ Vgl. Hachmeister, Nachrichtenmagazin, passim.

gingen eine ganze Reihe in den Journalismus oder in das Verlagswesen.⁷³⁰ Fritzsche bemühte sich währenddessen, als Werbeleiter in einem Industriebetrieb angestellt zu werden. Bei einer Firma in Erlangen-Bruch, die unter anderem Kinoapparate und Filmkamerateilen herstellte, baute er eine Werbe- und Presseabteilung auf. Auch dabei blieb er nicht von der bayerischen Verwaltung unbeobachtet, die seine dortige Tätigkeit unterbinden wollte.⁷³¹

Bei seinem nächsten Arbeitgeber konnte er sich dauerhaft etablieren und selbstbewußter in der Öffentlichkeit auftreten. Die französische Kosmetikfirma Bandecroux war in Deutschland vor allem durch ihren Lippenstift „Le rouge baiser“ bekannt und beschäftigte als Geschäftsführer ihrer deutschen Tochterfirma einen Prinz von Preußen. Im Oktober 1951 stellte diese Firma im Düsseldorf der „Maison de France“ ihr neuestes Produkt bei einem Empfang vor, an dem auch der Oberbürgermeister teilnahm und Fritzsches Erscheinen als Werbeleiter der Firma den allgemeinen Beifall der Gäste hervorrief.⁷³²

In seinem neuen Beruf hatte er Erfolg und konnte sich wieder einen gehobenen Lebensstil leisten. Doch jede Betätigung im publizistischen oder gar politischen Metier stand unter dem Verdacht der Nähe zu rechtsextremen Kreisen. Dies erlebte unter anderem der Chefredakteur der *Allgemeinen Rundschau* Anfang 1951. Ein Kaufinteressent an dieser Zeitung hatte sich bei Fritzsche nach fähigen Journalisten erkundigt, und einer der von ihm Erwähnten wurde dann als Chefredakteur eingestellt. Das führte zu dem Verdacht, daß Fritzsche die *Allgemeine Rundschau* beeinflusse, gegen den sich der empfohlene Chefredakteur Ammelburg zur Wehr setzte. Fritzsche habe ihn zweimal kurz getroffen und dabei nie den Versuch gemacht, „ihn irgendwie im faschistischen oder neofaschistischen Sinn zu beeinflussen“. ⁷³³

Einen direkten politischen Bezug hatten Fritzsches Kontakte zur nordrhein-westfälischen FDP. Sie standen in unmittelbarem Zusammenhang zu den vom Landesvorsitzenden Middehaue geförderten Initiativen, die Wähler- und Mitgliederbasis in den rechtsextremen Bereich hinein zu erweitern. Auf Anregung des im Auswärtigen Ausschuß der FDP tätigen Anwalts und FDP-Landtagsabgeordneten Ernst Achenbach⁷³⁴ wirkte der ehemalige Staatssekretär im RMVP, Werner Naumann, bei dem geheimen Versuch mit, die FDP mit Nationalsozialisten zu infiltrieren.⁷³⁵ Naumann hatte den richtigen Zeitpunkt abgepaßt, um aus der Illegalität wieder aufzutauchen. Zwar stellte im November 1951 der öffentliche Kläger bei der Zentralberatungskammer Hessen den Antrag, gegen Naumann ein Spruchkammer-

⁷³⁰ Der Leiter der Gruppe III C im RSHA, Dr. Wilhelm Spengler, gehörte 1951 zunächst dem Vorstand der „Stillen Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte“ an und wurde bald darauf Cheflektor des Stalling-Verlags. Einer seiner Referenten, Dr. Hans Rößner, war nun als Lektor im Piper-Verlag u. a. für die Veröffentlichungen von Hannah Arendt zuständig. Vgl. Wildt, *Generation*, S. 763, 776 und 799ff.

⁷³¹ Verschiedene kleine, nicht gekennzeichnete Presseauschnitte in BAK N 1355/6, sowie *Abendzeitung* (München) vom 31. 3. 1951, ZA IfZ.

⁷³² *Der Tag* vom 13. 10. 1951, BAK Zsg. 101/83; *Schwäbische Illustrierte* vom 27. 10. 1951, sowie kleine nicht gekennzeichnete Ausschnitte, BAK N 1355/6; *Der Zürichbieter* (Bassersdorf/Schweiz) vom 14. 2. 1952, ZA IfZ.

⁷³³ Meiser (Landesbischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern) an Baron von Imhoff, 16. 4. 1951, [Abschrift]; BAK N 1261. Meiser wurde in dieser Sache angesprochen, weil die evangelisch-lutherische Kirche maßgeblichen Einfluß auf die *Allgemeine Rundschau* hatte.

⁷³⁴ Achenbach hatte bis Herbst 1943 die Politische Abteilung der Pariser Botschaft betreut und war dann in das Referat für Kulturpolitik des AA berufen worden. Hachmeister, *Gegnerforscher*, S. 247.

⁷³⁵ Tauber, *Between Eagle*, S. 134; Gutscher, *Entwicklung*, S. 160, sowie Vertraulicher Bericht der FDP-Kommission NRW vom 5. 6. 1953, Teilabdruck bei Grimm, *Unrecht*, S. 210–213.

verfahren einzuleiten, um diesen in die Gruppe der Hauptschuldigen einreihen zu lassen.⁷³⁶ Jedoch verlief diese späte Initiative im Sande.

Von Naumann empfohlen, besetzten nun einige ehemalige Weggefährten einflußreiche Positionen in der FDP Nordrhein-Westfalens. So wurde Wolfgang Diewerge, der Vorgänger Fritzsches als Leiter der Rundfunkabteilung, persönlicher Referent Middelhaues und gab den für Parteiaktivisten bestimmten „Rednerschnellbrief“ der Partei heraus. Naumann nahm Kontakt zu vielen ehemaligen NS-Prominenten auf. Unter diesen befanden sich Spitzenkräfte des einstigen Propagandaapparates wie Rolf Rienhardt, Schwarz van Berk, Karl Cerff, Otto Dietrich, Goebbels' letzter Adjutant Wilfried von Oven und andere.⁷³⁷ Aus diesem losen Netzwerk entstand allmählich der sogenannte Naumann-Kreis, der sich immer mehr zu einem neo-nationalsozialistischen Geheimbund entwickelte und in seinem Charakter die antirepublikanischen Bünde, Freundeskreise und Clubs der Weimarer Republik imitierte.

Verbindungen dürften dabei, wie Naumanns Aufzeichnungen und sein Terminkalender belegen, zu allen wichtigen Leitfiguren des rechten Randes bestanden haben, aber in vielen Fällen dokumentierten die dort aufgezeichneten Namen wenig mehr als folgenlose Einzelkontakte, so etwa bei Kurt Georg Kiesinger oder bei Hjalmar Schacht. Während andere ehemalige Propagandisten wie Schwarz van Berk nachweisbar an Treffen des Naumann-Kreises teilnahmen, gibt es für Fritzsche keinen direkten Hinweis darauf. Er wurde, wie es die schwedische *Dagens Nyheter* im November 1952 formulierte, gelegentlich in Naumanns Umfeld „bemerkt“.⁷³⁸

Es ist gerade bei Fritzsche nicht unwahrscheinlich, daß er keine dauerhafte Verbindung zu Naumann hielt, nicht zuletzt wegen ihres eher distanzierten Verhältnisses in der Vergangenheit. Auch die in Naumanns Umfeld vertretenen Propaganda-Fachleute gehörten meist nicht zu Fritzsches ehemaliger Entourage. Da die Unterlagen über den Naumann-Kreis nach dessen Auflösung durch den britischen Geheimdienst teilweise in die Öffentlichkeit gelangten, wäre er bei stichhaltigen Hinweisen sicher angegriffen worden. Gelegentliche Besuche bei Naumann reichten dafür aber nicht aus.⁷³⁹

Fritzsche geriet eher in einer Parallelaktion zu Naumanns Bemühungen in den Umkreis der nordrhein-westfälischen FDP, als dem dort angestrebten nationalen Kurs eine programmatische Grundlage gegeben werden sollte. An dem Entwurf des „Deutschen Programms“, der erstmalig auf dem Bielefelder Landesparteitag der FDP 1952 vorgestellt⁷⁴⁰ und kurze Zeit später in Düsseldorf vom Landesausschuß verabschiedet wurde, arbeiteten neben den bereits im FDP-Apparat integrierten Funktionären Werner Best⁷⁴¹ und Diewerge sowohl Fritzsche als auch Naumann in unterschiedlichen Stadien mit. Charakteristisch für dieses Programm war unter anderem, daß es die Verbrechen des Nationalsozialismus gleichsetzte

⁷³⁶ Antrag vom 15. 11. 1951, IfZ ZS-274, Bd. 1, S. 1.

⁷³⁷ Vgl. „Die Totengräber sind unter uns“ (Teil I), *Frankfurter Rundschau* vom 9. 6. 1953, sowie das NWDR-Feature „Der Fall Naumann“ vom 9. 6. 1953.

⁷³⁸ *dpa-Informationen* vom 17. 12. 1952, ZA IfZ; „Die Totengräber sind unter uns“ (Teil III und IV), *Frankfurter Rundschau* vom 11. und 12. 6. 1953.

⁷³⁹ Vgl. z. B. *Neue Zürcher Zeitung* vom 20. 1. 1953.

⁷⁴⁰ Vgl. hierzu Gutscher, *Entwicklung*, S. 135f. Dort, S. 309–315, auch Abdruck des Programms. Hachmeister, *Gegnerforscher*, S. 308, schreibt, die Vorstellung sei von Liszts „Les Préludes“ eingerahmt gewesen, dem „Leitmotiv“ der NS-Wochenschaumusik. Vgl. dazu: Der Freiheit gehört die Zukunft. Wolfgang Döring, *Eine politische Biographie*, S. 14.

⁷⁴¹ Herbert, *Best*, S. 464.

mit der Entnazifizierung und angeblichen Willkür der Siegermächte und weder das Wort „liberal“ noch den Begriff „Demokratie“ enthielt. Es rief die ehemaligen Parteigänger des NS-Staates mit dem Argument zur Mitarbeit auf, ihre bisherige Abstinenz nütze nur den Kräften, die Vorteile aus der deutschen Niederlage zögen.

Allerdings gehen die jeweiligen Ansichten über die Autorschaft des „Deutschen Programms“ in der Sekundärliteratur weit auseinander, so daß Fritzsche mal eine Mitautorschaft, mal nur die Prüfung des fertigen Entwurfs und mal überhaupt keine Mitwirkung zugeschrieben wird.⁷⁴² In jedem Fall trifft zu, daß der Programmentwurf von Fritzsche auf dessen „Werbekraft geprüft“ wurde, wie Middelhaue am 5. Februar 1953 vor der Auslandspresse zugab.⁷⁴³

Doch nicht nur als Reklamefachmann hatte Fritzsche für kurze Zeit Aussicht darauf, ganz ohne Naumanns Unterstützung in der FDP heimisch werden zu können. Der stellvertretende NRW-Landesvorsitzende, Freiherr von Rechenberg, protegierte ihn und bezeichnete ihn auf dem FDP-Bundesparteitag in Bad Ems im November 1952 als klugen Mann, gegen den er nichts einzuwenden habe.⁷⁴⁴ Schnell aber verflüchtigte sich diese unverhoffte Perspektive, denn Rechenberg starb bereits Anfang 1953.

Schwerer wog aber noch die „Naumann-Affäre“. Am 14. Januar 1953 wurden im Rahmen einer Aktion des britischen Sicherheitsdienstes in Hamburg, Düsseldorf und Solingen mehrere ehemalige NS-Führungspersonlichkeiten festgenommen, die nach der gemeinsamen Darstellung des britischen Foreign Office und des britischen Hochkommissars in Deutschland die Wiederergriffung der Macht in Westdeutschland vorbereiteten.⁷⁴⁵ Zu den Verhafteten gehörten neben Naumann der ehemalige Reichsstatthalter in Hamburg, Karl Kaufmann, der ehemalige Reichsstudentenführer und Salzburger Gauleiter Gustav Adolf Scheel⁷⁴⁶ und Fritzsches ehemaliger Stellvertreter, Karl Scharping.⁷⁴⁷

Diese im Stillen von der Bundesregierung geduldete britische Aktion fügte dem „nationalen Flügel“ innerhalb der FDP irreparable Schäden zu. Auch die Plattform des „Deutschen Programms“ wurde im Juni 1953 offiziell zurückgezogen.⁷⁴⁸ Die Chancen für eine politische Betätigung Fritzsches hatten sich damit erledigt, zumal er zweifellos keine erwor-

⁷⁴² Die Ansichten über die jeweilige Beteiligung als Autor bzw. Mitarbeiter gehen in der Forschung durcheinander. Tauber, *Between Eagle*, S. 142, nennt Best und Franz Alfred Six als Autoren, die von Fritzsche und Naumann beraten worden seien. Hachmeister, *Gegnerforscher*, S. 308, nennt Wolfgang Diewerge als hauptsächlichen Verfasser. Herbert, *Best*, S. 465, bezeichnet Fritzsche und Diewerge als gemeinsame Autoren, deren Entwurf von Naumann und Best überarbeitet worden sei. Naumann erhielt Juni 1952 von Diewerge den Programmentwurf zugeschickt, NWDR Köln, „Der Fall Naumann“. Vgl. hierzu auch *Neue Zürcher Zeitung* vom 6. 5. 1953 und Jenke, *Verschwörung*, S. 155. Auf der Berliner Sitzung des Gesamtvorstandes der FDP am 25./26. 10. 1952 hieß es jedoch, daß nicht etwa Fritzsche, sondern „die engsten Mitarbeiter Middelhaues an der Gestaltung und Abfassung des Deutschen Programms mitgewirkt haben“. Gutscher, *Entwicklung*, S. 136. Wer jedoch diese „engsten Mitarbeiter“ waren, blieb dem Vorstand verborgen. Im April 1953 teilte Thomas Dehler den übrigen Vorstandsmitgliedern mit, nicht Fritzsche habe das Programm verfaßt, sondern Diewerge gemeinsam mit einem Dr. Brand, und Naumann sei das Programm zur Beurteilung vorgelegt worden. Ebd., S. 155f.

⁷⁴³ *Die Welt* vom 7. 2. 1953.

⁷⁴⁴ Gutscher, *Entwicklung*, S. 155. Rechenberg galt als Kölner FDP-Politiker von jeher als „deutschnational“, vgl.: *Der Freiheit* gehört die Zukunft, S. 11.

⁷⁴⁵ Vgl. Grimm, *Unrecht*, S. 17f. und 36.

⁷⁴⁶ Scheel arbeitete außerdem hauptamtlich seit 1935 beim SD, zuletzt als Inspekteur; Banach, *Heydrichs Vertreter*, S. 90.

⁷⁴⁷ *Die Welt* vom 16. 1. 1953; *Der Freiheit* gehört die Zukunft, S. 19.

⁷⁴⁸ Gutscher, *Entwicklung*, S. 159 und 165.

bene oder „reaktivierte“ demokratische Gesinnung anzubieten hatte. Was aus der Beteiligung an einem antidemokratischen Netzwerk werden konnte, erlebte er am Schicksal seines früheren Mitarbeiters Scharping. Dieser hatte zwar nicht davor zurückgeschreckt, sich 1947 in einem offenen Brief offiziell dem britischen Kriegsgegner als Mitarbeiter anzudienen,⁷⁴⁹ gehörte aber um 1950 bereits wieder zu einem neo-nationalsozialistischen „Herrenclub“, den der ehemalige Studentenführer Scheel in Hamburg betrieb.⁷⁵⁰ Mit der britischen Aktion war dann auch Scharpings Engagement im rechtsradikalen Untergrund wahrscheinlich abgeschlossen, und der im April 1953 aus britischer Haft entlassene⁷⁵¹ einstmalige Spitzenfunktionär im RMVP verlegte und vertrieb bis 1991 harmlose Werbeartikel und -postillen.

Fritzsche blieb bei einer Publikationsform, die seinem Selbstverständnis besser entsprach. Im Frühjahr 1953 erschien sein zweites Buch, „Das Schwert auf der Waage“, ein ausführlicher Bericht über den Nürnberger Prozeß und die eigene Rolle im NS-Staat. Aber auch wenn direkte rechtsradikale Polemik von ihm nicht zu erwarten war, konnte der aufmerksame Leser seinen Ausführungen entnehmen, daß Fritzsche seine Überzeugung und Methodik nicht geändert hatte. Die Rezensionen stimmten darin überein, daß er grundsätzlich immer nur die „halbe Wahrheit“ präsentierte. Obwohl unterhaltsam und professionell geschrieben, erweise sich schließlich doch, daß dieses Buch eine parteiische und verzerrte Darstellung biete.⁷⁵²

Mit seinem Buch über Nürnberg lieferte er einen Beitrag zum Bestreben der neuen nationalistischen Rechten, sich selbst durch den Verweis auf die „positiven“ Aspekte des Nationalsozialismus, sowie durch Abgrenzung gegenüber dessen radikalen Vertretern und Tendenzen der deutschen Öffentlichkeit zu empfehlen. Teil dieser Verfälschung der historischen Wahrheit war es, die alliierten Kriegsverbrecherprozesse als „Siegerjustiz“ zu denunzieren, was auch Fritzsche in seinem Buch tat. Die politischen Anläufe rechtsradikaler Kreise scheiterten an den Wählern, wie sich bei den Bundestagswahlen im September 1953 zeigte. Größeren Erfolg konnte ein beständig anwachsendes Angebot an apologetischer Literatur erzielen, das unter einer meist dünnen demokratischen Kuvertüre sowohl NS-Nostalgiker zu bedienen als auch den Entlastungswünschen breiter Kreise der Bevölkerung zu entsprechen verstand.⁷⁵³

Dieser Markt entfaltete sich allerdings ohne die weitere Mitwirkung des Zeitzeugen Fritzsche. Der jahrzehntelange Kettenraucher, noch im Frühling 1953 scheinbar gesund zu Werbezwecken für sein zweites Buch auf Reisen, starb am 27. September 1953 in einem Düsseldorfer Krankenhaus an Krebs. Doch selbst die Todesnachricht bekam noch den latenten Verfremdungseffekt verliehen, der Fritzsches gesamtes publizistisches und politisches

⁷⁴⁹ Dies geschah in Form eines „offenen Briefes“ an den BBC-Kommentator Lindley Fraser, in welchem Scharping dem englischen Sieger demütig seine Mitarbeit offerierte. Wo Deutschland nun schon kein britisches Dominion werden könne, wolle er, Scharping, wenigstens für England tätig werden, wo doch so viele Unberufene – implizit: Moskau-Orientierte – jetzt das Sagen in Deutschland hätten. Der Brief wurde dann einem vernichtenden Echo im deutschsprachigen Dienst der BBC preisgegeben. „Ein Standhafter taucht auf“, 17. 1. 1947 [Zeitung unbekannt], BAK Zsg. 101/94.

⁷⁵⁰ Tauber, *Between Eagle*, S. 133; Jenke, *Verschwörung*, S. 179; „Die Totengräber sind unter uns“ (Teil II), *Frankfurter Rundschau* vom 10. 6. 1953.

⁷⁵¹ Grimm, *Unrecht*, S. 63.

⁷⁵² Vgl. *DER SPIEGEL* vom 29. 4. 1953, sowie „Er spricht wieder“, *Die Welt* vom 17. 6. 1953.

⁷⁵³ Axel Schildt spricht in diesem Zusammenhang davon, daß „die frühen 50er Jahre das dunkelste Kapitel der öffentlichen Diskurse über das ‚Dritte Reich‘ [bargen]“; ders., *Ungeheuer*, S. 34.

Wirken bestimmt hatte. Ein Pressedienst behauptete nämlich, er sei an den Nachwirkungen seiner Haft gestorben.⁷⁵⁴ Der Nachruf in der *Deutschen Nationalzeitung* bezeichnete ihn als Sieger über die Justiz der Alliierten, der nun dem gegen ihn gerichteten Haß für immer enthoben sei.⁷⁵⁵ Diese spezifische Art nationaler Pathetik ist Fritzsche nicht fremd gewesen. Eine andere, nüchterne Facette seines Wirkens wird treffend charakterisiert durch einen lapidaren Eintrag in seiner Sterbeurkunde. Sie verzeichnet als Beruf: Werbefachmann.⁷⁵⁶

⁷⁵⁴ „Hans Fritzsche spricht nicht mehr“, NP-Tagesdienst/Nordpress-Verlag vom 29.9.1953, BAK N 1355/3.

⁷⁵⁵ *Deutsche Nationalzeitung* vom 7. 10. 1953, ZA IfZ.

⁷⁵⁶ Sterbeurkunde des Standesamtes Köln-Deutz vom 9. 12. 1953, BAK N 1355/2.

Schluß

Hätte Fritzsche ein ernsthaftes Interesse daran gehabt, eine Autobiographie im Stil des Entwicklungsromans zu verfassen, wäre ihm in einer Beziehung der Stoff dafür nie ausgegangen. Denn sein Werdegang qualifizierte ihn zu einem Zeitzeugen, der einen Bogen hätte ziehen können vom antirepublikanischen Lager nach dem Ersten Weltkrieg bis zur rechtsextremen Szene der frühen Bundesrepublik. Auch genug klangvolle Namen hätten diese Schilderung anreichern können: Moeller van den Bruck, Radek, Hugenberg, Goebbels, Hitler, die Mitangeklagten im Nürnberger Prozeß, Naumann ... Was die eigene Person angeht, hätte er vermutlich bekennen müssen, daß diese hinter den historischen Ereignissen verschwand. Denn bei all seinem Geltungsdrang hatte Fritzsche ein durchgehendes Verhaltensmuster: soviel Einfluß und Reputation zu bekommen wie möglich, ohne sich dafür verantworten zu müssen.

Seine intellektuelle Entwicklung war von dem Bedürfnis geprägt, nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und seiner Gesellschaftsordnung neue feste Maßstäbe zu finden, an denen das eigene Handeln ausgerichtet werden konnte. Die Jahre als Mitläufer der „Konservativen Revolution“ statteten Fritzsche mit Überzeugungen aus, die seine politische und publizistische Zukunft beeinflussten. Dazu gehörte die Vorstellung, das beste politische System für Deutschland sei ein autoritärer Staatssozialismus, wie er angeblich im Ersten Weltkrieg bereits im Ansatz verwirklicht worden sei. Das Sicherheitsbedürfnis von Fritzsche wie auch eines Teils der Nachkriegsjugend gab diesem „sozialistischen“ Denken aber einen reaktionären Impetus. Keinesfalls sollte damit eine gesellschaftliche Umwälzung verbunden sein. Auch in seiner antisemitischen Einstellung verkörperte Fritzsche Kontinuität, denn diese war nicht rassebiologisch motiviert, sondern entsprang eher einem wilhelminischen, „kulturellem“ Hintergrund, wie ihn auch Moeller van den Bruck im Juni-Club vertreten hatte.

Als er sein Studium abbrach und in die Publizistik ging, lernte er bei seinem ersten Arbeitgeber Hugenberg nicht nur Professionalität auf einem hohen technischen Niveau. Seine tägliche Arbeit machte ihn auch mit dem Grundsatz vertraut, daß es nicht nur darauf ankam, Informationen zu sammeln, sondern daß publizistische Tätigkeit immer bedeutete, eine Auswahl im Sinne der „richtigen“ politischen Überzeugung zu treffen. Hiermit qualifizierte sich Fritzsche für alle seine noch folgenden Aufgaben, und diesem Grundsatz blieb er bis zum Schluß treu. Als Gründungsmitglied des „Reichsverbands Deutscher Rundfunkhörer“ hatte er frühzeitig die Gelegenheit, die NSDAP in Aktion kennenzulernen. Sein Verhalten war, auch wenn er es später anders auslegte, gleichermaßen von Abgrenzung geprägt wie von Annäherung. Noch aber hatte er sein Handeln an den Interessen Hugenbergs und der antidemokratischen, bürgerlichen Rechten zu orientieren.

Dieser Orientierung folgte er so lange, wie sie ihm neue und höherwertige Arbeitsmöglichkeiten erschloß. Sie empfahl ihn für den Posten des Chefredakteurs des Rundfunk-Nachrichtendienstes, als der Rundfunk 1932 nach den Vorstellungen des „Herrenclubs“ umgestaltet wurde und man Demokraten aus den dortigen Schlüsselpositionen entfernte. Der neue Chefredakteur bewies auch seine Fähigkeiten, vorgefundene Strukturen und Einrichtungen zu ererben und umzugestalten. Die „Politische Zeitungsschau“, welche er von seinem Vorgänger als Sendeformat übernahm und ab November 1932 selbst verfaßte, wies

formal keine Unterschiede auf zu ihren früheren Ausgaben. Dafür hatte sie sich völlig vom Grundsatz der Objektivität verabschiedet und betrieb jetzt Informationsauslese im Interesse der Reichsregierung. Das demonstrierte, wie sich eine „evolutionäre“ Umgestaltung vollziehen konnte.

Gerade auf diesem Gebiet brauchte der zur politischen Macht gelangte Nationalsozialismus für die Übergangszeit Spezialisten. Fritzsche war zu diesem Zeitpunkt noch kein entschiedener Parteigänger der NSDAP, aber besaß viel wichtigere Eigenschaften, die ihn für die neuen Herren interessant machten. Er wurde darum auch nicht wie eine ganze Reihe anderer Spitzenkräfte im Medienapparat nur „übernommen“, bis geeigneter NS-interner Ersatz vorhanden war. Vielmehr stellte er eine Idealbesetzung dar, weil er zuverlässig und mit eigener Initiative die Intentionen seiner Weisungsgeber umsetzte. Fritzsche brauchte darum auch nicht für die Arbeit im Propagandaministerium mit der Aussicht auf neue, interessante Tätigkeitsfelder angelockt zu werden. Die materielle Gratifikation und die Befriedigung seines Ehrgeizes waren hierfür ausreichende Motive.

Der Nationalsozialismus stellte aber für Fritzsche auch keinen Bruch mit seinen früheren Überzeugungen dar, sondern ermöglichte ihm in gewisser Hinsicht eine Rückkehr zu den eigenen ideologischen Wurzeln. Denn an die Stelle des reaktionären, auf die Herrschaft einer kleinen gesellschaftlichen Elite fixierten Kurses im Hause Hugenberg und im „Herrenclub“-Milieu des Reichskanzlers von Papen trat mit dem NS-Regime etwas, das Fritzsches Vorstellung von einer „Volksherrschaft“ entgegenkam. Der NS-Staat erweckte erfolgreich den Schein, auf dem Volkswillen zu beruhen, was Fritzsches Überzeugung war, die er sich auch nicht nehmen ließ, als der Willkürcharakter des Regimes bei der sogenannten Röm-Revolte und beim NS-Putsch in Österreich in seinem unmittelbaren Umfeld hervortrat.

Möglicherweise identifizierte er sich bereits 1934 stärker mit dem Nationalsozialismus, als er es selbst wahrhaben wollte. Sein Wirken wurde jedenfalls nicht nur von professionellen Standards bestimmt. Fritzsche war kein reiner Nachrichtenfachmann und Techniker, sondern agierte politisch im Sinne des Regimes. Dies ließ sich unter anderem an seiner gegen die Nachrichten des Luxemburger Senders gerichteten Aktivität ablesen. Ebenso nutzte er die ihm aufgetragene Reorganisation der kleineren Nachrichtenagenturen bewußt, um dort überzeugte Nationalsozialisten zu installieren.

Sicher war er kein fanatischer Vertreter dieser Weltanschauung. Da er dies nicht verbergen konnte, geriet er immer wieder in Gegensatz zu den „alten“ Nationalsozialisten, die ihn lediglich als Karrieristen betrachteten. Auch erregte er Mißtrauen, weil er bürgerlich geprägt war und in seinem Gebaren und professionellen Auftreten dem so verhaßten Stereotyp des „Intellektuellen“ entsprach. Es gab aber genügend Momente, in denen genau dieser diplomatische, verbindliche Typus gebraucht wurde. Ein solcher Moment entstand, als der Interessenkonflikt zwischen Propagandaminister Goebbels und dem von Hitler unterstützten Reichspressechef drohte, die laufende Propagandaarbeit zu behindern. Für den Eintritt in die Presseabteilung als Vermittler zwischen beiden war Fritzsche zunächst die richtige Wahl.

Er selbst wollte diese nächste Etappe seiner NS-Medienkarriere nachträglich verstanden wissen als den Versuch einer Mäßigung. Sein verbindliches Auftreten sollte gegen Tendenzen wirken, welche die deutsche Presse fanatisieren und mit bearbeitetem Nachrichtenmaterial versorgen wollten. Er behauptete später, er habe die auf einen Krieg zusteuernde Eskalation der deutschen Politik verhindern wollen. Solche Motive gehören zu den vielen nachträglichen Bearbeitungen, die Fritzsche an seiner Rolle und seinem Werdegang im NS-Staat vornahm. Das zeigt sich schon daran, daß er auf den Pressekonferenzen die Aggressionshetze der Regierung sowohl gegen die Tschechoslowakei als auch gegen Polen

mitrug. Ein qualitativer Unterschied zum damaligen Leiter der Abteilung, dem angeblich so fanatischen Berndt, läßt sich in dieser Hinsicht nicht erkennen.

Es ist dagegen deutlich, zum Beispiel aus den Erinnerungen der damals aktiven Journalisten zu erkennen, worin Fritzsches eigene Qualität lag. Er legte großen Wert auf Professionalität und sprach die Journalisten als einer der ihren an. Er bemühte sich, einige zu doktrinäre Elemente der Presselenkung in ihrer Wirkung zu neutralisieren und den Pressevertretern einen Rest von eigenverantwortlicher Arbeit zu ermöglichen. Aber auch, wenn er selbst sie allgemein dazu aufgefordert hatte, selbständig zu denken und zu schreiben, war er kein zuverlässiger Helfer, wenn sie deshalb Schwierigkeiten bekamen. Seine Hilfsbereitschaft hing sehr stark davon ab, wie sehr er sich selbst dabei exponieren mußte. Trotzdem verband sich mit seiner Person zäh die Vorstellung, er stehe irgendwie dem NS-System distanziert gegenüber, und sein Verhalten war uneindeutig genug, um diese irrige Vorstellung am Leben zu erhalten. In der Summe seiner Arbeit war er jedoch ein sowohl überzeugter wie auch effizienter Parteigänger des Nationalsozialismus.

In Nürnberg gelang ihm 1946 ohne große Schwierigkeiten der Nachweis, daß er zu unbedeutend war, um in die strategische und militärische Vorbereitung der NS-Aggression einbezogen gewesen zu sein. Nicht einmal sein Dienstherr Goebbels wurde in die aktuellen Planungen eingeweiht, bevor sie beschlußfertig vorlagen. Allerdings war Fritzsche angestrengt bemüht, sich als Ahnungsloser darzustellen und vertuschte, daß er jeweils in einem recht frühen Stadium von der nächsten „Aktion“ Kenntnis erlangt hatte. Das mochte in einem Gerichtsverfahren noch legitim erscheinen, um sich nicht selbst belasten zu müssen. In seinen späteren Büchern blieb er aber bei einer Darstellung, die nachweisbar falsch bzw. verfälscht worden war. Andererseits wollte er sich nicht als reinen Befehlsempfänger schildern und damit die eigene Verantwortung auf diesem Wege verkleinern. Er selbst gab zu, daß er einen erheblichen Einfluß auf die Gestaltung der Presse ausgeübt hatte, solange er auf den Konferenzen und in anderen Besprechungen die Möglichkeit gehabt hatte, die vorgegebenen Weisungen auszulegen und zu kommentieren. Sicherlich geschah dies immer in Rücksprache mit Goebbels. Dieser aber vertraute Fritzsche und ließ ihm weitgehend freie Hand. Erst als der Reichspressechef seinen Einfluß auf die Presse erweiterte und die Sprachregelung durch die Einführung der „Tagesparole“ vereinheitlichte, geriet Fritzsche in die unbequeme Rolle des Dieners zweier Herren, aus der er mit seiner Meldung zur Ostfront 1942 für einige Zeit enttrinnen wollte.

In anderer Hinsicht besaß Fritzsche aber eine Position, die durch keinerlei interne Streitigkeiten beeinträchtigt werden konnte. Mit Kriegsausbruch wurde er zum wichtigsten deutschen Rundfunkkommentator und verstärkte die Wirkung seiner „Politischen Zeitungs- und Rundfunkschau“ so sehr, daß sie als offizielle Meinungsäußerung betrachtet wurde. Ihr Charakter einer Plauderei suggerierte eine Harmlosigkeit, die weder ihrem Stellenwert gerecht wird noch den Intentionen ihres Autors entsprach. Sie diente angesichts des bestehenden Abhörverbotes für ausländische Rundfunksender sowohl als Ersatz für die hierdurch vorenthaltenen Informationen als auch zur propagandistischen Abwehr gegenüber dem Ausland.

Ihren offiziellen Stellenwert konnte sie vor allem deshalb einnehmen, weil Fritzsche nicht nur einer der am besten informierten NS-Funktionäre gewesen sein dürfte, sondern diesen Status auch ostentativ vor sich hertrug. Dies und sein persönlich gehaltener Vortragsstil trugen dazu bei, daß er eine „öffentliche Person“ wurde, die eine eigene Fangemeinde hatte. Fritzsche trat im Rundfunk nie als Individuum auf, sondern stilisierte sich zum Sprecher der deutschen Volksgemeinschaft. Sein nicht überhitzter, sondern ziviler Ton trug

dazu bei, daß seine Sendungen ein Integrationsangebot darstellten für diejenigen, die dem System noch indifferent gegenüberstanden.

Seine öffentlichen Vorträge sollten den Status der „öffentlichen Person“ noch unterfüttern und fanden oft im Rahmen von NSDAP-Veranstaltungen statt. Fritzsche identifizierte sich also bewußt mit der Parteiorganisation. In seiner reichhaltigen Hörerpost wurde er häufig als Helfer in allen Lebenslagen angesprochen, was auf den Erfolg seiner Integrationsstrategie schließen läßt. Seine ideologische Zuverlässigkeit stellte er dadurch unter Beweis, daß er kritische oder staatsfeindliche Schreiben in einer Reihe von Fällen direkt an die Gestapo weiterleitete. Daß er sich für diesen Umstand nach dem Kriege nicht rechtfertigen mußte, hat wahrscheinlich damit zu tun, daß ihm die direkte Veranlassung nicht mehr nachgewiesen werden konnte.

Sein Status als „öffentliche Person“ führte jedoch nach dem Ende des „Blitzkrieges“ dazu, daß Fritzsche stellvertretend für die Regierung von seinen Hörern kritisiert wurde. Allerdings richtete sich die Kritik der Hörer oft gegen diejenigen Eigenschaften Fritzsche, die vorher seine Beliebtheit garantiert hatten. In gewisser Weise speiste sich die gegen ihn gerichtete Aggressivität aus einer narzißtischen Kränkung der „Volksgenossen“, die sich um den so sicher geglaubten Sieg betrogen fühlten. Genauso, wie Fritzsche zunächst ein positives Echo in einem Umfang bekam, wie es im deutschen Medienbereich bislang unbekannt gewesen war, konzentrierte sich auch die negative Aufmerksamkeit vor allem auf ihn als den bekanntesten Propagandisten.

Eben weil die „Politischen Zeitungs- und Rundfunkschauen“, für die sich als gängiger Kurztitel bald die Ansage „Es spricht Hans Fritzsche“ einbürgerte, für seine Bekanntheit den Ausschlag gaben, hatte Fritzsche sich später vor allem für sie zu verantworten. Es fiel und fällt aber schwer, sie in ihrer Gesamtheit zu bewerten als entweder neutral-informativ, unauffällig-propagandatypisch oder etwa extrem ideologisch. Ihre Tagesgebundenheit trug dazu bei, daß ihr Autor nur bedingt eigene Schwerpunkte setzen konnte. Stilistisch herrschte ein ironischer, manchmal sarkastischer, oft aber auch leutseliger Tonfall vor. Besonders in den ersten Kriegsjahren bevorzugte es Fritzsche, führende Persönlichkeiten der gegnerischen Seite direkt anzugreifen. Das war eine typische Methode der NS-Propaganda, und keineswegs ein Zeichen dafür, daß seine Polemik die Völker der Feindstaaten aussparte, wie er später behauptete. Ebensowenig hielt er sich dabei in der Wahl der Mittel zurück und wurde vielleicht auch durch das begeisterte Hörerecho zur Fortsetzung scharfer Polemik angestachelt. Zu einer substantielleren Auseinandersetzung mit den Kriegsgegnern fehlte Fritzsche jedoch die Zustimmung von Goebbels. So verschleiß er allmählich seine Reputation.

Der tagespolitische Hintergrund verhinderte es außerdem, daß er sich in der Bewertung aktueller Vorgänge zurückhalten konnte. Als wichtigster Kommentator hatte er die propagandistische Tageslinie umzusetzen und mußte daher oft genug erleben, wie seine Prognosen innerhalb kürzester Zeit entkräftet wurden. In einigen Situationen wie zum Beispiel bei der Invasion in Nordfrankreich konnte er Zurückhaltung üben, aber auch nur, wenn und soweit dies dem von oben vorgegebenen Kurs entsprach. Zum Kriegsende hin ließ er fast alle ironischen Elemente beiseite, entfernte sich immer weiter von der aktuellen Situation und wich ins Pathetische aus. Wie in einer vorweggenommenen Rechtfertigung konzentrierte er sich jetzt darauf, den deutschen Kampf idealistisch zu überhöhen und die NS-Ideologie in einer Verkleidung als abstraktes Ideal fast verschwinden zu lassen. Das mochte an der Lebenswirklichkeit seiner Hörer 1944/45 vorbeigehen. Nach dem Krieg setzte er jedoch diese Entlastungsstrategie fort.

In der Analyse sind einige Themen von zentraler Bedeutung behandelt worden. Das wichtigste war zweifellos die Auseinandersetzung mit Großbritannien, das als der zeitweilig einzige Kriegsgegner Deutschlands aber auch die angeblichen jüdischen Weltherrschaftspläne verkörperte. In Fritzsches Schilderung seiner führenden Politiker und führenden Schichten verwoben sich antibritische und antisemitische Stereotype manchmal bis zur Unentwirrbarkeit, und hier entbehrte seine Polemik jeder Harmlosigkeit.

Weder 1946 in Nürnberg noch bei Fritzsches Spruchkammerverfahren 1947 gab es eine intensive Auseinandersetzung mit seinem Antisemitismus. Im Gegenteil: der Angeklagte konnte selbst definieren, inwieweit seine antisemitische Grundhaltung angemessen war und aussagen, er hätte antisemitische Äußerungen nur zur Abwehr der von ihm behaupteten kriegstreibenden Rolle der Juden getan. Dabei lagen genügend viele seiner Kommentare vor, die es ermöglicht hätten, das vorherrschende Bild von Fritzsche als eines „milden“ Antisemiten zu entkräften. Schließlich hatte er bereits im Mai 1940 dem französischen Minister Mandel angedroht, daß der für Frankreich verlorene Krieg die „Vernichtung für ihn und seine Rassegenossen“ bedeuten werde. Warum dieser Aspekt von Fritzsches Propaganda nicht genügend problematisiert wurde, ist heute nicht mehr nachzuvollziehen, zumal er als Leiter des politischen Programmsektors im Rundfunk auch dafür verantwortlich war, daß jede antisemitische Kampagne zuverlässig von diesem Medium unterstützt wurde.

Ein weiterer Punkt, an dem offenbleibt, warum Fritzsche sich hierfür nicht rechtfertigen mußte, ist seine Militärzeit bei der 6. Armee im Vormarsch auf Stalingrad. Niemand wollte hinterfragen, ob er wirklich keine Kenntnis hatte von der systematischen Vernichtung, der die jüdische und in Teilen auch die nichtjüdische Bevölkerung ausgeliefert wurde. Da kein Verdacht bestand, daß Fritzsche womöglich selbst an Greueln teilgenommen hatte, wurden seine unglaublichen Wissenslücken nicht weiter aufgegriffen. Dabei begleitete eine SD-Einsatzgruppe den Vormarsch der 6. Armee bis vor Stalingrad, und seine Kameraden bei der dortigen Propagandakompanie hatten bei der Vorbereitung des Massakers von Babij Jar mitgewirkt. Aber heute ist der direkte Nachweis einer Beteiligung oder Mitwisserschaft ebenso unmöglich wie damals; daher kann nur ein starkes Mißtrauen gegen Fritzsches Darstellung geäußert werden.

Unzweifelhaft ist jedoch, daß er schnell und beherrscht zugriff, als Goebbels ihm nach der Rückkehr von der Ostfront seine Absicht eröffnete, ihn zum Leiter der Rundfunkabteilung zu machen. Anders, als Fritzsche es gern erzählte, erbat er sich keine Bedenkzeit und stellte keine Bedingungen, sondern sagte sofort zu, obwohl Goebbels ihm Zeit zum Überlegen angeboten hatte. Daß er jetzt verantwortlicher Leiter eines Mediums wurde, das sich einer vollständigen Vorzensur entzog und daher nur von zuverlässigen Nationalsozialisten geführt werden konnte, kennzeichnet hinlänglich, wie Fritzsche eingeschätzt wurde.

Ähnlich wie in der Presseabteilung pflegte er hier einen kooperativen Arbeitsstil. Das aber war keine Abweichung vom Kurs, sondern der Versuch, Ideologie und Professionalität zu verbinden und im Rahmen des Führerprinzips eigenverantwortliche Arbeit zuzulassen. Ein Kennzeichen waren die täglichen Arbeitsbesprechungen, in denen sich Fritzsche mit einem verbindlichen Tonfall an seine Mitarbeiter wandte, aber dabei keinen Zweifel ließ, wer die Weisungen gab und wer sie zu befolgen hatte. Er setzte sich für seine Untergebenen ein, wahrte aber auch hier wie in allen sonstigen Konfliktsituationen das Gebot des Selbstschutzes. Im Umgang mit den Institutionen, die ihren Einfluß auf den Rundfunk geltend machten, kamen Fritzsche sein taktisches Geschick und die ihm eigene Beharrlichkeit zugute.

Stets versuchte er dabei, den eigenen Einfluß zu vergrößern, zumindest aber die Autonomie des RMVP und seiner Abteilung zu wahren. Dies gelang ihm unterschiedlich gut. Ver-

suche der NSDAP, auf das Programm einzuwirken und eigene Sendungen dort unterzubringen, blieben meistens erfolglos. Schwieriger war es, die ständigen Forderungen des Auswärtigen Amtes nach der Umsetzung seiner Richtlinienkompetenz und nach Federführung im Auslandsrundfunk abzuwehren. Hierbei verfolgte er eine Umarmungsstrategie, die er mit weitgehend reibungslosen persönlichen Kontakten, zum Beispiel zum stellvertretenden Leiter der Rundfunkabteilung im AA Kiesinger, erfolgreich umsetzen konnte.

Dagegen ist auffällig, wie es ihm eigentlich nie gelang, in die Kontakte zum OKW einbezogen zu werden, solange Hans Hinkel als Verantwortlicher für den Unterhaltungssektor des Rundfunks seinen Posten ausfüllte. Möglicherweise wurde Hinkels Insistieren auf seinem Anspruch, der Ansprechpartner für die vom OKW organisierten Soldatensender zu bleiben, von Goebbels gedeckt und damit bewußt Fritzsche Position geschwächt. Hier zeigt sich, daß auch in der Medienlenkung eine polykratische Herrschaftsstruktur existierte und Fritzsches Macht immer nur eine geborgte war. Gegenüber der NSDAP konnte er bestimmt auftreten, weil er dabei von Goebbels unterstützt wurde. In der eigenen Abteilung kämpfte er dagegen vergeblich gegen „Nebenregierungen“, wenn Goebbels kein Interesse hatte, diesen Zustand zu ändern.

Auch in der Nachrichtenpolitik sind die Grenzen deutlich, welche Fritzsches Vorstellungen gesetzt waren. Der von ihm postulierte Realismus sollte ganz im Sinne seines Ministers eine Sache des Stils, nicht des Inhalts sein. Vor diesem Hintergrund beschritt Fritzsche verschiedene Wege, um eine realistischere Nachrichtenpolitik im Rundfunk umzusetzen, hatte aber langfristig damit keinen Erfolg. Mitte 1943 hatte der Rundfunk seine Wirksamkeit als Massenbeeinflussungsmittel weitgehend eingebüßt. Statt Information bot er auch unter Fritzsches Leitung immer mehr Propaganda.

Allerdings scheint der Rundfunk, gerade was die Ende 1943 einsetzende Wunderwaffenpropaganda anbelangt, etwas Distanz gehalten zu haben. Fritzsche konnte hier die Skepsis nutzen, mit der sein eigener Chef diesem Thema gegenüberstand. In der sonstigen Programmgestaltung erfüllte der Rundfunk jedoch bis Kriegsende sein Soll zur vollen Zufriedenheit der Führung. Wenn er dabei nicht völlig in Propaganda und Greuelhetze versank, ist dies wahrscheinlich nur dem Umstand geschuldet, daß er immer weniger ideologisches Lenkungsinstrument war, sondern immer stärker seine Hörer von ihrer Wirklichkeit „entlasten“ sollte.

Bis zum Schluß weigerte Fritzsche sich, die vom Rundfunkprogramm verbreitete Normalität durch ein Programm zu ersetzen, das der existentiellen Bedrohung weitere Teile der Bevölkerung besser angemessen war. Aber genauso, wie er noch in einem seiner letzten öffentlichen Vorträge im Februar 1945 dazu aufrief, unter allen Umständen durchzuhalten, durchsetzte er das Programm mit fanatisierten Durchhaltereden. Selbst die von Goebbels vorangetriebene „Werwolf“-Kampagne begleitete er als Kommentator mit sympathisierenden Äußerungen. Der Betrieb des sogenannten Werwolfsenders dürfte allerdings ohne seine Mitwirkung erfolgt sein, und ganz zum Schluß schwankte Fritzsche zwischen Flucht und Verantwortung, als es darum ging, gemeinsam mit den verbliebenen Mitarbeitern das Kriegsende in Berlin zu überstehen. Aus welchen Motiven heraus er sich für die Verantwortung entschied, ist hier nicht zu beantworten.

Er leitete allerdings aus seinem Verhalten nun erst recht den Anspruch ab, als Vertreter des deutschen Volkes zu sprechen und darum auch stellvertretend für dieses Volk entweder abgeurteilt oder freigesprochen zu werden. In Nürnberg stand er zunächst vor dem Nichts, als seine ihm vom Nationalsozialismus gegebenen Gewißheiten angesichts des präsentierten Anklagematerials vorübergehend in sich zusammenfielen. Unfähig oder auch nur un-

willig, diese Wahrheit zu akzeptieren, schuf sich Fritzsche in seiner Verteidigungsstrategie ein neues gedankliches Gerüst. Doch im deutschen Volk dürfte die Bereitschaft gering gewesen sein, sich von ihm vertreten zu lassen. Die Aversion, welche sich bereits im Krieg gegen ihn aufgebaut hatte, wurde nach dem Krieg durch die These gestützt, das deutsche Volk sei zu den von ihm verübten Menschheitsverbrechen nur fähig gewesen, weil es durch eine skrupellose und geschickte Propaganda beeinflusst und gelenkt worden war.

Seine Anwesenheit im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß war unstreitig die eines Platzhalters für diejenigen, deren Weisungen er befolgte oder befolgen mußte. Sein Freispruch war daraus die logische Konsequenz. Ebenso folgerichtig war es, daß eine deutsche Spruchkammer ihn als Hauptschuldigen verurteilte, weil hier nicht die Führungsebene abgeurteilt wurde, sondern Fritzsche sich für die Konsequenzen verantworten mußte, die sein eigenes Wirken gehabt hatte und die einen solchen Spruch rechtfertigten. Daß das Verfahren einige erhebliche Rechtsmängel aufwies und viele namhafte Funktionäre des „Dritten“ Reiches entweder straffrei blieben oder geringere Strafen ableisten mußten als Fritzsche, stimmt. Ebenso stimmt aber, daß das gegen ihn ausgesprochene Urteil angemessen war.

Bedürfte es dafür eines Beleges, reichen Fritzsches bis zu seinem Tod 1953 aufrechterhaltene Überzeugungen dafür aus. Erstaunlich ist vielmehr, wie es ihm bereits kurz nach seiner 1950 erfolgten Entlassung aus dem Arbeitslager gelang, sich öffentlich als Publizist zu betätigen und sogar politische Kontakte zu knüpfen. Ob er sich allerdings nach dem Scheitern einer Anbindung an die FDP 1953 weiterhin hätte politisch betätigen wollen oder weitere apologetische Bücher veröffentlicht hätte, bleibt Spekulation. Als Zeitzeuge wäre er uns, eine gute Gesundheit vorausgesetzt, wohl in kaum einer NS-Dokumentation erspart geblieben und hätte dabei vielleicht sogar einen sympathischen Eindruck hinterlassen. Seine Methode, die Wahrheit sorgfältig zu bearbeiten, hätte er sicher beibehalten.

Zeittafel

- 1900 Am 21. April wird Hans Fritzsche in Bochum als zweites Kind eines Postdirektors geboren. Seine Schulzeit verbringt er in Dresden und Leipzig.
- 1918 April bis Oktober dient Fritzsche bei der 6. Kavallerie-Schützendivision
- 1919 Abitur am „König-Albert-Gymnasium“ in Leipzig
- 1920 Beginn des Studiums der Fächer Germanistik, Neuere Geschichte und Volkswirtschaft, zunächst in Greifswald, ab 1921 in Berlin
- 1921 Teilnahme am Berliner „Juni-Club“, gleichzeitig Mitglied im Deutschen Hochschulring. Im Wintersemester 1922/23 Dozent an der „Hochschule für nationale Politik“. Mitarbeit an den „Preußischen Jahrbüchern“.
- 1923 Eintritt als Redakteur in die Nachrichtenagentur „Telegraphen-Union“
- 1930 Gründungs- und Vorstandsmitglied des am 12. August gegründeten „Reichsverbands Deutscher Rundfunkhörer“, 1932 ausgeschieden
1. 10. 1932 Ernennung zum Chefredakteur des deutschen Rundfunk-Nachrichtendienstes, der „Dradag“, ab 1934 „Drahtloser Dienst“ (DD)
29. 11. 1932 Die erste von Fritzsche zusammengestellte „Politische Zeitungsschau“ wird im deutschen Rundfunk ausgestrahlt.
1. 5. 1933 Der „Drahtlose Dienst“ wird eine Abteilung des RMVP. Fritzsche wechselt aus dem Angestellten- in das Beamtenverhältnis über und tritt in die NSDAP ein.
1. 6. 1938 Fritzsche wechselt vom „Drahtlosen Dienst“ in die Presseabteilung des RMVP, wo er zunächst stellvertretender Abteilungsleiter und dann zum 1. 1. 1939 Leiter der Abteilung Deutsche Presse wird.
29. 8. 1939 Erstmalige Ausstrahlung der „Politischen Zeitungs- und Rundfunkschau“, in der Fritzsche bis Kriegsende die gegnerische Presse und den gegnerischen Rundfunk kommentiert
- 1940 Fritzsches erstes Buch „Krieg den Kriegshetzern“ erscheint
- 1941 Fritzsches zweites Buch „Zeugen gegen England“ erscheint
- April 1942 Fronteinsatz bei der 389. Infanterie-Division im Vormarsch auf Stalingrad. Im September Rückkehr nach Berlin

Nov. 1942	Ernennung Fritzsches zum Leiter der Rundfunkabteilung im RMVP und zum „Beauftragten für die politische Gestaltung des Großdeutschen Rundfunks“. Der Unterhaltungsbereich des Rundfunks unterliegt nicht seiner Kompetenz, sondern wird von Hans Hinkel eigenverantwortlich geleitet.
Mai 1944	Auch der Unterhaltungsbereich wird Fritzsche als dem Leiter der Rundfunkabteilung zugeordnet.
28. 4. 1945	Fritzsche spricht seinen letzten Rundfunkkommentar, bevor am 30. 4. 1945 der Sendebetrieb in Berlin eingestellt wird.
2. 5. 1945	Fritzsche gerät an der Spitze einer Delegation, die mit dem sowjetischen Oberkommando über die Kapitulation Berlins verhandeln will, in sowjetische Gefangenschaft. Am 21. Juni wird er nach Moskau geflogen und dort in den folgenden Monaten verhört.
Okt. 1945	Rückkehr nach Deutschland zur Vorbereitung des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses, der am 20. 11. 1945 eröffnet wird. Fritzsche ist einer der 21 Angeklagten.
30. 9. 1946	Freispruch Fritzsches durch das Internationale Militärtribunal
27. 1. 1947	Beginn des Verfahrens vor der Spruchkammer Nürnberg, die Fritzsche am 31. Januar als Hauptschuldigen zu neun Jahren Arbeitslager verurteilt. Am 4. Februar 1947 wird Fritzsche verhaftet.
1947–1950	Nachdem das Berufungsverfahren im September 1947 den ursprünglichen Schuldspruch noch verschärft, bleibt Fritzsche Internierter in den Arbeitslagern Regensburg, Nürnberg-Langwasser und Eichstätt.
1948	In der Schweiz erscheint Fritzsches erstes Nachkriegsbuch „Es sprach Hans Fritzsche“.
26. 9. 1950	Haftentlassung Fritzsches wegen „guter Führung“
1951	Tätigkeit in der Werbebranche, zuletzt als Werbeleiter bei einer französischen Kosmetikfirma
1952	Mitwirkung am Entwurf des „Deutschen Programms“ der nordrhein-westfälischen FDP, lose Kontakte zur FDP, die nach der Verhaftung des sogenannten Naumann-Kreises abbrechen
1953	Das zweite Nachkriegsbuch „Das Schwert auf der Waage“ mit Fritzsches Darstellung des Nürnberger Prozesses erscheint.
27. 9. 1953	Tod in einem Düsseldorfer Krankenhaus

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
ABSIE	American Broadcasting System In Europe
ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AG	Aktiengesellschaft
AO	Auslandsorganisation (der NSDAP)
AOK	Armee-Oberkommando
AStA	Allgemeiner Studentenausschuß
BA	Bundesarchiv Berlin
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BA-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg
BBC-MS	BBC Monitoring Service
BBZ	Berliner Börsen-Zeitung
BDC	Berlin Document Center
BV	Berufungsverfahren
BZ	Berliner Zeitung
CBS	Columbia Broadcasting System
CSR	Tschechoslowakische Republik
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DANA	Deutsche Allgemeine Nachrichtenagentur
DAZ	Deutsche Allgemeine Zeitung
DD	Drahtloser Dienst
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DHR	Deutscher Hochschulring
DKS	Deutscher Kurzwellensender (auch KWS)
DNB	Deutsches Nachrichtenbüro
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Abteilung Deutsche Presse (RMVP)
DPA	Deutsche Presseagentur
DPD	Deutscher Presse-Dienst
DRA	Deutsches Rundfunkarchiv
Dradag	Drahtloser Dienst AG
DVP	Deutsche Volkspartei
E. E.	Eidesstattliche Erklärung
EP	Europapress

FA	Forschungsamt
FAST	Funk-Abhörstelle des Auswärtigen Amtes
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FHQ	Führerhauptquartier
FO	Foreign Office
FS	Fernschreiben
FZ	Frankfurter Zeitung
Gestapa	Geheimes Staatspolizeiamt Berlin
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GFM	Generalfeldmarschall
GPA	Gaupropagandaamt (der NSDAP)
GPL	Gaupropagandaleitung (der NSDAP)
Gruppe Z	Gruppe Zeitgeschehen (Rundfunkabteilung im RMVP)
HstAW	Hauptstaatsarchiv Stuttgart/Landesarchiv Württemberg
HWWA	Hamburger Welt-Wirtschafts-Archiv
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, Archiv, München
IMT	Internationales Militärtribunal (s. a. Literaturverzeichnis)
IRD	Internationaler Radio-Dienst GmbH
Korück	Kommando des rückwärtigen Frontabschnitts
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KWS	Deutscher Kurzwellensender (auch DKS)
MAA	Militärische Stelle des Auswärtigen Amtes
MadR	Meldungen aus dem Reich
Mil.-Gov.	Military Government
MG	Militärregierung
NIZ	Nachrichten- und Informationszentrale (Auslandsabteilung Rundfunk)
NKWD	Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (UdSSR)
NP	Nordpress
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
OB	Oberbefehlshaber
ObH	Oberbefehlshaber des Heeres
o. D.	ohne Datierung
OHL	Oberste Heeresleitung
OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht

OKW/WPr.	OKW/Amtsgruppe für Wehrmachtpropaganda
OMGUS	Office of Military Government for Germany, US-Zone of Occupation/ Control
o.Pg.	ohne Paginierung
Pers.-Abt.	Personalabteilung (RMVP)
Pg.	Parteigenosse
PK	Propaganda-Kompanie
Pro	Propaganda (Kürzel für die Abteilung Propaganda im RMVP)
Promi	Propagandaministerium
PZ	Politische Zeitungsschau
PZUR	Politische Zeitungs- und Rundfunkschau
RAB	Rundfunk-Arbeitsbesprechung
RAF	Royal Air Force
RAM	Reichsaußenminister
RAVAG	Radio-Verkehrs-AG (Wien)
RDP	Reichsverband der Deutschen Presse
RDR	Reichsverband Deutscher Rundfunkhörer
Ref.	Referat
Rfk.	Rundfunk (Kürzel für Rundfunkabteilung im RMVP)
RFSS	Reichsführer SS
RIM	Reichsinnenministerium
RJM	Reichsjustizministerium
RKK	Reichskulturkammer
RLM	Reichsluftfahrtministerium
RM	Reichsmark
RMVP	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
RPA	Reichspropagandaamt
RPÄ	Reichspropagandaämter
RPL	Reichspropagandaleitung der NSDAP
RR	Regierungsrat
RRG	Reichsrundfunkgesellschaft
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
RWM	Reichswirtschaftsministerium
SAM	Sonderarchiv Moskau
SD	Sicherheitsdienst der SS
SKV	Spruchkammerverfahren
SpK	Spruchkammer
STAGMA	Staatlich genehmigte Gesellschaft zur Verwertung musikalischer Urheberrechte (1933–1947, danach: GEMA)
StAHH	Staatsarchiv Hamburg
StAM	Staatsarchiv München
Stapo	Staatspolizei
StRUG	Studienkreis Rundfunk und Geschichte

StS	Staatssekretär
SÜRAG	Süddeutsche Rundfunk AG
TASS	Telegrafnoe Agentstwo Sowjetskowo Sojusa (Nachrichtenagentur der UdSSR)
TO	Transocean
TU	Telegraphen-Union
u. k.	unabkömmlich
VB	Völkischer Beobachter
VDSSt	Vereine Deutscher Studenten
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VGH	Volksgerechtshof
VI	Vertrauliche Information
WB	Wehrmachtbericht
WFSt	Wehrmachtführungsstab
WNV	Wehrmachtnachrichtenverbindungen
Wpr.	Amtsgruppe für Wehrmachtpropaganda
WTB	Wolffsches Telegraphen-Bureau
ZA	Zeitungsausschnittsarchiv

Quellen- und Literaturverzeichnis

Unveröffentlichte Quellen

Bundesarchiv Berlin (BA)

NS 1
 NS 5 (DAF)
 NS 6
 NS 18 (Reichspropagandaleitung/Hauptamt Reichsring)
 NS 19 (Stab Reichsführer SS)
 NS 26
 R 34 (DNB)
 R 43 I (Reichskanzlei)
 R 43 II („Neue“ Reichskanzlei)
 R 55 (RMVP)
 R 56 I (Reichskulturkammer)
 R 58 (RSHA)
 R 74 (Seehaus-Dienst)
 R 78/1 (RRG)
 R 901 (Auswärtiges Amt)

Bundesarchiv Koblenz (BAK)

Kl. Erw. 302-1: Papiere von Otto Mejer, Direktor des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB) – Unterlagen zur Geschichte des DNB (1933–1945/1956)
 Kl. Erw. 494: Privatdienstliche Korrespondenz Karl Scharping 1944–1945
 N 1261: Nachlaß Fritz Sänger
 N 1355: Nachlaß Hans Fritzsche
 N 1373: Nachlaß Hans Schwarz van Berk
 Zsg. 101: Sammlung Brammer
 Zsg. 102: Sammlung Sänger
 Zsg. 109: Sammlung Oberheitmann

Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (BA-MA)

RH 26 (Oberkommando des Heeres)
 RM 7 (Oberkommando der Kriegsmarine)
 RW 4 (Oberkommando der Wehrmacht)

Deutsches Rundfunkarchiv, Frankfurt a. M. (DRA)

Exzerpte und Kopien aus Akten des Moskauer Sonderarchivs (SAM), Bestände SD bzw. RMVP
 Tondokumente, darunter Kommentare und Vorträge von Hans Fritzsche, Kurt Dittmar und anderen
 Mitschnitte bzw. Abschriften der Rundfunk-Arbeitsbesprechungen 1943–1945

Forschungsstelle für Zeitgeschichte, Hamburg

Zeitungsausschnitte zur „Naumann“-Affäre

Hauptstaatsarchiv Stuttgart/Landesarchiv Württemberg (HStAW)

E 130 b (Württembergisches Staatsministerium)

E 131 (Pressestelle des Württembergischen Staatsministeriums)

Institut für Zeitgeschichte, München, Archiv (IfZ)

ED 600/1, F 104, Fa 138, Fa 201, Fa 714, Fb 93/7, Fd 48/2

MA 137, 253, 290, 294, 433, 542, 563, 596, 666, 667, 813, 1341, 1361, 1563

PS 1804, 3255, 3064, 3875

Sp. 44 Spruchkammerakte Fritz Hippler

ZS 274, 490, 593, 625, 1088, 1410, 1491, 1841, 2106

Zeitungsausschnittsarchiv (ZA IfZ)

Norddeutscher Rundfunk, Hamburg (NDR)

Zeitungsausschnittsarchiv (ZA NDR)

Staatsarchiv Hamburg (StAHH)

Bestand 135-1 (Staatliche Pressestelle, Teil II: Rundfunk)

Bestand 622-1 (Familienarchiv Georg Ahrens)

Zeitungsausschnittsarchiv (ZA StAHH)

Staatsarchiv München (StAM)

SpK 475-477 Spruch- und Berufungskammerakten Hans Fritzsche

Weltwirtschaftsarchiv, Hamburg (HWWA)

Zeitungsausschnittsarchiv (ZA HWWA)

Veröffentlichte Quellen

Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945. Serie D (1937-1941), Serie E (1941-1945).

Aldag, Peter: Worüber berichten wir heute. Unsere Gegner und ihr Krieg. Berichte aus dem „Zeitgeschehen“ des Großdeutschen Rundfunks in Zusammenarbeit mit der Anti-Komintern. Berlin 1941.

Boelcke, Willi A. (Hrsg.): Kriegspropaganda 1939-1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium. Stuttgart 1966.

Ders. (Hrsg.): Wollt Ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939-1943. Stuttgart 1967.

Buchbender, Ortwin/Reinhold Sterz (Hrsg.): Das andere Gesicht des Krieges. Deutsche Feldpostbriefe 1939-1945. München 21983.

Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SoPaDe). Salzhausen/Frankfurt a. M. 1980.

Deutschland im Kampf. Sonderausgabe von „Das Archiv“. Hrsg. von Alfred-Ingemar Berndt und Hasso von Wedel. Berlin, 1939-1944.

Diller, Ansgar: „Haben Sie Auslandssender gehört?“ – Eine amerikanische Hörerbefragung am Ende des Zweiten Weltkriegs. In: Rundfunk und Geschichte 24 (1998), S. 54-62.

Ders.: Die Weihnachtsringsendung 1942. Der Produktionsfahrplan der RRG. In: Rundfunk und Geschichte 29 (2003), S. 47-51.

- Ders./Wolfgang Mühl-Benninghaus (Hrsg.): Berichterstattung über den Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46. Edition und Dokumentation ausgewählter Rundfunkquellen. Potsdam 1998.
- Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen. Bd. 2: Untergang (zwei Halbbände). Wiesbaden 1973.
- Dussel, Konrad/Edgar Lersch (Hrsg.): Quellen zur Programmgeschichte des deutschen Hörfunks und Fernsehens. Göttingen/Zürich 1999.
- Facsimile Querschnitt durch „Das Reich“. Hrsg. von Hans Dieter Müller. München/Bern/Wien 1964.
- „Der Fall Naumann“, Typoskript der Sendung vom 9. 6. 1953 des NWDR Köln.
- Fischer, Eugen Kurt: Dokumente zur Geschichte des deutschen Rundfunks und Fernsehens. Göttingen/Berlin/Frankfurt 1957.
- Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus. Hrsg. vom Ministerium für Sonderaufgaben. München 1946.
- Gestapo Hannover meldet. Polizei- und Regierungsberichte für das mittlere und südliche Niedersachsen zwischen 1933 und 1937. Bearbeitet und eingeleitet von Klaus Mlynek. Hildesheim 1986.
- Gestapo Oldenburg meldet ... Berichte der Geheimen Staatspolizei und des Innenministers aus dem Freistaat und Land Oldenburg 1933–1936. Bearbeitet und eingeleitet von Albrecht Eckhardt und Katharina Hoffmann. Hannover 2002.
- Gestapo Osnabrück meldet ... Polizei- und Regierungsberichte aus dem Regierungsbezirk Osnabrück aus den Jahren 1933 bis 1936. Bearbeitet und eingeleitet von Gerd Steinwascher. Osnabrück 1995.
- Goebbels, Joseph: Die Zeit ohne Beispiel. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1939–41. München 1941.
- Ders.: Das eherne Herz. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1941/42. München 1942.
- Ders.: Der steile Aufstieg. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1942/43. München 1944.
- Ders.: Reden 1932–1945 (Band I und II). Hrsg. von Helmut Heiber. Düsseldorf 1971/72.
- Hubatsch, Walther: Hitlers Weisungen für die Kriegführung. München ²1983.
- IMT s. Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher ...
- Kuropka, Joachim (Hrsg.): Meldungen aus Münster 1924–1944. Geheime und vertrauliche Berichte von Polizei, Gestapo u. a. über die politische und gesellschaftliche Situation in Münster. Münster 1992.
- Lageberichte der Geheimen Staatspolizei zur Provinz Sachsen 1933 bis 1936. Hrsg. von Hermann-Josef Rupieper und Alexander Sperk. Band 1: Regierungsbezirk Magdeburg. Halle (Saale) 2003.
- Das letzte halbe Jahr. Stimmungsberichte der Wehrmachtpropaganda 1944/45. Hrsg. von Wolfram Wette, Ricarda Bremer und Detlef Vogel. Essen 2001.
- Mann, Thomas: Politische Schriften und Reden, Bd. III. Frankfurt a. M. 1968.
- Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS. Hrsg. und eingeleitet von Heinz Boberach. 17 Bde. Herrsching 1984.
- Moll, Martin (Hrsg.): „Führer-Erlasse“ 1939–1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven. Stuttgart 1997.
- Murawski, Erich: Der deutsche Wehrmachtbericht 1939–1945. Ein Beitrag zur Untersuchung der geistigen Kriegführung. Mit einer Dokumentation der Wehrmachtberichte vom 1. 7. 1944 bis zum 9. 5. 1945. Boppard am Rhein 1962.
- NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Bde. 6 und 7. Hrsg. von Hans Bohrmann und Gabriele Toepser-Ziegert. München 1999.
- Picker, Henry: Hitlers Tischgespräche 1941–1942 im Führerhauptquartier. Stuttgart 1963.
- Poliakov, Léon/Joseph Wulf: Das Dritte Reich und seine Denker. Berlin 1959.
- Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg 14. 11. 1945–1. 10. 1946. Veröffentlicht vom Sekretariat des Gerichtshofes. Nürnberg 1947.
- Rundfunk im Aufbruch. Handbuch des deutschen Rundfunks 1934 mit Funkkalender. Hrsg. vom Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer, Berlin 1934.
- Rundfunk-Jahrbuch 1931. Hrsg. von der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft. Berlin o. J.
- Rundfunk-Jahrbuch 1933. Hrsg. von der RRG und der Arbeitsgemeinschaft von Verlegern offizieller Funkzeitschriften Berlin, Berlin o. J.
- Sadila-Mantau, Heinz: Der Nachrichtendienst des deutschen Rundfunks. In: Rundfunk im Aufbruch, S. 101–106.
- Schnabel, Reimund: Mißbrauchte Mikrofone. Deutsche Rundfunkpropaganda im Zweiten Weltkrieg. Eine Dokumentation. Wien 1967.

- Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944. Hrsg. vom Archiv Peter für historische und zeitgeschichtliche Dokumentation. Stuttgart 1961.
- Sündermann, Helmut: Tagesparolen des Reichspressechefs 1939–1945. Aus dem Nachlaß hrsg. von Gert Sudholt. Leoni am Starnberger See 1975.
- Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944. Ausstellungskatalog, hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung. Hamburg 2002.
- Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933–1940. Bearbeitet von Jörg Schadt. Stuttgart u. a. 1976.
- Weinbrenner, Hans-Joachim (Hrsg.): Handbuch des Deutschen Rundfunks 1939/40. Heidelberg u. a. 1939.
- Wesemann, Fried: Die Totengräber sind unter uns. Aus den Dokumenten der Naumann-Affäre. Teil I–V, abgedruckt in: Frankfurter Rundschau vom 9.–13. 6. 1953.
- Wulf, Joseph: Presse und Funk im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Gütersloh 1964.

Texte von und über Fritzsche

- Fritzsche, Hans: Die Grenzen des Rundfunknachrichtendienstes. In: Weltrundfunk 1 (1937), S. 155f.
- Ders.: Krieg den Kriegshetzern. Acht Wochen politische Zeitungs- und Rundfunkschau. Berlin 1940.
- Ders.: Zeugen gegen England. Von Alexander bis Woolton. Düsseldorf 1941.
- Ders.: England sucht neuen Herrn. In: Arbeitertum 7 (1942), Aprilheft.
- Ders.: Rundfunk im totalen Krieg. In: Reichsrundfunk (1944/45), Heft 13/14 (Oktober 1944), S. 135f.
- Ders.: Hier spricht Hans Fritzsche. Zürich 1948 bzw. Stuttgart 1949 unter dem Titel „Es sprach Hans Fritzsche“. [Fritzsche wird nicht als Autor genannt, da er Publikationsverbot hatte.]
- Gassert, Philipp: „This Is Hans Fritzsche“ – A Nazi Broadcaster and His Audience. In: Journal of Radio Studies 8 (2001), S. 81–103.
- Groth, Michael: Ein Publizist im Dritten Reich. Vorstudien zu einer Biographie von Hans Fritzsche. Magisterarbeit. Münster 1979 (unveröffentlicht).
- Hartwig, Martin: „Zunächst die Tagesparole.“ Die Rundfunkarbeitsbesprechungen des Propagandaministeriums. Manuskript einer Sendung des Deutschlandfunks vom 4. 6. 2002.
- Springer, Hildegard: Das Schwert auf der Waage. Heidelberg 1953. [Die Veröffentlichung erfolgte unter dem Namen von Hildegard Springer, weil Fritzsche Publikationsverbot hatte.] Geringfügig erweiterte Neuauflage als: Hildegard Fritzsche. Vor dem Tribunal der Sieger. Preußisch Oldendorf 1981.

Biographien, Autobiographien, Tagebücher

- Anders, Karl: Im Nürnberger Irrgarten. Regensburg 1948.
- Benz, Wigbert: Paul Carell. Ribbentrops Pressechef Paul Karl Schmidt vor und nach 1945. Berlin 2005.
- Biermann, Frank: Paul Laven. Rundfunkberichterstattung zwischen Aktualität und Kunst. Münster/New York 1989.
- Borresholm, Boris von: Dr. Goebbels nach Aufzeichnungen aus seiner Umgebung. Berlin 1949.
- Boveri, Margret: Wir lügen alle. Eine Hauptstadtzeitung unter Hitler. Olten/Freiburg im Breisgau 1965.
- Dies.: Tage des Überlebens. Berlin 1945. München/Zürich 1977.
- Cole, John A.: Lord Haw-Haw – and William Joyce. London 1964.
- Delmer, Sefton: Die Deutschen und ich. Hamburg 1963 (dt. Ausgabe der englischen Originalveröffentlichungen ‚Trail Sinister‘ [1961] und ‚Black Boomerang‘ [1962]).
- Dietrich, Otto: 12 Jahre mit Hitler. München 1955.
- Fasse, Norbert: Vom Adelsarchiv zur NS-Propaganda. Der symptomatische Lebenslauf des Reichsrundfunkintendanten Heinrich Glasmeier. Bielefeld 2001.
- Feder, Ernst: Heute sprach ich mit ... Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926–1932. Hrsg. von Cécile Lowenthal-Hensel und Arnold Paucker. Stuttgart 1971.
- Fischer, Helmut Joachim: Erinnerungen. Teil I: Von der Wissenschaft zum Sicherheitsdienst. Teil II: Feuerwehr für die Forschung. Ingolstadt 1984 bzw. 1985.

- Der Freiheit gehört die Zukunft. Wolfgang Döring. Eine politische Biographie von Wolfram Dorn und Dr. Wolfgang Wiedner. Bonn 1974.
- Gassert, Philipp: Kurt Georg Kiesinger. 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München 2006.
- Gilbert, Gustave M.: Nürnberger Tagebuch. Frankfurt a. M. ³1977.
- Goebbels, Joseph: Die Tagebücher. Hrsg. von Elke Fröhlich. Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941. München 1998–2006; Teil II: Diktate 1941–1945. München 1993–1996.
- Haaf, Oskar: Beim Gongschlag ... Begegnungen, Ereignisse, Erlebnisse, Bd. 1: Mein Leben war der Rundfunk. München 1984.
- Hachmeister, Lutz: Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six. München 1998.
- Hartlaub, Felix: „In den eigenen Umriss gebannt“ Kriegsaufzeichnungen, literarische Fragmente und Briefe aus den Jahren 1939 bis 1945. Hrsg. von Gabriele Lieselotte Ewenz. Frankfurt a. M. 2002.
- Hassell, Ulrich von: Vom ändern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944. Zürich/Freiburg ²1948.
- Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989. Bonn ³1996.
- Honigsmann, Georg: Kapitalverbrechen oder Der Fall des Geheimrats Hugenberg. Berlin-Ost ²1978.
- Irving, David: Goebbels. Mastermind of the Third Reich. London 1997.
- Kästner, Erich: Notabene 45. Ein Tagebuch. Zürich 1961
- Kardorff, Ursula von: Berliner Aufzeichnungen 1942–1945. Unter Verwendung der Original-Tagebücher neu herausgegeben und kommentiert von Peter Hartl. München 1992.
- Kershaw, Ian: Hitler. 1936–1945. Stuttgart 2000.
- Kiesinger, Kurt Georg: Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904–1958. Stuttgart 1989.
- Lochner, Louis P.: Always The Unexpected. A Book Of Reminiscences. New York 1956.
- Martin, Hans-Leo: Unser Mann bei Goebbels. Verbindungsoffizier des OKW beim Reichspropagandaminister 1940–1944. Neckargemünd 1973.
- Oven, Wilfried von: Mit Goebbels bis zum Ende. Zwei Bände, Buenos Aires 1949 und 1950.
- Ders.: Wer war Goebbels? Biographie aus der Nähe. München/Berlin 1987.
- Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40. Hrsg. und erläutert von Hans-Günther Seraphim. Göttingen u. a. 1956
- Preuschhoff, Hans: Journalist im Dritten Reich. Münster 1987
- Reimann, Norbert: Heinrich Glasmeier. In: Westfälische Lebensbilder, Band 17. Hrsg. von Friedrich Gerhard Hohmann. Münster 2005, S. 154–184.
- Salis, Jean Rudolf von: Grenzüberschreitungen. Ein Lebensbericht. Zweiter Teil 1939–1978. Zürich 1978.
- Schellenberg, Walter: Aufzeichnungen. Die Memoiren des letzten Geheimdienstchefs unter Hitler. Wiesbaden/München 1979.
- Schmidt, Paul: Der Statist auf der Galerie 1945–50. Erlebnisse, Kommentare, Vergleiche. Bonn 1951.
- „Schreiben, wie es wirklich war ...“. Die Aufzeichnungen Karl Dürkefeldens aus der Zeit des Nationalsozialismus. Bearbeitet und kommentiert von Herbst und Sibylle Obenaus. Hannover 1985.
- Seegers, Lu: Hör zu! Eduard Rhein und die Programmzeitschriften (1931–1965). Potsdam 2001.
- Semmler [Semler], Rudolf: Goebbels – The Man Next To Hitler. London 1947.
- Silex, Karl: Mit Kommentar. Lebensbericht eines Journalisten. Frankfurt a. M. 1968.
- Smith, Howard K.: Feind schreibt mit. Ein amerikanischer Korrespondent erlebt Nazi-Deutschland. Berlin 1982 [Originalausgabe: Last Train from Berlin, London 1942].
- Stephan, Werner: Joseph Goebbels. Dämon einer Diktatur. Stuttgart 1949.
- Ders.: Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen. Düsseldorf 1983
- Stern-Rubarth, Ernst: ... aus zuverlässiger Quelle verlautet ... Ein Leben für Presse und Politik. Stuttgart 1964.
- Stoop, Paul (Hrsg.): Geheimberichte aus dem Dritten Reich. Der Journalist Hendrik J. Noordewier als politischer Beobachter. Berlin 1990.
- Studnitz, Hans-Georg von: Als Berlin brannte. Diarium der Jahre 1943–1945. Stuttgart ²1963
- Ders.: Seitensprünge. Erlebnisse und Begegnungen 1907–1970. Stuttgart 1975.
- Sündermann, Helmut: Hier stehe ich ... Deutsche Erinnerungen 1914/45. Aus dem Nachlaß herausgegeben von Gert Sudholt. Leoni 1975.
- Warlimont, Walter: Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939–1945. Grundlagen, Formen, Gestalten. Frankfurt a. M. 1964.

- Wantzen, Paulheinz: Das Leben im Krieg 1939–1946. Ein Tagebuch. Aufgezeichnet in der damaligen Gegenwart. Bad Homburg 2000.
- Wernecke, Klaus/Peter Heller: Der vergessene Führer. Alfred Hugenberg. Pressemacht und Nationalsozialismus. Hamburg 1982.

Literatur

- Abel, Karl-Dietrich: Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit. Berlin 1968.
- Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921–1923. Düsseldorf 1973.
- Baird, Jay Warren: German Home Propaganda, 1941–1945, and the Russian Front. Ph. D., Columbia University 1966.
- Balfour, Michael: Propaganda In War 1939–1945. Organisations, Policies and Publics in Britain and Germany. London 1979.
- Banach, Jens: Heydrichs Vertreter im Feld: die Inspektoren, Kommandeure und Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD. In: Paul/Mallmann (Hrsg.), Gestapo, S. 82–99.
- Bankier, David: Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Berlin 1995.
- Bauer, Gerhard: Sprache und Sprachlosigkeit im „Dritten Reich“. Köln 21990.
- Bauer, Peter: Die Organisation der amtlichen Pressepolitik in der Weimarer Zeit. Diss. Berlin 1962.
- Bauer, Thomas: Deutsche Programmpresse 1923 bis 1941. Entstehung, Entwicklung und Kontinuität der Rundfunkschriften. München u. a. 1993.
- Bausch, Hans: Der Rundfunk im politischen Kräftespiel der Weimarer Republik 1923–1933. Tübingen 1956.
- Becker, Dr.: Zum Rundfunkstrafrecht. In: Rundfunkarchiv 17 (1939), S. 197–200.
- Berghahn, Volker: Meinungsforschung im „Dritten Reich“. Die Mundpropagandaaktion der deutschen Wehrmacht im letzten Kriegshalbjahr. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1 (1967), S. 83–119.
- Bergmann, Werner/Juliane Wetzel: Antisemitismus im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Ein Forschungsüberblick. In: Thoß/Volkman (Hrsg.), Erster Weltkrieg/Zweiter Weltkrieg, S. 437–470.
- Bergmeier, Horst/Rainer E. Lotz: Hitler's Airwaves. The Inside Story of Nazi Radio Broadcasting and Propaganda Swing. New Haven/London 1997.
- Bering, Dietz: Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfworts. Stuttgart 1978.
- Ders.: Kampf um Namen. Bernhard Weiß gegen Joseph Goebbels. Stuttgart 1991.
- Bessler, Hansjörg: Hörer- und Zuschauerforschung. München 1980.
- Beyrau, Dietrich (Hrsg.): Im Dschungel der Macht. Intellektuelle Professionen unter Stalin und Hitler. Göttingen 2000.
- Blank, Ralf: Albert Hoffmann als Reichsverteidigungskommissar im Gau Westfalen-Süd. In: Bürokratien, S. 189–210.
- Ders.: Kriegsalltag und Luftkrieg an der „Heimatfront“. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, 1. Halbband, S. 357–464.
- Bleuel, Hans Peter/Ernst Klinkert: Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologien – Programme – Aktionen 1918–1935. Gütersloh 1967.
- Boelcke, Willi A.: Die Macht des Radios. Weltpolitik und Auslandsrundfunk 1924–1976. Frankfurt a. M. u. a. 1977.
- Bohse, Jörg: Inszenierte Kriegsbegeisterung und ohnmächtiger Friedenswille. Meinungslenkung und Propaganda im Nationalsozialismus. Stuttgart 1988.
- Bolz, Rüdiger: Rundfunk und Literatur unter amerikanischer Kontrolle. Das Programmangebot von Radio München 1945–1949. Wiesbaden 1991.
- Borgstedt, Angela: Entnazifizierung in Karlsruhe 1946 bis 1951. Konstanz 2001.
- Bracher, Karl Dietrich: Die deutsche Diktatur. Entstehung Struktur Folgen des Nationalsozialismus. Köln 21971.
- Bramsted, Ernest K.: Goebbels and National Socialist Propaganda 1925–1945. East-Lansing 1965.
- Breuer, Stefan: Anatomie der Konservativen Revolution. Darmstadt 1993.
- Briggs, Asa: The War Of Words. History Of Broadcasting in the United Kingdom, Vol. III. London u. a. 1970.

- Brochhagen, Ulrich: Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer. Hamburg 1994.
- Bürokratien. Initiative und Effizienz. Hrsg. von Wolf Gruner und Armin Nolzen. Berlin 2001.
- Buggeln, Marc: Währungspläne für den europäischen Großraum. Die Diskussion der nationalsozialistischen Wirtschaftsexperten über ein zukünftiges europäisches Zahlungssystem. In: Europäische Integration. Deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Westeuropa, Göttingen 2002, S. 41–76.
- Burleigh, Michael: Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung. Frankfurt a. M. 2000.
- Cebulla, Florian: Die Rundfunkpolitik des Stahlhelm (1930–1933). In: Rundfunk und Geschichte 25 (1999), S. 101–106.
- Ders.: „Rundfunk-Revolutionen“ – Freie und organisierte konservative und nationalsozialistische Agitation gegen den „System-Rundfunk“ am Ende der Weimarer Republik. Siegen 2001.
- Cole, Robert: Britain and the War of Words in Neutral Europe, 1939–45: The Art of the Possible. London u. a. 1990.
- Dallin, Alexander: Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik. Düsseldorf 1958.
- Davidson, Eugene: The Trial of the Germans. New York 1966.
- Deiters, Heinz-Günter: Fenster zur Welt. 50 Jahre Rundfunk in Norddeutschland. Hamburg 1973.
- Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Band 9, Erster Halbband, München 2004. Zweiter Halbband, München 2005.
- Diamant, Adolf: Gestapo Leipzig. Zur Geschichte einer verbrecherischen Organisation in den Jahren 1933–1945. Frankfurt a. M. 1990.
- Diesener, Gerald/Rainer Gries (Hrsg.): Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert. Darmstadt 1996.
- Dietrich, Valeska: Alfred Hugenberg. Ein Manager in der Publizistik. Diss. Berlin 1960.
- Diller, Ansgar: Der Kampf um religiöse Rundfunkprogramme während des Krieges. In: epd. Kirche und Rundfunk, Nr. 70/1971, S. 2–4.
- Ders.: Der Frankfurter Rundfunk 1923–1945 unter besonderer Berücksichtigung der Zeit des Nationalsozialismus. Diss. Frankfurt a. M. 1975.
- Ders.: War das Wunschkonzert der Kriegszeit ein „Wunsch“-Konzert? In: epd. Kirche und Rundfunk, Nr. 65/1977, S. 3–5.
- Ders.: Rundfunkpolitik im Dritten Reich. München 1980.
- Ders.: „Führer der Sender“. Rundfunkintendanten im „Dritten Reich“. In: Geschäft mit Wort und Meinung, S. 235–250.
- Ders.: Deutschsprachige Rundfunksendungen aus der Sowjetunion. Die Reaktion in Deutschland. Teil 1: 1929–1933. In: Rundfunk und Geschichte 29 (2003), S. 109–120. Teil 2: 1933–1939. In: Rundfunk und Geschichte 30 (2004), S. 5–14.
- Döhl, Reinhard: Das Hörspiel zur NS-Zeit. Darmstadt 1992.
- Doherty, Martin A.: Nazi Wireless Propaganda. Lord Haw-Haw and British Public Opinion in the Second World War. Edinburgh 2000.
- Dröge, Franz: Der zerredete Widerstand. Soziologie und Publizistik des Gerüchts im 2. Weltkrieg. Düsseldorf 1970.
- Dryer, Sherman A.: Radio In Wartime. New York 1942.
- Dussel, Konrad: Kulturkonzepte im Konflikt. Britische, deutsche und schweizerische Hörfunkprogramme während des Zweiten Weltkriegs. In: VfZ 49 (2001), S. 441–463.
- Ders.: Hörfunk in Deutschland. Politik, Programm, Publikum (1923–1960). Potsdam 2002.
- Eckert, Gerhard: Der Rundfunk als Führungsmittel. Heidelberg 1941.
- Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Hauptherausgeber: Israel Gutman. Hrsg. der deutschen Ausgabe Eberhard Jäckel. München 1995.
- Falter, Jürgen W.: War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? In: Nationalsozialismus und Modernisierung, S. 21–47.
- Faust, Marianne/Willi Reinkensmeier: Totale Kommunikationskontrolle in der Vorkriegsphase des Dritten Reiches (1933–1939). In: Fischer (Hrsg.), Kommunikationskontrolle, S. 229–255.
- Fest, Joachim: Der Untergang. Hitler und das Ende des Dritten Reiches. Eine historische Skizze. Berlin 2002.
- Fetscher, Iring: Joseph Goebbels im Berliner Sportpalast 1943: „Wollt ihr den totalen Krieg?“. Hamburg 1998.
- Fischer, Eugen Kurt: Dramaturgie des Rundfunks. Heidelberg u. a. 1942.

- Ders.: *Der Rundfunk. Wesen und Wirkung*. Stuttgart 1949.
- Fischer, Fritz: *Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945*. Düsseldorf 1979.
- Fischer, Heinz Dietrich (Hrsg.): *Deutsche Kommunikationskontrolle des 15. bis 20. Jahrhunderts*. München u. a. 1982.
- Förster, Jürgen: *Weltanschauung als Waffe. Vom „Vaterländischen Unterricht“ zur „Nationalsozialistischen Führung“*. In: Thoß/Volkman (Hrsg.), *Erster Weltkrieg/Zweiter Weltkrieg*, S. 287–300
- Fraenkel, Ernst: *Der Doppelstaat*. Hrsg. von Alexander von Brünneck. Hamburg ²2001.
- Fraser, Lindley: *Propaganda*. London u. a. 1957.
- Frei, Norbert: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München ²1997
- Ders./Johannes Schmitz: *Journalismus im Dritten Reich*. München ³1999.
- Freisler, Roland: *Der Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen*. In: *Rundfunkarchiv* 13 (1940), S. 1–5.
- Friedrich, Jörg: *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945*. München 2002.
- Fritz, Stephen G.: *Hitlers Frontsoldaten. Der erzählte Krieg*. Berlin 1998.
- Gassert, Philipp: *Amerika im Dritten Reich. Ideologie, Propaganda und Volksmeinung 1933–1945*. Stuttgart 1997.
- Gellermann, Günther W.: *...und lauschten für Hitler. Geheime Reichssache: Die Abhörzentralen des Dritten Reiches*. Bonn 1991.
- Geschäft mit Wort und Meinung. Medienunternehmer seit dem 18. Jahrhundert*. Hrsg. von Günther Schulz. München 1999.
- Goebel, Gerhart: *Der deutsche Rundfunk bis zum Inkrafttreten des Kopenhagener Wellenplans*. In: *Archiv für das Post- und Fernmeldewesen* 2 (1950), S. 353–454.
- Goedecke, Heinz/Wilhelm Krug: *Wir beginnen das Wunschkonzert für die Wehrmacht*. Berlin/Leipzig ¹1941.
- Gombrich, Ernst H.: *Myth And Reality in German War-Time Broadcasts*. London 1970.
- Gorjajewa, Tatjana M.: *Unterwerfung und Gleichschaltung des Rundfunks in der UdSSR*. In: Beyrau (Hrsg.), *Dschungel der Macht*, S. 197–218.
- Graak, Karl: *Propaganda und Politik. Versuch einer Darstellung der Propaganda als Mittel der Politik*. Diss. Hamburg 1941.
- Grimm, Friedrich: *Unrecht im Rechtsstaat. Tatsachen und Dokumente zur politischen Justiz. Dargestellt am Fall Naumann*. Tübingen 1957.
- Grossmith, Frederick: *The Cross and the Swastika*. Lincolnshire 1998.
- Grull, Günter: *Radio und Musik von und für Soldaten. Kriegs- und Nachkriegsjahre 1939–1960*. Köln 2000.
- Gutscher, Jörg Michael: *Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961. Überarbeitete und erweiterte Neuauflage*. Königstein/Ts. 1984.
- Hachmeister, Lutz: *Ein deutsches Nachrichtenmagazin. Der frühe „Spiegel“ und sein NS-Personal*. In: Hachmeister/Siering (Hrsg.), *Journalisten*, S. 87–120.
- Ders./Friedemann Siering (Hrsg.): *Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945*. München 2002
- Hagemann, Jürgen: *Presselenkung im III. Reich*. Bonn 1970.
- Hagemann, Walter: *Publizistik im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Methodik der Massenföhrung*. Hamburg 1948.
- Hale, Julian: *Radio Power. Propaganda and International Broadcasting*. London 1975.
- Hale, Oron J.: *Presse in der Zwangsjacke 1933–1945*. Düsseldorf 1965
- Hano, Horst: *Die Taktik der Pressepropaganda des Hitlerregimes 1943–45. Eine Untersuchung auf Grund unveröffentlichter Dokumente des SD und des RMVP*. Diss. Berlin 1963.
- Hardy, Alexander G.: *Hitler's Secret Weapon. The Managed Press and Propaganda Machine of Nazi Germany*. New York u. a. 1967.
- Hausjell, Fritz: *Journalisten für das Reich. Der „Reichsverband der deutschen Presse“ in Österreich 1938–45*. Wien 1993.
- Heimann, Dieter: *Die Reichssender-Zeit*. In: Walter Först (Hrsg.), *Aus Köln in die Welt, Beiträge zur Rundfunkgeschichte*, Köln 1974.
- Henning, Friedrich-Wilhelm: *Hugenberg als politischer Medienunternehmer*. In: *Geschäft mit Wort und Meinung*, S. 101–127.

- Hensle, Michael P.: „Rundfunkverbrechen“ vor nationalsozialistischen Sondergerichten. Eine vergleichende Untersuchung der Urteilspraxis in der Reichshauptstadt Berlin und der südbadischen Provinz. Diss. Berlin 2001.
- Herbert, Ulrich: NS-Eliten in der Bundesrepublik. In: Loth/Rusinek (Hrsg.), *Verwandlungspolitik*, S. 93–112.
- Herbst, Ludolf: *Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945*. Stuttgart 1982.
- Hermand, Jost: *Der alte Traum vom neuen Reich. Völkische Utopien und Nationalsozialismus*. Frankfurt a. M. 1988.
- Herzstein, Robert E.: *The War That Hitler Won*, London 1979.
- Heyde, Ludwig: *Presse, Rundfunk und Film im Dienste der Volksführung*. Dresden 1943.
- Heydecker, Joe/Johannes Leeb: *Der Nürnberger Prozeß*. Frankfurt a. M. 1979.
- Höhne, Hansjoachim: *Report über Nachrichtenagenturen*. Zwei Bände. Baden-Baden 1977.
- Hölsken, Heinz Dieter: *Die V-Waffen. Entstehung – Propaganda – Kriegseinsatz*. Stuttgart 1984.
- Hoffmann, Christa: *Stunden Null? Vergangenheitsbewältigung in Deutschland 1945 und 1989*. Bonn/Berlin 1992.
- Holzbach, Heidrun: *Das „System Hugenberg“. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP*. Stuttgart 1981.
- Horn, Christa: *Die Internierungs- und Arbeitslager in Bayern 1945–1952*. Frankfurt a. M. u. a. 1990.
- Horten, Gerd: *Radio Goes to War. The Cultural Politics of Propaganda during World War II*. Berkeley u. a. 2002.
- Howe, Ellic: *Die schwarze Propaganda. Ein Insider-Bericht über die geheimsten Operationen des britischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg*. München 1983.
- Huber, Georg: *Die französische Propaganda im Weltkrieg gegen Deutschland 1914 bis 1918*. Diss. München 1928.
- Huth, Arno: *Radio. Heute und morgen*. Zürich/New York 1944.
- Jarusch, Konrad H.: *Deutsche Studenten 1800–1970*. Frankfurt a. M. 1984.
- Jenke, Manfred: *Verschwörung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945*. Berlin 1961.
- Jowell, Garth/Victoria O'Donnell: *Propaganda and Persuasion*. Newbury Park u. a. 21992.
- Kallis, Aristotle A.: *Der Niedergang der Deutungsmacht. Nationalsozialistische Propaganda im Kriegsverlauf*. In: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, 2. Halbband, S. 203–250.
- Kaltenborn, Hans von: *Kaltenborn edits the news. Europe – Asia – America*. New York 1937.
- Kater, Michael H.: *Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik*. Hamburg 1975.
- Kaupert, Walter: *Die deutsche Tagespresse als Politicum*. Diss. Heidelberg 1932.
- Kershaw, Ian: *Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung*. Stuttgart 1999.
- Klausnitzer, Rolf: „Überstaatliche Mächte“. Verschwörungsphantasien und -theorien in Publizistik, Literatur und Film des ‚Dritten Reiches‘. In: *Reflexe und Reflexionen*, S. 125–171.
- Klee, Cornelius: *Die Transocean GmbH*. In: Wilke (Hrsg.), *Telegraphenbüros*, S. 135–212.
- Klemperer, Klemens von: *Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*. München/Wien 1962.
- Klingler, Walter: *Nationalsozialistische Rundfunkpolitik 1942–1945. Organisation, Programm und die Hörer*. Baden-Baden 1983.
- Knippschild, Dieter/Jochen Udovic: *Steuerungsmaßnahmen während des Zweiten Weltkrieges (1939–1945)*. In: Fischer (Hrsg.), *Kommunikationskontrolle*, S. 256–279.
- Köhler, Otto: *Wir Schreibmaschinentäter. Journalisten unter Hitler – und danach*. Köln 1989.
- Köpf, Peter: *Schreiben nach jeder Richtung. Goebbels-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegspresse*. Berlin 1995.
- Kohlmann-Viand, Doris: *NS-Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg. Die „Vertraulichen Informationen“ als Mittel der Presselenkung*. München 1991.
- Koszyk, Kurt: *Deutsche Presse 1914–1945. (Geschichte der deutschen Presse, Teil III)*. Berlin 1972.
- Krawitz, Rainer: *Die Geschichte der „Drahtloser Dienst A.G.“ 1923–1933*. Diss. Köln 1980.
- Kris, Ernst/Hans Speier: *German Radio Propaganda. Report on Home Broadcasts during the War*. London u. a. 1944.
- Krockow, Christian Graf von: *Die Entscheidung. Eine Untersuchung über Ernst Jünger, Carl Schmitt, Martin Heidegger*. Stuttgart 1958.

- Kügelgen, Bernt und Else von (Hrsg.): Die Front war überall. Erlebnisse und Berichte vom Kampf des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. Berlin-Ost 1978.
- Kutsch, Arnulf: Rundfunkwissenschaft im Dritten Reich. Geschichte des Instituts für Rundfunkwissenschaft der Universität Freiburg. München u. a. 1985.
- Laak, Dirk van: Trotz und Nachurteil. Rechtsintellektuelle Reaktionen im Anschluß an das „Dritte Reich“. In: Loth/Rusinek (Hrsg.), *Verwandlungspolitik*, S. 55–78.
- Latour, Conrad F.: Goebbels' „Außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“ 1939–1942. In: VfZ 11 (1963), S. 418–435.
- Latzel, Klaus: Deutsche Soldaten – nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis – Kriegserfahrung 1939–1945. Paderborn 1998.
- Lenk, Kurt: Deutscher Konservatismus. Frankfurt a. M./New York 1989.
- Leopold, John A.: Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic. New Haven/London 1977.
- Lerg, Winfried B.: Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik. München 1980.
- Lerner, David: Psychological Warfare against Nazi Germany. The Sykewar Campaign; D-Day to VE-Day. Cambridge/London 1971 [Reprint der Originalausgabe von 1949].
- Lersch, Edgar: Die Thematisierung des Nationalsozialismus im Rundfunk der Nachkriegszeit. In: *Rundfunk und Geschichte* 29 (2003), S. 5–19.
- Linck, Stephan: ‚Festung Nord‘ und ‚Alpenfestung‘. Das Ende des NS-Sicherheitsapparates. In: Paul/Mallmann (Hrsg.), *Gestapo*, S. 569–598.
- Longerich, Peter: Propagandisten im Krieg. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop. München 1987.
- Loth, Wilfried/Bernd-A. Rusinek (Hrsg.): *Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*. Frankfurt a. M./New York 1998.
- Mallmann, Klaus-Michael: Menschenjagd und Massenmord. Das neue Instrument der Einsatzgruppen und -kommandos 1938–1945. In: Paul/Mallmann (Hrsg.), *Gestapo*, S. 291–317.
- Mammach, Klaus: Der Volkssturm. Das letzte Aufgebot 1944/45. Berlin (-Ost) 1981.
- Mann, Reinhard: Protest und Kontrolle im Dritten Reich. Nationalsozialistische Herrschaft im Alltag einer rheinischen Großstadt. Frankfurt a. M./New York 1987.
- Marßolek, Inge/Adelheid von Saldern (Hrsg.): Zuhören und Gehörtwerden I: Radio im Nationalsozialismus. Zwischen Lenkung und Ablenkung. Tübingen 1998.
- Dies. (Hrsg.): *Radiozeiten. Herrschaft, Alltag, Gesellschaft*. Potsdam 1999.
- Mason, Timothy W.: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939. Opladen 1975.
- Meiser, Hans: Der Nationalsozialismus und seine Bewältigung im Spiegel der Lizenzpresse der britischen Besatzungszone von 1946–1949. Diss. Osnabrück 1980.
- Miale, Florence R./Michael Selzer: The Nuremberg Mind. The Psychology of the Nazi leaders. New York 1975.
- Michels, Helmut: Ideologie und Propaganda. Die Rolle von Joseph Goebbels in der nationalsozialistischen Außenpolitik bis 1939. Frankfurt a. M./Berlin u. a. 1992.
- Moeller van den Bruck, Arthur: Das dritte Reich. Hrsg. von Hans Schwarz. Hamburg 1931.
- Mohler, Armin: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch. Zweite, neu bearbeitete und erweiterte Fassung. Darmstadt 1972.
- Moll, Martin: Die Abteilung Wehrmachtpropaganda im Oberkommando der Wehrmacht: Militärische Bürokratie oder Medienkonzern? In: *Bürokratien*, S. 111–150.
- Mommsen, Hans: Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze. Reinbek 1991.
- Morgen die ganze Welt. Deutscher Kurzwellensender im Dienste der NS-Propaganda. Geschichte des Kurzwellenrundfunks in Deutschland 1933–1939. Berlin 1970.
- Müller, Rolf-Dieter: Totaler Krieg und Wirtschaftsordnung: Ausnahmezustand oder Chance eines grundlegenden Wandels? Deutsche Experimente in zwei Weltkriegen. In: Thoß/Volkman (Hrsg.), *Erster Weltkrieg/Zweiter Weltkrieg*, S. 43–46.
- Münkler, Herfried: Reich – Nation – Europa. Modelle politischer Ordnung. Weinheim 1996.
- Münster, Hans Amandus: Publizistik. Menschen – Mittel – Methoden. Leipzig 1939.
- Musial, Bogdan: „Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen.“ Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941. Berlin/München 2000.
- Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann. Darmstadt 1991.

- Neitebauer, Martin: Die Telegraphen-Union. In: Wilke (Hrsg.), *Telegraphenbüros*, S. 87–134.
- Neulen, Hans W.: *Europa und das Dritte Reich*. München 1987.
- Nicolai, Walter: *Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg*. Berlin 1920.
- Niethammer, Lutz: *Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns*. Berlin/Bonn 1982 [zuerst erschienen 1972 unter dem Titel: „Entnazifizierung in Bayern“].
- Nill, Ulrich: Die „geniale Vereinfachung“. Anti-Intelktualismus in Ideologie und Sprachgebrauch bei Joseph Goebbels. Frankfurt a. M. u. a. 1991.
- Orlowski, Hubert: ‚Raumgebundene Zwecksetzung‘ als Richtlinie im Feuilleton der „Krakauer Zeitung“. In: *Reflexe und Reflexionen*, S. 293–310.
- Overmans, Rüdiger: „Hunnen“ und „Untermenschen“ – deutsche und russisch/sowjetische Kriegsgefangenschaftserfahrungen im Zeitalter der Weltkriege. In: Thoß/Volkman (Hrsg.), *Erster Weltkrieg/Zweiter Weltkrieg*, S. 335–365.
- Padover, Saul: *Psychologist in Germany*. New York 1946.
- Paul, Gerhard: *Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933*. Bonn 1990.
- Ders.: „Diese Erschießungen haben mich innerlich gar nicht mehr berührt“. Die Kriegsendphasenverbrechen der Gestapo 1944/45. In: Paul/Mallmann (Hrsg.), *Gestapo*, S. 543–568.
- Ders.: „Kämpfende Verwaltung“. Das Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes als Führungsinstanz der Gestapo. In: Paul/Mallmann (Hrsg.), *Gestapo*, S. 42–81.
- Ders./Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.): *Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa*. Darmstadt 2000.
- Peter, Reinhard/Werner Zeppenfeld: *Freiheitsgarantien und Realitäten im Weimarer Staat (1918–1933)*. In: Fischer (Hrsg.), *Kommunikationskontrolle*, S. 206–228.
- Petzold, Joachim: *Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik*. Köln 1978.
- Pfeifer, Eva: *Das Hitlerbild im Spiegel einiger konservativer Zeitungen in den Jahren 1929–1933*. Diss. Heidelberg 1966.
- Pohle, Heinz: *Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des deutschen Rundfunks von 1923 bis 1938*. Hamburg 1955.
- Programmgeschichte des Hörfunks in der Weimarer Republik*. Hrsg. von Joachim-Felix Leonhard. 2 Bände, München 1997.
- Pütter, Conrad: *Rundfunk gegen das „Dritte Reich“. Deutschsprachige Exilaktivitäten im Exil 1933–1945*. München u. a. 1986.
- Räuscher, Josef: Die Rundfunknachricht als neue journalistische Aufgabe. In: Dussel/Lersch (Hrsg.), *Quellen zur Programmgeschichte*, S. 66–69.
- Reflexe und Reflexionen von Modernität 1933–1945*. Hrsg. von Erhard Schütz und Gregor Streim. Bern/Berlin u. a. 2002.
- Reich, Herbert: *Die völkerrechtlichen Schranken der internationalen politischen Propaganda in Friedenszeiten*. Diss. München 1966.
- Reitz, Jürgen: Das Deutsche Nachrichtenbüro. In: Wilke (Hrsg.), *Telegraphenbüros*, S. 213–266.
- Riedel, Heide: *Lieber Rundfunk ... 75 Jahre Hörergeschichte(n)*. Hrsg. vom Deutschen Rundfunkarchiv und dem Deutschen Rundfunk-Museum. Berlin 1999.
- Rimmele, Lilian-Dorette: *Der Rundfunk in Norddeutschland 1933–1945. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Organisations-, Personal- und Kulturpolitik*. Diss. Hamburg 1987.
- Rolfes, Gabriele: *Die Deutsche Welle – ein politisches Neutrum im Weimarer Staat?* Frankfurt a. M. u. a. 1992.
- Rolo, Charles J.: *Radio Goes To War*. London 1943.
- Roschke, Carsten: *Der umworbene „Urfeind“. Polen in der nationalsozialistischen Propaganda 1934–1939*. Marburg 2000.
- Rose, Arno: *Werwolf 1944–1945. Eine Dokumentation*. Stuttgart 1980.
- Salewski, Michael: Ideas of the National Socialist Government and Party. In: Walter Lipgens (Hrsg.), *Documents on the History of European Integration, Vol. 1, Continental plans for European Union*. Berlin 1985, S. 37–54.
- Sänger, Fritz: *Politik der Täuschungen. Missbrauch der Presse im Dritten Reich. Weisungen, Informationen, Notizen. 1933–1939*. Wien 1975.
- Ders.: *Verborgene Fäden*. Bonn 1978.
- Schäfer, Hans Dieter: *Amerikanismus im Dritten Reich*. In: *Nationalsozialismus und Modernisierung*, S. 199–215.

- Schaller, Helmut: Der Nationalsozialismus und die slawische Welt. Regensburg 2002.
- Scheel, Klaus: Krieg über Ätherwellen. NS-Rundfunk und Monopole. Berlin-Ost 1970.
- Schildt, Axel: Ein konservativer Prophet moderner nationaler Integration. Biographische Skizze des streitbaren Soziologen Johann Plenge. In: VfZ 35 (1987), S. 523–570.
- Ders.: Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München 1998.
- Ders.: Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit. In: Loth/Rusinek (Hrsg.), Verwandlungspolitik, S. 19–54.
- Ders.: Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik. Frankfurt a. M. 1999.
- Schmalings, Christian: Der Berliner Lokal-Anzeiger als Beispiel einer Vorbereitung des Nationalsozialismus. Diss. Berlin 1968.
- Schmeer, Karlheinz: Die Regie des öffentlichen Lebens im Dritten Reich. München 1956.
- [Schmidt, Fritz]: Presse in Fesseln. Eine Schilderung des NS-Pressetrusts. Berlin 1948.
- Schmidt, Rainer F.: Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933–1939. Stuttgart 2002.
- Schneider, Christof: Nationalsozialismus als Thema im Programm des Nordwestdeutschen Rundfunks (1945–1948). Potsdam 1999.
- Schröder, Jürgen: Der Kriegsbericht als propagandistisches Kampfmittel der deutschen Kriegsführung im Zweiten Weltkrieg. Diss. Berlin 1965.
- Schüddekopf, Carl: Im Kessel. Erzählen von Stalingrad. München 2002.
- Schütte, Wolfgang: Regionalität und Föderalismus im Rundfunk. Die geschichtliche Entwicklung in Deutschland 1923–1945. Frankfurt a. M. 1971.
- Schulte, Theo J.: The German Army and Nazi Policies in Occupied Russia. Oxford u. a. 1989.
- Schwarz, Jürgen: Studenten in der Weimarer Republik, Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik. Berlin 1971.
- Schwarz, Otto: Strafbuch mit Nebengesetzen und Verordnungen (Beck'sche Kurz-Kommentare). München und Berlin 1953.
- Schwarzenbeck, Engelbert: Nationalsozialistische Pressepolitik und die Sudetenkrise 1938. München 1979.
- Schwierskott, Hans-Joachim: Arthur Moeller van den Bruck und der revolutionäre Nationalismus in der Weimarer Republik. Göttingen 1962.
- Short, Kenneth R. M. (Hrsg.): Film & Radio Propaganda in World War II. London/Canberra 1983.
- Sieferle, Rolf Peter: Die Konservative Revolution. Fünf biographische Skizzen. Frankfurt a. M. 1995.
- Siering, Friedemann: Zeitung für Deutschland. Die Gründergeneration der „Frankfurter Allgemeinen“. In: Hachmeister/Siering (Hrsg.), Journalisten, S. 35–86.
- Sington, Derrick/Arthur Weidenfeld: The Goebbels Experiment. A Study of the Nazi Propaganda Machine. London 1942.
- Smelser, Roland/Rainer Zitelmann (Hrsg.): Die braune Elite. Darmstadt 1989.
- Smith, Bradley K.: Der Jahrhundert-Prozeß. Die Motive der Richter von Nürnberg. Anatomie einer Urteilsfindung. Frankfurt a. M. 1977.
- Sösemann, Bernd: Propaganda und Öffentlichkeit in der „Volksgemeinschaft“. In: Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Einführung und Überblick. Hrsg. von Bernd Sösemann. Stuttgart/München 2002, S. 114–154.
- Steinert, Marlis G.: Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg. Düsseldorf/Wien 1970.
- Dies.: Hitler. München 1994.
- Stephenson, Jill: Widerstand gegen soziale Modernisierung am Beispiel Württembergs 1939–1945. In: Nationalsozialismus und Modernisierung, S. 93–116.
- Stöber, Rudolf: Die erfolgsverwöhnte Nation. Deutschlands öffentliche Stimmungen 1866 bis 1945. Stuttgart 1998.
- Strippel, Andreas: Begriff und Konzeption von „Europa“ in der nationalsozialistischen Wochenzeitung „Das Reich“ 1940–45. Magisterarbeit, Hamburg 2000 (unveröffentlicht).
- Süllwold, Fritz: Deutsche Normalbürger 1933–1945. Erfahrungen, Einstellungen, Reaktionen. Eine geschichtspsychologische Untersuchung. München 2001.
- Sywottek, Jutta: Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg. Opladen 1976.
- Tauber, Kurt P.: Between Eagle And Swastika. German nationalism since 1945 (zwei Bände). Middletown, Conn. 1967.

- Taylor, Telford: Die Nürnberger Prozesse. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht. München 1996.
- Thorwald, Jürgen: Das Ende an der Elbe. Stuttgart 1950.
- Thoß, Bruno/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Erster Weltkrieg/Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland. Paderborn u. a. 2002.
- Uziel, Daniel: Wehrmacht Propaganda Troops and the Jews. In: *Yad Vashem Studies* 29 (2001), S. 27–65.
- Ders.: Blick zurück auf den vergangenen, Planung für den kommenden Krieg. Die Entwicklung der deutschen militärischen Propaganda. In: Thoß/Volkmann (Hrsg.), *Erster Weltkrieg/Zweiter Weltkrieg*, S. 301–322.
- Uzulis, André: Nachrichtenagenturen im Nationalsozialismus. Propagandainstrumente und Mittel der Presselenkung. Frankfurt a. M. 1995.
- Venus, Theodor: Der lange Weg zum Juliputsch 1934. In: Wolfgang Duchkowitsch (Hrsg.), *Mediengeschichte. Forschung und Praxis*. Wien u. a. 1985.
- Waldkirch, Wilhelm: Weltpresse und Weltkrise. Die Zeitung zwischen Krieg und Frieden. Ludwigshafen 1936.
- Wedel, Hasso von: Die Propagandatruppen der Deutschen Wehrmacht. Neckargemünd 1962.
- Weiß, Matthias: Journalisten – Worte als Taten. In: Norbert Frei (Hrsg.), *Karrieren im Zwielficht*. Frankfurt a. M. 2001, S. 241–302.
- Welch, David (Hrsg.): *Nazi Propaganda. The Power And The Limitations*. London u. a. 1983.
- Ders.: *The Third Reich. Politics and Propaganda*, London/New York 1993.
- Whitton, John B./Arthur Larson: *Propaganda. Towards Disarmament in the War of Words*. New York 1963.
- Widmer, Paul: Die Schweizer Gesandtschaft in Berlin. Geschichte eines schwierigen diplomatischen Postens. Zürich 1998.
- Wildt, Michael: Radikalisierung und Selbstradikalisierung 1939. Die Geburt des Reichssicherheitshauptamtes aus dem Geist des völkischen Massenmords. In: Paul/Mallmann (Hrsg.), *Gestapo*, S. 11–41.
- Ders.: *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*. Hamburg 2002.
- Wilke, Jürgen (Hrsg.): *Telegraphenbüros und Nachrichtenagenturen in Deutschland. Untersuchungen zu ihrer Geschichte bis 1949*. München u. a. 1991.
- Wittek, Bernhard: *Der britische Ätherkrieg gegen das Dritte Reich. Die deutschsprachigen Kriegssendungen der BBC*. Münster 1962.
- Wortschlacht im Äther. Der deutsche Auslandsrundfunk im Zweiten Weltkrieg. Geschichte des Kurzwellenrundfunks in Deutschland 1939–1945. Hrsg. von der Deutschen Welle. Berlin 1971.

Personenregister

- Achenbach, Ernst 253
 Ahrens, Georg 194
 Amann, Max 44, 48, 252
 Ammelburg, Gerd 253
 Andrus, Burton C. 227
 Arendt, Hannah 253

 Backe, Herbert 159
 Balzer, Rudolf 100
 Bartholdy, Wilhelm 192
 Berndt, Alfred-Ingemar 44–47, 49, 55f., 58, 70,
 93, 152, 173, 205, 261
 Best, Werner 254, 255
 Beumelburg, Walther 29ff.
 Biddle, Francis Beverly 241
 Bischoff, Willi 24
 Bley, Wulf 185
 Bömer, Karl 45, 49, 64, 74, 76
 Bormann, Martin 71, 165, 205, 212, 215
 Bouhler, Philipp 75
 Boveri, Margret 38
 Bracht, Fritz 195
 Braeckow, Ernst 48, 61, 134, 225
 Brammer, Karl 91, 239
 Brand, Dr. 255
 Braun, Heinrich 241
 Brenner, Konrad 234
 Briand, Aristide 28
 Bruckner, Anton 215
 Brüning, Heinrich 27
 Brunstäd, Friedrich 20
 Buchholz, Konrad 196
 Burgdorff, Wilhelm 216
 Buschmann, Roland 50

 Cerff, Karl 166, 210, 254
 Chamberlain, Neville 107f.
 Christ, August 50
 Churchill, Winston Leonard Spencer 99, 108f.,
 115, 119, 127, 136, 185
 Clay, Lucius D. 230f., 238

 Daladier, Edouard 107
 Davis, Elmer 67
 Dehler, Thomas 232, 255
 Delmer, Sefton 85f., 97, 102, 121, 123, 138,
 229
 Denecke (RPA Berlin) 182
 Dietrich, Otto 39, 41, 43–49, 53, 56, 58–61, 70,
 97, 108, 122, 133, 143, 149ff., 153f., 170, 177,
 201f., 216, 238, 244, 254

 Diewerge, Wolfgang 152f., 155, 157f., 163, 168,
 177, 215, 254, 255
 Dirksen, Viktoria von 26
 Disraeli, Benjamin 119
 Dittmar, Kurt 68, 87, 101, 105, 113, 178ff., 182,
 184, 240
 Dix, Rudolf 227
 Dönitz, Karl 211, 215
 Döring, Gustav 234f., 239
 Dressler-Andres, Horst 32, 34
 Drexel, Josef 240, 250f.

 Elser, Georg 77
 Engels, Friedrich 15
 Esser, Hermann 248

 Fehrentheil, Heinz von 25
 Fischer, Erich 61, 149, 151, 252
 Fischer, Wolfgang 92
 Frank, Hans 241
 Fraser, Lindley 67, 87, 115, 256
 Friedrich II., König von Preußen 179, 211
 Fritz, Hans 147, 227, 229f.
 Fritzsche, Gisela 79, 252
 Fritzsche, Karin 12, 17, 78f., 214, 218, 229, 248
 Frölich, Paul 19
 Funk, Walther 43, 122, 217

 Geisler, Franz 133f.
 Gerecke, Henry F. 220
 Gerigk, Alfred 239
 Giesler, Paul 192
 Gilbert, Gustave M. 221, 241
 Glasmeier, Heinrich 63, 152f., 163f.
 Gleichen, Heinrich von 18, 20
 Goebbels, Joseph 9, 11, 26, 32–37, 39, 41–47,
 49f., 52, 55–60, 63, 66, 69f., 73–76, 79f., 82,
 86, 92f., 95ff., 100, 102, 108, 112, 117, 118,
 122, 124, 127f., 130, 133ff., 137, 138, 143,
 147–155, 158, 159, 160, 162–167, 169, 171,
 174f., 176, 177–180, 186–189, 191f., 194f., 196,
 197–202, 205, 208, 209, 211–216, 223, 224,
 240, 242, 254, 259–264
 Goedecke, Heinz 252
 Goerdeler, Carl Friedrich 171
 Göring, Hermann 36, 73, 77, 83, 218
 Gram Swing, Raymond 67
 Grote, Hans Henning Freiherr 24
 Groth, Michael 13
 Guderian, Heinz 208
 Gutterer, Leopold 46, 70

- Haase, Werner 216
 Habicht, Theo 37
 Hadamovsky, Eugen 34, 46, 167, 194
 Halder, Franz 170
 Hardy, Alexander 245
 Heine, Heinrich 136
 Hermes, Andreas 235
 Herrfahrdt, Heinrich 33
 Heß, Rudolf 75f.
 Heydrich, Reinhard 92, 225
 Himmler, Heinrich 77, 93, 143, 204, 210, 212, 215, 224
 Hinkel, Hans 94, 126, 152, 154f., 157f., 159, 163, 171f., 197f., 199, 264
 Hitler, Adolf 9, 32f., 36, 44f., 55f., 59, 61, 72, 75ff., 84, 97, 108, 120, 122, 124, 129, 133, 134, 137, 144, 145, 147, 149, 167, 169, 170f., 187f., 200, 202, 203, 204f., 210, 211-215, 227, 259f.
 Hoare, Leslie 135
 Höfer, Werner 162
 Hoegner, Wilhelm 227, 231
 Hölz, Max 15
 Höß, Rudolf 220
 Hoffmann, Albert 195
 Hoffmann, Heinrich 248
 Holzamer, Karl 187
 Homeyer, Friedrich von 38
 Honigmann, Georg 22
 Hugenberg, Alfred 20-23, 25, 238, 259f.
 Hunke, Heinrich 168

 Jaenecke, Erwin 88, 146f., 149, 150
 Jodl, Alfred 170, 211, 215
 Joyce, William 220
 Jung, Edgar 36

 Kaltenborn, Hans von 67
 Kaltenbrunner, Ernst 93
 Kames, Alfred Walter 24
 Kaufman, Theodore 138
 Kaufmann, Karl 255
 Kausch, Hans Joachim 235
 Keitel, Wilhelm 196, 211, 215
 Keller, Dr. (Gestapo Berlin) 89
 Kempner, Robert M. W. 239, 244f.
 Kielpinski, Walter von 93f.
 Kiesinger, Kurt Georg 123, 168f., 224, 254, 264
 Klapper, Hans 240
 Klemm, Herbert 235
 Klitzsch, Ludwig 23
 Knochenhauer, Werner 171
 Koch, Erich 145
 Köhn, C. M. 24
 Koppen, Wilhelm 139
 Kratzer, Rolf 170, 171
 Kreiten, Karlrobert 162

 Kriegk, Otto 131, 216, 221, 240
 Krukenberg, Gustav 30, 34
 Külz, Wilhelm 26

 Lassalle, Ferdinand 15
 Leers, Johann von 140
 Lensch, Paul 118
 Ley, Robert 167
 Lindeiner-Wildau, Hans-Erdmann von 20
 Lochner, Louis P. 218
 Lorenz, Heinz 44
 Loritz, Alfred 231, 237
 Lucke, Fritz 240
 Ludendorff, Erich 181
 Lützow, Friedrich 68, 101

 Mair, Kurt Alexander 73, 101, 234, 240
 Mandel, Georges 136, 263
 Mann, Thomas 183
 Martin, Hans-Leo 162
 Marx, Karl 15
 Meiser, Hans 253
 Mejer, Otto 29
 Mendelssohn, Peter de 218
 Menz (Abt. Rundfunk) 159
 Merkel (ehem. Mitschüler Fritzsches) 250
 Miale, Florence 9
 Middelhaue, Friedrich 253ff.
 Moeller van den Bruck, Arthur 18f., 118, 133, 170, 259
 Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 129
 Müller, Bernhard 234
 Müller, Erich 93
 Müller, Georg Wilhelm 134
 Müller-Franken, Paul 158
 Mündler, Eugen 50f.
 Murawski, Erich 173
 Mussolini, Benito 140, 199

 Naumann, Werner 93, 159, 166, 191ff., 213ff., 253ff., 259
 Neurath, Konstantin Freiherr von 40, 217, 218
 Nikitschenko, Iola T. 219

 Ohlendorf, Otto 220, 245
 Oven, Wilfried von 213, 254

 Papen, Franz von 29f., 82, 87, 226f., 228, 229-231, 232, 233, 260
 Paulus, Friedrich 146ff.
 Petain, Henri Philippe 157
 Pfeiffer, Anton 229
 Plenge, Johann 118
 Pohl, Oswald 191
 Polte, Fritz 93

 Quisling, Vidkun 161, 168

- Radek, Karl 19, 259
 Radke, Günter 49, 54, 143
 Raeder, Erich Johann Albert 216
 Räuscher, Josef 22, 27–30, 34
 Rechenberg, Hans Albrecht Freiherr von 255
 Reichenau, Walter von 146
 Remer, Otto-Ernst 208
 Reventlow, Ernst Graf 19, 160
 Ribbentrop, Joachim von 40, 82, 85, 127, 167, 187, 211, 223
 Rieger (Lagerleiter Regensburg) 239
 Rienhardt, Rolf 50, 252, 254
 Röhm, Ernst 36
 Rößner, Hans 253
 Roosevelt, Franklin Delano 33, 52, 98, 109, 111, 136, 138
 Rosenberg, Alfred 44, 135, 145
 Rühle, Gerd 153, 169
 Rundstedt, Gerd von 195
- Sachs, Camille 240, 250
 Sadila-Mantau, Heinz 32, 35
 Sänger, Fritz 22, 50, 64, 133, 135, 224, 234, 235, 236, 239, 251
 Schacht, Hjalmar 87, 217, 218, 227, 228, 229–231, 232, 233, 238, 254
 Scharnke, Reinhold 161
 Scharping, Karl 68, 78, 127, 139, 155, 156, 157, 159–163, 167, 188, 197, 207, 211, 223–225, 234, 240, 252, 255f.
 Scheel, Gustav Adolf 255f.
 Scherer, Hans 240
 Schilf, Alfred 238
 Schirach, Baldur von 241
 Schirmeister, Moritz von 162, 221, 240
 Schmidt, Heinz 229
 Schmidt, Paul Karl 53, 59, 143, 252
 Schönicke, Martin 159, 240
 Schörner, Ferdinand 216
 Scholz, Erich 24, 27, 29f.
 Schotte, Walther 19
 Schröter (Abt. Rundfunk RMVP) 158
 Schukow, Georgi Konstantinowitsch 216
 Schwarz van Berk, Hans 51, 63, 105, 177, 186, 188, 201, 202, 209, 210, 252, 254
- Schwedler, Wilhelm 38
 Selzer, Michael 9
 Semler, Rudolf 144
 Serwe, Hubert 240
 Severing, Carl 27
 Shirer, William 67, 218
 Silex, Karl 10
 Six, Franz Alfred 93, 255
 Smith, Howard K. 223
 Spahn, Martin 19f.
 Sparing, Rudolf 50, 51
 Speer, Albert 187, 217, 218
 Spengler, Oswald 247
 Spengler, Wilhelm 93f., 253
 Sprecher, Drexel 219
 Springer, Hildegard 218, 248, 250ff.
 Steengracht von Moyland, Adolf Baron 169
 Stephan, Werner 10, 45, 47, 133, 202, 224, 252
 Stoffregen, Goetz Otto 24f.
 Straßer, Gregor 44
 Streicher, Julius 133, 135
 Stresemann, Gustav 28
 Sündermann, Helmut 16, 33, 44, 53, 58, 60, 143, 144, 224, 245
 Suppé, Franz von 200
- Theil, Fritz 65
 Tießler, Walter 165, 166
 Treviranus, Gottfried Reinhold 20
- Udet, Ernst 72
 Ufermann, Paul 234
 Utermann, Wilhelm 140, 178, 210, 240
- Voß, Hermann 163
- Wagner, Ernst 209
 Wagner, Richard 200, 215
 Wantzen, Paulheinz 11
 Wegener, Paul 103, 169
 Weidling, Helmuth 216
 Welles, Sumner 138
 Wild, Johann 240ff.
 Winkelnkemper, Anton 156, 163, 169, 173f.
 Wolf, Markus 243